

# Die normalisierte Nation

Zum Verhältnis von Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik

Von der Philosophischen Fakultät

der Universität Hannover

zur Erlangung des Grades eines

Doktors der Philosophie

Dr. phil.

genehmigte Dissertation

von

Marcus Hawel

geboren am 2. Mai 1973 in Alfeld an der Leine

2006

**Referent:** Prof. Dr. Oskar Negt

**Koreferent:** Prof. Dr. Joachim Perels

**Tag der Promotion:** 7. Dezember 2005

## Abstract (deutsch)

Solange das Alltagsbewußtsein unter ›Normalität‹ nicht viel mehr als »Üblichkeiten« und »Selbstverständlichkeiten des Alltags« versteht und unter ›Normalisierung‹ die Anpassung an diese, bleibt der komplexe strategische Zusammenhang zum Wandel der deutschen Außenpolitik seit 1989/90 ein blinder theoretischer Fleck. *Normalität* fungiert als ein Nationalismus verschleiernendes Vehikel. Soll diesem Geschäft Einhalt geboten oder sein Verlauf einer demokratischen Kontrolle unterzogen werden, müssen die ideologischen Instrumente begrifflich dechiffriert werden.

›Normalität‹ und ›Normalisierung‹ sind zwar für die deutsche Außenpolitik diskurstragende Kategorien, dennoch ist trennscharf zu unterscheiden zwischen dem Normalitäts-/Normalisierungsdiskurs, wie er in der Öffentlichkeit ausgetragen wurde, und der tatsächlichen außenpolitischen Normalisierungspraxis, die parallel und unabhängig von den öffentlichen Debatten verlaufen ist. Es kann zwar durch den öffentlichen Diskurs die Praxis der herrschenden Eliten leichter gesehen und in einem demokratischen Staat besser kontrolliert werden, aber die öffentliche Diskussion lief auch auf eine Ablenkung von der Praxis der herrschenden Eliten hinaus. Während über Normalität gestritten wurde, vollzog sich längst in Teilschritten und mehr oder weniger unaufhaltsam der Prozeß einer außenpolitischen Normalisierung.

Die vorliegende Studie umfaßt drei Teile. Im ersten Teil wird nach der Methode zunehmender Konkretion eine begriffliche Herleitung von »Normalität« und »Normalisierung« vorgenommen, d.h. die Begriffe werden etymologisch hergeleitet, theoriegeschichtlich rekonstruiert und empirisch auf die Inhalte der Außenpolitik bezogen. Im zweiten Teil wird für den Bereich der deutschen Außenpolitik seit 1989/90 der Normalisierungsprozeß, wie er weitgehend unabhängig von seiner Diskussion stattfand, kursorisch behandelt. Dabei wird sich auf die katalytischen Kulminationspunkte konzentriert: auf das Jahr der deutschen Einheit 1989/90, den Golfkrieg 1991, den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien mit seinen eruptiven Kulminationen 1995 (Massaker von Srebrenica) und 1999 (NATO-Krieg gegen Serbien), sowie auf den 11. September 2001 (Terroranschlag in den USA) und den Krieg gegen den Irak im Jahre 2003. Im dritten Teil wird der Normalisierungsprozeß auf das Feld der europäischen Integration als erweitertes Operationsfeld ausgedehnt.

In der deutschen Außenpolitik war nach 1989/90 im Kontext der neuen Weltordnung die Tendenz zu beobachten, den fremden Ausnahmezustand (ökonomische Krise, Bürgerkrieg, Krieg) zum Zwecke der eigenen Normalisierung zu instrumentalisieren. In Deutschland galt, daß der Ausnahmezustand außerhalb des eigenen Territoriums und *out of area* außenpolitische Souveränität (*ius ad bellum*) herstellt. Zwischen Krieg und Souveränität existierte ein für Deutschland spezifischer Produktionszusammenhang, der auf Normalität zielte. Insofern erscheint es wenig glaubwürdig, wenn der deutsche Staat seinem eigenen Anspruch nach als Konsequenz aus zwei verschuldeten Weltkriegen und Auschwitz eine Friedensmacht geworden sei.

Zwischen Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik besteht ein kausaler Zusammenhang. In weiten Teilen verdinglicht ist die Gedenkkultur im vereinten Deutschland, d.h. die Erinnerungspraxis ist von sämtlichen Bereichen der staatlichen Politik (Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Außenpolitik) isoliert. Darin ist ein systematischer Zweck erkennbar, denn Gedenkkultur und Erinnerungspraxis können um so lebhafter nur *erscheinen*, je weniger zu befürchten ist, daß aus den zu Tage geförderten Einsichten ernsthafte praktische Konsequenzen für die Organisation des Staats- und Gesellschaftsgebildes folgen müßten, die der mühselig erworbenen, in weiten Teilen erschlichenen staatlichen Normalität widersprechen.

**Stichworte: Vergangenheitspolitik, Deutsche Außenpolitik, Normalisierung**

## **Abstract (english)**

### The Normalised Nation Coming to Terms with the Past and Foreign Policy

As long as day-to-day – consciousness does not understand much more under »normalcy« than »habitualness« and »implicitness of every day life«, and normalisation's only meaning is the assimilation towards this: then the complex strategic connection towards the change of German foreign policy since 1989/1990 will stay a blind theoretical spot.

*Normalcy* functions as a vehicle to camouflage nationalism. In order to stop this business or to control its course on a democratic level, ideological instruments have to be deciphered conceptually. Normalcy and normalisation are indeed discourse-carrying categories. Nevertheless, it should be sharply differentiated between the normalcy/normalisation-discourse as it is carried out in public and the actual foreign policy practice of normalisation which proceeded parallel and independently from the public debate. On the one hand the practice of the prevailing elite can be recognized and controlled easier in a democratic state. But on the other hand the public discussion also resulted in a deflection of the practice of the prevailing elites. While normalcy was being discussed, the more or less inexorable process of external normalisation gradually took place. This study at hand is composed of three parts. The first part conceptualises the derivation of normalcy and normalisation. The terms are affiliated etymologically and will be reconstructed on a historical and theoretical level. Furthermore, they will be related to German foreign policy. The second part deals with the normalisation-process of German foreign policy (that developed rather independently from its discussion) since 1989/1990 in an excursive manner. The main focus will lay on catalytic culminations: on the German Unity 1989/1990, Gulf war in 1991, civil war in former Yugoslavia with its eruptive culmination in 1995 (massacre in Srebrenica) and the NATO war against Serbia in 1999, on 09/11/2001 (terrorist attack in the USA) as well as on the war against Iraq in 2003. In the third part the process of normalisation will be expanded to the field of European integration. A certain tendency in German foreign policy could be observed, in the context of the new world order, to exploit states of emergency in foreign countries (economic crisis, civil war, war) with the intended purpose to normalise the own country. Exceptional circumstances out of territory were obtained to create external sovereignty (*ius ad bellum*). Moreover, a specific German connection existed between war and sovereignty aiming at normalisation. Insofar it does not seem reliable when the German state demands, as a consequence of two self-inflicted wars and Auschwitz, to have transformed itself in a *peace-force*. A causal connection exists between coming to terms with the past and foreign policy. The culture of thinking is reified in united Germany, meaning that the practice of remembrance is isolated from all ranges of state-politics (social-policy, economic policy, foreign policy). Therein a systematically intention is discernable.

Memorial culture and practice of remembrance can only then appear lively when there is no fear that the acquired comprehension will have serious consequences for the formation of state- and society, which could contradict the laboriously achieved (and moreover in most instances surreptitiously reached) normalisation.

(Translation: Kajo Tetzlaff)

**catchwords: policy dealing with the past, German Foreign Policy, normalisation**

Meinen Eltern,  
denen ich das Wesentliche verdanke

## Inhaltsverzeichnis:

<b>Einleitung</b> .....	<b>7</b>
1. »Normalität« als diskursives Ereignis.....	7
2. Die öffentliche Meinung als Normalität.....	9
3. Methode der immanenten Kritik – Ideologiekritik.....	12
4. Aufbau der Untersuchung.....	17
<b>Teil I:</b>	
<b>Normalität und Normalisierung</b> .....	<b>20</b>
1. Etymologie der Normalität – Zu den Begriffen Norm, Normalität und Normalisierung.....	20
2. Jürgen Links »Versuch über den Normalismus«.....	30
3. »Westlichkeit« als Normalfeld.....	34
4. Exkurs: <i>allemande querelle</i> – Von der verspäteten Nation zum Sonderweg.....	37
5. Das »Versprechen der Normalität« – Zum Verhältnis von Vergangenheitspolitik und außenpolitischer Normalisierung.....	53
6. Souveränität als Normalität – Das <i>ius ad bellum</i> .....	74
7. Neopragmatische Abwiegung von Normativität – Zur Homogenisierung von liberalen und konservativen Positionen in Politik und Gesellschaft.....	87
<b>Teil II:</b>	
<b>Außenpolitische Normalisierung seit 1989/90</b> .....	<b>119</b>
1. Deutsche Einheit 1989/90 – Entlassung in die vollständige, aber selbstbeschränkte Souveränität?.....	119
2. Einbettung der deutschen Einheit in den »gesamteuropäischen Prozeß«.....	139
3. Golfkrieg 1991: »Zuschauertribüne« und »Scheckbuch«.....	151
4. Rolle und Aufgaben Deutschlands angesichts drängender Weltprobleme.....	162
5. Militärpolitische Weichenstellungen – Festlegung »deutscher Interessen« und die qualitative Aufrüstung der Bundeswehr.....	166
6. Überwindung verfassungsrechtlicher Bedenken für Kampfeinsätze – Das Ende der Scheckbuchdiplomatie.....	175
7. Kontinuitäten preußisch-deutscher Außenpolitik auf dem Balkan im Gewand von Moral und Verantwortung?.....	184
8. Der »Anti-Terror-Krieg« in Afghanistan: »Uneingeschränkte Solidarität« und die endgültige Enttabuisierung des Militärischen als Mittel deutscher Außenpolitik.....	236
9. Golfkrieg 2003: Die Ausübung normaler Souveränität kann auch bedeuten, Bündnissolidarität zu verweigern – Der »Deutsche Weg« zur Selbstbehauptung Europas.....	247
<b>Teil III:</b>	
<b>Die europäische Integration als verlängertes Operationsfeld deutscher Normalisierung</b> .....	<b>261</b>
1. Der Aufstieg Deutschlands zu einer geostrategischen Mittelmacht.....	261
2. Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union.....	275
3. Militärunion – Die Entstehung einer autarken europäischen Militärmacht.....	312
<b>Schlußbetrachtungen:</b>	
<b>Ist Deutschland eine Friedensmacht?</b> .....	<b>340</b>
1. Normalität als selbstbewußte Sinngebung.....	340
2. Gibt es eine emanzipative Alternative zur vorherrschenden Normalität?.....	344
<b>Literatur- und Quellenverzeichnis</b> .....	<b>353</b>
<b>Danksagung und Angaben zum Autor</b> .....	<b>371</b>

»The ideal solution would be a Germany strong enough to defend itself but not strong enough to attack, united so that its frustrations do not erupt into conflict and its divisions do not encourage the rivalry of its neighbours, but not so centralized that its discipline and capacity for rapid action evoke countermeasures in self-defense.«

Henry A. Kissinger im Jahre 1960<sup>1</sup>

»Deutschland ist nicht nur das stärkste Land Europas, sondern eine große Macht im Weltmaßstab; dies, und nichts anderes, bestimmt die Beziehung der allermeisten Staaten der Welt zu ihm. Gleichwohl ging die objektive Stärke nicht immer mit dem Bewußtsein einer Unerträglichkeit dieser Stärke mit vergangener Schuld und Schande einher. Man muß nicht germanophob sein, um sich verwundert zu fragen, was eigentlich so normal daran sei, daß eine Nation, die solches Grauen innerhalb so kurzer Zeit verursacht hat, objektiv so bald wieder dermaßen erstarkt ist. Solcher Verwunderung wird schon seit langem, besonders aber nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, mit der Taktik des normalisierenden Bewußtseins begegnet: Man ist jetzt eben ein ›normales Volk‹, eine ›gewöhnliche Gesellschaft‹, positives Nationalgefühl steht einem wieder an – man fällt (historisch) eben nicht mehr aus der Reihe.«

Moshe Zuckermann im Jahre 1999<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Henry A. Kissinger: *The Necessity for Choice*, New York 1960, S. 129.

<sup>2</sup> Moshe Zuckermann: *Gedenken und Kulturindustrie. Ein Essay zur neuen deutschen Normalität*, Berlin/Bodenheim bei Mainz 1999, S. 20f.

## Einleitung

»(...) so müßte eine Untersuchung dartun, daß die zeitgemäße Krankheit gerade im Normalen besteht.«

Th. W. Adorno

### 1. »Normalität« als diskursives Ereignis

Solange das Alltagsbewußtsein unter Normalität nicht viel mehr als »Üblichkeiten« und »Selbstverständlichkeiten des Alltags« versteht und dementsprechend unter *Normalisierung* die Anpassung an diese, bzw. die Wiederherstellung dieser, bleibt der komplexe strategische Zusammenhang zum Wandel der deutschen Außenpolitik seit 1989/90 in der Öffentlichkeit ein blinder theoretischer Fleck. In seinem »Versuch über den Normalismus« aus dem Jahre 1997 bezeichnet Jürgen Link den Wortkomplex von Normalität und Normalisierung als zur Zeit auffälligstes Beispiel für eine *diskurstragende Kategorie*. »Diskurstragende Kategorien sind solche, durch deren ›Entfernung‹ – wenn man sie sozusagen aus dem betreffenden Diskurs ›herauszöge‹ wie die Stahlteile aus einer Betonkonstruktion – der betreffende Diskurs nicht länger ›halten‹ könnte und in sich zusammenbräche wie ein Kartenhaus. Unter solchen Kategorien sind in der Regel nicht isolierte einzelne Wörter zu verstehen, sondern ganze semantische Komplexe einschließlich ihrer Praxisbezüge, wiederum vergleichbar mit kreuzweise angeordneten Stahlteilen in Beton.«<sup>3</sup> Der Komplex Normalität/Normalisierung sei eine solche diskurstragende Kategorie; »zöge man diesen Komplex etwa aus dem Diskurs der deutschen mediopolitischen Klasse seit 1989 heraus, so könnte dieser Diskurs keinen Augenblick länger ›tragen‹.«<sup>4</sup>

Diskurstragende Kategorien sind allerdings nur im hypothetischen Sinne abziehbar, und die jenseits des Diskurses dazugehörige Praxis ist unabhängig von ihren tragenden Kategorien, d.h. sie kann auch unbeirrt von ihrer Diskussion oder Nicht-Diskussion voranschreiten. So ist denn auch trennscharf zu unterscheiden zwischen dem Normalitäts-/Normalisierungsdiskurs, wie er als öffentliche Debatte in Zeitungen und Zeitschriften ausgetragen wurde, und der tatsächlichen außenpolitischen Normalisierungspraxis, die ohne öffentliche Diskussion allenfalls schwerer, weil ohne öffentliche, unterstützende Anerkennung – oder aber auch leichter, weil unbemerkter und damit ungestörter, voranschreiten kann; jedenfalls würde mit der Entfernung der tragenden Kategorien die dem Diskurs scheinbar anhaftende, jedoch nur verwandte Praxis nicht zusammenbrechen. Anders formuliert: Wo die Praxis der herrschenden Eliten nicht ins

---

<sup>3</sup> Jürgen Link: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, 2. Aufl., Wiesbaden 1999 (1. Aufl.: 1997), S. 15.

<sup>4</sup> Ebd.



Licht gerückt wird, vollzieht sie sich im Dunkeln und wird demzufolge auch nicht, allenfalls lediglich von Experten gesehen. Andererseits wird zwar durch die öffentliche Debatte die Praxis der herrschenden Eliten leichter gesehen und kann in einem demokratischen Staat besser kontrolliert werden, aber die Diskussion kann auch auf eine Ablenkung von der Praxis der herrschenden Eliten hinauslaufen.<sup>5</sup> Die öffentliche Auseinandersetzung wäre dann eine scheindemokratische Alibidebatte: Während öffentlich über Normalität und Normalisierung gestritten wird, vollzieht sich längst in Teilschritten und mehr oder weniger unaufhaltsam der Prozeß einer außenpolitischen Normalisierung.

Über »Normalität« wird begrifflich kaum Rechenschaft abgelegt, aber dennoch ist der affirmative Umgang mit dem Wort in der deutschen Öffentlichkeit: unter Politikern, Journalisten sowie Geistes- und Gesellschaftswissenschaftlern weit verbreitet. In einem Beitrag des Berliner Sozialwissenschaftlers Meinolf Dierkes für die *Frankfurter Rundschau* heißt es: »Sozialwissenschaftliche Forschung steht immer im Dienst der gesellschaftlichen Praxis«. Es sei eine Fülle von Ergebnissen der sozialwissenschaftlichen Forschung in die gesellschaftliche Praxis eingegangen. »Und zwar immer dann, wenn erstens ihr Nutzen erkannt wurde, aber zweitens oft mit großer Zeitverzögerung und drittens häufig auf nicht geplanten und sehr verschlungenen Pfaden.« Begriffe wie *Bruttosozialprodukt*, *Inflation*, *Intelligenzquotient*, *soziale Schicht*, *Risikogesellschaft* oder *Globalisierung* seien in das Alltagsbewußtsein und in die Alltagssprache eingegangen. »Und wenn solche Begriffe und Konzepte erst einmal eine gewisse Verbreitung und Popularität erlangt haben, verblaßt zumeist sehr schnell die Erinnerung daran, wo sie eigentlich entstanden sind. Zugespitzt formuliert könnte man sagen: Wenn ein Transfer von sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnissen in die gesellschaftliche Praxis erfolgreich war, wird vergessen, daß er stattgefunden hat.«<sup>6</sup> Ebenso aber sind in der Regel die Begriffe, die aus der Wissenschaft Einzug in die Sphären von Wirtschaft und Politik erhalten, so ausge-

---

<sup>5</sup> Wenn z.B. über die Streitkräfte öffentlich in Zeitungen und Zeitschriften diskutiert wird, sind es eher punktuelle, abstrakte Fragestellungen (z.B. Wehrpflicht- oder Freiwilligenarmee?, Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan oder zu Hause bleiben?, Rechtsradikale in der Bundeswehr als Folge eines antidemokratischen Führungsstils?), die ein oberflächliches Problembewußtsein oder organisiertes Ablenken von den wirklichen Problemen vermuten lassen. »Und ist der momentane Diskussionsbedarf abgearbeitet, dann wird das Militär wieder in Ruhe gelassen: Kaum Fragen danach, welche politischen Folgen es haben kann, wenn die Bundeswehr mit durchaus problematischen Strukturen die Rolle des Gegengewichts zu Rußland übernimmt. Und praktisch kein Interesse daran, den Aufbau der Krisenreaktionskräfte etwas genauer zu betrachten und zu prüfen, welche Konzeption ›vor Ort‹ eher stabilisieren kann und welche nicht. Prinzipalismus und Oberflächlichkeit haben solche Fragestellungen nicht zu- und der Bundeswehrplanung freie Hand gelassen. Ob letzteres nun unter einer rot-grünen Koalition wesentlich anders sein wird, ist zu bezweifeln: Zu sehr erscheint man eingeschworen auf sicherheitspolitische ›Kontinuität‹, was nicht gerade Freude an gründlicher Debatte signalisiert.« – Lutz Unterseher: »Deutsche Militärpolitik – Unauffällige Festlegung für die Zukunft«, in: *ZOOM*, Zeitschrift für Politik und Kultur 5/98.

<sup>6</sup> Meinolf Dierkes: »Zukunftsforschung gilt bis heute als akademisch wenig reputierlich«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 23.12.1996, S. 14.

richtet, daß sie nicht erst für einen affirmativen Gebrauch zurechtgestutzt werden müssen. – Man kann dasselbe auch von der *Normalität* behaupten.

## 2. Die öffentliche Meinung als Normalität

In seinem Aufsatz »Meinung Wahn Gesellschaft« widerspricht Theodor W. Adorno der Auffassung, Rationalität sei das Normale. »Unterm Bann der zähen Irrationalität des Ganzen ist normal auch die Irrationalität der Menschen.«<sup>7</sup> Keine Gruppe als Teil der gesellschaftlichen Elite – auch nicht die Wissenschaft oder der Journalismus – ist von diesem Verdikt ausgenommen. Objektivität als ein Kriterium von Wahrheit ist in einer beschädigten Öffentlichkeit, welche sich im Bewußtsein niederschlägt, ein schwieriges Unterfangen; dennoch sei es nicht aufzugeben. Der *öffentlichen Meinung* kommt, so Adorno, in einer demokratischen Gesellschaft eine Kontrollfunktion zu, die sie aber nur imstande sei auszuüben, wenn sie in die *Kritik* auch sich selbst mit einbezieht. Die Idee einer freien Meinungsäußerung ist von der Idee einer freien Gesellschaft nicht zu trennen. In einer unfreien Gesellschaft verkommt die Meinungsfreiheit zu dem Recht, »die eigene Meinung vorzubringen, zu verfechten und womöglich durchzusetzen, auch wenn sie falsch, irr, verhängnisvoll ist«<sup>8</sup>.

Die öffentliche Meinung als Korrektiv ist nur so gut, wie die Subjektfähigkeit der Einzelnen es zuläßt. »Wo das Subjekt die Kraft zur vernünftigen Synthesis nicht mehr hat oder sie, verzweifelnd vor Übermacht, verleugnet, dort nistet *Meinung* sich ein.«<sup>9</sup> Das Meinen ist zufällig und sprunghaft, dagegen hat die Wahrheit es schwer »der Lüge von Meinung zu widerstehen«<sup>10</sup>. Adorno schreibt: »Das Banale kann nicht wahr sein. Was, in einem falschen Zustand, von allen akzeptiert wird, hat, indem es diesen Zustand als den ihren bestätigt, vor jedem besonderen Inhalt schon sein ideologisches Unwesen. Kruste verdinglichter Meinungen, beschirmt es das Bestehende und sein Gesetz. Dagegen sich zu wehren, ist allein noch nicht die Wahrheit und mag leicht genug in der abstrakten Negation verkommen. Aber es ist das Agens jenes Prozesses, ohne den Wahrheit nicht ist.«<sup>11</sup> Die Meinung hat ihre berechtigte Bedeutung, solange wie in einem Art hermeneutischen Zirkel sie am Beginn der Vermittlung steht und Objektivität am Ende. *Insofern* wäre die Meinung ein Moment der Wahrheit. Aber in öffentli-

---

<sup>7</sup> Theodor W. Adorno: Meinung Wahn Gesellschaft, in: Ders.: Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt a.M. 1963, S. 147-172; S. 164.

<sup>8</sup> Adorno, a.a.O., S. 167.

<sup>9</sup> Adorno, a.a.O., S. 168.

<sup>10</sup> Adorno, a.a.O., S. 171.

<sup>11</sup> Adorno, a.a.O., S. 172.

chen Diskursen wird das Absolute durch die Meinung ersetzt, welche zugleich Ausdruck eines Konformismus ist.<sup>12</sup> Damit geht der öffentlichen Meinung ihre Kontrollfunktion verloren – wenn sie jemals wirklich ausgeübt werden konnte – und wird zur bloßen Legitimationsideologie, zur Apologie des Bestehenden.

Die Meinung dichtet sich ab gegen das Argument und erhält sich am Leben gegen jede argumentative Widerlegung – vor allem auch durch die Herabsetzung des Argumentes zur *Gegenmeinung*, der in einer *freien*, pluralistischen Gesellschaft es freisteht, vertreten zu werden wie die entgegengesetzte Meinung eben auch. Meinung und das zur Gegenmeinung herabgesetzte Argument dürfen als *gleich-gültig* nebeneinander stehen. »Meinung ist die wie immer auch eingeschränkte Setzung eines subjektiven, in seinem Wahrheitsgehalt beschränkten Bewußtseins als gültig.«<sup>13</sup> Die Meinung – ursprünglich eine objektive Stufe des Geistes – ist gepanzert gegen solche Einsicht. Adorno geht in diesem Sachverhalt sogar soweit, der verabsolutierten Meinung pathische Züge zu attestieren, die auf Narzißmus zurückgehen. Rechthaberei als *Selbsterhaltung*: »Was einer für eine Meinung hat, wird als sein Besitz zu einem Bestandteil seiner Person, und was die Meinung entkräftet, wird vom Unbewußten und Vorbewußten registriert, als werde ihm selber geschadet.«<sup>14</sup> Wirkliche Reflexion wäre dagegen ein Denken, das sich in den Gegenstand versenkt. Während die dialektische Reflexion des Gegenstands: das Sich-Versenken in den Gegenstand, wirkliches Denken ausmacht, bietet die Meinung lediglich oberflächliche Erklärungen an, »durch die man die widerspruchsvolle Wirklichkeit widerspruchslos ordnen kann, ohne sich groß dabei anzustrengen«<sup>15</sup>.

Meinungen setzen sich mithin nicht vermöge der Kraft von Argumenten durch, sondern vermittle der Kraft von Interessen, hinter denen Macht und Gewalt ihren Einfluß ausüben und der psychodynamischen Disposition von Individuen, in denen der Stellenwert der Vernunft und Verstandesleistungen herabgesetzt sind, zuträglich ist. »Die charakteristischste Gestalt absurder Meinung heute ist der Nationalismus. Mit neuer Virulenz steckt er die gesamte Welt an, in einer Phase, in der er zugleich durch den Stand der technischen Produktivkräfte, die potentielle Bestimmung der Erde als eines Planeten, zumindest in den nicht unterentwickelten Ländern, seine reale Basis verloren hat und gänzlich zu der Ideologie geworden ist, die er freilich immer auch schon war.«<sup>16</sup> Der Nationalismus ist die Ideologie par excellence, welche das Einzelinteresse als Gemeinwohl ausgibt. Er erhält seine Wirkmacht als *kollektiver Narziß-*

---

<sup>12</sup> Vgl. »Ohnmacht, die sich als Bescheidwissen verkleidet. Gespräch mit Detlev Claussen und Lothar Baier über die gesellschaftliche Bedeutung der »öffentlichen Debatten«, in: *Perspektiven*, Nr. 33, Mai 1998, S. 3.

<sup>13</sup> Th. W. Adorno: *Meinung Wahn Gesellschaft*, a.a.O., S. 148.

<sup>14</sup> Adorno, a.a.O., S. 150.

<sup>15</sup> Adorno, a.a.O., S. 155.

<sup>16</sup> Adorno, a.a.O., S. 165.

mus aufgrund der *Befangenheit* von Individuen, d.h. der Nationalismus bietet kollektive Kompensationen individueller Unzulänglichkeiten an und gewährleistet darüber einen allgemeinen, aber pathischen Zusammenhalt. »Je befangener die Individuen in sich selbst sind und je verhängnisvoller sie die Einzelinteressen verfolgen, die in jener Gesinnung sich abbilden und deren sture Gewalt auch wiederum von ihr verstärkt wird, desto sorgfältiger muß eben dies Prinzip verschwiegen, muß unterstellt werden, es gehe, wie der nationalsozialistische Slogan lautete, Gemeinsinn vor Eigennutz.«<sup>17</sup> Mehr als jedes andere *pathische Vorurteil*, so Adorno weiter, sei der Glaube an die Nation »Meinung als Verhängnis«. »Er bläht die abscheuliche Notstandsweisheit, daß wir alle im gleichen Boot sitzen, zur moralischen Maxime auf.«<sup>18</sup> Das betreffe jedwede Form von Nationalgefühl, auch das vermeintlich *normale*. Vielmehr ist die Unterscheidung zwischen gesundem und pathischem Nationalgefühl selbst schon ideologisch. »Gesundes Nationalgefühl vom pathischen Nationalismus zu scheiden, ist so ideologisch wie der Glaube an die normale Meinung gegenüber der pathogenen; unaufhaltsam ist die Dynamik des angeblich gesunden Nationalgefühls zum überwertigen, weil die Unwahrheit in der Identifikation der Person mit dem irrationalen Zusammenhang von Natur und Gesellschaft wurzelt, in dem die Person zufällig sich findet.«<sup>19</sup>

*Normalität* in dem Sinne, wie es allgemein gebraucht wird, ist ein schillerndes Wort – ein Nicht-Begriff, der davon lebt, daß er eine geringe Substanz hat. Er funktioniert aufgrund seiner alltagsbewußten Implikationen, die vom »gesunden Menschenverstand« dirigiert werden als bloße Meinung. Der »gesunde Menschenverstand« korrespondiert dabei reibungslos mit *Normalität*, gilt sie doch dem Alltagsbewußtsein als das *Normalste* und *Gesündeste*, das sich der kritischen Wissenschaft gegenüber borniert verhält. Geraten aber Nicht-Begriffe in das Spannungsfeld von Politik, werden sie zu ideologischen Instrumenten. Dabei sind sie nur Phrasen, hinter denen ein taktisches Geschäft abgewickelt wird, das camoufliert, aber gezielt ein System bereitet und Wirklichkeit verändert. *Normalität* fungiert als ein Nationalismus verschleiernendes Vehikel. Soll diesem taktischen Geschäft Einhalt geboten oder sein Verlauf einer demokratischen Kontrolle unterzogen werden, müssen die ideologischen Instrumente begrifflich dechiffriert und dadurch ausgehebelt werden.

---

<sup>17</sup> Adorno, a.a.O., S. 166.

<sup>18</sup> Adorno, a.a.O., S. 166f.

<sup>19</sup> Adorno, a.a.O., S. 167.

### 3. Methode der immanenten Kritik – Ideologiekritik

Die Methode, die dazu imstande ist, Partikularinteressen, die sich als Allgemeininteressen getarnt haben, zu entschleiern, ist das ideologiekritische Verfahren der *immanenten Kritik*, wie es von Karl Marx formuliert wurde.<sup>20</sup> Das bedeutet für die vorliegende Arbeit, dem *Versprechen der Normalität* kein Dogma, das von außen als Abstraktion aus der reinen Vernunft gewonnen wäre, den herrschenden Eliten vorzuhalten, sondern an die in dem *Versprechen* verborgenen Bedürfnisse und Interessen anzuknüpfen, sie freizulegen und an ihrem eigenen Anspruch zu kritisieren. Denn die immanente Kritik versteht sich als säkularisierte Philosophie, d.h. als ein *Eingriff* in die bestehende politische Praxis der Herrschenden: Die Theorie ist *kritisch* in die Praxis involviert; sie ist *rücksichtslose Kritik alles Bestehenden* und fürchtet sich genauso wenig vor den Konsequenzen ihrer Resultate wie vor dem Konflikt mit den herrschenden Mächten.<sup>21</sup> Die Kriterien der Kritik sind aus der Realität vermittlels der Anknüpfung an die politischen Kämpfe gewonnen, in welchen sich der politische Staat transformiert.<sup>22</sup> Das Versprechen der Normalität formuliert einen Anspruch, dessen ideologische Gestalt Ausdruck der herrschenden Verhältnisse ist: *geistiges Aroma* der Verhältnisse, worin ein historisch gewachsenes und sich mit den Verhältnissen wandelndes Bedürfnis zum Vorschein kommt. Es geht mit anderen Worten darum, theoretische und politische Positionen nachzuvollziehen, auf immanente Widersprüche zu überprüfen und ihren Wahrheitsgehalt vor allem hinsichtlich der sozialen Bedeutung zu reflektieren. Da ideologische Annahmen ein *Synkretismus aus Wahrem und Falschem* sind, der als ›verdinglichte Grundposition‹ einen Zweck erfüllt, kann der Maßstab der Kritik kein äußerlicher sein, sondern muß immanent erfolgen, d.h. an der *Ausrichtung* des Zweckes kritisiert werden. Die Kritik muß dabei bis zu den neuralgischen Schnittstellen der verdinglichten Synkretismen in den Begriffen vordringen und durch das ›Scheiden‹ den Begriff in die *Krise* zwingen, d.h. das Gravitationszentrum, die Kräfteverhältnisse im Begriff verändern, wodurch der Begriff in Bewegung gerät, ein neues Gravitationszentrum erhält. Mit anderen Worten: Vermöge der immanenten Kritik wird der Begriff von innen heraus umgeleitet und im wahrsten Sinne des Wortes sich bewußt angeeignet.

---

<sup>20</sup> Vgl. Karl Marx: Marx an Ruge, in: Briefe aus den »Deutsch-Französischen Jahrbüchern« (1844), in: MEW Bd. 1, Berlin 1972, S. 345.

<sup>21</sup> Vgl. Marx, a.a.O., S. 344.

<sup>22</sup> »Wie die *Religion* das Inhaltsverzeichnis von den theoretischen Kämpfen der Menschheit, so ist es der *politische Staat* von ihren praktischen. Der politische Staat drückt also innerhalb seiner Form *sub specie rei publicae* alle sozialen Kämpfe, Bedürfnisse, Wahrheiten aus. Es ist also durchaus nicht unter der *hauteur des principes*, die speziellste politische Frage – etwa den Unterschied von ständischem und repräsentativem System – zum Gegenstand der Kritik zu machen.« – Marx, a.a.O., S. 345.

»Kritik gilt gesellschaftlicher Herrschaft, die als ›Natur‹ erscheint. Solche Fetischisierung entspringt dem Vergessen der Vorgeschichte der jeweils geltenden, institutionalisierten Lebensformen. Deren Imperative dirigieren die Vergesellschafteten, ohne daß sie ihnen zu Bewußtsein kämen.«<sup>23</sup> Kritische Theorie beansprucht mithin, die *blinde Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens* dem Bewußtsein der Einzelnen zu erhellen, damit sie die Einrichtung einer »Gesellschaftsform, in der die Menschen ihr gesellschaftliches Leben bewußt für ihre eigenen Bedürfnisse und Zwecke solidarisch organisieren und immer aufs Neue damit in Einklang bringen«<sup>24</sup> können, angehen.

Nach Marx ist die traditionelle Wissenschaft als »selbständige Produktionspotenz von der Arbeit [ge]trennt und in den Dienst des Kapitals [ge]preßt«.<sup>25</sup> Wissenschaft könne aber nach seinen Vorstellungen auch als eine kritische Kraft wirksam werden, wenn sie sich als Gegenmacht zu den herrschenden Verhältnissen verstünde.<sup>26</sup> Der Zweck einer solchen kritischen Wissenschaft liege in der Bewußtwerdung der Bedingungen von gesellschaftlicher Emanzipation. Weil es den Menschen nur schwer in den Sinn kommt, über das Bestehende hinauszudenken, kommt der kritischen Wissenschaft zunächst die Aufgabe zu, die Menschen daran zu erinnern, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse veränderbar sind und die Geschichte von Menschen gemacht wird.<sup>27</sup> Daß Geschichte *vernünftig* gemacht werden kann, setzt voraus, daß man sich ihrer begrifflich *bewußt* wird und sie dadurch aus der Naturwüchsigkeit entläßt. »Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zu rechten Zeit sich ein.«<sup>28</sup> Weil mit Worten sich trefflich streiten und ein undemokratisches (Herrschafts)-System bereiten läßt, ist es ein Anspruch der aufklärerischen Wissenschaft, daß ein Begriff bei dem Worte sei.

Das Nicht-Begriffliche ist nach Hegel das vom Geist Unberührte; es gilt ihm als abstraktes, unmittelbares, nicht in sich reflektiertes Erscheinen überhaupt: als *Natur*. Als solche stellt Natur die Unfreiheit des Geistes dar,<sup>29</sup> komme sie aber mit dem Geist in Berührung, werde sie sukzessiv durch den Begriff aufgehoben. Der Begriff der Natur sei die Freiheit *von* der Natur, weil nur der Begriff vom Naturzwang – oder mit Marx in Bezug auf gesellschaftliche Verhältnisse gesprochen: von der Naturwüchsigkeit befreie. *Sinnliche Gewißheit* wird von Hegel in seiner *Phänomenologie* als erste Stufe des Geistes angesehen, welche für sich ein erstes

---

<sup>23</sup> Helmut Dahmer: Pseudonatur und Kritik. Freud, Marx und die Gegenwart, Frankfurt a.M. 1994, S. 9.

<sup>24</sup> Max Horkheimer: Bemerkungen zur philosophischen Anthropologie (1935), In: Gesammelte Schriften (GS), Bd. 3, Frankfurt 1988, S. 253.

<sup>25</sup> Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: MEW Bd. 23, Berlin 1969, S. 382.

<sup>26</sup> Vgl. Friedrich Engels: Das Begräbnis von Karl Marx, in: MEW Bd. 19, Berlin 1978, S. 336.

<sup>27</sup> Auf diesem Standpunkt kann die kritische Wissenschaft gleichwohl nicht verharren, wenn im Angesicht der manifest erscheinenden Herrschaft die Erinnerung nicht in Resignation münden soll.

<sup>28</sup> J.W. Goethe: Faust, 1. Teil, Vers 1995f., in: Werke Bd. 3, Frankfurt a.M. 1970, S. 60.

<sup>29</sup> Vgl. G.W.F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Religion, Bd. II, Werke Bd. 17, Frankfurt a.M. 1969, S. 253.

Heraustreten aus der Natur darstellt. In der sinnlichen Gewißheit ist die Sache aber lediglich ein Seiendes: »die Sache ist; und sie ist, nur weil sie ist; sie ist, dies ist dem sinnlichen Wissen das Wesentliche, und dieses reine Sein oder diese einfache Unmittelbarkeit macht ihre Wahrheit aus.«<sup>30</sup> – Die weitere Bewegung des Geistes ist die *Arbeit des Begriffs*. Der gesunde Menschenverstand bleibt auf der Stufe der sinnlichen Gewißheit stehen und kann darum notwendig im Hegelschen Sinne keine Begriffe ausbilden. Die Sprache wird als ein System von Worten genommen. Das bloße Wort hat eine Affinität zur bloßen Meinung, während der Begriff Resultat des Denkens und dadurch Ausdruck von Wissen ist. Auf der Ebene der bloßen Meinung läßt sich in der Tat trefflich streiten – aber auch nur das –, weil auf dieser Ebene der Maßstab von wahr und falsch der Beliebigkeit ausgesetzt ist.<sup>31</sup>

Bei Marx heißt es, Wissenschaft sei nicht nötig, wenn Wesen und Erscheinung zusammenfallen. Die Differenz von Wesen und Erscheinung macht erst das Spannungsfeld von Ideologien aus. Das gilt insbesondere für Herrschaftsverhältnisse.<sup>32</sup> Ideologiekritik arbeitet sich an dem Kern von Rationalität in der Verschränkung von Wahrem und Unwahrem ab. Sie spürt die undurchsichtigen und vermittelten Herrschaftsverhältnisse auf, macht sie sichtbar zum Zwecke ihrer bestimmten Negation. Ideologie wird in der vorliegenden Arbeit als *gesellschaftlich notwendiges und zugleich falsches Bewußtsein* begriffen. Mit *falschem Bewußtsein* ist mithin nicht gemeint, daß es sich bei Ideologien um einen Verblendungszusammenhang handelt, der bloß der anthropologischen *Grundbeschaffenheit der Menschen* oder der *logischen Unreinheit* des Bewußtseins zur Last gelegt werden könnte, wie es etwa in der ›Idolenlehre‹<sup>33</sup> von Francis Bacon unternommen wird. Die Unwahrheit von Ideologien muß statt dessen aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, d.h. aus *objektiven* Verblendungszusammenhängen abgeleitet werden – nicht als mechanische und vielleicht verzerrte *Widerspiegelung* des gesellschaftlichen Seins im Bewußtsein, vielmehr liegt der Ideologie immer eine selbständige geistige Tätigkeit zugrunde, die mit einem eigenen Anspruch aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen hervorscheint.<sup>34</sup> »Zur Ideologie im eigentlichen Sinne bedarf es sich selbst undurchsichti-

---

<sup>30</sup> G.W.F. Hegel: *Phänomenologie des Geistes*. Frankfurt a.M. 1986, S. 83.

<sup>31</sup> »Die Meinung ist die Küche, worin alle Wahrheiten abgeschlachtet, gerupft, zerhackt, geschmort und gewürzt werden« – Ludwig Börne: »Die Kunst, in drei Tagen ein Originalschriftsteller zu werden«, in: Ders.: *Menzel der Franzosenfresser und andere Schriften*. Herausgegeben und eingeleitet von Walter Hinderer, Frankfurt a.M. 1969, S. 54-56; S. 54. – Vgl. auch Marcus Hawel: »Ein Begriff muß bei dem Worte sein. Theorie und Praxis in den Sozialwissenschaften«, in: *Zeitschrift für kritische Theorie*, 10. Jg., Nr. 18/19 (2004), S. 73-79.

<sup>32</sup> »Wo bloße unmittelbare Machtverhältnisse herrschen, gibt es eigentlich keine Ideologien.« – Th. W. Adorno: *Beitrag zur Ideologienlehre* (1954), in: ders.: *GS, Soziologische Schriften I*, Frankfurt a.M. 1979, S. 465.

<sup>33</sup> Vgl. Francis Bacon: *Novum organum*, in: *The Works of Francis Bacon*, London 1857.

<sup>34</sup> »Demgemäß ist auch Ideologiekritik, als Konfrontation der Ideologie mit ihrer eigenen Wahrheit, nur soweit möglich, wie jene ein rationales Element enthält, an dem die Kritik sich abarbeiten kann.« – Th. W. Adorno: *Beitrag zur Ideologienlehre*, a.a.O., S. 465. – »Denn *Ideologie ist Rechtfertigung*. Sie setzt ebenso die Erfahrung eines bereits problematischen gesellschaftlichen Zustandes voraus, den es zu verteidigen gilt, wie andererseits

ger, vermittelter und insofern auch gemildeter Machtverhältnisse.«<sup>35</sup> Auch wenn Theodor W. Adorno in seinem »Beitrag zur Ideologienlehre« aus dem Jahre 1954 der Ansicht gewesen ist, daß die Gesellschaft dafür zu durchsichtig geworden sei und das gesellschaftlich bedingte, falsche Bewußtsein von heute nicht mehr von einem ›objektiven Geist‹ getragen, sondern mit den Erzeugnissen der Kulturindustrie »wissenschaftlich auf die Gesellschaft zugeschnitten« werde,<sup>36</sup> sind die Herrschaftsverhältnisse dieser demokratisch-kapitalistisch verfaßten Gesellschaft, die nach 1945 entstanden ist, – gerade auch aufgrund der *kulturindustriellen Verblendung* – doch nicht so durchsichtig wie etwa im Faschismus, so daß auf Ideologiekritik im traditionellen Sinne verzichtet werden, bzw. durch die Analyse des *cui bono* ersetzt werden müßte. Aus diesem Grund wird sich in der vorliegenden Arbeit auf den marxischen Ideologiebegriff bezogen. Gerade im Hinblick auf den Gegenstand dieser Untersuchung, an dem sich die Methode zu orientieren hat – nicht umgekehrt –, zeigt sich die Relevanz des Ideologiebegriffs: Die Ideologie hat eine Hülle; sie ist nicht das ungeschminkte *drohende Antlitz der Welt*. Die gegenwärtige Welt ist, obwohl in ihr viel Terror ist, ihrer eigenen Gestalt nach (noch) nicht wieder in Terror übergegangen. Auch gegen die Annahme, daß im Spätkapitalismus durch das Prinzip der Konsensproduktion auf Legitimationstheorien verzichtet werden könne und demzufolge die herkömmliche Ideologie obsolet geworden sei, ist einzuwenden, daß gegensätzliche durch Machtinteressen transportierte Positionen, die in einem Konsens zu harmonisieren wären, mit *Sinn* erfüllt sein müssen, d.h. es kann nicht einfach *Unsinn* durch bloße Gewalt- oder Machtausübung Eingang in den Konsens finden. In der Welt ist *Rechtfertigung*. Dies zeigt sich ganz besonders deutlich am Gegenstand der vorliegenden Arbeit: am Normalitäts- und Normalisierungsdiskurs.

Dennoch: »Angesichts der unbeschreiblichen Gewalt, welche jene Medien über die Menschen heute ausüben, (...) ist die konkrete Bestimmung ihres ideologischen Gehalts unmittelbar dringlich. Er stellt synthetisch Identifikation der Massen mit den Normen und Verhältnissen her, welche seis anonym hinter der Kulturindustrie stehen, seis bewußt von dieser propagiert werden. Alles nicht Einstimmende wird zensuriert, Konformismus bis in die subtilsten Seelenregungen hinein eingeübt.«<sup>37</sup> Die Kulturindustrie ist damit der mediale Verstärker eines Prozesses, der den Schein der Natürlichkeit der Individuen und ihrer Meinungen im einzelnen wie der gesellschaftlichen Verhältnisse im ganzen erzeugt. Gesellschaftlich ›normal‹ ist somit

---

die Idee der Gerechtigkeit selbst, ohne die eine solche apologetische Notwendigkeit nicht bestünde und die ihr Modell am Tausch von Vergleichbarem hat.« – Ebd.

<sup>35</sup> Th. W. Adorno: Beitrag zur Ideologienlehre, a.a.O., S. 467.

<sup>36</sup> Vgl. Adorno, a.a.O., S. 475.

<sup>37</sup> Adorno, a.a.O., S. 476.



die »Anerkennung des Bestehenden selber, Modell[] eines Verhaltens, das der Übermacht der Verhältnisse sich fügt« und zwar »im Namen von Realismus«<sup>38</sup>.

Ideologie ist ein »geistig-kulturelles ›Abbild‹ des real Bestehenden«, welches rückwirkend das Bestehende mitformt und strukturiert. – Das macht das Allgemeine von Ideologien aus. »Ideologie liegt (...) ein Allgemeines zugrunde: Sie ergibt sich aus komplexen Diskurspraktiken, die ihrerseits von im Werden begriffenen oder bereits bestehenden Macht-, Herrschafts- und Gewaltstrukturen ökonomischer, politischer oder auch kultureller Natur herrühren. Somit erfüllt Ideologie zum einen eine ›positiv‹ kittende, zum anderen eine das Bestehende in seinen teils verdeckten, teils offenen Machtverhältnissen rechtfertigende Funktion.«<sup>39</sup>

Moshe Zuckermann diagnostiziert am Beginn der sogenannten *Berliner Republik* im Kontext der Normalisierung eine »Zeitenwende« im Umgang mit der deutschen Vergangenheit, die mit der »eigentümlichen Besetzung der rot-grünen Koalition« zusammenfällt.<sup>40</sup> Gleichwohl hat diese »Zeitenwende« ihre Vorgeschichte, die bis zur deutschen Einheit zurückreicht, d.h. von der schwarz-gelben Bundesregierung vorbereitet und bereits praktiziert wurde. Der Begriff der »Zeitenwende« rekurriert auf den Begriff des »Zeitgeistes«, der, so Zuckermann, wesentlich ideologisch ist, da von einem homogenen, monolithischen Blockbewußtsein eines Kollektivs grundsätzlich und in pluralen Gesellschaften schon gar nicht die Rede sein kann.<sup>41</sup> Der Begriff ist aber auch als Ideologie *begreifbar* »und zwar sowohl in der statischen Funktion eines Arsenal der Inhalte der jeweils vorherrschenden sozialen, politischen und kulturellen Sichtweisen und Ausrichtungen als auch in der dynamischen Funktion eines Indikators der im Wandel der Inhalte sich jeweils abzeichnenden Tendenzwende.«<sup>42</sup> Dennoch lasse sich trotz der Pluralität von einer Wende sprechen; »sie bezieht sich allerdings nicht auf ›die Deutschen‹, sondern meint den von der (vorwiegend) kritischen Intelligenz über die Jahrzehnte geprägten öffentlichen Diskurs.«<sup>43</sup>

---

<sup>38</sup> Ebd.

<sup>39</sup> Moshe Zuckermann: *Gedenken und Kulturindustrie*, a.a.O., S. 23.

<sup>40</sup> Vgl. Zuckermann, a.a.O., S. 29.

<sup>41</sup> Vgl. Zuckermann, a.a.O., S. 103f.

<sup>42</sup> Zuckermann, a.a.O., S. 104. – »Insofern nun Zeitgeist als Ideologie verstanden wird, diese sich aber als ›Öffentlichkeit‹ durch die wissenschaftlichen (aber durchaus auch populärwissenschaftlichen) bzw. feuilletonpublizistischen und massenmedialen Produktionen und Rezeptionen in der Sphäre der Vermittlung und der Repräsentation manifestiert, kann man die in der stetigen Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit öffentlich geführten Debatten als zweierlei ansehen: zum einen als Ausdruck einer genuinen Auseinandersetzung mit dem Aufzuarbeitenden, zum anderen aber als Ausdruck der sie durchwirkenden Ideologie. Es ist nun die sich in der ideologischen Dimension der Diskurse jeweils vollziehende Veränderung, die als der sich wandelnde ›Zeitgeist‹ angesehen werden kann: Er spiegelt eine Wende des Denkens und Redens (z.B. über die Vergangenheit) wider, die ihren Ursprung in realen gesellschaftlichen, politischen oder kulturellen Wandlungen hat.« – Moshe Zuckermann, a.a.O., S. 105.

<sup>43</sup> Zuckermann, a.a.O., S. 105. – Zuckermann bezieht seine Feststellung auf den Diskurs der Vergangenheitsbewältigung; die Aussage ist zu verallgemeinern, d.h. auch auf die politischen Bereiche auszuweiten, auf die eine Veränderung des Umgangs mit der Vergangenheit realpolitische Auswirkungen haben – vor allem auf die Au-

Dieser Wandel des »Zeitgeistes«: der Normalitätsdiskurs mündet in direkte, ablesbare praktische Konsequenzen in vielen Politikbereichen, vor allem im Bereich der deutschen Außenpolitik. Das politische Feld der Außenpolitik ist für die Vergangenheitsbewältigung<sup>44</sup> eines der wichtigsten Bereiche, wenn nicht überhaupt das wichtigste Feld, da es hier um den Status Deutschlands in der Welt geht. In der vorliegenden Untersuchung wird die (außenpolitische) »Normalisierung der deutschen Nation« und »Normalität« als Resultat dieses gesellschaftspolitischen Prozesses, gleichsam als ein ideologisches System aufgefaßt, welchem ein Muster zu Grunde liegt, das begriffen, d.h. dechiffriert werden soll. Dabei gilt es, wie bereits angemerkt, zu beachten, daß sich der Prozeß der Normalisierung parallel zum und auch unabhängig vom Normalitätsdiskurs, d.h. der bewußten Bezugnahme auf den Begriff der Normalität vollzieht.

#### 4. Aufbau der Untersuchung

Die vorliegende Studie umfaßt drei Teile. Im ersten Teil wird nach der Methode zunehmender Konkretion eine begriffliche Herleitung von »Normalität« und »Normalisierung« vorgenommen, d.h. die Begriffe werden etymologisch hergeleitet, theoriegeschichtlich rekonstruiert und empirisch auf die Inhalte der Außenpolitik bezogen. Im zweiten Teil wird für den Bereich der deutschen Außenpolitik seit 1989/90 der Normalisierungsprozeß, wie er weitgehend unabhängig von seiner Diskussion stattfand, kursorisch behandelt – so auch im dritten Teil, in dem es darum geht, den Normalisierungsprozeß auf das Feld der europäischen Integration als erweitertes Operationsfeld auszudehnen. Dem interessierten Leser sind mit den im ersten Teil erarbeiteten soziologischen Kategorien des entfalteten Begriffsinstrumentariums *Aufnahmestrukturen* zum umfassenden kritischen Verständnis des Normalisierungsmusters zur Verfügung gestellt. Diese Absicht folgt dem *exemplarischen Prinzip*, wie es Oskar Negt aufgestellt

---

ßenpolitik. »Daß dies alles mit Deutschlands objektivem Status in der Welt zusammenhängt, ist (...) dargelegt worden. Diese Zeilen werden in einer Woche geschrieben, in der deutsche Kampfflugzeuge für Militäraktionen im Kosovo eingesetzt werden, und zwar von einem sozialdemokratischen Verteidigungsminister in Zusammenarbeit mit einem SPD-Kanzler und einem Grünen-Außenminister.« – Zuckermann, a.a.O., S. 109.

<sup>44</sup> Aufarbeitung und Bewältigung der Vergangenheit sind von politischen Interessen beeinflusst. Norbert Frei hat für die konkrete politische Praxis des Umgangs mit der Vergangenheit den sehr treffenden Begriff der »Vergangenheitspolitik« vorgeschlagen. – Siehe Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und der NS-Vergangenheit*, München 1996. – Während sich der von Frei geprägte Begriff eher auf justizielle, legislative und exekutive Entscheidungen im Umgang mit der Vergangenheit bezieht, wäre der von Edgar Wolfrum ins Gespräch gebrachte Begriff der »Geschichtspolitik« als allgemeiner Oberbegriff zu verstehen, wenngleich eine solche weitere Differenzierung unnötig ist, da der Begriff der »Vergangenheitspolitik« auch auf andere Bereiche ausgedehnt werden könnte. – Vgl. auch Edgar Wolfrum: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999.

hat;<sup>45</sup> dabei geht es im wesentlichen darum, gesellschaftliche Zusammenhänge aufzudecken, d.h. eine Reduktion der Komplexität gesellschaftlicher Erscheinungen auf Interessen vorzunehmen.<sup>46</sup>

Was Oskar Negt und Alexander Kluge über das *Maßverhältnis des Politischen* schreiben, läßt sich auch auf den Gegenstand der Normalisierung beziehen: Unter »Knotenlinien der Maßverhältnisse« verstand Hegel jene Kulminationspunkte in der Geschichte, wo die Dinge in eine lebendige Bewegung geraten. »Es gibt, sagt Hegel, keinen direkten Übergang von der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen zu Wesen und Begriff. Erst unter der Bedingung, daß die Erscheinungen eine bestimmte Konstellation annehmen – sie verlieren ihre bisherige Existenzweise und treffen auf andere Existenzen –, verdichten sich die in ihnen enthaltenen Beziehungen und werden zu einem eigentümlichen Gefüge, das *wesentlichen Zusammenhang* konstituiert.«<sup>47</sup> Dieses »innere Gefüge« sei identisch mit dem Maß, da die Erscheinungen nur zum Wesentlichen gelangen, d.h. eine Signatur ausbilden können, über Maßverhältnisse. Solche katalytischen Kulminationspunkte sind für den deutschen Normalisierungsprozeß das Jahr der deutschen Einheit 1989/90, Golfkrieg 1991, der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien mit seinen eruptiven Kulminationen 1995 (Massaker von Srebrenica) und 1999 (NATO-Krieg gegen Serbien), sowie der 11. September 2001 (Terroranschlag in den USA) und der Krieg gegen den Irak im Jahre 2003. Diese »Knotenpunkte« werden im zweiten Teil der Arbeit kursorisch behandelt.

Die Signatur ist zu entschlüsseln darüber, daß das Maß eine programmatische und strategische »Mitte« enthält. Normalität als *Idee des Wesens* (Hegel), die dem Maß als (gaußoide) *Mitte* zugrunde liegt, kann damit als strategische Bewegung, die programmatisch den Inhalt herstellt, d.h. die Erscheinungen einem Zweck unterwirft und überhaupt nach diesem Zweck konstituiert, ausfindig gemacht werden. Die Bewegung wäre sogar aus den vergangenen und gegenwärtigen Verläufen in bescheidenem Maße prognostisch in die Zukunft zu verlängern, wenn man erst einmal den Code, d.h. die Signatur des Normalisierungsprozesses entschlüsselt hat. Die Entschlüsselung des »Codes« erfolgte als Abstraktion aus der Untersuchung des em-

---

<sup>45</sup> »Die Schulung der soziologischen Denkweise hat geradezu den Zweck, verständnisschwaches Lernen von Informationen durch die Schaffung von Aufnahmestrukturen im Individuum für die selbständige Aneignung und Verarbeitung von Informationen zu überwinden. Wer einen einzigen exemplarisch entfalteten Gegenstand wirklich verstanden hat, wird leicht imstande sein, sich zur Erweiterung des Wissens Informationen über spezielle Bereiche zu verschaffen; wer dagegen mit in der Regel halbverstandenen Kenntnissen Lehrgänge verläßt, wird weder das Bedürfnis haben, in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern für erkannte Zusammenhänge nach neuen Beweisstücken zu suchen, noch imstande sein, gelernte Gesetzesbestimmungen anzuwenden.« – Oskar Negt: *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung*, Frankfurt a.M. 1971, S. 112f.

<sup>46</sup> Vgl. Negt, a.a.O., S. 97.

<sup>47</sup> Oskar Negt / Alexander Kluge: *Maßverhältnisse des Politischen. 15 Vorschläge zum Unterscheidungsvermögen*, Frankfurt a.M. 1992, S. 18.

pirischen Verlaufs des außenpolitischen Normalisierungsprozesses und ist in der Darstellungsform der Arbeit vorangestellt (Teil 1). Die Darstellung des Themas erfolgt mithin gegenüber der Analyse desselben im Sinne der marxschen Vorgehensweise der Kritik der politischen Ökonomie in entgegengesetzter Reihenfolge. »Die Forschung hat den Stoff sich im Detail anzueignen, seine verschiedenen Entwicklungsformen zu analysieren und deren inneres Band aufzuspüren. Erst nachdem diese Arbeit vollbracht, kann die wirkliche Bewegung entsprechend dargestellt werden.«<sup>48</sup>

---

<sup>48</sup> Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1, Nachwort zur zweiten Auflage, a.a.O., S. 27.

## Teil 1:

### Normalität und Normalisierung

#### 1. Etymologie der Normalität – Zu den Begriffen Norm, Normalität und Normalisierung

*Normalisierung* setzt sich semantisch aus den Lemmata *Norm*, *Normativität* und *Normalität* zusammen. Soll erfaßt werden, was begrifflich unter Normalisierung verstanden wird, muß inhaltlich mit diesen Wortkomplexen begonnen werden.

Normen finden sich in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens; sie leiten sich aus Natur, Religion, Geschichte, Politik und nicht zuletzt aus der Ökonomie ab. »Sie bewirken eine gewisse Regelmäßigkeit und Gleichförmigkeit der sozialen Handlungsabläufe und entlasten das Individuum von der Notwendigkeit, ständig neue situationsgerechte Handlungsweisen zu entwerfen.«<sup>49</sup> Die Gestaltung von Normen erfolgt allgemein nach gesellschaftlichen Bedürfnissen; sie ist Bezugspunkt für die Bestimmung von Konformität und Devianz. Normen sind Ausdruck eines realen geschichtlichen und sozialen Lebensprozesses, gleichsam ein Abbild besonderer Herrschafts- und Klassenverhältnisse.<sup>50</sup>

In der säkularisierten Moderne sind Normen abstrakte Imperative des Handelns, die – zumal unter den Vorzeichen der Liberalität – im Vergleich etwa zum religiösen Mittelalter weitgehend an göttlicher Autorität verloren haben und deutlicher auf Zweckmäßigkeit ausgerichtet sind. Dennoch oder gerade deshalb sind sie von eindringlichem Einfluß; in ihnen kommen je nach Intensität sanfte bis scharfe Formen gesellschaftlichen Zwanges zum Ausdruck, die mehr oder weniger allgemein von den Individuen eines gesellschaftlichen Kollektivs anerkannt werden.<sup>51</sup> Der Zwang kann hart sein und sich in Form von Sollensforderungen, Direktiven, Geboten, Verboten und sogar Befehlen artikulieren, aber er kann auch milde sein und

---

<sup>49</sup> Bernhard Schäfers (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie, 4. Aufl., Opladen 1995, Art. »Norm, Soziale«, S. 228-231; S. 229.

<sup>50</sup> »[Normen] gehen aus den gesellschaftlichen Bedürfnissen hervor. In letzter Instanz ergeben sich Normen daher aus dem realen geschichtlichen Lebensprozeß, aus den Produktions- und Klassenverhältnissen, aus den widersprüchlichen und teilweise antagonistischen gesellschaftlichen Interessen verschiedener Klassenkräfte und gesellschaftlicher Formationen. Sie wirken als Hebel oder Hemmnisse der praktischen gesellschaftlichen Tätigkeit der Menschen, was voraussetzt, daß sie das tatsächliche Handeln jener sozialen Kräfte regulieren, welche die Träger bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse sind. Das aber setzt wiederum voraus, daß Normen die grundlegenden und dauerhaften, aus den objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen selbst hervorgehenden Interessen dieser sozialen Kräfte zum Ausdruck bringen.« – Marxistisch-Leninistisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. v. Georg Klaus und Manfred Buhr, Reinbeck bei Hamburg 1977, Art. »Norm«, S. 877-879.

<sup>51</sup> »Normen [legen] gesellschaftliche Verhältnisse ideell fest, d.h., das Verhalten, zu dem sie auffordern oder das sie vorschreiben, muß sich in der Wirksamkeit großer sozialer Triebkräfte integrieren (z.B. in das Wirken von Klassenkräften); es muß der gesellschaftlichen Stellung und Rolle dieser Kräfte entsprechen und in deren Interesse liegen.« – Marxistisch-Leninistisches Wörterbuch der Philosophie, Art. »Norm«, a.a.O.

Ratschläge oder Empfehlungen zur Orientierung ausmachen. Normen haben gleichsam immer Aufforderungscharakter, auch wenn auf ihre Mißachtung nicht immer eine sichtbare Strafe folgt.

Jürgen Link hält verschiedene Bedeutungen von »Norm« in der Moderne für wesentlich: 1.) *technisch*<sup>52</sup> als vereinheitlichender Maßstab, 2.) *methodisch* als notwendig anzuwendende Verfahrensregel, 3.) *systemtheoretisch* als Sollwert eines Regelsystems, 4.) *sozial* als Regulierung des Handelns von Menschen und sozialen Gruppen (juristisch, moralisch, allgemein sozial).<sup>53</sup> Letztem gilt vor allem das soziologische Interesse. – »In diesem Sinne sind Normen die Ausführung (oder Unterlassung) von menschlichen Handlungen betreffenden gedanklichen Festsetzungen, die mit dem Anspruch auf soziale Verbindlichkeit auftreten und dazu dienen, menschliches Handeln zu regeln, zu lenken, ihm eine bestimmte Richtung zu geben, es zu koordinieren, die also darauf abzielen, eine bestimmte soziale Ordnung zu realisieren; Normen treffen Entscheidungen für eine oder mehrere Handlungen (oder Handlungsweisen) aus einem Feld möglicher Handlungen (Handlungsweisen) und legen diese Entscheidungen mit einem bestimmten Grad von sozialer Verbindlichkeit fest.«<sup>54</sup>

Etymologisch ist das Wort *Norm* dem lateinischen *norma*, bzw. dem griechischen κανών entlehnt und bedeutet: *Winkelmaß, Richtschnur* oder auch *Maßstab, Regel* – und in diesem Sinne: *Norm*. Auch das *Muster*, der *leitende Grundsatz* und die *Vorschrift* leiten sich aus der Norm ab.<sup>55</sup> Hofmann weist unter dem entsprechenden Eintrag im *Historischen Wörterbuch der Philosophie* darauf hin, daß in der Antike das Wort *norma* seine Prägung im Zusammenhang der Bautechnik erhalten habe. Die drei wichtigsten Werkzeuge für das Hochziehen statisch stabiler und geometrisch gerader Bauwerke waren für den Baumeister demnach die Setzwaage (lat. *libella*), das Senkblei (*perpendicularum*) und die Richtschnur (*norma*).<sup>56</sup>

Die Übertragung der Bedeutung von *norma* von der Bautechnik auf geistige Phänomene war ein nachgeordneter Schritt. Dabei übernahm die *Natur* die Funktion der bautechnischen *Richtschnur*, bzw. die Natur galt gleichsam als die vollkommene Baumeisterin des Geistigen, So-

---

<sup>52</sup> Bezüglich der technischen Vereinheitlichung im Sinne industrieller Normung benennt Link fünf »sektorielle Entwicklungen«, die er als »pränormalistische »Pionier«-Dispositive« bezeichnet: 1) militärische Uniformierung, 2) Vereinheitlichung der Maße und Gewichte, 3) Festlegung des korrektesten Meßwertes bei astronomischen und physikalischen Messungen, 4) Flußregulierungen, 5) pädagogische Standardisierung. – Vgl. Jürgen Link: Versuch über den Normalismus, a.a.O., S. 188.

<sup>53</sup> Ebd.

<sup>54</sup> Marxistisch-Leninistisches Wörterbuch der Philosophie, Art. »Norm«, a.a.O.

<sup>55</sup> Vgl. Historisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. v. Joachim Ritter u. Karlfried Gründer, Bd. 6: Mo-O, Basel 1984, »Norm«, S. 906.

<sup>56</sup> Bei Plinius ist die Regel der Baukunst zu entnehmen, daß jeder Aufbau nach der Richtschnur und der Setzwaage gemacht werden und der Richtung des Senkbleis genau entsprechen müsse: *structuram ad normam et libellam fieri, ad perpendicularum respondere oportet*. – Plinius: Nat. hist., Bd. 3, S. 521.

zialen und auch des Staates.<sup>57</sup> Während des Mittelalters zeigt die *Norm* schließlich den »richtigen Lebensweg« an und meint einen religiös-moralischen Regelkodex, der zum »richtigen Leben« führe.<sup>58</sup> Mit anderen Worten: Der Normen-Begriff erfuhr eine enge Koppellung an die naturrechtliche Ausrichtung des Rechts, bzw. der Rechtsphilosophie.<sup>59</sup>

Durch den wachsenden Einfluß der Rechtssprache wurde der Norm-Begriff im 17. Jahrhundert auch in den deutschen Ländern gebräuchlicher. Gegen den Humanismus, der die Norm als Maßstab versteht, durch den Seiendes *normativ* am idealen Sein gewertet wird,<sup>60</sup> setzte sich ein zunehmend deskriptives Verständnis durch. J. J. Moser hatte etwa den Anspruch, ein anspruchsloses Völkerrecht zu formulieren, das sich rein deskriptiv mit den Normen befaßt, die lediglich das *Herkömmliche* und in diesem Sinne einen *normalen* Standard benennen, an dem sich die Souveränen in den Staaten Europas orientierten.<sup>61</sup>

Der Begriff der Norm gewann in der Moralphilosophie erst im 19. Jahrhundert eine eigenständige Bedeutung und wurde dort zu einem Grundbegriff der *Ethik* vor allem im deutschen Idealismus. Norm galt nunmehr als Oberbegriff für Maßstab, Regel (*regula*), Maß, Größe (*mensura*), Gesetz, Vorschrift (*lex*), Ordnung, Reihenfolge (*ordo*), Tugend und Pflicht. Kritisch eingeführt wurde der Begriff von Immanuel Kant (1724-1804) im Zusammenhang des Sittengesetzes. Kants Bestimmung des Moralischen blieb jedoch bloß formal, d.h. abstrakt, wodurch er das Postulat der Allgemeinheit des kategorischen Imperativs ableitete. – Dagegen richtete sich der Versuch der Konkretisierung von Friedrich Eduard Beneke (1798-1854), der die bloß formale Bestimmung des Moralischen überwinden wollte, ohne den Anspruch auf universelle Gültigkeit des Sittengesetzes preiszugeben.<sup>62</sup> Die Norm wurde von Beneke als »Maßstab« oder »regelnde Grundlage« der moralischen Beurteilung bestimmt sowie das Sittengesetz als »Grundnorm des Moralischen« bezeichnet. Dieses sei wiederum »nichts Ande-

---

<sup>57</sup> Cicero schreibt, daß die Natur die Norm des Gesetzes ist: *natura, quae norma legis est.* – Cicero: Acad. rel., Bd. II, S. 61.

<sup>58</sup> Bei Ugutio ist nachzulesen, daß die Norm eine Regel sei, weil sie den richtigen Lebensweg zeige oder weil sie zum richtigen Leben leite und nicht erlaube abzuirren; zumindest korrigiere sie das Verkehrte und Verdrehte: *regula id est norma quia rectam viam vivendi praebeat vel quia regat ad recte vivendum, et declinare non permittat, vel quia quod pravum est et distortum corrigat, vel ad recte vivendum ducat.* – N. Ugutio, zit. n. H. E. H. Jaeger: La norme d'après la doctrine des humanistes et des auteurs du droit naturel, in: La norma en el Derecho Canonico. Actas del III congr. intern des Derecho Canonico, I, Pamplona 1979, S. 312.

<sup>59</sup> Jürgen Link legt allerdings auf die Feststellung wert, daß in der Diskursgeschichte zwischen *Norm* und Normalität, normal und Normalisierung im juristischen Diskurs zunächst keinerlei Verbindung hinsichtlich ihrer Konnotationen existierte. »Es ist, als ob zwischen beiden Diskurskomplexen eine unsichtbare, aber undurchlässige Scheidewand läge.« – Jürgen Link: Versuch über den Normalismus, a.a.O., S. 188.

<sup>60</sup> Norm als *modus per quem Ens ab Ente mensuratur* – B. Keckermann: Opera omnia, I, Genf 1614, S. 230.

<sup>61</sup> Siehe W.T. Krug: Allgemeines Handwörterbuch des philosophischen Wissens, Bd. III, 1833, S. 72.

<sup>62</sup> Siehe Friedrich Eduard Beneke: Grundlinien des natürlichen Systems der praktischen Philosophie, Bd. 1: Allgemeine Sittenlehre, 1837; darin: Theorie der »Grundnormen des Moralischen«, S. 219ff. – Vgl. Historisches Wörterbuch der Philosophie, Art. »Norm«, a.a.O., S. 906.

res, als die reine und fehlerlose Hervorbildung der tiefsten Grundverhältnisse der menschlichen Natur«. <sup>63</sup>

Schon bei Chr. Sigwart, der sich auf Beneke bezieht, werden die sittlichen Normen, das seien die »Normal-Gesetze des Wollens«, die auf die Verwirklichung der Sittlichkeit ausgerichtet sind, nicht mehr allein aus der Natur abgeleitet, d.h. zur *natürlichen* Willensrichtung des Menschen erklärt, <sup>64</sup> sondern auch mit Geschichtlichkeit konfrontiert. Weil die sittlichen und rechtlichen Normen weitgehend nichts anderes als das Mittelmaß der geltenden Überzeugungen der Mehrheit seien, bedürfe es der geschichtlichen Analyse, um den Wandel der Normen erfassen zu können. Deutete sich bei Sigwart bereits eine geschichtliche Betrachtung von Normen an, so trat bei Auguste Comte (1798-1857) die historische Wandelbarkeit der Normativität im sozialen Kontext in den Vordergrund. An diesen Übergang zur soziologischen Betrachtungsweise knüpfte wiederum Georg Simmel (1858-1918) in Form einer kulturwissenschaftlichen Erörterung des Normen-Komplexes an. Simmel unterscheidet zwei Bedeutungen von Norm, d.h. nach dem, was sich geschichtlich entwickelt hat und Geltung besitzt (Genesis/Geltung) sowie nach dem, was geschehen und Geltung besitzen soll (normatives Telos).

Émile Durkheim (1858-1917) hob schließlich bewußt die Gesellschaftsstruktur von der Rechtsverfassung einer Gesellschaft ab und betrachtete die Gesellschaftsstruktur als eine eigenständige soziale Dimension. Normen sind für Durkheim – zumindest in der Soziologie – nach ihrer Geltung zu überprüfen, nicht nach ihrem moralischen Wert. Unter Norm versteht er einen *soziologischen Tatbestand* (*fait sociale*), d.h. eine »mehr oder minder festgelegte Art des Handelns, die die Fähigkeit besitzt, auf den Einzelnen einen äußeren Zwang auszuüben; oder auch, die im Bereiche einer gegebenen Gesellschaft allgemein auftritt, wobei sie ein von ihren individuellen Äußerungen unabhängiges Eigenleben besitzt.« <sup>65</sup> Durkheim unterscheidet zwischen gesamtgesellschaftlichen und spezifischen, auf gesellschaftliche Teilgruppen und Individuen bezogene Normen. Die Normen beanspruchen eine allgemeine jeweils auf ihren Bezugsrahmen orientierte Gültigkeit und können mithin in der arbeitsteiligen Gesellschaft einen Zusammenhalt (in der Sprache Durkheims: »Solidarität«) garantieren, welchen er mit Normalität gleichsetzt. Erst eine Normenkrise, die sich zumeist in gesellschaftlichen Umbrüchen einstellt, führt zur Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts und in der Folge zur Anomalität.

Ferdinand Tönnies (1855-1936) verstand schließlich unter der Lehre von den sozialen Normen eines von fünf Gebieten der reinen Soziologie. Als Normen bezeichnete er »alle von einer

---

<sup>63</sup> Fr. E. Beneke: Grundlinien des natürlichen Systems der praktischen Philosophie, a.a.O.

<sup>64</sup> Vgl. Chr. Sigwart: Logik, Bd. 2, 5.Aufl. Tübingen 1924.

<sup>65</sup> Emile Durkheim: Die Regeln der soziologischen Methode (1895), Frankfurt a.M. 1991.



Verbindung (...) ausgehenden, ihre Subjekte oder Mitglieder (...) angehenden allgemeinen Gebote und Verbote, mithin alle die Freiheit ihres Verhaltens einschränkenden, die Willen bindenden Vorschriften«<sup>66</sup>. Max Weber (1864-1920) unternahm in der Folge eine strikte methodische Trennung von Seins- und Sollensaspekten im Normen-Begriff und postulierte *Wert-rationalität*, d.h. Werturteilsfreiheit in der Wissenschaft. »In diesem strikten Sinne befaßt sich Soziologie nicht mit Normen, die auch für die soziologische Tätigkeit Gültigkeit hätten, sondern nur mit der Faktizität des Geltens von Normen in sozialen Zusammenhängen; das ist der Sinn der postulierten Werturteilsfreiheit der Sozialwissenschaften.«<sup>67</sup>

Anfang des 19. Jahrhunderts waren das Wort »Normalität« sowie seine adjektivischen und substantivischen Variationen im alltäglichen Sprachgebrauch noch nicht geläufig. »Während um 1820 noch niemand (...) hätte sagen oder verstehen können: ›Das finde ich (nicht) ganz normal«, hatte sich diese Redeweise fünfzig Jahre später ›durchgesetzt‹: Symptom einer epochalen kulturellen Innovation.«<sup>68</sup> In den Enzyklopädien tauchten die Lemmata *normal*, *Normalität* und *Normalisierung* schließlich im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts auf – anfangs jedoch nur beiläufig, d.h. ihnen wurden erst allmählich Spezialartikel gewidmet.<sup>69</sup> Dabei ist zu bemerken, daß einerseits Normalität mit Normativität in Verbindung gebracht wird, andererseits aber auch strikte Abgrenzungen erfolgen.<sup>70</sup> Das »Trésor de la langue française«, weist dasjenige als »normal« aus, was entweder »konform mit der Norm« und »dem häufigsten üblichen Zustand« und »frei von jeder Art Ausnahme-Charakter« ist oder »keine Anomalie, keine Abweichung aufweist« oder aber »eine Norm repräsentiert«.<sup>71</sup> Das »Historische Wörterbuch der Philosophie« definiert *Normalität* als das, was der Regel entspricht, »was sich weder nach rechts noch nach links neigt, sich also in der richtigen Mitte hält«<sup>72</sup>.

Unverkennbar ist der Normalitäts-Begriff modernen und kapitalistischen Ursprungs. George Canguilhem weist in seiner Studie über *das Normale und das Pathologische* nach, daß das

---

<sup>66</sup> Ferdinand Tönnies: *Soziologische Studien und Kritiken*, Bd. 2, Jahr: 1926, S. 438.

<sup>67</sup> *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Art. »Norm«, a.a.O. – Siehe auch Max Weber: »Der Sinn der ›Wertfreiheit‹ der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften« (1917), in ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen 1988.

<sup>68</sup> Jürgen Link: *Versuch über den Normalismus*, a.a.O., S. 202.

<sup>69</sup> Vgl. Link, a.a.O., S. 185.

<sup>70</sup> Jürgen Link benennt exemplarisch zwei Spezialartikel in denen die Begriffe *Normalität* und *Normativität* miteinander vermengt und auseinandergehalten sind. – Vgl. Art. »Normalität« (1984), in: »*Historisches Wörterbuch der Philosophie*«, a.a.O. – Vgl. »*Trésor de la langue française*« (1986) hrsg. v. CNRS.

<sup>71</sup> Vgl. *Trésor de la langue française*, a.a.O., S. 231ff.

<sup>72</sup> *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Art. »Normal/Normalität«, a.a.O., S. 920-928; S. 921. – In Bezug auf die normalistischen Programmatiken der politischen Klasse und der Parteien, die um eine »Neue Mitte« buhlen, findet sich hier ein aktueller Schlüssel für das Phänomen der Angleichung: Als *normal* gilt eine Partei, wenn sie sich politisch weder nach links noch nach rechts neigt, sondern in der »richtigen Mitte« hält und damit als »Volkspartei« Wahlen gewinnen kann.

Normale als moderner Terminus in Frankreich Eingang in die Umgangssprache erhalten habe aufgrund der gesellschaftlichen Institutionen des Gesundheits- und Erziehungswesens,<sup>73</sup> die im Zuge der Französischen Revolution radikal reformiert wurden. Mit Normalität wurde seitdem jener Zustand in Verbindung gebracht, der zum einen *organische Gesundheit* und zum anderen den Prototyp der Schule (*ecole normale*) bezeichnet.<sup>74</sup> »Zwischen 1759 (als das Wort *normal* aufkommt) und 1834 (als das Wort *normalisé* in Gebrauch kommt) hat eine normative Klasse die Macht erobert, die Funktion der gesellschaftlichen Normen gleichzusetzen mit dem Gebrauch, den sie selbst von diesen – inhaltlich einzig durch sie bestimmten – Normen machte, und hat damit ein schönes Beispiel ideologischen Scheins geliefert.«<sup>75</sup>

Ein ideologischer Schein war die Ableitung der Normalität aus Natur und naturgemäßer Gesundheit deshalb, weil das *movens* der normativen Normalität, welches die bürgerliche Klasse zum Maßstab nimmt, nichts anderes gewesen ist als das kapitalistische Wertgesetz, von welchem Marx schreibt, es ist der *radikale Leveller*<sup>76</sup>, d.h. Normalisierer, von welchem gleichsam naturwüchsig über den abstrakten Warentausch die Vereinheitlichung des Nichtidentischen ausgeht; dem Geld, mit welchem die Waren getauscht werden, sei nicht anzusehen, was es an Dingen repräsentiere. »Die Zirkulation wird die große gesellschaftliche Retorte, worin

---

<sup>73</sup> Hinsichtlich des Vorgangs der Normalisierung im Bereich der therapeutischen, erzieherischen und disziplinarischen Praxis des 19. und 20. Jahrhunderts siehe Michel Foucault: *Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft*, Frankfurt a.M. 1973 – Siehe auch ders.: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt a.M. 1976.

<sup>74</sup> Vgl. Georges Canguilhem: *Das Normale und das Pathologische*. (Aus dem Französischen von Monika Noll und Rolf Schubert), München 1974, S. 162. – Die Studien von Canguilhem über *Das Normale und das Pathologische* bilden, nach Jürgen Link »die Grundlage jeder theoretischen und historischen Beschäftigung mit dem Normalismus.« – Jürgen Link: *Versuch über den Normalismus*, a.a.O., S. 126.

<sup>75</sup> Georges Canguilhem: *Das Normale und das Pathologische*, a.a.O., S. 169.

<sup>76</sup> »Die moderne Industrie hat die kleine Werkstube des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. (...) Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegt, teils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird.« – Karl Marx / Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 469. – Was die Liquidation der kleinbürgerlichen Zwischenklasse angeht, hat Marx nur in der Tendenz recht behalten. »Das Arbeitseigentum, sowohl ökonomische Basis als auch ideologischer Überbau existiert, seiner vorkapitalistischen Natur zum Trotz, auch unter kapitalistischen Bedingungen weiter.« – Berthold Franke: *Die Kleinbürger. Begriff, Ideologie, Politik*, Frankfurt a.M./NewYork 1988, S. 94. – »Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. (...) Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. (...) Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.« – Karl Marx / Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*, a.a.O., S. 465f. – Das Kapital ist mithin der eigentliche Modernisierer, Gleichmacher, Normalisierer. Aber der kapitalistische Warentausch ist zugleich auch ein »Denormalisierungsfaktor«, da aus ihm nicht nur die Emanzipation der Gleichheit hervorgeht, sondern auch der verdinglichende Mechanismus der Gleichgültigkeit von Mensch als Ware Arbeitskraft und dem Ding als Ware. Jener Mechanismus, der das Subjekt, zu einem bloßen Mittel herabsetzt, zum bloßen Objekt macht, produziert die dingliche, bürgerliche Kälte, von der Adorno und Horkheimer sagen, sie habe Auschwitz erst möglich gemacht, gleichsam jenes barbarische Ereignis, das als Zivilisationsbruch begriffen wird und damit als radikalste Anormalität verstanden werden muß.

alles hineinfliegt, um als Geldkristall wieder herauszukommen. Dieser Alchimie widerstehen nicht einmal Heiligenknochen und noch viel weniger minder grobe res sacrosanctae, extra commercium hominum. Wie im Geld aller qualitative Unterschied der Waren ausgelöscht ist, löscht es seinerseits als radikaler Leveller alle Unterschiede aus.«<sup>77</sup> Mit anderen Worten: die bürgerliche Vorstellung des Normalen ist weitgehend ein Abglanz der Normen des Marktes, das Normale ist Resultat von kapitalistischen Normierungs- und Normalisierungsprozessen. Unter *normalisation* wird im Französischen die Standardisierung vor allem im Sinne industrieller Normung verstanden. *Normierung* bedeutet, etwas nach einer Regel oder einem Muster einzurichten.<sup>78</sup> Dies entspricht den ökonomischen und technischen Rationalisierungsprozessen, d.h. normierenden Maßnahmen im industriellen Maschinensystem (z.B. Fordismus). »Die unterschiedlichen Maßnahmen schließen sich zu einem großen Programm gesellschaftlicher und politischer Normalisierung zusammen: die Durchsetzung grammatischer Normen, die Normen für die Industrie (Normalmeter, Normalspur, Normalarbeitstag) und für das Gesundheitswesen (Sanitätsnormativ, Normalgewicht), für die Erziehung (Normalschulen) bis zu den morphologischen Normen für Menschen und Pferde in der Armee.«<sup>79</sup> – Und auch für die Politik (Normalstaat, d.h. *Normalform*<sup>80</sup> bürgerlicher oder europäischer Nationalstaatlichkeit).

Im marxischen Werk ist ›Normalität‹ ein »blinder Begriff der materialistischen Politökonomie«<sup>81</sup>; Jürgen Link schreibt, daß Marx nirgends begrifflich bestimme, was ›normal‹ sei. Marx verwende eher intuitiv und unreflektiert die Bedeutung des ›Normalen‹ (›normaler Arbeitslohn, Normalarbeitstag« usw.). Weil die Moderne für Marx mit dem Kapitalismus identisch sei, betrachte er vermutlich das Normale ganz selbstverständlich als eine kapitalistische

<sup>77</sup> Karl Marx: Das Kapital, Erster Band., a.a.O., S. 145f.

<sup>78</sup> Vgl. W.T. Krug: Allgemeines Handwörterbuch der philosophischen Wissenschaft, Art. »Norm«, a.a.O.

<sup>79</sup> Historisches Wörterbuch der Philosophie, Art. »Normal/Normalität«, a.a.O.

<sup>80</sup> »Als ›Normalform‹ bezeichnet man (...) Ausdrücke (...) einer bestimmten Form, wenn man Untersuchungen über beliebige Ausdrücke auf die Untersuchung der Ausdrücke dieser Form zurückführen kann.« – Historisches Wörterbuch der Philosophie, a.a.O., Art. »Normalform, logische«, S. 928. – Ob es tatsächlich in diesem Sinne eine Normalform europäischer oder bürgerlicher, spätkapitalistischer Nationalstaatlichkeit geben kann wird allerdings nicht selten auch bestritten. Für Imanuel Geiss etwa ist die Ausbildung der Nationalstaatlichkeit in den einzelnen europäischen Ländern dermaßen historisch spezifisch, daß jenes vermeintliche Abfallen von der Normalität – der Sonderweg – gleichsam für alle Staaten, auch für England und Frankreich gelten müßte: »England war gewiß ›Norm‹ im Sinne von Vorbild für das sich industrialisierende übrige Europa. Aber damit war England nicht ›Norm‹ im Sinne einer Durchschnittsnormalität: Das Vorbild, dem nachzueifern gilt, ist eben nicht Norm als Durchschnitt. In diesem Sinn ist jeder Versuch, einem ›normativen‹ Vorbild zu folgen, Abweichung von der Normalität, also ›Sonderweg‹. Was ist dann ›normal‹? Rußland, sogar das ferne Japan nahmen sich Deutschlands Weg zur Industrialisierung von oben (›preußischer Weg‹) zum Vorbild. Für die wäre Deutschland die Norm gewesen.« – Imanuel Geiss: Die Habermas-Kontroverse. Ein deutscher Streit, Berlin 1988, S. 163.

<sup>81</sup> Jürgen Link: Versuch über den Normalismus, a.a.O., S. 224.

Kategorie.<sup>82</sup> »Dementsprechend ist das Normale bei Marx von vornherein dominant dynamisch, nicht statisch. (...) Die meisten Normalitäten sind Variablen, die allenfalls zeitweilig und vorübergehend den Anschein der Stabilität gewinnen können (d.h. eine kurz- oder mittelfristig annähernd konstante Wachstumsrate).«<sup>83</sup>

Da ein ärztlicher Normbegriff den Normalitätsdiskurs bis ins 18. und 19. Jahrhundert dominierte, bewegte dieser sich lange Zeit im Bereich der Medizin und Psychiatrie und war paradigmatisch an Vorstellungen des *natürlich* Normalen und an den *Bios* angelehnt.<sup>84</sup> Als normal galt das Gesunde, ein gesunder Zustand des Körpers, welcher von Natur aus gegeben sei, und damit galt das Normale auch als das Naturgemäße, welches als Idealzustand zum Ziel der Therapie des Pathologischen geworden war. Aber die Auffassung von der Grenze zwischen Gesundheit und Krankheit wurde durch Anregungen aus der Soziologie fließend. Allmählich galt: »Die Krankheit wird nicht mehr als fremdes Wesen oder als innerer Kampf gegensätzlicher Kräfte aufgefaßt, das Pathologische vom Normalen nicht mehr wie zwei heterogene Qualitäten voneinander unterschieden: vielmehr geht es um die Klärung des Verhältnisses von Normalem und Pathologischem.«<sup>85</sup> Im Laufe des 19. Jahrhunderts avancierte in der Medizin und Biologie die These von der substantiellen Identität von Gesundheit und Pathologie zu einem wissenschaftlichen Dogma, das auch die Psychologie beeinflusste.<sup>86</sup>

Um 1830 tauchten die ersten soziologischen Theorien der Normalität auf. Da in dieser Zeit der Staat noch weitgehend im Hegelschen Sinne das Universum ist, über welches nicht hinausgedacht wird und mithin in Bezug auf das staatliche Ganze die Frage nach der Normalität sich erübrigt, beginnen Adolphe Quételet und Auguste Comte mit Überlegungen zur Normalität, die überwiegend auf das Subjekt bezogen sind. Die objektive, d.h. soziale und evolutive (Genesis) Seite der Normalität, ihr historisch-kultureller Parameter rückt aber im Übergang der Philosophie zur Soziologie ins Blickfeld.

---

<sup>82</sup> Wenn auch Marx keine begriffliche Bestimmung der Normalität vorgenommen hat, so wird man, gerade weil es sich um eine Kategorie handelt, die sich in der kapitalistischen Moderne herausgebildet hat, bei einer begrifflichen Bestimmung auf marxsche Implikationen angewiesen sein.

<sup>83</sup> Jürgen Link: Versuch über den Normalismus, a.a.O., S. 227. – »Implizit ist die Marxsche Normalität also bereits (...) ganz von der ›Natur‹ (als der Vorstellung eines Ensembles von außerhistorisch-vorgegebenen, schlechthin gültigen wie schlechthin verlässlichen Normen) gelöst.« – Link, a.a.O., S. 231.

<sup>84</sup> Vgl. Link, a.a.O., S. 236.

<sup>85</sup> Historisches Wörterbuch der Philosophie, Art. »Normal/Normalität«, a.a.O., S. 923.

<sup>86</sup> Als eine für die von Sigmund Freud begründete Psychoanalyse grundlegende Annahme gilt, daß »Gesundheit und Krankheit nicht prinzipiell geschieden, sondern nur durch eine praktisch bestimmbare Summationsgrenze gesondert sind«. – Sigmund Freud: Die Freudsche psychoanalytische Methode (1904), Studienausgabe, Erg.-Bd. 1975, S. 105. – Freud befand sich am Anfang des 20. Jahrhunderts damit im Einklang mit der fortschrittlichen Medizin und Soziologie des 19. Jahrhunderts. – »Es gehört zu den (...) Eigentümlichkeiten in den ›Wechselwirkungen zwischen den Wissenschaften vom Leben und den Sozialwissenschaften im 19. Jahrhundert‹, daß die Übertragung des medizinischen Paradigmas auf die Soziologie aus Gründen der Normalitäts-Orientiertheit der Soziologie zu einer neuerlichen ›qualitativen Differenzierung von Normalität und Anormalität‹ führt.« – Historisches Wörterbuch der Philosophie, Art. »Normal/Normalität«, a.a.O., S. 924.

Comte und Durkheim gelten als die bekanntesten, aber auch Quételet und Galton, die weitgehend in Vergessenheit geraten sind, gelten als die Vorgänger einer sozialwissenschaftlichen Theorie der Normalität. Comte wandte das sogenannte Broussaische Prinzip, nach dem Krankheit aufgefaßt wurde als ein Übermaß oder ein Mangel an Reizung bestimmter Organe oder Gewebe in Relation zum physischen oder psychischen »Normalzustand«, als ein allgemeines Axiom auf die Gesellschaftswissenschaft an.<sup>87</sup> Somit erhielt die Soziologie in ihren Anfängen produktive Anstöße auch seitens der Medizin und der Biologie, (die sie etwas später wieder zurückgab) wenn es auch nicht unproblematisch ist, Gesellschaft als einen organischen Körper zu behandeln.<sup>88</sup> Das Broussaische Prinzip war für Comte ein nützlicher Ansatz, um seine Theorie der Ordnung aus der Analyse der Krise der französischen Revolution zu entwickeln.<sup>89</sup> Mit dem »ordre positive« artikuliert Comte sein Bedürfnis nach einer beständigen, gegen das revolutionäre Chaos gerichteten Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die als zu etablierender Normalzustand, gleichsam als Abschluß der französischen Revolution gelten sollte. Als »ordre positive« verstandene gesellschaftliche Normalität ist somit bei ihm als statische kollektive Identität, die fest in sich ruht und Beständigkeit verspricht, in der sich Markt und Geschäft entfalten können und zum Wohlstand der Massen beitragen, gegen den geschichtlichen Fortschritt gerichtet.

Mit Émile Durkheim, der in der Tradition von Comte steht, erfährt das Normalitätstheorem eine an Ort und Zeit gebundene Relativierung, d.h. eine »soziokulturelle Relativierung der Phänomene des normalen und anormalen Verhaltens, die immer nur im Horizont eines bestimmten Gesellschaftstypus und darin auch immer nur in Bezug auf eine bestimmte Entwicklungsphase dieses Typs verstanden werden können.«<sup>90</sup> Bemerkenswert an Durkheim ist, daß er entgegen den allgemeinen Ansichten über Anormalitäten, Pathologien, Devianz oder widerständiges Verhalten zu der gleichsam flexiblen Ansicht gelangt, daß es keine substantiell aufzufassenden Anormalitäten (z.B. Kriminalität oder Selbstmord) geben kann, sondern vielmehr diese Formen des abweichenden, vermeintlich nicht normalen Verhaltens innerhalb be-

---

<sup>87</sup> »Im Gesellschaftskörper kommt es wegen seiner größeren Kompliziertheit zu Störungen, die noch gravierender, vielfältiger und häufiger sind als im Einzelorganismus. Ich wage zu behaupten, daß das Broussaische Prinzip auch auf diese Probleme übertragen werden muß; ich selber habe es häufig zur Konsolidierung und Präzisierung soziologischer Gesetze herangezogen. Die Analyse der Revolution kann freilich keinen Beitrag zur positiven Erforschung der Gesellschaft leisten, wenn die logische Einübung anhand der einfacheren Beispiele aus der Biologie fehlt.« – Auguste Comte: *System de politique positive*, 1-4, Bd. 1, Paris 1851-54, S. 651-653.

<sup>88</sup> Wird sozialhistorische Normalität im Sinne medizinisch-biologischer Normalität gedacht, befindet man sich im Bezug auf das Staatswesen im Denken der Geopolitik wieder. – Geopolitische Normalität beruht theoretisch auf einer unzulässigen Übertragung der »Normalität des Organischen« auf soziale und politische Phänomene.

<sup>89</sup> Vgl. *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Art. »Normal/Normalität«, a.a.O., S. 923.

<sup>90</sup> René König: *Émile Durkheim zur Diskussion. Jenseits von Dogmatismus und Skepsis*, München 1978, S. 186. – Siehe auch Émile Durkheim: *Regeln der soziologischen Methode* (frz. zuerst 1895), Frankfurt a.M. 1991, darin: 3. Kap.: »Regeln für die Unterscheidung des Normalen und des Pathologischen«.

stimmter zeitlicher, örtlicher und sozialer, d.h. allgemein situativer Parameter als normal gelten müssen.<sup>91</sup> Erst die großspurig quantitative, d.h. signifikante Abweichung als Massenphänomen, d.h. jenseits der grenzwertigen situativen Parameter macht es zulässig, von Anormalität zu sprechen. Mit anderen Worten: Durkheim führt einen relativen und zugleich quantitativen Normalitätsbegriff ein, nach dem z.B. ein bestimmtes Quantum an auftretenden Selbstmorden während einer bestimmten gesellschaftlichen Epoche als völlig normal gelte, »wobei keine substantielle Unterscheidung der beiden Quanta (nach markierbaren Individuen) möglich ist. Damit hat Durkheim gleichzeitig eine rein relative Konstitution der Normalitätsgrenze eingeführt: Sie verläuft nicht zwischen substantiell differenten und entsprechend semiotisch markierbaren Unterklassen von Populationen, sondern innerhalb und quer durch solche.«<sup>92</sup> Mit der Festlegung von Normalitätsgrenzen, denen die Gaußsche Normalverteilung zu Grunde liegt, ist es Durkheim möglich, die Differenz zwischen »normaler Anormalität« und »anormaler Anormalität« zu bestimmen.<sup>93</sup>

Als Gegenbegriff zur Normalität gilt Durkheim der Begriff der *Anomalie* im Sinne von Regelwidrigkeit, Gesetzlosigkeit oder auch Normlosigkeit, Abweichung von der Normalität. Durkheim verwendet den Begriff der Anomalie wertfrei, dennoch geht dieser Zusammenhang auf einen allgemeinen Irrtum in der etymologischen Ableitung zurück. Auf diesen Irrtum macht Georges Canguilhem aufmerksam: Weil die Anomalie von *norma* abgeleitet wurde, wird zumindest im biologisch-medizinisch-psychiatrischen Diskurs aus einem ursprünglich deskriptiven (Unregelmäßigkeit, Ungleichheit, Unebenheit) ein normativer Begriff (krankhaft abweichend, pathologisch, Mißbildung in Bezug auf innere und äußere Merkmale). Geoffroy Saint-Hilaire prägte am eindrucksvollsten diesen Irrtum durch seine begriffliche Differenzierung medizinischer Anomalien, die er hierarchisch von unten nach oben als Abarten, Mißbildungen, Heterotaxien und Monstrositäten klassifiziert und damit dem Bereich des Pathologischen zuordnet.<sup>94</sup> Dagegen wendet Canguilhem ein: »Die Anomalie ist eine individuelle Abweichung, welche verhindert, daß zwei Lebewesen einander vollständig substituieren können. Verschiedenheit aber bedeutet nicht Krankheit. Das *Anomale* ist nicht schon das Pathologi-

---

<sup>91</sup> »Ein soziales Problem ist für einen bestimmten sozialen Typus in einer bestimmten Phase seiner Entwicklung normal, wenn es im Durchschnitt der Gesellschaften dieser Art in der entsprechenden Phase der Evolution auftritt.« – Durkheim, Emile: Die Regeln der soziologischen Methode, a.a.O.

<sup>92</sup> Jürgen Link: Versuch über den Normalismus, a.a.O., S. 266.

<sup>93</sup> Vgl. Link, a.a.O., S. 269.

<sup>94</sup> »Jede Abweichung vom artspezifischen Typus oder mit anderen Worten: jede organische Besonderheit, die ein Einzelwesen im Vergleich zur großen Mehrheit der Vertreter seiner Art, seines Alters und seines Geschlechts aufweist, macht das aus, was man eine Anomalie nennen kann.« – Geoffroy Saint-Hilaire: I. Histoire générale et particuliere des anomalies de l'organisation chez l'homme et les animaux, 3 Bde, Paris, Baillière, 1832-1837. – Zit. n. Georges Canguilhem: Das Normale und das Pathologische, a.a.O., S. 87. Hinsichtlich der Klassifizierung von Anomalien, siehe ebd.

sche. Pathologisch enthält ja *pathos*, das unmittelbare und konkrete Gefühl des Leidens und der Ohnmacht, das Gefühl eines beeinträchtigten Lebens.«<sup>95</sup>

## 2. Jürgen Links »Versuch über den Normalismus«

Die einzige umfassende Studie, die sich dem Gegenstand der Normalität aus soziologischer Perspektive aus heutiger Zeit widmet, ist Jürgen Links »Versuch über den Normalismus«. Was Normalität sei, wird aus dem Umstand extrapoliert, wie sie hergestellt wird. Schlagseite hat Links Studie auf dem Bereich der Produktion *individueller* Normalität (Normal-Subjekte), mithin auf dem medizinischen, biologischen, psychologischen und psychiatrischen Komplex.<sup>96</sup> Hinsichtlich der Produktion von gesellschaftlicher und staatlicher Normalität (Normal-Staat) ist der geschichtsphilosophische, politische, juristische und soziologische Komplex von größerer Relevanz, der bei Link leider zu kurz kommt. Dennoch lassen sich aus den Erkenntnissen der Studie einige gewinnträchtige Anregungen ziehen.

Als *Normalismus* bezeichnet Link ein »Netz von Dispositiven«, das er dezidiert als ein modernes Phänomen ausweist und welches im Allgemeinen und Besonderen Normalitäten produziere, d.h. Dinge normalisiere. Normalität ist demnach im wesentlichen Resultat von Normalisierung. »Normalismus, so lautet die These (...) ist ein historisch-spezifischer ›Archipel‹ aus Diskurs-Komplexen und Dispositiven, der in der Moderne und nirgends anders zu situieren ist. Das heißt also gleichzeitig, daß Normalismus eine spezifisch okzidentale Kulturkomponente ist, in Westeuropa und Nordamerika entstanden, entwickelt und ›kristallisiert‹.«<sup>97</sup> Als das »Kern-Dispositiv«, welches sich gleichsam als das Herz der Normalisierungsapparatur bezeichnen ließe, identifiziert Link das mathematisch-statische Modell der gaußschen Normalverteilung. Aus dieser leitet sich die Taktik ab, auf die Objekte, die jenseits der Grenz-

---

<sup>95</sup> Canguilhem, a.a.O., S. 90.

<sup>96</sup> Link nennt das selbst eine »subjektivitäts- und symbolanalytische Schlagseite«. – Vgl. Jürgen Link: Versuch über den Normalismus, a.a.O., S. 13. – Er verfährt »strickt analytisch-deskriptiv«, was recht deutlich zu Lasten der Systematik geht. Er unternimmt keine inhaltlich-systematische Differenzierung zwischen dem medizinisch-biologisch-psychologisch-psychiatrischen, dem ökonomisch-industrialistisch-technologisch-mathematischen und dem geschichtsphilosophisch-politisch-juristisch-soziologischen Komplex. Wäre die Unterscheidung zwischen diesen Komplexen und die nachgeordnete Behandlung ihrer Interdependenzen schon sehr sinnvoll, so sorgt eine weitere unterlassene Differenzierung für noch mehr Konfusion: Link unternimmt keine ausreichende systematische Trennschärfe zwischen individuell-subjektiver und allgemein-objektiver Normalitätsableitungen. Ferner erweist sich die unterschiedslose Bezugnahme auf fiktive und wissenschaftliche Literatur als zusätzlich Verwirrung stiftend, so daß die Lektüre nicht zu letzt auch wegen seines postmodernistischen Schreibstils erhebliche Anstrengung erfordert.

<sup>97</sup> Link, a.a.O., S. 405.

wertbereiche der Normalverteilung angesiedelt sind, Anpassungs- und Homogenisierungsdruck auszuüben.<sup>98</sup> Normalismus ist die Ideologie der gaußoiden Mitte.<sup>99</sup>

Zwei fundamentale normalistische Strategien seien dabei zu unterscheiden und werden von Link idealtypisch konstruiert, die in der Wirklichkeit eher als Legierungen auftreten: als Kombinationen, deren dominierende Seite wechseln könne. Als *Protonormalismus* bezeichnet Link die normalisierende Strategie, welcher eine Tendenz zur Anlehnung an Normativität innewohne und mit starren, konservativen Wertvorgaben operiere. Das ihm zugrundeliegende Geschichtskonzept ist der Historizismus. Als *Flexibilitätsnormalismus*, welcher sich in den 60er Jahren durchgesetzt habe, bezeichnet Link dagegen die normalisierende Strategie mit einer vermeintlich fortschrittlichen Tendenz, Normativität aus dem Normalitätsgebilde zu entfernen. Die Wertvorgaben sind pluralistisch, dynamisch und offen (Toleranz). Das zugrundeliegende antiteleologische »Geschichts«-Konzept ist der Postmodernismus.

Die wesentliche Differenz zwischen Protonormalismus und Flexibilitätsnormalismus bestehe darin, daß jener durch *Wesensschau*<sup>100</sup> zu wissen vorgibt, welche Befindlichkeiten (z.B. Homosexualität) oder Verhältnisse (z.B. ein Staat, dem der Einsatz seiner Armeen nur zur Landesverteidigung gestattet ist) *abnorm* seien, während der flexible Normalismus zunächst eine statistische Erhebung macht und dann feststellt, »daß sich zwischen 5% und 10% der Bevölkerung homosexuell verhalten, und daß dieser Anteil folglich normal ist.«<sup>101</sup> – Oder daß nur sehr wenige Staaten auf der Welt den Einsatz ihres Militärs durch dezidierte Verfassungspositionen auf die Landesverteidigung beschränkt haben und demzufolge eine solche Einschränkung nicht normal sein kann. Andererseits könnte aber auch der Flexibilitätsnormalismus zu dem Ergebnis kommen, daß die Staaten, die den Einsatz ihres Militärs auf Landes- oder Bündnisverteidigung beschränkt haben, als die Hauptschuldigen des Zweiten Weltkrieges gelten, und es demzufolge für *diese* Staaten *normal* ist, wenn sie ihr Militär nur zur Landes- oder Bündnisverteidigung einsetzen dürfen.<sup>102</sup>

---

<sup>98</sup> Link, a.a.O., S. 342.

<sup>99</sup> Ideologie ist es u.a. deshalb, weil der Bezugsrahmen und die Daten, die für die gaußsche Normalverteilung, für die Bestimmung der Grenzbereiche einer Willkür unterliegen, hinter der Interessen verborgen liegen.

<sup>100</sup> »Diese Verknüpfung ist charakteristisch für den Protonormalismus: Er naturalisiert die Normalität durch medizinische und biologische Modelle, und er koppelt gleichzeitig die so gefaßte Normalität an Normativität, indem er normalistische soziale Normen als »Natur«-komplementär, also als therapeutisch bzw. sozialtechnologisch ausgibt.« – Link, a.a.O., S. 268.

<sup>101</sup> Link, a.a.O., S. 92. – »Es ließe sich also auch sagen: Der Protonormalismus legt seine Normen ex ante fest und ist bereit, die den Individuen repressiv aufzuzwingen (...), der flexible Normalismus errechnet die Normen ex post aus statistischen Erhebungen und überläßt es den Individuen, ihr Verhalten aufgrund ihres Wissens über die Statistik selbst zu adjustieren.« – Ebd.

<sup>102</sup> Wenn sich zwei widersprechende Schlußfolgerungen aus demselben Zusammenhang ableiten lassen, kann der vorherrschende Flexibilitätsnormalismus allein nicht die Erklärung sein, warum der deutsche Staat nach 1989/90 seine Außenpolitik zu *normalisieren* begonnen, d.h. die verfassungsrechtlichen Schranken für den Einsatz der Bundeswehr zu Zwecken jenseits der Landes- und Bündnisverteidigung erweitert hat. – Doch dazu später. An



Gemäß Links Unterscheidung zwischen Protonormalismus und Flexibilitätsnormalismus könnte man aus der Perspektive des Protonormalismus schlußfolgern, daß der deutsche Faschismus eine nicht normale Herrschaftsform gewesen ist. Aus der Perspektive des flexiblen Normalismus müßte man dagegen zu dem Ergebnis kommen, daß zwar demokratische Staaten zu dieser Zeit nicht abnorm waren, aber ebensowenig der Faschismus es gewesen ist, weil es zur selben Zeit auch in vielen anderen europäischen Staaten faschistische Regierungen gegeben hat.<sup>103</sup>

Wenn man die beiden entgegengesetzten Strategien des Normalismus politischen Kräften zuordnen wollte, ließe sich ohne Umschweife der Protonormalismus dem an Restauration interessierten rechtskonservativen und auch reaktionären politischen Lager zuweisen, welches im Bismarckschen Reich die Glanzzeit deutscher Größe gesehen hat und an diese Tradition anknüpfen möchte. Neokonservativen und konservativen Liberalen wäre eine Mischung aus beiden Tendenzen zueigen, während Linksliberalen und Linken der flexible Normalismus gemäß wäre, obwohl auch sie nicht auf Normativität verzichten. Normativität ist nicht per se konservativ oder den Rechten vorbehalten. Es gibt eben auch liberale und linke Werte. Sehr wohl ließe sich feststellen, daß in einer (gaußschen) Normalverteilung politischer Gesinnung an den Rändern der Verteilung – rechts wie links – am intensivsten und in der politischen Mitte am geringsten normative Ansätze vertreten werden. Gleichwohl dürften dann aber Pluralismus, Toleranz und Konsensbereitschaft, die als demokratische Tugenden der »Neuen Mitte« und als Errungenschaften seit Gründung der Bundesrepublik gelten und zum Funktionieren des politischen Gemeinwesens beitragen sollen,<sup>104</sup> nicht als normative Werte an sich gelten. Andererseits erklärt dies aber auch, warum die politischen Parteien in der Bundesrepublik zur »Mitte« streben, d.h. sich von dezidiert traditionell bürgerlich-konservativen oder proletarisch-sozialdemokratischen Werten verabschieden und damit zu nahezu identischen

---

dieser Stelle sei lediglich darauf verwiesen, daß kapitallogische »Gesetzmäßigkeiten« das *ius ad bellum* scheinbar erforderlich machen, solange die staatlichen Hauptkonkurrenten auf eben dieses Recht zum Krieg auch nicht verzichten. Dieses spielt eine ebenso wichtige Rolle wie dahinter stehende Interessen der Kapitalvertreter und das Verhalten der politischen Klasse, die diese Interessen aus nationalistischen Motiven göütieren.

<sup>103</sup> Gegen diese Schlußfolgerung sich zur Wehr zu setzen, geht nur mit einem normativen Ansatz, der nicht nur den Konservativen und ihrem Protonormalismus vorbehalten bleiben kann. Während der Protonormalismus sich normativ gegen die Normalität des Faschismus zur Wehr setzen kann, integriert der flexible Normalismus neutral und gleichgültig den Faschismus in das Normalfeld und verhilft ihm damit zu höheren Ehren. Fatal daran ist, daß hinsichtlich der Normalisierungsstrategien letztes von Link als fortschrittlich und erstes als rückschrittlich ausgewiesen wird.

<sup>104</sup> »Die Rechtsstaatlichkeit, die Idee sozialer Solidarität, der Föderalismus und der Parlamentarismus haben tiefe Wurzeln in der deutschen Geschichte, die für ihre Entfaltung in der Bundesrepublik von Bedeutung waren.« – Gerhard A. Ritter: Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 1998, S. 9.

und problemlos austauschbaren Parteien werden, die in der Staatslenkung die Kontinuität garantieren.<sup>105</sup>

Die Parteien wollen Wahlen gewinnen und wissen, daß die *Normalverteilung* des Wahlverhaltens der Wähler in der gemäßigten Mitte ihren höchsten Ausschlag hat. Das Wahlvolk<sup>106</sup> tritt mithin in diesem Zusammenhang als normalisierender Faktor auf. Das Resultat der Normalisierung sind schließlich *normale*, d.h. homogene, nahezu identische Parteien, die ihrerseits aber auch rückkoppelnd als normalisierender Faktor in Erscheinung treten, etwa im Zusammenhang der Reduzierung sozialstaatlicher Leistungen, deren Durchsetzung gegenwärtig *noch* gegen den allgemeinen Willen der Bevölkerung verstößt, aber nahezu von allen Parteien (mit Ausnahme der PDS) befürwortet werden. »Es kann sowohl ein ›verhaltensauffälliges Kind‹ mit bestimmten normalistischen Taktiken normalisiert wie das deutsche Volk dazu aufgerufen werden, sich nicht länger gegen die ›Normalität‹ zu sperren. Das Auftauchen solcher Diskurs-Komplexe und Dispositive in einem Spezial- oder Interdiskurs setzt offenbar jeweils zunächst die Etablierung eines ›Normalfeldes‹ voraus. Ein Normalfeld homogenisiert und kontinuiert eine bestimmte Menge von Erscheinungen innerhalb des Spezial- oder Interdiskurses, wodurch diese Erscheinungen als untereinander vergleichbare ›Normaleinheiten‹ konstituiert werden.«<sup>107</sup> Das *Normalfeld* wird konstituiert über statistische Streuungs- oder Verteilungskurven (Durchschnittswerte, Gaußsche Normalverteilung, Grenzwerte). Was an Daten diesbezüglich herangezogen wird und was ignoriert wird, unterliegt der Willkür von Interessen.

Waren Pluralismus, Toleranz und Konsensbereitschaft zwischen 1945 und 1989/90 tatsächlich die entscheidenden Tugenden, im deutschen Staat, um eine funktionierende Demokratie aufzubauen und die Republik im »Westen« zu verankern, so sorgen in der politischen »Mitte« seit 1989/90 jene drei demokratischen Tugenden (in vielleicht korrumpierter Form) für einen Mangel an Normativität in der Politik, d.h. für ein eklatantes Defizit an *konkreter Utopie* und an Mut, sie zu realisieren. Statt dessen findet in der politischen Mitte der realpolitische Alltagspragmatismus seine stärksten Anhänger, während die Ränder durch die allgemeine postmodernistische Entsorgung sowohl der materialistischen Geschichtsauffassung wie auch der Kritik der politischen Ökonomie auf der linken Seite aber auch nationalistischer und faschi-

---

<sup>105</sup> Michael Jäger spricht in diesem Zusammenhang von einem »kybernetischen Politikmodell« – Vgl. Michael Jäger: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik, Münster 1999, S. 24ff. – Siehe auch Michael Jäger: Blöcke, in: Wolfgang Fritz Haug (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 2, Hamburg 1995, S. 261-267.

<sup>106</sup> Das Wahlvolk *tritt zwar auf*, gleichwohl ist es wie etwa auch das *kollektive Gedächtnis* oder die *Nation* nicht wirklich ein Subjekt, weil es kein Bewußtsein, d.h. keinen bewußten Willen hat; es besteht aus der Summe einzelner Wähler, die ihre Stimme als Wähler, nicht als Wahlvolk abgeben.

<sup>107</sup> Jürgen Link: Versuch über den Normalismus, a.a.O., S. 75.

stoider Inhalte auf der rechten Seite, d.h. allgemein der pragmatischen Abwiegung von ehemals normativen Ansprüchen linker oder rechter Couleur ohnmächtig gegenüberstehen. Der Flexibilitätsnormalismus macht aus Konsensbereitschaft und Pluralismus pluralistische Gleichgültigkeit und Beliebigkeit, solange er sich in der Mitte abspielt, und mag zwar als fortschrittlich, deshalb aber nicht gleich auch als emanzipativ gelten.

Nach der Auflösung der bipolaren Weltordnung und den normativen Legitimationsideologien (»freie Welt« versus »befreite Welt«) ist der Flexibilitätsnormalismus zur herrschenden Ideologie im deutschen Staat geworden, welcher pragmatisch gegenüber der westlichen Welt Normalität für sich beansprucht. »Zwar verfügt die Erste Normalitätsklasse<sup>108</sup> nun über den Trumpf der symbolischen Alternativlosigkeit gegenüber ihrem Zentralwert der ›Normalität‹ – umgekehrt sieht sie sich jetzt aber explizit mit dem Anspruch auf flächendeckende Normalisierung ›der Welt‹ konfrontiert. Das ist der unübersehbare Schatten des Konzepts der ›Globalisierung‹.«<sup>109</sup>

### 3. »Westlichkeit« als Normalfeld

Der »Westen« ist das Normalfeld für das Begehren der deutschen Eliten nach Normalität. Nach der Auflösung der Sowjetunion erlebt der Begriff der *westlichen Wertegemeinschaft*, welcher während des Kalten Krieges als ideologischer Kampfbegriff hauptsächlich gegen den Kommunismus gerichtet war, in der deutschen Öffentlichkeit eine Renaissance.<sup>110</sup> Das liegt vor allem daran, daß der »Westen« nicht nur eine negative Abgrenzungskategorie gegen Stalinismus und Ostblock gewesen war, sondern ebenso gegen den Sonderweg im politisch-geographisch verstandenen »Mitteleuropa«, mit anderen Worten: gegen die kaiserlich-deutsche Autokratie und gegen den deutschen Nationalsozialismus.<sup>111</sup>

Ludolf Herbst schreibt, das ›Dritte Reich‹ war in der deutschen Geschichte die radikalste Abkehr »von den kulturellen Werten und politischen Formkräften des ›Westens‹«, und »es bedurfte der vereinten Anstrengungen der Westmächte und der UdSSR sowie der bedingungslo-

---

<sup>108</sup> Gemeint ist die »westliche« Staatenwelt.

<sup>109</sup> Link, a.a.O., S. 437.

<sup>110</sup> Vgl. Phillip Gassert: »Ex Occidente Lux? Der Westen als nationaler Mythos der Berliner Republik«, in: *vorgänge* Heft 2/2001, S. 15-22, S.15.

<sup>111</sup> Spätestens mit den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington dient der »Westen«, bzw. die »westliche Wertegemeinschaft« auch als Abgrenzung gegen den Islam, d.h. gegen den *islamischen Fundamentalismus*. Ideologisch vorbereitet wurde diese Konfrontation freilich durch Samuel P. Hantingtons Buch »The Clash of Civilization«, das bereits 1993 erschien. – Siehe Samuel P. Huntington: *The Clash of Civilization and the Remaking of World order*, New York 1996. – Viel älter dagegen ist die Abgrenzung des Westens, bzw. des *Abendlandes* gegen die *asiatische Despotie*. – Siehe Oswald Spengler: *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte* (1918), München 1923.

sen Kapitulation der Wehrmacht, um Deutschland für andere Optionen zu öffnen.«<sup>112</sup> – Heute gilt der »Westen« als eine »Chiffre für die freiheitliche, demokratische, liberal kapitalistische und zivile Ordnung der Gegenwart«<sup>113</sup>, und als solche ist sie für die herrschenden Eliten in Deutschland das Ticket zur endgültigen Entsorgung der belasteten deutschen Vergangenheit. »Westlich« zu sein, bedeutet *normal* zu sein; ein weit verbreitetes republikanisches Bewußtsein hebt mit Stolz hervor, daß die Bundesrepublik inzwischen in den liberalen Wertekanon<sup>114</sup> (Republikanismus, Konstitutionalismus, Parlamentarismus, Meinungsfreiheit, unabhängige Justiz etc.) des Westens tief verankert ist. »Dieses kollektive Gedächtnis preist Deutschland als eine durch und durch verwestlichte Gesellschaft, deren Werte beweisen, daß der westliche Liberalismus über alle früheren antidemokratischen Denkweisen triumphiert hat.«<sup>115</sup> Spätestens seit den 70er Jahren sei der von Jürgen Habermas engagiert verfochtene »Verfassungspatriotismus« im politischen Gemeinwesen der Bundesrepublik, wenn er auch als Wirkmacht der wirtschaftlichen Potenz des Landes entsprang, zu einer unbestreitbaren Realität geworden. Die sogenannte Verwestlichungsthese gilt als etablierte »herrschende Meinung« in der deutschen Öffentlichkeit und wird angeführt, wenn es darum geht, die *geläuterte* Nation sichtbar werden zu lassen.<sup>116</sup> »[Es] ist zu vermuten, daß die Idee einer allmählichen Verwestlichung Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg Qualitäten einer sinnstiftenden ›Meistererzählung‹ besitzt, in der sich der Geist der vielbeschworenen Berliner Republik bespiegelt.«<sup>117</sup> Dieses

---

<sup>112</sup> Ludolf Herbst: Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag, 2. durchgesehene Aufl., 1996.

<sup>113</sup> Phillip Gassert: »Ex Occidente Lux? Der Westen als nationaler Mythos der Berliner Republik«, a.a.O., S.16.

<sup>114</sup> Statt Wertekanon könnte man, um den fiktiven, d.h. *imaginierten* Charakter des ganzen zu betonen, den »Westen« auch mit Benedict Anderson als *imagined community* bezeichnen: als eine »vorgestellte politische Gemeinschaft«, die freilich nicht zu verwechseln ist mit *einer* Nation. – Vgl. Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation: Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a.M./New York 1996, S. 15. – Neben der *vorgestellten* Identität, welche die Chiffre des »Westens« suggeriert, geraten allerdings die realen Differenzen zwischen den »westlichen« Staaten, vor allem die nach dem Wegfall der bipolaren Systemkonfrontation wieder zunehmend Uneinigkeit hervorrufende kapitalistische Konkurrenz untereinander – vor allem zwischen den USA und Europa – zu sehr in den Hintergrund; der »Westen« ist eben keine Nation, sondern eine Ansammlung von vielen Nationen.

<sup>115</sup> Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma. Die Berliner Republik zwischen Macht und Machtverzicht. Mit einem Vorwort von Joschka Fischer, Berlin 1998, S. 75f.

<sup>116</sup> Der Tübinger Historiker Anselm Doering-Manteuffel spricht sogar von der »Westernisierung« der Bundesrepublik und betreibt eine Analyse der konkreten Umsetzung westlicher Prinzipien in Gesellschaft und Politik. Seine Analyse konzentriert sich hauptsächlich auf die Jahre zwischen 1950 und 1970. Als »westliche Prinzipien« gelten ihm die »Ideen von 1789« im Gegensatz zu den mit der Ideologie des Sonderweges verbundenen »Ideen von 1914«. – Vgl. Anselm Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999. – Der Berliner Historiker Heinrich-August Winkler stellt die Idee des Westens in den Mittelpunkt seiner historischen Analysen. Die Idee des Westens habe gegen das deutsche Sonderbewußtsein, das seit dem 19. Jahrhundert aufgekommen sei und seinen Kulminationspunkt antiwestlicher Ressentiments während des Hitler-Faschismus gehabt habe, triumphiert. Nach 1945 lösten sich die deutschen Sonderideologien sukzessive auf. Nach 1989/90 seien die Sonderwege endgültig zu Ende und Deutschland eine westliche Nation geworden. – Vgl. Heinrich-August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. – Bd. 2: Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung, München 2000.

<sup>117</sup> Phillip Gassert: »Ex Occidente Lux? Der Westen als nationaler Mythos der Berliner Republik«, a.a.O., S. 16.

Auslegungsmuster ist kritisch zu hinterfragen. Sind überhaupt Westlichkeit und Demokratie deckungsgleich, bzw. ist jene ein Garant für diese?<sup>118</sup> Warum wird der »Westen« zu einer derartigen positiven Bezugsgröße mit beinahe beschwörungshaften Charakter, – will man es, bewußt oder unbewußt, nur oft genug für sich in Anspruch nehmen, weil man im Grunde von der Westlichkeit des deutschen Staates nicht überzeugt ist? Die andauernde Beschwörung der angeblich gefestigten demokratischen Kultur Deutschlands, bzw. des Westens trägt jedenfalls »wenn auch unbeabsichtigt, dazu bei, eine Debatte über Voraussetzungen und Probleme unserer demokratischen Kultur zu verschleppen.«<sup>119</sup>

Für Phillip Gassert ist der »Westen« ein *normatives* Konzept: eine »Herrschaft bestimmter politischer Ideale und davon abgeleiteter institutioneller Rahmenbedingungen«<sup>120</sup>, welches aber im deutschen Kontext den Charakter eines kollektiven Mythos´ aufzeige mit der Funktion einer moralischen Legitimationsgrundlage: »indem er die gegenwärtige politische Kultur Deutschlands in den größten Zusammenhang der ›westlichen Wertegemeinschaft‹ stellt und sie dadurch positiv sowohl vom wilhelminischen Obrigkeitsstaat und von der Barbarei des Nationalsozialismus, als auch vom gescheiterten Experiment der Weimarer Republik und vom realen Sozialismus der DDR abgrenzt.«<sup>121</sup> – »Westlichkeit« gleichsam als ein *entrée* bil-let in den Kreis der Erwachsenen. Damit wäre die Rede vom »Westen« ein sehr deutsches Thema, das zumindest bis zu den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 keine bedeutsame Relevanz in den USA, aber auch in Frankreich oder Großbritannien gespielt habe.<sup>122</sup> »Dort wird der Westen in postkolonialen Diskursen eher hinterfragt und problematisiert als affirmativ zur Legitimierung der eigenen Kultur und Geschichte verwendet.«<sup>123</sup>

---

<sup>118</sup> Die »Westliche Wertegemeinschaft« ist auch etwas, bei dem einem der Atem ausgehen kann. Ein korrumpierender Kampfbegriff mit geopolitischem Einschlag zur chauvinistischen Abgrenzung und Ausgrenzung gegen den Rest der Welt: gegen den Osten und seine »asiatischen Taten«, gegen den Süden und seine »Wilden«. Aber was ist mit Auschwitz, Hiroshima, My Lai...? Die Vergangenheit ist gegenwärtig als kalte Grausamkeit, als abstrakte, dingliche Kälte, als Gleichgültigkeit von Mensch und Ware mitten im Westen. Aus den gesellschaftlichen Voraussetzungen der Moderne, die Auschwitz einmal möglich gemacht haben, wurden nicht nur in Deutschland keine weit genug reichenden Konsequenzen gezogen; sie existieren nach Auschwitz weiter. Mythisch ist diese Wertegemeinschaft bis ins Mark, d.h. in den Euro und den Dollar. Aus dem Tausch gründeten sich genauso die ethischen Werte wie die Täuschung über sie. Der »Westen« ist eher eine Mehrwertgemeinschaft, und die Geschichte der »westlichen Wertegemeinschaft« ist eine Geschichte von blutigen Kämpfen, Intrigen, Wahnsinn und Barbarei – nicht als das Andere der westlichen Zivilisation, sondern als konstitutiver Bestandteil zivilisierter Doppelmoral.

<sup>119</sup> Gassert, a.a.O., S. 19.

<sup>120</sup> Ebd.

<sup>121</sup> Gassert, a.a.O., S. 16.

<sup>122</sup> Dennoch ist es so, daß der »Angriff auf die zivilisierte Welt« (Gerhard Schröder) die Bundesregierung mit einer Vehemenz zur »uneingeschränkten Solidarität« veranlaßt hat, die darauf schließen läßt, daß das Mitgefühl zwar wirklich den Opfern galt, die Solidarität aber nicht unbedingt den USA. Vielmehr bot sich für den deutschen Staat mit der »Solidarität« die einmalige Gelegenheit, nun endgültig das Militärische in der deutschen Öffentlichkeit zu enttabuisieren und Machtpolitik nicht mehr euphemistisch umschreiben zu müssen.

<sup>123</sup> Gassert, a.a.O., S. 20.

#### 4. Exkurs: *allemande querelle* – Von der verspäteten Nation zum Sonderweg

Im Folgenden werden Etappen der deutschen Geschichte episodenhaft behandelt, um den Begriff der *verspäteten Nation* von Helmuth Plessner zu illuminieren.<sup>124</sup> Die These von der Verspätung der deutschen Nation ist nicht unumstritten,<sup>125</sup> dennoch soll auf sie an dieser Stelle ein affirmativer Bezug erfolgen. Denn im Kontext der Normalisierung ist weniger entscheidend, inwiefern die Geschichte sich tatsächlich nach einheitlichen Gesetzmäßigkeiten vollzieht, sondern vielmehr daß von den politischen Akteuren der Normalisierung eine Verspätung unterstellt und der als *westlich* bezeichnete und als *typisch* angenommene Geschichtsverlauf als *generalisierende Norm* angenommen wird und deshalb als Orientierung dient. Entwicklungsrichtungen, die in der Geschichte konträr verlaufen können, werden damit

---

<sup>124</sup> Vgl. Helmuth Plessner: *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes* (1959), 6. Aufl., Frankfurt a.M. 1998. – Der Terminus geht auf Nietzsche zurück, findet sich aber auch bei Karl Marx: »Deutschland hat (...) ein eigenes christlich-germanisches Pech. Seine Bourgeoisie hat sich so sehr verspätet, daß sie in dem Augenblick ihren Kampf mit der absoluten Monarchie beginnt und ihre politische Macht zu begründen sucht, wo in allen entwickelten Ländern die Bourgeoisie schon im heftigsten Kampf mit der Arbeiterklasse begriffen ist und wo ihre politischen Illusionen bereits im europäischen Bewußtsein überlebt sind. (...) Die deutsche Bourgeoisie befindet sich also schon im Gegensatz zum Proletariat, ehe sie noch als Klasse sich politisch konstituiert hat.« – Karl Marx: *Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral*, in: MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 351.

<sup>125</sup> »Die These von der ›verspäteten Nation‹ ist nur zum Teil richtig; im Grunde hat es niemals *eine* deutsche Nation gegeben.« – Oskar Negt: *Die Misere der bürgerlichen Demokratie in Deutschland*, in: Ders.: *Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral*, Frankfurt a.M. 1976, S. 17-46; S. 41. – Negt bringt zusammen mit Alexander Kluge noch weitere Kritik in Anschlag: »In der Bewertung der Entwicklungsschwierigkeiten in Deutschland ist kein Begriff so häufig verwendet worden wie der der Verspätung. Man spricht von verspäteter Nation (Plessner), von Verspätung der Industrialisierung, der verspätet eingetretenen Entstehung einer durchgängigen bürgerlichen Gesellschaft. In allen diesen Varianten der Verspätung findet sich eine Vorstellung von einer klar definierten Reihenfolge von Stadien, Übergängen, Perioden, Epochen, Formationen, von ›mit ehener Notwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden Tendenzen. Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft‹. (Karl Marx, Vorwort zu *Das Kapital*, Erster Band, Berlin 1966, S. 12)« – Oskar Negt / Alexander Kluge: *Geschichte und Eigensinn*, Bd. 2: *Deutschland als Produktionsöffentlichkeit*, Frankfurt a.M. 1993, S. 567. – Der Geschichtsverlauf werde als eine *Treppe* dargestellt, d.h. es liege ein teleologisches Geschichtsverständnis zugrunde. Die Geschichte birge in sich aber weitaus mehr Kontingenz als Gesetzmäßigkeiten. »Einer der Gründe für diese Täuschung, daß es solche Gesetzmäßigkeiten im Geschichtsverlauf gab, liegt darin, daß die Entwicklungslinie kapitalistischer Expansion mit der geschichtlichen Entwicklung mehr oder minder parallel gesetzt wird. Indem sich das Kapital in nichtkapitalistische Räume hineinfrißt, entsteht der Eindruck, daß *diese* Logik gleichzeitig die Logik der geschichtlichen Entwicklung bestimmt. Von da aus entsteht eine Vorstellung von Linearität, denn die Aufzehrung nicht-kapitalistischer Räume wird vorgestellt als ein Prozeß, der gleichzeitig notwendig die Gegenkräfte erzeugt, die in dem Maße erstarken, wie sich das Kapital selber entwickelt. (...) Was aber wäre, wenn einer auf Reifungsprozesse oder Stufen wartet, die nach der spezifischen Kristallisation einer Vorgeschichte *so* nie eintreten werden, obwohl es Tatsachen gibt, die bisher darauf hingedeutet haben, daß Ähnlichkeiten zur Bewegungslinie eines geschichtlichen Vorbildes existieren? Dann gab es in Wirklichkeit keine Geschichtsuhr, und es gab nicht dieses, sondern ein ganz anderes Gesetz, dem die Entwicklung gefolgt ist. Die Verfrühtheit oder Unreife eines gesellschaftlichen Kampfes oder die Verspätung einer Gesellschaft existieren dann nur als falsches Meßsystem und nicht authentisch. Für die deutschen Verhältnisse nehmen wir in fast keinem Fall eine Verspätung an, sondern vermuten in jedem Fall, wenn von Unreife oder Verspätung gesprochen wird, eine genuine Entwicklung, die eben nicht durch Vergleich mit Verhältnissen in westlichen anderen Ländern zu deuten ist.« – Negt / Kluge, a.a.O., S. 568f.

durch die normalisierenden Akteure auf ein Ziel hin gelenkt und zusammengefaßt, d.h. zu *normieren* versucht.<sup>126</sup>

Helmuth Plessner spürt in seinem Buch die Wurzeln der Ideologie des ›Dritten Reiches‹ auf, um Erklärungen zu finden, warum in Deutschland der Nationalsozialismus eine derartige demagogische Wirkung entfalten konnte. Die Blickrichtung ist bereits im Titel erkennbar; es geht um die »politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes«. Plessners Kernthese ist schnell umrissen: ›Politischer Liberalismus‹, wie er in England, und ›demokratischer Rationalismus‹, wie er in Frankreich entstand und deren ›rationale Rechtsidee‹ es vermochte, das ancien regime zu überwinden, d.h. mit der feudalen Tradition radikal zu brechen, blieben der deutschen Kultur fremd. In Deutschland soll statt dessen – und gegen die bürgerlichen Emanzipationsprozesse im übrigen Europa gerichtet – die ›Idee des Volkstums‹ kultiviert worden sein.<sup>127</sup> In der Folge blieb das deutsche Bürgertum unterentwickelt; eine eigenständige bürgerliche Gesellschaft bildete sich nicht heraus; es herrschte ein eklatanter Mangel an bürgerlicher Zivilisation. Als kulturelle Substanz der bürgerlichen Gesellschaft lassen sich der politische Liberalismus und der demokratische Rationalismus (rationale Rechtsidee) bestimmen, welche in England und Frankreich das Ergebnis eines ökonomischen, politischen sowie kulturellen Transformationsprozesses tief im Gesellschaftsgefüge verwurzelter Traditionen waren. Politischer Liberalismus und demokratischer Rationalismus bedurften für ihre Entstehung vieler vorgeschichtlicher Voraussetzungen. Eine sehr wichtige Voraussetzung war die in der Renaissance und Reformation, in der rationalen Naturrechtslehre und Naturwissenschaft voran-

---

<sup>126</sup> Geschichte wird allgemein von den Menschen gemacht. Aber nicht alle Menschen sind gleichermaßen am geschichtlichen Entwurf beteiligt. Für Hegel waren die *historischen Individuen* – etwa Napoléon – direkte Gefäße des *Weltgeistes*; zwar fragt Bertolt Brecht ironisch, ob Julius Cäsar auf dem Schlachtfeld nicht wenigstens einen Koch dabei gehabt habe, als er die Gallier schlug. – Vgl. Bertolt Brecht: Fragen eines lesenden Arbeiters, in ders.: Kalendergeschichten, Hamburg 1953, S. 74. – Dennoch ist unzweifelhaft der Feldherr der größere Strippenzieher als sein Koch. Die geschichtliche Betätigung ist eine Frage der Macht, wengleich selten Geschichte auf den Willen einzelner zurückzuführen ist, da in den meisten Fällen gegen den Willen ein Gegenwille, gegen die Macht eine Gegenmacht opponiert – das ist die *Ironie der Geschichte* oder die *List der Vernunft* (Hegel). Solange die Normalisierung ein Kampfplatz von Macht und Gegenmacht ist, verläuft sie nicht gradlinig, d.h. ist sie nicht auf den Entwurf eines einzelnen Akteurs zurückzuführen. Darum stoßen Entwicklungsrichtungen aufeinander, brechen ab, werden umgelenkt und steuern auf andere Zielbestimmungen zu.

<sup>127</sup> »Deutschland zerfiel in den Glaubenskämpfen, in dem Gegeneinander der Fürsten und der Kaisermacht. Deshalb ist der neuzeitliche Staatsgedanke für diese Völker fremd, er ist nicht auf ihrem Boden gewachsen und sie selber sind nicht mit ihm gewachsen. Je weniger sie aber die Möglichkeit hatten, ihr Bild im Spiegel eines Staates zu sehen, desto lebendiger blieb ihnen das Bewußtsein ihres Volkstums, mußte es ihnen bleiben, wenn sie in der Distanz zu Fürsten und Obrigkeiten ihre angestammten Rechte, Sitten und Sprache, ihr ganzes Leben bewahren und entwickeln wollten. So bekam das Wort Volk bei (...) Deutschen einen besonderen Ton.« – Helmuth Plessner: Die verspätete Nation, a.a.O., S. 52. – Diese Eigenart teile Deutschland noch mit Spanien und Italien; in diesen Ländern war denn auch später der Faschismus von herausragender Qualität. – »Als die zu spät gekommene, von vornherein auf den Gegensatz zu ihren Vorbildern verwiesene Nation distanziert sich das deutsche Volk von den (gleichwohl als maßgeblich empfundenen) [›westlichen‹; MH] Normen der Latinität und Urbanität, indem es seinem eigenen Elan ein Vorrecht auf Ursprünglichkeit, Urtümlichkeit, damit aber auch auf Tiefe im Innern einräumt, d.h. sich in der Rolle eines Vulkans gefällt, zu dessen eruptiven Äußerungen nun einmal Maßlosigkeit und Wildheit gehören; ein angebliches Vorrecht aus natürlicher Anlage, die ihm schon von den Römern als furor teutonicus bezeugt worden ist.« – Plessner, a.a.O., S. 24.

getriebene Loslösung der weltlichen Herrschaft von der Vorherrschaft der Kirche: die Säkularisierung. Das Hervortreten des bürgerlichen Individuums aus den sich auflösenden, mittelalterlichen Bindungen, ausgelöst durch ursprüngliche Enteignung und Umwälzung der Produktionsverhältnisse, war nicht minder wichtig.<sup>128</sup>

In der Französischen Revolution von 1789 befreite sich das längst ökonomisch und kulturell selbstbewußt gewordene Bürgertum auch politisch vom Feudalismus. Die Prinzipien der bürgerlichen Demokratie,<sup>129</sup> des Liberalismus und der Rechtsstaatlichkeit lösten als politische Gebilde allmählich und auch gegen immer wieder emporkommende reaktionäre Tendenzen die feudale Herrschaftsordnung ab. Das Bürgertum übernahm die Herrschaft in Form von Nationalstaat und Parlamentarismus. Der Nationalstaat erfüllte zwei wichtige Funktionen für das Bürgertum: Zum einen sollte er die territorial abgegrenzten, wirtschaftsliberalen Gesellschaften voreinander schützen, wenn auch gerade durch diese Problematik handfeste Kriege einer neuen Qualität in die Welt gekommen sind. Außerdem bediente er das Bedürfnis der aus den traditionellen Bindungen des Feudalismus entlassenen Einzelnen nach Zugehörigkeit und kollektiver Geborgenheit: nach einer kollektiven Identität. Während der Kapitalisierungsprozeß die Einzelnen zunehmend vereinzelt, entfremdete und anonyme Bindungen hinterließ, konnten diese abstrakten Bindungen durch ein Nationalbewußtsein kompensiert und wieder konkretisiert werden.

Im Deutschen Reich allerdings lief dieser Prozeß abweichend von der europäischen, »westlichen Norm« und führte zu dem Verhängnis eines langlebigen Obrigkeitsstaates und Kadavergehorsams,<sup>130</sup> die schließlich der Resonanzboden für den Faschismus waren. In »Deutschland« war es weder frühzeitig oder »rechtzeitig« zu einer bürgerlichen Revolution (erst 1848/49, die aber scheiterte), noch zu einer Nationalstaatsbildung (erst 1871, die aber ein Reich, keine Republik war) gekommen. Aus diesen Umständen resultierte das Unvermögen

---

<sup>128</sup> Vgl. Plessner, a.a.O., S. 76. – Vgl. auch Oskar Negt: Die Misere der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, a.a.O.

<sup>129</sup> »Der Staat als Vertrag im Sinne der Übereinkunft zwischen freien Bürgern ist spezifisch westliches Ideal. In seinem Ursprung steht die Umwertung des Menschen zum civis. Seine Substanz ist ein tägliches Plebiszit. Seine Grundform ist Gesellschaft als die im Bindemittel des Rechts und streng beobachteter Gewohnheiten verkehrende Einheit von Bürgern. Wer sich zu ihm bekennt, gehört zu ihm. Seine Idee verleiht ihm ewige Gegenwart. Er hat keine »natürlichen«, sondern nur politische Gegner, er kann für sich werben und ist darum auf Universalität angelegt.« – Helmuth Plessner: Die verspätete Nation, a.a.O., S. 63.

<sup>130</sup> »Seit dem 17. Jahrhundert beginnt Deutschland sich dem Westen zu entfremden. Es hat kaum Anteil an der Ausbildung des neuzeitlichen, auf das natürliche Recht des Menschen gegründeten Staats- und Völkerrechts. Die Idee eines Staates, der die Freiheit der Bürger schützt und um des Schutzes der Freiheit willen Rechtsstaat ist, hat wohl auch deutsche Vorkämpfer, findet aber in Deutschland nur begrenzte Aufnahme. Preußen entwickelt eine staatliche Haltung und Gesinnung, jedoch gebunden an das Gottesgnadentum. Militär und Beamtschaft geben dem Staat das Gepräge. Wo also sich in Deutschland zwischen einem im Grunde gutsherrschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zum Landesherrn und dem in dieser Zeit schon durch diese Abhängigkeit sehr gelockerten Schutzverhältnis zum Kaiser ein Gefühl für den Staat ausbildet, verstärkt es nur den Sinn für das Formale wie Disziplin, Unterordnung, Gehorsam, ohne zu fragen warum, für die Apparatur der Verwaltung, Organisieren und Organisiertwerden.« – Plessner, a.a.O., S. 46.



der bürgerlichen Öffentlichkeit(en), eine funktionierende und wehrhafte Demokratie zu praktizieren, und mehr noch: die Verführbarkeit des bürgerlichen Geistes gegenüber dem Faschismus. »Wir sind, mit Nietzsche – und nicht nur mit ihm – zu reden, die Zuspätgekommenen, und wir holen als Nation die geschichtliche Verzögerung nicht ein.«<sup>131</sup> Aus der ›Verspätung‹ wurde ein ›Sonderweg‹<sup>132</sup>.

### *Napoléonische Fremdherrschaft in den deutschen Ländern*

Heinrich Heine schrieb, die Deutschen machten ihre Revolution im Geiste.<sup>133</sup> Für den deutschen Idealismus, namentlich für Hegel, war die Französische Revolution von 1789 der Auf-

---

<sup>131</sup> Plessner, a.a.O., S. 11. – Versteht man dies als ein Verdikt, das von vornherein über jedwedes Programm der Normalisierung urteilt, gibt es kein Programm, das zur Normalität des deutschen Staates führen kann, wenn darunter die Aufholung der historischen Verspätung verstanden wird. – Aber so ist es nicht. Da es sich hier nicht um Schicksal handelt, weil Geschichte ein menschliches Faktum, ein von Menschen Gemachtes ist, kann die zukünftige Geschichte auch von den Menschen gestaltet werden. Plessner behauptet nicht, es handele sich um eine natürliche Charaktereigenschaft der deutschen Nation, um verfestigte Handlungsweisen des Reagierens auf geschichtliche Ereignisse, sondern es handelt sich um historische Gewordenheit, die jedoch so weit in die Geschichte zurückreicht, daß allerdings von einer gewissen Hartnäckigkeit gesprochen werden darf, die nicht so ohne weiteres und vor allem nicht durch Ignoranz der Historie umgekrempt werden kann. »Charakterzüge in der Haltung einer Nation, in den gewissermaßen verfestigten Weisen ihres Reagierens auf Ereignisse erkennen zu wollen, heißt einer Natur, die man zu diesem Zweck konstruiert hat, die Schuld zuschieben. Charakterzüge einer Nation sind in der Maske von Eigenschaften dargebotene Rechtfertigungen geschichtlicher Leistungen und Fehlleistungen, Rechtfertigungen, die dazu dienen, Erfahrung und Erwartung, Vorbilder und Wunschbilder aneinander zu korrigieren, Prinzipien des Selbstverständnisses, das übrigens keineswegs auf die geistigen Äußerungen im engeren Sinne sich beschränkt, sondern Politik und Ökonomie mit einschließt.« – Plessner, a.a.O., S. 25. – Wäre der »Nationalcharakter« Natur – wie es auch axiomatisch die ›antideutsche Linke‹ für den deutschen annimmt, so könnte die Aufklärung vor dem ›deutschen Phänomen‹ nur kapitulieren. Normalisierung im emphatisch-emanzipatorischen Sinne (nicht im reaktionären Sinne, welches der Natur wieder zu ihrem geopolitischen Recht verhilft) wäre vergebens. Dagegen wäre dann kein geistiges Kraut gewachsen. Fraglich ist, »ob das aus solcher Analyse gewonnene Charakterbild nicht doch nur (...) hineingesehen und nicht (...) herausgelesen ist.« – Plessner, a.a.O., S. 25.

<sup>132</sup> Zur aktuellen Bewertung der ›Sonderwegthese‹ siehe Jürgen Elsässer: Der deutsche Sonderweg. Historische Last und politische Herausforderung, München 2003, insbesondere S. 18-51.

<sup>133</sup> Heines Kritik am deutschen Idealismus liest sich wie eine düstere Prophezeiung teutonischer Apokalypse. Er prophezeite, es werde ein Stück in Deutschland aufgeführt werden, das die Französische Revolution in den Schatten stellt, es werde dieselbe Revolution sein, die zuvor im Geiste stattgefunden habe. Diese Eruption im deutschen Volke falle jedenfalls nicht milder aus, weil ihr Kant, Fichte und Schelling vorausgegangen seien; vielmehr »werden Kantianer zum Vorschein kommen, die auch in der Erscheinungswelt von keiner Pietät etwas wissen wollen, und erbarmungslos, mit Schwert und Beil, den Boden unseres europäischen Lebens durchwühlen, um auch die letzten Wurzeln der Vergangenheit auszurotten. Es werden bewaffnete Fichteaner auf den Schauplatz treten, die in ihrem Willensfanatismus, weder durch Furcht noch durch Eigennutz zu bändigen sind; denn sie leben im Geiste, sie trotzen der Materie, gleich den ersten Christen, die man ebenfalls weder durch leibliche Qualen noch durch leibliche Genüsse bezwingen konnte (...). Doch noch schrecklicher als alles wären Naturphilosophen, die handelnd eingriffen in eine deutsche Revolution und sich mit dem Zerstörungswerk selbst identifizieren würden.« Die Natur werde zum Wegbereiter für die Wiederbelebung der dämonischen Kräfte des altgermanischen Pantheismus. Die alte germanische Kampfeslust werde erweckt, die nur zum Selbstzweck kämpfte: aus Lust am Kampf. Das Christentum könne dagegen nichts ausrichten. Der christliche Talisman, das Kreuz, sei morsch »und kommen wird der Tag, wo er kläglich zusammenbricht. »Die alten steinernen Götter erheben sich dann aus dem verschollenen Schutt, und reiben sich den tausendjährigen Staub aus den Augen, und Thor mit dem Riesenhammer springt endlich empor und zerschlägt die gotischen Dome.« – Heinrich Heine: Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland, in ders.: Werke in drei Bänden, Bd. 3: Schriften zu Litera-

bruch in den »Völkerfrühling«. Er feierte diesen Augenblick mit den pathetisch großen Worten als den *Fortschritt* der Menschheit *im Bewußtsein der Freiheit*. Zum ersten Mal schien politische Freiheit als Recht objektiv, d.h. in Gestalt des Gesetzes universal geworden zu sein. Der bürgerliche Staat sollte die neue politische Ordnung sichern und den Rückfall in obsolet gewordene politische Gestalten verhindern. Alle Institutionen und positiven Rechte, die sich auf alte Formen des Freiheitsbewußtseins stützten und der neu sich etablierenden Ordnung widersprachen, verloren für Hegel ihren legitimen Anspruch auf Geltung. Es sollte kein Zurück mehr geben.

In Napoléon sah Hegel schließlich jenes *historische Individuum*, das die positiven Errungenschaften der Revolution in Europa durch seine Expansionspolitik verbreitete. Während Napoléons Truppen im Anmarsch waren, stand Hegels *Phänomenologie des Geistes* in Jena kurz vor der Vollendung. Es heißt, Hegel habe die letzten Sätze geschrieben, als der Donnerhall der französischen Kanonen aus der Ferne schon zu hören war. Den in Jena als Sieger einreitenden Napoléon beschrieb Hegel als die *Weltseele zu Pferde*. Seine Faszination gegenüber Napoléon riß auch nicht ab, als die französischen Truppen sein eigenes Haus geplündert hatten.<sup>134</sup>

Was aber Hegel affirmierte, war nicht eine sich abzeichnende Diktatur Napoléons, sondern eine neue Gestalt des Geistes. »Wir stehen in einer wichtigen Zeitepoche, einer Gährung«, sagte Hegel zum Abschluß seiner Vorlesung in Jena, »wo der Geist einen Ruck gethan, über seine vorige Gestalt hinausgekommen ist und eine neue gewinnt. Die ganze Masse der bisherigen Vorstellungen, Begriffe, die Bande der Welt, sind aufgelöst und fallen wie ein Traum-bild in sich zusammen. Es bereitet sich ein neuer Hervorgang des Geistes. Die Philosophie hat vornämlich seine Erscheinung zu begrüßen und ihn anzuerkennen, während Andere, ihm unmächtig widerstehend, am Vergangenen kleben und die Meisten bewußtlos die Masse seines Erscheinens ausmachen. Die Philosophie aber hat, ihn als das Ewige erkennend, ihm seine Ehre zu erzeugen.«<sup>135</sup> Die Idee eines vernünftigen, d.h. sittlichen Staates nahm für Hegel nunmehr realistische Züge an.

Von einer vernünftigen Autorität zu einer Autorität der Vernunft habe sich endgültig die Funktion des Staates gewandelt, welcher immer weniger ein *mechanisches Räderwerk* dar-

---

tur und Politik, München, S. 395-520; S. 517f., S. 518f. – Heine hat auf eine beklemmende Weise recht behalten, wenn es auch nicht die gotischen Dome, sondern die Synagogen (und vor allem die Juden) waren, die »hinweggefegt« wurden. Dennoch ist Heine auch zu widersprechen: Der Gedanke geht nicht in dieser Eindeutigkeit der Tat voraus wie der Blitz dem Donner; jedenfalls sind Kant, Fichte und Schelling nicht in der Art in einen Kontext von Ursache und Wirkung zu stellen, daß sie für die »völkische Revolution« des Nationalsozialismus in Anschlag zu bringen wären.

<sup>134</sup> Vgl. Peter Heintel: Hegel. Der letzte universelle Philosoph, Göttingen 1970, S. 54.

<sup>135</sup> G.W.F. Hegel: Vorlesungen über Speculative Philosophie, in: Schriften und Entwürfe 1799-1808, GW Bd. 5, hrsg.v. Manfred Baum u. Kurt Rainer Meist, Hamburg 1998, S. 474f.

stellte und immer mehr einem organischen Gebilde zu gleichen begann. Der Begriff der *Sittlichkeit* nahm den Gedanken der Vermittlung zwischen Allgemeinem und Besonderen in sich auf und brachte die Idee der *Versöhnung* hervor, in der die bürgerlichen Individuen vom Staat sowohl durchdrungen, als auch Teil desselben wurden und deshalb auf ihre eigene *Autonomie* nicht zu verzichten brauchten, solange sie sich als Staatsbürger, d.h. vernünftig zueinander verhielten.

Die Grundlage für diese begriffliche Entfaltung war die politische Entwicklung in Europa, die mit der Französischen Revolution angeschoben worden war und zu zahlreichen Revolutionskriegen geführt hatte, in die durch das revolutionäre und napoléonische Frankreich eine Reihe von monarchischen Staaten wie Preußen, Österreich, Rußland, Württemberg, Bayern u.a. verwickelt wurden. Die napoléonische Fremdherrschaft führte 1806 zum Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, indem auf ein Ultimatum Napoléons hin der Kaiser Franz die deutsche Kaiserkrone niederlegte. Drei Jahre später hatte Napoléon bereits den Süden und die Mitte Europas unter seine Kontrolle gebracht. Der *code Napoléon* fand hier seine Verbreitung, und es wurden Verwaltungs- und Gesellschaftsreformen »von oben« eingeleitet aus der Einsicht heraus, daß die überkommenen Herrschaftsverhältnisse des *ancien régime* nicht mehr überlebensfähig waren.

Die Reformen orientierten sich am französischen Vorbild der Herstellung wirtschaftsliberaler Binnenräume und des bürgerlichen Rechts; es wurde die Gewerbefreiheit eingeführt, d.h. das Zunft- und Standesrecht aufgehoben und eine Rechtsgleichheit in wirtschaftlichen Fragen hergestellt, indem Sonderrechte für einzelne Personen und Gruppen sowie ständische Privilegien beseitigt wurden. Toleranzedikte für den Bereich der Religion wurden erlassen, und den Juden sollte eine gesellschaftliche und ökonomische Gleichberechtigung zugestanden werden. In der Lehre und Forschung, sollte an den Universitäten Freiheit herrschen und eine Humanistische Bildung gelehrt werden. So geschah es seit 1806 auch in Preußen erst unter Freiherr von Stein und seit 1808 unter Hardenberg.

Der preußische Adel und der König trieben die Reformen nicht aus eigener liberaler Gesinnung voran, sondern weil das *ancien régime* an Legitimationsverlust litt. Die preußische Bevölkerung war zunehmend nicht mehr bereit, für ein Staatswesen in den Krieg zu ziehen, das sie unterdrückte und knechtete. Die Reformen dienten dazu, den Identifikationsgrad mit dem preußischen Staat zu erhöhen, indem Zugeständnisse an das liberale Bürgertum und an die Bauern gemacht wurden. Viele der Reformvorhaben aus dieser Zeit scheiterten jedoch am Widerstand des preußischen Adels.

Napoléon, 1799 durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen, wurde erst 1815 wieder gestürzt. Im selben Jahr fand der Wiener Kongreß statt, auf dem es zu einer politischen Neuordnung Europas kam. Dem vorangegangen waren die immer stärker unter nationalstaatlichen Vorzeichen stattgefundenen Kriege zur Befreiung von der napoléonischen Fremdherrschaft in den einzelnen europäischen Ländern, nachdem die französischen Truppen im Feldzug gegen Rußland kolossale Verluste hinnehmen mußten und der Mythos der Unbesiegbarkeit Napoléons beschädigt worden war. Auch die europäischen Verbündeten hatten immense Verluste zu erleiden, was zur Verbitterung bei den jeweiligen Bevölkerungen führte, weil sie durch rigide Beschlagnahmungen und eine hohe Kriegssteuer belastet wurden. In den deutschen Ländern, die von französischen Truppen besetzt waren, entstand allmählich eine Art volkstümlicher Patriotismus, der sich nicht nur gegen die französische Besatzung, sondern auch gegen die französische Bürgerkultur, gegen die »Civilisation« richtete.<sup>136</sup>

Das Zarenreich Rußland sowie die Königreiche Preußens und Österreichs waren imstande, gegen Frankreich Krieg zu führen; auf Betreiben Metternichs trat Bayern aus dem Rheinbund aus, woraufhin der Rheinbund zusammenbrach und Napoléons Niederlage besiegelt war. 1814 marschierten die Koalitionstruppen in Frankreich ein und besetzten Paris. Napoléon mußte abdanken, und Frankreich wurde auf seine Grenzen von 1792 zurückgedrängt. Auf dem Wiener Kongreß unternahmen schließlich alle involvierten politischen Mächte den Versuch, Europa politisch und unter völkerrechtlichen Bedingungen neu zu ordnen. Dies geschah vor allem unter restaurativen Vorzeichen, d.h. die alten Verhältnisse vor der Revolution soll-

---

<sup>136</sup> ›Kultur‹ ist der Gegenbegriff zu ›civilisation‹; er entsteht als ›cultura animi‹ im städtischen Zusammenhang und taucht im modernen Sinne das erste Mal bei Cicero auf. – Vgl. Marcus Tullius Cicero: Gespräche in Tusculum, Berlin 2003. – Dort ist damit die *Pflege der Seele* in Abgrenzung zur *Beackerung des Bodens* (›cultura agri‹) gemeint. ›Zivilisation‹ meint ›Bürgerkultur‹ (›civis‹ = Bürger) und entsteht im Kontext der Französischen Revolution von 1789 als Kampfbegriff gegen die feudalen Tugenden. – ›Kultur‹ grenzt sich im deutschen Kontext der Befreiung von der napoléonischen Fremdherrschaft wiederum davon ab. Im 18. Jahrhundert waren noch die französischen Ideen europäisch verehrt, z.B. bei Fichte, der die Französische Revolution als »Evolution des Naturrechts« bezeichnete. – Vgl. Johann Gottlieb Fichte: Beitrag zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution, Hamburg 1973 (1794). – Im 19. Jahrhundert wurden die Kulturen nationalisiert. Franzosenhaß, Burschenschaftsbewegung, Befreiungskriege gründeten auf Herders begrifflicher Bestimmung der ›Kulturnation‹. ›Kultur‹ wird zur Innerlichkeit; das deutsche Bürgertum hat es nicht geschafft, den Staat zu erobern, also hält es sich fortan von diesem fern. ›Kultur‹ wird zu einem deutschen »Inbegriff für geistige Tätigkeit«, während er eben nicht Zivilisation, Kultiviertheit, Bildung, Arbeit bedeutet. »All diese Begriffe sind zu nüchtern oder zu flach, zu formal bzw. ›westlich‹ oder an eine andere Sphäre gebunden.« – »Ihnen fehlt die Schwere, die trachtige Fülle, das seelenhafte Pathos, das sich im deutschen Bewußtsein des 19. und 20. Jahrhundert mit diesem Wort verbindet und seine oft emphatische Verwendung verständlich macht.« – Helmuth Plessner: Die verspätete Nation, a.a.O., S. 73. – Wenn in der vorliegenden Untersuchung von »civilpolitischer« und nicht von »zivilpolitischer« Normalisierung die Rede ist, dann handelt es sich genau um diese Differenz zwischen »civilisation« und »Kultur«. Denn was im Deutschen das »Zivile« bedeutet, ist im französischen Verständnis gewissermaßen das direkte Gegenteil. Im Zusammenhang der Normalisierung kommt es aber auf das französische Verständnis an, da es das Telos der Normalisierung sein soll. Das Zivile ist das dem Staat Entgegengesetzte, während »civil« (civis) die bürgerliche Sphäre benennt, die seit den französischen Revolutionen den Staat erobert hat. Gegenüber einem Obrkeitsstaat kann man zivil sein, der bürgerliche Staat aber ist seinem eigenen Anspruch nach zivil.

ten wiederhergestellt werden. Das war in mancherlei Hinsicht allerdings nicht mehr möglich, da die liberalen Ideen der französischen Revolution Einzug in das gesellschaftliche Getriebe erhalten hatten und viele der Reformen nicht mehr rückgängig zu machen waren, so daß man sich mit den liberalen Ideen zwangsläufig auseinandersetzen hatte. In Preußen hatten die Reformen etwa zu einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion geführt.

Die europäischen Mächte beschlossen, sich gegenseitig nach den festgelegten territorialen Grenzen als souveräne Staaten anzuerkennen. Für die deutschen Länder auf dem ehemaligen Gebiet des *Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation*, deren Zusammenschluß fortan *Deutscher Bund* genannt wurde, beschloß man eine föderative Bundesverfassung, in die viele fortschrittliche Elemente der bürgerlich-liberalen Bewegung aufgenommen wurden. 34 souveräne Staaten und vier freie Reichsstädte gehörten dem Deutschen Bund an, die sich alle gemäß der Wiener Bundesakte (Artikel 13) dazu verpflichteten, *landständische Verfassungen* zu verabschieden.<sup>137</sup> Diese Verfassungen sollten die Sicherheit des Privateigentums und die formale Rechtsgleichheit aller vor dem Gesetz gewährleisten. Sie sicherten nach innen mehr oder weniger wirtschaftsliberale Binnenräume, sollten aber die Staatsgewalt trotz der Verfassungen im monarchischen Prinzip vereint lassen (Artikel 57). – Die Realisierung verlief allerdings extrem zögerlich und halbherzig.

In den deutschen Ländern tobte sich weiterhin eine national-liberale Befreiungsbewegung aus, die in der Folge des Sieges gegen Napoléon an Selbstbewußtsein hinzugewonnen hatte und an deren Spitze die reaktionären Burschenschaften standen. Dort war ein bürgerliches Nationalbewußtsein entstanden, das gleichzeitig chauvinistisch eingefärbt war. Ihr Befreiungskampf war verbunden mit einer grundsätzlichen Ablehnung der durch Napoléon ins Land gekommenen bürgerlichen Errungenschaft des *code civil*, den sie feierlich 1817 auf ihrem Wartburgfest verbrannten. Die deutsch-nationale Befreiungsbewegung wollte zugunsten einer völkischen Nationenbildung jene mit Napoléon verbundenen fortschrittlichen Momente des bürgerlichen Rechts rückgängig machen.<sup>138</sup> Hegel war darüber wenig begeistert. Er sah darin zu Recht eine symbolische Handlung für aufkommendes Deutschtum, das eine Freiheitsbewegung ohne fortschrittliche, d.h. freiheitliche Momente darstellte. Hegel schrieb: »Daß man bei einer feierlichen Gelegenheit den Code Napoléon verbrannt hat, kann als eine traurige

---

<sup>137</sup> Vgl.: Das Zeitalter der europäischen Revolution 1780-1848, Fischer Weltgeschichte Bd. 26, hrsg.v. Louis Bergeron, François Furet und Reinhart Koselleck, Frankfurt 1969, S. 212ff.

<sup>138</sup> »Deutsches Volk bedeutet Verbundenheit mit dem Boden, der Heimat, altväterischer Sitte. Insofern ist es allem künstlichen, zivilisierten Wesen fremd. Nichts kann es über sich als Form und Ordnung dulden, was nicht aus ihm selber kommt. Darin zeichnet sich die alte Frontstellung gegen Frankreich ab. In Deutschland einheimisch-ursprüngliches Brauchtum, in Frankreich, besonders in dem für Deutschland zugleich verlockenden und bedrohlichen Frankreich der Aufklärung, der Revolution und des Bonapartismus, abstrakt rationale Gesellschaftskultur.« – Helmuth Plessner: Die verspätete Nation, a.a.O., S. 53f.

Erscheinung unter unserer Jugend betrachtet werden. (...) Der Code Napoléon enthält jene großen Prinzipien der Freiheit, des Eigentums und der Beseitigung alles dessen, was aus der Feudalzeit überkommen ist.«<sup>139</sup> Hegel war der Auffassung, daß man nicht hinter das bürgerliche Gesetzbuch zurückfallen dürfe, nur weil es aus Frankreich importiert worden war. Das verletzte die Prinzipien der Vernunft und brachte schlicht zum Ausdruck, daß diese Volksbewegung nicht wußte, was sie wollte, was zu ihrem Besten diene, was die Vernunft wollte.<sup>140</sup> – Der Wunsch nach einem völkischen Krieg, der nach Hegels Argumentation gewiß kein *glücklicher* gewesen wäre, wurde unverhohlen in Teilen dieser Bewegung offen ausgesprochen; er sollte zur Herstellung der deutschen Einheit führen. Von dieser Bewegung gingen auch Bücherverbrennungen und Pogrome gegen Juden aus. In der national-liberalen Befreiungsbewegung kam ein komplexes Ressentiment-Bewußtsein gegen das schlicht Fremde zum Ausdruck, das mit einer *völkischen Identität* in Einklang zu bringen versucht wurde. »Dort wurde viel von Freiheit und Gleichheit gesprochen, aber es war eine Freiheit, die das althergebrachte Vorrecht einzig der germanischen Rasse sein sollte und eine Gleichheit, die allgemeine Armut und Entsagung bedeutete, Kultur wurde als Besitz der Reichen und Ausländer betrachtet, dazu angetan, das Volk zu korrumpieren und zu verweichlichen. Franzosenhaß ging mit dem Haß gegenüber Juden, Katholiken und ›Adligen‹ einher.«<sup>141</sup>

Aufgrund der Ermordung des Schriftstellers und mutmaßlichen russischen Spions Kotzebues durch Burschenschaftler im Jahre 1819 spitzten sich die Verhältnisse in den deutschen Ländern zu. Die Karlsbader Beschlüsse sahen schließlich eine autoritäre Handhabe gegen sämtliche liberalen Gruppierungen vor. Die Repressionen trafen nicht nur die Burschenschaften, die verboten und verfolgt wurden, sondern auch die noch verbliebenen deutschen Jakobiner sowie im Prinzip das gesamte liberale Bürgertum, das ohnehin nach der Enthauptung des Königs Ludwig XVI. im Jahre 1793 von dem radikalen Verlauf der Französischen Revolution tief geschockt war und die alte Ordnung: das *ancien régime* zu romantisieren begonnen hatte.<sup>142</sup>

Die Karlsbader Beschlüsse erstickten bis 1830 die liberale Bewegung in den deutschen Ländern. Die bürgerlichen Oppositionellen emigrierten oder zogen sich wegen der politischen

---

<sup>139</sup> G.W.F. Hegel zit.n. Detlev Claussen: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus, (überarb. Neuauflage) Frankfurt a.M. 1994, S. 129.

<sup>140</sup> »Da nach Hegel keine legitime Möglichkeit besteht, hinter das von der Revolution erreichte, universale Prinzip der Freiheit und der Rechtsordnung zurückzufallen, ohne die Gesamtentwicklung auf eine niedrigere, weltgeschichtlich bereits überholte Stufe des Bewußtseins herabzudrücken, sind die Postulate der Revolution inhaltlich in jede künftige gesellschaftliche Ordnung aufzunehmen.« – Oskar Negt: Die Konstituierung der Soziologie zur Ordnungswissenschaft. Strukturbeziehungen zwischen den Gesellschaftslehren Comtes und Hegels, Frankfurt/Köln 1974, S. 89.

<sup>141</sup> Herbert Marcuse: Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie, 8. Aufl., Frankfurt a.M. 1990, S. 162f.

<sup>142</sup> Vgl. Moshe Zuckermann: Das Trauma des »Königsmordes«. Französische Revolution und deutsche Geschichtsschreibung im Vormärz, Frankfurt a.M. 1989.

Hoffnungslosigkeit resigniert ins Private zurück. Erst die Julirevolution in Paris im Jahre 1830 belebte schließlich wieder die Opposition in den deutschen Ländern. 1832 nahmen trotz des politischen Versammlungsverbots etwa 30.000 Demokraten an dem Hambacher Fest teil, einer nationalen Feier aus Anlaß des Jahrestages der bayrischen Verfassung. Auf diesem Fest wurde abermals die nationale Einheit verlangt, und es tauchten als nationales Symbol zum ersten Mal schwarz-rot-goldene Fahnen auf, die seitdem als Symbol der national-demokratischen Bewegung galten. Diese Bewegung erstarkte kontinuierlich über das nächste Jahrzehnt, so daß bis 1848/49, als abermals über Europa eine Welle von Revolutionen ging, sich in den deutschen Ländern wieder eine politische oppositionelle Öffentlichkeit mit Vereinen, politischen Klubs und Zirkeln herausgebildet hatte.

#### *Von der mißglückten Revolution 1848/49 bis zum Ersten Weltkrieg*

Die oppositionelle Bewegung in den deutschen Ländern verlangte 1848 die Aufhebung der Karlsbader Beschlüsse, eine Gewährleistung der Menschen- und Bürgerrechte, sowie politische Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit und außerdem die Einheit der deutschen Nation, die immer noch nicht zustande gekommen war. Die Revolution verlief zunächst durchaus erfolgreich: Es wurden viele liberale Kabinette gebildet, und Verfassungen wiedereingeführt. Die liberalen Regierungschefs hoben die Karlsbader Beschlüsse in ihren Ländern auf. Aber die progressive Entwicklung währte nicht lange, weil aufgrund eines Zusammengehens des liberalen Besitzbürgertums mit den reaktionären Klassen die Revolution wieder niedergeschlagen wurde, so daß sich in Preußen und Österreich wie auch in den deutschen Klein- und Mittelstaaten die Reaktion durchsetzen konnte, die sämtliche progressiven Beschlüsse wieder rückgängig machte. Die Paulskirchenbewegung hatte sich in der Auseinandersetzung mit dem Problem der deutschen Einheit an der Frage, wie groß dieses Deutschland werden solle, zerstritten und der Reaktion damit genügend Zeit gegeben, ihre Kräfte zu reorganisieren.<sup>143</sup>

Die liberale Mehrheit des deutschen Bürgertums wollte keine radikalen Veränderungen unterstützen; letzten Endes war ihr die Freiheit des Eigentums wichtiger als die politische Selbstbestimmung. Der politische Liberalismus war zutiefst gespalten: er mußte einen Kampf an zwei Fronten führen. Sein Ziel war die Errichtung eines verfassungsmäßigen Rechtsstaats, als deren notwendige Voraussetzung die Herstellung der deutschen Einheit in Form eines zu schaffenden Nationalstaates galt. Während in anderen europäischen Ländern dieser Prozeß

---

<sup>143</sup> Vgl. Wolfgang J. Mommsen: 1848. Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830-1849, Frankfurt a.M. 1998.

längst vollzogen war, schien sich in den deutschen Ländern das ganze zu einem scheinbar unlösbaren Problem zu entwickeln. Einheit und politische wie ökonomische Freiheit waren auf keinen gemeinsamen Nenner zu bringen, zumal mittlerweile einerseits sozialistische Ideen Einzug in Teile der liberalen und radikal-demokratischen Bewegung erhielten, die den bürgerlichen Liberalismus, insbesondere die liberalen Eigentumsrechte in Frage zu stellen begannen, und andererseits Nationalliberale zugunsten der Einheit Deutschlands zu dem Verzicht auf bürgerliche Freiheiten bereit waren.

Mit dieser gescheiterten Revolution war dem deutschen Bürgertum endgültig die revolutionäre Herausbildung von Selbstbewußtsein abgegangen. Der Obrigkeitsstaat wurde nicht beseitigt, im Gegenteil: Aus Furcht vor der stetig erstarkenden Arbeiterbewegung begann das obrigkeitshörige Besitzbürgertum mit der obrigkeitsstaatlichen Gewalt zu paktieren. Die Nicht-Emanzipation des Bürgertums gegenüber der Aristokratie und den feudalen Klassen mußte zum verhängnisvollen Schicksal der deutschen Nation werden, die ihrem Verständnis und politischen Gebilde nach eine Kulturnation ist und die die Sphäre des politischen Staates nicht erreicht hatte, statt dessen dem völkischen Programm der Herstellung einer territorialen und ethnisch homogenen Einheit der deutschen Nation den Boden bereitete. Die Einheit sollte notfalls auch durch Krieg hergestellt werden; jedenfalls hatte sich in der Frankfurter Nationalversammlung unter den liberalen Abgeordneten derart aggressiver Nationalismus und Kriegseuphorie breitgemacht,<sup>144</sup> so daß sämtliche ursprünglich vorhandenen Sympathien etwa seitens Frankreich oder England wieder verloren gingen.<sup>145</sup> Mit anderen Worten: Der Einheitsgedanke gewann Vorrang gegenüber den politischen Freiheitsrechten und der politischen Selbstbestimmung; koste es, was es wolle.

Die Reaktion nahm die 1848/49 für kurze Zeit realisierten liberalen Errungenschaften wieder zurück und festigte die alten Regime in den folgenden Jahrzehnten derart, daß bis 1918 sich keine bürgerliche Partei oder Gruppierung mehr getraut hatte, sich demokratisch zu nennen. Die reaktionären Regierungen in den deutschen Ländern begannen zwar Verfassungen einzuführen, aber diese waren keine Konzessionen an die liberalen Kräfte, sondern das Resultat des Sieges der Reaktion über die demokratische Bewegung. Die Verfassung war wie etwa in Preußen von oben oktroyiert und stellte den durchsichtigen Versuch dar, die Bevölkerung mit der Monarchie auszusöhnen. Gleichzeitig wurde die Wirtschaft weiter liberalisiert, womit die Obrigkeit den Rückzug des Bürgertums, dem die Sicherung seines Eigentums wichtiger war

---

<sup>144</sup> »Wir werden ein blutiges und völliges Kriegsleben zu führen haben.« – Wie eine unheilvolle Prophezeiung, die sich bewahrheitet hat, wirkt dieser Satz, der von dem liberalen Abgeordneten Friedrich CH. Dahlmann stammt, 100 Jahre und zwei Weltkriege später.

<sup>145</sup> Vgl. Hans Seifert: Die deutsche Frage 1848/49, Stuttgart 1968, Nr. 33, 35, 37 und 39.



als politische Selbst- oder Mitbestimmung, aus dem Politischen förderte. Die preußische Verfassung blieb in ihren wesentlichen Aspekten bis 1918 in Kraft.

In den sechziger Jahren des 19. Jahrhundert wuchs in den deutschen Ländern und vorrangig in Preußen die Überzeugung heran, daß die Reichseinigung nur hergestellt werden könne über einen Krieg gegen Frankreich, das ein verhaßter Konkurrent im Streit um die Hegemonie im europäischen Kräftespiel war. Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 führte denn auch zur Einigung der deutschen Länder, die sich geschlossen Frankreich entgegenstellten. Der Krieg funktionierte für die Deutschen als Nationalkrieg. Die Reichsgründung von 1871 im Spiegelsaal von Versailles hatte zwar die deutsche Einheit erbracht, nicht aber die Volkssouveränität.<sup>146</sup> Die Reichsgründung war das Werk des preußisch-konservativen Monarchisten Bismarcks; als Monarchist lehnte er die Mit- oder Selbstbestimmung des Volkes ab. Die Reichsverfassung, die Bismarck entwarf, sah den preußischen König stets als deutschen Kaiser vor, der die exekutive Gewalt ausübte und die Oberbefehlsgewalt über das Reichsheer innehatte. Parlament und Regierung hatten keinerlei Kontrolle über die Streitkräfte. Der Reichskanzler, Chef der Regierung, wurde allein vom Kaiser ernannt und war allein diesem gegenüber verantwortlich. Die Regierung war dem Parlament gegenüber nicht verantwortlich. Lediglich über das Budgetrecht konnte der Reichstag Einfluß etwa auf die deutsche Außenpolitik ausüben.

Auch wenn im europäischen Ausland gegenüber der deutschen Einheit überwiegend Verständnis aufgebracht wurde, regte sich aufgrund der Hegemonie der preußischen Monarchie über das Deutsche Reich die Besorgnis, mit der neuen Macht in der Mitte des Kontinents könnte eine preußisch-deutsche Hegemonie in Europa entstehen, deren Folgen Krieg und Unterdrückung sein könnten. Wenn auch Bismarcks außenpolitische Bündnispolitik darauf abzielte, das Deutsche Reich in das politische Gefüge Europas zu integrieren, um einen Krieg zu verhindern, wie Konservative hervorzuheben nicht müde werden, so war diese Politik keineswegs friedlich; sie mündete geradewegs in die imperialistische Phase deutscher Großmachtphantasie und in den Ersten Weltkrieg.<sup>147</sup> Dies ins allgemeine Bewußtsein geführt, gar

---

<sup>146</sup> »Als eine Gründung des 19. Jahrhunderts ohne Staatsidee fiel die nur bedingt nationalstaatliche Konsolidierung des deutschen Volkes in die Zeit einer bereits vorgeschrittenen Skepsis an dem Wertesystem des Humanismus. Der Mangel einer Staatsidee hielt den Antagonismus der beiden Reichstraditionen im deutschen Bewußtsein wach. Das im Zuge der Verweltlichung immer stärker werdende Nationalbewußtsein fand in Deutschland auch nach der Bismarckschen Reichsgründung keine Form und keinen Halt an einer Staatsidee, wie schon Jahrhunderte früher Frankreich, England und die Vereinigten Staaten ihn gefunden hatten.« – »Als Ersatz (...) übernahm der romantische Begriff des Volkes die Rolle einer politischen Idee.« – Helmuth Plessner: Die verspätete Nation, a.a.O., S. 41.

<sup>147</sup> Dies läßt sich sehr gut an den Wechsel der Reichskanzler von Bismarck (1871-1890) zu Leo von Caprivi (1890-1894), Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1894-1900), Bernhard von Bülow (1900-1909) und Theobald von Bethmann Hollweg (1909-1917) nachverfolgen. Nachdem Wilhelm II seinen Reichskanzler von Bismarck zum Abdanken gezwungen hatte, griff er immer stärker in die Außenpolitik ein. Die Stellung des

eine Kontinuität von Bismarck zu Hitler aufgezeigt zu haben, war das Verdienst des Historikers Fritz Fischer, der mit seinem 1961 erschienenen Buch »Griff nach der Weltmacht« die konservative Hegemonie in der Geschichtsschreibung, begleitet von einem Sturm der konservativen Entrüstung, beendete.<sup>148</sup>

### *Weimarer Republik und ›Drittes Reich‹*

Mit Ende des Krieges wurde die erste Republik auf deutschem Boden gleich zweimal ausgerufen. Die bürgerliche Republik kam für Deutschland so spät, daß eine revolutionäre Arbeiterbewegung auf ihrem Weg zu sozialistischen Ufern diese am liebsten gleich übersprungen hätte. Dem Wesen nach war die Weimarer Republik allerdings nur ein Gestaltwandel des weiterhin fortexistierenden Deutschen Reiches. Der Nationalstaat blieb für breite Teile des konservativen und nationalliberalen Bürgertums unvollendet; dies zum einen weil der Versailler Vertrag zu diversen Gebietsverlusten geführt hatte, so daß ca. zehn Millionen Deutsche außerhalb des Reichsgebiets lebten. Zum anderen, weil der Versailler Vertrag zu massiven Einschränkungen der nationalstaatlichen Souveränität führte,<sup>149</sup> so daß es eine weit verbreitete Ansicht in der deutschen Bevölkerung gewesen ist, man müsse den als »Schanddiktat« verpönten Friedensvertrag wieder ungeschehen machen.<sup>150</sup> Dem verbalen Revisionismus sollten

---

Reichskanzlers war vom Vertrauen und der Gunst des Kaisers abhängig. – Vgl. Gregor Schöllgen: *Das Zeitalter des Imperialismus*, München 1986, S. 23.

<sup>148</sup> »Erst eine neue Sichtweise, die den Ersten Weltkrieg und die dreißigjährige Regierungszeit Wilhelms II. in den Mittelpunkt der historischen Analyse der neueren deutschen Geschichte stellte, mitsamt ihren verfassungspolitischen Voraussetzungen in der Bismarckschen Reichsverfassung sowie mit ihren Auswirkungen auf Gesinnung und Vorstellungen vor allem der Führungseliten in den zwei Jahrzehnten nach dem Krieg, ermöglichten es, Linien der Kontinuität von Bismarck zu Hitler zu ziehen (so verschieden auch beide Persönlichkeiten sein mochten), durch die das Preußisch-Deutsche Reich trotz aller relativen Diskontinuitäten als eine historische Einheit gegenüber dem Vor- und Nachher geschichtlicher Erscheinungen auf deutschem Boden erscheint.« – Fritz Fischer: *Juli 1914: Wir sind nicht hineingeschlittert. Das Staatsgeheimnis um die Riezler-Tagebücher*, Hamburg 1983, S. 7.

<sup>149</sup> »In seiner Bedrängnis derart auf sich selber zurückgeworfen, erlebte Deutschland am Konflikt mit den alten Nationen Europas das europäische Schicksal in der Potenz. Sein Kampf mit Europa um Europa, primär gerichtet auf Wiederherstellung seiner Macht, mußte den Boden der humanistisch-liberalen Tradition der saturierten, im Kriege siegreichen Westmächte in Frage stellen. Sein Protest gegen den Frieden von 1919 ist also nicht einfach der Ausdruck seiner Niederlage, auch nicht die bloße Antwort auf die Ideen der Demokratie und der bürgerlichen Freiheit, mit denen die Gegner ihn gewonnen haben. Er ist der Protest gegen das geschichtliche Verhängnis, das einem zentraleuropäischen Staat weit mehr aus Gründen seiner vieldeutigen Tradition als durch einfache Gewalt den Weg zur nationalen Einheit verwehrt. In ihm sucht Deutschland nach einer neuen Existenzform für sich selbst in einem national durchgegliederten Europa und entfesselt damit einen Konflikt zwischen seinen ihm geschichtlich zugefallenen Möglichkeiten und der humanistischen Ideologie Westeuropas.« – Helmuth Plessner: *Die verspätete Nation*, a.a.O., S. 37.

<sup>150</sup> »Bedeutsamerweise ist Deutschland als der nach gigantischer Kraftentfaltung im Weltkrieg Unterlegene das Zentrum der Skepsis am europäischen Wertesystem geworden. Die Unterlegenheit treibt es dazu, Auswege aus der Beschränkung seines politischen und ökonomischen Spielraums zu suchen.« – Plessner, a.a.O., S. 35f. – Aus diesem Grund folgte auf den Versailler Vertrag nicht bloß Revisionismus, sondern »Verlangen auf eine Umwer-

die Taten Hitlers folgen, der mit dem Anschluß Österreichs, der sogenannten »Heimholung ins Reich« auch der sudetendeutschen Gebiete der Tschechoslowakei sowie des Memelgebiets Litauens auf breite Zustimmung in der deutschen Bevölkerung und zunächst noch auf Verständnis im westeuropäischen Ausland stieß, jedenfalls solange die »Heim-ins-Reich«-Politik nicht allzu aggressiv, d.h. ohne Krieg verlief.<sup>151</sup>

Die Weimarer Republik war nicht zu letzt daran gescheitert, daß der bürgerliche Liberalismus aufgrund der vorangegangenen Geschichte des 19. Jahrhunderts zu schwach gewesen war, die Republik gegen den aufkommenden Nationalsozialismus zu verteidigen. Auch das Proletariat war nicht revolutionär genug, um dem Spuk des preußisch-autoritären Kadavergehorsams ein Ende zu bereiten. Der obrigkeitshörige autoritäre Charakter des deutschen liberalen Bürgertums bildete letztendlich das massenpsychologische Fundament: die Keimzelle für den Faschismus, für den sich nach der Niederschlagung der Arbeiterbewegung durch eine opportunistisch handelnde SPD (Noske, Ebert) auch eine numerisch nicht unbedeutende Anzahl von Arbeitern vor allem in der letzten Phase der zunehmenden, von der Weltwirtschaftskrise ausgelösten materiellen Not begeistern konnten.

Ein Volk wählte seine eigenen Henker, die den Glanz der alten Größe des Reiches durch Krieg wiederherzustellen versprachen, sowie die innere Einheit der Volksgemeinschaft jenseits von Klassenkämpfen, derer viele während der Weimarer Zeit überdrüssig geworden waren. So hatten die Nationalsozialisten ein leichtes Spiel gehabt, die republikanischen Fundamente wieder zu beseitigen und die demokratischen Ansätze als »undeutsch« zu geißeln. Damit waren die Nazis nicht nur die zynischen Erben des reaktionären, monarchistischen Reichsgründers Bismarcks, sondern auch der national-liberalen Bewegung in den deutschen Ländern seit ihren Anfängen – jedenfalls hinsichtlich der völkischen, chauvinistischen und antisemitischen Traditionslinie. Die Nationalsozialisten liquidierten die liberal-demokratischen Ansätze am nationalstaatlichen Prinzip und führten damit einen vom monarchischen Geist befreiten Absolutismus ein; das Ergebnis war ein faschistischer, totalitärer Führerstaat, der als Grundlage für den zweiten kriegerischen Griff nach der Weltmacht diente, auch um die Folgen des ersten und mißratenen Griffs (Versailler Vertrag) wieder ungeschehen zu machen. Mit dem Massenmord an den europäischen Juden begangen die Nationalso-

---

tung der Grundlagen jenes Systems (...), nach dem die Siegermächte die Beschränkung fixiert haben.« – Plessner, a.a.O., S. 36. – Das Wertesystem, gegen das sich der Widerstand richtet, ist der politische Humanismus (»westliche Wertegemeinschaft«). – Vgl. auch Gregor Schöllgen: Die Macht in der Mitte Europas. Stationen deutscher Außenpolitik von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart, München 1992, S. 92ff.

<sup>151</sup> Vgl. Schöllgen, a.a.O., S. 104f.

zialisten zudem das größte Verbrechen in der Menschheitsgeschichte,<sup>152</sup> das bis auf den heutigen Tag einzigartig geblieben ist.

### *1945-1989: Besatzungszeit, Teilung*

Der Zweite Weltkrieg endete mit der bedingungslosen Kapitulation und Besetzung des deutschen Staatsgebiets durch die alliierten Siegermächte. Mit dem *deutschen Sonderweg* jenseits der historisch gewachsenen und als *westlich* verstandenen demokratischen sowie republikanischen Normen sollte ein für alle mal Schluß sein. Die alliierten Siegermächte aberkannten die außen- und innenpolitische Souveränität des Deutschen Reiches und übernahmen die oberste Regierungsgewalt; sie teilten das deutsche Staatsgebiet entsprechend den Grenzen von vor 1937 in vier Besatzungszonen auf. Im Potsdamer Abkommen verständigten sich die Siegermächte auf den zukünftigen Umgang mit dem besiegten deutschen Staat, der demokratisiert, entmilitarisiert sowie entnazifiziert, dekartellisiert und dezentralisiert werden sollte. Einig wurden sich die Alliierten auch darüber, daß die Deutschen wegen ihrer preußisch-autoritären Traditionen, die als Wurzeln des Militarismus identifiziert wurden, einer allgemeinen Umerziehung unterworfen werden müßten. Von Deutschland sollte nie wieder einer Gefahr für die Welt ausgehen.

Die Potsdamer Konferenz enthielt aber auch das Angebot der Wiedererlangung nationaler Souveränität insofern der deutsche Staat auf einen zukünftigen Hegemonieanspruch innerhalb Europas für alle Zeiten verzichten würde.<sup>153</sup> Der Marshallplan sah nicht nur für die wirtschaftlich durch den Krieg extrem geschwächten Länder Europas, sondern auch für die deutschen Besatzungszonen ein Wiederaufbauprogramm vor. Da die Bedingung für die US-Kreditvergabe die Einigung auf ein einheitliches Wirtschaftssystem innerhalb Europas gewesen war, wurden allerdings zwangsläufig die unter den Einfluß der Sowjetunion geratenen Länder, insbesondere die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands vom Marshallplan ausgeschlossen. Damit war die Teilung Deutschlands, die 1949 mit der Gründung zweier deutscher Staaten vollzogen wurde, – aber ebenso die Teilung Europas – eine besiegelte Angelegenheit.

---

<sup>152</sup> »Die rassenmäßige Begrenzung der menschlichen Natur wird ihm [dem Blutglauben; MH] das große Mittel, gegen alle »demokratische Gleichmacherei«, gegen alle Hoffnungen auf friedliche Organisation der Völker im Zeichen der Menschheitsidee das unverlierbare Recht des eigenen Volkes und aller kraftbewußten Nationen auf Kampf und angestammte Art zu begründen.« – Helmuth Plessner: Die verspätete Nation, a.a.O., S. 187.

<sup>153</sup> Vgl. Gerhard Stuby: Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik. Zur Entwicklung der BRD im Rahmen der US-Globalstrategie, Heilbronn 1987, S. 215.

Mit Beginn des Kalten Krieges erhielt in der US-Globalstrategie die Eindämmung des Kommunismus gegenüber der Eindämmung des deutschen Imperialismus, welche ein besonderes Sicherheitsbedürfnis Frankreichs gewesen ist, Vorrang. Der US-Präsident Truman hatte den Globus in eine freie und eine totalitäre Welt eingeteilt. Mit Hilfe des Marshall-Planes sollte die freie Welt vor der Ausbreitung des Totalitarismus stalinscher Prägung verhindert werden, indem die vom Krieg gezeichneten westeuropäischen Länder umfassende Wirtschaftshilfen erhielten. Aber die Produktivität der westeuropäischen Wirtschaft konnte nicht wiederhergestellt werden, ohne Westdeutschland in die Wirtschaftshilfe mit einzubeziehen. Die Truman-Doktrin aus dem Jahre 1947 machte deutlich, daß es zu einer bipolaren Konfrontation zwischen dem Westen und Osten in Form von antagonistischen militärischen Paktsystemen kommen und Westdeutschland als Demarkationslinie innerhalb Europas eine Schlüsselrolle einnehmen werde.<sup>154</sup> Das zwangsläufige Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition führte schließlich in den Westzonen zur Relativierung der Entfaschisierungs- und Demokratisierungsabsichten; sie wurden nur insofern weiter ernsthaft durchgezogen, als sie die kapitalistische Grundstruktur Westdeutschlands nicht gefährdeten.<sup>155</sup> Das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs gegenüber einer widererstarkenden deutschen Wirtschafts- und Militärmacht versuchte man parallel über die Westbindung der Bundesrepublik zu bedienen. Nur im Rahmen einer europäischen Integration sei es möglich, ein wieder zu Kräften gekommenes Wirtschaftspotential Westdeutschlands zu kontrollieren.<sup>156</sup>

Die Bundesrepublik wurde über eine Reihe von Abkommen und Verträge (Petersberger Abkommen, NATO-Beitritt, Pariser Verträge, WEU-Beitritt, EVG-Vertrag, Deutschland-Vertrag) systematisch in den »Westen« einbezogen. Diese Westintegration hatte den Zweck, die Gefahr, die in der Vergangenheit von Deutschland ausging, einzudämmen. Gleichzeitig sollte damit im begonnenen Kalten Krieg eine Eindämmung des Expansionsdranges der Sowjetunion erfolgen. Mit der Westintegration wurden der Bundesrepublik Souveränitätsrechte wieder zuerkannt, die 1955 zum Ende der offiziellen Besatzungszeit führten. Die Souveränität der Bundesrepublik konnte bis 1989/90 allerdings nur als *eingeschränkt* gelten, da die Westmächte in einigen wesentlichen Fragen weiterhin *Vorbehaltsrechte* beanspruchten.<sup>157</sup> Seit

---

<sup>154</sup> Dies galt zu diesem Zeitpunkt auch schon in militärischer Hinsicht: In us-amerikanischen Kreisen war spätestens mit den erfolgreichen Atombombenversuchen der Sowjetunion Ende 1949 die Wiederaufrüstung Westdeutschlands eine zwingende Angelegenheit, deren Umsetzung lediglich eines günstigen Zeitpunktes bedurfte, um vor allem Frankreich gegen seine Sicherheitsbedürfnisse von der Notwendigkeit überzeugen zu können. – »Nur mit Deutschland kann man zu einer Militärmacht in Westeuropa gelangen, die stark genug wäre, den Kommunismus zurückzudrängen.« – John F. Dulles (US-Außenminister): Krieg oder Frieden, Wien/Stuttgart 1950, S. 229.

<sup>155</sup> Vgl. Gerhard Stuby: Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik, a.a.O., S. 58.

<sup>156</sup> Vgl. John Gimbel: The Origins of the Marshall Plan, Stanford 1976, S. 197ff.

<sup>157</sup> Vgl. Ludolf Herbst: Option für den Westen, a.a.O., S. 61.

1989/90 genießt das vereinte Deutschland *formal* vollständige Souveränität nach innen und außen.

Weil das heutige Europa durch seinen politischen Humanismus und in tiefer Skepsis vor den Folgen einer ausufernden Globalisierung trotz EU-Integration an der Nationalstaatlichkeit festhält, konnte die *postnationale Konstellation*, in der sich Deutschland seit 1945 und bis 1989/90 befunden hat, nicht zur Norm für Europa werden. Deshalb mußten sich in dieser Hinsicht weniger die anderen europäischen Staaten »normalisieren«, als vielmehr der deutsche Staat an die europäische Norm in Gestalt der »westlichen« Nationalstaatlichkeit anpassen, d.h. die Attribute eines souveränen Nationalstaats aneignen.<sup>158</sup> In einem weiteren Schritt mußte und muß der deutsche Staat zusammen mit seinen europäischen Nachbarn zugunsten der höheren, europäischen Integrationsebene in bestimmtem Umfang seine nationalstaatliche Souveränität wieder abgeben. – Die nationalstaatliche Normalisierung ist deshalb eine Zwischenphase, die von einer abschließenden Phase der europäischen Normalisierung abgelöst wird, worunter kaum etwas anderes verstanden werden kann als die sukzessive Herausbildung einer europäischen Nationalstaatlichkeit.

##### 5. Das »Versprechen der Normalität« – Zum Verhältnis von Vergangenheitspolitik und außenpolitischer Normalisierung

Hinter den Normalisierungsprozessen stand in der alten Bundesrepublik ein Kampf um kulturelle und politische Hegemonie zwischen Liberalen und Linken auf der einen und Konservativen und Rechten auf der anderen Seite. Man könnte diesen »Normalisierungskampf« auch zeitlich bereits mit dem Ende des Ersten Weltkrieges beginnen lassen. Damals ging es den Rechten um die Wiederherstellung der alten Reichsgröße und der Handlungsfreiheit des Deutschen Reiches, welches durch den Versailler Vertrag eingeschränkt wurde, sowie um den Stellenwert der Weimarer Republik. – Unter diesen vorgelagerten ersten Normalisierungsversuch fielen dann auch das ›Dritte Reich‹ und der Weg in die Katastrophe. Im ganzen wäre dieser Normalisierungsversuch bis 1945 eindeutig reaktionären Charakters, der im Zuge der Katastrophe genau den Ausgangspunkt geschaffen hat, der sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung von Auschwitz für den westdeutschen Staat, der die Rechtsnach-

---

<sup>158</sup> Die *postnationale Konstellation* – adäquate Konsequenz aus der Niederwerfung des deutschen Imperialismus durch die europäischen und transatlantischen Mächte, erscheint am Ende des 20. Jahrhunderts im europäischen Maßstab als nicht mehr *zeitgemäß*, gemessen an den Zeitmaßen der europäischen Integration zu *früh*. Die deutsche Nation bekommt schon wieder ein Problem mit den Zeitmaßen und will keine neue *Sonderrolle* einnehmen und verteidigt einen Rückschritt.

folge des zerschlagenen ›Dritten Reiches‹ angetreten ist, ergeben hat. Die Normalisierungsschritte der zweiten Phase (1945-1989) die vor allem Konrad Adenauer mit der Westbindung und Willy Brandt mit der Ostannäherung vollzogen haben, sind nicht mehr reaktionären, wohl aber zu Beginn mit Adenauer restaurativen Charakters gewesen,<sup>159</sup> denn es ging einerseits zwar um die demokratische Verankerung des deutschen Staates im »Westen«, andererseits aber um die Wiederherstellung einer größtmöglichen Handlungsfreiheit inmitten der bipolaren Blockkonfrontation des Kalten Krieges, d.h. auch zwischen dem geographischen Westen und Osten, als mitteleuropäischer und geteilter »Frontstaat«. Die Nachkriegszeit bis 1989/90 als zweite Normalisierungsphase hat es mit der Realisierung der Vorbedingungen einer vollständigen Re-Souveränisierung des nach 1945 in seiner Souveränität aberkannten deutschen Staates zu tun gehabt, die bis 1989 nur in eingeschränktem Maße zurückerlangt werden konnte.

Die dritte und letzte Normalisierungsphase, die 1989/90 begann, ist schließlich diejenige, die in ihrer Begriffsbezeichnung zu sich selbst gekommen ist. Erst die Aufhebung der deutschen Teilung im Zuge der deutschen Einheit hat einen gesamtdeutschen Normalisierungsprozeß, d.h. die Bedingungen ihrer Finalität möglich gemacht. Alles Gerede von Normalisierung, welches vor der Wiedervereinigung mit der sogenannten *Tendenzwende*<sup>160</sup> Mitte der 70er Jahre begann und schließlich im *Historikerstreit*<sup>161</sup> (1986) kulminierte, war durch die Fortexistenz der deutschen Teilung, die dem Wunsch nach Normalität gleichsam wie eine offene Wunde erscheinen mußte, ins Zwielficht gerückt. Die sich aufgrund unterschiedlicher politi-

---

<sup>159</sup> Allerdings in dem komplexen Sinne, wie der Restaurationsbegriff in Kapitel 7, Teil I dieser Arbeit diskutiert wird.

<sup>160</sup> »Wir sind wieder wer, nämlich eine Nation, die ihren Nachbarn eine Gänsehaut über den Rücken jagt. Man hat diese Normalisierung unseres politischen Lebens auf den Namen Tendenzwende taufen wollen. Er ist allzu bescheiden. Ein solcher Ausdruck stellt als passives Geschehenlassen hin, wozu doch eine erhebliche Anstrengung nötig war, ein wahrer Kraftakt, ein methodisches Zertrümmern demokratischen Porzellans, ein zielsicheres, fleißiges, elefantenhaftes Trampeln. (...) Wie vieler Überstunden bedurfte es, um eine gesellschaftliche Bewegung einzuschüchtern, die Hunderttausende von jungen Deutschen ergriffen hatte!« – Hans Magnus Enzensberger: »Traktat vom Trampeln«, in: *Der Spiegel* vom 14. Juni 1976.

<sup>161</sup> »Im ›Historikerstreit‹ der achtziger Jahre ging es darum, welche Episoden der jüngsten deutschen Geschichte sozusagen für eine ›Normalisierung‹ ›freigegeben‹ werden sollten oder könnten und welche nicht. Befürworter wie Gegner einer sog. ›Historisierung‹ des Nationalsozialismus benutzten einen nicht definierten, diskussionslos als tragfähig vorausgesetzten Normalitäts-Begriff, in dem sich allerdings ganz verschiedene Konnotationen kreuzten und widersprachen.« – Jürgen Link: Versuch über den Normalismus, a.a.O., S. 18. – Drei unterschiedliche Konnotationen im Gebrauch des Normalitätsbegriffs stellt Link fest: 1.) Normalisierung als »Einreihung eines Phänomens in ein Feld vergleichbarer anderer Phänomene«, 2.) Normalität als »Normal-Biographie« bzw. als »normale Entwicklung/Reifung« eines Staates, dessen *Sonderweg* geleugnet wird, um einem »Normal-Nationalismus« zu etablieren, und 3.) Normalität als psychiatrische/psychologische Pathologie (»erschreckende Normalität« Eichmanns – vgl. Hannah Arendt: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, 9. Aufl., München 1995, 1. Aufl. 1964, S. 326) – vgl. dazu Habermas: »Die komplexe Vorbereitung und weitverzweigte Organisation eines kühl kalkulierten Massenmords, in den Hunderttausende, indirekt ein ganzes Volk verwickelt waren, hat sich ja im Schein der Normalität vollzogen, war auf die Normalität eines hochzivilisierten gesellschaftlichen Verkehrs geradezu angewiesen. Das Ungeheuerliche ist geschehen, ohne den ruhigen Atemzug des Alltags zu unterbrechen.« – Jürgen Habermas: Die nachholende Revolution, Frankfurt a.M. 1990, S. 150.

scher Referenzsubjekte bezüglich dessen, was ›deutsche Identität‹ sein soll, ergebene Unsicherheit ist mit den Ereignissen von 1989/90 aus der Welt geschaffen und damit das »Versprechen der Normalität«<sup>162</sup> scheinbar eingelöst worden und ihre Debatte unter günstigeren Vorzeichen in die finale Phase eingetreten.

Der Historiker Christian Meier nimmt 1990 eine Bilanzierung vor, die bereits die ganze oberflächliche Ambivalenz einer undialektischen Inanspruchnahme von Normalität erkennen läßt.<sup>163</sup> – Normalität wird zugleich verneint und Normalisierung vollzogen: Was immer sich bewußt oder unbewußt durch Geschichte an »typisch deutschen« Eigenschaften tradiert habe, nunmehr könne nicht mehr die Gefährlichkeit dieser Eigenschaften behauptet werden. Der totale Zusammenbruch des Faschismus 1945 habe den problematischen Attitüden den Garaus gemacht. »Beachtliche Resultate« eines unumkehrbaren Lernprozesses (pluralistische Toleranz, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Verfassungspatriotismus) sollen Garanten für eine unwiderruflich überwundene Phase des deutschen Nationalismus sein. Die Erinnerung an Auschwitz werde durch die in der Bundesrepublik »insgesamt erfreuliche Geschichte« seit 1945 »ein Stück weit gemildert«; jedenfalls dürfe Auschwitz kein Hinderungsgrund für die Integration der deutschen Republik in die Weltgesellschaft sein. Neuen Aufgaben müsse sich die deutsche Nation stellen, die nunmehr keine Möglichkeit mehr habe, einen Sonderweg zu gehen, d.h. »den politischen Zwerg zu spielen«. Gleichwohl sei Skepsis geboten, schließlich sei Deutschland »ja keine normale Nation«. Die gebotene Skepsis könne zu einem »aufgeklärten Nationalbewußtsein« beitragen, vermöge dessen »wir uns unseren Aufgaben« besser stellen könnten. – Solche Positionierungen legen den Schluß nahe, daß im Zuge der deutschen Einheit ein Normalisierungsprozeß eingeleitet wurde, mit dem ein Wandel des liberalen Selbstverständnisses einherging.<sup>164</sup> Damit ergeben sich für den Staat politische Handlungs-

---

<sup>162</sup> Die Wendung stammt von dem Erlanger Historiker und ehemaligen Kohl-Berater Michael Stürmer, der bereits 1986 besorgt danach fragte, wie die Deutschen in der Zukunft ihr Land sehen würden. Stürmer konstatierte in Deutschland in Bezug auf die jüngste Geschichte (Drittes Reich) eine eklatante Erinnerungslosigkeit. »Wer (...) meint, daß alles dies auf Politik und Zukunft keine Wirkung habe, der ignoriert, daß in einem geschichtslosen Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.« – Michael Stürmer: »Geschichte in geschichtslosem Land«, in: »Historikerstreit«, Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 36-38 und: FAZ vom 25. April 1986. – Vor diesem Hintergrund sah er eine große Gefahr, ausgehend von der Rechten und der Linken, die in der allgemeinen Orientierungslosigkeit der Gegenwart die Geschichte für ihre Zwecke instrumentalisierten und dem Bedürfnis nach nationaler Identität ihre verzerrte Interpretation der Geschichte anböten. Durch diese Instrumentalisierungen nehme die politische Kultur schweren Schaden. Die »Suche nach der verlorenen Geschichte« erweise sich als »moralisch legitim und politisch notwendig«, weil die Bundesrepublik »weltpolitische und weltwirtschaftliche Verantwortung« zu tragen habe. »Denn es geht um die innere Kontinuität der deutschen Republik und ihre außenpolitische Berechenbarkeit.« – Stürmer, a.a.O. – Angestoßen durch Stürmers Überlegungen fingen die Konservativen ihren Orientierungsverlust durch Identitätssuche zu kompensieren an.

<sup>163</sup> Vgl. Christian Meier: »Wir sind ja keine normale Nation«, in: *Die Zeit* 39/90.

<sup>164</sup> Siehe dazu Kapitel 7, Teil I.



spielräume, welche in der Nachkriegszeit noch unter vernünftig begründete Tabus gefallen waren.

Der Bundesaußenminister Klaus Kinkel interpretiert 1993 den möglich gewordenen Handlungsspielraum denn auch sehr klar: »Deutschland zu einem Partner zu machen, der in der Lage ist, das gesamte Spektrum an Pflichten zu übernehmen (...), ist eine vorrangige Aufgabe, mit der wir uns auf die Zukunft vorbereiten. Unsere Bürger wissen, daß die Zeiten vorbei sind, in denen wir uns in einer außergewöhnlichen Situation befinden. Wir sollten unsere Fähigkeit zur Normalität zu Hause und im Ausland demonstrieren, wenn wir nicht ernsthaften politischen Schaden davontragen wollen.«<sup>165</sup>

Weniger von politischer, aber dafür gleich von einer *existentiellen Bedrohung* sprach Brigitte Seebacher-Brandt im selben Jahr in der Paulskirche, falls man nicht endlich zur Normalität zurückkehre: »Nazideutschland war von der Norm abgefallen, und so blieb den nachfolgenden Teilstaaten verboten, Normalität zu üben. Es gedieh jenes Ausnahmebewußtsein, das wie Blei auf der Seele liegt und nicht nur die Selbstgewißheit nach außen behindert, sondern auch nach innen. (...) Dürfen, weil die nazistischen Verbrechen jede Norm gesprengt haben, die Erben der Normalität entsagen? Folgt das eine aus dem anderen? Das Verbot von Normalität aus dem Bruch der Norm? (...) Die Norm, die gebrochen wurde, war eine sakrale. Die Gesetze, nach denen gelebt – weitergelebt – wird, sind profaner Natur und schreiben Normalität vor. Was sonst? Was soll sein, wenn nicht Normalität? (...) Normalität heißt: sein, wie andere sind. Andere Demokratien, die je auf eigene Weise zur Normalität haben finden müssen.«<sup>166</sup>

In Seebacher-Brandts Rede muß man verstärkt auch zwischen den Zeilen lesen. Die Norm die gebrochen wurde, sei eine *sakrale Norm* – es handelt sich dabei um die höchste Norm der Zivilisation, d.i. das Prinzip der Menschlichkeit. Der Massenmord an den europäischen Juden war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dieses als Verstoß gegen eine sakrale Norm zu bezeichnen, wäre durchaus zutreffend, solange mit »sakral« die Unantastbarkeit der Norm, nicht aber ihre Unerreichbarkeit gemeint ist. Seebacher-Brandt aber stellte das »Sakrale« dem »Leben« gegenüber, so als seien für sie sakrale Prinzipien in der Welt nicht lebbar. Was sie versuchte, ist eine pragmatische Abwiegung der sakralen Norm zugunsten des Alltags. Es geht um das »Weiterleben«, und das ist »profaner Natur«, die nach nicht ausschaltbaren »Gesetzen« eingerichtet ist. Der Mensch lebt von seinem täglichen Brot, wollte sie sagen, Prinzipien allein machen nicht satt. Das Gesetz des Lebens, des *Überlebens* schreibe Normalität

---

<sup>165</sup> »Responsibility, Realism: Providing for the Future German Foreign Policy in a World Undergoing a Process of Restructuring«, Statements and Speeches 16, New York 1993, zit. n. Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S. 33.

<sup>166</sup> Brigitte Seebacher-Brandt, gekürzte Fassung der Rede abgedruckt in: FAZ vom 15.11.93.

vor. Einer Bevölkerung könne deshalb das Recht auf Normalität nicht vorenthalten werden – auch wenn sie verantwortlich ist für das schlimmste Verbrechen in der Menschheitsgeschichte. Denn es sei kaum ein Recht als vielmehr eine Notwendigkeit, gleichsam ein Naturzwang, im Zustand der Normalität zu leben. Seebacher-Brandt gab der Frage des *Überlebens*, aus der sie mit Notwendigkeit die Praxis der Normalität ableitete, den Vorrang gegenüber einer Normativität, die sich gegen Normalität zur Wehr setzt. Ihr Argument ist das des alltagspolitischen Pragmatismus, in dem die utopischen Gehalte nahezu restlos aus den moralischen Impulsen entfernt sind.

Gegen das undialektische Normalitätsversprechen haben sich zunächst noch Anfang bis Mitte der 90er Jahre viele Liberale und Linke zur Wehr gesetzt. Zusehends aber verblaßten die Gegensätzlichkeiten zu den Fragen des Umgangs mit der Vergangenheit, des Staatsverständnisses und der deutschen Außenpolitik. Jürgen Habermas bezeichnete die Beanspruchung von Normalität als »Lebenslüge«, hinter der eine Zweckmäßigkeit stehe, aus der sie ihre Stabilität bekomme und ihre gesellschaftliche Verbreitung finde. Schon in der Adenauerzeit erhielt eine solche Lebenslüge als gesellschaftlicher Konsens Einzug in die offizielle Staatsideologie, nämlich daß alle Deutschen sich zu Demokraten gewandelt hätten. »Wenn seit 1989 eine *zweite Lebenslüge* im Entstehen begriffen sein sollte, dann eher die, daß wir ›endlich wieder normal geworden sind‹. Ein Gefühl der Erleichterung steckt hinter der zweideutigen Formel von der ›Verabschiedung der alten Bundesrepublik‹. Über den trivialerweise richtigen Sinn hinaus wird nämlich dieser ›Abschied‹ mit merkwürdig irrationalen Deutungen aufgeladen. Die aufatmend-triumphierende Feststellung ›Wir sind endlich wieder ein normaler Nationalstaat‹ sinnt uns eine Perspektive an, aus der die eben noch gefeierte ›Erfolgsgeschichte‹ der Bundesrepublik als der eigentliche ›Sonderweg‹ erscheint – in ihr soll sich die erzwungene Abnormalität einer geschlagenen und geteilten Nation verkörpert haben. Die Floskeln sind in aller Munde: Wir müssen aus unserer Nichtexistenz heraus, brauchen uns nicht mehr als moralische Musterschüler zu überanstrengen, dürfen uns nicht an den harten Realitäten vorbeidrücken, sollen uns nicht länger zieren, eine europäische Führungsrolle zu übernehmen, statt sensibel bis weinerlich auf die Weltgeschichte zu reagieren.«<sup>167</sup>

---

<sup>167</sup> Jürgen Habermas: Die Asyldebatte, Pariser Vortrag vom 14. Januar 1993, in: Ders.: Vergangenheit als Zukunft. Das alte Deutschland im neuen Europa? Ein Gespräch mit Michael Haller, München 1993 (Zürich 1991), S. 179f. – Siehe auch Jürgen Habermas: Eine Art Schadensabwicklung, Frankfurt a.M. 1987, S. 14, sowie ders.: Die nachholende Revolution, a.a.O., S. 149f. – Habermas verteidigte damit die Rede von Manfred Frank, welche dieser 1992, also ein Jahr vor der Rede Seebacher-Brandts am selben symbolträchtigen Ort, in der Paulskirche gehalten hatte. Seebacher-Brandts Rede konnte als Gegenrede zu Frank aufgefasst werden. Statt *Normalität* forderte Habermas wiederum *Normativität*. Link stellt jedoch fest, daß Habermas wie die meisten darauf verzichtet habe zu definieren, was Normalität überhaupt sei, während er in aller Ausführlichkeit Normativität bestimmt habe. – Vgl. Jürgen Link: Versuch über den Normalismus, a.a.O., S. 17.

Diese Form des Normalitätsanspruches mußte freilich der deutschen Bevölkerung erst noch erklärt werden. Als größte Hürde zeigte sich dabei das Verständnis im Umgang mit der Vergangenheit. Mit der deutschen Einheit hat sich deshalb in der Absicht, die NS-Vergangenheit zu entsorgen, eine neue Strategie der herrschenden Eliten etabliert, weshalb Moshe Zuckermann »schlimme Gespenster« konstatierte, die seitdem durch das »deutsche Debattenreich« geisterten.<sup>168</sup> Zuckermann faßt die deutsche Einheit als eine historische Wende im Bezug auf das »archaische Grundverhältnis der Täter-Opfer-Dichotomie des Holocaust.«<sup>169</sup> Wer die deutsche Teilung mehr als gerechte Strafe für die Verbrechen des Nationalsozialismus, denn als politische Folge des Anfang der 50er Jahre begonnenen Kalten Krieges auffaßt, durch die jedenfalls die Deutschen »zu Opfern ihrer selbst« geworden seien, wird kaum davor gefeit sein, in der deutschen Einheit nicht viel mehr als die Aufhebung der vermeintlichen Strafe und damit das Ende der Schuld zu entdecken; jedenfalls eine Rehabilitierung des deutschen Staates, dessen Schuld nunmehr abgegolten sei. Die 50-jährige »Erfolgsgeschichte«<sup>170</sup> der demokratischen Bundesrepublik wird als schützender Puffer zwischen Vergangenheit und Gegenwart in Stellung gebracht; er verspricht, die Vergangenheit, die einmal nicht vergehen wollte,<sup>171</sup> nun endlich vergehen zu lassen.<sup>172</sup>

---

<sup>168</sup> Vgl. Moshe Zuckermann: *Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands*, Göttingen 1998, S. 179.

<sup>169</sup> Zuckermann, a.a.O., S. 178

<sup>170</sup> Z.B. Axel Schildt: *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt a.M. 1999. – Siehe auch Josef Joffe, der die Ansicht vertritt, es gebe auch ohne Deuschtümelei gute Gründe auf Deutschlands »Erfolgsgeschichte« nach 1945 stolz zu sein, »daß auf einem autoritär und totalitär verseuchten Boden eine Demokratie Wurzeln geschlagen hat, die in mancher Hinsicht liberaler ist als die französische oder britische.« – Josef Joffe: »Deutsch und stolz: worauf? Auf die Demokratie, die europäische Bindung und die Abkehr von der alten Arroganz«, in: *Die Zeit* vom 22. März 2001. – Siehe auch Andrei S. Markovits / Simon Reich: »Tatsächlich können nur wenige Regierungen so bewundernswerte Erfolge zu ihren Leistungen rechnen wie die der alten Bonner Republik, die nicht zuletzt eine stabile Demokratie geschaffen hat. Jetzt ist Berlin gefordert, die zweite, gewissermaßen komplementäre Aufgabe zu erfüllen: nämlich Deutschland zu einem normalen Land zu machen und dabei auch seine Macht zu normalisieren.« – Andrei S. Markovits / Simon Reich: *Das deutsche Dilemma*, a.a.O., S. 329.

<sup>171</sup> Vgl. Ernst Nolte: *Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte*, *Frankfurter Rundschau* vom 6. Juni 1986, abgedruckt in: »Historikerstreit«, a.a.O., S. 39-47.

<sup>172</sup> Joachim Perels entmystifiziert diese Lebenslüge für die Sphäre des Rechtsstaates, indem er minutiös aufzeigt, wie die Justizpraxis des Dritten Reiches auf Basis der NS-Normen in der jungen Bundesrepublik unter modifizierten Vorzeichen fortgesetzt wurde. »Die strafrechtliche Judikatur gegen Kommunisten war nach den rechtsstaatlich demokratischen Kriterien des Grundgesetzes bei aller Korrektheit äußerer Verfahrensverläufe eine Anomalie. Die Tatsache, daß Gewaltverbrecher in der Robe, im weißen Kittel und in der Uniform der SS ungewöhnlich milde Strafen erhielten oder auch straffrei ausgingen, während Kommunisten, die für keine gewaltförmigen Handlungen verantwortlich waren, für ihre politische Aktivität ins Gefängnis wanderten, findet in der Amnestiepraxis ihre Entsprechung. NS-Verbrecher, die als untere Chargen in der Endphase des Dritten Reiches Totschlagsdelikte begangen hatten und mit einer Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren zu rechnen hatten, wurden 1954 durch eine Amnestie von Strafe freigestellt, während der von der SPD, der FDP und der Evangelischen Kirche unterstützte Gesetzentwurf für eine Amnestie für verurteilte Kommunisten, die keine Gewaltverbrechen begangen hatten, von den Regierungsfractionen 1957 abgelehnt wurde. Die rechtsstaatlich nicht begründbare, dem Gleichheitssatz widersprechende Behandlung von Kommunisten in der Strafjustiz der Bundesrepublik zeugt von einem Skandalon, dessen Opfer bis heute im Schatten der Nachkriegsgeschichte stehen.« – Joachim Perels: *Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime*, Hannover 2004, S. 205.

Post festum verweist das Begehren nach *Normalität* nicht nur auf vergangenheitspolitische Entsorgung von Schuld, sondern auch auf den Mangel an staatlicher Souveränität seit der Nachkriegszeit bis zur deutschen Einheit, den Jürgen Habermas als *postnationale Konstellation* bezeichnet hat.<sup>173</sup> *Normalisierung* wird in diesem Kontext als Wiedererlangung der national-staatlichen Souveränität verstanden – und oft genug gleich auch als Anknüpfung an die Staatstradition des Bismarckschen Reiches von 1871;<sup>174</sup> dies ist auch während des Vollzugs der deutschen Einheit allgemein in dem Wort *Wiedervereinigung* zum Ausdruck gekommen.

Die Notwendigkeit eines deutschen Nationalbewußtseins wird von Konservativen wie von Liberalen vor dem Hintergrund einer sich drastisch verändernden Weltlage diskutiert, die zunächst durch die Auflösung der bipolaren Weltordnung und dann durch die sogenannte Globalisierung gekennzeichnet ist. Aus den veränderten weltpolitischen Konstellationen sollen sich neue Anforderungen und Folgeprobleme für den deutschen Staat ergeben haben, die er nur dann zu bewältigen imstande sei, wenn die Deutschen ein gefestigtes Nationalgefühl besäßen.<sup>175</sup> Vor allem in den ersten Jahren nach der deutschen Einheit entbrannte in der Öffentlichkeit eine Debatte um die Frage der *nationalen Identität*, die von Konservativen mit den Begriffen Nation, Nationalismus und Patriotismus genährt wurde. Dabei wurde sich affirmativ auf Thomas Nipperdey berufen, der qualitativ zwischen drei affektiven Bindungen zur Nation (»durchschnittlicher Nationalpatriotismus«, »Normal-Nationalismus« und »Radikalnationalismus«) unterscheidet.<sup>176</sup> Weder vom *durchschnittlichen Nationalpatriotismus* noch vom *Normal-Nationalismus*, wohl aber vom *Radikalnationalismus* führte der Weg zu Hitler. Für Nipperdey entgleiste 1914 der Normal-Nationalismus während seiner »Aufholjagd« im imperialistischen Wettlauf mit den anderen mächtigen Staaten – mit den bekannten katastrophalen Folgen: der Metamorphose in den »Radikal-Nationalismus«.

Durch die trennscharfe Unterscheidung zwischen den qualitativen Stufen, die in der deutschen Geschichte zeitlichen Phasen zugeordnet werden, können mithin bestimmte Bereiche der jüngsten deutschen Geschichte von der Last der Vergangenheit befreit und als vermeintlich unbelastete, positive Anknüpfungspunkte für die Gegenwart angeboten werden. Genau diesen Zweck scheint Nipperdey mit seinen Differenzierungen auch verfolgt zu haben, jedenfalls entpuppt sich diese Absicht bei den Konservativen, die sich affirmativ auf Nipperdey

---

<sup>173</sup> Siehe Jürgen Habermas: *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt a.M. 1998.

<sup>174</sup> Exemplarisch für diese Ansicht: »Wir leben noch immer, leben seit 1990 wieder im Deutschland Bismarcks.« – Arnulf Baring: Vortrag vor der Hans-Martin-Schleyer-Stiftung, Bd. 36, Stuttgart 1992, zit. n. Jürgen Habermas: *Vergangenheit als Zukunft*, Zürich 1990, S. 180.

<sup>175</sup> Vgl. Reinhold Schmücker/Rainer Hering: »Identität und Nation. Über eine vermeintliche Zukunftsfrage der Deutschen«, in: *Nation, Nationalstaat, Nationalismus, Rechtsphilosophische Hefte*, Bd. 3, Frankfurt a.M., Berlin, New York, Paris, Wien 1994, S. 34.

<sup>176</sup> Vgl. Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866-1918. Zweiter Band. Machtstaat vor der Demokratie*, München 1992, S. 595ff, 597ff, 602ff.

beziehen, wenn sie einem gewöhnlichen deutschen Nationalgefühl und dem Stolz auf historische Errungenschaften das Wort reden.<sup>177</sup>

Der von Konservativen entfachten Diskussion um die nationale Identität der Deutschen standen die meisten Liberalen zunächst nicht positiv gegenüber.<sup>178</sup> Ein umfassender Konsens stellte sich aber allmählich zwischen der linksliberalen und der bürgerlich-konservativen Öffentlichkeit her, den deutschen Nationalstaat in seiner Orientierung nicht nur an den westlichen Werten anzuerkennen,<sup>179</sup> sondern auch selbst- und verantwortungsbewußt mit Anspruch auf eine Führungsrolle in der Welt aufzutreten, sich der europäischen Integration und den globalen Anforderungen zu stellen. Die 1998 gewählte rot-grüne Bundesregierung gilt Liberalen endgültig als Ausdruck auch einer sich vollzogenen *civilpolitischen* Normalisierung. Mit der affirmativen Inanspruchnahme von Normalität wird von ihnen ein Vergleich mit den westlichen Demokratien angestrengt, und sie betrachten Deutschland nunmehr als einen Nationalstaat *westlichen Typs*, d.h. als eine *Bürger nation*.<sup>180</sup> Insbesondere die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, das Ausdruck einer Abkehr vom bisherigen archaischen *ius sanguinis* zum modernen *ius solis* gewesen sein soll, wird von Liberalen als Beweis hierzu angeführt.<sup>181</sup>

Hatte sich das deutsche Grundverständnis der Nation wenigstens bis 1989 aus der homogen ethnischen Volksidee, die auf Johann Gottfried Herder, aber auch auf Schlegel und Fichte zurückgehen, gespeist, so soll nunmehr die deutsche Nation mehr als ein *Volk* sein, jedenfalls eine Gesellschaft ohne ethnischen Nationalismus, indem sie sich von der Reichstradition verabschiedet habe und mit den universalistischen Ideen der Französischen Revolution von 1789 im Einklang befinde. Mit anderen Worten: Die deutsche Nation gründe ihre Identität nunmehr und endlich auf den politischen Begriff der *civilisation*, sie sei eine Zivilgesellschaft geworden: tolerant und offen. Unter dem Begriff der *zivilen Bürgergesellschaft* greift in diesem Zu-

---

<sup>177</sup> »Unsere Vergangenheit hat viele große Momente. Auch wir haben Anlaß zu Selbstvertrauen, Würde und bescheidenen Stolz. Was uns im letzten Jahrhundert gelungen ist, war nach dem Vorangegangenen nicht selbstverständlich. Es ist, alles in allem, eine großartige Leistung.« – Arnulf Baring: Es lebe die Republik, es lebe Deutschland! Stationen demokratischer Erneuerung 1949-1999, Stuttgart 1999, S. 336.

<sup>178</sup> Vgl. Gunter Hofmann: »Lauter Versuche, auf der Höhe der Zeit zu bleiben«, in: *Die Zeit* 12/90.

<sup>179</sup> Siehe z.B. Heinrich August Winkler: »Für den Westen – ohne Vorbehalt«, in: *Die Zeit* 47/93.

<sup>180</sup> Vgl. Heinrich August Winkler: »Abschied von der Abweichung – Deutschland am Ende seiner Sonderwege«, in: *Die Zeit* 1/2000 (d.i. die Ausgabe vom 15. Dezember 2000) – Vgl. auch »Deutschland ist eine Nation westlichen Typs geworden«, Interview mit dem Koordinator für eine deutsch-französische Zusammenarbeit, Rudolf von Thadden, *Frankfurter Rundschau* vom 10. Juni 2000.

<sup>181</sup> An der Debatte über den *inneren Einigungsprozeß* lassen sich andererseits im *Subkutanen* verlaufende Tendenzen ablesen, in denen sich die Vorstellungen von einem *ethnisch homogenen Volk* fortsetzen, die mit dem offiziellen Staatsverständnis einer westeuropäischen Zivilgesellschaft im Widerspruch und Widerstreit stehen. – Vgl. Hans-Joachim Veen: »Einheit, Einheit über alles. Das Gerede vom nötigen Zusammenwachsen Ost- und Westdeutschlands führt in die Irre«, in: *Die Zeit* 24/2001. – Diese subkutanen Tendenzen beeinflussten bereits 1992 die Verschärfung des Asylrechts und haben ihren Reflex in den konservativen Phantasien von *Nationalstolz* und *Leitkultur*. – Vgl. Jürgen Habermas: »Die Festung Europa und das neue Deutschland«, in: *Die Zeit* 22/93.

sammenhang die rot-grüne Regierung den von Habermas ausgearbeiteten Begriff eines *abstrakten Verfassungspatriotismus* teilweise auf und leitet zudem ihr nationales Selbstverständnis aus einem aus Auschwitz abgeleiteten Verantwortungsbewußtsein ab. Dieses nationale Selbstverständnis liest sich streckenweise wie eine Versöhnung mit den neokonservativen Interessen.

Trotz einiger auffälliger Diskrepanzen zwischen seinen politisch-theoretischen Ansichten und der Politik der rot-grünen Bundesregierung scheint Jürgen Habermas seit dem Regierungswechsel zunehmend in den Rang eines *Staatsphilosophen* jener *Berliner Republik* erhoben worden zu sein. Darin und hinsichtlich der mehr oder weniger ungewollten Vereinnahmung könnte er durchaus mit dem späten Hegel verglichen werden. Wenn Habermas feststellt, daß der durch Carl Schmitt inspirierte Verdacht der Subversion seit der deutschen Einheit an der Linken ihren Gegenstand verloren habe, weil sie pragmatisch geworden sei,<sup>182</sup> kann man dies vor allem auch auf Habermas beziehen.<sup>183</sup> Sein staatstragendes, pragmatisch-politisches Engagement besteht darin, auf theoretischer Ebene die »geschichtliche Symbiose des Republikanismus mit dem Nationalismus aufzulösen und die republikanische Gesinnung der Bevölkerung auf die Grundlage eines Verfassungspatriotismus umzustellen.«<sup>184</sup> – Das versteht er als ein politisches Gegenkonzept zu jenem *undialektischen Zurück zur Normalität*, das die Neokonservativen sich wünschten und nunmehr auch von Liberalen umgesetzt wird.

Der Begriff *Verfassungspatriotismus* stammt ursprünglich von Dolf Sternberger, dem es dabei hauptsächlich um einen republikanischen Bezug auf das *Vaterland* ging. Bei Sternberger ist *Verfassungspatriotismus* ein Synonym für die von ihm bereits früher reklamierte *Staatsfreundschaft*. In beiden Begriffen kommt bei Sternberger eine deutliche Abgrenzung zum von ihm so genannten *Protest-Patriotismus* der Linken zum Ausdruck. Wichtig ist ihm ein *freundschaftliches* Verhalten zum *Vaterland* sowie Loyalität gegenüber dem Staat.<sup>185</sup> Bei Habermas erlangt der Begriff des Verfassungspatriotismus allerdings eine andere Bedeutung. Er

---

<sup>182</sup> »Die Linken ihrerseits sind pragmatisch geworden. Die Allerweltsformel von der sozialen und ökologischen ›Bändigung‹ des Kapitalismus ist sogar in ihrer dynamischen Lesart vom ›Umbau‹ der Industriegesellschaft auf allen Seiten akzeptiert. Nachdem der Streit um Eigentumsformen schon – längst – seine dogmatische Bedeutung verloren hat, verlagert sich der Wettstreit der politischen Ideen weitgehend von der Ebene der gesellschaftspolitischen Ziele auf die Ebene ihrer Operationalisierung.« – Jürgen Habermas: *Europa zweite Chance*, in ders.: *Vergangenheit als Zukunft*, a.a.O., S. 207.

<sup>183</sup> Heinrich August Winkler kommt zu diesem Ergebnis. An jener *Adenauerschen Linken*, zu der Habermas sich selbst hinzuzählt, bemerkt er ihr apologetisches Verhalten gegenüber der rot-grünen Bundesregierung, durch die es jenen möglich geworden sei, sich mit der Realpolitik zu identifizieren. – Vgl. Ulrich Herbert: »Vom Reich zur ›postklassischen Nation‹ – Heinrich August Winklers ›Deutsche Geschichte‹, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 25./26. November 2000. – Vgl. auch Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen*, Bd. II, a.a.O.

<sup>184</sup> Jürgen Habermas: *Die postnationale Konstellation*, a.a.O., S. 116.

<sup>185</sup> Vgl. Dolf Sternberger: *Der Begriff des Vaterlandes*, in ders.: *Staatsfreundschaft*, Schriften, Bd. IX, Frankfurt a.M. 1980, S. 9ff. – Vgl. auch ders.: *Verfassungspatriotismus*, Schriften, Bd. X, Frankfurt a.M. 1990.

löst den Patriotismus aus seinem nationalen Rahmen. Erst dadurch läßt sich von einem *abstrakten Verfassungspatriotismus* sprechen.<sup>186</sup>

Die theoretischen Überlegungen von Habermas sind in der rot-grünen Europapolitik alles andere als eindeutig und widerspruchsfrei umgesetzt. Joschka Fischer formulierte in seiner Rede vom 12. Mai 2000 an der Humboldt Universität seine Vision eines *politischen Europas*, welches in keinem *leeren politischen Raum* entstehen werde.<sup>187</sup> Die *politischen Nationalkulturen* gehörten zu einer unaufhebbaren europäischen Identität, die vor allem auch ihre sprachlichen Abgrenzungen habe. Deshalb müsse ein europäisches Parlament »immer ein Doppeltes repräsentieren: ein Europa der Nationalstaaten und ein Europa der Bürger.« Beifall für Fischers Vision kam auch von der CDU/CSU, die Fischer wohlwollend verdächtigte, aus ihrem Parteiprogramm abgeschrieben zu haben.

In der undialektischen Inanspruchnahme deutscher Normalität werden im Kontext der europäischen Integration die aus ihrer historischen *Verspätung* (Helmuth Plessner) resultierende Problematik der deutschen Nation und ihre nötige Aufarbeitung der Vergangenheit gleichsam unreflektiert ad acta gelegt,<sup>188</sup> damit sich auch ein normalisiertes Europa den Anforderungen im 21. Jahrhundert stellen könne. Der Berliner Historiker Heinrich August Winkler bringt es auf den Punkt: »Seit dem 3. Oktober 1990 gibt es keine deutsche Frage mehr. Dafür haben wir jetzt eine europäische, und sie wird uns in den nächsten Jahrzehnten intensiv beschäftigen.«<sup>189</sup> Das vereinigte Deutschland habe sich die politische Form eines *postklassischen Nationalstaats* gegeben und sei fest eingebunden in die *supranationale Gemeinschaft*. Jedwede Form des *Sonderweges* sei damit abgeschlossen worden, denn Deutschland teile mit jedem Nationalstaat innerhalb der Europäischen Union dasselbe Schicksal, welches eben darin bestehe, in der Souveränität zugunsten einer supranationalen Konstellation relativ eingeschränkt zu sein.

Die Äußerungen Winklers sind insofern interessant, als Winkler ein Beispiel dafür ist, daß auch Personen, die einmal eher dem links-liberalen Spektrum zuzuordnen gewesen wären, die Existenz eines deutschen Nationalstaates nach der deutschen Einheit nicht nur akzeptieren, sondern auch begrüßen. Im Historikerstreit hatte Winkler noch geschrieben, daß Deutschland

---

<sup>186</sup> Vgl. dazu Jürgen Seifert: Verfassungspatriotismus im Licht der Hegelschen Verfassungstheorie, in ders.: Politik zwischen Destruktion und Gestaltung. Studie zur Veränderung von Politik, Hannover 1997, S. 67ff. – Vgl. auch ders.: Kampf um Verfassungspositionen, Frankfurt a.M. 1974.

<sup>187</sup> Vgl. Joschka Fischer: Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration. Rede am 12. Mai 2000 in der Humboldt-Universität zu Berlin.

<sup>188</sup> »Normalität heißt nicht, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen (...). Aber europäische Normalität, das heißt angekommen sein in festen Grenzen. Im eigenen Nationalstaat, mit all den Brüchen, aber auch der Verantwortung, die sich aus den Brüchen der Nationalgeschichten ergibt.« – Streitgespräch Joschka Fischer contra Jean Pierre Chevènement, *Die Zeit*, Nr. 26/2000.

<sup>189</sup> »Die Sonderwege sind zu Ende«, Gespräch mit dem Berliner Historiker Heinrich August Winkler, in: *Der Spiegel* 40/2000, S. 85.

angesichts der Tatsache, für zwei Weltkriege verantwortlich zu sein, einen souveränen Nationalstaat nicht mehr wollen dürfe.<sup>190</sup> – Vierzehn Jahre später attestiert derselbe Historiker Außenminister Fischer bemerkenswerte Lernfähigkeit, was die Einsicht in die Notwendigkeit des Nationalstaates für Europa anbelangt.<sup>191</sup> Fischer hatte geäußert, daß Deutschland nunmehr in seinem Nationalstaat angekommen sei, ironischerweise aber zu einem Zeitpunkt, als die klassischen europäischen Nationalstaaten nicht mehr in der Lage seien, aus sich heraus die Probleme der Gegenwart und Zukunft zu lösen. Deshalb gehe es darum, sich für ein starkes und politisches Europa einzusetzen, mithin das Prinzip der europäischen Integration zu vollenden.<sup>192</sup>

Die *Dialektik der Normalisierung*, die Habermas dem konservativen Versprechen nach Normalität entgegengesetzt hat und damit einen Schlüssel zur Versöhnung als Leitlinie für eine Gestalt annehmende *Berliner Republik* lieferte,<sup>193</sup> sollte nicht das bloße Anknüpfen an die vermeintlich bessere deutsche Tradition bedeuten, sondern impliziert die Kultivierung des Bruches mit der Tradition um einer ganz anderen Normalität willen, die in der Zukunft erst als Tradition erscheinen kann.<sup>194</sup> Denn im Angesicht der *moralischen Katastrophe* (Auschwitz) erweise sich auch die deutsche Geschichte und Kultur vor Auschwitz als belastet, so daß an sie nach Auschwitz nicht unbefangen angeknüpft werden könne. Die historischen Inhalte einer ›kollektiven Identität‹ haben sich in Deutschland vor allem moralisch aufgrund der NS-Vergangenheit verbraucht; sie können den gesellschaftlichen Wandel nicht mehr absorbieren, sondern werden von ihm verdrängt und müssen vergehen. Statt dessen sei es geboten, sich eindeutig zu den westlichen Werten, zu der Tradition der englischen und französischen Aufklärung und ihren bürgerlichen Revolutionen zu bekennen. Dieses Bekenntnis zu den westlichen Werten konkretisiere sich eben in jenem abstrakten, nicht nationalistischen *Verfassungs-*

---

<sup>190</sup> Vgl. Heinrich August Winkler: Auf ewig in Hitlers Schatten? Zum Streit über das Geschichtsbild der Deutschen, in: »Historikerstreit«, a.a.O., S. 262f.

<sup>191</sup> »Es gibt auch bemerkenswerte Lernprozesse, etwa bei Außenminister Fischer, der über seine Rolle des Nationalstaats in Europa heute sehr viel realistischer spricht als vor zehn Jahren.« – »Die Sonderwege sind zu Ende«, a.a.O., S. 86.

<sup>192</sup> Vgl. Streitgespräch Joschka Fischer contra Jean Pierre Chevènement, a.a.O.

<sup>193</sup> Vgl. Jürgen Habermas: Die Normalität einer Berliner Republik, Frankfurt a.M. 1995. – Habermas' Ausführungen zur Normalität verstreuen sich unsystematisch, d.h. essayistisch auf viele seiner politischen Schriften; diese Stellen zusammenzutragen ist einigermaßen mühevoll, aber durchaus lohnenswert, weil sich hier als Ertrag genau das ergibt, was nach einer Wendung von ihm selbst als »Dialektik der Normalisierung« bezeichnet werden könnte. Diese spezifische Dialektik hat Habermas nicht als Theoriegebäude entworfen, aber man kann die einzelnen Bausteine zu einem solchen zusammentragen. Link kritisiert an Habermas allerdings, daß dieser seit dem Historikerstreit »den Begriff ›Normalität‹ in einer kaum besser durchdachten, zunächst bloß schwankenden und dann mehr und mehr rein polemischen Weise verwendet [habe].« – Jürgen Link: Versuch über den Normalismus, a.a.O., S. 17.

<sup>194</sup> Vgl. Jürgen Habermas: Der Golf-Krieg als Katalysator einer neuen deutschen Normalität?, in ders.: Vergangenheit als Zukunft, a.a.O., S. 41f.



*patriotismus*, unter dessen praktizierten Vorzeichen einer *zivilen Gesellschaft der citoyens* die Deutschen sich einen Anspruch auf Normalität erwerben könnten.

Habermas begründet sein emphatisches Projekt eines *abstrakten Verfassungspatriotismus*, der die deutsche Identität zukünftig ausmachen soll, als moralisch-politische Konsequenz aus der NS-Vergangenheit. Eben weil das geschehene Unrecht nicht wirklich wieder gutgemacht werden könne, komme es um so mehr darauf an, jene wenn auch *schwache Kraft einer sühnenden Erinnerung* zu mobilisieren, die es möglich machen soll, mit einer den Opfern geschuldeten Sensibilität eine *reflexive Distanz* zu den »abgründigen Ambivalenzen der Überlieferungen, die unsere eigene Identität geformt haben«, einzunehmen, um jene vorgefundene Tradition bewußt anders fortzusetzen als sie aus sich heraus kontinuierlich sich fortsetzen würde.<sup>195</sup>

Die Kraft der *sühnenden Erinnerung* vermag sich allerdings kaum gegen die fortgesetzten Anforderungen einer kapitalistischen Realität durchzusetzen, welche die materielle Basis einer *kapitallogisch-systematischen* Normalisierung ausmachen. Die politisch-ökonomischen Interessen bilden den Hintergrund für einen angestregten *Kulturkampf um Hegemonie in der Öffentlichkeit* (Gramsci), dem deshalb nicht mit den moralischen Prinzipien einer zivilen *Diskursethik* beizukommen wäre. Als demokratische Diskursethik faßt Habermas eine *moralisch-praktische Verfahrensrationalität*, die sich an die *Regeln eines fairen Ausgleichs von Interessen*, quasi an eine Ethik des Kompromisses hält.<sup>196</sup> Die Diskursethik von Habermas ist im wesentlichen voluntaristisch, weil sie die Ungleichheit der Machtverhältnisse weitgehend ausblendet,<sup>197</sup> die demokratische Diskurse nicht egalitär ablaufen läßt, Kompromisse zu erzwungenen, erpreßten Zugeständnissen macht und letztlich das gesamte moderne Zeitalter der Aufklärung als eine Geschichte erscheinen läßt, in der das vernünftige Argument – wenn überhaupt – nur in Zusammenhang vermittelter Autorität und Macht sich durchsetzen konnte: *auctoritas, non veritas facit legem* hatte Thomas Hobbes zum Beginn der Moderne treffend erkannt.

Die Frage, die Habermas aufgeworfen hat, *wie* die Tradition fortgesetzt, welche Konsequenzen aus Auschwitz gezogen werden sollen, hängt von dem hegemonialen Geschichtsbild ab,

---

<sup>195</sup> Jürgen Habermas: Grenzen des Neohistorismus, in ders.: Die nachholende Revolution, a.a.O., S. 155. – »Wir können uns unsere Traditionen nicht aussuchen, aber wir können wissen, daß es an uns liegt, *wie* wir sie fortsetzen.« – Ebd.

<sup>196</sup> »Kompromißbildung bestimmt in Systemen unseres Typs auf weite Strecken die politischen Entscheidungsprozesse (...). Aber erst wenn diese Kompromisse nach Regeln eines fairen Ausgleiches von Interessen zustande kommen, sind sie auch rational im Sinne einer moralisch-praktischen Verfahrensrationalität.« – Jürgen Habermas: Was Theorien leisten können – und was nicht, in ders.: Vergangenheit als Zukunft, a.a.O., S. 143.

<sup>197</sup> Setzt man Habermas' Diskursethik in eine praktische Beziehung zu Adornos *kategorischen Imperativ*, wie er ihn in seiner *Negativen Dialektik* formuliert hat (vgl. Th. W. Adorno: Negative Dialektik, Frankfurt a.M. 1975, S. 358), so müßte man zu dem Ergebnis kommen, daß Habermas Adornos Imperativ von Marx abgeschnitten und auf Kantische Moralphilosophie reduziert hat.

um das deshalb konservative und links-liberale Kreise nicht nur im Historikerstreit gestritten haben. Der Historikerstreit ereignete sich im Laufe des Jahres 1986. Insofern ist er eine genau zeitlich einzugrenzende Debatte, in dem jedoch andererseits nur aufbrach, was längst zuvor schon zur Sprache kam.<sup>198</sup> Insofern hat dieser Streit eine Vorgeschichte und ihre Fortsetzung. Deshalb kann man allgemein von einem *hegemonialen Kampf um das Geschichtsbild* sprechen,<sup>199</sup> der sich von der Gegenwart bis zum Ende des Ersten Weltkrieges zurückverfolgen ließe.

Dieser Kampf um das Geschichtsbild erfolgt nicht zum Selbstzweck. Das Eingreifen der politisch engagierten Intellektuellen erfolgt nicht aus berufsnotorischer Rechthaberei, sondern hat einen gesellschaftspolitischen Hintergrund. Denn unmittelbar aus dem hegemonialen Geschichtsbild leiten sich schließlich die politischen Konsequenzen für die Gegenwart und Zukunft ab.<sup>200</sup> Schon die Art des Rückblickes auf das 20. Jahrhundert, die Frage, wie Auschwitz einsortiert wird in die umfassenden historischen Abschnitte, ist ausschlaggebend. Wird Auschwitz und der deutsche Faschismus in eine totalitäre Epoche gleichermaßen wie Gulag und Stalinismus eingeordnet (Totalitarismustheorie) und als *Zeitalter der Ideologien* (Hildebrand) interpretiert, gegen das sich der liberale und demokratische Westen zur Wehr gesetzt habe, oder gar als Abwege von der *Weltdemokratie* verstanden, die mit der russischen Revolution und mit Lenin begonnen haben und in Auschwitz als *irrationale Verzweiflungstat* aus Angst vor dem Bolschewismus (Nolte) gemündet haben soll, wären daraus andere politische Konsequenzen zu ziehen als etwa aus einem Verständnis der Geschichte, das die sozialen und ökonomischen Ursachen aus der Faschismusanalyse nicht ausblendet (Horkheimer, Mommsen). Habermas' Implikationen laufen dagegen auf eine *zivile Gesellschaft* liberaler Prägung hinaus, die auch von der deutschen Sozialdemokratie seit ihrem Regierungsantritt 1998 mit ihrem Ideal eines *Dritten Weges* favorisiert wurde – mit dem jedoch die ökonomischen Machtverhältnisse nicht in Frage gestellt werden.

Die offizielle Staatsideologie der Berliner Republik erscheint nach dem rot-grünen Regierungswechsel im Jahre 1998 als versöhntes Gemälde liberaler und konservativer Ansichten. Im wesentlichen ist es gelungen, auf eine umgedeutete Vergangenheit einen nicht mehr bela-

---

<sup>198</sup> Zuckermann erinnert an Hans Ebeling, der in diesem Sinne einen Briefwechsel zwischen Martin Heidegger und Herbert Marcuse aus den Jahren 1947/48 anführt, in dem der Historikerstreit vorweggenommen war. – Vgl. Hans Ebeling: *Martin Heidegger und Ideologie*, Reinbeck 1991, S. 143. – In den gleichen Kontext gehört auch der Streit um die Wiedervereinigung, den Karl Jaspers 1960 durch ein Fernsehgespräch mit Thilo Koch, in dem er die Wiedervereinigung für politisch abwegig erklärte und einen öffentlichen Streit auslöste. – Siehe auch Karl Jaspers: *Freiheit und Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik*, (Neuausgabe) München 1990.

<sup>199</sup> Vgl. Reinhard Kühnl: *Ein Kampf um das Geschichtsbild: Voraussetzungen – Verlauf – Bilanz*, In ders. (Hg.): *Streit ums Geschichtsbild. Die »Historiker-Debatte«*. Dokumentation, Darstellung und Kritik, Köln 1987.

<sup>200</sup> »Tatsächlich (...) geht es auch und wesentlich darum, welche Konsequenzen sich aus der faschistischen Vergangenheit für uns ergeben und welchen Weg dieses Land einschlagen soll. Nicht um die Vergangenheit also geht es primär, sondern um die Zukunft.« – Reinhard Kühnl: *Streit ums Geschichtsbild*, Vorwort, a.a.O., S. 13.

stenden, sondern das nationale Selbstbewußtsein affirmierenden Staatsmythos aufzubauen. Vor allem spielt hierbei das Schweigen seitens vieler links-liberaler Politiker, Journalisten und Wissenschaftler seit 1990 bzw. allzuhäufig auch die Übernahme konservativer Geschichtsbilder eine entscheidende Rolle für diesen Prozeß.<sup>201</sup>

Angesichts der Schwierigkeiten einer staatlichen, d.h. allgemein kollektiven Erinnerungsarbeit, die stets einer *interessegeleiteten Instrumentalisierung*<sup>202</sup> zum Opfer zu fallen scheint, stellt sich immer wieder von neuem die Frage, was eine adäquate Auseinandersetzung und Aufarbeitung der NS-Vergangenheit überhaupt bedeuten kann. Denn »wie an dem Mitte der achtziger Jahre entbrannten Historikerstreit deutlich geworden sein sollte, läßt sich Auschwitz auch gerade vermittels eines in bestimmter ideologischer Absicht *historisierenden* Ansatzes seines spezifischen historischen Kontextes solcherart entkleiden, daß es ein die reale deutsche Vergangenheit entsorgendes, das deutsche Selbstbild dabei entschuldigendes Konstrukt einer geschichtlich verfahrenen Enthistorisierung zeitigen kann.«<sup>203</sup> Eine adäquate Aufarbeitung der Vergangenheit setzt vor allem die Reflexion auf die sozio-ökonomischen und -kulturellen Verhältnisse voraus, das Eingedenken der *historischen Situation*, »die wehrlose Opfer hat entstehen lassen, um daraus zu folgern, daß es solche Situationen niemals mehr geben darf, und das heißt: daß Gegengewalt überflüssig geworden ist, wie Gewalt selbst.«<sup>204</sup> Nach wie vor existiert eine Verantwortung jedes einzelnen für ein kritisches Infragestellen ökonomischer Herrschaftsverhältnisse, die die deutsche Gesellschaft über alle scheinbaren Epochenumbrüche hinweg prägten und prägen. Daraus erwächst das an der theoretischen Einsicht orientierte praktische Primat, Auschwitz für alle Zeiten der Vergangenheit angehören zu lassen, d.h. die gesellschaftlichen Voraussetzungen für Entmenschlichung weltweit zu überwinden. Damit die aus Auschwitz zu ziehenden Konsequenzen deutlich werden, muß der zivilisierte Massenmord an den Juden aus der Geschichte heraus erklärt werden. Die kategorische Behauptung der Inkommensurabilität von Auschwitz mit allem, was davor war und danach kommt, läuft allerdings Gefahr, Auschwitz als einmaliges Ereignis, quasi als historischen Unfall, aus der Geschichte zu katapultieren. Auschwitz ist das *permanent Vorwaltende* (Zuckermann), das solange als Warnsignal auf unserer Zivilisation lastet, wie gesellschaftliche Be-

---

<sup>201</sup> Vgl. Marcus Havel: »Die normalisierte Nation? Zur Geschichtsbewältigung in der Berliner Republik«, in: *vorgänge* 155, 40. Jg., 2001, Heft 3, S. 331-337.

<sup>202</sup> Vgl. Moshe Zuckermann: *Zweierlei Holocaust*, a.a.O., S. 177.

<sup>203</sup> Zuckermann, a.a.O., S. 175.

<sup>204</sup> Zuckermann, a.a.O., S. 176f.

dingungen fortexistieren, die zu seinem Auftauchen im historischen Antlitz des 20. Jahrhunderts beigetragen haben.<sup>205</sup>

Eine zivilgesellschaftliche Moral ist für sich alleine genommen eine stumpfe Waffe, die gegen die politische Ökonomie, von der sie maßgeblich beeinflusst wird, allein nichts wirklich zu verändern vermag. Die *moralische* Aufarbeitung der *Katastrophe* ist auch von den politisch-ökonomischen Interessen der Gegenwart gelenkt. Diese Interessen sind, gepaart mit der psychischen Abwehr von Schuld, derart einflußreich, daß die Vergangenheit zum Spielball der Gegenwart wird, die sich die Traditionen neu erfindet bzw. instrumentalisiert. Deutschland in der Gegenwart als einen normalen, normalisierten Nationalstaat westlichen Typs darzustellen, geht nur unter Vernachlässigung einer vernünftigen Aufarbeitung von Auschwitz.

Ideologiekritik muß an den Verzerrungen der Geschichte ansetzen, um sich – mit Walter Benjamin gesprochen – der Erinnerung zu bemächtigen, damit diese nicht länger gezwungen ist, sich als Werkzeug der Herrschenden herzugeben und Geschichte für politische Zwecke bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Dies ist ein neuralgischer Punkt für die Möglichkeit oder Unmöglichkeit zukünftiger Emanzipation. – Das Begehren nach Normalität ist richtig. Aber erst, wenn der Anspruch einer vernünftigen Aufarbeitung der Vergangenheit und die daraus resultierenden praktischen Konsequenzen eingelöst wurden, ist es gerechtfertigt, Normalität in Anspruch zu nehmen.

Bisher sind jedenfalls die umfassenden Voraussetzungen für eine Dialektik der Normalisierung, aus der ein legitimer Anspruch auf Normalität resultieren könnte, nicht erfüllt worden. In der deutschen (und europäischen Öffentlichkeit) müssen die gesellschaftlichen Strukturen erst noch geschaffen werden, auf die man sich in der Zukunft als positive Traditionen wird berufen können. Was bisher geschah – auch im Kontext der europäischen Integration – kann nur als eine undialektische, schlechte Aufhebung der Vergangenheit begriffen werden, die strukturell die Züge einer modernisierenden, d.h. auch neue Strukturen schaffende Restaurationsphase trägt und in der sich die Prinzipien des Nationalstaats auf höherer Integrationsebene fortsetzen. Als rein restaurativ kann die außenpolitische Normalisierung deshalb auch nicht bewertet werden, denn die Normalisierung der deutschen Außenpolitik muß gegenüber einer dynamisierten Norm erfolgen: Einerseits ist es die traditionelle Norm des souveränen Nationalstaats, andererseits transformiert sich im Zuge der europäischen Integration der allgemeine Standard in Europa. Diese Transformation hat einen Sog- oder Gravitationseffekt auf den

---

<sup>205</sup> »Man spricht vom drohenden Rückfall in die Barbarei. Aber er droht nicht, sondern Auschwitz *war* er; Barbarei besteht fort, solange die Bedingungen, die jenen Rückfall zeitigten, wesentlich fort dauern. Das ist das ganze Grauen.« – Theodor W. Adorno: Erziehung nach Auschwitz, in ders.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt a.M. 1971, S. 88.

Normalisierungsprozeß des deutschen Staates und seiner Außenpolitik, wodurch der Prozeß beschleunigt wird, aber in gewisser Hinsicht auch eine neue, zumindest gewandelte Norm von außenpolitischer Souveränität (GASP und ESVP) etabliert, an der sich die Normalisierung orientiert.

Es wäre mit Sicherheit übertrieben, Gemeinsamkeiten zwischen der *Berliner Republik* und der europäischen Konstellation zwischen der deutschen Reichsgründung von 1870/71 und dem Ersten Weltkrieg zu behaupten, wie dies mancher (über-)kritische Autor Mitte der 90er Jahre getan hat.<sup>206</sup> Die von Deutschland erworbene Normalität ist in anderer Hinsicht bedenkenswert. Wenn es um die politische Bewertung der Normalisierung geht, wird deutlich, daß das deutsche Engagement für die europäische Integration, nach innen betrachtet, als eine adäquate Konsequenz aus zwei Weltkriegen, Faschismus und Auschwitz nur erscheint, insofern es sich dabei allgemein um einen Ausklang der nationalen Konstellation handelt.<sup>207</sup>

Aber der deutsche Staat erlangt auch mit den traditionellen außenpolitischen und geopolitischen Mitteln seine Dominanz vor allem in Osteuropa zurück und arbeitet daran, sich der klassischen Attribute eines souveränen Nationalstaats zu bedienen, die er wie die anderen europäischen Nationalstaaten im europäischen Einigungsprozeß nur sukzessive und *quid pro quo* wieder abzugeben bereit ist. Längst bestimmt dabei der deutsche Staat (noch zusammen mit Frankreich) weitgehend Weg und Ziel der Europäischen Union, auch wenn sich immer mal wieder das deutsch-französische »Führungsduo« nicht durchsetzen kann – wie zunächst im EU-Verfassungsprozeß. Der deutsche Staat ist nicht zuletzt mit Hilfe der europäischen Integration zu einer hegemonialen Mittelmacht in Europa aufgestiegen.

Ironisch mutet der Umstand an, daß der deutsche Drang nach einer Führungsrolle in Europa – abgeleitet aus der geographischen Mittellage – in zwei angezettelten Weltkriegen nicht realisiert werden konnte und nunmehr, abgeleitet aus der ökonomischen Potenz des deutschen Staates, zu gelingen scheint. Mit Hilfe der EU-Integration und im Zuge der Osterweiterung

---

<sup>206</sup> Vgl. z.B. Wolfgang Michal: Deutschland und der nächste Krieg, Berlin 1995, S. 13: »Wie viele Jahre wird es nach der Wiedervereinigung dauern, bis Deutschland jene mächtropolitische Konstellation von damals wieder aufbaut, jene Sachzwänge und Argumentationsketten schafft, die den nächsten Krieg so unvermeidlich erscheinen lassen wie den von 1914?«

<sup>207</sup> Andererseits wird im Zuge der europäischen Integration vor dem Hintergrund der marktgetriebenen »Globalisierung« das europäische Sozialmodell schrittweise reduziert. Insbesondere der deutsche Sozialstaat und die »soziale Marktwirtschaft« galten als Nachkriegskonzepte, um die die Gesellschaft erodierenden zentrifugalen Mechanismen des Kapitalismus zu beschränken, was den sozialen Frieden absichern sollte. Wenn nach dem Ende der bipolaren Weltordnung in dem europäischen Sozialmodell nur noch ein Konkurrenzmodell zum Realsozialismus gesehen wird, welches nach der osteuropäischen Transformation obsolet geworden sei und mithin zerschlagen werden könne, um im »Zeitalter der Globalisierung« konkurrenzfähiger zu werden, wird fatalerweise übersehen, daß soziale Sicherungssysteme der wesentliche Beitrag für Stabilität und Frieden nach innen und damit auch notwendige Grundlagen zur Produktivitätsentwicklung sind. Das sukzessive Absterben des Sozialstaates zeugt davon, daß man diesbezüglich nicht mehr gewillt zu sein scheint, dem Kapitalismus ein »menschliches Antlitz« zu geben, d.h. aus Klassenkampf, zwei Weltkriegen, Faschismus und Auschwitz weiterhin wenigstens annähernd adäquate innenpolitische Konsequenzen zu ziehen.

bleibt Deutschland das ökonomisch mächtigste Land und erhält eine abgesicherte geographische Mittellage zurück, aus der zusätzliche Argumente bezüglich einer Führungsrolle abgeleitet werden. »Mit diesen falschen Akzenten leuchtet freilich die Parole, daß wir endlich wieder ein normaler Nationalstaat geworden seien, erst recht nicht ein: als gäbe es heute überhaupt noch die Art von Nationalstaat, auf dem der ideologische Abglanz des 19. Jahrhunderts ruhen könnte; und als ob die altneue Bundesrepublik, die ins Netz politischer und wirtschaftlicher Interdependenzen tiefer verstrickt ist als jeder andere Staat, je wieder auf das antiquierte Vorbild zurückgestutzt werden könnte.«<sup>208</sup>

Um dem deutschen Staat den Glanz seines *antiquierten Vorbildes* zu verleihen und den Anspruch einer Hegemonie in Europa zu realisieren, erfordert es neben einer vergangenheitspolitischen auch einer militärpolitischen Normalisierung.<sup>209</sup> Schritte in diese Richtung wurden gleich Anfang der 90er Jahre im Zuge der Umstrukturierung der NATO und im Kontext des Golfkrieges 1991, an dem sich die Bundesrepublik aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken hinsichtlich des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebietes und nicht zu Verteidigungszwecken weitgehend nur finanziell beteiligen konnte, in die Wege geleitet. Schon während des Golfkrieges 1991 wurde von vielen auch im Ausland ein militärisches Engagement deutscher Streitkräfte erwartet. Die *FAZ* kommentierte diesen Umstand mit den Worten: »Die Wiedervereinigung hatte der Nation den Wortschatz staatlicher Symbolik zurückgegeben. Jetzt hätte sie zum ersten Mal in dieser Sprache reden müssen. Statt dessen blieb sie

---

<sup>208</sup> Jürgen Habermas: Die Asyldebatte, in ders.: Vergangenheit als Zukunft, a.a.O., S. 182.

<sup>209</sup> »Die Vereinigung hat Deutschland zu einem normalen Land gemacht. Zu den wesentlichen Attributen eines normalen Landes gehört – zumindest der Möglichkeit nach – der konventionelle Einsatz seiner Streitkräfte. Normale Staaten besitzen normale Armeen, die sie für normale Zwecke einsetzen – wie zum Beispiel zur Verteidigung im Falle eines nicht provozierten Angriffs. Kaum ein anderes Merkmal kündigt so eindeutig von nationaler Souveränität. Seit dem 3. Oktober 1990 (...) unterscheidet sich Deutschland in dieser Hinsicht nicht mehr von seinen Nachbarn.« – Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S. 227. – Markovits und Reich sind hier sehr ungenau. Die Normalität stellte sich 1989 nicht automatisch mit der deutschen Einheit her; sie musste erst durch *Normalisierung* hergestellt werden. 1989/90 sind lediglich die Voraussetzungen geschaffen worden, damit sich der deutsche Staat außenpolitisch normalisieren kann. Der Prozeß der Normalisierung kennzeichnet aber die deutsche Außenpolitik bis zum heutigen Tage. Die von Markovits/Reich angeführten Attribute eines *normalen Landes*, gelten zudem als *durchschnittliche Norm* bis für das Jahr 1991 – sie entsprechen der traditionellen Norm des Kalten Krieges (wenn man einmal von der »Notwendigkeit« des Besitzes von Atombomben als spezifisches Attribut der nationalstaatlichen Souveränität im Zeitalter des Kalten Krieges absieht, welches Deutschland mit der Einheit noch lange nicht erreicht hat). Nach dem Wegfall der bipolaren Weltordnung begann der Transformationsprozeß der NATO; seitdem wird unter dem Besitz *normaler Armeen*, unter *normalen Zwecken* etwas Neues verstanden als bloß konventionelle Streitkräfte zur Landesverteidigung im Falle eines Angriffes. War die alte NATO noch ein Verteidigungsbündnis, so bildet sich mit der neuen NATO eine Militärgemeinschaft zum Zwecke von Angriffen heraus: moderne, schnelle, mobile Eingreiftruppen zur Verteidigung nationaler Interessen weltweit. Darum ist Deutschland in militärpolitischer Hinsicht zwar auf die eine traditionelle Weise »normal« geworden, auf neue Weise aber »muß« die Bundeswehr sich fortschreitend an eine neue Norm anpassen (normalisieren): Anpassung an das Werdende, das in der teilweisen Aufgabe der militärischen Souveränität besteht (zugunsten einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, welche die Umstrukturierung der Bundeswehr erforderlich macht).

stumm und muß nun dafür zahlen.«<sup>210</sup> Die Bundeswehr wurde schließlich sukzessiv zu einer Interventionsarmee umgebaut, aber auch die politischen und rechtlichen Voraussetzungen für einen militärischen Einsatz der Bundeswehr out of area mußten erst noch geschaffen werden. – Habermas bezeichnete diesbezüglich treffend den Golfkrieg 1991 als »Katalysator eines undialektischen Zurück zur Normalität«.<sup>211</sup>

Dabei wurde oft genug die deutsche Bevölkerung aufgrund eines dringlich erscheinenden Handlungsbedarfs meist im Sinne der *normativen Kraft des Faktischen* vor mehr oder weniger vollendete Tatsachen gestellt. Gleich nach dem Golfkrieg fand im Bundestag eine Debatte zur Änderung des Grundgesetzes statt, damit zukünftig der Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes möglich werden könne. Die Nation erwies sich in alledem nicht als *tägliches Plebiszit* (Ernest Renan), sondern die Gesellschaft als Ratifizierungsorgan des vom Staat Vorgegebenen. Dabei ließ sich beobachten, daß die Konservativen – als sie noch die Regierung stellten – viel dafür taten, ihren Anspruch, der deutsche Staat müsse innerhalb Europas eine Führungsrolle übernehmen, ideologisch zu maskieren. – Sie folgten dem Ratschlag der *FAZ*, »den westdeutschen Willen, eine Führungsrolle anzunehmen, weniger durch Worte als durch Taten zu beweisen.«<sup>212</sup> Schon mit der Aufgabe des sogenannten *Genscherismus* – der sensiblen Rücksichtnahme auf die Interessen und Befindlichkeiten der europäischen Nachbarn und des Gebots der außenpolitischen Zurückhaltung – durch Genscher selbst, als er im Alleingang ohne Absprache mit den europäischen Nachbarn die diplomatische Anerkennung der vom Bundesstaat Jugoslawien sich lossagenden Teilrepubliken Bosnien-Herzegowina und Kroatien forcierte und damit den Bürgerkrieg im Jugoslawien weiteren Vorschub leistete, begann sich diese Strategie in die Tat umzusetzen. Seitdem, stellt Habermas fest, habe der Einfluß der Gewalt-Strategen in der Bundeswehr auf die deutsche Außenpolitik zugenommen.<sup>213</sup> Große Anstrengungen wurden geleistet, um auf eine nationalstaatliche Souveränität auch in militärpolitischer Hinsicht: die Restauration des *ius ad bellum* hinzuwirken.

Die Bundeswehr wurde von der Bundesregierung mit einer Salamtaktik für den Kriegseinsatz vorbereitet, indem sie zunächst im Grauzonenbereich an sogenannten »humanitären Einsätzen« beteiligt wurde. Bundeswehreinheiten wurden mit Beschluß des Bundestages z.B. nach Kambodscha, Bosnien (1992) und Somalia (1993) entsendet, um an militärischen »Blauhelm-Missionen« out of area mitzuwirken. Das Grundgesetz konnte hinsichtlich dessen

---

<sup>210</sup> *FAZ* vom 18. Februar 1991.

<sup>211</sup> Jürgen Habermas: Der Golf-Krieg als Katalysator einer neuen deutschen Normalität?, in: *Vergangenheit als Zukunft*, a.a.O., S. 42.

<sup>212</sup> Siehe *FAZ* vom 7. Februar 1987.

<sup>213</sup> Vgl. Jürgen Habermas: *Vergangenheit als Zukunft*, Nachwort, a.a.O., S. 193.

aufgrund einer fehlenden Zweidrittelmehrheit nicht angepaßt werden. Der politische Kurswechsel der oppositionellen SPD, der eine Grundgesetzänderung prinzipiell möglich gemacht hätte, dann aber nicht mehr erforderlich war, erfolgte erst unter dem Vorsitz Rudolf Scharpings Mitte der 90er. Die verfassungsrechtliche Hürde wurde statt dessen schleichend genommen: Eilanträge der parlamentarischen Opposition und der an der Regierung beteiligten FDP, um die Bundeswehreinmärsche zu stoppen, wurden vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen, und zuletzt deutete das Bundesverfassungsgericht aufgrund einer eingereichten Klage zu *out of area*-Einsätzen von Awacs-Flugzeugen, in denen Bundeswehrsoldaten zur Überwachung des Luftraums über Bosnien mitfliegen sollten, die verfassungsrechtlichen Schranken als nicht existent.<sup>214</sup> Von da an waren sämtliche verfassungsrechtlichen Bedenken endgültig ausgeräumt worden. Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Balkankrise (Matscher von Srebrenica 1995), die bei Links-Liberalen ein Umdenken bezüglich des außenpolitischen Selbstverständnisses bewirkte, setzte sich der politische Wille durch, in Krisenregionen *mehr Verantwortung wagen* und gegenüber den Bündnispartnern *mehr Verlässlichkeit zeigen* zu wollen. Die Bundesregierung konnte deshalb aber nicht gleich in der Bevölkerung für Kampfeinsätze der Bundeswehr auf eine größere Akzeptanz hoffen.

Die 1998 gewählte rot-grüne Bundesregierung beschloß zwar gleich nach dem Regierungswechsel unter den in Anspruch genommenen Vorzeichen der Normalität die militärische Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen im NATO-Krieg gegen das Milosevic-Regime und beendete damit endgültig die altbundesrepublikanische Tradition militärischer Zurückhaltung, mußte aber dies rhetorisch legitimieren, indem sie den serbischen Regierungschef mit Hitler gleichsetzte sowie die Verbrechen an der nicht-serbischen Bevölkerung im Kosovo mit Auschwitz verglich. In keinem anderen europäischen Staat wurde die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung relativiert, um die NATO-Intervention legitimieren zu können. Daß dies aber in der deutschen Öffentlichkeit geschehen ist, verweist auf die Schwere des bundesrepublikanischen Konsenses angesichts der deutschen Vergangenheit. »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder Auschwitz« – zuvor noch unzertrennlich im Selbstverständnis der Deutschen nach 1945 fest verankert gewesen – sind gegeneinander ausgespielt worden und zur Bejahung eines Krieges im Namen der Humanität geworden, um Völkermorde zu verhindern. Die nationalsozialistischen Verbrechen wurden an der düsteren Seite der in der Gegenwart stattfindenden Gewaltexzesse relativiert. Unter die NS-Vergangenheit wird so ein

---

<sup>214</sup> »Mithilfe eines kooperationsbereiten Bundesverfassungsgerichts, das sich auf der Grundlage eines streng prozeduralistischen Verständnisses seiner Normenkontrollbefugnisse hätte zurückhalten müssen, betreiben Kohl, Schäuble und Rühe unverhohlen eine Politik der schleichenden Militarisation unserer Außenpolitik – sie vertrauen auf die normative Kraft des Faktischen.« – Habermas, a.a.O., S. 191.



Schlußstrich gezogen und zur Normalität übergegangen, *indem* von Verantwortung geredet *und zugleich* vorgegeben wird, wie wichtig es sei, die richtigen außenpolitischen Konsequenzen aus einer notwendig in Erinnerung zu behaltenen Vergangenheit zu ziehen.<sup>215</sup> Dabei ging es offensichtlich mehr darum, die deutsche Öffentlichkeit im Sinne einer praktizierten Normalität von der Notwendigkeit eines militärischen Einsatzes der Bundeswehr politisch und moralisch zu überreden, als daß der Vergleich, Milosevic sei wie Hitler, der Wahrheit tatsächlich entsprochen hätte.

Etwa zur gleichen Zeit – wenige Wochen zuvor im November 1998 – sprach der Schriftsteller Martin Walser anlässlich der Verleihung des Friedenspreises in der Frankfurter Paulskirche das aus, was viele aus der sogenannten Nachgeborenengeneration, die sich nicht als Täter begreifen, zu empfinden scheinen, jedoch nicht zu äußern gewagt haben.<sup>216</sup> Walser wandte sich gegen eine »Dauerpräsentation unserer Schande« und lamentierte gegen die »Drohroutine«, zu der Auschwitz sich nicht eigne. Er machte deutlich, daß er von Auschwitz nichts mehr hören und sehen wollte, denn Deutschland sei schließlich ein ganz *normales Land*, die Deutschen ein ganz *normales Volk* geworden.<sup>217</sup> – Walsers Intention war die entgegengesetzte Strategie zu der Rhetorik der rot-grünen Bundesregierung im Kosovo-Konflikt. Schwerlich konnte allerdings Walsers Schelte zur Dechiffrierung einer Auschwitz instrumentalisierenden Kriegslegitimation herangezogen werden, weil in seinen Sätzen noch viel deutlicher, nämlich die schlichte Schlußstrichmentalität zum Ausdruck kam.

Dem Wunsch nach einem normalisierten Umgang mit der eigenen Geschichte stand die selbstkritische und verantwortungsvolle Reflexion auf die Naziverbrechen, insbesondere auf den Massenmord an den Juden deutlich im Wege. Deshalb ist es keineswegs abwegig, hinter den neokonservativen Argumenten, die gleichermaßen von Konservativen und Liberalen vorgetragen worden sind, die mehr oder weniger verschleierte Absicht zu vermuten, die *Schmach der Vergangenheit* relativierend zu entsorgen, sich der Verantwortung endgültig zu entziehen. War es Mitte der 80er Jahre noch das polternde Auftreten allein rechter Realpolitiker vom Schlage eines Strauß' oder Dreggers, die mit wissenschaftlicher und publizistischer Rücken- deckung durch Historiker wie Stürmer, Hillgruber oder Nolte den Schlußstrich unter die Vergangenheit sowie das *Ablegen des Büßergewandes*, das Richten des Blickes nach vorne in die

---

<sup>215</sup> Siehe z.B. Joschka Fischer im Streitgespräch mit Jean Pierre Chevènement, *Die Zeit*, Nr. 26/2000: »Die Deutschen sind nach einer 150-jährigen Geschichte, der Suche nach dem eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen: politisch und auch kulturell. Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen. Auch mit ihrer Geschichte. Nur ist unsere Geschichte leider anders. Zu uns gehört die anhaltende Auseinandersetzung mit und die moralisch-historische Verantwortung für Auschwitz. Das ist Teil unserer Nationalgeschichte.«

<sup>216</sup> Vgl. Leserbriefe: »Weg mit den Verbalkeulen!«, in: *Die Zeit* 46/98 – Leserbriefe: »Wir sind nicht schuldig«, in: *Die Zeit* 53/98.

<sup>217</sup> Martin Walser: Die Banalität des Guten, in: *FAZ* vom 12.12.1998, S. 15.

Zukunft und das *Heraustreten aus dem Schatten Hitlers* forderten,<sup>218</sup> so wurden diese Ansichten seit der deutschen Einheit oder spätestens seit dem rot-grünen Regierungswechsel auch von Liberalen vertreten, wenn sie auch eine weniger deutliche Sprache wie die Rechtskonservativen sprechen.

Sehr eindeutig ist dagegen nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 der affirmative Bezug auf *geostrategische Interessen* und *Geopolitik* geworden, der Anfang der 90er noch auf Bundeswehrkreise, das Bundesverteidigungsministerium und ihr konservatives Umfeld beschränkt war. Nach dem 11. September 2001 sollte es um die »Positionierung Deutschlands« in einer sich abrupt völlig veränderten Weltordnung gehen.<sup>219</sup> Man wolle im Kampf gegen den Terrorismus nicht »Alliierte zweiter Klasse« sein, nachdem das politische Gewicht Deutschlands nach der Einheit in der Weltpolitik gewachsen sei, kehre man jetzt nicht zur *Scheckbuchdiplomatie* zurück, sondern folge den Prinzipien eines weiterentwickelnden Selbstverständnisses deutscher Außenpolitik, nach dem das Militärische kein Tabu mehr sei. Der 11. September 2001 war für die finale Normalisierung der deutschen Außenpolitik, d.h. ihrer Militarisierung, ein katalytisches Ereignis.

Das Operationsfeld der Normalisierung ist aber in vollem Umfang auf Europa ausgeweitet. Mit maßgeblich deutscher Forcierung erwirbt sich die Europäische Union allmählich sämtliche außenpolitischen Attribute einer souveränen Föderation von Nationalstaaten. ESVP und GASP führen zu einer europäischen Interventionsarmee, die im Kräftespiel mit der NATO bzw. den USA und anderer imperialer Mächte konkurriert. Inwieweit diese Entwicklungen zu mehr Sicherheit in der »globalisierten« Welt beitragen können, ist nicht wirklich zu erkennen. Kriege zwischen den EU-Mitgliedstaaten sind zwar undenkbar geworden, aber solche zwischen dem integrierten Europa und anderen Weltmächten werden damit wahrscheinlicher, zumal für Kriege in der modernen Welt nicht nur Nationalismus, sondern vor allem die politisch-ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus einen wesentlichen Hintergrund darstellen. Für diese Entwicklung war von wesentlicher Ausschlagkraft der zuvor und parallel in die Wege geleitete Prozeß der militärpolitischen Normalisierung der deutschen Außenpolitik.

---

<sup>218</sup> Vgl. *Bayernkurier* vom 9. Februar 1985 und 4. Mai 1985.

<sup>219</sup> Vgl. Gerhard Schröder: »Bekanntnis zur politischen und moralischen Solidarität«, Rede des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag vom 19. September 2001, in: *Die Zeit* 39/2001. – Vgl. auch Gerhard Schröder: »Wir werden gemeinsam vorgehen«, in: *Die Zeit* 41/2001.

## 6. Souveränität als Normalität: Das *ius ad bellum*

»Souveränität entspricht dem, was für einen Einzelmenschen Würde heißt: das, was keinen Preis hat, weil es unverkäuflich ist.«

Alexander Kluge

Außenpolitik im traditionellen Sinne zielt auf den Erhalt, Ausbau und die Festigung von Machtpositionen des souveränen Nationalstaats. Im internationalen Umfeld nimmt der Staat seine ökonomischen und sicherheitsstrategischen Interessen wahr. Die Politik ist ausgerichtet auf Nutzen- und Effizienzmaximierung der eigenen Nationalökonomie. Nachteile, die sich für andere Staaten dadurch ergeben, sind im »besten« Falle nicht von Interesse, im schlimmsten Falle aber sogar intendiert. Internationale Solidarität zwischen den Nationalstaaten scheint im Kapitalismus schwer realisierbar. Innerhalb des kapitalistischen Staatensystems treten die einzelnen Nationalstaaten notwendig zueinander in Konkurrenz und sind im internationalen Kräftespiel jeweils zur Selbstbehauptung gezwungen. Die in der Außenpolitik einsetzbaren Machtmittel resultieren aus der wirtschaftlichen und militärischen Potenz des Staates sowie aus seinem Ansehen im Ausland. Konflikte sind vorprogrammiert, die mit den Mitteln der Diplomatie oder auch mit militärischen Mitteln gelöst werden. »Militarismus ist der Zwang zur allgemeinen Anwendung von Gewalt als Mittel zu Zwecken des Staates.«<sup>220</sup> Der systemimmanente Konkurrenzmechanismus impliziert die Notwendigkeit einer staatlichen oder auch suprastaatlichen Souveränität, die bereits durch die Existenz anderer Staaten oder Suprastaaten relativ eingeschränkt und damit immer wieder herausgefordert wird. Das staatliche Militär erfüllt deshalb den Zweck des Schutzes nicht nur der Grenzen und des Staatsvolkes, sondern vor allem der Umsätze und Profite nationaler wie transnationaler Kapitale. Der Status einer Nation drückt sich damit vor allem auch in der Schlagkraft ihres Militärs aus. Die Voraussetzung für die Souveränität eines kapitalistischen Staates besteht in der Abgestimmtheit und Funktionalität der Triade aus Wirtschaft, Politik und Militär nach innen und außen.<sup>221</sup>

Die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland war bis 1989/90 eingeschränkt. Bis zur deutschen Einheit galt der westdeutsche Staat vielen Konservativen zugleich als ein »wirt-

---

<sup>220</sup> Walter Benjamin: Zur Kritik der Gewalt, in ders.: GS, Bd. II.1, Frankfurt a.M. 1977, S. 179-203; S. 186.

<sup>221</sup> Als besonders evident mag dieser Umstand dann erscheinen, wenn, wie im Falle der Bundesrepublik in den Jahren nach 1945, die staatliche Souveränität aberkannt und nur langsam wieder zurückzugewinnen war. »Es wurde klar, daß in einer Zeit wie der unsrigen Politik so viel Kraft hat, wie die [militärische] Kraft bedeutet, die hinter ihr steht (...). Ohne Kraft wird unser Wort nicht beachtet. – Konrad Adenauer zit. n. David Meinenreis / Frank Renken (Hrsg.): Krieg und Globalisierung. Der Imperialismus: Vom Kolonialismus zu den Kriegen des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a.M. 2002, S. 52.

schaftlicher Riese« und als ein »politischer Zwerg« (F. J. Strauß),<sup>222</sup> weil er seine Außenpolitik nicht unabhängig gestalten konnte und sich den Weltmächten innerhalb der Bündnissysteme unterordnen mußte.<sup>223</sup> Aus diesem Umstand ist ein kontinuierliches Bestreben des Staates nach außenpolitischer Normalisierung im Sinne der Erlangung eines Großmachtstatus' und von politischer Gleichwertigkeit<sup>224</sup> mit anderen Weltmächten ableitbar.<sup>225</sup> »Weil die politische Gleichrangigkeit nur über den Weg der Wiedervereinigung, also nicht aus eigener Kraft erreichbar war, hat sich die deutsche Politik in besonders starkem Maße auf (...) das militärische Gebiet verlegt. Die starke Konzentration der deutschen Außenpolitik auf den Bereich der Sicherheits-, Verteidigungs- und Allianzpolitik erklärt sich mithin nicht nur aus der exponierten geostrategischen Lage an der Nahtstelle zwischen den beiden Blöcken des Kalten Krieges. Vielmehr ging es der Bundesrepublik von Anfang an auch darum, wenigstens auf diesem Gebiet den Anschein der Zweitklassigkeit zu vermeiden.«<sup>226</sup> Sicherheitspolitik von Adenauer bis Kohl konzentrierte sich auf die verdeckte Frage, inwiefern die Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Sicherheitspolitik jener zweitrangigen Rolle, die ihr aufgrund der eingeschränkten Souveränität allgemein auferlegt wurde, umgehen könnte.

Auch aufgrund des Nicht-Besitzes von nuklearen Waffen mußte der westdeutsche Staat zwangsläufig eine »mindere Rolle im Kreis der Verbündeten« spielen, was für Franz Josef Strauß mit der »nationalen Würde« nicht zu vereinbaren war. Während des Kalten Krieges galt die Verfügungsgewalt über Atombomben als *das* »entscheidende Merkmal der Souveränität.«<sup>227</sup> Strauß verfolgte darum als Verteidigungsminister das Ziel, nukleare Waffen unter

---

<sup>222</sup> In konservativen Kreisen waren solche Beschreibungen sehr gewöhnlich. Der einflußreiche deutsche Bankier Hermann Josef Abs bezeichnete z.B. 1969 Deutschland als »die größte Ohn-Macht der Welt«.

<sup>223</sup> »Die alte Bundesrepublik wies zwei wichtige Merkmale auf: Das erste bestand darin, daß sie ihre Außenpolitik nicht unabhängig gestalten konnte, das zweite in ihrer untergeordneten Rolle als Militärmacht. Beides war Ausdruck der unvollkommenen Souveränität der Bundesrepublik und ihrer damit einhergehenden Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in der Weltpolitik und von Frankreich in Europa.« – Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S. 51.

<sup>224</sup> »Weil Perzeptionen Politik prägen, weil das politische, militärische, wirtschaftliche Gewicht eines Staates auch davon abhängt, wie es von den anderen eingeschätzt wird, war und ist die Frage der Gleichberechtigung in der internationalen Politik von so herausragender Bedeutung.« – Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1999, S. 227.

<sup>225</sup> Man kann diesen Umstand auch als deutschen »Normalisierungskomplex« bezeichnen.

<sup>226</sup> Schöllgen, a.a.O., S. 226.

<sup>227</sup> Vgl. Franz Josef Strauß: Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 310. – Anzumerken ist, daß im Kontext des Kräftegleichgewichtes in vergleichbaren Waffengattungen, aber vor allem hinsichtlich des atomaren Zerstörungspotentials zwischen West und Ost die Atombombe mehr den Charakter einer *politischen* als einer *militärischen* Waffe besaß. Die Atombombe diente zur Abschreckung; ihre Existenz sollte garantieren, daß es zu einem militärischen Einsatz ihrer nicht kommt. – Vgl. J. Strelzow: »Warum das annähernde militärische Gleichgewicht gewahrt werden muß«, in: *horizont*, 27/1982, S.10. – Zur militärischen Parität siehe auch Adelbert Weinstein: Verwirrung in der Allianz. Die NATO und der Atom, in: *FAZ* vom 20.4.1982, S. 12. – Die Abschreckungsdoktrin bedeutet gegenüber dem mehr oder weniger uneingeschränkten *ius ad bellum* einen schmalen zivilisatorischen Fortschritt. Zwar schließe ihre paritätische Existenz nicht aus, so Gerhard Stuby, daß die Atommächte weiterhin nach militärischer Überlegenheit streben, dennoch gehöre ein solches Streben eben zur Glaubhaftigkeit und damit zur immanenten Logik der Abschreckung wie auch die tatsächliche mehr oder weniger glaubhaft

die Verfügungsgewalt des westdeutschen Staates zu bringen; es ging hier nicht mehr bloß um Wiederbewaffnung, sondern um die Frage der Gleichberechtigung innerhalb der westlichen Mächte, vor allem mit Großbritannien und Frankreich.<sup>228</sup> Der sogenannte ›deutsche Gaullismus‹<sup>229</sup> markierte seit Mitte der 60er Jahre den Anfang eines Ablösungsprozesses von den Siegermächten. Frankreich war unter der Politik von Charles de Gaulles Anfang der 60er Jahre zu einer selbständigen Atommacht aufgestiegen und nahm einen Sonderstatus innerhalb der NATO und gegenüber den USA ein. Strauß und Adenauer hofften auf ein Bündnis mit Frankreich, um so zur eigenständigen Atommacht aufzusteigen, bzw. an der französischen Atommacht partizipieren zu können. Die französische Regierung zeigte sich zunächst sogar interessiert, dann aber folgte aufgrund internationalen Drucks, nicht zu letzt auch seitens der Anti-Atom-Bewegung<sup>230</sup> die Aufgabe der Pläne. Die französische Regierung machte einen Rückzieher in ihrer Annäherung an die deutschen Gaullisten.

Der ›deutsche Gaullismus‹ war nur ein erster Versuche, ein Test, wie weit es möglich wäre, die Fesseln der Souveränität zu sprengen.<sup>231</sup> Die rot-gelbe Bundesregierung schlug eine andere Richtung ein. 1969 wurde ein Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. Heftigster Gegner der Vertragsunterzeichnung war der CSU-Vorsitzende Strauß, der den Vertrag als »Versailles kosmischen Ausmaßes« bezeichnete. Bundeskanzler Willy Brandt vertröstete die Gegner des Vertrages auf eine absehbare Zukunft: »Wenn es eines Tages die Vereinten Staaten von Europa geben wird, so sind sie nicht gebunden durch den Nichtverbreitungsvertrag, sondern kön-

---

vorgetragene kaltblütige Einsatzbereitschaft. »In dem Augenblick jedoch, in dem man das militärische Potential lediglich auf seinen Abschreckungseffekt reduzierte, akzeptierte man zumindest verbal das Gewaltverbotsprinzip und gestand grundsätzlich zu, daß militärisches Potential auf Verteidigung, d.h. hier auf Vergeltung eines vorausgegangenen Angriffs beschränkt bleiben müsse. Eine Militärstrategie des Blitzkrieges, d.h. also des überraschenden Erstschlages, konnte damit offen nicht propagiert werden.« – Gerhard Stuby: Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik, a.a.O., S. 124. – Gleichwohl war die Phase der atomaren Abschreckungspolitik kein nachhaltiger zivilisatorischer Fortschritt, denn mit Auflösung der bipolaren Weltordnung und dem Wegfall der militärischen Parität, erhielt das *ius ad bellum* wieder Vorrang vor der Abschreckung, zumal mittlerweile der Einsatz von Atomwaffen in Form von *mini-nukes* nicht mehr bedeutet, gleich die ganze Welt atomar zu vergiften. Nach 1989/90 verlor denn auch mit dem Untergang der Sowjetunion die atomare Abschreckung an Einfluß, und die USA als einzig verbliebene Supermacht machten zunehmend ihr *ius ad bellum* gegenüber NATO und UN gleichsam als ein exklusives Recht geltend; sie müssen keine ernsthaften Gegenschläge befürchten, weil ihnen keine militärische Macht gewachsen ist. Für Staaten, die von der imperialen Strategie der USA und zunehmend auch der EU bedroht werden, gilt aber nach wie vor die Abschreckung als ein Verteidigungsszenario, insofern sie über Atombomben – wie etwa das kommunistische Nordkorea – verfügen und damit sich diplomatische Beziehungen zu den USA, EU etc. erkaufen, statt wie der Irak »einfach« angegriffen zu werden.

<sup>228</sup> Vgl. Stuby, a.a.O., S. 130.

<sup>229</sup> Prominente Vertreter des ›deutschen Gaullismus‹ waren u.a. Franz Josef Strauß (CSU), Konrad Adenauer (CDU) und auch der Verleger Axel Springer. – »Sie nahmen nur vorweg, was sich seitdem schrittweise vollzogen hat und noch immer vollzieht: die Wiederherstellung Deutschlands als eigenständige imperialistische Macht.« – David Meinenreis / Frank Renken (Hrsg.): Krieg und Globalisierung, a.a.O., S. 56.

<sup>230</sup> Vgl. Hans-Karl Rupp: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren, Köln 1980.

<sup>231</sup> Vgl. Gerhard Stuby: Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik, a.a.O., S. 216.

nen eine Atommacht werden.«<sup>232</sup> Deutsche Außenpolitik in der Zeit des Kalten Krieges bedeutete, »mit den verfügbaren Mitteln die bestehenden Rahmenbedingungen zu nutzen«<sup>233</sup> und eine Politik der kleinen Schritte zur Umgestaltung der Rahmenbedingungen zu betreiben. Für Gregor Schöllgen habe diesbezüglich Deutschland eine »beachtliche Bilanz« vorzuweisen. Ganz im Gegensatz zur Außenpolitik des Deutschen Reiches, dessen Prinzip es gewesen sei, die Rahmenbedingungen zu mißachten und das »Unmögliche«<sup>234</sup> zu realisieren, habe die deutsche Außenpolitik nach 1944 einen gemäßigten Realitätssinn bewiesen und sei dem Prinzip »Ermöglichung des Erforderlichen« gefolgt.<sup>235</sup> Was aber ist für einen Nationalstaat im globalen Kapitalismus außenpolitisch *erforderlich*?

Während des Kalten Krieges war die Konkurrenz der kapitalistischen Staaten untereinander von einer bipolaren Systemkonkurrenz überlagert. Wenn auch nach der Auflösung der bipolaren Weltordnung die kapitalistische Staatenkonkurrenz wieder ungezügelt zum Vorschein gekommen ist, sind die Staaten auch zunehmend gezwungen, aufgrund zunehmender Interdependenzen innerhalb der Weltpolitik und der globalen ökonomischen Verflechtung (»Globalisierung«), miteinander zu kooperieren, so daß der traditionelle Begriff nationalstaatlicher Souveränität immer weniger zeitgemäß ist und sich die Prinzipien der nationalen Außenpolitik verändert haben.<sup>236</sup> Nach der Auflösung der bipolaren Weltordnung zu Beginn der 90er Jahre kamen euphorische Visionen eines *global governance* in Mode.<sup>237</sup> Es werde nunmehr

---

<sup>232</sup> Franz Josef Strauß und Willy Brandt zit. n. Volkhard Mosler: An Krieg wieder gewöhnen? Niemals! Die Rückkehr des deutschen Militarismus, Frankfurt a.M. 1999, S. 32.

<sup>233</sup> Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 230.

<sup>234</sup> Vgl. Kurt Riezler: Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Prolegomena zu einer Theorie der Politik und zu anderen Theorien, München 1913.

<sup>235</sup> Vgl. Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 230.

<sup>236</sup> »Außenpolitik ist niemals nur eine nationale Angelegenheit. Sie definiert sich stets auch über die Aktionen, Ambitionen und Reaktionen anderer, seien es die unmittelbaren Nachbarn, die Verbündeten oder die Gegner.« – Gregor Schöllgen: Die Macht in der Mitte Europas, a.a.O., S. 42.

<sup>237</sup> »Governance (...) [meint] die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozeß, durch den kontroverse und unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfaßt sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse angesehen werden.« – Commission on Global Governance: Nachbarn in einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik (Stiftung Entwicklung und Frieden), Bonn 1995, S. 4. – »Insbesondere grenzt sich *Governance* gegen *government* ab. Während mit letzterem Begriff das institutionalisierte staatliche Steuerungssystem bezeichnet wird, meint *Governance* das Regulierungssystem, das kollektives Handeln steuert.« – Dietrich Fürst: Regional Governance zwischen Wohlfahrtsstaat und neo-liberaler Marktwirtschaft, in: Ines Katzenhusen / Wolfram Lamping (Hg.): Demokratien in Europa. Der Einfluß der europäischen Integration auf Institutionenwandel und neue Konturen des demokratischen Verfassungsstaates, Opladen 2003, S. 251-267; S. 251. – »*Governance* ist dabei mehr und mehr zur sprachlich attraktiv klingenden Projektionsfläche für vage ›Soll-Zustände‹ neuer Staatlichkeit und kooperativ-partizipativer Aufgabenbewältigung geworden und definiert sich als Differenz zu etwas, das man mit ›altem‹, ›traditionellem‹ Regieren assoziiert.« – Ines Katzenhusen / Wolfram Lamping: Über diesen Band: Demokratie, europäische Integration und Institutionenwandel, in: Ines Katzenhusen / Wolfram Lamping (Hg.): Demokratien in Europa, a.a.O., S. 9-28; S. 24. – »Empire« von Antonio Negri und Michael Hardt ist die linke Antwort auf »global governance«. – Vgl. Jens Wissel: Ein neuer Machtblock. Zu Imperialismus, Global Governance und Empire, in: Rainer Butenschön / Eckart Spoo (Hg.):

die Menschheit zu einer Weltgesellschaft zusammenwachsen, hieß es. Eine neue Ära des Friedens und der Entwicklung wurde feierlich verkündet. Die Rede war von der alternativlosen *one world* des Kapitalismus. Es ging um das viel diskutierte »Ende der Geschichte«, das im Kapitalismus als der besten aller möglichen Welten erreicht worden sei.

Alles dies erwies sich schnell als Illusion. Aber die alte Frage inwieweit im Kapitalismus »Antriebe zu imperialistischer Politik innewohnen«<sup>238</sup>, wurde außerhalb linker Diskurse nicht gestellt; Imperialismus wurde als ein überholtes Vergangenheitsphänomen ad acta gelegt. Der Imperialismus des 19. Jahrhunderts, wie er in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in die Katastrophe von zwei Weltkriegen geführt hat, gehört zwar der Vergangenheit an. Imperiales und hegemoniales Denken ist dennoch nicht aus der Welt. Heute konkurrieren allerdings immer weniger die europäischen Staaten untereinander, sondern die Europäische Union, die USA, China, Rußland. »Der Kapitalismus kann die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals und den tendenziellen Fall der Profitrate verlangsamen oder kompensieren durch das Vordringen in Räume mit niedriger organischer Zusammensetzung, aus denen er Profit importiert und die organische Zusammensetzung des Kapitals immer wieder korrigiert. Mehrwertmasse, die im Inland nicht mehr abgepreßt werden kann, muß aus dem Ausland geholt werden. Da das allen so geht, herrscht Konkurrenz um die Anteile. Das ist das Geheimnis der und zugleich die Definition von Außenpolitik.«<sup>239</sup>

Es ist mithin eine weitverbreitete Illusion, davon auszugehen, daß der Imperialismus der Vergangenheit angehöre. Für gewöhnlich wird die Antiquiertheit des Imperialismus damit begründet, daß es den modernen Nationalstaaten im Zeitalter der sogenannten Globalisierung nicht mehr um die Erweiterung ihres territorialen Besitzes und schon gar nicht mit dem Mittel der feindlichen Landnahme: der Landnahme durch Krieg gehen könne.<sup>240</sup> Die »Gier nach

---

Töten – Plündern – Herrschen. Wege zu neuen Kriegen, Hamburg 2003, S. 131. – Siehe auch Michael Hardt / Antonio Negri: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a.M. 2002.

<sup>238</sup> Arno Klönne: Empire und Empirie. Zum Diskurs über US-amerikanische Globalpolitik, in: Rainer Butenschön / Eckart Spoo (Hg.): Töten – Plündern – Herrschen. Wege zu neuen Kriegen, Hamburg 2003, S. 126-130; S. 127.

<sup>239</sup> Rainer Trampert: Pipelines in der Postmoderne, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen, Hamburg 2002, S. 29.

<sup>240</sup> Das Wort Imperialismus (lat. *imperium* = Herrschaft, Herrschaftsgebiet) kam Mitte des 19. Jahrhunderts auf und bezog sich auf das Regierungssystem Napoléons III. (1852-1870). Wenige Jahre später kam das Wort auch in Großbritannien auf. Britische Liberale verwendeten es als »Kampfpapare« gegen den konservativen Premierminister Benjamin Disraeli (1874-1880). Dieser hatte Anfang der 70er Jahre »die Erhaltung und den Ausbau des Empire durch Föderation und Expansion zu einem vordringlichen Ziel britischer Außenpolitik« erklärt. – Peter Alter: Der Imperialismus. Grundlagen – Probleme – Theorien, Stuttgart 1988, S. 2. – Vgl. Rede des Premierminister Benjamin Disraeli vor Vertretern der Wahlkreisorganisationen der Konservativen Partei im Londoner Kristallpalast am 24. Juni 1872, zit. n. Peter Alter, a.a.O., S. 12f. – Erst im ausgehenden 19. Jahrhundert erhielt der Begriff Imperialismus jene Bedeutung, die auch heute noch ihm beigemessen wird. Dies steht im Zusammenhang mit der territorialen Ausdehnung der europäischen Nationalstaaten, die seit 1881 einen »Wettlauf« um die Aufteilung der »Kolonien«, d.h. der noch nicht beanspruchten Gebiete begannen.

Land« entspricht denn auch – so die klassische Imperialismustheorie – dem Habitus der Feudalklassen, von denen heute in den modernen Gesellschaften keine Rede mehr sein kann. Aber auch, wenn die Feudalklassen in den fortgeschrittenen Industrienationen aufgelöst sind, bedeutet das nicht, daß moderne Kriege in der Gegenwart keinen imperialistischen Grund mehr haben.

---

Die Hochphase des Imperialismus lag zwischen 1881 und dem Ende des Ersten Weltkrieges. Die Phase davor, die mit dem Wiener Kongreß begann, wird als Epoche des Frühimperialismus (1815-1880) bezeichnet.

1881 besetzte französisches Militär Tunesien und 1882 britisches Militär Ägypten. Damit wurde allgemein der Run auf die kolonialisierbare Welt ausgelöst. Nachdem nahezu die meisten überseeischen Gebiete restlos unter den europäischen Nationalstaaten aufgeteilt waren, gerieten diese miteinander in kriegerische Konflikte. Als besonders aggressiv trat dabei der deutsche Staat in Erscheinung, der in Sachen Kolonialismus reichlich »zu spät« unterwegs gewesen war, aber nunmehr auch seinen »Platz an der Sonne« einforderte.

Am Ende des Ersten Weltkrieges beabsichtigte Thomas Woodrow Wilson die imperialistischen Herrschaftsverhältnisse zu beseitigen und verlangte die Berücksichtigung der legitimen Interessen der kolonialisierten Länder bei der bevorstehenden Neuordnung der kolonialen Ansprüche. In denselben Kontext gehört auch Lenins »Dekret über den Frieden« vom 8. November 1917, in dem die Beseitigung der kolonialen Herrschaft und das Selbstbestimmungsrecht für die kolonialisierten Völker gefordert wurde. 1920 wurde der Völkerbund als internationale Institution des nationalen Interessenausgleichs gegründet. Der Entkolonialisierungsprozeß begann, brach sich aber endgültig erst nach 1945 Bahn.

Die Bestrebungen, die imperialistische Ordnung zu überwinden, waren nicht tiefgreifend genug. Man wird den Imperialismus nicht durch eine politische Neuordnung und Entkolonialisierung überwinden können. Auch andere *immanente* Versuche – etwa staatliche Regulierungseingriffe in die Ökonomie, wie zum Beispiel der Keynesianismus sind dazu untauglich. Gleichwohl verweist letzter darauf, daß wenn die Binnennachfrage (Konsum) in den Volkswirtschaften sinkt, der kapitalistische Zwang zum Absatz im Ausland (Waren- und Kapitalexport) steigt. Geht es allen Ländern so, entsteht ein verschärfter Konkurrenzdruck, der durch umfassende keynesianistische Politik in begrenztem Umfang abzufedern wäre, wenn man damit auch nicht imstande ist, Imperialismus zu verhindern. – Vgl. kritisch John A. Hobson: *Der Imperialismus* (1902), Köln, Berlin 1970.

»Imperialismus« erscheint mittlerweile als ein schillernder Begriff, der im affektiven Gebrauch als Waffe im politisch wissenschaftlichen Handgemenge stumpf geworden ist, weil mit einer inhaltlichen Mannigfaltigkeit beladen, so daß die Trennschärfe des Begriffes verloren ging. Zum Verlust der Trennschärfe könnte auch die Unterscheidung zwischen »formellem« und »informellem« Imperialismus beigetragen haben. »Während der formelle Imperialismus auf die direkte politische und militärische Kontrolle eines Territoriums abzielte, beschränkte sich die informelle Variante auf die sogenannte »pénétration pacifique«, also auf die friedliche Durchdringung eines Gebietes. Das Ziel lag auch hier in seiner Kontrolle, aber eben in der indirekten, d.h. in der Regel wirtschaftlichen. Der informelle Imperialismus konnte verschiedene Formen annehmen. Dazu zählten der (...) Freihandelsvertrag ebenso wie der Freundschafts- oder Schutzvertrag. Die häufigste und zugleich effektivste Methode der indirekten Kontrolle bestand freilich darin, Länder der überseeischen Welt wirtschaftlich und finanziell in einem Maße von den europäischen Staaten abhängig zu machen, das sich gelegentlich nur noch graduell von einer direkten politischen Kontrolle unterschied.« – Gregor Schöllgen: *Das Zeitalter des Imperialismus*, a.a.O., S. 39. – Der Begriff des »informellen Imperialismus« sollte dazu dienen, schreibt Peter Alter, »die zahlreichen Zwischenformen politischer, wirtschaftlicher oder auch kultureller Abhängigkeit unterentwickelter Regionen gegenüber den industriell fortgeschrittenen imperialistischen Mächten in dieser Zeit abzudecken«. Diese Begriffsdifferenzierung sei in Wahrheit eine Begriffsverallgemeinerung gewesen, die Konturen verschwimmen, so daß »alle Beziehungen zwischen unterschiedlich entwickelten Ländern imperialistisch genannt werden« können. »In letzter Konsequenz wäre dann beispielsweise jedes wirtschaftliche Austauschverhältnis zwischen Staaten unterschiedlichen wirtschaftlichen Potentials von imperialistischen Beziehungen kaum mehr zu trennen.« – Peter Alter: *Der Imperialismus*, a.a.O., S. 3. – Alter rät aus diesem Grund zu einem zurückhaltenden Gebrauch des Imperialismus-Begriffes. – Dagegen spricht die Aktualität des Imperialismus. Aber so ähnlich, wie »Kolonialismus« die präzisierende Bezeichnung für die Hochphase des Imperialismus (1881-1917) gewesen ist, könnte man für die andauernde Phase nach 1990 eine präzisierende Bezeichnung finden. Da die neue Phase des Imperialismus nicht mehr damit zu tun hat, fremde Gebiete durch Landnahme unter direkte Kontrolle zu bringen, dafür aber andere Regierungen massiv unter Druck zu setzen und in ihrer Souveränität einzuschränken, um vermittelten oder gar direkten Zugriff und Gestaltungsmacht auf die ausländischen Märkte zu erhalten, mithin es um die Frage der Hegemonie geht, könnte man diese neue Phase des Imperialismus als *Hegemonialismus* bezeichnen.



Heute reicht schon die Kontrolle über die ausländischen Kapitale aus, ohne das Ausland feindlich nehmen zu müssen, um die nationalen Kapitalinteressen zu realisieren. Aber Krieg dient nach wie vor als letztes Mittel, um die nationalen Interessen gegenüber dem Ausland, die »Gier nach Märkten« oder mit Marx ausgedrückt: den »Heißhunger nach Mehrarbeit« durchzusetzen. Kriege sind in der Regel Ausdruck wirtschaftlicher Interessen. Und schon der Aufbau militärischer Überlegenheit gegenüber anderen Nationalstaaten dient der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Dies gilt nach wie vor, auch wenn die Interessen des Kapitals immer weniger national ausgerichtet sind. Die staatliche »Gier nach Märkten« im Ausland hat sich seit etwa Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts quantitativ gesteigert und damit eine neue Qualität geschaffen, die man mit dem Wort »Globalisierung« zu begreifen versuchte. Dahinter steckte ein Trend, massiv Produktionsstätten im Ausland zu errichten, d.h. das Kapital statt der Waren zu exportieren. Seit 1985 dominierte allmählich die Warenproduktion im Ausland gegenüber dem Warenexport.<sup>241</sup> Man sprach schließlich vom *Transnationalen Kapital*. Die Trendwende zum Kapitalexport macht den qualitativen Wandel: die »Globalisierung« aus. Das staatliche Interesse, die ausländischen Märkte zu gestalten nahm damit zu; denn der Kapitalexport muß wesentlich intensiver als der Warenexport durch eine demokratische und kapitalfreundliche Infrastruktur im Ausland abgesichert werden. Dies gilt weniger für die westlichen und transatlantischen Nachbarstaaten, in denen demokratische und kapitalistische Strukturen in den Gesellschaften fest verankert sind; es gilt vor allem für die weniger entwickelten, vor- oder halbmodernen Länder dieser Welt.

Der qualitative Wandel, der durch die Transformationsprozesse zu Beginn der 90er Jahre ausgelöst wurde, ist mit dem Wort »Globalisierung« sehr unscharf bezeichnet worden. Denn die Globalisierung ist kein historisches Novum, das mit dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung begann – wenn mit ihr die Tendenz des Kapitals gemeint ist, sich aufgrund des »Heißhungers nach Mehrwert« über den ganzen Erdball auszubreiten und alles Stehende zu verdampfen, d.h. die jeweiligen rückständigen gesellschaftlichen Verhältnisse an die für das Kapital erforderlichen modernen Standards anzupassen. Bereits Marx und Engels brachten vor mehr als 150 Jahren dieses politisch-ökonomische Zwangsverhältnis des Kapitalismus auf den Punkt.<sup>242</sup> Verändert hat sich an dem Sachverhalt bis heute nichts Wesentliches.<sup>243</sup> So

---

<sup>241</sup> Der Absatz ausländischer Tochterkonzerne übertraf im Jahre 1992 mit 5,2 Billionen Dollar den des Welthandels mit 4,9 Billionen Dollar. Im Jahre 2000 ist der Umsatz der Tochterkonzerne im Ausland bereits doppelt so hoch wie das Weltexportvolumen. 2000 lag das Volumen der »Auslandsdirektinvestitionen« (Kapitalexport) bei 20 Prozent des Weltsozialprodukts; 1980 hatte es noch bei fünf Prozent gelegen. – Vgl. *Le Monde diplomatique* (Hg.): *Atlas der Globalisierung*, Berlin 2003, S. 30, S. 26f.

<sup>242</sup> Vgl. Karl Marx / Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*, a.a.O.

<sup>243</sup> Die Abkehr von der Marxschen Theorie, die Liquidation der Begriffe einer Kritik der politischen Ökonomie hatte nach 1989 lediglich zur Begriffslosigkeit geführt.

täuscht der Begriff »Globalisierung« Gleichzeitigkeit der Verhältnisse vor, wo die Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigkeit der treibende Impuls der modernisierenden Dynamik in den weniger entwickelten Gesellschaften ist.<sup>244</sup>

Der qualitative Wandel der politischen Ökonomie besteht eher darin, daß die Universalgeschichte des Wertgesetzes seit Anfang der 90er Jahre von etlichen Beißhemmungen befreit wurde. Erstmals in der Geschichte geriet die stets prekär gewesene Einheit aus Nationalökonomie und Nationalstaat in die Erosion und hinterließ einen mehr und mehr depotenzierten Staat gegenüber einem transnationalen Kapital. Das Kapital kennt kein Vaterland mehr, aber es ist deshalb von diesem nicht völlig entbunden: Das Kapital kennt viele Vaterländer, und eines ist so gut wie das andere, solange in ihnen als »Standorten« die Bedingungen für eine optimale Kapitalakkumulation bereitgestellt werden. Dazu fühlen sich die kapitalistischen Staaten verpflichtet, und zugleich müssen sie dafür sorgen, daß die Bedingungen »ihrer« nationalen Kapitale im Ausland gute Geschäftsbedingungen vorfinden.<sup>245</sup> Natürlich spielt das Kapital auch die verschiedenen »Vaterländer« gegeneinander aus, um den Modernisierungsprozeß in den einzelnen Staaten zu beschleunigen.

Seit den 70er Jahren hatte die Chicago School um Milton Friedman, die den Begriff des Neoliberalismus geprägt hat, die passende Ideologie des Freihandels bereitgestellt, nach deren Konzepten die sogenannte Globalisierung gestaltet wird – zunächst modellhaft in Lateinamerika, dann auch in den USA und in Westeuropa und nach 1989 schließlich in den Ländern des ehemaligen real existierenden Sozialismus. Hinter der Freihandelslehre versteckt sich nichts anderes als eine politische und auch militärische Kampfansage gegen den Marktprotektionismus, mit dem Staaten ihre jeweiligen Nationalökonomien vor dem Weltmarkt resistenter zu machen versucht haben. Diese Abschottungsmentalität gegenüber dem westlichen Kapital sollte gesprengt werden.

---

<sup>244</sup> Zur »Globalisierungskritik« siehe mit einigen Vorbehalten Christiane Grefe / Matthias Greffrath / Harald Schumann: *attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?*, Berlin 2002. – Wesentlich umfassender und fundierter findet sich die »Globalisierungskritik« bei Michel Chossudovsky: *Global Brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg*, Frankfurt a.M. 2002.

<sup>245</sup> Nach der klassischen Marxschen Analyse galt der Staat als das ausführende Organ, das die Interessen der Kapitalisten organisiert. Er organisiert nicht so sehr die Partikularinteressen der einzelnen Kapitalisten als viel mehr das Allgemeininteresse des »Gesamtkapitals«, so daß die Politik des Staates häufig im Konflikt mit einzelnen Kapitalisten stehen konnte. Die notwendige Konkurrenz unter den ihrer Natur gemäß kurzsichtigen Einzelnen gefährdete das Wohl des »ideellen Gesamtkapitalisten«, der deshalb eine Politik der Weitsicht verfolgen, d.h. zwischen den partikularen Interessen vermitteln und Entscheidungen treffen muß, die oftmals den Widerstand der Einzelnen erregen können. Obwohl insgesamt die allgemeinen Interessen des Kapitals durch die weitsichtige Politik des Staates gewahrt bleiben, werden die einzelnen Kapitalisten in der Regel die Macht des Staates bekämpfen, jedenfalls für mehr Bewegungsfreiheit kämpfen. – »Die Konzerne brauchen also für ihre Expansion einen starken Nationalstaat, weil sie ohne dessen Diplomatie und Militär oft gar nichts abbekommen. Sie brauchen auch zu Hause einen starken Nationalstaat, damit dort alles funktioniert.« – Rainer Trampert: *Pipelines in der Postmoderne*, a.a.O., S. 29f. – Und dieser Nationalstaat muß kriegsfähig sein.

Nach dem Ende des Kalten Krieges beginnen die USA im Rahmen ihrer neuen Globalisierungsstrategie ihren Status als Supermacht auszubauen. Die Umfunktionalisierung der internationalen und supranationalen Institutionen des »global governance« zu »Werkzeugen der Durchsetzung einer rigiden neoliberalen Weltwirtschaftsordnung«<sup>246</sup> und damit zu »Erfüllungsgeländen der Reichen Welt« steht in einem direkten Wechselverhältnis mit der Beendigung der Systemkonfrontation. »Die Vereinigten Staaten sind dabei, die Architektur internationaler Politik so zu verändern, daß ihre ökonomische und militärische Hegemonie in der methodischen Umsetzung keiner Beschränkung, keiner korrigierenden Macht und keinem Veto mehr unterliegt. Dies schließt die Kompetenz ein, sich über die Souveränitätsrechte anderer Nationen hinwegzusetzen, auch die Definitionsherrschaft, Staaten oder Organisationen als terroristische Gefahrenherde zu etikettieren und kriegerisch »stillzulegen«, gegebenenfalls auch präventiv. Verändert wird damit auch die Funktion der Vereinten Nationen, ebenso die der NATO. Herkömmliche völkerrechtliche Anforderungen werden im Zuge der weltarchitektonischen Neuordnung obsolet.«<sup>247</sup>

Mit den supranationalen Institutionen IWF, Weltbank und WTO wird den neoliberalen Konzepten eine machtvolle Durchschlagskraft verliehen.<sup>248</sup> Durch die Koppelung der Kreditvergabe und der Entschuldung der Dritten Welt gegenüber den reichen westlichen Industrienationen an die Einhaltung bestimmter Kriterien, die im wesentlichen die Aufgabe des Protektionismus bedeuten (Öffnung der nationalen Märkte für ausländisches Kapital, Aufgabe der Zollschränken, Koppelung der nationalen Währung an den Dollar, Reduzierung der Inflationsrate durch Einsparungen der Staatsausgaben vorrangig im sozialen Bereich, Abbau der Arbeitsrechte, Schwächung der Gewerkschaften, etc.), werden die abhängigen Länder regelrecht gezwungen, d.h. sie werden in ihrer innen- und außenpolitischen Souveränität beschränkt.<sup>249</sup>

Über »Supervision« und »Konsultationen« kontrolliert der IWF die Währungs- und Finanzpolitik fast aller Länder der Welt und reguliert die Bereitstellung internationalen Geldes. Al-

---

<sup>246</sup> Conrad Schuhler: Zwei Skorpione in der Flasche. Das Verhältnis der beiden Supermächte USA und Deutschland im Rahmen der Globalisierung und des »Krieges gegen den Terror«, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen, Hamburg 2002, S. 48.

<sup>247</sup> Arno Klönne: Empire und Empirie, a.a.O., S. 129.

<sup>248</sup> »Mit Hilfe solcher und vieler ähnlicher nachgeordneter Einrichtungen ist es der reichen Welt gelungen, dem internationalen System Strukturvorgaben zu verordnen, die es auch ohne die Ausübung direkten Zwangs in der gewünschten Richtung hält.« – Conrad Schuhler: Zwei Skorpione in der Flasche, a.a.O., S. 49.

<sup>249</sup> »Wenn auf der Welt etwas Verwertbares zu holen ist, rennen alle los wie bei der Besiedlung des wilden Westens. Dann beginnen der Wettlauf der Konzerne und der Wettlauf der an ihrer Seite stehenden Staaten. Die kapitalistischen Staaten stehen unter dem gemeinsamen Zwang, das Bedürfnis des Kapitals nach Expansion zu befriedigen. Je offener der Weltmarkt, desto besser für die Reichen, weil die offene Konkurrenz die Starken siegen läßt. Wer aber wieviel Profit aus der Welt importiert, wird über die Konkurrenz ermittelt, die oft bis zum Krieg geht.« – Rainer Trampert: Pipelines in der Postmoderne, a.a.O., S. 29.

lein die G8-Staaten<sup>250</sup> verfügen im Kontrollgremium des IWF annähernd über 50% der Stimmrechte, das ist eine Dominanz, gegen die die restlichen Staaten der Welt kaum ankommen können. Die Weltbank vergibt jährlich ca. 30 Milliarden US-Dollar für Kapitalhilfe an Entwicklungsländer in Form von Krediten.<sup>251</sup> IWF und Weltbank sind Instrumente für Währungs-, Finanz- und Strukturpolitik; mit den neoliberalen Kriterien der Kreditmittelvergabe greifen sie aktiv in die Innen- und Außenpolitik anderer Länder ein. Die WTO ist seit 1994 die Nachfolgeorganisation von GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen); ihre Aufgabe besteht in der Regulation des internationalen Handels mit dem Ziel der vollständigen Liberalisierung des Welthandels (Abbau von Zollschränken und anderer Handelshemmnisse); 142 Mitgliedstaaten gehören ihr an. »Nationale Versuche, die eigene industrielle Entwicklung vor dem Zugriff des globalen Kapitalismus zu schützen, können von der WTO als ›unerlaubte Handelshemmnisse‹ gebrandmarkt und vereitelt werden.«<sup>252</sup>

Internationale Regulation und ›Interessenausgleich‹ funktionieren mittlerweile weitgehend ohne Ausübung direkter Gewalt; die Hegemonie des Rechts wird allgemein anerkannt.<sup>253</sup> Solche Staaten, die sich der internationalen Regulation widersetzen und die ›westlichen Normen‹ nicht anerkannten, setzten sich dem Risiko aus, Zielscheibe für militärische Aggressionen zu werden. »Die Werte des Westens wie Pluralismus, Individualismus und materieller Eigennutz als prägende Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens müssen als ›universell‹, als überall und für jedermann verbindlich, anerkannt werden. Sobald dies nicht mehr [oder noch nicht; MH] gewährleistet ist, müssen ›weiche‹ von harten Machtfaktoren abgelöst oder zumindest durch solche ergänzt werden.«<sup>254</sup>

---

<sup>250</sup> Als G7 (+1) wird die Gruppe der sieben (plus Rußland) führenden westlichen Industrienationen bezeichnet: USA, Japan, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien und Kanada. »Ohne ein Mandat oder gar die Kontrolle der Vereinten Nationen bestimmen die G7 mittlerweile nicht nur die Grundlagen der internationalen Wirtschaftspolitik, sie legen vielmehr die Parameter für alle relevanten Felder der Weltpolitik fest, von Sicherheitsfragen über den Umweltschutz bis zur Sozial und Arbeitspolitik.« – Conrad Schuhler: Zwei Skorpione in der Flasche, a.a.O., S. 49.

<sup>251</sup> Vgl. dazu »Real existierende Strukturen internationaler politischer Regulierung«, in: Ulrich Brand u.a.: Global Governance, Münster 2000, S. 89-128.

<sup>252</sup> Conrad Schuhler: Zwei Skorpione in der Flasche, a.a.O., S. 105.

<sup>253</sup> »Obwohl dazu kein offener Einsatz von Gewalt erforderlich ist, stellt die rücksichtslose Durchsetzung dieser Wirtschaftsreformen dennoch eine Form der Kriegsführung dar. In diesem allgemeineren Sinne sind Krieg und Globalisierung keine getrennten Probleme. (...) Zu Beginn des dritten Jahrtausend gehen Kriege und ›freie‹ Märkte Hand in Hand. Der Krieg ist gewissermaßen das multilaterale Investitionsabkommen der letzten Instanz. Er zerstört physisch, was durch Deregulierung, Privatisierung und die Erzwingung von ›Marktreformen‹ noch nicht vernichtet wurde. (...) Die ›Raketendiplomatie‹ von heute wiederholt die Kanonenbootdiplomatie, die im 19. Jahrhundert zur Durchsetzung des ›Freihandels‹ diente.« – Michel Chossudovsky: Global Brutal, a.a.O., S. 33f.

<sup>254</sup> Conrad Schuhler: Zwei Skorpione in der Flasche, a.a.O., S. 49. – »(...) die Macht der USA hat zwar gegenwärtig weltweit keine gleichgewichtigen Konkurrenten, aber es bestehen Staaten, die nicht die Absicht haben, die USA als imperiales Zentrum anzuerkennen, auch wenn sie deren ökonomischer und militärischer Vormacht zur Zeit nicht Paroli bieten können. (...) Aus alledem läßt sich schließen: Das Zeitalter des Imperialismus ist nicht vorbei.« – Arno Klönne: Empire und Empirie, a.a.O., S. 130.

Seit 1945 hat es auf der Welt weit über 150 Kriege gegeben. An den meisten waren unmittelbar oder vermittelt entweder die USA, Großbritannien oder Frankreich mit eigenen Truppen oder Kriegsgerät beteiligt. Nur dem deutschen Staat blieb das militärische Mittel der Durchsetzung nationaler Interessen vergönnt; es hat zweimal in dem Versuch, nach der Weltmacht zu greifen, diese Welt mit fürchterlichen Kriegen überzogen und Auschwitz zu verantworten. In der Folge war Deutschland von den alliierten Sieger- und Befreiungsmächten die staatliche Souveränität aberkannt worden. Im internationalen Kräftespiel hatte der deutsche Staat aufgrund der über 50 Jahre währenden eingeschränkten Souveränität einen »Standortnachteil«.<sup>255</sup> – Das *ius ad bellum* mußte im Rahmen einer außenpolitischen Normalisierung zunächst erst wieder hergestellt werden,<sup>256</sup> da es als wichtigstes Kriterium der Staatssouveränität nach außen gilt – jedenfalls auf der Grundlage der imperialistischen Weltordnung von 1914 und aus kapitallogisch-systematischer Perspektive, die nach dem Zweiten Weltkrieg von den Konservativen am ehesten eingenommen wurde. Jedwede Einbindung in kollektive Sicherheitssysteme (UNO, NATO etc.), in denen das freie Recht, Krieg zu führen, den Mitgliedstaaten eingeschränkt oder gar aberkannt wird, mußten die Konservativen als unbillige Einschränkung der staatlichen Souveränität auffassen.<sup>257</sup> Nachdem die alliierten Siegermächte der BRD eine eingeschränkte Souveränität zubilligten, mußten die Konservativen diese als »gefesselte Souveränität« auffassen; zumal sie auch »unvollständig« war, da sie sich nur auf das halbe Territorium des ehemaligen »Deutschen Reiches« bezog.<sup>258</sup> Die Herstellung des *ius ad bellum* für den gesamtdeutschen Staat war mithin zunächst eine wesentliche Angelegenheit der konservativen Eliten, mußte sich aber stets mit der NATO und nach der deutschen Einheit zunehmend mit der Schaffung einer europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im Rahmen der EU-Integration arrangieren.<sup>259</sup>

---

<sup>255</sup> »Die Bundesrepublik mußte sich mit der Rolle des Juniorpartners zufriedengeben. Lediglich tastende Schritte einer eigenen Außenpolitik in einem strengen Ordnungsrahmen waren ihr gestattet.« – Gerhard Stuby: Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik, a.a.O., S. 11.

<sup>256</sup> Die außenpolitische Normalisierung des vereinten deutschen Staates ist in erster Linie auf das *ius ad bellum* gerichtet, dessen Wiederherstellung nicht nur ein Problem der Vergangenheitspolitik und der diplomatischen bilateralen Beziehungen, sondern auch ein strukturelles Problem der Bundeswehr gewesen ist. Die Bundeswehr war nach einhelliger Ansicht der deutschen Militärs und Außenpolitiker zwar verteidigungsfähig, aber nicht kriegsfähig und mithin nach 1989/90 nicht wirklich bündnisfähig, da die NATO sich von ihrem Verteidigungsauftrag »emanzipierte«. Normalisierung meint im außenpolitischen Bereich demzufolge die Herstellung von Einsatzfähigkeit der Bundeswehr in Kriegen (Kriegsfähigkeit) sowie ihre damit gleichbedeutende »Bündnisfähigkeit«.

<sup>257</sup> Für Deutschland gilt aber auch, daß über die Einbindung in kollektive Sicherheitssysteme und die daraus resultierenden Bündnisverpflichtungen die stricte Absage ans *ius ad bellum* teilweise umgangen werden konnte. – Siehe Dieter S. Lutz: Das Grundgesetz fordert Friedenspolitik. Zum Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft, in ders. (Hg.): Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, »out of area« – Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 43.

<sup>258</sup> Vgl. Gerhard Stuby: Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik, a.a.O., S. 10.

<sup>259</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte nicht nur Deutschland seine Souveränität, sondern das gesamte Europa: die alten Mächte hatten ihre Unabhängigkeit verloren. Die Einflusssphären verlagerten sich zugunsten der neuen

Staatliche Souveränität im traditionellen Sinne bestimmt sich nach der von Carl Schmitt vorgenommenen Definition, wonach Souverän ist, wer über den *Ausnahmezustand* nach innen und außen verfügt.<sup>260</sup> Dieser Souveränitätsaspekt fungiert in Deutschland als traditioneller Normalitätsstandard, der allerdings selbst einer Dynamik nach beiden Richtungen hin unterlegen ist, sich aufhebt: Nach innen ist die staatliche Souveränität dem »westlichen Standard« entsprechend unveräußerliches Eigentum des Volkes geworden, auch wenn die Ausübung der Souveränität an staatliche Institutionen und der dort versammelten herrschenden Elite delegiert wird.<sup>261</sup> »In diesen westlichen Gesellschaften ist der Staat zwar auch von der Gesellschaft abgehoben, aber die Staatsabstraktion hat einen angebbaren Inhalt. Es ist jedesmal der Inhalt, daß das Volk selber den Staat übernahm, um sich selber in Staat und Gesellschaft zu spalten, wovon der dazwischen vermittelnde Parlamentarismus nur zeugt; und daß diese Staatsübernahme in bestimmten Ereignissen, Kämpfen um bestimmte Ziele geschah. Die Bestimmtheit der Ereignisse und der Ziele ging in die jeweilige Staatsabstraktion ein, um sie wenigstens teilweise zu konkretisieren.«<sup>262</sup>

Nach außen ist die staatliche Souveränität weniger demokratisiert als nach innen;<sup>263</sup> sie wird aber zunehmend durch interstaatliche Institutionen aufgehoben. Das moderne Völkerrecht tritt

---

Supermächte USA und UdSSR; das Britische Empire löste sich auf, es kam zur Blockbildung, Konfrontation, zum Kalten Krieg. Anfang der 90er Jahre begannen sich die Einflußsphären neu zu sortieren; die UdSSR verlor aufgrund ihrer Auflösung abrupt, die USA verloren im Zuge der EU-Integration sukzessive ihre Hegemonien über Ost- und Westeuropa.

<sup>260</sup> Vgl. Carl Schmitt: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, 2. Aufl., München, Leipzig 1934 (1. Aufl. 1922), S. 11. – Die beiden wesentlichen Potentiale des über den Ausnahmezustand verfügenden souveränen Staates ist die »Befehlsunabhängigkeit« sowie das »Befehlenskönnen« – Vgl. Gerhard Stuby: Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik, a.a.O., S. 10. – Zur historischen Entwicklung des Souveränitätsbegriffs aus marxistischer Perspektive siehe Roland Meister: Studie zur Souveränität, Berlin (Ost) 1981 – Siehe auch Bertrand de Jouvenel: Über die Staatsgewalt. Die Naturgeschichte ihres Wachstums, Freiburg 1972, S. 39ff. – Zur Zielsetzung der Souveränität vgl. kritisch Hermann Jahrreiß: Die Souveränität der Staaten. Ein Wort – mehrere Begriffe – viele Mißverständnisse, in: Hanns Hermann (Hg.): Die Entstehung des modernen souveränen Staates, Köln/Berlin (West) 1967, S. 35ff. – Jahrreiß bejaht die imperialistische Tradition. »Anderes kann von einem Vertreter des Völkerrechts nicht erwartet werden, der im Nürnberger Prozeß als Gutachter auf der Seite der Verteidigung die Verbindlichkeit des Aggressionsverbotes bezweifelte.« – Gerhard Stuby: Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik, a.a.O., S. 10.

<sup>261</sup> Daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen solle (vgl. Art. 20, Abs. 2, GG), ist in der parlamentarischen Demokratie jedoch mit der radikaldemokratischen Idee der *Volkssouveränität* nicht zu verwechseln. »Deutsche Geschichte besteht aus Herrschaftszusammenhängen, zugleich: aus fehlgeschlagenen Versuchen zur Souveränität.« – Oskar Negt / Alexander Kluge: Geschichte und Eigensinn, Bd. 2, a.a.O., S. 482.

<sup>262</sup> Michael Jäger: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik, a.a.O., S. 76.

<sup>263</sup> Immer dann, wenn von »Staatsräson« die Rede ist, ist der spezifische Inhalt der staatlichen Politik der demokratischen Kontrolle und Verfügung mehr oder weniger entzogen. Außenpolitik ist mehr als die Summe der einzelnen Entscheidungen und Handlungen, sondern hinter diesen steht ein Prinzip: eine Gesamtstrategie, die nicht immer – sogar in den seltensten Fällen – ganz offen liegt. Die Gesamtstrategie wird kaum demokratisch festgelegt – sie ist Angelegenheit der staatlichen Eliten. Das hat Tradition, die bis in die Monarchien zurückgeht und bis in die Gegenwart reicht. In der öffentlichen Meinung sehen die herrschenden Eliten eher ein Hindernis oder einen instrumentalisierbaren Faktor. Die herrschenden Eliten ziehen hin und wieder gerne die öffentliche Meinung zur Legitimation außenpolitischer Entscheidungen heran. Der Einfluß der öffentlichen Meinung auf die Außenpolitik ist allerdings sehr gering. Es wird lediglich die Möglichkeit eines demokratischen Entscheidungsprozesses suggeriert. – Existiert Übereinstimmung zwischen der öffentlichen Meinung und der Außenpolitik, wird sie zur Legitimation herangezogen; existiert Divergenz, wird die öffentliche Meinung zum Objekt propa-

mit dem Anspruch auf, die außenpolitische Souveränität von Staaten einzuschränken, d.h. bestimmten Regeln zu unterwerfen. Die Einhaltung der Regeln ist allerdings davon abhängig, daß Staaten den Regelkodex allgemein und freiwillig anerkennen, da es noch kein vollständig ausgebildetes überstaatliches Gewaltmonopol gibt, das die Nichteinhaltung effektiv genug sanktionieren könnte. Ansätze der Herausbildung eines überstaatlichen Gewaltmonopols gibt es dennoch, und sie stellen einen zivilisatorischen Fortschritt im Sinne der Abkehr vom Schmittschen Diktum dar.

Die Genfer Konventionen entsprangen der Idee, mittels internationalen Rechts Kriege zu domestizieren. Mit dem Völkerbund wurde nach dem Ersten Weltkrieg (1920) versucht, Mittel der Sanktion zu etablieren, wenn Kriege gegen den Gerechtigkeitskodex verstießen. Mit dem Briand-Kellog-Pakt (1928) wurde erstmals auch explizit der Angriffskrieg geächtet und eine Einschränkung des *absoluten* ius ad bellum für souveräne Staaten unternommen. Die UN-Charta erlaubt staatliche Gewalt gegen andere Staaten (Mitglieder der UN) nur, insofern es sich um eine Verteidigung gegen einen bewaffneten Angriff handelt.<sup>264</sup> – In diesem relativen Sinne sind Staaten außenpolitisch nicht absolut souverän. Die rechtliche Regelung zwischenstaatlicher Gewalt im modernen Völkerrecht ist dreigeteilt; man unterscheidet zwischen dem *ius ad bellum* (Recht zum Krieg), dem *ius in bello* (Recht im Krieg) und dem *ius armorum* (Recht der Rüstung).<sup>265</sup> Im ›Recht zum Krieg‹ werden *Gerechtigkeitsmaßstäbe* angelegt. Nur ›gerechte‹ Kriege sollen geführt werden dürfen. ›Ungerechte‹ Kriege werden international zumindest geächtet.<sup>266</sup> Das ›Recht im Krieg‹ soll die Verwendung von Waffen regeln, um »Gerechtigkeit« im Krieg zu schaffen, z.B. durch die »menschliche« Behandlung von Opfern und Kriegsgefangenen. Im ›Kriegsvölkerrecht‹ ist man zumindest zu einer fortschrittlichen Erkenntnis gelangt, daß alle vom Krieg Betroffenen Opfer sind.<sup>267</sup> Schwierig allerdings ist es, den Aggressor und Schuldigen ausfindig zu machen, weil die Aggressoren unter dem moralischen Primat des Gewaltverzichtes ihre Aggression als *Verteidigung* kaschieren und demzufolge nur noch beiderseitige »Verteidigungskriege« geführt werden (preemptive strike). Das ›Recht der Rüstung‹ regelt den Besitz von Waffen (z.B. Atomwaffensperrvertrag 1968, B-Waffen-Konvention 1972, C-Waffen-Konvention 1993). Durch das Einwirken auf staatliche

---

gandistischer Kampagnen, um Deckungsgleichheit einseitig herzustellen – Oder es wird die öffentliche Meinung aus anderen Staaten zur Legitimation instrumentalisiert, um auf die eigene Öffentlichkeit Druck auszuüben. – Es wäre mithin eine vernünftige Forderung, außenpolitische Entscheidungen einer demokratischen Kontrolle und Einflußmöglichkeit zu unterziehen.

<sup>264</sup> Vgl. UN-Charta, Art. 51.

<sup>265</sup> Vgl. Stefan Brunner: Deutsche Soldaten im Ausland. Fortsetzung der Außenpolitik mit militärischen Mitteln?, München 1993, S. 119-128.

<sup>266</sup> »Die Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen mußte scheitern, da die Gerechtigkeit als Bemäntelung der Macht ›entdeckt‹ und für die Ideologisierung der Kriege verantwortlich gemacht wurde.« – Stefan Brunner, a.a.O., S. 119.

<sup>267</sup> Vgl. Brunner, a.a.O., S. 120.

Rüstungsprogramme können z.T. die Mittel, die Voraussetzung für Kriege sind, eingeschränkt werden, wenn auch die strukturellen Gründe für die Entstehung von Kriegen damit nicht beseitigt werden. Immerhin können vertrauensbildende Maßnahmen, etwa Rüstungskontrolle, Sperrverträge, Transparenz der Industrien etc. dazu beitragen, daß ein gefährliches Wettrüsten verhindert oder es sogar zu einem gegenseitigen Abrüsten kommt.

## 7. Neopragmatische Abwiegung von Normativität – Zur Homogenisierung von liberalen und konservativen Positionen in Politik und Gesellschaft

»Der Neokonservatismus ist das Netz, in das sich der Liberale fallen lassen kann, wenn er vor seinem eigenen Liberalismus Angst bekommt.«

Peter Glotz

In und zwischen den Dimensionen einer historischen, moralischen, civilpolitischen, außenpolitischen und kapitallogisch-systematischen Normalitätsableitung herrschen Spannungen vor, die den inneren, dialektischen Widerspruch des Begriffs in der politischen Sphäre ausmachen. So lange, wie dieser Widerspruch als Resultat der inhaltlichen Differenzen zwischen den Positionen der politischen Öffentlichkeit selbst noch nicht als Teilresultat der Normalisierung eingeebnet war, verlief die Bewegung der Normalisierung nicht gradlinig. Die Politik der Normalisierung war vielmehr solange ein Kampfplatz zwischen liberalen und konservativen Vorstellungen, die aber im Zuge der Normalisierung zunehmend ihre Angleichung aneinander erfahren haben. Die Angleichung macht mithin selbst ein Bestandteil der Normalisierung aus, bedeutet gleichsam die Normalisierung der Normalisierer.

Das Resultat der Einebnung der qualitativen Differenzen: der Homogenisierung des Nicht-identischen in den politischen Positionen zwischen Liberalen und Konservativen als Ausdruck des herrschenden Geists ist *Eindimensionalität*, ein »Verlust von Dialektik, d.h. von Widerspruch und Antagonismus aus Praktiken wie aus Diskursen«<sup>268</sup>. Normalisierung verstanden als *Eindimensionalisierung* meint postmoderne Einebnung utopischer Gehalte durch die alltagspragmatische Realpolitik.<sup>269</sup> Dies gilt sowohl für die schwarz-gelbe Bundesregierung zwischen 1989 und 1998 als auch für die rot-grüne Bundesregierung seit 1998; das Phänomen

---

<sup>268</sup> Jürgen Link: Versuch über den Normalismus, a.a.O., S. 109.

<sup>269</sup> Hinsichtlich der Bewertung der Aktualität von *Eindimensionalität* siehe die noch in Arbeit befindliche Dissertation von Tatjana Freytag.



war jedoch bereits in der alten Bundesrepublik zu beobachten.<sup>270</sup> Damit soll nicht gesagt werden, daß heute gänzlich keine Unterschiede mehr zwischen Liberalen und Konservativen in den politischen Positionen zu erkennen sind, aber die Differenzen sind zunehmend weniger qualitativ als viel mehr quantitativ ausgerichtet, d.h., daß das Politische generell an utopischer Normativität eingebüßt hat. Mit anderen Worten: Es geht, wie schon Theodor W. Adorno in seinem Aufsatz zum »Fortschritt« schrieb,<sup>271</sup> nicht mehr um Fortschritt *des* gesellschaftlichen Ganzen, sondern nur noch um Fortschritt *im* Ganzen. Die großen Parteien orientieren sich als *Volksparteien* an der sogenannten ›Neuen Mitte‹<sup>272</sup>; in dieser gilt Konformität als unscheinbare und harmlose Normalität.<sup>273</sup> »Die in der Idealisierung der Mitte angestrebte kleinbürgerliche ›Lösung‹ des Widerspruchs von oben und unten oder links oder rechts ist ein logisches Unding, wo doch der Topos ›Mitte‹ letztlich nur ein Verweis auf die Polarität der Extreme beinhaltet. Die kleinbürgerliche Vorstellung von der Mitte bezieht sich damit auf real nicht Vorhandenes.«<sup>274</sup>

Der Angleichungsprozeß zwischen den politischen Lagern, der den Normalisierungsprozeß des deutschen Staates durchsetzungsfähig machte, wirkte wenn auch verhalten aufgrund der ideologischen Systemkonfrontation schon während des Kalten Krieges. Dieser war aber aus weltpolitischen Gründen in den Jahren nicht gleichermaßen wirkmächtig. Zwischen 1945-1989 war der Angleichungsprozeß aufgrund der besonderen Lage Deutschlands als geteilter

---

<sup>270</sup> Siehe Michael Jägers Ausführungen zum *kybernetischen Politikmodell* als neuer Herrschaftszuschnitt, in dem »Demokratie nur noch eine Technik [ist] zur Optimierung von Verschleiß- und Ersatzprozessen. Jede Glühbirne fällt einmal aus, dann muß die gleiche andere Birne zur Stelle sein: der andere Block soll sie haben und einschrauben. Politik könnte da nur stören. Man hat errechnet, daß ein kybernetisches System dann am wenigsten störanfällig ist, wenn es zu etwa 50 Prozent aus Ersatzteilen besteht – diese Bedingung erfüllt eine ›Opposition.« – Michael Jäger: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik, a.a.O., S. 24. – Siehe auch Michael Jäger: Blöcke, a.a.O., S. 261-267.

<sup>271</sup> Vgl. Theodor W. Adorno: Fortschritt, in: Ders.: Stichworte. Kritische Modelle 2, Frankfurt a.M. 1969, S. 29-50.

<sup>272</sup> »Die Bundesrepublik Deutschland lebt vom Mythos der ›Mitte‹; jedoch von dieser ›Mitte‹ droht die eigentliche Gefahr für die Demokratie.« – Oskar Negt: Die Misere der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, a.a.O., S. 41.

<sup>273</sup> »Es gibt aber keine harmlose Normalität, der ›Normale‹ ist schon auf dem Weg zum Handlungsgehilfen des politischen Systems. Nur wer zu nichts Bürgerlichem taugt, taugt auch nicht zum Faschisten.« – Peter Brückner: Das Abseits als sicherer Ort. Kindheit und Jugend zwischen 1933 und 1945, Berlin 1980, S. 64. – »In der sozialen Dimension sehen sich die Kleinbürger als ausgleichende Mitte zwischen oben und unten; in ökonomischer Hinsicht leben sie von der Idee der Selbständigkeit aus dem persönlichen Arbeitseigentum; im politischen Bereich hegen sie rückwärtsgewandte Utopien vom Ständestaat.« – Berthold Franke: Die Kleinbürger, a.a.O., S. 7. – »Die Orientierung nach oben und die Angst vor dem Abrutschen nach unten, eine prinzipielle Neigung zur Unschlüssigkeit, zum Schwanken und zu Opportunismus, Neid, Borniertheit, Egoismus und feiges Kompromißertum sind die Folgen: politische Identität seiner sozialökonomisch nichtidentischen Klasse. Der politische Ratgeber des Kleinbürgers ist allemal die Angst vor gesellschaftlicher Bewegung. Sie führt ihn schließlich ins reaktionäre Lager (...).« – Franke, a.a.O., S. 102. – »In der Volksgemeinschaft erfüllt sich der alte kleinbürgerliche Traum von der Universalisierung der Mitte: wo Klassen und ›soziale Gegensätze‹, wo ›zersetzende Einflüsse‹ waren, soll Volk werden. Die Rolle der Mitte als Schmelztiegel aller sozialen Gegensätze übernimmt das Volk; das Volk ist die neue, die eigentliche Mitte. Es ist ein Volk von Kleinbürgern, denn im Beispiel des Mittelstandes ist dieser völkischen Erhebung Maß und Vorbild gegeben.« – Franke, a.a.O., S. 202.

<sup>274</sup> Franke, a.a.O., S. 60.

Frontstaat im Kalten Krieg eingedämmt gewesen und wirkte bis zur Auflösung der bipolaren Weltordnung 1990/91 verhaltener als in den Jahren danach. Während im (links-)liberalen Lager nach 1945 auch die Vision eines *neuen* Deutschlands vorherrschte,<sup>275</sup> ging es im konservativen Lager schon bald fast ausnahmslos um *Restauration*.<sup>276</sup>

Die Restaurationsthese wurde erstmals erhoben von Hans Werner Richter (Gruppe 47), der in der Zeitschrift »Der Ruf« 1946 kritisierte, daß es nach Kriegsende in Deutschland nicht zu einer notwendigen revolutionären Neuordnung komme.<sup>277</sup> Der katholische Publizist Walter Dirks griff das Thema auf und schrieb vier Jahre später in den von ihm selbst herausgegebenen »Frankfurter Hefte« einen bedeutenden Aufsatz,<sup>278</sup> in dem es nicht bloß darum ging, die Integration von Altnazis in der jungen Bundesrepublik zu kritisieren – dies begriff Dirks als Verwechslung von Ursache und Folge<sup>279</sup> – vielmehr nahm Dirks eine komplexe Bestimmung des Restaurationsbegriffes vor.<sup>280</sup> Unter »Restauration« verstand er nicht bloß die *Wiederher-*

---

<sup>275</sup> »Die völlige Zerschlagung des Nationalsozialismus und die Teilung Deutschlands hatten ein großes institutionelles und politisches Vakuum hinterlassen, das bei der Linken Hoffnungen auf eine Umstrukturierung und Demokratisierung der Wirtschaft in einem wiedervereinigten, nicht bewaffneten und friedlichen Deutschland nährte. Die Vision der Linken hatte vier Schwerpunkte: Mitbestimmung; eine staatliche gelenkte Wirtschaft, in der Markt eine wichtige, aber begrenzte Rolle spielen sollte; Ostpolitik/Wiedervereinigung und schließlich Abrüstung. Man kann mit gutem Grund davon ausgehen, daß die überwältigende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung diese Vision teilte.« – Andrei S. Markovits / Philip S. Gorski: Grün schlägt Rot. Die deutsche Linke nach 1945, Hamburg 1997, S. 62f.

<sup>276</sup> Anfang der 50er Jahre waren CDU/CSU und SPD noch durch wesentliche Differenzen auseinanderzuhalten, auch wenn Walter Dirks bereits ahnt, daß es dabei nicht bleiben würde, da die *restaurativen Kräfte* in beiden Parteien in der Mehrzahl sind. 1950 schreibt Dirks: »Noch immer kämpft und arbeitet in der CDU/CSU christlicher Geist gegen den Geist der Restauration, ebenso wie in der SPD sozialistischer Geist dagegen kämpft, aber in beiden Parteien liegt das Schwergewicht auf der restaurativen Seite. Die Formel der politischen Demokratie, welche beide Parteien verbindet, ist ehrlich gemeint; gemeinsam ist beiden auch der Griff nach der Staatsbürokratie, einer mächtigen und anspruchsvollen Staatsbürokratie. Auf der rechten Seite mischt sich dieser Wille mit Wirtschaftsliberalismus, mit patriarchalischen Vorstellungen, mit dem Traumbild einer Gesellschaft, in der die Persönlichkeiten, die Honoratioren, die kirchlichen Würdenträger ihre Rolle spielen – auf der linken mit dem Wunschbild einer perfekten sozialen Apparatur.« – Walter Dirks: Der restaurative Charakter der Epoche, in: *Frankfurter Hefte* 5, (1950), S. 942-954, wieder abgedruckt in: *Konservatismus*, hg. v. Hans Gerd Schumann, Köln 1974, S. 262-275; S. 269. – Mit ihrem Godesberger Programm Ende der 50er Jahre wurde auch die SPD eine Volkspartei. »Der wichtigste Wendepunkt dieser Phase der Geschichte der Bundesrepublik lag zweifellos in der endgültigen Anpassung der SPD an die außenpolitischen, militärpolitischen und gesellschaftspolitischen Grundentscheidungen, die unter Führung der Unionsparteien für die Politik der Bundesrepublik getroffen worden waren. Durch ihr Godesberger Programm nun auch deklaratorisch abgesichert, ging die westdeutsche Sozialdemokratie den Weg hin zur »Volkspartei«, d.h. zur Gewinnung größerer Teile der Mittelschichten und zum Kompromiß mit der Unternehmerschaft. Man kann wohl annehmen, daß eben dadurch die vergleichsweise glatte Verarbeitung der politischen und wirtschaftlichen Verunsicherungen der Bundesrepublik in den Sechziger Jahren ermöglicht wurde.« – Arno Klönne: *Zurück zur Nation? Kontroversen zu deutschen Fragen*, Köln 1984, S. 22.

<sup>277</sup> Siehe Hans Werner Richter: »Deutschland ist ein ...«, in: *Der Ruf* vom 15.11.1946.

<sup>278</sup> Vgl. Walter Dirks: *Der restaurative Charakter der Epoche*, a.a.O., S. 262-275. – Siehe auch Eugen Kogon: »Die Aussichten der Restauration. Über die gesellschaftlichen Grundlagen der Zeit«, in: *Frankfurter Hefte*, Nr. 7, Jg. 1952, S. 165-177, wiederabgedruckt in: *Konservatismus*, a.a.O., S. 276-289.

<sup>279</sup> »Unsere ausländischen Freunde beschwerten sich über die große Zahl der früheren Pg in dieser Bürokratie – aber sie verwechseln manchmal Ursache und Folge, wenn sie darin die Ursache gewisser Mängel des deutschen Staates sehen: nicht weil die Nazis am Ruder sind, werden reaktionäre Dummheiten gemacht, sondern weil man die Bürokratie restauriert, braucht man die alten Pg-Beamten.« – Walter Dirks: *Der restaurative Charakter der Epoche*, a.a.O., S. 270.

<sup>280</sup> Siehe dazu auch die noch in Arbeit befindliche Dissertation von Gregor Kritidis, von der man sich hinsichtlich der Bewertung des Restaurationsbegriffes einiges versprechen darf.

stellung der kapitalistischen Wirtschaftsform, der Bürokratie oder die Fortsetzung der reaktionären obrigkeitsstaatlichen Traditionen, sondern einen Prozeß, in welchem aufgrund des industriellen Fortschritts ein nahtloses Anknüpfen an die obrigkeitsstaatlichen Traditionen, Bürokratie und Ökonomie ohne Berücksichtigung des gesellschaftlichen Wandels gar nicht möglich wäre. Restauration sei gleichsam ein »natürlicher« Vorgang,<sup>281</sup> d.h. der »Weg des geringsten Widerstandes«;<sup>282</sup> »sie entsteht mehr aus der Trägheit (der sehr geschäftigen Trägheit) der Menschen als aus ihrem Willen. (...) Die Restauration weiß nicht, was sie tut, sie hat insgesamt ein verworrenes, im einzelnen oft ein falsches Bewußtsein und meist sogar ein gutes, wenn auch irriges Gewissen.«<sup>283</sup> Was aber europaweit versäumt worden sei, wäre die geschichtliche Aufgabe der ›Völker Europas‹ gewesen: »nach dem Zusammenbruch der alten Welt eine menschlichere aufzubauen«. Statt dessen wurde einfach nur ›wieder aufgebaut.«<sup>284</sup>

Historisch geht der Restaurationsbegriff auf die Zeit des Wiener Kongresses (1815) und auf die Metternich-Ära, die bis zur Julirevolution 1830 reichte, zurück. Zu dieser Zeit verstand man darunter die Wiederherstellung der Monarchie. Das *ancien régime* konnte aber aufgrund des sozialen Fortschritts gar nicht mehr identisch wiederhergestellt werden. – Carl Ludwig von Haller (1768-1854) prägte in den deutschen Ländern den Restaurationsbegriff dieser Epoche als *Rückkehr zur Natur* (Gottesgnadentum als natürliche Ordnung) und verstand darunter die Wiederherstellung jener »fortschrittlichen« Ordnung, welche dann im 16. Jahrhundert durch Martin Luther und die Reformation, die von Haller als den zweiten Sündenfall verstand, bis zu der bürgerlichen Emanzipationsbewegung ihren vermeintlich unheilvollen Lauf genommen habe.<sup>285</sup>

---

<sup>281</sup> »(...) nichts ist ›natürlicher‹, als wiederherzustellen, was gewesen ist. So geschieht die Restauration aus der Schwerkraft der menschlichen Natur, sie ist das Naheliegende und Wahrscheinliche, und viele Menschen, die niemals vom absoluten Anruf des sozialen Gewissens erweckt und erschüttert worden sind, schwimmen im Strom der Restauration so munter, so gewissenlos und mit so gutem Gewissen, wie die Fische im Wasser, in ihrem natürlichen Element. Die eigentliche Sünde der Restauration ist die Sünde der Unterlassung: derer, die berufen waren oder sind, jene menschlichere Welt zu erdenken, zu erfüllen, zu erkämpfen, zu erproben. Die eigentlichen Schuldigen sind die zur Erneuerung Berufenen, die zu bequem sind, die Inbrunst des Gefühls, die Anstrengung des Begriffs, die Mühe und das Risiko der Tat, die Mühe des Dienstes, das Kreuz des Opfers auf sich zu nehmen. Die eigentlichen Schuldigen sind die matten Christen und die matten Sozialisten, die ausweichen: entweder in die Revoluzzerei, den Radikalismus, die revolutionäre Ideologie und den revolutionären Lyriismus oder in die Geschäftshuberei, in ›das gute Werk‹, den Praktizismus oder aber in den Verzicht, die Resignation, das Privatleben, die ›Religion‹.« – Dirks, a.a.O., S. 266.

<sup>282</sup> Vgl. Dirks, a.a.O., S. 262.

<sup>283</sup> Dirks, a.a.O., S. 265.

<sup>284</sup> »Die Welt, die sich selbst zerstört hat, ›wiederaufzubauen‹, heißt ja, eine Welt wiederaufzubauen, die abermals den Keim des Unheils in sich trägt. So zu existieren, ist lebensgefährlich für uns und unsere Kinder, obwohl die Restauration sich selber geradezu als eine Versicherung gegen Lebensgefahr versteht.« – Dirks, a.a.O., S. 262. – ›Restauration‹ ist die Wiedereinführung von Herrschaftsstrukturen, die eine Wiederholung der Geschichte möglich macht; als Tragödie, nicht als Farce. – Mit der Adenauer-Ära ist die Phase der Restauration eingegrenzt. Die Nach-Adenauer-Ära ist nicht mehr die Zeit der Restauration, sondern eine restaurierte Zeit. Normalisierung setzt den Prozeß der Restauration auf deren Basis fort: bis 1989/90 und vor allem danach.

<sup>285</sup> Vgl. Carl Ludwig von Haller: Restauration der Staatswissenschaft oder Theorie des natürlich-geselligen Zustands, der Chimäre des künstlich-bürgerlichen entgegengesetzt, Bd. 1-6, Winterthur 1816-1834.

Auf diesen klassischen Begriff der Restauration sich zu beziehen, davor warnt Dirks, weil man zwangsläufig die Möglichkeiten unterschätze, die der Restauration im Bündnis mit der ›Realpolitik‹ gegeben seien. »Die ›Realpolitik‹ ist immer ein gewichtiges Element der Restauration. In einer doppelten Bedeutung: als die Politik der greifbaren Tatsachen des Vordergrundes und der Gegenwart, und als die Politik, die für die Zukunft nicht mit dem möglichen Guten, sondern mit dem wahrscheinlichen Bösen rechnet. (...) Die Restauration machen als Realisten im übrigen nicht nur böse, sondern auch viele nützliche Dinge. Sie sind weder Verbrecher noch Sadisten, sondern normale, ja allzu normale Menschen.«<sup>286</sup> – Das unterscheidet Akteure der Restauration von Reaktionären oder Konservativen, die freilich auch unter den Akteuren der Restauration zu finden seien, aber auch Liberale und Linke gehörten zu ihnen, weil sich der Restauration niemand entziehen kann; jeder verstrickt sich durch den Zwang des Überlebens und des Mitmachens in den restaurativen Geist der Zeit. »Restauration (...) ist ein Vorgang, ein Prozeß, ein Zustand, ein Klima; sie hat viele Subjekte, die wohl miteinander zusammenhängen, die aber durchaus nicht miteinander zu kooperieren brauchen.«<sup>287</sup>

Nach 1945 bot für Walter Dirks, Eugen Kogon und andere die katholische Soziallehre<sup>288</sup> im Kampf gegen die Restauration in Deutschland Anknüpfungspunkte für einen sogenannten ›Dritten Weg‹ zwischen Kapitalismus, wie er für den Weg in die Katastrophe mitverantwortlich gemacht wurde, und Sozialismus, wie er in der Sowjetunion erstarrt war. Die Orientierung an der katholischen Soziallehre kam nicht von ungefähr, sondern stand im Kontext der Diskreditierung des politisierten Protestantismus, der eine Affinität zum Preußentum hatte. Helmuth Plessner erkannte in der Reformationsbewegung und in Martin Luther eine ideologische Revolte gegen die römischen Rechtsprinzipien, die später mit der bürgerlichen Revolution von 1789 in der geschaffenen *Republik* Frankreich realisiert wurden und wiederum in den

---

<sup>286</sup> Walter Dirks: Der restaurative Charakter der Epoche, a.a.O., S. 263.

<sup>287</sup> Dirks, a.a.O., S. 264.

<sup>288</sup> Dirks knüpft an die Lehre des Christentums in Abgrenzung zur CDU an: »Das Christentum ist nicht ohne weiteres ein politisches Prinzip. Eine wahrhaft christliche Partei müßte eine revolutionäre christliche Bewegung sein, eine sehr unbequeme Bewegung, denn die Forderungen des Christentums sind unbequem, und sie richten sich nicht an die anderen, nicht an den Staat, an die Partner, sondern an die Christen selbst. Das Opfer ist eine politische Zumutung, und die Verwirklichung der Gerechtigkeit ist ein revolutionäres Ziel. (...) Wird diese heroische Form einer christlich-politischen Bewegung verfehlt, so steht eine christliche Partei in Deutschland (...) in der schweren Versuchung, eine restaurative Partei zu werden. Denn sie wird nach der Lage der Dinge eine Partei von vielen Kleinbürgern und Mittelständlern, angesehenen und christlich sanktionierten Honoratioren und Würdenträgern, Bauern und einer Schicht von Arbeitern sein, die in gewisser Hinsicht eine positive Auslese aus der Arbeiterschaft ist, sich aber nicht gerade durch die politische Energie auszeichnen wird. Es gibt heutzutage kein unpolitisches Christentum mehr: wo es nicht als erneuernde Kraft wirkt, wirkt es als die Sanktion des Bestehenden.« – Dirks, a.a.O., S. 269. – Das gleiche gilt auch für die SPD, wenn man als moralische Bezugsgröße statt das Christentum den ›Humanismus‹ nimmt, der die Werte des Christentums in säkularisierter Form in sich aufgehoben hat und im ›westlichen Marxismus‹ eine wesentliche Bezugsgröße ist.

deutschen Landen in Gestalt der Romantik und des »Franzosenhasses« bekämpft wurden.<sup>289</sup> Am Verlauf des nördlichen Limes des alten Römischen Reiches scheideten sich räumlich die römisch-katholischen und die lutherisch-protestantischen Schichten der deutschen Bevölkerung.<sup>290</sup> Während in den geographischen Regionen jener, etwa in den linksrheinischen Gebieten, die Begeisterung für die französische Revolution am größten, sogar von der Existenz deutscher Jakobiner die Rede war,<sup>291</sup> nahm die Ablehnung der bürgerlichen Prinzipien in den (nördlichen) Regionen des Protestantismus zu;<sup>292</sup> dort waren die Menschen auch viel später in der Geschichte mit dem Christentum in Berührung gekommen, hatten ihre heidnisch-germanische Religion später abgelegt und waren dann im Zuge der Reformation auch empfänglicher für den Protestantismus, den Plessner als eine Revolte nicht nur gegen den Katholizismus, sondern auch gegen das Römische begreift.<sup>293</sup> Mit dem Staate Preußen war schließlich ein protestantisches Machtzentrum aufgestellt, das im Kern antiwestlich, d.h. antifranzösisch eingestimmt war. Fatal für die Geschichte war es, daß Preußen das einzige fortschrittliche Staatengebilde in den deutschen Landen gewesen war, das die Stärke und Wirkmacht besaß, zur Form eines Nationalstaats zu werden, aber keine eigenständige Staatsidee besaß.<sup>294</sup>

---

<sup>289</sup> Vgl. Helmuth Plessner: Die verspätete Nation, a.a.O., S. 54ff. – »Deshalb ist Deutschlands Gegner auch nicht der Süden, das wirkliche Rom, denn von daher droht in der neueren Zeit keine eigentliche Gefahr. Italien wird eine politische Macht erst 1870 (...). Nur von Frankreich kommt die große politische und geistige Bedrohung, von dem Staat Ludwig XIV., der Aufklärung, der Revolution und ihrer cäsarischen Erfüllung in Napoléon.« – Plessner, a.a.O., S. 57. – Von Frankreich kommt mit der französischen Staatsidee der »spezifisch westliche Geist normalisierter Durchschnittlichkeit« – Ebd. – Die »Feindschaft gegen das Römische« erscheint als Ressentiment gegen den modernen Repräsentanten des Römischen: gegen Frankreich.

<sup>290</sup> »Deutschland tendiert geistig nach Westen, seine Achse ist der Rhein, während seine politischen Möglichkeiten nach Osten weisen. Östlich der Elbe hat sich Preußens Geschichte entschieden, liegt Berlin. An diesem *Auseinandertreten politischer und kultureller Blickrichtung* leidet Deutschland.« – Plessner, a.a.O., S. 55.

<sup>291</sup> Die »Feindschaft gegen das Römische« hat in Österreich, im katholischen Süddeutschland und Rheinland keinen Sinn und verrät die Einseitigkeit norddeutscher, preußischer, evangelischer Perspektive. Da diese Perspektive jedoch für Deutschlands staatliche Entwicklung unter Preußens Führung maßgebend geworden, das Bismarcksche Reich vom preußischen Geist getragen ist, rückte der Begriff des deutschen Volkes trotz seiner Neutralität gegen staatliche und konfessionelle Gegensätze in die Blickrichtung der politischen Herrschicht.« – Ebd.

<sup>292</sup> Die »Verspätung« der deutschen Nation führt Plessner auf die »religiösen Triebkräfte« zurück. Der Protestantismus ist ein wesentlicher Grund für die »deutsche Verspätung«: »Auf lutherischem Boden hat sich eine Aufklärungskultur jedenfalls nicht entwickeln können. Ihr Produkt, der innerweltlich-rationale Staat demokratisch-parlamentarischer Form, ist Deutschland innerlich fremd geblieben.« – Plessner, a.a.O., S. 58.

<sup>293</sup> Das Römische Reich hat als »kultivierende Weltmacht« in seiner Ausdehnung »die Germanen in den Lichtkreis der Geschichte gezogen und sie als römisch-katholische Kirche christianisiert«. – Plessner, a.a.O., S. 54. – Der Protestantismus bleibt zwar im christlichen Rahmen, befreit sich aber vom Einfluß der römisch-katholischen Kirche.

<sup>294</sup> »Die einzige Macht im Reich, die in den für die Formung des modernen Bewußtseins entscheidenden [17. und 18.; MH] Jahrhundert aufsteigt, Preußen, bildet sich zwar als Staat, aber nur in Form und Funktion, in den Attributen des politischen Lebens, nicht in seiner Substanz. Konfessionelle Gegenstellung zu Kaiser, territoriale Begrenztheit und Landesherrtum verhindern, daß der preußische Staat eine eigene Staatsidee entwickelt. Preußen aber wird schließlich im Zuge der Nationalisierung »das Reich«, national ein Fragment, und so entsteht im europäischen Raum eine Großmacht ohne Staatsidee.« – Plessner, a.a.O., S. 47. – Wenn man Deutschland in seinen Grenzen von 1871 als das Kernland des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation begreift, jedenfalls das, was zuletzt nach der Auflösung und der Umbenennung zum Deutschen Bund davon übriggeblieben ist, nachdem in den vergangenen Jahrhunderten von jenem Reiche sich Gebiete abgetrennt und zu eigenständigen

Von Preußen ging daher als treibende Kraft die Einigung des deutschen Reiches 1870/71 aus; es ging aber in diesem nicht auf, sondern blieb ein antiwestliches Machtzentrum im Bismarckschen Reich, das auch für die Entstehung des ›Dritten Reiches‹ und dessen antiwestliche Einstellung eine erhebliche Rolle gespielt hat.

Dirks Arbeit am Begriff machte es möglich, die Restauration als eine erneuernde aber rückwärtsgewandte Wiedergeburt (Renaissance) zu verstehen, d.h. so wenig, wie 1815 die reaktionären Kräfte mit der Monarchie nicht auch das *ancien régime* wiederherstellen konnten, so wenig war es aufgrund des sozialen und industriellen Fortschritts möglich, 1945 zu den alten obrigkeitsstaatlichen Traditionen und Klassenverhältnissen zurückzukehren.<sup>295</sup> Preußen und das preußische Junkertum waren von der Bildfläche verschwunden, die Eigentumsgrundlage und die Klassenverhältnisse hatten sich grundlegend gewandelt.<sup>296</sup> Die Hauptstadt der Bundesrepublik wurde Bonn, nicht Berlin, womit auch eine nicht nur symbolische Orientierung nach Westen, nicht nach Osten und Norden verbunden war: eine Abkehr von der preußisch-protestantischen Dominanz und eine Hinwendung zur römisch-katholischen Tradition, welche auch in der Gestalt von Konrad Adenauer (statt Kurt Schumacher) als erster Bundeskanzler der Bundesrepublik verkörpert war. Adenauers Politik bestand in der schrittweisen Resouveränisierung des westdeutschen Staates, worunter auch die Wiederbewaffnung zu fassen ist, aber vor allem in der Westbindung, ohne die selbst eine beschränkte Souveränität nicht zurückzuerlangen gewesen wäre und die ihm wichtiger war als die deutsche Einheit, während Schumacher in dieser Hinsicht einen deutlich nationalistischeren Standpunkt vertrat. In Bezug auf die Westbindung zählte Jürgen Habermas sich selbst rückblickend zur »Adenauerschen Linken«. Der »westliche Marxismus« habermasscher Auslegung bestand retrospektiv bei aller Kritik am Kapitalismus im besonderen Maße in der Einsicht, daß die Westbindung ein unver-

---

territorialen Nationalstaaten geworden waren, dann ist es nicht verwunderlich, daß dieses Kernland, das den Bruch mit dem Kaiser nicht vollzog, bis zuletzt am Reichsgedanken festgehalten hat: Es war geschichtlich unfähig, das Neue zu verkörpern, es verkörperte zwangsläufig die Vergangenheit. »Keiner der Landesfürsten kann ohne Bruch mit dem Kaiser die Idee der Nation von der Idee des heiligen Reiches loslösen (...).« – Plessner, a.a.O., S. 46.

<sup>295</sup> »*Restaurationen sind niemals konsequent.* Ein ›wiederhergestelltes‹ Haus ist niemals ganz das alte Haus. (...) Die Bourbonen von 1814 sind nicht dieselben wie die von 1792, Hindenburg war nicht ganz Wilhelm I., die Bonner Republik ist nicht ganz die von Weimar. Die Restauration ist eine selbständige Integration, in der die Absicht der Wiederherstellung (aus Angst, Romantik und Interesse) überwiegt, in der viele Elemente der Vergangenheit tatsächlich wiederhergestellt werden, die aber auch einen Teil der neuen Elemente in sich einbauen muß, um überhaupt wirksam und erfolgreich sein zu können.« – Walter Dirks: *Der restaurative Charakter der Epoche*, a.a.O., S. 265. – In diesem Sinne ist auch die Normalisierung restaurativ; denn Wiederherstellung von Souveränität hat sich nicht nur an der Souveränität des traditionellen Nationalstaats, sondern auch an einem durch EU-Europa gewandelten und durch die supranationalen Systeme (UN, KSZE etc.) eingeschränkten Souveränitätsbegriffs zu orientieren.

<sup>296</sup> »Das kapitalistische Wirtschaftssystem innerhalb der politischen Demokratie hat (...) die Eigentumsgrundlage unserer Gesellschaft außerordentlich erweitert, bis die geschichtlichen Ereignisse selbst sie für groß und klein fast völlig zerrütteten. So gibt es also heute, in den Demokratien Kontinentaleuropas weder ein klares Klassenbewußtsein noch eine klare Klassenherrschaft mehr. Früheres unter solchen Umständen hier einfach restaurieren zu wollen, ist unmöglich geworden.« – Eugen Kogon: *Die Aussichten der Restauration*, a.a.O., S. 287.

zichtbarer Schutz vor einer Wiederholung deutschen Weltmachtstrebens sei – sowie ein Schutz vor dem Expansionsdrang der Sowjetunion. Die zu dieser Zeit entstandenen außenpolitischen Prinzipien der Westbindung sowie die exponierten zweigleisigen Beziehungen zu den USA und zu Frankreich machten die Bundesrepublik wirtschaftlich stark – so stark, daß die Bindungen an Europa und die USA heute zu einem mindestens gleichberechtigten Verhältnis des deutschen Staates zu seinen wichtigsten Bündnispartnern geführt haben.

Mit anderen Worten: In dem von Dirks vorgestellten Restaurationsbegriff, waren die Fronten zwischen links und rechts auf mehreren Ebenen verschoben und derart komplex ineinander verwoben, daß eine einfache Polarisierung zwischen liberal (= fortschrittlich) und konservativ (= reaktionär) schlechterdings kaum möglich war;<sup>297</sup> nur so ist die ansonsten paradox anmutende Wendung der ›Adenauerschen Linken‹ verständlich. Im Zuge der sechziger Jahre nahm die Komplexität des Restaurationsbegriffes allerdings ab und die Polarisierung zu,<sup>298</sup> weshalb Gerhard A. Ritter von Tendenziosität spricht.<sup>299</sup> »Für die spätere Zeit nach der Gründung der Bundesrepublik wird der Begriff der Restauration, der bewußt Stagnation und Inflexibilität impliziert, nicht dem Wandel gerecht, der im politischen System eingetreten ist, vor allem aber Wirtschaft und Gesellschaft und schließlich auch die Verhaltensweisen und die Mentalität der Menschen von Grund auf verändert hat.«<sup>300</sup> Auch bemängelt Ritter, daß nicht klar gewesen sei, auf was sich der Begriff überhaupt bezöge: auf die Wiederherstellung der NS-Zeit, die Weimarer Republik oder obrigkeitsstaatlich-autoritäre Elemente des Kaiserreiches. Inzwischen sei die Restaurationsthese in der Forschung – jedenfalls ihre »sterile Fixierung« aufgegeben worden. Ritter vertritt die Ansicht, daß »Modernisierung« der Begriff sei, der auf die 1950er Jahre der Bundesrepublik besser passe.<sup>301</sup>

---

<sup>297</sup> »Ob in der Regierungskoalition oder in der Opposition: der viel wichtigere Schritt zwischen den Kräften der Erneuerung und denen der Restauration geht quer durch die beiden Lager hindurch, obwohl aus vielen Gründen das neoliberal-christlich-demokratische Regiment mit der Restauration besonders zu tun hat.« – Walter Dirks: Der restaurative Charakter der Epoche, a.a.O., S. 274.

<sup>298</sup> Vgl. Rolf Badstübner: Restauration in Westdeutschland 1945-1949, Berlin (Ost) 1965.

<sup>299</sup> Vgl. Gerhard A. Ritter: Über Deutschland, a.a.O., S. 14.

<sup>300</sup> Ritter, a.a.O., S. 15.

<sup>301</sup> Von ›Modernisierung‹ ist auch nach 1989/90 wieder verstärkt die Rede, es ist vor allem im politisch-ökonomischen Bereich ein Synonym für ›Normalisierung‹, während ›Restauration‹ den Sachverhalt der Normalisierung nur dann trifft, wenn man an der Begrifflichkeit von Walter Dirks anknüpft, d.h. in ihr die modernisierenden Aspekte betont, was geboten erscheint. Die Moderne ist allerdings ein epochaler Begriff; die moderne Epoche beginnt im 16. Jahrhundert und zieht sich bis in die Gegenwart hindurch. Was kann dann ›Modernisierung‹ bedeuten, wenn nicht einen Prozeß, der sich reflexiv auf die Moderne bezieht und damit die Moderne entwickelt und stets unter sich wandelnden Bedingungen neu konstituiert. Der moderne Fortschritt seit dem 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart ist derart fundamental, daß auch schon von der ›zweiten Moderne‹ die Rede ist (Ulrich Beck) – was die gesellschaftlichen Verhältnisse nur vernebelt – oder sogar von der ›Postmoderne‹ – was an den Verhältnissen vorbeigeht. Akzeptiert man die postmodernistischen Implikationen, dann gerät der Begriff der ›Modernisierung‹ ins Hintertreffen und kann nur die ›Wiederherstellung‹ der Moderne unter gewandelten Vorzeichen bedeuten: ›Restauration‹. – Die Vorzeichen können als gewandelte Norm nicht ignoriert werden; mit ›Reaktion‹ hat der Prozeß mithin überhaupt nichts zu tun. ›Normalisierung‹, ›Restauration‹ und ›Modernisie-

Die Befreiung vom Faschismus ermöglichte im Rahmen der re-education-Programme, so Karl Otto Apel, eine radikale Neuorientierung der Moral: eine Abkehr von der »Law and Order-Moral« und den »preußischen Tugenden« (Fleiß, Gehorsam, Ordnungsliebe, Sorgfalt, Tapferkeit etc.), die auch das reibungslose Betreiben eines Konzentrationslagers ermöglichten, sowie eine Hinwendung zur sogenannten »postkonventionellen Moral« (Humanität, Universalismus, Kosmopolitismus), d.h. zu ethischen Leitprinzipien, die sukzessive verrechtlicht werden und den objektiven Geist der gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen bestimmen (Rechts- und Sozialstaat, selbstbeschränkte Friedensmacht).<sup>302</sup> »Nie wieder Krieg!« und »Nie wieder Auschwitz!« konnten als die Grundsäulen der moralischen Neuorientierung der Bundesrepublik gelten,<sup>303</sup> die sich als Rechtsnachfolgerin des ›Dritten Reiches‹ verstand.<sup>304</sup> Die linksliberale Vorstellung von Normalität zielte auf das Selbstverständnis Deutschlands als *Friedensmacht*. Erste Kompromisse der Moral an den realpolitischen Zeitgeist fanden schon in der Adenauerära, z.B. mit der Wiederbewaffnung, statt. Linksliberale konnten hier noch sagen, daß die Wiederbewaffnung ein Projekt der konservativen Eliten sei, welches sie bekämpften.

Die Suche nach einem »Dritten Weg« wurde allmählich abgeschwächt, bzw. vom mittlerweile aufgekommenen ›Wirtschaftswunder‹ und den Errungenschaften der ›sozialen Marktwirtschaft‹ absorbiert,<sup>305</sup> wenngleich der Kalte Krieg die Suche nach Alternativen auch genährt hat. Aber mit dem Vertrauen in den demokratischen Verfassungsstaat entwickelte sich im Rahmen der ›postnationalen Konstellation‹ unter den Liberalen und vielen Linken eine relative Zufriedenheit, die sich mit dem von Jürgen Habermas geprägten Begriff des ›Verfassungs-

---

runge‹ unterliegen gleichermaßen einem historischen Prozeß, sind notwendig auch ›Renaissance‹ (erneuernde Wiedergeburt).

<sup>302</sup> Vgl. Karl Otto Apel: Zurück zur Normalität? – Oder könnten wir aus der nationalen Katastrophe etwas Besonderes gelernt haben? Das Problem des (welt-)geschichtlichen Übergangs zur postkonventionellen Moral aus spezifisch deutscher Sicht, in ders.: Diskurs und Verantwortung. Das Problem des Übergangs zur postkonventionellen Moral, Frankfurt a. M. 1990, S. 370-474; S. 424. – Vgl. auch Walter Resse-Schäfer: Karl Otto Apel zur Einführung, mit einem Nachwort von Jürgen Habermas, Hamburg 1990, S. 27f.

<sup>303</sup> »Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! – das waren Parolen, die die politische Struktur der Gesellschaftsordnung verändern wollten, aber gleichzeitig darauf gerichtet waren, die Grundlagen der Wirtschaft und des Systems gesellschaftlicher Arbeit so zu korrigieren, daß die Möglichkeit autoritärer Entwicklungen an ihrer Wurzel getroffen wird.« – Oskar Negt: Wozu noch Gewerkschaften? Eine Streitschrift, Göttingen 2004, S. 56.

<sup>304</sup> Für Konservative ist die »postkonventionelle Moral« nicht als neue Normalität zu akzeptieren gewesen; für sie war Normalität verbunden mit einer Rückkehr zur traditionellen, d.h. konventionellen Moral (preußische Tugenden), die für den Nationalsozialismus nicht in Anschlag zu bringen seien. Vielmehr sei im Nationalsozialismus eine Abkehr von der konventionellen hin zu einer »völkischen Moral« erfolgt, die Konservative gerne als anormal und in diesem Sinne als postkonventionell bewerteten. – Vgl. Karl Otto Apel: Zurück zur Normalität?, a.a.O., S. 428.

<sup>305</sup> »Forderungen nach einer antikapitalistischen Strukturreform, wie sie die SPD und die Gewerkschaften vertraten und wie sie unmittelbar nach 1945 auch beim linken Flügel der Unionsparteien geäußert wurden, schienen durch die positiven sozialen Folgen der marktwirtschaftlichen Entwicklung rasch widerlegt. Die Kritik intellektueller Minderheiten am ›restaurativen‹ Charakter des westdeutschen Gesellschaftssystems blieb fernab von den konkreten Interessen der Massen, auch denen der Arbeiterschaft. Die soziale Marktwirtschaft fand breite Akzeptanz.« – Arno Klönne: Zurück zur Nation?, a.a.O., S. 20.



patriotismus« am besten in Verbindung bringen läßt. Die 68er-Bewegung polarisierte die Positionen eine Zeitlang wieder von links und manifestierte eine linksliberale Hegemonie in der Öffentlichkeit,<sup>306</sup> die aber noch während der Brandt-Ära zu schwinden sich anschickte. Auf die Protestbewegung der sechziger Jahre folgte Anfang der siebziger Jahre der linksextremistische Terrorismus<sup>307</sup> und die sogenannte *Tendenzwende*<sup>308</sup>, die dem schwarz-gelben Regierungswechsel von 1982 und der von Helmut Kohl verkündeten ›geistigen und moralischen Wende‹ vorausging. Mit dem Bewußtsein, daß die Republik noch immer auf tönernen Füßen stehe und nunmehr verstärkt gegen rechts (Neukonservativismus) verteidigt werden müsse,

---

<sup>306</sup> »1968« war in Westdeutschland der radikale Versuch eines Neuanfangs, wie er in den Jahren nach 1945 im Geist der Restauration untergegangen war. Die Entstehung einer außerparlamentarischen Linken verdankt sich nicht zuletzt einem ironischen Umstand, der im Zusammenwirken des Bundesverfassungsgerichts und der SPD zu finden ist. Fand im heftig antikommunistischen Klima der Restaurationszeit der 50er Jahre, die 1956 mit dem Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht einen ihrer traurigen Höhepunkte erfuhr, die radikale linke Intelligenz noch eine ›politische Heimat‹ in der SPD als Auffangbecken, so drängte die SPD nach ihrer Verabschiedung des Godesberger Programms im Jahre 1959 und dem Unvereinbarkeitsbeschluß von gleichzeitiger SPD- und SDS-Mitgliedschaft im November 1961 die radikale linke Intelligenz regelrecht auf die Straße. – Vgl. Andrei S. Markovits / Philip S. Gorski: Grün schlägt Rot, a.a.O., S. 61-78. – »(...) SPD und DGB [waren], von Anfang bis Mitte der 60er Jahre so fest in das gesellschaftliche und politische System der Bundesrepublik eingebunden, daß sie die utopischen Bestrebungen von radikalen Angehörigen der Mittelschicht nicht mehr repräsentieren bzw. auffangen konnten. Die Energien dieser Gruppe fanden statt dessen ein Ventil in der außerparlamentarischen Opposition oder APO.« – Markovits / Gorski, a.a.O., S. 80.

<sup>307</sup> Hinsichtlich der Regressionsphase der 68er-Bewegung, der Zersplittung in sogenannten K-Gruppen etc. und dem Übergang zum linken Terrorismus siehe Markovits / Gorski, a.a.O., S. 98-124. – Die Reaktion des von SPD und FDP regierten Staates folgte der Aufforderung von CDU/CSU, auf den Terrorismus wesentlich härter zu reagieren. »Ebenso häßlich wie der Terrorismus selbst war die Reaktion des Staates auf ihn. Unter Verletzung seiner eigenen Werte – bürgerliche Freiheiten und ordentliche Gerichtsverfahren – mobilisierte der westdeutsche Staat Repressions- und Überwachungskräfte, die über das notwendige Maß einer angemessenen Reaktion hinausgingen. Die extreme Wehrhaftigkeit des Staates höhnte nicht nur die demokratische Ordnung der Bundesrepublik aus. Sie vermochte auch nicht, den Terrorismus auszumerzen. Die staatlichen Maßnahmen erschienen vor allem deswegen als unverhältnismäßig, weil keine Spielart des Linksextremismus, zumal die terroristische, irgendeine Unterstützung in der Bevölkerung fand.« – Markovits / Gorski, a.a.O., S. 122f. – »Auf der Ebene des politischen Bewußtseins brachten terroristische Gruppen und Akte, die sich selbst als ›links‹ verstanden, erhebliche Verunsicherungen. Zwar stellten diese Vorgänge keineswegs eine reale Bedrohung staatlicher Gewalt dar, doch provozierten sie bei vielen Bürgern der Bundesrepublik den Wunsch nach staatlichem ›Durchgreifen‹. Die SPD-geführte Bundesregierung, welche unter dem Vorzeichen angetreten war, Freiheitsräume auszuweiten und dafür auch Experimente zu riskieren, geriet schon bald unter den Druck erneuter innerer ›Sicherheitserwartungen‹, und sie entzog sich dem nicht. Rechtsstaatlich-liberale Ansprüche kamen in Konflikt mit ordnungsstaatlichen Bedürfnissen. Die ›Wende‹ hin zur CDU/CSU-FDP-Koalition brachte eine Übergangslösung.« – Arno Klönne: Zurück zur Nation?, a.a.O., S. 27f. – Die »Übergangslösung« dauerte bis 1998 an; das konnte man 1984 nicht wissen. Die Phase wäre freilich lang genug gewesen, um als schwarz-gelbe Bundesregierung eine ›Restauration der Restauration‹ zu forcieren. Klönne merkt diesbezüglich 1984 zu Recht an, daß weder die wirtschaftliche Entwicklung noch das gesellschaftliche Bewußtsein eine solche zugelassen hätten. – Vgl. Klönne, a.a.O., S. 30. – Man vergleiche auch, wie verhalten nach 1989/90 die schwarz-gelbe Bundesregierung auf den rechtsextremistischen Terror im vereinten Deutschland gegen Ausländer, Asylsuchende und jüdische Einrichtungen reagierte. 1992 wurde das Asylrecht verschärft – ein Erfolg für den rechten Terrorismus und erst, als im Ausland Stimmen sich bemerkbar machten, das Ansehen Deutschlands könnte ernsthaft beschädigt werden, wurde sich der Bekämpfung des Rechtsterrors ernsthafter zugewandt.– Vgl. Andrei S. Markovits / Philip S. Gorski: Grün schlägt Rot, a.a.O., S. 123.

<sup>308</sup> Oskar Negt kritisiert den Begriff als Euphemismus. Genauer benannt wäre die Phase als »*Form der präventiven, vorbeugenden Gegenrevolution*«, die man auch als zweite Restaurationsphase (gekennzeichnet durch eine breite Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte) bezeichnen könne. – Vgl. Oskar Negt: Die Misere der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, a.a.O., S. 17f. – »Gegenrevolutionäre Gewalt« (z.B. in Gestalt der Berufsverbote) komme in Deutschland *präventiv* zum Einsatz; es gebe Restaurationen *ohne* vorherige Revolutionen. – Vgl. Negt, a.a.O., S. 35.

weil die linke Hegemonie der sechziger Jahre verloren gehe, gab Jürgen Habermas 1979 einen Sammelband mit dem Titel »Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹« heraus, in dem sich, so Habermas, eine »nachdenkliche Linke, ohne Militanz, aber auch ohne Wehleidigkeit oder Resignation, gleich weit entfernt von Gewißheit wie von Unsicherheit« präsentierte.<sup>309</sup> In der Einleitung schreibt Habermas: »Wenn an der Parole, der Geist stehe links, je etwas dran gewesen ist, ich meine in Deutschland, dann während der Jahre, als trotz der massiven gesellschaftlichen Restauration die Erinnerung an den Nazismus und an die Traditionen, mit denen dieser gebrochen hatte, wachgehalten wurde – von einer intellektuellen Linken, die das kulturelle Milieu mit einer gewissen Selbstverständlichkeit prägen konnte.«<sup>310</sup> – Damit sei es nun vorbei.

Wolfgang J. Mommsen verweist auf »tiefgreifende Veränderungen im politischen Selbstverständnis der Deutschen, die auf die Dauer auch eine veränderte Rolle der Bundesrepublik innerhalb der europäischen und internationalen Politik nach sich ziehen werden«<sup>311</sup>. Man sei wieder wer; das neue Selbstbewußtsein der Deutschen beruhe auf ihren ökonomischen Erfolgen, und das bedeute, »daß man sich nicht mehr im Gefolge der erfolgreichen westlichen Nationen bewegt, sondern ihnen den Weg zu weisen beansprucht«, d.h. selbst als *Normalisierer* in Erscheinung tritt.<sup>312</sup> Mommsen erkennt, daß die Bundesrepublik vor einer neuen Entwicklungsphase stehe, die mit einer grundlegenden Wandlung der politischen Positionen von Liberalen und Konservativen, ihrer Annäherung, einhergehen wird. Das Phänomen der *Tendenzwende* verbindet er mit einer Reetablierung des Konservatismus, »es ist charakteristisch, daß während es in der Bundesrepublik bisher keine Partei gewagt hatte, sich eindeutig konservativ zu nennen, das Wort Konservatismus heute wieder respektabel geworden ist. Für eine offen konservative Politik, die auf die Wiederherstellung traditioneller Selektionsstrukturen in Wirtschaft und Gesellschaft gerichtet ist und allzuviel staatliche Intervention als Übel bekämpft, ist, zum ersten Mal seit vielen Jahren, wieder eine potentielle Massenbasis vorhanden«<sup>313</sup>. Vielleicht sei es nur eine Wiederherstellung des ›normalen‹ Parteienspektrums, das typisch für westliche Gesellschaften sei. Damit einher geht aber eine Neu-Sortierung des Spektrums, wenn sich die CDU/CSU nach rechts und die SPD im Zuge dessen mehr zur Mitte, mithin ebenfalls nach rechts bewege. Gleichzeitig fehle eine dezidiert linke Massenpartei, wie sie im ›normalen‹ Parteienspektrum westlicher Gesellschaften ebenso üblich und etabliert

---

<sup>309</sup> Jürgen Habermas: Einleitung, in ders. (Hg.): Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹, Bd. 1: Nation und Republik, Frankfurt a.M. 1979, S. 7-35; S. 12.

<sup>310</sup> Habermas, a.a.O., S. 8.

<sup>311</sup> Wolfgang J. Mommsen: »Wir sind wieder wer.« Wandlungen im politischen Selbstverständnis der Deutschen, in: Jürgen Habermas (Hg.): Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹, a.a.O., S. 185-209; S. 187.

<sup>312</sup> Wer wem gegenüber als Normalisierer gegenübertritt, ist eine Frage von Macht und Herrschaft.

<sup>313</sup> Mommsen, a.a.O., S. 206.

ist.<sup>314</sup> Das Eis sei dünn, auf dem sich die vielfach beschworene »Normalität« bewege, da sie lediglich auf wirtschaftlichen Erfolgen aufbaue, nicht aber auf einer grundlegenden und in die Tiefe gewachsenen demokratischen politischen Kultur.<sup>315</sup> »Dem neuen Konservativismus gelingt es vielfach ohne große Schwierigkeiten, an das Selbstwertgefühl der Deutschen, die das in den vergangenen Jahrzehnten Erreichte nicht aufs Spiel gesetzt sehen wollen, zu appellieren und es für politische Strategien zu mobilisieren, die auf die schroffe Ablehnung aller von der herrschenden Meinung abweichenden Werthaltungen und politischen Positionen hinauslaufen.«<sup>316</sup>

Iring Fetscher stellt fest, daß die Tendenzwende vor allem auch ein Phänomen innerhalb der Linken ist: »Einige Linke entdecken die Nation und beginnen ohne Zögern über ihre ›Liebe zum deutschen Volk‹ und ihren Stolz auf dessen Eigenart zu reden.« Und: »Offenbar gibt es in der jüngeren Generation ein wachsendes Bedürfnis nach ›nationaler Identität‹. Nach vielen Jahrzehnten maximaler Distanz zu Deutschland, die bei den einen in sozialistischem Internationalismus, bei den anderen in kosmopolitischem Konsumismus sich äußerte, ist das Bedürfnis, der Wunsch, ›man selbst‹, auch national etwas Eigentümliches zu sein, wieder erwacht.«<sup>317</sup> Fetscher erklärt das beobachtete Phänomen zum einen mit dem Nachlassen eines Schocks, der noch die kriegserfahrene Generation ummantelte und Ekel vor Nationalismus und der Berührung mit dem Nationalen aufkommen ließ. Zum anderen komme die Enttäuschung über das Scheitern des sozialistischen Internationalismus in Gestalt des Ostblockes hinzu, der sich durch mehrere Vorkommnisse, z.B. durch die sowjetisch-chinesischen Grenzkonflikte diskreditiert hatte. Aber auch der Konsumismus verlöre seine Anziehungskraft als Identitätsersatz fürs Nationale. Die deutsche Linke sei damit auf sich selbst zurückgeworfen worden, d.h. habe die deutsche Nation für sich entdeckt.<sup>318</sup>

---

<sup>314</sup> Wenn das Bundesverfassungsgericht die westdeutsche KPD 1956 nicht verboten hätte, wäre vermutlich Anfang der 60er Jahre nach der Verabschiedung des Godesberger Programms ein numerisch nicht unbedeutender Teil enttäuschter linker Sozialdemokraten in die KPD hinübergewechselt, und die radikale linke Intelligenz wäre im parlamentarischen System der Bundesrepublik repräsentiert gewesen.

<sup>315</sup> Daran zu erinnern ist, daß die Herausbildung einer liberalen Demokratie in der Bundesrepublik nicht aufgrund einer Bewegung von unten – aus der Bevölkerung heraus –, sondern als wesentliche Folge der Befreiung vom Nationalsozialismus durch die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, d.h. von oben – dekreto-  
risch – zustande kam. Mögen nach mehreren Jahrzehnten die staatlichen Institutionen halbwegs demokratisch gefestigt sein (was schon angezweifelt werden darf), gilt dies auch in gleichem Maße für die gesellschaftlichen Institutionen – z.B. für die Familie – oder für die Bevölkerung insgesamt?

<sup>316</sup> Mommsen, a.a.O., S. 207.

<sup>317</sup> Iring Fetscher: Die Suche nach der nationalen Identität, in: Jürgen Habermas: Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹, a.a.O., S. 115-131; S. 118, S. 123.

<sup>318</sup> Was Fetscher in seiner Analyse (noch) nicht berücksichtigt, ist der Ausklang der 68-Bewegung. Zu Beginn der 70er Jahre ließen sich innerhalb der »linken Bewegung« drei Tendenzen bemerken: Revolution, Rückzug und Reform. – Vgl. Andrei S. Markovits / Philip S. Gorski: Grün schlägt Rot, a.a.O., S. 125ff. – Während die Tendenz zur Revolution in der Sackgasse des Terrorismus endete, der Rückzug ins Private in der Entpolitisierung, führte die Reformbewegung zur Gründung der Grünen, deren Protestpotential aus der neuen Anti-Atomkraft-, Ökologie-, Friedens- und Frauenbewegung stammte. Vor allem in den ersten drei One-Point-

In den über 30 Beiträgen von Linken und Linksliberalen, die Habermas um eine Stellungnahme bat, wurden nicht immer von Ambivalenz freie Positionen zur Tendenzwende eingenommen.<sup>319</sup> Am deutlichsten aber kam in dem Beitrag von Martin Walser die neue Tendenz zum Vorschein. In Hinblick auf seine Rede, die Walser 1998 in der Paulskirche anlässlich der Friedenspreisverleihung gehalten hat und in der er seinen Gelüsten nach Normalität im Umgang mit Auschwitz und Deutschland freien Lauf ließ, legte sein Beitrag für den von Habermas herausgegebenen Sammelband 19 Jahre zuvor Zeugnis von der Metamorphose des Martin Walsers ab, der sich selbst zwar schon als »Heuchler« sieht und keine Lust mehr hat, zu heucheln, aber noch darüber entsetzt ist, – nicht daß er heuchelt, sondern über die Lustlosigkeit am Heucheln. Er strebe wohl dem »Bösen« entgegen und fragt sich noch unentschieden, ob er sich gegen die verspürte Tendenz wehren könne, oder ob er »da durch« müsse. »Es könnte einen – antizipativ – schütteln.«<sup>320</sup> – 1979 handelte es sich noch »um etwas, das ihm bevor-

---

Movements war eine Hinwendung zum Nationalen in einigen Gruppen bereits angelegt: Anti-Atom richtete sich gegen Atomkraftwerke im *eigenen* Land, Umweltschutz gegen Waldsterben und Umweltzerstörung durch die Industrie im *eigenen* Land, und die Friedensbewegung richtete ihren Protest u.a. gegen die Stationierung von Atomwaffen auf *deutschem Boden* und verband z.T. eine Garantie für Frieden mit nationaler Souveränität, war mithin gegen die alliierten »Besatzungsmächte« gerichtet und zielte auf die deutsche Einheit. – Hinsichtlich des Aufkommens von »pazifistischen Befreiungsnationalismus« in der Friedensbewegung, der in mancherlei Hinsicht kompatibel zum Nationalismus der Rechten wurde, siehe Arno Klönne: Zurück zur Nation?, a.a.O., S. 33ff. – Vgl. kritisch dazu Hans Ebeling: Rüstung und Selbsterhaltung, Paderborn 1983, S. 97. – Vgl. auch kritisch dazu Hellmut Diwald, in: Die deutsche Einheit kommt bestimmt, hrsg. v. Wolfgang Venohr, Bergisch Gladbach 1982, S. 26. – Vgl. auch kritisch dazu Peter Brandt / Herbert Ammon: Die Linke und die nationale Frage, Reinbeck 1981, S. 10f., S. 25ff. – Hinsichtlich der Bewertung der grünen Bewegung und ihrem (gefährlichen) Trend zum Nationalen, auch im Vergleich mit der ökologisch orientierten, völkischen »deutschen Bewegung« zur Zeit vor Hitlers Machtergreifung siehe Arno Klönne: Zurück zur Nation?, a.a.O., S. 135-142.

<sup>319</sup> Zum Beispiel bei Dieter Wellershoff: »Es ist demoralisierend so zu denken, aber auch beruhigend. Mit wachsendem Abstand zum Geschehen kehrt immer Ruhe ein. Es ist, wie es ist, nichts läßt sich mehr rückgängig machen oder nachträglich ändern. Diese Einsicht segnet das Faktische ab und läßt die verlorenen Möglichkeiten aus dem Bewußtsein verschwinden. Geschichte, das ist auch die vereinfachte Vergangenheit, die so aussieht, als habe es damals nur eine Zukunft gegeben, nicht die alternativen Zukünfte der unbegangenen Wege, die nun freilich verschlossen sind.« – Wellershoff affirmiert indirekt im Sinne einer Normalisierung des Nationalbewußtseins eine kollektive (nationale) Identität: »Ich glaube, daß die Spannungen, Ängste und Aggressionen, die seit der sogenannten Tendenzwende Anfang der siebziger Jahre die bundesrepublikanische Gesellschaft beunruhigen, sämtlich Symptome einer kollektiven Identitätsstörung sind.« – Dieter Wellershoff: Deutschland – ein Schwebezustand, in: Jürgen Habermas: Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«, a.a.O., S. 77-114; S. 93f. und S. 109. – An Wellershoffs Aussage läßt sich thematisch und inhaltlich problemlos die analog dazu rechte Interpretation anknüpfen: »Auch diesseits der einstigen Zonengrenze hat eine Ent-Volkung, Ent-Deutschung stattgefunden, auch hier gibt es überwiegend nur noch sich befreit und nicht mehr besiegt Fühlende (...). Die besiegten Deutschen sind auf die jeweilige revolutionäre Befreier-Überzeugung hin sozialisiert worden, 35 Jahre lang hat keine Sozialisation in Richtung auf ein »deutsches« Bewußtsein stattgefunden (...). Der »Sinnverlust«, der hier auftritt, und der sich stellenweise bereits in akuten psychosomatischen Krankheiten manifestiert, kann wohl (...) mitsamt seinem politischen, sozialen und gesundheitlichen Folgen wie Drogensucht, Abdriften, Ausflippen ganzer Jahrgänge, chaotischen Radikalismus und Terrorismus usw. ganz überwiegend der unzureichenden Sozialisation auf bloße Gesellschaftlichkeit hin angelastet werden, bei Ermangelung von konkreter Staatlichkeit und historischem Volksbewußtsein (...).« – Hans-Joachim Arndt: Über die Belastbarkeit der Deutschen, in: *Criticón*, Ausgabe Juli-Oktober 1980, S. 163f.

<sup>320</sup> Martin Walser: Händedruck mit Gespenstern, in: Habermas: Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«, a.a.O., S. 39-50; S. 39.

steht. Was ihn schon eingenommen hat. Aber er stimmt ihm noch nicht ganz zu.«<sup>321</sup> Schon 1979 schrieb Walser über seine Normalitätsgelüste: »Wer sind *wir*? Sobald man im Ausland ist, ist man ein Deutscher. Aber wer bin ich hier? Und selbst in Moskau oder New York darf ich nicht so rückhaltlos deutsch sein, wie die dort russisch oder amerikanisch sind. Man erwartet von mir geradezu, daß ich mein Deutschsein mit einer Art Fassung trage, wie man ein Leiden erträgt, für das man nichts kann, das man aber auch nicht mehr loswerden kann. (...) Auschwitz. Und damit hat sich´s. Verwirkt. Wenn wir Auschwitz bewältigen könnten, könnten wir uns wieder nationalen Aufgaben zuwenden.«<sup>322</sup>

Die eigentlichen ›Tendenzliteraten‹<sup>323</sup>, schreibt Habermas, redeten der Öffentlichkeit ein, daß in Deutschland alles mit rechten Dingen zugehe und suggerierten einen Begriff von Normalität, der schamlos gesellschaftliche Defizite ins Gegenteil verwandle,<sup>324</sup> »der darauf angelegt ist, die Wahrnehmung für abweichende Phänomene, für alles, was sich den Mechanismen der sozialen und der psychischen Integration entzieht, abzustumpfen: sie dienen einem Desensibilisierungstraining. Tatsächlich steht ja die Bundesrepublik nicht schlecht da: historisch im Vergleich mit anderen politischen Systemen auf deutschem Boden, international im Vergleich mit anderen industriell fortgeschrittenen Gesellschaften.«<sup>325</sup> Habermas stellt eine »semantische Entthemmung von Affekten [fest], die bis dahin unter der Decke eines dezidiert liberalen Meinungsklimas wohl­tätig geschlummert hatten«<sup>326</sup>. Das betrifft nicht nur Konservative, sondern vor allem solche, die sich selbst als liberal bezeichnet haben und die liberalen Chiffren der öffentlich-symbolischen Sprachregelung eingeübt hatten und nun im Wandel des Meinungsklimas enthemmt zeigen, wessen Geistes sie (geworden) sind. Das Erstarken von neokonservativen Denkweisen werde von Carl Schmitts Kritik an den unerwünschten Folgen einer Moralisierung der Politik von links, von Arnold Gehlens Kritik an einer vermeintlichen Überforderung der Subjekte durch zuviel Autonomie und Freiheit sowie von Joachim Ritters und Hans Freyers Neuhegelianismus, der in Form einer postmodernen Theorie der Nachauf-

---

<sup>321</sup> Walser, a.a.O., S. 42. – 1998 hat sich Walser längst entschieden, und es schüttelte ihn nicht, auch nicht aus der Retrospektive.

<sup>322</sup> Walser, a.a.O., S. 47f.

<sup>323</sup> Exemplarisch nennt Habermas Kurt Sontheimer und Helmut Schelsky. – Vgl. Kurt Sontheimer: Die verunsicherte Republik, München 1979. – Helmut Schelsky: Die Arbeit tun die anderen, Opladen 1975. – Vgl. auch G. Frankenberg, Th. Krämer-Badoni, S. Menschel, U. Rödel: Politische Tendenzwende, in: M. Tohidipur (Hg.): Der bürgerliche Rechtsstaat, 2. Bd., Frankfurt a.M. 1978.

<sup>324</sup> »(...) neu ist die [noch] implizit mitgeführte Normalitätsdefinition, der zufolge Krisen des Bewußtseins und der Motivation keine Krisen, Störungen der Sozialisation keine Störungen, privatisierte, d.h. ins Psychische verlagerte Konflikte keine Konflikte, Anfälligkeiten der politischen Kultur keine Anfälligkeiten, die Erosionen von Wertorientierungen und Lebensformen keine Erosionen, Verfassungsbrüche nicht Verfassungsbrüche, sondern lediglich linke Hirngespinnste mit medienverstärkten Effekten sind.« – Jürgen Habermas: Einleitung, in: Ders. (Hg.): Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹, a.a.O., S. 18.

<sup>325</sup> Habermas, a.a.O., S. 17.

<sup>326</sup> Habermas, a.a.O., S. 21.

klärung zurechtgemacht werde, beeinflusst. »Die Neue Rechte warnt vor der diskursiven Verflüssigung der Werte, vor der Erosion naturwüchsiger Traditionen, vor der Entmächtigung automatisch geltender Institutionen, vor Überlastung des Subjekts und überzogener Individuierung; sie möchte die Modernisierung gern aufs kapitalistische Wachstum und den technischen Fortschritt begrenzt sehen und gleichzeitig den kulturellen Wandel, die Identitätsbildung, den Motiv- und Einstellungswechsel anhalten, den Traditionsbestand einfrieren.«<sup>327</sup> Die »neukonservativen Erben« mißtrauten den Errungenschaften der eigenen bürgerlichen Emanzipation« und beschwören die Liberalen, welche jene auch einmal waren, die bürgerlichen Ideale nicht allzu wörtlich zu nehmen. Als Gegenstrategie schlägt Habermas vor, die »Dimensionen einer *unverkürzten* Rationalität« in Erinnerung zu rufen, d.h. eine Kritik an der Einebnung des Aufklärungsbegriffs zur instrumentellen Vernunft vorzunehmen, »auf deutschem (Blut – und) Boden haben wir schon einmal das Experiment einer auf Wirtschaftswachstum und technischen Fortschritt *eingeschränkten* Modernisierung gemacht«<sup>328</sup>.

Habermas kommt es darauf an, der »Erschöpfung der utopischen Energien« entgegenzuwirken. Dabei unterscheidet er grundlegend zwischen einem *utopischen* und einem *historischen Denken*; während auf diesem das konservative Gewicht, habe auf jenem das liberale Gegenwicht gelegen, und sich als Einheit gegenseitig ergänzt: »Das erfahrungsgesättigte *historische Denken* scheint dazu berufen zu sein, die utopischen Entwürfe zu kritisieren; das überschwengliche *utopische Denken* scheint die Funktion zu haben, Handlungsalternativen und Möglichkeitsspielräume zu erschließen, die über die geschichtlichen Kontinuitäten hinauschießen.«<sup>329</sup> Im modernen Zeitbewußtsein seien historisches und utopisches Denken miteinander verschmolzen, und diese Einheit kennzeichnete die politische Öffentlichkeit seit der Französischen Revolution. »Heute sieht es so aus, als seien die utopischen Energien aufgezehrt, als hätten sie sich vom geschichtlichen Denken zurückgezogen. Der Horizont der Zukunft hat sich zusammengezogen und den Zeitgeist wie die Politik gründlich verändert.«<sup>330</sup>

Als Resultat der Normativitätsarmut sei die Lage objektiv *unübersichtlich* geworden. »Wenn die utopischen Oasen austrocknen, breitet sich eine Wüste von Banalität und Ratlosigkeit aus.«<sup>331</sup> Die Annahme, jenes *Amalgam von geschichtlichem und utopischen Denken* löse sich nunmehr wieder auf und verändere die *Struktur des Zeitgeistes* und den *Aggregatzustand der Politik*, will Habermas aber nur auf eine »bestimmte Utopie – die sich um das Potential der

---

<sup>327</sup> Habermas, a.a.O., S. 22.

<sup>328</sup> Habermas, a.a.O., S. 23.

<sup>329</sup> Jürgen Habermas: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien (1984), in ders.: Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt a.M. 1985, S. 141-163; 142.

<sup>330</sup> Habermas, a.a.O., S. 143.

<sup>331</sup> Habermas, a.a.O., S. 161.

Arbeitsgesellschaft zentriert hatte«<sup>332</sup>, beschränken.<sup>333</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg seien in den westlichen Ländern Regierungsmehrheiten nur »im Zeichen sozialstaatlicher Zielsetzungen« möglich gewesen. »Seit Mitte der siebziger Jahre kommen aber die Grenzen des sozialstaatlichen Projektes zu Bewußtsein – ohne daß bis jetzt eine klare Alternative erkennbar wäre.«<sup>334</sup> Die »Neue Unübersichtlichkeit« gehöre demnach zu einer Situation, in der die arbeitgesellschaftlichen Utopien, von denen die Sozialstaatsproblematik zehrte, an Kraft verlieren und keine Lösungsmöglichkeiten mehr für ein zukünftig besseres Leben geben können.

Das brachte den Neokonservatismus auf den Vormarsch, der seine Kritik gegen die soziale Absicherung formulierte und individuelle, d.h. eigenverantwortliche Leistungsethik forcierte.<sup>335</sup> Vertreter des Neokonservatismus seien Anfang der achtziger Jahre in den USA nur Einzelne gewesen; sie unterscheideten sich insbesondere vom Populismus der Neuen Rechten, weil sie nicht versuchten, Politik und Religion miteinander zu vermengen. Ihre Wirkmacht entfalteten die Neokonservativen durch ihren intellektuellen Einfluß als *think tanks*,<sup>336</sup> der nicht unmittelbar in Wählerstimmen zu messen sei.<sup>337</sup> Dennoch ebneten sie den Weg für die Regierungsübernahme in den USA durch die Reagan-Administration, in Großbritannien durch Thatcher und in der Bundesrepublik durch Kohl – jeweils Anfang der achtziger Jahre. Bemerkenswert an den Neokonservativen ist, daß sie als Sozialwissenschaftler und Philosophen zuvor (in den fünfziger Jahren) noch dem liberalen und manchmal sogar dem linken Spektrum angehört haben sollen, sich von diesem aber enttäuscht abgewandt haben. »Insofern ist der Neokonservatismus das Ergebnis einer Enttäuschungsverarbeitung.«<sup>338</sup>

---

<sup>332</sup> Habermas, a.a.O., S. 145.

<sup>333</sup> Heute ist gegen Habermas vorsichtige Einschätzung viel besser zu erkennen, daß das dialektische Spannungsverhältnis zwischen beiden Gewichten *allgemein* eingeebnet wurde und das Politische unter dem Diktat des realpolitischen Sachzwangs *grundlegend* verkümmert ist. Davon profitiert die Normalisierungspolitik des deutschen Staates; der Weg ist weitgehend frei von Hindernissen.

<sup>334</sup> Habermas, a.a.O., S. 147.

<sup>335</sup> »(...) die Gesellschaft soll sich als Leistungsgemeinschaft begreifen, ›die Härte ihres ökonomisch-technischen Leistungskampfes akzeptieren‹, die Unterwerfung unter die Gebote von Dienst und Pflicht sollen als Entlastung von der subjektiven Motivbildung durch die Institutionen dankbar angenommen werden. Am zuverlässigsten aber erscheint immer noch das ›tragfähige schöpferische Nationalbewußtsein‹, das natürlich nicht verstanden werden soll im Sinne ›verkommener Traditionen‹, sondern sich erfüllen soll in der Überzeugung, daß die Deutschen in der Bundesrepublik in der Modellierung der (gegen den Kommunismus gedachten) Weltzivilisation am weitesten vorangekommen sind ...« – Helga Grebing: Positionen des Konservatismus in der Bundesrepublik, Konservatismus – Eine deutsche Bilanz, München 1971, S. 33-66, wieder abgedruckt in: Konservatismus, hg. v. Hans Gerd Schumann, Köln 1974, S. 290-314; S. 309.

<sup>336</sup> Noch 1960 schrieb Philip C. Chapman, daß es niemanden zu geben scheine, der sowohl ein anerkanntes Mitglied der neukonservativen Bewegung als auch ein konsequenter politischer Theoretiker sei. Dies sei sogar kein Zufall; vielmehr seien die Neukonservativen an politischer Theorie gar nicht interessiert. – Vgl. Philip C. Chapman: The New Conservatism. Cultural Criticism vs. Political Philosophy, in: *Political Science Quarterly* 75, 1960, p. 17-34; übersetzt und abgedruckt in: Konservatismus, hg. v. Hans Gerd Schumann, Köln 1974, S. 355-369; S. 357.

<sup>337</sup> Jürgen Habermas: Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik, in ders.: Die Neue Unübersichtlichkeit, a.a.O., S. 30-56; S. 30.

<sup>338</sup> Habermas, a.a.O., S. 31.

Für die Bundesrepublik gebe es in Abgrenzung zu den USA und Großbritannien allerdings eine Besonderheit. Ideenpolitik und Rhetorik bestimmten in Deutschland die öffentliche Auseinandersetzung mehr als sozialwissenschaftliche Analyse. »Die philosophischen Wortführer des deutschen Neokonservatismus (...) haben ihre Identifikation mit der gesellschaftlichen Moderne nicht in Begriffen einer unzweideutigen liberalen Theorie vollzogen – die dann enttäuscht worden wäre. Die Theorien, von denen sie *ausgegangen* sind, hatten vielmehr einen jungkonservativen Einschlag und damit einen spezifisch deutschen Hintergrund.«<sup>339</sup> – »Die Überlebenden und die Erben dieser Revolutionäre von rechts [aus der Weimarer Republik; MH] haben nach 1945 eine Operation vorgenommen, die die beiden erwähnten Komponenten trennt: sie haben sich mit dem zivilisatorischen Fortschritt ausgesöhnt, aber die Kulturkritik beibehalten. Es ist dieser Kompromißcharakter einer halbherzigen Aussöhnung mit der Moderne, der die deutschen von den amerikanischen, die ehemals jungkonservativen von den ehemals liberalen Neukonservativen trennt.«<sup>340</sup> – Habermas' Einschätzung muß freilich nach 1989/90 revidiert werden. Der analoge Prozeß zu den USA vollzog sich in Deutschland lediglich zeitversetzt. Seit der deutschen Einheit gibt es das Phänomen enttäuschter Linker und Liberaler, die sich zu Neokonservativen, d.h. zu *Neoliberalen* wandelten. Oskar Negt bezeichnet dieses opportunistische Phänomen des *politischen Konvertitentums* als die eigentliche »Geisteskrankheit der Intellektuellen«.<sup>341</sup>

Peter Glotz schreibt: »Der Neokonservatismus ist das Netz, in das sich der Liberale fallen lassen kann, wenn er vor seinem eigenen Liberalismus Angst bekommt.«<sup>342</sup> Aber was ist es, wovor der Liberale Angst bekommen hat? Traut er seinen Idealen nur so lange über den Weg, wie sie den Status des Provisorischen und Unverbindlichen haben, gleichsam als Oppositionsideologie gut zu Gesicht stehen, sich aber nicht in der Praxis als wahr erweisen müssen? Verläßt den Liberalen aber der Mut in dem Augenblick, da es auf die liberalen Werte mehr als zuvor ankäme?<sup>343</sup> Habermas bringt das Phänomen des Konvertitentums Ende der siebziger

---

<sup>339</sup> Habermas, a.a.O., S. 39f.

<sup>340</sup> Habermas, a.a.O., S. 40.

<sup>341</sup> »Zornig bin ich, weil ich in der intellektuellen Landschaft der deutschen Gesellschaft, die sich wieder in ihren normalen geschichtlichen Rhythmen bewegt, immer mehr öffentliche Auftritte von Personen wahrnehme, die sich selbst als 68er bezeichnen, um mit glaubwürdiger Geste alles abwerten zu können, wofür sie sich einst haben schlagen lassen. (...) Wo diese ihren Eigensinn, die bohrende und widerständige Kraft ihrer Entwurfsphantasien einbüßen, werden sie zu abrufbaren Legitimationsproduzenten mit beschleunigten Häutungen, und am Ende bleibt nur die Haut übrig, die man selbst zu Markte tragen muß.« – Oskar Negt: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, Göttingen 1995, S. 9.

<sup>342</sup> Peter Glotz, zit. n. Jürgen Habermas: Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 32.

<sup>343</sup> Für diese Vermutung gibt es z.B. nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001, als in den USA und in Europa als Reaktion darauf die rechtsstaatlichen und freiheitlichen Rechte auf den Prüfstand gelangten und eingeschränkt wurden, einige Bestätigung. Auch die Jahre 1989-91 und danach sind in diesem Sinne katalytische Knotenpunkte für nachhaltige Bewußtseinswandel durch kollektive Angsterfahrungen. Die Auflö-



Jahre mit Veränderungen in der außenpolitischen Konstellation in Verbindung. Die Neokonservativen in den USA haben die militärische Niederlage in Vietnam, den Rückzug der amerikanischen Truppen und die Entspannungspolitik von Henry Kissinger als eine auch in moralischer Hinsicht bedeutende Niederlage im Kampf gegen den Weltkommunismus empfunden.<sup>344</sup> Diese »moralische Entwaffnung« habe fatale innenpolitische Auswirkungen, da das gesellschaftliche und staatliche Institutionengefüge durch den ausdauernden Protest der Jugendbewegung bedroht werde. »Die Neokonservativen suchen die Krisenursachen nicht in der Funktionsweise der Ökonomie und des Staatsapparates, sondern in kulturell bedingten Legitimationsproblemen, überhaupt in dem gestörten Verhältnis von Demokratie und Kultur. Sie sind von dem angeblichen Autoritätsverlust der tragenden Institutionen, insbesondere des politischen Systems beunruhigt.«<sup>345</sup>

Die Strategie der Neokonservativen, welche diese zur Lösung der vermeintlichen Probleme anboten, gehört heute zum hegemonialen Programm des weltumspannenden ›Neoliberalismus‹, der ein Analogon zum Neokonservativismus ist.<sup>346</sup> Neokonservativismus und Neoliberalismus setzen eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zur Steigerung des Wirtschaftswachstums sowie eine Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen um.<sup>347</sup> Gleichzeitig wer-

---

sung der bipolaren Weltordnung und die Ungewißheit, was danach kommen könnte, dürfte in den USA die Angst vor der »Einsamkeit« als einzige verbliebene Supermacht, deren Sicherheitssysteme funktionslos geworden sein könnten, weil der (geliebte) Feind von der Bildfläche verschwunden ist, genährt – und damit auch die Suche nach neuen Feindbildern (Islam, Terrorismus) vorangetrieben haben, um die Sicherheitssysteme erhalten zu können. Im vereinigten Deutschland wiederum dürfte der außenpolitische Normalisierungsprozeß dadurch zusätzlich angeschoben worden sein, weil die Angst davor, in einer neuen Weltordnung aufgrund der hinsichtlich des *ius ad bellum* (selbst-)beschränkten Souveränität nur ein zweit- oder gar drittklassierter Staat zu sein, wirkmächtig gewesen war.

<sup>344</sup> Vgl. Jürgen Habermas: Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 32.

<sup>345</sup> Habermas, a.a.O., S. 33. – Verdrehung von Ursache und Wirkung ist die entscheidende theoretische Schwäche der Neokonservativen. »Während Neokonservative in Worten Umwelt, Menschenwürde und Sittlichkeit verteidigen, tragen sie gleichzeitig durch ihre vorbehaltlose Verteidigung des existierenden Wirtschaftssystems und der bestehenden politischen Machtverhältnisse zur Fortsetzung jener zerstörerischen Dynamik bei, für die sie ›Sündenböcke‹ aus dem Lager der linken Intellektuellen und der Anwälte des Wohlfahrtsstaates verantwortlich zu machen suchen. Kritische Linke wissen, daß Umwelt, Menschenwürde und humane Beziehungen von Mensch zu Mensch nur wiederhergestellt werden können, wenn das bestehende Wirtschaftssystem und die von ihm geprägten Machtverhältnisse radikal verändert werden.« – Iring Fetscher: Bewahren zur Sicherung der Zukunft. Eine Aufgabe für die Linke, in: Konservativismus in der Strukturkrise, hrsg. v. Thomas Kreuder und Hanno Loewy, Frankfurt a.M. 1987, S. 205-220; S. 216.

<sup>346</sup> Die Entsprechung liegt u.a. in der Bevorzugung aristokratischer Werte, während aber im Neoliberalismus diese als demokratische Werte verschleiert werden, werden sie im Neokonservativismus offen ausgesprochen. Profiteure sind jedoch stets die Reichen, die allein einen ›schlanken Staat‹ sich leisten können und ihre egoistischen Interessen gegen das ›lästige‹ soziale Gewissen und gegen das solidarische Prinzip des Gemeinwesens abdichten können. – Die katholische Soziallehre findet darin keine Berücksichtigung mehr. Das Subsidiaritätsprinzip, das einmal in menschenrechtliche Auffassungen eingebunden war und ›soziale Gerechtigkeit‹ herstellen sollte, wird Schritt für Schritt aufgegeben. »Gäbe es in der Bundesrepublik noch eine wirksame Tradition katholischer Soziallehre, so wäre es kaum denkbar, daß – wie es zur Zeit geschieht – der Abbau des Sozialstaats unter Berufung auf das Subsidiaritätsprinzip schmackhaft gemacht wird.« – Arno Klönne: Zurück zur Nation?, a.a.O., S. 127.

<sup>347</sup> Diese neuen Strategien fanden auch Anklang in der Bundesrepublik regierenden SPD unter Helmut Schmidt, der das von Willy Brandt eingeleitete soziale Reformprojekt (»Reformeuphorie«, »Mehr Demokratie wagen«)

den Einkommensumschichtungen von unten nach oben vollzogen, Steuererleichterungen für Reiche praktiziert und sozialstaatliche Leistungen immer massiver eingeschränkt. Legitimationskosten des politischen Systems sollen gesenkt und im Sinne eines ›schlanken Staates‹ öffentliche Dienste so weit wie möglich privatisiert werden. Die rhetorischen Schlagwörter zur stärkeren »Entkoppelung von Administration und öffentlicher Willensbildung« sind »Inflation der Ansprüche« und »Unregierbarkeit«<sup>348</sup>. Eine weitere Strategie der Neokonservativen bestehe in der Diskreditierung der Intellektuellen in Form konservativer Kulturpolitik, wodurch eine Desintegration aus der öffentlichen Meinungsbildung erfolgen soll. Dies war auch der versteckte Sinn von Kohls »geistiger und moralischer Wende«, denn »postmaterielle Werte, vor allem die expressiven Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung und die kritischen Urteile einer universalistischen Aufklärungsmoral, gelten als Bedrohung für die motivationalen Grundlagen einer funktionierenden Arbeitsgesellschaft und der entpolitisierten Öffentlichkeit. Auf der anderen Seite soll die traditionale Kultur, sollen die haltenden Mächte der konventionellen Sittlichkeit, der Patriotismus, der bürgerlichen Religion und der Volkskultur gepflegt werden.«<sup>349</sup>

Mit der Auflösung der bipolaren Weltordnung Anfang der neunziger Jahre verlor der Wohlfahrtsstaat seine herrschaftsstrategische Funktion als Konkurrenzmodell zum Realsozialismus. Den Neokonservativen kam der Umstand verschärfter kapitalistischer Konkurrenz (›Globalisierung‹) zupaß, die Umsetzung ihrer neokonservativen und neoliberalen Ideologie mit unhintergehbaren ›Sachzwängen‹ zu rechtfertigen. Die kapitalistische Konkurrenz der Nationalökonomien gegeneinander »zwingt« die westlichen Staaten innenpolitisch zum Abbau ihrer Wohlfahrtssysteme, um ihre wirtschaftlichen ›Standorte‹ für das Kapital attraktiver zu machen als woanders auf der Welt. Außenpolitisch müsse auf die neuen Bedrohungen, die den reibungslosen Ablauf des Handels auf dem Weltmarkt gefährden könnten, reagiert werden; mithin müsse massiv in die Umstrukturierung der militärischen Sicherheitssysteme investiert werden. Denn Außenpolitik wird von ihnen als Instrument zur optimalen Realisierung national-ökonomischer Interessen begriffen, für deren Durchsetzung auch der Einsatz militärischer Mittel legitim sein müsse.

---

unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise stoppte und vom Keynesianismus Abschied nahm. – Vgl. Andrei S. Markovits / Philip S. Gorski: Grün schlägt Rot, a.a.O., S. 126. – Schmidt leitete Sparmaßnahmen zur Stabilisierung des Status Quo ein (»Stabilisierung des Erreichten«, »Modell Deutschland«), wovon viele Linke in der SPD enttäuscht wurden und sich den Grünen zuwandten.

<sup>348</sup> Vgl. Jürgen Habermas: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien (1984), in ders.: Die Neue Unübersichtlichkeit, a.a.O., S. 153. – Siehe auch Claus Offe: »Unregierbarkeit.« Zur Renaissance konservativer Krisentheorien, in: Jürgen Habermas (Hg.): Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹, a.a.O., S. 294-318.

<sup>349</sup> Jürgen Habermas: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, a.a.O., S. 154.

Noch im Historikerstreit, der 1986 von Jürgen Habermas aus Protest gegen einen von Ernst Nolte anvisierten Vortrag auf den Römerberggesprächen ausgelöst wurde und sich bis zum Vorabend der deutschen Einheit fortsetzte, waren auf sehr anschauliche Weise die verhärteten und gegensätzlichen Positionen im Kampf um die kulturelle Hegemonie zwischen Liberalen und Konservativen zu Fragen der Vergangenheit, des Staatsverständnisses und der deutschen Außenpolitik offen zu Tage getreten. Im Zuge der deutschen Einheit verstummte aber sukzessive der Streit, und es verblaßten zusehends die Gegensätzlichkeiten. Jedenfalls kann man feststellen, daß seitdem Liberale und Konservative nicht mehr so sehr um Begriffe wie ›Befreiung‹ oder ›Besatzung‹, ›Singularität‹ oder ›Vergleichbarkeit‹, ›Aufarbeitung‹ oder ›Schlußstrich‹ gestritten haben. Diese Kämpfe um ein hegemoniales Geschichtsbild, in denen – wie der konservative Historiker und FAZ-Leitartikler Michael Stürmer gesagt hatte – die Begriffe geprägt werden, mit welchen die Geschichte interpretiert wird zu Zwecken der Instrumentalisierung, d.h. zur Beherrschung von Gegenwart und Zukunft, diese Kämpfe scheinen mit der deutschen Einheit 1990 beendet worden zu sein. Spätestens Mitte der 90er Jahre, als die historischen Eckdaten deutscher Barbarei sich zum 50. Mal jährten, konnte man statt dessen vermehrt das allgemeine Gerede von *Normalität* vernehmen,<sup>350</sup> die der deutsche Staat nunmehr mit der *Berliner Republik* für sich in Anspruch nahm. Zwischen Liberalen und Konservativen ist seitdem kaum ein Unterschied zu erkennen in ihren aus der deutschen Vergangenheit abgeleiteten praktischen Konsequenzen. Es herrscht diesbezüglich weitgehende Einigkeit zwischen den politischen Lagern, weshalb ja gerade auch nicht mehr um die Begriffe gestritten wird. Die ausgemachte Streitlust für oder gegen Normalisierung ist einer pragmatisch-realpolitischen und realitätsgesättigten Konsensbereitschaft auf beiden Seiten gewichen, so daß sich die gegensätzlichen Positionen zwischen Liberalen und Konservativen zu einer neuen Einheit zusammenfanden. Erst diese allgemeine Konsensbereitschaft konnte den finalen Weg der Normalisierung möglich machen.

Der Versuch, die Linke in Deutschland mit der Nation zu versöhnen, ist schon öfter und mit den unterschiedlichsten Motiven unternommen worden. In den Jahren nach der deutschen Einheit und der Auflösung des gesamten Ostblockes sind wesentlich zwei Motivationsherde für den Versuch, die deutsche Nation als einer positiven Bezugsgröße auch für die Linke schmackhaft zu machen, hinzugekommen. Zum einen hat der Untergang des real existierenden Sozialismus und Kommunismus, selbst bei undogmatischen Linken in Deutschland wie in der gesamten Welt, mehr als bloß Irritationen hervorgerufen; vielen war im wahrsten Sinne

---

<sup>350</sup> Siehe Kapitel 5, Teil I.

des Wortes die Orientierung verloren gegangen.<sup>351</sup> Im Osten ging mit der Sowjetunion auch die politische Utopie von 1917: der Traum von einer befreiten Weltgesellschaft unter, den die undogmatische Linke trotz und gegen Stalin nicht aufgehört hatte zu träumen. Aber dann wurde mit der Sowjetunion auch der Marxismus allgemein zu Grabe getragen, weil man diesen verantwortlich machte für den Stalinismus. Jedoch nicht Marx, sondern ein zur Legitimationsideologie korrumpierter Marxismus hätte beerdigt werden müssen. Mit Marx ist man weitgehend auch der Begriffe verlustig gegangen, die veränderte Welt adäquat zu interpretieren. Der Orientierungslosigkeit folgte der Rückzug ins Private: die Innerlichkeit, das Nach-Innen-Schauen. Greifbar war die Nation – nicht als Religionsersatz, sondern – was mindestens genauso problematisch ist – als esoterische Bezugsgröße, um sich gemütlich beisammen zu fühlen. Dieser Schwenk war schon im Herbst`89 in Leipzig und Dresden zu vernehmen, als die Parole nicht mehr hieß »Wir sind das Volk«, sondern »Wir sind ein Volk«.

Die westdeutsche Linke hat sich nicht frühzeitig genug mit den Möglichkeiten einer deutschen Einheit sowie der Auflösung der bipolaren Weltordnung auseinandergesetzt und wie schon in den ersten Jahren nach 1945 die Chance, eine grundlegende gesellschaftliche Erneuerung zu erreichen, verpaßt. Sie hätte sich auf eine Art und Weise damit auseinandersetzen müssen, die keinen Anlaß hätte bieten dürfen, sich der Deutschtümelei verdächtig zu machen. Die westdeutsche Linke hat im Herbst 1989 schlicht verkannt, wie wichtig auch für sie selbst es gewesen wäre, für ein Gelingen der ostdeutschen und osteuropäischen Reformbemühungen mit einzustehen. Der ostdeutsche Bürgerrechtler Werner Schulz resümierte in einem Interview für den *Spiegel*: »Unser 89 wäre ohne das West-68 nicht zu erklären. Aber die Westlinken haben ihren Anteil an der Beseitigung der deutschen Teilung bis heute nicht kapiert (...). Zu viele haben nicht gemerkt, wie sehr das kulturelle 68 im Westen uns Dissidenten im Osten beeinflußt und motiviert hat.«<sup>352</sup>

Jedenfalls standen 1989 die westdeutschen Linken nicht vorbereitet in den Startlöchern, um der ostdeutschen Reformbewegung für mehr Demokratie im Realsozialismus eine westdeutsche Bewegung für Sozialismus in der Demokratie zur Seite zu stellen. Statt dessen griff eine weitgehende Paralisierung in der westdeutschen Linken um sich, die durch den Zusammenbruch der Sowjetunion ihren Höhepunkt erreichte und schließlich politisches Konvertitentum, die Abkehr von Marx und sozialistischen Leitideen hervorbrachte.<sup>353</sup> Daß es dazu kam, ist bemerkenswert, denn im undogmatischen Teil der westdeutschen Linken hat es im Nach-

---

<sup>351</sup> ›Orientierung‹ leitet sich aus dem lateinischen Worte *oriens* = Osten ab und bedeutet dann sinngemäß: nach Osten schauen.

<sup>352</sup> »Kein '89 ohne '68«, Interview mit Werner Schulz, in: *Der Spiegel*, 12/2001, S. 56 f.

<sup>353</sup> Zu dem Pendant des »Wendehals« im Osten fand Oskar Negt die treffende Bezeichnung des »politischen Konvertiten« im Westen. – Vgl. Oskar Negt: Achtundsechzig, a.a.O., S. 9.

kriegsdeutschland nie einen Zweifel daran gegeben, daß der sogenannte real existierende Sozialismus, eine marxistisch-leninistische Einparteienherrschaft, bürokratischer Dogmatismus, sowie Verstaatlichung der Gesellschaft mit wirklichem Sozialismus nichts gemein hatte. Statt als verlängerter Arm der am demokratischen Sozialismus interessierten DDR-Opposition zu wirken, hat sich die westdeutsche Linke in den Monaten der osteuropäischen Loslösung von den starren, poststalinistischen Strukturen weitgehend von den Idealen des Sozialismus abgewandt und endgültigen Frieden mit der gezähmten kapitalistischen Variante: der sozialen Marktwirtschaft geschlossen, die aber schon im Begriff war abzusterben.

In der westdeutschen Öffentlichkeit begann eine breite Debatte über das Scheitern des Sozialismus; Glasnost und Perestroika wurden als Eingeständnis für seinen Bankrott interpretiert. Gleichzeitig erfreute sich Michail Gorbatschow in der Bundesrepublik größter Beliebtheit; während die meisten in ihm lediglich den Bringer der deutschen Einheit sahen, nahmen die wenigsten zur Kenntnis, daß Gorbatschow in seinem Reformprojekt am Sozialismus festhielt.<sup>354</sup> Vorherrschend in der Wahrnehmung war das von Francis Fukuyama zu dieser Zeit postulierte ›Ende der Geschichte‹. Zwar wurde vornehmlich in der links-liberalen Öffentlichkeit verhaltene Kritik an einem vermeintlichen Sieg des Kapitalismus geübt, aber eine grundlegende Abkehr von der materialistischen Geschichtsauffassung und von ihrem Philosophen, Karl Marx, war auch darin zu vernehmen.<sup>355</sup>

Als einen besonderen Einschnitt ließ sich die Abkehr vom programmatischen Sozialismus bei den Linken innerhalb der Grünen beobachten. Joschka Fischer äußerte im Vorfeld eines Perspektivkongresses, der im November 1989 stattfand, daß der Kapitalismus gewonnen habe, der Sozialismus verloren. Hatte sich im Vorfeld dieses Kongresses die sozialistische Linke innerhalb der Grünen durch Fischers Äußerung noch provozieren lassen, nahm sie es im November bereits achselzuckend und zustimmend hin. Jutta Ditfurth blieb innerhalb der Grünen nahezu die einzige, die ihren antikapitalistischen Standpunkt nicht revidierte;<sup>356</sup> damit hatte sie sich aber ganz plötzlich innerhalb der Partei isoliert.<sup>357</sup>

---

<sup>354</sup> Vgl. Sabine Schürer-Wagner: »Am Sozialismus wird festgehalten – Eine sorgfältige Nachlese in Gorbatschows Erfolgsbüchern kann sich lohnen«, in: *Die Zeit* vom 1.12.1989, S. 53/55. – Vgl. auch Michail Gorbatschow: *Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt*, München 1989; sowie ders.: *Glasnost. Das neue Denken*, Berlin 1989.

<sup>355</sup> Vgl. exemplarisch Marion Gräfin Dönhoff: »Am Ende aller Geschichte? – Die Niederlage des Marxismus bedeutet nicht den Triumph des Kapitalismus«, in: *Die Zeit* vom 22.9.1989, Titelseite.

<sup>356</sup> Jemand wie Rudolf Bahro hat in dieser Zeit eine besonders tragisch-komische Erfahrung machen müssen: als verfolgter Dissident aus der DDR über Gefängnishaft und Freikauf in den Westen gekommen, faßte er vor dem Eindruck des politischen Wandels innerhalb der Grünen den Entschluß, sich in der noch bestehenden DDR wieder einbürgern zu lassen – in der Hoffnung, für einen demokratischen Sozialismus in Ostdeutschland noch kämpfen zu können. Er konnte ja nicht wissen, daß die deutsche Einheit schon vor der Tür stand?

<sup>357</sup> Vgl. Günter Bannas: »Manchem fällt der Abschied vom Sozialismus schwer – Der Perspektiv-Kongreß der Grünen im Zeichen des Wandels in der DDR«, *FAZ* vom 20.11.1989, S. 7.

Noch bis 1994 vertraten die Grünen in ihrem Programm das pazifistische Konzept der außenpolitischen Zurückhaltung; der deutsche Staat sollte vollständig demilitarisiert werden. Deutschland als Friedensmacht zu positionieren, war auch die programmatische Vorstellung der Sozialdemokraten. Die von 1982 bis 1998 sich in der Opposition befindlichen Grünen und Sozialdemokraten erweckten den Anschein, es handele sich bei einer zukünftigen rot-grünen Regierungskoalition um ein grundlegendes Reformprojekt, das die Republik auf fortschrittliche Weise – jedenfalls als Gegenprogramm zur Normalisierung von schwarz-gelb – verändern könnte, so daß Andrei S. Markovits und Simon Reich noch eine Polarisierung feststellen konnten, die heute bereits befremdet: »Die deutsche Linke und viele Liberale wünschen, daß die Bundesrepublik aus der Welt der Macht ausscheidet und der Welt des kollektiven Gedächtnisses treu bleibt. Große Teile des konservativen Lagers wollen das Gegenteil: Abwendung vom kollektiven Gedächtnis – exakt das, was mit dem Begriff ›Schlußstrich‹ gemeint ist – und zunehmende Interessenwahrnehmung innerhalb der Welt der Macht.«<sup>358</sup>

Die Hoffnungen auf einen grundlegenden Wandel der Normalisierung durch rot-grün wurden gleich wenige Wochen nach dem Regierungswechsel von 1998 mit der Beteiligung der Bundeswehr am NATO-Krieg gegen Jugoslawien zunichte gemacht. Mit den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 war der links-liberale Aktionsradius in der Politik endgültig auf das bloß Quantitative eingeeengt worden. Der gewandelte Liberalismus und Konservatismus hatte gesiegt, »aber dieser Sieg besteht darin, daß er seine Toleranz verloren hat. Es ist ein verfolgender Liberalismus entstanden, der alles Denken unter Radikalismusverdacht stellt, das nach Alternativen zu den bestehenden Verhältnissen sucht. Linkes Denken gilt immer schon als linksextrem, rechtes Denken als rechtsextrem. Der siegreiche Liberalismus hat die Mentalität eines Staatsschutzes angenommen, der überall Verfassungsfeinde sieht. Denn Staatsräson ist zum Kern des Liberalismus geworden, nachdem er den Staat erfolgreich gekapert hat.«<sup>359</sup> Es sei kaum gelungen, so Jens Jessen, die blinden Affekte des Antikommunismus zu überwinden. Die gemäßigte Mitte, aus der die Normalitätsvorstellungen hervorkommen, ist nicht *sine ira et studio*, sondern moralischer Eifer eines totalitären, jedenfalls intoleranten Maßhaltens. »Wenn es bloß darum ginge, alle Meinungen auf die Mitte des politischen Spektrums zu begrenzen, was wäre der Unterschied zur Diktatur?«<sup>360</sup>

---

<sup>358</sup> Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S. 27. – Wollte man diese traditionelle Gegenüberstellung von Linken und Konservativen heute noch gelten machen, müßte man auch Personen wie Heinrich August Winkler, Christian Meier, Joschka Fischer, Gerhard Schröder und auch Jürgen Habermas zum konservativen Lager zählen.

<sup>359</sup> Jens Jessen: »Der Liberalismus hat gesiegt ... aber seine Toleranz verloren. Die Mitte ist das Maß, der Streit wird zum Spektakel«, in: *Die Zeit*, vom 21. März 2002, Nr. 13.

<sup>360</sup> Jessen, a.a.O.

Auch mehr als ein Jahrzehnt nach der deutschen Vereinigung wird fortwährend festgestellt, daß die Deutschen innerlich noch nicht zusammengewachsen sind. Das Thema der inneren Einheit ist zu einer immer wieder entflammaren Dauerdebatte geworden – vorzugsweise zu den geschichtsträchtigen, sich immer mal wieder jährenden Bezugsdaten, zu denen feierliche Festakte unterhalten werden. Wie eine quälende *malaise*, unter der das deutsche Gemüt wankt wie unter einer schweren Last und des Nachts, wenn es wie schon Heine an Deutschland denkt, um seines Schlafes gebracht ist, nimmt sich dieses Laborieren an der inneren Einheit so, als sei die innere Sicherheit gefährdet. Beinahe traumatisch kommt jedes Debatten-Etappen-Resultat immer wieder zu demselben Ergebnis: Die innere Einheit sei noch längst nicht vollzogen, sie sei sogar gefährdet und gefährde dadurch wiederum auch die äußere Einheit der Nation. So etwas trägt freilich den Charakter einer Hysterie, von der vorrangig Politiker, Journalisten und Geisteswissenschaftler befallen sind, also ein intellektueller Stand, der von Berufswegen zunehmend damit beschäftigt ist, das Sprachrohr: das Stimmorgan der Nation statt deren schärfste Kritiker zu sein.

Hinter solchen Indikatoren des Einheitsprozesses vermuten selbst Konservative wie der langjährige Forschungsdirektor der der CDU nahestehenden Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Joachim Veen, eine Vorstellung des innerlichen Zusammenwachsens, die der Volksgemeinschaft verdächtig nahe komme. Das angestrebte Ziel der inneren Einheit liege in der Homogenisierung, d.h. in der mehr oder weniger totalen, vielleicht sogar totalitären Angleichung der kulturellen, politischen und sozialen Differenzen: Absolute Unterschiedslosigkeit in allen politischen Einstellungen, Weltanschauungen (hier ist der Plural wichtig), Mentalitäten, Vorurteilen, Verhaltensweisen, Lebensstilen, Empfindungen und Gemütszuständen sei die vorgestellte vollendete innere Einheit Deutschlands. Wo es um Innerlichkeit geht, da sollten »wir Deutschen« nach wie vor wachsam sein und mißtrauisch werden. Geht es etwa um die alte *deutsche* Sehnsucht nach Harmonie? »Für viele scheint die innere Einheit erst dann wirklich vollendet, wenn die totale Gleichartigkeit aller in allem hergestellt ist, wenn am Ende der völlige Gleichklang der Seelen und Herzen des Denkens und Fühlens und Handelns gegeben ist.«<sup>361</sup> Für Veen ist die innere Einheit längst vollendet; alles weitere gehe in Richtung eines »neuen Gemeinschaftsmythos«, das soll heißen: Volksgemeinschaft. So etwas könne vernünftigerweise eine aufgeklärte Demokratie nicht wollen dürfen. »Kaum jemand will die Homogenisierung bewußt, die Einheit total. Aber historisches Wissen über die Erhöhung der Volkeinheit und das Ende der Freiheit lassen uns frühzeitig Alarm schlagen, damit das wabernde Einheitsgerede nicht unreflektiert und unter der Hand zum Einfallstor für einen neuen Ge-

---

<sup>361</sup> Hans-Joachim Veen: »Einheit, Einheit über alles – Das Gerede vom nötigen Zusammenwachsen Ost- und Westdeutschlands führt in die Irre«, in: *Die Zeit*, 24/2001.

meinschaftsmythos wird.«<sup>362</sup> *Homogenisierung*, das klingt nach einer Vorstellung der Nation als ethnische Kulturgemeinschaft (Herder), von der sich diese Republik offiziell entfernt zu haben wähnt. Die innere Einheit also als Indikator für Existenz und Grad ethnischer Homogenität bzw. kulturell-nationaler Identität. Aus dem vermeintlichen Mangel dieser Zusammengehörigkeit wird immer mal wieder von Konservativen die vermeintlich notwendige Anhebung des Nationalbewußtseins ohne wenn und aber geschlußfolgert: offiziell von oben verordneter Nationalismus, dessen Geist sich am besten bis in die Schulbücher von Sechsjährigen ausbreiten soll. Innere Einheit? Plötzlich zeigt sich in dem Nicht-Begriff die Maske, hinter der sich etwas Gefährliches versteckt.<sup>363</sup>

Neben dem »Ende der Utopie« (Joachim Fest) – oder auch dem »Ende der Geschichte«, wie es Francis Fukuyama nannte, muß als zweiter Motivationsherd, der auch Linke freiwillig in die behütete Umklammerung der deutschen Nation: in ihren Mutterschoß getrieben haben mag, die Angst vor einer entfesselten Weltökonomie, vor der Globalisierung genannt werden. Aus dieser Angst leitet sich das Bedürfnis nach Schutz, welches Horkheimer als das Urphänomen von Herrschaft bezeichnet hat, ab. Inwieweit die Nation, bzw. der Nationalstaat im Stande ist, dieses rationale Bedürfnis nach Schutz überhaupt zu bedienen, sei grundsätzlich infragegestellt. Die spätkapitalistische »Globalisierung« beschleunigt die Vermittlung entfremdeter, abstrakter Verhältnisse auf der ganzen Welt und provoziert Angst und Irrationalismus bei den Bevölkerungen, so daß ein subjektives Bedürfnis nach dem Nationalstaat als Schutzraum entsteht, der objektiv für den globalen Kapitalismus zunehmend an Notwendigkeit verliert. Dieses Auseinanderklaffen von Subjekt und Objekt könnte bewirken, daß der neu aufkommende Nationalismus und Rechtspopulismus besonders aggressiv in Erscheinung tritt. Wer als Linker meint, man dürfe die Nation nicht den Rechten überlassen,<sup>364</sup> der unterschätzt besonders in Deutschland den nationalistischen Drift, der sich nicht beherrschen läßt, sondern von dem man beherrscht wird, dem man sich sehr wohl aber verweigern kann. Aus diesem Grund ist das unachtsame Gerede von der Nation als Schutzraum vor der Globalisierung nicht nur trügerisch, sondern auch extrem fahrlässig. Der Nationalismus folgt wie zwangsläufig auf

---

<sup>362</sup> Ebd.

<sup>363</sup> Innere Einheit ist eine Chiffre für die Volksgemeinschaft. Das Rasonieren über den Mangel an innerer Einheit ist die Fortsetzung des alten Traumas der unbeantworteten oder in seinen Antworten häufig gewechselten deutschen Frage. Das Volk »ist real, aber nicht sichtbar. Sein Wesen ist Einheit und schöpferischer Grund, bewegter Einklang im Bilde des Organismus. Diese Kategorie, von Herder in Opposition gegen die einebnende Abstraktheit der allgemeinen Menschheitsidee geprägt, um das Vakuum zwischen dem einzelnen vernünftigen Wesen und der generellen Menschenvernunft, dem Gattungswesen Mensch zu überwinden, ist romantisch und im 19. Jahrhundert zu der bedeutsamen Wirklichkeit gediehen, durch welche sie heute die Gewalt einer politischen Idee entfaltet.« – Helmuth Plessner: *Die verspätete Nation*, a.a.O., S. 53.

<sup>364</sup> Siehe Erhard Crome: *Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat. Die Nation zwischen Europäischer Union und Regionen*, Berlin 2001. – Vgl. Marcus Havel: *Warum sollen Linke sich an dieser Nation erfreuen?*, in: *Freitag*, 17/2002.



dem Fuße, weil nach innen wie nach außen sich die politisch-ökonomischen Mechanismen der Vereinzelung und Ausbeutung fortsetzen.<sup>365</sup>

Auch der Nationalsozialismus konnte bereits als ein *Schutzraum* begriffen werden. Als ein solcher ist der NS, so Adorno, allerdings nicht bloße Ideologie gewesen. »Gegenüber dem laissez faire beschützte die Hitlerwelt tatsächlich bis zu einem gewissen Grade die Ihren vor den Naturkatastrophen der Gesellschaft, denen die Menschen überlassen waren. Gewalttätig nahm sie die gegenwärtige Krisenbeherrschung vorweg, ein barbarisches Experiment staatlicher Lenkung der Industriegesellschaft. Die vielberufene Integration, die organisatorische Verdichtung des gesellschaftlichen Netzes, das alles einfing, gewährte auch Schutz gegen die universale Angst, durch die Maschen durchzufallen und abzusinken.«<sup>366</sup> Adorno schreibt 1959, daß der Nationalismus zugleich überholt und nach wie vor aktuell sei. Überholt, weil die zwangsläufige »Verbindung von Nationen zu Großblöcken unter der Suprematie der mächtigsten, wie sie allein schon die Entwicklung der Waffentechnik diktiert, die souveräne Einzelnation, zumindest im fortgeschrittenen kontinentalen Europa, ihre geschichtliche Substantialität eingebüßt hat. Die Idee der Nation, in der einmal sich die wirtschaftliche Einheit der Interessen freier und selbständiger Bürger gegenüber den territorialen Schranken des Feudalismus zusammenfaßte, ist selbst, gegenüber dem offensichtlichen Potential der Gesamtgesellschaft, zur Schranke geworden. Aktuell aber ist der Nationalismus insofern, als allein die überlieferte und psychologisch eminent besetzte Idee der Nation, stets noch Ausdruck der

---

<sup>365</sup> In dem Schutzraum der Nation gedeihen besonders gut Rassismus und Antisemitismus: Im Nationalismus werden die kulturellen Differenzen zu nationalen stilisiert und mit kollektiven Ressentiments beladen. Der Nationalismus ist eine unbewußte, konformistische Rebellion gegen die verdinglichenden Tendenzen der Normalform bürgerlicher Gewalt, die den Einzelnen ihre Anerkennung zugleich ermöglicht und wieder annulliert und dem Individuum die Gefühle der Ohnmacht und Gleichgültigkeit zuteil werden läßt. Diese Gefühle kommen in der Regel nur ideologisch zu Bewußtsein; sie stellen die Quellen dar, aus denen der Nationalismus seine aggressiven Energien entfaltet. In der Verdinglichung ist die individuelle Differenz nivelliert und damit, ausgehend von der subjektiven Wahrnehmung, die gegenseitige Anerkennung wieder zurückgenommen. Es bleibt die mechanische Anerkennung des Menschen als produktives Mittel: als warenproduzierende Ware Arbeitskraft – und oft bleibt bei Arbeitslosigkeit nicht einmal diese mechanische Anerkennung. Die Verdinglichung besteht darin, als Person auf ein jeder Zeit ersetzbares Instrument reduziert zu sein, das Zwecken dienen muß oder für diese als nutzlos erachtet wird, die nicht die eigenen sind. Der Nationalismus beseitigt aber nicht die Mechanismen der Verdinglichung, sondern er betreibt eine kompensatorische, feindliche Abgrenzung vom außen, durch das er sein Inneres definiert. Die »nationale Identität«, die hier konstruiert wird, ist eine aggressive Ausgrenzung dessen, was mit den neu erfundenen Traditionen nicht mehr identisch ist. Das Nicht-Identische wird degradiert; alle Aggression richtet sich gegen es: Pogrom, Vertreibung und Massenmord standen am Ende dieser eskalierenden Dynamik. Der Nationalismus stellt eine Gemeinschaft, die von der kapitalistischen Ökonomie in einzelne, anonyme und abstrakte Robinsonaden vereinzelt und durch das Gewaltmonopol des Nationalstaats mehr schlecht als recht zusammengehalten wurde, verzerrt wieder her. Da die ökonomischen Mechanismen, die eine Vereinzelung und Anonymisierung der Menschen vorantreiben, dabei unangetastet bleiben, kann es denn in dieser unbegriffenen und ineinander verwobenen Dynamik des Kapitalismus und Nationalismus immer so weitergehen.

<sup>366</sup> Theodor W. Adorno: Was heißt Aufarbeitung der Vergangenheit (1959), in ders.: Erziehung nach Auschwitz zur Mündigkeit, Frankfurt a.M. 1971, S. 10-28; S. 18.

Interessengemeinschaft in der internationalen Wirtschaft, Kraft genug hat, Hunderte von Millionen für Zwecke einzuspannen, die sie nicht unmittelbar als die ihren betrachten können.«<sup>367</sup> Nur in der Trunkenheit: im nationalen Suff wird man dann nicht mehr spüren müssen, wie leichenkalt der Mutterschoß Nation im Kältestrom des Kapitalismus in Wahrheit ist.<sup>368</sup> An keiner Nation kann man vermutlich deshalb aus Vernunft Freude haben wollen. Freude kommt gleichwohl am wenigsten bei der deutschen auf – auch nicht, wenn seit 1998 das rot-grüne Lager die Bundesregierung stellt. Mit der Bundestagswahl von 1998 dürfte für sozialdemokratische und grüne Linksliberale ein dritter Motivationsherd für den positiven Bezug auf die Nation zustande gekommen sein: Da 1998 zum ersten Mal die »Linken« im Rahmen freier Wahlen an die Macht gekommen sind, ohne mit einem bürgerlichen Koalitionspartner sich diese teilen zu müssen, könne nach Ansicht etwa des Historikers Micha Brumlik, diese deutsche Nation von links gestaltet werden, so daß abschließend diese kaum noch einen Anlaß bieten dürfte, sie von links abzulehnen.<sup>369</sup> Die Nation wird kaum noch von links abgelehnt und nur von rechts besetzt;<sup>370</sup> heute erfreut sich die Nation allgemeiner Beliebtheit. Die Nation von links zu gestalten, bedeutet im deutschen Kontext freilich nicht mehr und nicht weniger, als die Nation in Einklang mit dem französischen Typus zu bringen.<sup>371</sup> Die französische Nation hat ein besonderes Prestige, das von ihren bürgerlichen Revolutionen seit 1789 herührt. Deutsche Linksliberale können im französischen Republikverständnis, das gemeinhin als »westliches Prinzip« gilt, ein Potential der Versöhnung auch mit der deutschen Nation sehen, insofern sich diese über einschneidende Reformen jenem annähert.<sup>372</sup>

---

<sup>367</sup> Adorno, a.a.O., S. 21. – Warum der Nationalismus überholt sei, weil sich Staaten zu größeren Bündnissen zusammenfinden, will allerdings heute nicht mehr einleuchten. Denn gerade im Zusammenhang der europäischen Integration wird deutlich, daß einerseits nationalstaatliche Identitäten in den höheren Integrationseinheiten nicht aufgehen, sondern allenfalls durch neue Identitätsbildungen ergänzt werden, die obendrein nach denselben Gesetzmäßigkeiten wie der Nationalismus zu funktionieren scheinen. Dies zumindest läßt sich für die USA behaupten und schon bald auch für die Europäische Union. Im Zusammenhang der Globalisierung erhalten die Nationen eine aktualisierte Bedeutung.

<sup>368</sup> Vgl. Marcus Havel: Weltgesellschaft ohne Revolution?, in: Michael Jäger (Hg.): Globalisierung, Nation, Internationalismus. Orte des Widerstands – eine linke Debatte, Berlin 2002, S. 77-97.

<sup>369</sup> Vgl. Micha Brumlik: Die Linke an der Macht, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 12, 1998.

<sup>370</sup> Grundsätzlich abgelehnt wird die Nation von links hauptsächlich von den sogenannten »Antideutschen«, deren Kritik an der Nation aber nicht weniger nationalistisch ist als die nationalistische Bejahung der Nation von rechts – allerdings in *invertierter*, d.h. negativer Form.

<sup>371</sup> Das ist einerseits nicht viel, wenn man als Linker sich mit der Strategie identifizieren kann, wie sie von Oskar Negt und Alexander Kluge formuliert wurde, nämlich »der herrschenden Klasse die Benutzung des Staates streitig zu machen«. – Vgl. Oskar Negt, Alexander Kluge: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt a.M. 1972, S. 13. – Andererseits ist es auch keine Kleinigkeit, wenn dieses Ziel ernsthaft und erfolgreich verfolgt werden würde.

<sup>372</sup> Dem liegt freilich eine Unterschätzung zugrunde: der Gegenwart der Vergangenheit. Diesem Nationalstaat ist nicht etwa durch symbolische Gesten bloß ein peppiger Anstrich zu verleihen, indem Joseph Fischer in seinem Büro des Auswärtigen Amtes ein Bild Otto von Bismarcks entfernt, sich aber im wesentlichen an die Prinzipien preußisch-deutscher Außenpolitik hält. – Vgl. Micha Brumlik: Die Linke an der Macht, a.a.O.

Angetreten war die rot-grüne Bundesregierung mithin mit einer links-liberalen civilpolitischen Normalitätsableitung, die sich im Gegensatz zu den Konservativen an der Vergesellschaftung des Staates und an der ›Fundamentalnorm‹ des mündigen Bürgers, d.h. an einer ›Zivilgesellschaft‹ orientierte. Als Ideal einer solchen ›westlichen Normalnation‹ diente wie gesagt Frankreich. Die Norm wurde aus den Idealen der französischen Revolution entlehnt.<sup>373</sup> Die rot-grüne Bundesregierung beansprucht die Norm realisiert zu haben. – Und das ironischerweise in dem Augenblick, als der Regierungsumzug von Bonn nach Berlin und damit eine symbolische Re-Orientierung nach Preußen erfolgte. Deutschland sei keine ›verspätete Nation‹ und beschreite auch keine Sonderwege mehr. Was mit Willy Brandts Diktum ›Mehr Demokratie wagen‹ in Abgrenzung zu den Konservativen noch eine reale Wirkmacht entfalten konnte, ist 1998 mit dem rot-grünen Regierungswechsel lediglich als ›links-liberale Lyrik‹ wieder aufgegriffen worden, hinter der offenbar nichts wirklich Utopisches, sondern die Fortsetzung des von den Konservativen nach 1989/90 angestoßenenen Normalisierungsprogrammes steckte. Ein übergeordnetes Zukunftsprogramm, das sich wie noch bei Willy Brandt in einen Zusammenhang mit ›konkreter Utopie‹ stellen ließ,<sup>374</sup> fehlt oder war schnell aufgebraucht und in die »Politik der ruhigen Hand« (Gerhard Schröder) überführt worden.<sup>375</sup>

---

<sup>373</sup> Vgl. Joseph Görres: Der allgemeine Frieden, ein Ideal von 1798, in: Ausgewählte Werke, hrsg. v. Wolfgang Frühwald, Bd. 1, Freiburg u.a. 1978, S. 5-78. – Bei Marx findet sich eine Passage über die *normale* »geschichtliche Kindheit« der Griechen, die ewigen Reiz ausübe: »Warum sollte die geschichtliche Kindheit der Menschheit, wo sie am schönsten entfaltet, als eine nie wiederkehrende Stufe nicht ewigen Reiz ausüben? Es gibt ungezogene Kinder und altkluge Kinder. Viele der alten Völker gehörten in diese Kategorie. Normale Kinder waren die Griechen.« – Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1974, S. 31. – Als ›normale geschichtlich Erwachsene‹ können in Analogie zu dieser Passage die Franzosen der Revolutionsepoche gelten, während die Deutschen zur selben Zeit ungezogene *Spätpubertierer* waren?

<sup>374</sup> Die Rücknahme der Zukunftsorientierung und die Hinwendung zu nüchternen Realpolitik erfolgten allerdings bereits mit dem Kanzlerwechsel von Brandt zu Schmidt. – Vgl. Arno Klönne: Zurück zur Nation?, a.a.O., S. 27. – Gleichwohl ist nach dem Godesberger Programm die Ära Brandt hinsichtlich der Orientierung der SPD an ›konkreter Utopie‹ eine Ausnahme gewesen. Walter Dirks kritisierte 1950 den grundlegenden Wandel der SPD nach 1945, der später vermutlich nur durch Willy Brandt unterbrochen worden ist: »Die Partei hat es vorgezogen, sich selbst zu restaurieren, und zwar nicht als soziale Bewegung, sondern als Staatspartei, als die Partei Eberts und Scheidemanns, als die Partei der Fehler von 1914, 1918 und 1932. Erst als sie von der CDU hier und dort und zuletzt im Bund überrundet wurde, begann sie sich darauf zu besinnen, daß ihre geschichtliche Aufgabe nicht der Staat der Gegenwart, sondern die Gesellschaft der Zukunft ist. Ob sie daraus eine antirestaurative Politik entwickeln wird, ist noch fraglich. Wo sie regiert, ist sie eine Kraft der Beharrung, nicht der Änderung.« – Walter Dirks: Der restaurative Charakter der Epoche, a.a.O., S. 268.

<sup>375</sup> In einem öffentlichen Brief an Gerhard Schröder schreibt Oskar Negt: »Was fehlt, ist eine Gesellschaftsuto-  
 pie! In den einzelnen Handlungsschritten muß das Energie- und Bewegungszentrum spürbar und glaubwürdig nachempfindbar sein. Es fehlt der Zusammenhang der den Einzelteilen dieser sinnvollen Reformschritte einen verständlichen und überzeugenden Bezug zum Ganzen gibt.« – »Ich war selbst an den Diskussionen aktiv beteiligt, und mir wurde bald klar, daß das von Dir bevorzugte Begriffspaar ›modernes Regieren‹ und ›Zivilgesellschaft‹ nur dann Farbe und Kontur annehmen kann, wenn es in einer harten Kapitalismuskritik begründet ist. Und da liegt jetzt der wunde Punkt der Gesellschaftsanalyse, der die gegenwärtige rot-grüne Koalition belastet. Die kürzlich verstorbene Gräfin Dönhoff sprach in ihren letzten Schriften davon, daß der Kapitalismus domestiziert werden müsse; die ›Frankfurter Allgemeine‹ spricht unbefangen von Kapitalismus als einem Gesellschaftssystem, keineswegs immer unkritisch. Doch in der rot-grünen Koalition, in der ja auch ehemals radikale Kapitalismuskritiker höchste Funktionen einnehmen, ist allenfalls vom Neoliberalismus die Rede; die gegenwärtige Gesellschaftsordnung als eine durchgängig kapitalistische zu begreifen ist im Kontext der Koalition eher eine

Der ›Aggregatzustand des Politischen‹ hat sich verändert. Normativität ist weitgehend einem alltagspolitischen Pragmatismus gewichen, ganz in dem Sinne, wie es Karl Otto Apel in seinem Essay »Zurück zur Normalität?« Ende der 80er Jahre vorausgesehen hat.<sup>376</sup> Der alltagspolitische Pragmatismus konservativer und liberaler Couleur ist qualitativ schwer zu unterscheiden. Die ›Teilhabe am System‹ korrumpiert die ›Herausforderung des Systems‹ und normalisiert die politischen Subjekte, ob liberal oder konservativ, im Schatten von Sachzwanglogik, Realpolitik<sup>377</sup> und der Logik des Machterhalts, weil man zur Erreichung politischer Ziele die Kanäle der Herrschaft nach den vorliegenden Regeln nutzen will und muß. So finden die unterschiedlichen Positionen zum Konsens.

Bei der moralischen Ableitung von Normalität ging es ursprünglich um die Frage, welche Konsequenzen aus Deutschlands zweimaligem Griff nach der Weltmacht und vor allem aus Auschwitz gezogen werden sollen. Aber unter der Prämisse des realpolitischen Pragmatismus, daß der deutsche Staat handlungsfähig bleiben bzw. werden soll und seinen Bündnisverpflichtungen nachkommen kann, ist der utopische Gehalt, der sich aus den moralischen Impulsen gegen restaurative Tendenzen speiste, verdrängt worden, so daß die normalisierenden Tendenzen auch von Liberalen bejaht und praktiziert werden. Während sich die historisch abgeleitete Normalität zunächst zwischen dem westlichen Typus der Nationalstaatsbildung und dem deutschen Sonderweg bzw. zwischen Westorientierung und Mittelmachtdenken bewegt hat, kommt es im Zuge der europäischen Integration in Deutschland zunehmend zu einer Vorstellung von Normalität, die eine Vermittlung aus beiden Antipoden darstellt: westorientierter deutscher Staat mit geopolitischer Mittelposition in einem integrierten Europa und mit daraus resultierendem deutschen Hegemonieanspruch.

Das Selbstverständnis einer Nation prägt maßgeblich ihre Innen- und Außenpolitik. Aus dem neuen Selbstverständnis der deutschen Republik leiten sich selbstverständlich nützliche Konsequenzen für die nationale Interessenpolitik im Ausland ab. Aus diesem Grund wird im selben Atemzug die Gleichbehandlung als gleichberechtigter Partner gegenüber den anderen westlichen Staaten eingefordert. Die europäische Integration, die einmal nach dem Krieg verstanden wurde als Eindämmung Deutschlands, geriert nach 1989/90 zu einem mehr als profitablen Geschäft für deutschen Staat und Kapital. Wenn Linke dazu auffordern, sich mit der

---

Seltenheit.« – Oskar Negt: »Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, lieber Gerhard«, in: Ders. (Hg.): Ein unvollendetes Projekt. Fünfzehn Positionen zu Rot-Grün, Göttingen 2002, S. 27-47; S. 38 und 41.

<sup>376</sup> Vgl. Karl Otto Apel: Zurück zur Normalität?, a.a.O., S. 370-474. – Apel konstatierte eine neopragmatische Abwiegung der sogenannten »postkonventionellen Moral«, die auf einem besonderen Lernerfolg nach Auschwitz beruht habe, und eine Reetablierung der traditionellen Moral.

<sup>377</sup> Realpolitik orientiert sich nicht utopisch, sondern nimmt Zweck-Mittel-Kalkulationen vor, ist instrumentelle Vernunft, die den Zweck und den Einsatz der Mittel ausschließlich nach den Kriterien des Erfolges, Profits, Nutzens und der Macht abwägt und dabei nicht weit in die Zukunft schaut. »Politik ist nur dann auf kurze Sicht richtig, wenn sie auch auf lange Sicht richtig ist.« (Manès Sperber).

deutschen Nation versöhnlerisch zu stimmen, dann betätigen sie sich nicht für die Vereinzelteten als »Schutzhelfer« vor den unsozialen Folgen der Globalisierung, sondern als nützliche Idioten des Kapitals und preußisch-deutscher Großmachtpolitik.

Die Normalisierung ist kein Kampfplatz mehr; sie verläuft gradlinig und befindet sich damit im Einklang einer (idealtypisch) kapitallogisch-systematischen Ableitung von Normalität. Die kapitallogisch-systematische Ableitung von Normalität berührt die Frage nach der Zwecksetzung und Funktion des Nationalstaats im globalisierten Kapitalismus, bzw. nach den Aspekten staatlicher Souveränität. Das Kapital hat seine Beißhemmungen verloren. Staat und Gesellschaft richten sich stromlinienförmig zum Kapital, seinen Anforderungen und Interessen aus, so daß zum ersten Mal in der Geschichte, wie Oskar Negt schreibt,<sup>378</sup> das Kapital so funktioniert, wie es Karl Marx in seiner ›Kritik der politischen Ökonomie‹ beschrieben hat.

Die »Kritik der politischen Ökonomie« von Marx zeigt auf, wie die Menschen nach der ökonomischen Rationalität des Äquivalententausches sich gegenseitig als Personen anerkennen. Damit die Waren zirkulieren können, bedarf es eines gemeinsamen gewaltfreien Willensaktes der Warenbesitzer, die sich als Ware oder die ihre Waren aufeinander beziehen. Die Personen erkennen sich gegenseitig im Tausch erst als Personen in Gestalt von Privateigentümern an. Die Form ist der bürgerliche Vertrag, in dessen gemeinsamen Willensverhältnis sich das ökonomische Verhältnis widerspiegelt. Dieses scheinbar gewaltfreie ökonomisch-rationale Verhältnis ist das versachlichte Resultat eines vorangegangenen, gewalttätigen Kampfes um gegenseitige Anerkennung, der ausgefochten wurde, solange kein Gewaltmonopol eingerichtet war, das die Einhaltung der Verträge sowie für die Sicherheit der Person und ihres Eigentums garantieren konnte. Viel Blut ist dabei geflossen, um ein staatliches Gewaltmonopol mit der Aufgabe zu betreiben, den inneren Frieden zu garantieren, jedenfalls das Blutvergießen dort zu verhindern, wo Anerkennung vereinzelt verweigert wird. Diesen geschichtlichen Prozeß haben sämtliche westlichen Gesellschaften auf ihrem Weg zur Konstituierung eines territorialen Nationalstaates durchgemacht.

Was hier durch das Gewaltmonopol gewährleistet werden soll, ist aber keineswegs Gewaltfreiheit, sondern der mehr oder minder versteckte, ökonomische Bürgerkrieg der Konkurrenz aller gegen alle auf nationaler Ebene. Dieser ökonomische Krieg ist die Normalform bürgerlicher Gewalt (wenn man wie Marx die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse in England

---

<sup>378</sup> »Das absolut Neue besteht darin, daß die Kapital- und Marktlogik von nahezu allen Barrieren, Kontrollen, Widerständen, Gegenmachtpositionen befreit ist. Die Erosion dieser kollektiven Widerstandspotentiale, ob sie nun den Staat betreffen, die sozialen Sicherungssysteme, die Kampfbereitschaft von Organisationen der Arbeiterbewegung, ist zu einem zentralen Problem nicht nur der demokratischen Organisationsformen unserer Gesellschaft geworden, sondern sogar ihres solidarischen Zusammenhalts.« – Oskar Negt: »Ironie der Geschichte oder: Der Kaiser ist nackt. Über alte und neue Kleider, den Kapitalismus, die Globalisierung und die Notwendigkeit der Solidarität«, in: *FR* vom 04.06.1998, S. 7.

zum Normalmaßstab des Kapitalismus nimmt), die sich erst entfalten kann, wenn auf der Oberfläche der Schein von Gewaltfreiheit, abstrakter Rechtsgleichheit, Vertragssicherheit und ökonomischer Freiheit durchgesetzt wurden. Nach außen, d.h. zwischen den Staaten herrschen diese bürgerlichen Prinzipien nicht oder nur moralisch, d.h. auf Basis von freiwilliger Übereinkunft, da kein Gewaltmonopol über dem Staat existiert, daß die Einhaltung bilateraler Verträge etc. garantieren könnte. Zwischen den souveränen Nationalstaaten herrscht quasi der Naturzustand, d.h. das Recht des Stärkeren, welches mit diplomatischen, ökonomischen oder militärischen Mitteln durchgesetzt wird.

Die Staatsmacht hat die Aufgabe, die Integration des nationalen Kapitals in den Weltmarkt sicherzustellen. »Die Integration der eigenen ›Nation‹ in den Weltmarkt wird von der Staatsmacht hergestellt, um das Geschäft ihrer Bürger von den Schranken ihres Herrschaftsbereiches zu befreien. Dabei stößt sie auf Einschränkungen, die durch die Existenz auswärtiger Souveräne gegeben sind. Mit ihnen muß sie sich irgendwie ins Benehmen setzen. Das ist ein Geschäft gegenseitiger Erpressung mit diplomatischen Tricks und ökonomischen Mitteln, mit militärischer Drohung und manchmal auch mit richtigem Krieg.«<sup>379</sup>

Für Deutschland zeigte sich 1989/90 und während des Stadiums einer noch nicht vollzogenen politischen Union Europas, in der es noch keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gab, zunächst das Problem einer postnationalen Konstellation, so daß sich die Vorstellung von Normalität einerseits zwischen dem Erfordernis der Wiedererlangung von nationalstaatlicher Souveränität auch in militärpolitischer Hinsicht (*ius ad bellum*) und andererseits der Übergabe von Souveränitätsrechten an die sich herausbildende höhere Integrationseinheit (EU) bewegte. Das »Zurück zur Normalität« (Hans Otto Apel), das im Bereich der Außenpolitik als Reetablierung imperialistischer Prinzipien übersetzt werden kann, ist allerdings kein reines Zurück zur konventionellen Moral, sondern tritt als Legierung von traditioneller und postkonventioneller Moral auf: als Vermischung von kühler imperialer Machtprojektion und moralischer ›Rechtschaffenheit‹. Insofern ist das ursprüngliche Amalgam aus historischem und utopischen Denken, das Habermas benannte, zu einer Legierung aus kapitallogisch-systematischen und gesinnungsethischen Denken geworden.<sup>380</sup> Das herkömmliche Amalgam hat sich mithin nicht aufgelöst, sondern die beiden Antipoden haben sich lediglich verwandelt und damit den Ag-

---

<sup>379</sup> Günther Jakob: Mit Auschwitz lügen. Der bewaffnete und der unbewaffnete Humanismus, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999, S. 78-94; S. 93.

<sup>380</sup> »Gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ist mit der überkommenen Mentalität des Kalten Krieges eine sehr starke gesinnungsethische Ausrichtung an politischen Glaubensfragen zu diagnostizieren.« – Stefan Brunner: Deutsche Soldaten im Ausland, a.a.O., S. 24. – »Militärischer Interventionismus wird als eine Fortsetzung der Menschenrechte mit anderen Mitteln ausgegeben. Die Beteiligung an Kriegen wird mit den Opfern unter der Zivilbevölkerung begründet und überhaupt erst gerechtfertigt. Mit einer doppelbödigen Interpretation des Völkerrechts wird militärischer Interventionismus legitimiert.« – Brunner, a.a.O., S. 94.

gregatzustand des Politischen verändert. Am deutlichsten ist das im Bereich der Außenpolitik zu erkennen. Die (oberflächliche) Gemeinsamkeit der beiden politischen Strömungen ergibt in der Konsequenz eine militarisierte Außenpolitik, die als »humanitärer Interventionismus« daherkommt, aber aus gegensätzlichen Motiven affirmiert wird: im konservativen Spektrum mehr durch geopolitisches Machtdenken im Interesse des deutschen Staates, im (links)-liberalen Spektrum mehr durch menschenrechtliche Ethik zum Wohle der leidtragenden, d.h. betroffenen Menschen in den Krisenregionen. Während für dieses »humanitäre Interventionen« moralisch gebotene Maßnahmen einer Friedenspolitik darstellen, um Völkermorde oder ähnliches zu verhindern, sind sie für jenes ein camoufliertes Instrument zur Realisierung geopolitischer Interessen.

## **Teil II:**

### **Außenpolitische Normalisierung seit 1989/90**

1. Deutsche Einheit 1989/90 – Entlassung in die vollständige, aber selbstbeschränkte Souveränität?

#### *Neues gesamtdeutsches Nationalbewußtsein im Zuge der osteuropäischen Transformation*

Als 1949 zwei in ihrer Souveränität eingeschränkte deutsche (Teil-)Staaten gegründet worden waren, begann nach Peter Brückner in Westdeutschland eine ganz bestimmte, kollektive Verdrängungsleistung bezüglich der Schuld, die das gesamtdeutsche Reich in der Zeit zwischen 1913 bis 1945 auf sich geladen hatte: Die Gründung der DDR als eigenständiger Staat wurde von den Westdeutschen hingenommen auch in Form einer Art Opfergabe für die Schuld des Schreckens, den die Deutschen während des Wilhelminismus und NS-Faschismus verbreitet hatten und die nicht nur in zwei Weltkriegen, sondern vor allem in Auschwitz kulminierten. Die Möglichkeit einer »Wieder«-Vereinigung wurde deshalb über viele Jahrzehnte der bundesrepublikanischen Geschichte von den breiten Schichten der Öffentlichkeit so gut wie nicht gewollt, denn basierend auf dieser Lebenslüge galt: »Verlorenes Land ist verlorene Schuld«.<sup>381</sup> Die Gegenleistung des Opfers: Relative Schuldfreiheit. Eine »Wieder«-Vereinigung schien denn auch solange nicht in Frage zu kommen wie der Kalte Krieg fortexistierte. Beide deutschen Staaten hatten nämlich die größtmögliche Abgrenzung voneinander gewählt: die des wechselseitigen Ausschlusses von Kapitalismus und Sozialismus sowie der militärischen Eingliederung in NATO und Warschauer Pakt. – Folge der Kalten-Kriegs-Logik.

Erst völlig andere Umstände – das absehbare Ende des Kalten Krieges im Jahre 1989 – konnte ein neues gesamtdeutsches Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik auch unter Liberalen und Linken wieder salonfähig machen, welches das kollektive Bedürfnis nach Wiedervereinigung im Westen vorbereitete, indem es eine umgekehrte, zweite Form der Verdrängung von Schuld möglich machte: Wiedergewonnenes Land wäre in diesem Sinne wiedergewonnene Unschuld. Im Zentrum des neuen gesamtdeutschen Nationalbewußtseins standen die mehrschichtigen Begriffe der Selbstbestimmung und der Souveränität, die im Laufe des deutschen

---

<sup>381</sup> Vgl. Peter Brückner: Versuch, uns und anderen die Bundesrepublik zu erklären, Berlin 1979, S. 21. – Vgl. auch S. 23.



Einigungsprozesses durch Instrumentalisierung von verschiedenen Seiten einen Inhaltswechsel erfuhren und den Verlauf des Einigungsprozesses beeinflusst haben.

Ende der achtziger Jahre hatten Glasnost und Perestroika, die mit der Person des sowjetischen Staatschefs Michail Gorbatschow verbunden waren, längst dazu geführt, daß von einem einheitlichen »Ostblock« nicht mehr die Rede sein konnte. Enthemmt durch den neuen Reformgeist hatten die osteuropäischen Staaten damit begonnen, ihre politische, ökonomische und soziale Ordnung im Innern zunehmend nach eigenen Prinzipien zu gestalten. Der »Ostblock« befand sich somit Anfang 1989 in einem sukzessiven, sichtbaren Auflösungsprozeß. Zu Konfrontationen mit der sowjetischen Seite kam es immer seltener; Reformen konnten offen ihre Widersprüche diskutieren, ohne gleich harte Interventionen der sowjetischen Machthaber befürchten zu müssen. Der sowjetische Staatschef hatte die bis dahin gegoltene Breschnew-Doktrin, nach der sich die Sowjetunion in die politischen Prozesse der Staaten des Warschauer Paktes nötigenfalls auch mit militärischer Gewalt einmischen würde, um die Einheit des »Ostblocks« zu wahren, gelockert.

Das reformfreundige Klima in Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei drang jedoch zunächst nicht bis in die DDR vor, die neben einigen anderen Staaten des Warschauer Paktes – etwa Rumänien oder Bulgarien – offiziell eine konservative, poststalinistische Haltung einnahm.<sup>382</sup> Erich Honecker verkündete im Januar 1989, daß die Berliner Mauer noch in 50 und 100 Jahren stehen werde.<sup>383</sup> Es setzte allerdings in dem Augenblick eine Massenflucht in den Westen ein, als die ungarischen Behörden Anfang Mai 1989 den Eisernen Vorhang an der Grenze zu Österreich kurzerhand einrissen und somit den Weg über die grüne Grenze in den Westen freigaben. Seit Mai sammelten sich in den westdeutschen Botschaften in Budapest, Ost-Berlin, Prag und Warschau sehr viele DDR-Bürger, die in den Westen fliehen wollten.

Das Loch im Eisernen Vorhang hatte eine gesellschaftspolitische Strahlkraft bis nach China, wo Anfang Juni auf dem »Platz des himmlischen Friedens« in Peking jenes Massaker an demonstrierenden Studenten stattfand, welches in den reformfreundigen osteuropäischen Staaten und ganz besonders von den ostdeutschen Reformgruppen gemeinhin als »chinesische Lösung« gefürchtet wurde. Denn in einer Erklärung der DDR-Volkskammer vom 8. Juni 1989 billigte die SED das Vorgehen in Peking gegen die demonstrierenden Studenten ausdrücklich.<sup>384</sup> Egon Krenz reiste im September sogar als Diplomat der DDR nach China, um der chinesischen KP für die Niederschlagung des »konterrevolutionären Aufruhrs« zu gratulieren.

---

<sup>382</sup> Vgl. Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht. Die Instrumentalisierung der europäischen Integration 1974-1994, Frankfurt a.M. 1997, S. 171.

<sup>383</sup> Vgl. »Schlußbemerkung Erich Honeckers auf der Tagung des Thomas-Müntzer-Komitees«, in: *Neues Deutschland* vom 20.1.1989.

<sup>384</sup> Siehe *Archiv der Gegenwart*, 59, 1989, S. 33396.

Eine gemeinsame Erklärung von Helmut Kohl und Michail Gorbatschow am 13. Juni 1989 nahm die offizielle Abkehr von der Breschnew-Doktrin vorweg. Es sollte das »Recht aller Völker und Staaten, ihr Schicksal frei zu bestimmen und ihre Beziehungen zueinander auf der Grundlage des Völkerrechts souverän zu gestalten«<sup>385</sup> sichergestellt sein, so daß wenigstens mit einiger Sicherheit davon ausgegangen werden konnte, daß den Reformbestrebungen in den einzelnen Ostblock-Staaten nicht durch militärische Einmischung seitens der Roten Armee – wie etwa zum Arbeiteraufstand 1953 in Ost-Berlin – ein jähes und blutiges Ende bereitet werden würde. Diese Erklärung hatte wiederum Strahlkraft auf den gesamten von der Sowjetunion beherrschten politischen Osten, aber in den konservativeren und gegenüber Gorbatschows Perestroika-Politik kritisch eingestellten Staaten erhöhte sich für die Reformgruppen damit das Risiko, daß die kommunistischen Führungscliquen des Staates auf eigene Faust hart durchgreifen könnten.

Da sich zuerst in Osteuropa, in den baltischen Staaten,<sup>386</sup> Polen und Ungarn, Reformgruppen in Bewegung gesetzt hatten, bevor sich auch in der DDR spürbar etwas bewegte, liegt die Vermutung nahe, daß Kohl sich der besonderen Brisanz bewußt war und deshalb die gemeinsame Erklärung mit Gorbatschow Bestandteil eines strategischen Kalküls gewesen ist: Wenn sich der Fortbestand der Reformbewegung in Osteuropa absichern ließe, würde der Reformgeist vielleicht auch auf die DDR übergreifen und sich damit die deutsche Einheit einen Meilenstiefelschritt näher bringen lassen. Wenig glaubhaft erscheint dagegen die immer wieder geäußerte Behauptung der westdeutschen Protagonisten der deutschen Einheit: Kohl und Genscher hätten die deutsche Einheit nicht vorausgesehen und wären von der »Wende« völlig überrascht worden.

Immerhin befand sich Helmut Kohl zu dem Zeitpunkt der Maueröffnung symbolträchtig auf Staatsbesuch in Polen, dem Land, das aufgrund der Solidarnosc-Bewegung der achtziger Jahre eine Schlüsselstellung für den osteuropäischen Transformationsprozeß eingenommen hat. Kohls Polenbesuch im Herbst 1989 diente dem Versuch, den dort in Gang gekommenen Reformfluß durch finanzielle Hilfen abzusichern – nicht aus vollständiger Uneigennützigkeit der vermeintlich west-deutschen Interessen, sondern um die Wahrscheinlichkeit einer deutschen Einheit größer werden zu lassen, denn eine ostdeutsche Bewegung hätte es im Falle eines Scheiterns der Reformbewegung in Polen sehr schwer gehabt, sich von den verkrusteten Staatsstrukturen der DDR zu befreien. Die Angst vor einer chinesischen Lösung, d.h. einer blutigen Niederschlagung der Opposition, wie sie in China am 3. September 1989 unter der

---

<sup>385</sup> *Europa-Archiv*, 44, 1989, D 382.

<sup>386</sup> In Estland, Lettland und Litauen war es bereits im Oktober 1988 zu Gründungen von Volksfronten zur Wiederherstellung der nationalstaatlichen Unabhängigkeit gekommen.

Führung von Deng Xiaoping auf dem Platz des himmlischen Friedens vonstatten gegangen war, ist weit verbreitet gewesen; zu Recht, wie es sich kurze Zeit später in Rumänien unter Ceausescu bestätigen sollte.

Einiges ist mittlerweile bekannt geworden, daß darauf schließen läßt, daß die osteuropäischen Transformationsprozesse und damit auch der Wandel in der DDR, der zur deutschen Einheit geführt hat, wenigstens seit Beginn 1989 vorhersehbar gewesen ist. Westdeutsche Unternehmer und einige Politiker wußten offensichtlich sehr genau, was in absehbarer Zeit in Deutschland geschehen würde. Vom Westberliner Senat kaufte der Konzern Daimler-Benz frühzeitig, als noch niemand in der Öffentlichkeit die deutsche Einheit für möglich gehalten hatte, ein riesiges Grundstück am Potsdamer Platz, welches mit der deutschen Einheit und dem Wegfall der Mauer zu einem Filetstück Europas geworden war. Und der Malteser-Hilfsdienst hatte bereits im Frühjahr in Ungarn Auffanglager für DDR-Bürger gebaut, die erst im Sommer über die offene Grenze flüchteten.<sup>387</sup>

Die offizielle Abkehr von der Breschnew-Doktrin erfolgte schließlich am 8. Juli 1989 in einer Erklärung zum Abschluß des Bukarester Gipfeltreffens der Warschauer-Pakt-Staaten. Darin wurde das Recht eines Volkes festgehalten, »selbst das gesellschaftspolitische und ökonomische System, die staatliche Ordnung, die es für sich geeignet betrachtet, zu wählen«. Außerdem wurde festgestellt, daß die gesellschaftliche und politische wie ökonomische Stabilität »die Unzulänglichkeit einer direkten und indirekten Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten« voraussetze. Mit anderen Worten: »Kein Land darf den Verlauf der Ereignisse innerhalb eines anderen Landes diktieren, keiner darf sich die Rolle eines Richters oder Schiedsrichters anmaßen.«<sup>388</sup>

Aus den Basisgruppen, die seit 1986 vermehrt in Ostdeutschland oppositionelle Arbeit geleistet hatten, formierten sich seit Juli 1989 die Bürgerbewegungen, die mit der Organisation von Massendemonstrationen – vornehmlich in Leipzig und Dresden – schließlich das DDR-Regime zu Fall brachten.<sup>389</sup> Allerdings hatte keine der Protestgruppen einen solchen Sturz des Regimes tatsächlich beabsichtigt.<sup>390</sup> Die Basisgruppen und Bürgerbewegungen hatten den

---

<sup>387</sup> Vgl. Wolfgang Rüdendklaus: *Störenfried. ddr-opposition 1986-1989*, mit Texten aus den »Umweltblättern«, Berlin 1992, S. 366.

<sup>388</sup> *Europa-Archiv* 44, 1989, D 605.

<sup>389</sup> Die wesentlichen Plattformen und Bürgergruppen, die in dieser Zeit zwischen Juli und September 1989 gegründet wurden, waren das Neue Forum, Demokratie jetzt, Demokratischer Aufbruch und die Böhleener Plattform. – Einen guten Überblick über die wichtigste Bürgerbewegung, »Neues Forum«, sowie den politischen Verlauf der heißen Phase von acht Wochen im Herbst 1989 bietet die Publikation des Neuen Forum Leipzig: *Jetzt oder nie – Demokratie! Leipziger Herbst '89. Zeugnisse, Gespräche, Dokumente*. Mit einem Vorwort von Rolf Henrich, hrsg. v. Reinhard Bohse / Grit Hartmann / Ulla Heise u.a., Leipzig 1989. – Siehe auch *Die Zeit* vom 29.9.1989, S. 7.

<sup>390</sup> »Die Basisgruppen taten 1989 nur das, was sie immer getan hatten, sie leisteten Widerstand und erweiterten den rechtsfreien Raum, in dem sie ihre Anliegen verwirklichten. Und auch von Seiten der neuentstehenden Bür-

Untergang der DDR weder vorausgesehen, noch hatten sie ihre Oppositionsarbeit zum Zwecke einer Überwindung von DDR und Sozialismus geführt, sondern waren vielmehr an einer Demokratisierung des real existierenden Sozialismus interessiert, an einem Sozialismus mit menschlichem Gesicht.<sup>391</sup> Die Opposition vermochte der DDR, die wie ein Koloß auf tönernen Füßen stand, nur noch den Gnadenstoß zu versetzen. Die weitere Entwicklung schien von höheren Mächten vorherbestimmt.

Am 25. August 1989 trafen sich Kohl und Genscher mit dem ungarischen Ministerpräsident Németh und Außenminister Horn, um über eine bald mögliche Ausreisegewährung der in der deutschen Botschaft in Budapest ausharrenden DDR-Bürger zu verhandeln. Das geschah dann am 1. September, nachdem der ungarische Außenminister die Grenzöffnung zu Österreich bekanntgegeben hatte. In den darauffolgenden zwei Tagen reisten über 10.000 Flüchtlinge aus der DDR nach Österreich ein. Die Fluchtwelle riß damit aber nicht ab, weitere Besetzungen der deutschen Botschaften in Warschau und Prag durch Tausende DDR-Bürger ereigneten sich. Genscher führte in der Folge dieselben Verhandlungen auch mit den Außenminister Polens und der Tschechoslowakei sowie mit dem DDR-Außenminister Oskar Fischer. Das Ergebnis der Gespräche war die Vereinbarung, daß die in den besetzten Botschaften versammelten DDR-Bürger ausreisen durften.

Am 6. und 7. Oktober fanden die Staatsfeiern zum 40. Geburtstag der DDR-Gründung statt, und der ostdeutsche Staat konnte den desolaten Zustand, in dem er sich befand, nicht mehr verbergen. Der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow, der als Gast zu den Staatsfeiern geladen war, ermahnte die SED-Führung zu grundlegenden Reformen, und parallel zu den Staatsfeiern skandierten die Bürger in Leipzig und Dresden und anderen Großstädten »Wir sind das Volk!« und demonstrierten für mehr Selbstbestimmung. Die mehr oder weniger »freiwillige« Absetzung Erich Honeckers von allen seinen Funktionen und Ämtern als Staats- und Parteichef erfolgte schließlich am 18. Oktober 1989. Sein Nachfolger, Egon Krenz, versprach den unaufhörlich demonstrierenden Massen nun Reformen und insbesondere eine

---

gerbewegung ging es zunächst um nichts anderes als eine Erweiterung der Diskussions- und Handlungsmöglichkeiten. Und dann passierte das, woran mancher nur im Traum gedacht hatte: Die Bevölkerung ging auf die Straße, das Regime wich vor den Forderungen der Bevölkerung zurück, das Neue Forum wurde zugelassen usw. ...« – Wolfgang Rüdtenklau: Störfried, a.a.O., S. 364.

<sup>391</sup> »Vielen, wenigstens in der DDR, haben die Ziele des Sozialismus eingeleuchtet, wir haben den Weg angezweifelt, den diese Einheitspartei nahm. Und wir haben aus anarchistischer, aus christlicher, aus liberaler oder aus marxistischer Gesinnung von einer Gesellschaft geträumt, in der das Glück des einzelnen nicht im Widerspruch zum Glück aller steht.« – Rüdtenklau, a.a.O., S. 366. – »Und ebensowenig haben wir den Kapitalismus gewollt, der nach dem Ende des Regimes von außen hereinbrach. Daß Kapitalismus keine Alternative ist, braucht man uns nicht zu erzählen. Es ist richtig, daß wir kein Konzept hatten und den Eindringenden unvorberichtet und blauäugig in die Hände fielen. Aber wir haben mittlerweile erfahren, daß unsere redseligen Brüder und Schwestern im Westen auch kein Konzept haben. Wenn wir sie früher danach fragten, haben sie erklärt, daß sie nicht mit uns reden wollen.« – Rüdtenklau, a.a.O., S. 369.

Lockerung der Reisebestimmungen. Auf diese Weise hoffte die SED, der in diesen Monaten erstarkten Bürger-Opposition das Wasser abzugraben und den innerlichen Zusammenbruch der DDR aufhalten zu können. Aber Krenz genöß in der ostdeutschen Bevölkerung kein Vertrauen, weil er sich als China-Claqueur vollständig diskreditiert hatte. Außerdem gingen die Reformversprechen nicht weit genug. Krenz wollte an dem Führungsanspruch der SED sowie an der marxistisch-leninistischen Staatsdoktrin festhalten. Was aber der SED und ihrem offiziellen Marxismus-Leninismus vornehmlich von den ostdeutschen Intellektuellen und Künstlern entgegengehalten wurde, war nichts Geringeres als die Auffassung Rosa Luxemburgs, daß es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben könne und Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden sei.<sup>392</sup> Entsprechend wurden auf den Montagsdemonstrationen neben Reisefreiheit auch freie Wahlen und Parteienpluralismus gefordert – konkrete Forderungen für die Umsetzung eines demokratischen Sozialismus.

Am 8. November trat aufgrund der politischen Führungskrise das gesamte Politbüro zurück, um den Weg zur Wahl eines neuen, verkleinerten Politbüros freizumachen. Die SED versuchte nunmehr, aus ihren hinteren Reihen vermeintlich unbelastete Kader auf Führungspositionen zu setzen. Egon Krenz wurde erneut Generalsekretär des ZK der SED. Einen Tag später, am 9. November 1989 blieb der DDR-Führung aufgrund des angeschwollenen politischen Drucks der oppositionellen Gruppen nichts anderes übrig, als die Grenzen zur Bundesrepublik und zu Berlin-West zu öffnen. Es verließen in der Folge Zehntausende die DDR und reisten in den Westen.<sup>393</sup> Helmut Kohl befand sich in diesem Augenblick gerade auf einem Staatsbesuch in Polen, den er sofort abbrach, um nach Berlin zu reisen.

### *Das 10-Punkte-Programm Helmut Kohls*

Am 28. November 1989 ergriff Helmut Kohl die Initiative und präsentierte dem Bundestag während einer Haushaltsdebatte ein »Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung

---

<sup>392</sup> Vgl. Stefan Heym: »Ist die DDR noch zu retten? – Aus dem real existierenden muß ein wirklicher Sozialismus werden«, in: *Die Zeit* vom 13.10.1989, S. 5: »Damals warnte Rosa Luxemburg, die Revolution könne auf die Dauer nur gelingen, wenn sie zugleich sozialistisch und demokratisch wäre, und Lenin und seine Genossen glaubten, der Erfolg ihrer Revolution hänge ab von einer zweiten, die der ersten zu Hilfe kommen müsse, der deutschen nämlich. Aber die deutsche versandete bald nach ihrem Ausbruch, und die russische blieb isoliert in ihrem rückständigen Lande und geriet zu einer Diktatur, nicht des Proletariats, sondern des Staats- und Parteiapparats: zum Stalinismus.«

<sup>393</sup> »Das noch wenig zuvor für unmöglich gehaltene Ereignis einer Öffnung der deutsch-deutschen Grenze war das Ereignis von Zufall, Chaos, Druck, Ratlosigkeit und zugleich Teil eines revolutionären Prozesses, der längst weite Teile Ost-, Ost-mittel- und Südosteuropas erfaßt hatte.« – Gregor Schöllgen: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, a.a.O., S. 188.

Deutschlands und Europas«. <sup>394</sup> Zwar formulierten prominente ostdeutsche Oppositionelle als Gegenreaktion einen Aufruf (»Für unser Land«), in dem sie als soziale Alternative zur Bundesrepublik eine eigenständige DDR forderten, aber auf den Leipziger Montagsdemonstrationen tauchten zum ersten Mal die Deutschlandflaggen (West) auf. Kohl konnte sich deshalb mit seinem Zehn-Punkte-Programm an die Spitze der ostdeutschen Bewegung stellen.

Der deutsche Bundeskanzler ging in seinem »Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas« von einem zeitlichen Fahrplan aus, der nur sehr vorsichtigen Enthusiasmus erkennen ließ. Die Vollendung des EU-Binnenmarktes, welche für den 31. Dezember 1992 anvisiert war, sollte seiner Einschätzung nach eher realisiert sein als die deutsche Einheit. <sup>395</sup> Der fünfte Punkt im Programm war der zentralste. Darin ging es um den Vorschlag der Einführung von »konföderativen Strukturen« als einem Zwischenschritt zur vollständigen Einheit der beiden deutschen Staaten in einem Gesamtdeutschland. Voraussetzung dafür sei aber eine »demokratisch legitimierte Regierung in der DDR«. <sup>396</sup>

Das Programm sei mit niemandem außer zwei Geistlichen und seiner Ehefrau am heimischen Wohnzimmertisch in Oggersheim abgesprochen und schließlich auf einer Reisemaschine abgetippt worden. <sup>397</sup> Die tiefe Symbolik, die hier Teil der Inszenierung des Gründungsmythos' eines neuen Nationalstaats gewesen ist, drängt den Beobachter zur hermeneutischen Deutung. Kohl hatte ein Programm zur Herstellung der deutschen Einheit entworfen, daß weder auf demokratischem Wege vom Bundestag diskutiert und beschlossen worden oder parteiintern durch die einzelnen relevanten Gremien gegangen war, noch wurde es zuvor – was angesichts des offiziellen Status der eingeschränkten Souveränität der Bundesrepublik und der DDR in Fragen in Bezug auf Gesamtdeutschland wesentlich gravierender war – von den vier offiziellen Siegermächten abgestimmt und abgesegnet; die vier Mächte waren nicht einmal in Kenntnis gesetzt worden, sie mußten den Inhalt jenes »Zehn-Punkte-Programms« aus der Presse erfahren. Faktisch bedeutete das »Zehn-Punkte-Programm« einen riskanten, weil äußerst fragwürdigen Alleingang, der keinerlei rechtliche Legitimation besaß und deshalb seine Legitimation durch etwas scheinbar Gleichwertiges oder sogar Höheres als geltendes Recht erhalten mußte.

Die beiden Geistlichen, die Kohl zur Beratung hinzugezogen hatte, gaben dem »Zehn-Punkte-Programm« ein sakrales und heiliges Antlitz. Mit der symbolischen Anleihe im Religiösen als Legitimationsersatz für die demokratischen, aber langwierigen Entscheidungspro-

---

<sup>394</sup> Vgl. *Europa-Archiv* 24/1989, S. D 728ff.

<sup>395</sup> Vgl. Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 189.

<sup>396</sup> Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht, Bd. 151, S. 13510ff.

<sup>397</sup> Vgl. Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 189.

zesse gegenüber den Vier Mächten, Parlament, Regierung und Partei erhielt der Gründungsmythos der in einem Staat zu einenden Nation einen gewichtigen Legitimationsersatz. Gegenüber den langwierigen demokratischen und auf Konsens zielenden Entscheidungsprozessen stand Kohls Spontaneität des Augenblicks und der zeitsparende Verzicht auf komplizierte Organisationsapparate. Kohl ergriff als Privatmann die Initiative; als Bundeskanzler stellte er zwar im Bundestag den Inhalt seines Programms vor, aber der Privatmann Kohl – so sollte es erscheinen – hatte es am heimischen Wohnzimmertisch in Oggersheim ausgeheckt. Die Symbole der asketischen Schlichtheit: Der zurückgezogene Privatmann, seine Kühnheit und Fortune, sein entschlossener, unbeirrbarer Tatendrang, die reduzierte Zahl seiner Berater – dazu Geistliche gar – und auch die Reisemaschine, die ein bißchen für den heimatlosen Dichter oder Intellektuellen steht,<sup>398</sup> sind bestechend. Kohl verschaffte sich mit dieser Symbolik für einen kurzen Augenblick die Attribute eines charismatischen Führers. Wenn sein Alleingang erfolgreich verlaufen sollte, blieb ihm auch keine andere Wahl, denn jeder andere undemokratische und damit autoritäre Legitimationsversuch, hätte am Parlament oder an den Vier Mächten scheitern müssen, wenn denn gerade das Hauptargument der 50-jährigen Geschichte erfolgreich praktizierter Demokratie stimmig sein sollte, auf das sich dieses Land berufen wollte, vermöge dessen dieses Land Normalität beanspruchte und für Vertrauen bei den europäischen Nachbarn warb.

Ganz ohne Reibung verlief aber Kohls Alleingang dann doch nicht. Die Tatsache, daß der Deutsche Bundestag, die Koalitionsparteien, die Bundesregierung, die parlamentarische Opposition, das Auswärtige Amt, die westlichen NATO-Verbündeten, die Vier Mächte auf dieselbe Weise und zum selben Zeitpunkt vom Inhalt des »Zehn-Punkte-Programms« erfuhren wie der Rest der Bevölkerungen in Deutschland, Europa und in der Welt: im Augenblick der Verlesung und aus der Presse, löste erhebliche Irritationen vor allem in Frankreich und Großbritannien aus. Die ehemaligen Siegermächte und EG-Partner fühlten sich übergangen. Denn gemäß den Vereinbarungen der Einheitlichen Europäischen Akte bezüglich der Europäischen Politischen Zusammenarbeit hätten die EG-Partner über Schritte, die die Einheit Deutschlands herstellten, zuvor informiert und konsultiert werden müssen.<sup>399</sup> Von Konsultationen der vier Siegermächte ganz zu schweigen, schließlich war die staatliche Souveränität bei Fragen in Bezug auf Gesamtdeutschland definitiv eingeschränkt.

---

<sup>398</sup> »Denk' ich an Deutschland in der Nacht, / Dann bin ich um den Schlaf gebracht, / Ich kann nicht mehr die Augen schließen, / Und meine heißen Tränen fließen.« – Heinrich Heine: Nachtgedanken, in ders. : Werke Bd. 1, Köln 1995, S. 295-297; S. 295.

<sup>399</sup> Vgl. Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 173.

Kohl rechtfertigte später (am 6. Juni 1991) im Bundestag seinen Alleingang damit, »daß es eben nur ein paar Wochen waren, in denen die deutsche Einheit international durchsetzbar war«. <sup>400</sup> »Bundeskanzler Kohl hatte mit seinem Vorpreschen aller Welt klar gemacht, daß seiner Überzeugung nach die deutsche Frage in erster Linie von den Deutschen selbst beantwortet werden sollte; wohl sollten europäische Organisationen und das westliche Verteidigungsbündnis miteinbezogen werden, doch für die Lösung der Probleme in der DDR und die Regulierung der daraus resultierenden Veränderungen auch im deutsch-deutschen Verhältnis waren nach Kohls Auffassung die beiden deutschen Staaten zuständig. Es entsprang daher rein nationalem Interesse, ohne Berücksichtigung der in der EEA übernommenen Verpflichtung zu Konsultationen mit den EPZ-Partnern die sich bietende Chance einer Überwindung der Teilung Deutschlands zu ergreifen.« <sup>401</sup>

Die Entwicklung nahm immer rasantere Züge an. Hatte Kohl zu Beginn seiner Initiative noch von einer »Vertragsgemeinschaft« gesprochen, »die ein immer dichteres Netz von Vereinbarungen in allen Bereichen und auf allen Ebenen umfassen und auch entsprechende gemeinsame Institutionen« <sup>402</sup> erhalten sollte, so war bald schon von einer engeren Konföderation und schließlich von einer nationalstaatlichen Einheit im Sinne eines Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik Deutschland die Rede. Die Betonung lag jedoch stets auf *freien Wahlen*, in denen die Ostdeutschen selbst darüber zu entscheiden hätten.

Schon am 18.11.1989 war ein neuer Ministerrat mit Hans Modrow zum Vorsitzenden in offener Abstimmung gewählt worden. – Das war noch keine freie und demokratische Wahl gewesen, die Kohl zur Realisierung der staatlichen Einheit zur Bedingung gemacht hatte. Dennoch handelte Kohl mit Hans Modrow und Egon Krenz, die demokratisch nicht legitimiert waren, Verträge über eine deutsch-deutsche Vertragsgemeinschaft aus, die weitreichende Gültigkeit hatten, d.h. systemüberwindend waren und damit noch gegen den Willen breiter, nicht gefragter ostdeutscher Reformgruppen standen, die ihr Recht auf Selbstbestimmung in Form von freien Wahlen forderten, um offen und frei über die Zukunft der DDR entscheiden zu können. – Dieses Recht blieb ihnen verwehrt, denn zu freien Wahlen kam es erst zu dem Zeitpunkt (18. März 1990), als die systemüberwindenden Weichen hin zur freien Marktwirtschaft bereits gestellt waren (6. März 1990).

Am 6. Dezember 1989 trat Egon Krenz von seinem Amt als Staatsratsvorsitzender zurück. Ein runder Tisch wurde eingerichtet, von dem aus die alten Parteien mit den neuen Oppositi-

---

<sup>400</sup> Stenographischer Bericht, Bd. 156, S. 2092.

<sup>401</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 173.

<sup>402</sup> Rede des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, im Centre de Conférences Internationales in Paris am 17. Januar 1990, in: *Europa-Archiv* 4/1990, S. D 113.



onsgruppen in Dialog traten und gemeinsam »regierten«. Gregor Gysi wurde zum neuen Chef der SED gewählt, die sich knapp eine Woche später in PDS umbenannte und mit dem Grundsatz des Marxismus-Leninismus brach.

Hans Modrow hatte zunächst Kohls »Zehn-Punkte-Programm« und auch die Herstellung der deutschen Einheit abgelehnt. Aber die Ereignisse überschlugen sich derart, vor allem die Tatsache, daß auf den Montagsdemonstrationen nun nicht mehr »Wir sind *das* Volk!«, sondern »Wir sind *ein* Volk!« und sogar »Deutschland einig Vaterland« skandiert wurde, führten dazu, daß die Pläne von einer simplen Vertragsgemeinschaft und Konföderation schließlich bei einer nationalstaatlichen Einheit anlangten.

*Einschub: Kollektivsymbolik der deutschen Vehikel: Zug, Auto, Flugzeug, Rakete*

Die westdeutsche Presse hatte das Glockengeläut der vermeintlich aufgewachten deutschen Nation schon einige Wochen zuvor mit angeheizt.<sup>403</sup> In den deutschen Zeitungen war zuvor noch umfassend davor gewarnt worden, die deutsche Einheit mit Ach und Krach forcieren zu wollen. Eine große Gefahr wurde darin gesehen, wenn die Reformen (vor allem in der Sowjetunion und in Polen) ins Stocken geraten könnten und damit auch die Reformen in Ungarn, Tschechoslowakei und in der DDR. Die Emanzipation in ganz Osteuropa und die europäische Integration stünden auf dem Spiel, wenn etwa an der deutschen Frage Gorbatschows Perestroika-Bemühungen zunichte gemacht würden. Aber zwischen den Zeilen ließ sich in den Kommentaren nahezu aller bürgerlichen Zeitungen die »vorherbestimmte« Einheit der Deutschen herauslesen.<sup>404</sup>

In Jürgen Links »Versuch über den Normalismus« findet sich eine eindrucksvolle Passage, in der der Autor eine Medien-Analyse der im Zusammenhang des deutsch-deutschen Einigungsprozesses in der Öffentlichkeit gebrauchten Kollektivsymbolik des *Vehikels* unternimmt.<sup>405</sup> Die Analyse greift den Wandel der symbolischen Vehikel vom Zug übers Auto zum Flugzeug

---

<sup>403</sup> Exemplarisch sei hier als Beleg aus einem Leitkommentar der *Zeit* von Theo Sommer zitiert: »In den Herzen der Deutschen läuten die Glocken. Die Nation lebt, ihr Zusammengehörigkeitsgefühl ist ungebrochen; die größte Wiedersehensfeier des 20. Jahrhunderts hat es aller Welt kundgetan.« – Theo Sommer: »O Freiheit! kehrest Du zurück?« – Vom Aufbruch in der DDR zum Durchbruch der Mauer – Wie weiter in Deutschland?, in: *Die Zeit* vom 17.11.1989, Titelseite.

<sup>404</sup> Für *Die Zeit* vgl. exemplarisch Theo Sommer: Lange Schatten von Schuld und Scham – Vor fünfzig Jahren entfesselte Hitler den Zweiten Weltkrieg, in: *Die Zeit* vom 1.9.1989. – Siehe auch Helmut Schmidt: Brüderlichkeit – auch im eigenen Interesse – Der Exodus aus der DDR und die Lage Polens wie Ungarns verlangen nach Tatkraft, in: *Die Zeit* vom 15.9.1989. – Siehe auch Theo Sommer: Kleine Schritte oder große Luftsprünge? – Deutschlandpolitik zwischen Torschlußpanik und Anschluß euphorie – Das Ziel muß bleiben: Wandel ohne Explosion, in: *Die Zeit* vom 22.9.1989.

<sup>405</sup> Siehe Jürgen Link: Versuch über den Normalismus, a.a.O., S. 363ff.

bis zur Rakete auf, aus denen nicht nur die unterschiedlichen Fahrtgeschwindigkeiten, sondern auch die Steuerungsmöglichkeiten des Einigungsprozesses benannt werden.<sup>406</sup>

Auf dem Nationalparteitag der SPD in Berlin Mitte Dezember 1989 bediente sich Willy Brandt in Bezug auf die Frage zur deutschen Einheit der Zug-Symbolik, als er die Ansicht vertrat, die *deutschen Wagons* dürften nicht auf einem *Abstellgleis* warten müssen, bis der *Europäische Zug* vorbeigefahren komme.<sup>407</sup> »Dadurch war symbolisch ein eigener *Deutscher Zug mit Vorfahrt* gefordert.«<sup>408</sup> – Brandt wollte allerdings auch gerne zugeben, daß der zweite *Zug*, der gesamteuropäische, bei seiner Fahrt nicht durch den deutschen Zug behindert werden dürfe. Umgekehrt aber auch nicht. Beide Züge müßten bei ihren Fahrten »vernünftig« koordiniert werden. »Wer hätte etwas davon, wenn sie irgendwo auf der Strecke zusammenstießen?«<sup>409</sup>

Link erkennt in der Metaphorik der angeblichen Koordinationsprobleme zwischen dem *Deutschen* und dem *Europäischen Zug*, derer sich Brandt bediente, eine gewisse Unverfrorenheit. Der *Deutsche Zug* sei rücksichtslos und mit Affenzahn unterwegs gewesen. Aber die Deutschen hatten nicht kopflos diesen Zug ins Rollen gebracht und würden nun ohnmächtig und ängstlich daneben stehen. »In Wirklichkeit waren es die ›Großen‹, die ohnmächtig, hilflos und schließlich völlig vergeblich den *Deutschen Zug* zu stoppen versuchten. Aus ›Vier plus Zwei‹ wurden bald schon ›Zwei plus Vier‹, die ›kleine‹ Hauptstadt wurde durch die ›große‹ abgelöst, die ›deutsche Verantwortung‹ wuchs gerade auch im *Spiegel* besonders militärisch rasant in globale Dimensionen, und kaum zwei Jahre später forderte der ›kleine Fahrdienstleiter‹ bereits das Vetorecht im Weltsicherheitsrat für sich.«<sup>410</sup> Die Aufmerksamkeit für den *Deutschen Zug* sei auch deshalb so interessant, weil die *Eisenbahn* in der vorherrschenden westlichen Kollektivsymbolik assoziativ mit Planwirtschaft (»Fahr-Plan«), Sozialismus (»Bindung an eine feste Schiene«) steht und eher mit dem 19. Jahrhundert in Verbindung gebracht wird, jedenfalls nicht als *Vehikel der Freiheit* gilt. Das Freiheitsvehikel sei natürlich eher das *Auto*. Die vorherrschende Inanspruchnahme der Zug-Symbolik verweise mithin darauf, daß gegenüber der Freiheitseuphorie der Deutschen bestimmte Ängste vor einem allzu

---

<sup>406</sup> »Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik ist ein der Größenordnung der Wiedervereinigung vergleichbares Ereignis in einer derart verarmten politischen Sprache erwogen und gedeutet worden. Von abgefahrenen Zügen ist die Rede; unentwegt werden Fahrpläne entwickelt; Autobahn und Schnellzüge liefern Politikern beider deutscher Staaten Kurzformeln für das, was die knauserige Zeitökonomie, die den Begriff des Politischen prägt, für den Alltagsverstand offenbar plausibel macht. Die eigentümliche politische Sprache, wie die amerikanischen und französischen Verfassungsgründer sie schufen, ist verdorben; das Politische lebt von Anleihen bei anderen gesellschaftlichen Bereichen, und nicht nur die Sprache.« – Oskar Negt: *Geschwindigkeit als Politik*, in: Oskar Negt / Alexander Kluge: *Maßverhältnisse des Politischen*, a.a.O., S. 306.

<sup>407</sup> Vgl. *taz* vom 19.12.1989.

<sup>408</sup> Jürgen Link: *Versuch über den Normalismus*, a.a.O., S. 363.

<sup>409</sup> Willy Brandt zit. n. *taz* vom 19.12.1989.

<sup>410</sup> Jürgen Link: *Versuch über den Normalismus*, a.a.O., S. 363.

beunruhigenden Tempo des deutschen Einigungsprozesses in einer Situation der allgemeinen politischen Instabilität, welche durch den osteuropäischen Transformationsprozeß ausgelöst wurde, zumindest eine Zeitlang vorherrschend waren – wenigstens solange, bis der *Zug* durch das *Auto* abgelöst wurde. Die Zug-Symbolik suggerierte ein festes *Gleis*, *Bahnhöfe* und vor allem einen *Fahrplan*, von denen etwas Beruhigung und die Illusion der Beherrschbarkeit des gesellschaftlichen Prozesses ausgingen. »Vielleicht spielte auch die Tatsache eine Rolle, daß der *Zug* konnotativ eher einen symbolisch gemeinsamen Nenner mit der ›sozialistischen DDR‹ zu liefern schien. Aus all dem mußte sich die Prognose ergeben, daß sich bei weiterer *Steigerung des Tempos* das *Deutsche Auto* durchsetzen würde.«<sup>411</sup>

Das *Auto* sei dann auch – zunächst als Melange (aus Zug und Auto) in Erscheinung getreten: der *Deutsche Zug* als *Motor* des Europäischen Zuges.<sup>412</sup> – »Kollektivsymbolisch besitzen nur Autos und nicht Züge einen ›Motor‹.«<sup>413</sup> Und wenn der damalige IG-Metall-Vorsitzende, Franz Steinkühler, erwähnte, daß der deutsch-deutsche Zug mit hoher Geschwindigkeit in Richtung staatliche Einheit rase und die IG Metall gegen das Tempo immer Bedenken erhoben habe, aber einige sich vielleicht fragten, »ob dies denn nicht ein Widerspruch ist, bei der staatlichen Vereinigung für ein langsames Tempo zu plädieren und bei der Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit selbst auf das Gaspedal zu drücken«,<sup>414</sup> stellt Link ironisch fest, daß Züge für gewöhnlich auch kein *Gaspedal* besitzen, »der inzwischen rasende *Deutsche Zug* war also, wie das *Gaspedal* beweist, längst ein *Auto*. Insgeheim war er das seit der *Wende* selber gewesen, die kollektivsymbolisch entweder *Boot-Wende* oder *Auto-Wende* ist.«<sup>415</sup>

Auf dem *Spiegel*-Cover der Ausgabe vom 21.5.1990 war schließlich ein entschlossener Helmut Kohl in einem rasenden Auto zu sehen. Neben ihm auf einem »Babysitz« saß ein verängstigter Lothar de Maizière. Wer die Richtung des deutsch-deutschen Vehikels bestimmen würde, war eindeutig, denn ein gewöhnliches Auto hat schließlich nur ein Lenkrad. Der Titel lautete: »In Eile zur Einheit«.<sup>416</sup> Link sieht hier schon assoziativ den Übergang zur Flugzeugsymbolik; es sei nicht verwunderlich, wenn das »Deutsche Auto« bei noch größerem Tempo endlich *abhebe* und sich in ein »Deutsches Flugzeug« oder gleich zur »Deutschen Rakete« verwandle; »kein Wunder also, daß etwa vom Jahreswechsel 1990/91 an mit den *Turbulenzen*

---

<sup>411</sup> Link, a.a.O., S. 364.

<sup>412</sup> Siehe Kompromißformel des Neuen Forums auf der nationalen Gründungskonferenz vom 28.1.1990, *FAZ* vom 29.1.1990.

<sup>413</sup> Jürgen Link: Versuch über den Normalismus, a.a.O., S. 364.

<sup>414</sup> Franz Steinkühler (Leitartikel), in: *Metall* vom 1.6.1990.

<sup>415</sup> Jürgen Link: Versuch über den Normalismus, a.a.O., S. 364.

<sup>416</sup> Siehe *Der Spiegel* vom 21.5.1990.

der Post-Wiedervereinigung und den *Warteschleifen*, schließlich der Denormalisierungsangst vor dem *Absturz*<sup>417</sup>, das *Flugzeug* zum Leit-Vehikel wurde.«<sup>418</sup>

Link ist auch aufgefallen, daß in der Serie der verwandten Kollektivsymboliken und ihrer verwandelnden Übergänge das *Boot*-Vehikel weitgehend fehlte. Immerhin kenne die Kollektivsymbolik das in der Vergangenheit häufig gebrauchte Symbol des *Staats-Schiffes*, das für Stabilität stehe. Auch die Wendung »Wir sitzen alle in einem Boot« tauchte in den Kommentaren der Politiker und in den Medien nicht auf; ebenso nicht die *Ausgewogenheit* des Bootes, das sich je nach Wetterlage und Wassergang in den Wind legt und dadurch eben seine Schiffstauglichkeit beweise.

Darüber hinaus fehlte der gesamte »hydraulische symbolische Komplex (*Fluten*)«.<sup>419</sup> Lediglich zu Beginn des deutsch-deutschen Einigungsprozesses, als dieser noch im Schrittempo voranging, sei von einer *Trabbi-Flut* die Rede gewesen; so richtig wollte man im Westen aber davon nicht sprechen. »Das einzige *Boot*, das vorübergehend auftaucht, ist das schiffbrüchige und versinkende Boot der DDR, ein alter Pott und nicht einmal eine *Titanic*. Nur die scheiternde DDR setzt vorübergehend höchst ambivalente symbolische *Fluten* frei. Die wimmelnden Schiffbrüchigen, die sich schwimmend zu retten versuchen, sind ja symbolisch ein integraler Bestandteil der bedrohlichen subjektlosen *Fluten* selbst, die ›unser Boot‹ zum Kippen bringen können. Begreiflich, daß dieser hydraulische Komplex zunächst nicht ›zum Zuge‹ kam. Er ließ sich allerdings, wie sich zeigen sollte, nicht auf Dauer verdrängen. Mit der ›Liquidierung‹ der DDR-Industrie tauchte das flüssige Element im wahrsten Sinne auf: Die Normalisierung der DDR wurde symbolisch nun als die Aufgabe kodiert, ein *Gefälle auszugleichen*: ›Wenn in einer Schleuse, die in ihren beiden Kammern unterschiedlich hohes Wasser führt, das Tor hochgerissen wird, kommt es zum abrupten, unkontrollierten Zusammenschießen der Wassermassen (*Die Zeit* 2.2.1990).«<sup>420</sup> – Die *Öffnung der Mauer* sei also nicht als ein ruhiges und beruhigendes Öffnen einer zuvor noch verschlossenen Tür, die zwei »deutsche Zimmer« miteinander verbindet und in denen eine Familie getrennt voneinander lebt, sondern als ein »beunruhigendes *Hochreißen einer Schleusentür*« vernommen worden.<sup>421</sup>

---

<sup>417</sup> Siehe z.B. *FR* vom 20.3.1991.

<sup>418</sup> Jürgen Link: Versuch über den Normalismus, a.a.O., S. 365.

<sup>419</sup> Ebd.

<sup>420</sup> Link, a.a.O., S. 366.

<sup>421</sup> Ebd.

## *Selbstbestimmung der ostdeutschen Bevölkerung als Farce*

Während führende westdeutsche Politiker und Journalisten immer wieder gleichsam mit erhobenem moralischen Zeigefinger darauf hinwiesen, daß es in erster Linie um die Selbstbestimmung der DDR-Bürger gehe, war der Fahrplan hin zu einem vereinten kapitalistischen Deutschland bereits durch den entsprechenden Passus im BRD-Grundgesetz, daß die Deutschen ihre staatliche und nationale Einheit zu vollenden haben, vorherbestimmt worden. Kohl griff die Forderung der ostdeutschen Bürgerbewegung nach Selbstbestimmung auf, instrumentalisierte aber die dahinterstehende Begrifflichkeit, indem er unter Selbstbestimmung nicht die des Volkes, sondern die der deutschen Nation verstand.<sup>422</sup> Er richtete in diesem Zusammenhang vor allem seinen Appell an die Alliierten und Besatzungsmächte Deutschlands, die ihrer Verantwortung hinsichtlich der offenen deutschen Frage nachzukommen hätten.

Den Begriff der Selbstbestimmung auf die politischen Referenzsubjekte der vorhandenen Zweistaatlichkeit zu beziehen, erfolgte von westdeutschen Politikern mit taktischem Kalkül. Denn wenn es zu einer deutschen Einheit in absehbarer Zeit nicht gekommen wäre, hätte sich wenigstens auch für die BRD die Souveränität wieder herstellen lassen können.<sup>423</sup> Darauf schienen die Deutschlandpolitiker zu spekulieren: Wenn es im ersten Anlauf mit der deutschen Einheit nicht klappen würde – etwa aufgrund eines Vetos der Alliierten – so doch vielleicht in einem zweiten, späteren Versuch, wenn aufgrund der wiedererlangten Souveränität nunmehr die ehemaligen Besatzungsmächte ihr Vetorecht verloren hätten. Indem sie auf der Woge des ostdeutschen Protestes mitgeschwommen sind, haben die Westpolitiker für die Bundesrepublik den im Osten zur materiellen Gewalt gewordenen emanzipativen Begriff der Selbstbestimmung für ihre nationalistischen Zwecke instrumentalisiert, d.h. den Inhalt von demokratischer zu nationaler Selbstbestimmung verkehrt. Das hat freilich auch vor dem Bewußtsein der ostdeutschen Massen nicht halt gemacht; bei ihnen dürfte das Kalkül der westdeutschen Protagonisten ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein entfacht haben, das die Idee der »Wiedervereinigung« nicht nur in Ost- und Westdeutschland, sondern in der gesamten Welt populär und legitim gemacht haben dürfte.

---

<sup>422</sup> Vgl. »Selbstbestimmung ist und bleibt Herzstück unserer Deutschlandpolitik – Bundeskanzler Kohl zur Lage der Nation«, in: *FAZ* vom 9.11.1989, S. 10.

<sup>423</sup> Solch taktisches Kalkül (Selbstbestimmung als Chiffre für die Wiedererlangung nationaler Souveränität) war keineswegs nur den CDU-Politikern vorbehalten. Auch ein Egon Bahr – SPD-Hauptstrategie für Deutschlandpolitik – vertrat die Auffassung, nationales Bewußtsein müsse in der Bevölkerung Westdeutschlands dadurch untermauert werden, daß alliierte Besatzungsrechte abgebaut und beide deutsche Staaten souverän würden. – Vgl. Brigitte Seebacher-Brandt: »Die Linke und die Einheit – Unwägbarkeiten der deutschen Geschichte«, in: *FAZ* vom 21.11.1989, S. 33.

Modrow legte am 1. Februar 1990 in Ost-Berlin den Plan für ein einheitliches Deutschland im Sinne einer Konföderation vor, und bereits neun Tage später hatte Gorbatschow seine Zustimmung für eine deutsche Einheit gegeben.<sup>424</sup> Der Weg zur deutschen Einheit nahm den Charakter eines Automatismus an, und es schien nunmehr auch selbstverständlich, daß die Einheit den Charakter einer Erweiterung der Bundesrepublik um das Gebiet der aufzulösenden DDR annehme, d.h. als Anschluß oder gar Übernahme gedeutet werden konnte.

Am 18. März 1990 erfolgten in der DDR vorgezogene Volkskammerwahlen. Es waren die ersten Wahlen in der Geschichte der DDR, bei der mehrere politische Parteien in Konkurrenz zueinander und unabhängig von ideologischen Vorgaben des Staates um die Stimmen der wahlberechtigten Bevölkerung warben. Gleichwohl waren von westlichen Parteien große Anstrengungen geleistet worden, damit die DDR-Bürger nicht in einem Anflug von volkssouveräner Selbstbestimmung etwa für die Fortexistenz der DDR oder gar der sozialistischen Wirtschaftsweise stimmen würden. Bereits unabhängig von den Wahlen war das Schicksal der DDR zwölf Tage zuvor durch die Unterzeichnung der Vereinbarung einer deutsch-deutschen Vertragsgemeinschaft, die Kohl mit Hans Modrow und Egon Krenz ausgehandelt hatte, besiegelt worden. Das Vertragswerk bedeutete die Überwindung des Staatssozialismus und die Hinwendung zur freien Marktwirtschaft.

Die westlichen Bundesparteien hatten im Vorfeld der Volkskammerwahlen ihre Fühler nach ihren ostdeutschen Pendanten ausgestreckt: die SPD nach der neugegründeten NDP, die Liberalen nach der LDPD und etwas zeitversetzt schließlich auch die Christdemokraten nach der Ost-CDU.<sup>425</sup> Einzig die Grünen orientierten sich aufgrund ihrer eigenen basisbewegten Tradition am Neuen Forum. Die Inhalte des Zehn-Punkte-Plans wurden von den ehemaligen Blockparteien aufgegriffen, so daß sie, nachdem sie sich zur freien und sozialen Marktwirtschaft hingewendet hatten und womit sie eine wesentliche Voraussetzung erfüllten, die Kohl in seinem Zehn-Punkte-Plan an umfangreiche finanzielle Hilfen gekoppelt hatte,<sup>426</sup> von den

---

<sup>424</sup> Siehe *Europa-Archiv* 8/1990, S. D 193f; S. 193.

<sup>425</sup> Die Kontaktaufnahme der West-CDU mit der CDU-Ost erfolgte deshalb später als bei den anderen Westparteien mit ihren östlichen Ablegern, weil zwischen CDU-West und Ost-CDU die größte systemideologische Differenz existierte. Die Ost-CDU hielt zunächst die Demokratisierung des Sozialismus für adäquat. Aber hier kam bald Lothar de Maiziere an die Spitze, der sich von Kohls Plänen faszinieren ließ und schließlich als der letzte Ministerpräsident der DDR den Vertrag zur deutschen Einheit unterzeichnete. – Im geeinten Deutschland hatte er schließlich auch seine Schuldigkeit getan und in der CDU eine äußerst hinterbänklerische Anti-Karriere gestartet, von Kohl abgekanzelt.

<sup>426</sup> Geld gegen Reformen: Kohl sagte finanzielle Hilfen zu, stellte aber Bedingungen wie freie Wahlen, Parteienpluralismus, Bekenntnis zur freien und sozialen Marktwirtschaft, Öffnung der Märkte für ausländische Investoren, insbesondere für westdeutsches Kapital, durch Wettbewerb bedingte Einkommensverteilung, verfassungsgemäße Verankerung von Vertragsfreiheit, Gewerbefreiheit, Gewährleistung des Privateigentums etc. – Vgl. *FAZ* vom 29.11.1989, S. 14. – Hinter Kohls Plan standen natürlich handfeste kapitalistische Interessen, die sich mit Kriterien der neoliberalen Politik von IWF und Weltbank decken und vom wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums unter der Anleitung von Prof. Christian Watrin ausgearbeitet wurden. – »Keines-

westdeutschen Parteien infrastrukturelle, finanzielle und ideologische Unterstützung erhielten.<sup>427</sup>

Gleichzeitig appellierten westdeutsche Medien und Politiker an die DDR-Bürger, im Land zu bleiben, um die für eine deutsche Einheit eintretende Opposition noch stärker zu machen. Die ostdeutschen Basis- und Bürgergruppen, von denen die populären Sprecher der ostdeutschen Volksbewegung in den Wochen der Herbstwende kamen, hatten ihre Schuldigkeit getan. – Bei den Volkskammerwahlen blieben sie unter fünf Prozent. Die geläuterten »Blockflötenparteien«, die von ihren großen und einflußreichen Pendanten im Westen adoptiert worden waren, übernahmen die Regie des weiteren Verlaufs.

Mit diesen erfolgreichen taktischen Schachzügen wurde die ostdeutsche Emanzipationsbewegung in eine nationalisierende Manövriermasse mit Kurs hin zur deutschen Einheit gewandelt. Mit zunehmender Wirtschaftskrise, die z.T. erheblich durch die Masse an Ausreisenden noch verstärkt wurde, hatten sich zudem die Massen von den ostdeutschen Intellektuellen und Bürgerrechtlern entfernt, so daß es für die Reformidee eines demokratischen Sozialismus keinen großen Rückhalt mehr in der Bevölkerung gab. Die Offenlegung der Stasimachenschaften bewirkte schließlich das übrige, so daß das Vertrauen in die Reformierbarkeit der DDR rapide abnahm und immer mehr Menschen die deutsche Einheit zu wollen begannen.<sup>428</sup>

Damit waren mithin Fakten geschaffen worden, deren normative Kraft den sozialistisch-demokratischen Reformideen der ostdeutschen Intellektuellen das Wasser abgegraben hatten.<sup>429</sup> Die DDR-Opposition war faktisch ausgetotet worden; ihren Intellektuellen und Bürgerrechtlern blieb nicht genügend Zeit, alternative Konzepte zu durchdenken. Im Endeffekt

---

falls in Betracht kommen aus Steuermitteln finanzierte Finanzhilfen der BRD an die DDR, die nicht an Bedingungen gebunden sind.« – Vgl. auch »Das Einmaleins der Marktwirtschaft«, in: *Die Zeit* vom 1.12.1989, S. 30.

<sup>427</sup> Die damalige Vorsitzende der Wahlkommission der DDR, die die Volkskammerwahlen zu beaufsichtigen hatte, verweist zehn Jahre nach den Wahlen in einem Gespräch auf die Chancenungleichheit hin, die sich durch die Wahlkampfhilfen ergeben haben. Obwohl sich damals am Runden Tisch eine Mehrheit gegen Wahlkampfhilfen aus dem Westen entschieden habe, hielten sich CDU, SPD und FDP an diesen Beschluß nicht, so daß von Chancengleichheit keine Rede sein konnte. – Vgl. Petra Bläss im Gespräch: »2.17 Uhr war alles vorbei«, in: *Freitag* 17, vom 17. März 2000.

<sup>428</sup> Am 15. Januar 1990 ereignete sich der Sturm auf die Stasi-Zentrale in Ost-Berlin, weil die Stasi beabsichtigte, ihre Bespitzelungs-Akten zu vernichten.

<sup>429</sup> Zwei Zitate aus der *Zeit*, die nur zweieinhalb Monate auseinander lagen, verdeutlichen diesen Sachverhalt: »Einer stimmte das Lied an, Hunderte fielen ein, einer alten Frau in der langen Reihe vor den Fahrkartenschaltern knickten buchstäblich die Knie ein: ›Völker, hört die Signale ...‹, die Internationale. Und danach: ›We shall overcome‹. Als ein Baß versuchte, mit dem Deutschlandlied durchzukommen, ging er in Pfiffen unter. Es mochten fünfzehn Minuten vergangen sein, als sich aus den Lautsprechern eine bahnamtliche Stimme krächzend bemerkbar machte: ›Wir bitten Sie, die Vorhalle zu verlassen. Sie blockieren den Zugverkehr und anderen Bürgern die Heimfahrt.‹ Nur einmal gesagt, und schon räumten die Demonstranten diszipliniert die Treppe und verschwanden durch die Portale ins Freie. Im Handumdrehen verloren sie sich im dichten Nebel: Leipziger Herbst 1989.« – Jochen Steinmayr, *Die Zeit* vom 29.9.1989. – »Eure wirtschaftliche Lage wird sich zunächst verschlechtern. Vertraut auf unsere Hilfsbereitschaft. Sagt uns, was Ihr braucht. Habt keine Angst vor dem Gespenst Kapitalismus, von dem Ihr angeblich aufgefressen werden sollt; denn nichts kann in der DDR geschehen ohne den Willen der von Euch frei gewählten Volksvertreter.« – Helmut Schmidt, *Die Zeit* vom 15.12.1989.

waren sie Laien, zwar unbelastet, aber auch unerfahren, die mit erfahrenen, windigen Berufspolitikern aus dem Westen zu tun hatten, die ihnen mit strategisch-taktischem Kalkül den Rang abliefen.<sup>430</sup> Das Ergebnis schlug sich in den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 mehr als eindeutig nieder: Bei einer Wahlbeteiligung von ca. 93 Prozent erhielt die CDU 40,8 Prozent der Stimmen und war damit die eindeutige Siegerin der Wahlen. Die SPD kam überraschend lediglich auf 21,9 Prozent der Stimmen. Die PDS erreichte 16,4 Prozent.

Die sogenannte »Allianz für Deutschland« – ein Zusammenschluß aus CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch – wurde mit 192 Sitzen mit Abstand die stärkste Fraktion in der Volkskammer.<sup>431</sup> Einhellig wurde diese »demokratische« Wahl als ein Votum der ostdeutschen Bevölkerung für die deutsche Einheit gewertet, wodurch die Vorabweichenstellung durch Kohl, Modrow und Krenz eine nachträgliche Legitimation erfahren habe. Lothar de Maizière wurde neuer Ministerpräsident einer großen Koalition, die aus allen »demokratischen« Parteien gebildet wurde und die sich selbstverständlich mit dem Ziel der deutschen Einheit identifizieren konnten. Die neue Regierung wurde damit beauftragt, zur Herstellung der deutschen Einheit Verhandlungen mit der Bundesrepublik zu führen. Die deutsche Einheit sollte nach Art. 23 des Grundgesetzes vollzogen werden. – Am 18. Mai 1990 wurde der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion unterzeichnet; er trat am 1. Juli 1990 in Kraft.

### *Funktion der Außenwahrnehmung für den Normalisierungsprozeß – Reaktionen des Auslands auf eine mögliche Einheit Deutschlands*

Die Bundesrepublik Deutschland war seit Anfang der Achtziger Jahre bereits zu einer ernstzunehmenden Wirtschaftsmacht herangewachsen, die einen gewichtigen Faktor in Europa spielte; sie hegte zu den meisten Staaten gute diplomatische Beziehungen, die sich im wirtschaftlichen Handel bezahlt machten. Ein geeintes Deutschland mit einer Bevölkerung von ca. 80 Millionen Menschen und von der Wirtschaftskraft der alten Bundesrepublik, die sich noch gigantischer entwickeln könnte, wären erst einmal die Kosten und anderweitigen Pro-

---

<sup>430</sup> Oskar Negt sprach in diesem Zusammenhang von einer »zweiten Besetzung« des Territoriums der DDR, von einer »kapitalistischen Kolonialisierung«: »Daß die betriebsamen Anschlußpolitiker (die der SPD dabei nicht ausgenommen) mit ihren Klientelparteien in der DDR zentrale politische Eigeninteressen verfolgten, diese Bürgerinitiativen, welche die wirklichen Probleme der DDR benannten und zu Gegenständen eines öffentlichen Kommunikationsprozesses machten, der schließlich zum Zerfall dieses Herrschaftssystems führte, mit aller Macht in die politische Bedeutungslosigkeit zu drängen versuchen, ist ein deutlicher Hinweis darauf, womit es künftig die demokratische und sozialistische Linke der DDR in einem vereinigten Deutschland zu tun haben wird.« – Oskar Negt: »Die Demontage der Bürgerinitiativen«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 17.3.1990.

<sup>431</sup> Vgl. Endergebnis der Volkskammerwahlen am 18. März 1990, abgedruckt im *Freitag* vom 17. März 2000.



bleme eines Vereinigungsprozesses überwunden, mußte zwangsläufig einen noch gewichtigeren Einfluß in Europa und in der Welt erhalten, als ihn die BRD bereits ausübte, denn »die Bundesregierung könnte dann sowohl im Westen als auch gegenüber dem Osten diese neuen, noch intensiver zu gestaltenden Wirtschaftsbeziehungen in politischen Einfluß ummünzen.«<sup>432</sup>

Die Reaktionen der ausländischen Regierungen, insbesondere von den ehemaligen Siegermächten: ihr Deutschlandbild konnte allerdings der Bundesregierung hinsichtlich eines machtbewußten Auftretens natürlich nicht egal sein, – gegen deren Willen wäre die deutsche Einheit nicht zu realisieren gewesen. Die Bundesregierung hat es allerdings gut verstanden, die Nuancen in den Deutschlandbildern der westlichen und osteuropäischen Regierungen sowohl außen- als auch innenpolitisch zu nutzen. Die *Außenwahrnehmung* erfüllte insbesondere innenpolitisch gegenüber der linksliberalen Opposition die nicht zu gering zu schätzende Funktion, andere in eigener Sache sprechen zu lassen, ohne dafür selbst gescholten werden zu können. Gerade in Hinblick auf die Übernahme internationaler Verantwortung wurde die neue Rolle Deutschlands ganz offen diskutiert und dabei kein Blatt vor den Mund genommen. Exemplarisch kann diesbezüglich ein einflußreicher Artikel des amerikanischen Politologen John Mearsheimer gelten, der für die britische Öffentlichkeit publiziert worden war. Mearsheimer schrieb darin, daß Deutschland wieder zu einem normalen Land geworden sei. Folglich solle die Balance zwischen den europäischen Mächten wiederhergestellt werden, indem der deutsche Staat die Verantwortung für eigene Atomwaffen übernehme.<sup>433</sup> Der Beitrag mag ganz besonders der britischen Öffentlichkeit gegolten haben, deren Deutschlandbild im Vergleich zu dem der anderen ehemaligen Siegermächte während des deutschen Einigungsprozesses am wenigsten wohlwollend ausfiel.

Die Ängste vor einer sich im Zeichen der deutschen Vereinigung anbahnenden gesamtdeutschen Hegemonie auf dem europäischen Kontinent und vor allem in der Europäischen Union waren entsprechend bei den europäischen Nachbarn, insbesondere bei den ehemaligen Rivalen Großbritannien und Frankreich vorhanden, aber natürlich auch in ganz besonderem Maße bei den Ländern, deren Bevölkerungen – z.B. die Polen – unter dem zweimaligen Griff der Deutschen nach der Weltmacht sowie unter den Massenmorden der Nazis besonders zu leiden hatten.<sup>434</sup>

---

<sup>432</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 175.

<sup>433</sup> Siehe John J. Mearsheimer: »Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War«, in: Sean Lynn-Jones (Hg.): *The Cold War and After: Prospects for Peace*, Cambridge 1991, S. 174.

<sup>434</sup> Hinsichtlich der Reaktionen der europäischen Nachbarn vgl. Gregor Schöllgen: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, a.a.O., S. 190ff.

Dementsprechend war für die europäischen Staaten die Auseinandersetzung mit der offenen deutschen Frage, die nun darauf drängte, beantwortet zu werden, eine schwierige Angelegenheit. Vorrangig ging es für sie darum, durch ein Mitspracherecht sich zu versichern, daß ihre Interessen, vor allem ihre Sicherheitsinteressen ausreichend Berücksichtigung fänden.<sup>435</sup> Aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung der europäischen Staaten mit Deutschland, aber vor allem wegen der unmittelbaren geographischen Nähe waren sie dazu stärker angehalten als die USA, die am wenigsten Probleme mit einer deutschen Einheit zu haben schienen. Sie waren auch in der Geschichte aufgrund der räumlichen Distanz des Pazifiks, der den europäischen und den amerikanischen Kontinent voneinander trennt, nie unmittelbar von Deutschland bedroht worden.

Großbritannien und Frankreich nahmen deshalb im Gegensatz zu den USA eine zögerliche Haltung ein. Für sie stand zudem auf dem Spiel, den Status einer Großmacht einzubüßen, den sie aufgrund ihres Status als alliierte Siegermächte noch inne hatten. – Zwar haben sie den Status einer Großmacht auch aufgrund des Besitzes von Atomwaffen und ihres ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrates gewahrt, aber das wären nach dem Verlust ihres Status als Siegermächte, welcher schon keine ausreichende Kompensation ihres Status-Verlustes als Kolonialmächte Ende der 50er Jahre gewesen war, keine ausreichend befriedigenden Insignien einer Großmacht mehr, zumal der Besitz von Atombomben nach 1989/90 aufgrund der Auflösung des Ostblockes kurzfristig an Bedeutung verlor und die UN während des Kalten Krieges aufgrund des Vetorechtes der Sowjetunion und China als Antipoden zur *westlichen* Welt faktisch neutralisiert, d.h. in wichtigen Fragen handlungsunfähig war.

Vom 20.-22. Dezember 1989 machte der französische Präsident Francois Mitterand seinen ersten Staatsbesuch in der DDR. Mitterand wollte durch seinen Besuch die DDR bewußt symbolisch aufwerten, um auf diese Weise seinem Protest gegenüber einer absehbaren Einheit Deutschlands Ausdruck zu verleihen.<sup>436</sup> Die deutsche Einheit konnte von den europäischen Nachbarstaaten sowie von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges nur akzeptiert werden, wenn sich das vereinigte Deutschland in den starken Rahmen einer europäischen Union integrieren lassen würde, »um Befürchtungen der europäischen Partner vorzubeugen, Deutschland könnte zu mächtig werden, die Ereignisse in Europa dominieren, nationale Alleingänge unternehmen, unkontrollierbar, zur Hegemonialmacht werden«<sup>437</sup>.

Die europäischen Staaten sahen in einer fortgesetzten Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO eine Sicherheitsgarantie, daß es nicht ein drittes Mal zu dem Versuch des deutschen

---

<sup>435</sup> Vgl. Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 177f.

<sup>436</sup> Vgl. Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 191.

<sup>437</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 29.

Nationalstaats kommen werde, nach der Weltmacht zu greifen und seine europäischen Nachbarn kurzerhand mit kriegerischen Mitteln zu überrollen. Die USA bestanden deshalb auch aus Rücksicht auf die Sicherheitsinteressen der europäischen Staaten auf die Mitgliedschaft eines Gesamtdeutschlands in der NATO. »Die NATO blieb nach der Revolution der Weltpolitik weiterhin das, was sie stets auch gewesen war: eine Sicherheitsgarantie vor Deutschland. Für viele Mitglieder der Allianz blieb diese Funktion im Zentrum der NATO-Planungen.«<sup>438</sup>

Die USA erhofften sich darüber hinaus aber auch – und dies wiederum nicht unbedingt im Einklang mit den europäischen Nachbarn –, daß ein vereintes und mächtiger gewordenes Deutschland als starker Partner an der Seite der USA stehen werde und zudem die NATO gestärkt aus dem absehbaren Ende des Kalten Krieges hervorginge. Der amerikanische Präsident George Bush nannte diese neue Partnerschaft mit Deutschland »partner in leadership« und löste mit seinem Vorstoß mehr als nur Kopfschütteln bei den englischen und französischen Regierungen aus. Sicher ist aber, daß Bush seinen Vorstoß gegenüber Deutschland nicht getan hätte, wenn nicht der deutsche Staat sich angeschickt hätte, mehr Macht und Stärke auf sich zu vereinen und wenn gleichzeitig nicht mit der deutschen Einheit der Beginn der Infragestellung der US-amerikanischen Hegemonie auf dem europäischen Kontinent begonnen hätte.

Die amerikanische Regierung erklärte sich mit der deutschen Einheit sehr schnell einverstanden; der US-Außenminister bot am 12. Dezember 1989 in West-Berlin sogar seine Unterstützung an, allerdings müsse sichergestellt werden, daß den »legitimen Sorgen der Nachbarländer Deutschlands Rechnung« getragen werde.<sup>439</sup> – »Etwas weniger diplomatisch formuliert, lief die Position der US-Administration darauf hinaus, daß die Vereinigten Staaten dem deutschen Einigungsprozeß nicht im Wege stehen würden, zugleich aber keineswegs gewillt waren, im Falle der Realisierung der deutschen Einheit eine Reduzierung ihrer Rolle und ihres Einflusses in Europa hinzunehmen oder gar an einen Rückzug von dem alten Kontinent zu denken.«<sup>440</sup>

Aber die sowjetische Regierung, die anfangs sogar strikt gegen eine deutsche Einheit gewesen war, hatte wiederum bestimmte Sicherheitsinteressen im Blick, die angesichts einer deutschen Einheit zuvor garantiert werden mußten. Vor dem EU-Parlament fragte der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse am 19. Dezember 1989: »Wo sind die politischen, gesetzlichen und materiellen Garantien, daß die deutsche Einheit nicht in Zukunft eine Be-

---

<sup>438</sup> Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 194.

<sup>439</sup> Siehe *Europa-Archiv* 1/1990, S. Z1.

<sup>440</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 176.

drohung für die nationale Sicherheit anderer Staaten und für den Frieden in Europa schafft?«<sup>441</sup>

Der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow machte die Zustimmung zur deutschen Einheit davon abhängig, daß ein geeintes Deutschland eben nicht Mitglied der NATO sei. Die Sowjetunion schlug ein neutrales Gesamtdeutschland vor, welches aber vom bundesdeutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher entschieden aus dem Wissen abgelehnt wurde, daß die US-amerikanische Regierung ihre einzige Bedingung für die Zustimmung zur deutschen Einheit niemals aufweichen lassen würde.

Die westdeutsche Regierung stand mithin vor einem Problem. Die Bedingungen, welche von den USA und von der Sowjetunion gestellt wurden, um die deutsche Einheit zuzulassen, waren diametral entgegengesetzt, und damit bot sich wenig Spielraum für Vermittlung. Genscher fand dennoch einen möglichen Kompromiß: Das Gesamtdeutschland müsse selbstverständlich Mitglied der NATO bleiben, aber die militärische Ausdehnung der NATO könne auf das Gebiet der ehemaligen BRD beschränkt werden.<sup>442</sup> Aber Gorbatschow ließ sich zunächst weiterhin nicht von seiner Forderung abbringen, es gehe um Sicherheitsinteressen, die Berücksichtigung finden müßten.

Die polnische Regierung forderte im Angesicht der immer wahrscheinlicher werdenden Einheit Deutschlands und aus Angst vor möglichen Ansprüchen des vereinten Deutschlands auf Gebiete, die jenseits der Oder-Neiße-Linie liegen, daß die gesamtdeutsche Regierung die Oder-Neiße-Linie als offizielle Grenze zwischen Deutschland und Polen verbindlich, d.h. völkerrechtlich anerkenne und darüber hinaus Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter des Zweiten Weltkrieges garantiere. Ferner verlangte die polnische Regierung an den Verhandlungen zur Lösung der deutschen Frage (Zwei-plus-Vier-Verhandlungen) beteiligt zu werden.

## 2. Einbettung der deutschen Einheit in den »gesamteuropäischen Prozeß«

### *Das kontinuierliche Bekenntnis zu Europa*

Seit der Ära Konrad Adenauers existierte ein Bekenntnis in der deutschen Außenpolitik, das den Rahmen der Möglichkeiten von Deutschlandpolitik in der Nachkriegszeit verdeutlichte und bis 1989/90 bei den wechselnden Bundesregierungen Gültigkeit behielt: Die Überwin-

---

<sup>441</sup> *Europa-Archiv*, Bd. 45, 1990, D 132.

<sup>442</sup> Vgl. *Europa-Archiv* 4/1990, S. Z 30.

derung der Teilung Deutschlands war nur über den Weg der europäischen Integration zu erreichen. Einen anderen Weg hatten Adenauer und die ihm folgenden Bundeskanzler aufgrund der Sicherheitsbedürfnisse der europäischen und transatlantischen Nachbarn für unbegehrbar gehalten und sollten damit auch Recht behalten. »Dem Bekenntnis wiederum lag ein ganzes Bündel von Motiven zugrunde, wirtschaftliche, politische, militärische. Europa wurde auch für die deutsche Außenpolitik mehr und mehr zu einem Wert an sich.«<sup>443</sup> So war das Bekenntnis zur europäischen Integration zu einem kontinuierlichen Bestandteil der deutschen Staatsräson geworden. Aber das bedeutete nicht, daß der deutsche Staat keine nationalen Interessen mehr verfolgt hätte. Die jeweilige Bundesregierung unterstützte die europäische Integration nur insoweit, wie diese im Einklang mit den nationalen Interessen der Bundesrepublik waren, jedenfalls diesen nicht zuwider liefen.

Um den Bedenken und Ängsten der europäischen Nachbarn vor den etwaigen Konsequenzen einer deutschen Einheit im europäischen Kräftespiel – insbesondere den Befürchtungen vor zukünftigen deutschen Alleingängen oder dem Abdriften und Ausscheren aus dem europäischen Kanon als Folge des Zuwachses von Macht sowie vor einer möglichen deutschen Hegemonie in Europa – vorzubeugen, ließen der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Bundeskanzler Helmut Kohl keine Gelegenheit aus, zu erwähnen, daß der vereinte deutsche Nationalstaat sich freiwillig in die europäischen Institutionen einbinden lassen und angesichts seines Machtzuwachses weiterhin selbst beschränken wolle.

Genscher plädierte von Anfang an für eine bedachte Einbettung des Einigungsprozesses in die gesamteuropäische Integration, und Kohl gab sogar das Versprechen des deutschen Staates, sich nach dem Vollzug der deutschen Einheit noch stärker als zuvor für die europäische Integration einzusetzen. In seiner Rede auf dem 1. Parteitag der vereinten ost- und westdeutschen CDU sagte Kohl noch einmal das deutsche Glaubensbekenntnis zu Europa auf: »Für mich sind die deutsche Einheit und die europäische Einheit zwei Seiten derselben Medaille (...). In Wahrheit sind wir deutsche Patrioten und überzeugte Europäer (...). Europa ist unsere Zukunft, Deutschland unser Vaterland.«<sup>444</sup>

Ohne Bekenntnis zu Europa wäre die deutsche Einheit nicht zu haben gewesen. Das legte freilich den Verdacht nahe, daß der Enthusiasmus der Deutschlandpolitiker für Europa nur solange anhalten könnte, bis der Einheitsprozeß der beiden deutschen Staaten vollzogen worden sei oder jedenfalls deutsche Interessen den europäischen zuwiderlaufen könnten.<sup>445</sup> Aus

---

<sup>443</sup> Gregor Schöllgen: Die Macht in der Mitte Europas, a.a.O., S. 148.

<sup>444</sup> Zit. n. Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S. 87.

<sup>445</sup> Helmut Schmidt bringt es in seiner Deutlichkeit exemplarisch auf den Punkt: »Kein Politiker, der sich seiner Verantwortung vor der eigenen Nation bewußt ist, könnte für die europäische Integration eintreten, wenn er nicht überzeugt wäre, damit zugleich den Interessen seines Landes zu dienen.« – Schmidt bekennt, lediglich ein euro-

dem bedeutungsvollen Bekenntnis der Bundesregierung zur europäischen Integration im Augenblick des Einigungsprozesses interpretiert Inge Schwammel zweierlei: »Erstens war sich die Bundesregierung bewußt, daß sie die Rechte der vier Vertragspartner des Deutschlandvertrages beachten mußte; ohne Beteiligung und Mitwirkung von Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion war die deutsche Einheit nicht zu erreichen. Zweitens sollten aber auch die übrigen europäischen Staaten die Gelegenheit erhalten, ihre Meinung kundzutun, mögliche Ängste und Sorgen zu artikulieren, und letzten Endes das Ereignis – die deutsche Einheit – absegnen, ohne jedoch ein echtes Mitspracherecht bei dem Prozeß der deutschen Einigung zu haben.«<sup>446</sup>

Zur Einbettung der deutschen Einheit in den »gesamteuropäischen Prozeß« finden sich entsprechende Passagen in Kohls Zehn-Punkte-Programm. Die Einbindung sollte nach seinem Vorschlag in die EG, KSZE und natürlich auch in die NATO erfolgen. Auf die Einbindung in die EG bestanden vorrangig die europäischen Nachbarn, die sowjetische Regierung legte Wert auf die Einbindung in die KSZE, und den USA war die Mitgliedschaft in der NATO von großer Wichtigkeit. Auf Drängen des französischen Präsidenten Francois Mitterands sollte das Inkrafttreten der Maastrichter Verträge, d.h. die zweite und dritte Stufe der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) vorgezogen werden, um die Stärke der deutschen Wirtschaft, genauer der Fiskalpolitik der Deutschen Bank für eine harte deutsche Währung, die den europäischen Ländern, insbesondere der französischen Wirtschaft zu schaffen machte,

---

päischer Patriot aus nationalen Interessen zu sein und darüber hinaus sich selbst nie für einen »Europa-Idealisten« gehalten zu haben. »Ich war und bleibe ein engagierter Anhänger der europäischen Integration aus strategischem, patriotischem Interesse.« – Helmut Schmidt: Die Selbstbehauptung Europas, Stuttgart/München 2000, S. 251. – Die Normalisierungspolitiker konservativer Couleur à la Wolfgang Schäuble und Edmund Stoiber, die nach Peter Glotz weder deutsch-national noch reaktionär gestimmt seien, mögen nach Glotz´ Einschätzung dennoch Protagonisten einer Abkehr von der »europäisch-abenländischen, antinationalen Politik der Westintegration Deutschlands« sein, die mit Adenauer begann und mit Kohl vermutlich zu Ende gegangen sei. »Die Normalisierungsidee führt zu dem Gedanken: Das besondere Engagement der Deutschen bei der Entwicklung eines supranationalen Europas sei ein Produkt unseres schlechten Gewissens, das wir mit der Rückgewinnung des Nationalstaates nun nicht mehr nötig hätten.« – Peter Glotz: Deutschland mutiert im Kern oder Abschied von der Bonner Republik. Die jungkonservative Wende und die drohende Veränderung im Parteiensystem, in: Die falsche Normalisierung. Die unmerkliche Verwandlung der Deutschen 1989 bis 1994, Frankfurt a.M. 1994, S. 66-74; S. 72. – Glotz schrieb diese Sätze im Jahr 1993; er mußte davon ausgehen, daß Schäuble oder Stoiber Helmut Kohl als Bundeskanzler folgen könnten. 1998 wurde allerdings die schwarz-gelbe Regierungskoalition abgewählt und durch das rot-grüne Duo Gerhard Schröder/Joseph Fischer ersetzt. Die Analyse der deutschen Außen- und Europapolitik ist dadurch komplizierter geworden. Schröder/Fischer traten schillernd als Europabefürworter auf, aber auch als nationale Machtpolitiker innerhalb Europas. Sie suchten die Konfrontation mit den USA und waren bereit, die transatlantische Partnerschaft erheblichen Spannungen auszusetzen, wenn es um die Selbstbehauptung Europas gegenüber den USA geht. Unter Westintegration verstanden sie zunehmend exklusiv das ganze Europa seiner geschichtlichen Tradition gemäß. Innerhalb dieses Europas strebten sie als liberale Normalisierer eine harmonische Mittellage an, die Deutschland, das zudem wirtschaftlich und demographisch innerhalb Europas der größte Staat ist, zur Hegemonie berechtige. Als was soll man diese Strategie der rot-grünen Bundesregierung kennzeichnen? Einerseits gaben sie die Westbindung auf, wenn es um Amerika ging. Andererseits verstanden sie sich als überzeugte Europäer und wollten die nationalen Politiken der europäischen Staaten zu einer homogenen Politik europäisieren – gleichwohl mit dem Anspruch, daß die deutsche Stimme – und dann auch die französische – am deutlichsten aus dem europäischen Kanon herauszuhören sei.

<sup>446</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 175.

den Stachel zu ziehen, bzw. diese in einer europäischen Währung und Wirtschaft aufgehen zu lassen, um davon im europäischen Rahmen zu profitieren. – »Der Kanzler hatte ursprünglich ein späteres Datum für diese einschneidende Maßnahme im Auge, tat sich aber mit seinem Entgegenkommen insofern nicht schwer, als für ihn die Vereinigung Deutschlands und Europas zwei Seiten derselben Medaille waren.«<sup>447</sup>

Mit dem gesicherten Fortbestand der Westbindung Deutschlands wuchs die Zustimmung der europäischen Nachbarstaaten zur deutschen Einheit. Diese Zustimmung wurde nach dem Vollzug der deutschen Einheit nochmals in einer gemeinsamen »Charta für ein neues Europa« hervorgehoben. Darin begrüßten die 34 Staats- und Regierungschefs der KSZE-Mitgliedstaaten »aufrichtig, daß das deutsche Volk sich in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in vollem Einvernehmen mit seinen Nachbarn in einem Staat vereinigt hat«<sup>448</sup>.

Doch bis dahin war es noch ein beschwerlicher Weg, der das ganze diplomatische Geschick der Bundesregierung erforderte, um insbesondere die Position der sowjetischen Regierung (neutrales Gesamtdeutschland) mit den Bedingungen der USA (unbedingte Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO) in einen konsensfähigen Einklang zu bringen. Die sowjetische Regierung war sich völlig darüber im Klaren, »daß sie die deutsche Einheit nicht verhindern, den Einigungsprozeß nicht mehr aufhalten, sehr wohl aber daraus für sich Vorteile wirtschaftlicher und politischer Art herauschlagen konnte«<sup>449</sup>. Michail Gorbatschow ließ sich von der Bundesregierung seine Zustimmung zur deutschen Einheit in Form einer nicht unbedeutenden Höhe an finanzieller Unterstützung in Form von Stundungen einiger Staatsschulden und in Form wirtschaftlicher Hilfen der ökonomisch massiv in die Krise geratenen Sowjetunion bezahlen.<sup>450</sup>

Darüber hinaus war eine weitere zentrale Forderung der sowjetischen Regierung die Anerkennung der Unantastbarkeit der Grenzen. Diese vertragliche Anerkennung galt lediglich als eine Formsache, da innerhalb des KSZE-Prozesses selbiges schon schriftlich mehrfach festgelegt worden war. Von dem Verzicht Deutschlands auf eine NATO-Mitgliedschaft als eine unerläßliche Bedingung für die Zustimmung zur deutschen Einheit ließ sich Gorbatschow nach wie vor nicht abbringen. »Tatsächlich dürfte die sowjetische Regierung Ende Juni 1990 endlich bereit gewesen sein, die deutsche Einheit auch bei einem Verbleib des geeinten Deutschlands in der NATO zu akzeptieren, sofern erstens den sicherheitspolitischen Interes-

---

<sup>447</sup> Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 192.

<sup>448</sup> Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dokumentation zum KSZE-Prozeß 1990/91, hg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1991, S. 151.

<sup>449</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 188.

<sup>450</sup> Vgl. Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 195.

sen der Sowjetunion Rechnung getragen werden würde, zweitens die Bundesregierung die Erfolgsaussichten der innerstaatlichen sowjetischen Reformen durch umfangreiche ökonomische und finanzielle Hilfestellung erhöhen und drittens ihren Einfluß als bedeutende Weltwirtschaftsmacht im Rahmen der EG und der G-7-Gruppe geltend machen würde, um auch andere Länder zur vor allem ökonomischen Unterstützung der Sowjetunion zu bewegen.«<sup>451</sup>

Am 15. und 16. Juli 1990 traf Kohl den sowjetischen Staatschef in dessen kaukasischer Datscha. Das Treffen, auf dem Gorbatschow endgültig seine Zustimmung zur deutschen Einheit gab und von seiner Bedingung eines militärpolitisch neutralen Gesamtdeutschlands abließ, wurde treffend medial in Szene gesetzt. Die Öffentlichkeit ereilten Fernsehbilder von zwei Staatsmännern, die in lockerer und privater Atmosphäre zusammensaßen; – die Herren hatten ihre Masken staatsmännischer Attitüden abgelegt und saßen in legerer Kleidung an einem schnell fließenden Fluß in der Natur. Die Bilder sollten zeigen, daß alles im Fluß ist (*pantarrhei*), wie gut sich die beiden persönlich verstehen und Dinge aushandeln können, die auf der Ebene der Diplomatie sehr zähflüssig verliefen: eine wahre Männerfreundschaft sollte die deutsche Einheit möglich gemacht haben. Daß es um handfeste materielle Interessen ging, sollte ein wenig durch die Inszenierung in den Hintergrund geraten. Tatsächlich aber war die Zustimmung Gorbatschows zur NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands von einem weiteren geleisteten Schritt abhängig gewesen: Die NATO sollte zusichern, daß sie den Warschauer Pakt nicht mehr als militärischen Gegner betrachte und zu einer Kooperation bereit sei.<sup>452</sup> – Die Liquidation des Feindbildes war bereits durch eine offizielle Erklärung der NATO am 5./6. Juli 1990 erfolgt.<sup>453</sup>

Nach dem freundschaftlichen Zusammentreffen mit Gorbatschow trat Kohl am 16. Juli in Schelesnowodsk vor die Presse und informierte die Öffentlichkeit über acht Punkte, die er mit dem sowjetischen Staatschef ausgehandelt hatte. Darin zentral war: »Das vereinte Deutschland kann in Ausübung seiner uneingeschränkten Souveränität frei und selbst entscheiden, ob und welchem Bündnis es angehören will.«<sup>454</sup> Außerdem sollte in den abschließenden Vertrag zur deutschen Einheit, der mit den Vier Mächten auszuhandeln sei (»Zwei-plus-Vier-Verhandlungen«), der deutsche Gesamtstaat sich zur militärischen Selbstbeschränkung verpflichten, d.h. es sollten die deutschen Streitkräfte innerhalb von drei Jahren auf eine Gesamt-

---

<sup>451</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 189.

<sup>452</sup> Vgl. Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 197.

<sup>453</sup> Siehe *Europa-Archiv* 45, 1990, S. 456ff.

<sup>454</sup> *Europa-Archiv* 18/1990, S. D 480. – Bei Gregor Schöllgen heißt es, Gorbatschow habe nicht das *ob*, wohl aber die Entscheidung, *welchem* Bündnis Deutschland angehören wolle, ausgehandelt. *Daß* Deutschland einem Bündnis angehören müsse, stand für Gorbatschow nicht zur Disposition – Vgl. Gregor Schöllgen: Die Macht in der Mitte Europas, a.a.O., S. 48.



anzahl von 370.000 Soldaten reduziert werden und niemals wieder überschreiten.<sup>455</sup> Ferner sollte der deutsche Staat sich dazu verpflichten, für alle Zukunft auf die Herstellung, den Besitz und die Verfügung von ABC-Waffen zu verzichten.<sup>456</sup>

Nicht weniger unwichtig waren auch die anderen Punkte, etwa daß das Bezugsobjekt der deutschen Einheit territorial eingeschränkt wurde auf die Gebiete der Bundesrepublik, DDR und auf Berlin und daß Deutschland nach dem Vollzug der Einheit und dem Erlöschen der Rechte der Besatzungsmächte sowie deren Verantwortlichkeiten seine volle und uneingeschränkte Souveränität zurückerhalte. In einem weiteren Punkt wurde die Abwicklung des sowjetischen Truppenabzugs, der durch einen bilateralen Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu vereinbaren sei, erwähnt. Die NATO-Strukturen sollten erst dann auf das Gebiet Ostdeutschlands ausgeweitet werden, wenn die sowjetischen Truppen abgezogen sind. Solange sowjetische Truppen noch in Berlin stationiert sind, sollten auch Truppen der NATO in Berlin präsent bleiben.

Kohl hatte diese Regelungen, vor allem auch die relativ weitreichenden Zugeständnisse bezüglich der NATO, um von Gorbatschow die Zustimmung zur deutschen Einheit zu bekommen, ohne Rücksprache mit den EG-Partnern und dem westlichen Bündnis getroffen. Inge Schwammel spricht diesbezüglich von einem »einzigartigen deutschen Alleingang« und einer bemerkenswerten »Kaltblütigkeit« Kohls: »Das Vorgehen des Kanzlers verdeutlichte unmißverständlich, daß die Bundesregierung (zumindest in dieser Angelegenheit) nicht bereit war, sich ihren außenpolitischen Spielraum von den Westmächten oder anderen Ländern einengen, den Einigungsprozeß vereiteln oder auch nur verzögern zu lassen; um der deutschen Einheit willen nahm die Bundesregierung durchaus auch die Möglichkeiten von bündnisinternen Verstimmungen und getrübbten Beziehungen zu den Partnerländern in EG und NATO in Kauf.«<sup>457</sup> Die Bundesregierung habe sich stark und unabhängig genug gefühlt, den Einigungsprozeß maßgeblich zu gestalten und das Tempo selbst zu bestimmen.<sup>458</sup>

### *Wiedererlangung der nationalstaatlichen Souveränität – »Zwei-plus-Vier«-Vertrag*

Ohne die Zustimmung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und in gewisser Hinsicht auch der Nachbarstaaten Deutschlands konnte die deutsche Einheit jedoch nicht vollzo-

---

<sup>455</sup> Diesbezüglich gab es seitens der Bundesregierung eine gesonderte Erklärung. – Siehe »Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Personalstärke der deutschen Streitkräfte«, in: *Europa-Archiv* 24/1990, S. D 653f.

<sup>456</sup> Siehe *Europa-Archiv* 45, 1990, D 480.

<sup>457</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 194.

<sup>458</sup> Vgl. auch Stanley Hoffmann: Abschied von der Vergangenheit. Politik und Sicherheit im künftigen Europa, in: *Europa-Archiv* 20/1990, S. 595ff.

gen werden. Seit dem Potsdamer Abkommen von 1945, das für »Deutschland als Ganzes« festgeschrieben worden war und die Rechte der Alliierten als Besatzungsmächte regelte, galt die staatliche Souveränität Deutschlands für aberkannt und war durch die Politik Adenauers, der über die Strategie der Westintegration eine schrittweise Souveränisierung des westdeutschen Staates versucht hatte, nur in eingeschränktem Maße zurückgegeben worden.<sup>459</sup> Die Bundesrepublik blieb über das Jahr 1955, welches in der Deutschlandpolitik hinsichtlich der Pariser-Verträge als »Datum der außenpolitischen Souveränität« gilt,<sup>460</sup> bis in das Jahr 1990 hinein nur eingeschränkt souverän. In wesentlichen Fragen, die vor allem Gesamtdeutschland betrafen, galten weiterhin die Vorbehaltsrechte der Alliierten, und dies bedeutete, daß eine deutsche Einheit nicht nur der Zustimmung der Vier Mächte bedurfte, sondern diese auch die Bedingungen der deutschen Einheit diktieren durften. Aus diesem Grund mußten die Regierungen der beiden deutschen Staaten Verhandlungen mit den Vier Mächten führen, in denen es dann auch um die Ablösung der Rechte der Alliierten ging, wie diese im Potsdamer Abkommen festgehalten waren.

Seit dem 5. Mai 1990 verhandelten schließlich die Außenminister der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in diplomatischen »Zwei-plus-Vier«-Gesprächen mit den Außenministern der beiden deutschen Staaten über die Bedingungen und Konsequenzen der deutschen Einheit. Im Vorfeld der Verhandlungen hatten die sechs Verhandlungsparteien noch darum gestritten, ob die Verhandlungen »Vier-plus-Zwei« oder »Zwei-plus-Vier« heißen sollten. Die Reihenfolge entschied seiner symbolischen Wirkung nach nämlich darüber, wer die tatsächlichen Hauptakteure des deutsch-deutschen Einigungsprozesses seien. Die Bundesregierung wollte verschleiern, daß die beiden deutschen Staaten von dem politischen Willen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges abhängig seien, und sie wollte die Gravität der beiden deutschen Staaten als Hauptakteure ins Licht rücken. Aus diesem Grund trat sie massiv dafür ein, daß die Verhandlungen »Zwei-plus-Vier« genannt würden.<sup>461</sup> Die Bundesregierung hatte sich gegenüber den Vier Mächten durchsetzen können. Am 12. September 1990 kam der »Zwei-plus-Vier«-Vertrag zum Abschluß. Es war kein Friedensvertrag, wenn er auch dessen Funktion übernahm.<sup>462</sup> Es war vielmehr ein Vertrag, der die äußeren Aspekte der deutschen

---

<sup>459</sup> »Streng genommen war die Bundesrepublik also bis zum Ende des Kalten Krieges außenpolitisch nicht vollständig souverän, und verglichen mit allen größeren und kleineren Partnern in den westlichen Gemeinschaften, ein Staat zweiter Ordnung.« – Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 225.

<sup>460</sup> Vgl. Bernd Stöver: Die Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 2002, S. 2.

<sup>461</sup> Vgl. Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 180.

<sup>462</sup> Vgl. Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 199.

Einigung: die Frage der Bündniszugehörigkeit und weitere Integrationsverpflichtungen, Grenzfragen sowie militärische Truppenstärke und den Verzicht auf ABC-Waffen regelte.<sup>463</sup>

Das Territorium des vereinten Deutschlands wurde in dem Vertrag auf »die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins« festgelegt (Art. 1.1).<sup>464</sup> Darüber hinaus mußte sich das vereinte Deutschland dazu verpflichten, seine Ostgrenze zu Polen in einem gesonderten Vertrag zu bestätigen (Art. 1.2). – Dies geschah dann auch am 14.11.1990 in Warschau.<sup>465</sup> Aber die Grenzfrage zu Polen war für die Bundesregierung eine nicht problemlose Angelegenheit; die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze erfolgte durch die Bundesregierung nur nach längerem Zögern und nur mit einigem Widerwillen, die Anlaß für die Vermutung gab, daß sie Rücksicht auf rechtskonservative Interessengruppen wie die Vertriebenenverbände nehmen wollte, die unter einer territorialen Normalisierung des deutschen Staatsterritoriums nicht nur die Vereinigung der Bundesrepublik, der DDR und Berlins, sondern vermutlich auch die nach 1945 osteuropäischen Staaten zugeschlagenen ehemaligen ostdeutschen Gebiete und damit annähernd ein Deutschland in seinen Grenzen von 1937 verstanden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützten die Siegermächte große Umsiedlungsaktionen der deutsch-stämmigen Bevölkerung in Osteuropa, weil »ethnische Heterogenität« in der Vergangenheit Anlaß kriegerischer Konflikte gewesen war. Die Grenzregulierungen, die zu Lasten Deutschlands vorgenommen wurden, dienten auch dazu, gesicherte Grenzen im Osten zu schaffen und vor allem zu verhindern, daß in Zukunft ein möglicherweise wieder aggressiv gewordenes Deutschland nach seinen ehemaligen Gebieten im Osten mit waffenstarrten Augen schielen könnte.<sup>466</sup> Seit dem waren die Vertriebenenverbände die einflußreichsten Interessengruppen, die viele Konservative und auch Reaktionäre oder Alt-Nazis um sich versammelten und großen Einfluß auf die konservativen Bundesregierungen ausübten. Ihr vorrangiges politisches Ziel war bis zur deutschen Einheit 1989/90 die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in seinen Grenzen von 1937.<sup>467</sup>

---

<sup>463</sup> Der »Zwei-plus-Vier«-Vertrag verbot aber nicht die Möglichkeit der Mitverfügung über Atomwaffen im Rahmen einer künftigen Europäischen Union. – Vgl. Christoph-Matthias Brand: Souveränität für Deutschland. Grundlagen, Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Zwei-plus-Vier-Vertrages vom 12. September 1990, Köln 1993, S. 264f. – Diese Spitzfindigkeit ist von großem Ernst, wurde doch vor allem in der Zeit des Kalten Krieges, z.B. von Franz-Josef Strauß, der mit dem Konzept eines *deutschen Gaullismus* eine enge Anbindung an Frankreich und damit eine Mitverfügung über Atomwaffen für den deutschen Staat ersuchte, staatliche Souveränität mit Besitz von Atomwaffen verknüpft.

<sup>464</sup> Vgl. *Europa-Archiv* 45, 1990, D 510.

<sup>465</sup> Vgl. *Europa-Archiv* 46, 1991, D 310.

<sup>466</sup> Siehe Gerhard Stuby: Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik, a.a.O., S. 41. – Vgl. auch Thomas Weingartner: Die Außenpolitik der Sowjetunion seit 1945. Eine Einführung, Düsseldorf 1973, S. 13ff.

<sup>467</sup> Vgl. Samuel Salzborn: Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung, Hannover 2001.

Für Konrad Adenauer war die Festlegung der Ostgrenze gemäß des Potsdamer Abkommens schon nicht endgültig, da eine solche endgültige Festlegung durch einen Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland geregelt werden müßte. Ein Friedensvertrag aber wurde nicht abgeschlossen.<sup>468</sup> Adenauer vertrat zudem die Ansicht, daß kein Deutscher jemals eine solche Festlegung zuungunsten Deutschlands akzeptieren könne, vielmehr müsse man »den Glauben behalten, daß Recht eines Tages wieder Recht werde und dieses Land zurückkomme«<sup>469</sup>. Adenauer wollte sich für eine Wiedervereinigung »innerhalb vernünftiger Grenzen« einsetzen, wie er auf einer Sitzung des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen des Deutschen Bundestages sagte, wobei er offen ließ, was unter *vernünftigen Grenzen* zu verstehen sei.<sup>470</sup> Einerseits wollte er die ehemaligen ostdeutschen Gebiete nicht verloren geben, andererseits gab Adenauer gegenüber internen Zirkeln zu verstehen, daß eine Wiederherstellung des Deutschlands in seinen Grenzen von 1937 nicht mehr durchsetzbar sei.

Öffentlich hielt Adenauer gleichwohl einen anderen Eindruck aufrecht, was man wohl als taktisches Vorgehen bezeichnen muß. In der Öffentlichkeit beharrte Adenauer auf dem Standpunkt, eine deutsche Wiedervereinigung könne nur unter der Voraussetzung stattfinden, daß die Gebiete jenseits von Oder und Neiße an Deutschland zurückgegeben würden. Adenauers taktisches Spiel galt vermutlich vor allem den reaktionären Vertriebenenverbänden, denen er zwar nicht unbedingt nach dem Mund redete, aber ihnen auch nicht widersprach, wenn diese auf die »Befreiung« der ehemaligen ostdeutschen Gebiete pochten. Der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik soll noch im Jahre 1958 ostpreußischen Vertriebenen gegenüber zugesichert haben, daß sie in ihre Gebiete zurückkehren könnten unter der Voraussetzung, daß die Bundesrepublik ihren Kurs der Westbindung insbesondere ihre Treue zur NATO weiter fortsetze.<sup>471</sup> – »Tatsächlich konnte man aus Adenauers Äußerungen in Bonn die Verbindung von offensiver amerikanischer Befreiungspolitik und Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 ableiten.«<sup>472</sup> Adenauers taktische Spiele waren Wasser auf die Mühlen der revisionistischen Vertriebenenverbände, die sich Hoffnungen machten. Diese Hoffnungen wurden auch im Jahre 1989 genährt, als der deutsch-deutsche Einigungs-

---

<sup>468</sup> Vgl. Hans Georg Lehmann: Der Oder-Neiße-Konflikt, München 1979, S. 163.

<sup>469</sup> Zit. n. Hans Georg Lehmann: Der Oder-Neiße-Konflikt, a.a.O., S. 163. – Vgl. auch Axel Frohn: Adenauer und die deutschen Ostgebiete in den fünfziger Jahren, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 44, 1996, S. 485-525.

<sup>470</sup> Vgl. Andreas Biefang: Der gesamtdeutsche Ausschuß. Sitzungsprotokolle des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen des Deutschen Bundestages 1949-1953, Düsseldorf 1998, S. 515.

<sup>471</sup> Vgl. Bernd Stöver: Die Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 106. – Stöver bezieht sich auf Patrik von zur Mühlen / B. Müller / K. Schmitz: Vertriebenenverbände und deutsch-polnische Beziehungen nach 1945, in: Carl Christoph Schweitzer / Herbert Feger (Hg.): Das deutsch-polnische Konfliktverhältnis seit dem Zweiten Weltkrieg. Multidisziplinäre Studien über konfliktfördernde und konfliktmindernde Faktoren in den internationalen Beziehungen, Boppard 1975, S. 96-185; S. 122.

<sup>472</sup> Bernd Stöver: Die Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 107.

prozeß in Fahrt gekommen war, Kohl aber sich auffallend zurückhielt und zögerte, bedenkenlos die Oder-Neiße-Grenze völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen. Die ehemaligen ost-deutschen Gebiete waren ein brisantes innenpolitisches Thema.<sup>473</sup>

So gab denn auch Kohl in seinem »Zehn-Punkte-Programm« vom 28. November 1989 keinerlei Garantien für den Fortbestand der Oder-Neiße-Linie als verbindliche Grenze des vereinten Deutschlands zu Polen. »Kohl wollte den rechten Flügel seiner Partei beschwichtigen, womit er natürlich die polnischen Befürchtungen, die Bundesrepublik trüge sich mit dem Gedanken einer Grenzänderung, nur nährte.«<sup>474</sup> Folgerichtig lehnte die polnische Regierung Kohls Programm strikt ab, solange keine Garantien für Polen gegeben würden.<sup>475</sup> Darüber hinaus verlangte die polnische Regierung, an den »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen beteiligt zu werden, um sicherzustellen, daß die strittige Grenzfrage nicht erst nachträglich mit einem vollständig souveränen Deutschland, sondern vor dem Vollzug der deutschen Einheit geklärt werde. Die polnische Regierung konnte sich damit nur teilweise durchsetzen; der polnische Außenminister sollte zwar bei den »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen hinzugezogen werden, wenn die Grenzfrage zu Polen auf der Tagesordnung stünde, aber eine Klärung der strittigen Frage vor dem Vollzug der deutschen Einheit stand nicht an. Die Befürchtungen vieler polnischer Staatsbürger vor etwaigen Gebietsansprüchen blieben bestehen.<sup>476</sup>

Während der »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen gab es schließlich in Bezug auf die deutsch-polnische Grenzfrage im Prinzip keinen Streit mehr, wenn man einmal davon absieht, daß die polnische Regierung auf zusätzliche Zusicherungen und Versicherungen seitens der deutschen Regierung wartete. Auf das dritte Außenministertreffen der »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen vom 17. Juli 1990 in Paris wurde schließlich der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski zu den Gesprächen hinzugezogen. Dort wurde vereinbart, daß die bestehende Grenze zwischen Deutschland und Polen möglichst rasch nach der Vereinigung in einem bilateralen Grenzvertrag zwischen dem geeinten Deutschland und Polen verbindlich anerkannt werden solle.<sup>477</sup>

---

<sup>473</sup> »Wenn die Ostgebiete wirklich kein innenpolitisches Thema mehr wären, dann hätte Kohl nicht gewartet, bis er zur Unterzeichnung des Abkommens durch die empörte öffentliche Meinung in Europa und in der Welt mehr oder minder genötigt wurde.« – Andrei S. Markovits / Simon Reich: *Das deutsche Dilemma*, a.a.O., S. 100.

<sup>474</sup> Markovits / Reich, a.a.O., S. 188.

<sup>475</sup> Vgl. Michael Ludwig: *Polen und die deutsche Frage*, Bonn 1991, S. 22-25.

<sup>476</sup> Nach einer Umfrage von *Der Spiegel* und *Emnid* im Sommer 1991 sind die Sorgen der Polen auch nach dem am 14. November 1990 unterzeichneten deutsch-polnischen Vertrag, in dem die bestehende Grenze zwischen den beiden Staaten verbindlich festgeschrieben wurde, und nach dem »Abkommen über gute Nachbarschaft und friedliche Zusammenarbeit« vom 17. Juni 1991 nicht geringer geworden: 42% hielten die Oder-Neiße-Grenze für »ziemlich unsicher«, 9% für »sehr unsicher« und nur 4% für »sehr sicher«, 45% für »relativ sicher«. – Vgl. Andrei S. Markovits / Simon Reich: *Das deutsche Dilemma*, a.a.O., S. 189.

<sup>477</sup> Vgl. *Europa-Archiv* 16/1990, S. Z 170.

Gleichwohl die Bundesregierung kaum hinter ihre gleich mehrfachen Bekenntnisse zur Untastbarkeit der bestehenden Grenzen, die sie im Rahmen des KSZE-Prozesses ausgesprochen hatte, zurückgekonnt hätte, löste die Bundesregierung mit ihrem offensichtlich taktischen Zögern, die Grenze zu Polen verbindlich anzuerkennen, auch bei den westeuropäischen Nachbarn, insbesondere in den Niederlanden, große Empörung aus. Der niederländische Ministerpräsident Ruud Lubbers fragte auf der Straßburger Konferenz (Dezember 1990) den deutschen Bundeskanzler, was er gemeint habe, als er immer wieder in seinen öffentlichen Stellungnahmen den Begriff des »deutschen Volkes« verwendete: ob die »polnischen Staatsbürger deutscher Herkunft« damit auch gemeint seien. Kohl beharrte darauf, die Grenzfrage erst von einem demokratisch gewählten Gesamtparlament des vereinten Deutschland beantworten zu lassen und durch einen noch auszuhandelnden separaten Friedensvertrag mit Polen zu klären.

Ein Sturm der Entrüstung folgte Kohls Äußerungen. Am 12. Dezember 1990 hob das niederländische Parlament sogar noch einmal demonstrativ hervor, daß die polnische Westgrenze unverletzlich sei und die deutsche Einheit an den Prozeß der europäischen Integration gekoppelt bleiben müsse.<sup>478</sup> Die Sorge der niederländischen Regierung vor etwaigen territorialen Ansprüchen des vereinten Deutschlands war so groß, daß der westdeutsche Botschafter in den Niederlanden, von der Gablentz, drei Tage später, am 15. Dezember, in der Öffentlichkeit zu beschwichtigen versuchte, indem er versicherte, daß die Westgrenze Polens die Grenze Polens bleiben werde. »Die Niederländer waren aufgebracht über das Benehmen und den Ton der Deutschen in all diesen Vorgängen. Die ständige Rede von den Rechten der Deutschen und die schnellen Reaktionen der Bonner Politiker auf das Geschehen in der DDR weckten Zorn und Mißtrauen.«<sup>479</sup>

Am 12. September 1990 wurde der »Zwei-plus-Vier«-Vertrag unterzeichnet. Der Einigungsprozeß hatte zu diesem Zeitpunkt ein ungeheures Tempo erreicht und wurde generalstabsmäßig durchgezogen. Am 20. September 1990 verabschiedeten Bundestag und Volkskammer den deutsch-deutschen Einigungsvertrag.<sup>480</sup> Nachdem auch der Bundesrat am 21. September 1990 dem Vertrag zugestimmt und der Bundespräsident Richard v. Weizsäcker das Gesetz drei Tage später unterzeichnet hatte, war die Einigung vollzogen und rechtsgültig geworden.

Die staatliche Souveränität Deutschlands war damit aber noch nicht wiederhergestellt. Die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte waren zunächst nur vorläufig ausgesetzt.

---

<sup>478</sup> Vgl. Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S. 164.

<sup>479</sup> Ebd.

<sup>480</sup> Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands, in: *Europa-Archiv* 20, 1990, S. D 515ff.

Endgültiges Erlöschen der Rechte und Verantwortlichkeiten hing von dem Inkrafttreten des »Zwei-plus-Vier«-Vertrages« ab, dessen Ratifizierung in den Parlamenten und im Obersten Sowjet der Vier Mächte erst noch stattfinden mußte. Die Ratifizierung des Vertrages durch den Obersten Sowjet ließ am längsten auf sich warten und erfolgte erst am 4. März 1991; die sowjetische Regierung knüpfte an die Ratifizierung weitere Bedingungen, die wichtigste war der Abschluß eines »Vertrag[es] über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit«, in dem »regelmäßige Konsultationen« vereinbart werden sollten, wie sie auch zwischen der Bundesrepublik und Frankreich einmal verabredet und vertraglich festgehalten worden waren.<sup>481</sup> Außerdem wünschte die sowjetische Regierung einen Neutralitäts- bzw. Nichtangriffsvertrag mit Deutschland.

Am 3. Oktober 1990 wurde der Vollzug der deutschen Einheit offiziell gefeiert. In seiner Dankesrede, die an die europäischen und transatlantischen Nachbarn gerichtet war, hob der Bundespräsident von Weizsäcker die Zuverlässigkeit der Deutschen hervor, denen schließlich einmal nach den Verbrechen von zwei Weltkriegen und dem Massenmord an den Juden jedes Vertrauen abgesprochen worden war: »Ohne das Vertrauen der Völker in uns Deutsche hätten wir uns nicht vereinigen können. (...) Die Deutschen sind berechenbare, zuverlässige und geachtete Partner geworden. Das hat die innere Zustimmung unserer Nachbarn und der ganzen Welt zu unserer Einheit ganz entscheidend gefördert.«<sup>482</sup> – Alles in allem hatte sich die Bundesrepublik Deutschland »als ein sich in seiner politischen Macht selbst beschränkender Staat [präsentiert; MH], der sich freiwillig der Kontrolle seiner EG-Partner unterwirft und sogar noch als Verfechter einer tieferreichenden Integration auftritt«<sup>483</sup>.

Nach dem Vollzug der deutschen Einheit erfolgte der Versuch einer umfassenden bilateralen Normalisierung der nachbarschaftlichen Verhältnisse zwischen Deutschland und den osteuropäischen Ländern. Am 9. November 1990 wurde der »Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit« zwischen Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossen. Am 14. November folgte der deutsch-polnische Grenzvertrag, in dem die Grenzfrage verbindlich geregelt wurde, und ein deutsch-polnisches Abkommen über »gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit« wurde am 17. Juni 1991 geschlossen. Mit der ČSFR unterschrieb die Bundesrepublik einen ähnlichen »Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit«. Außerdem wurden am 28. August 1991 diplomatische Beziehungen zu den souverän gewordenen baltischen Staaten aufgenommen.

---

<sup>481</sup> Vgl. *Europa-Archiv*, 1991, D 86f.

<sup>482</sup> Richard von Weizsäcker zit. n. *FAZ* vom 4. Oktober 1990.

<sup>483</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 182.

### 3. Golfkrieg 1991: »Zuschauertribüne« und »Scheckbuch«

Der deutsche Einigungsprozeß war noch nicht abgeschlossen, da ereignete sich bereits die Golfkrise. War zuvor noch die volle Aufmerksamkeit der Weltmächte auf Deutschland gerichtet, so richtete sich nunmehr diese auf die Golfregion, als am 2. August 1990 der irakische Diktator, Saddam Hussein, Kuwait annektierte und irakische Truppen den souveränen Staat am Golf besetzten. Auf Betreiben der USA befaßte sich der UN-Sicherheitsrat mit der völkerrechtswidrigen Annexion und verabschiedete eine Resolution, in der Saddam Hussein ein Ultimatum zur Räumung des Kuwait gesetzt wurde. Falls es zu einem geordneten Rückzug der irakischen Truppen auf irakisches Gebiet nicht bis zum Ablauf des Ultimatums kommen sollte, würden gegen den Irak von der UNO sanktionierte militärische Schritte in die Wege geleitet. – Das Ultimatum verstrich ohne positive Wirkung am 16. Januar 1991. In der Nacht zum 17. Januar begannen die Kampfhandlungen der alliierten Truppen aus 29 Staaten gegen den Irak mit der massiven Bombardierung Bagdads.<sup>484</sup>

Die USA hatten eine breite Allianz gegen den Irak zustande gebracht. Der wichtigste NATO-Partner, Deutschland, blieb allerdings eher passiv im Hintergrund. Die Gründe für die passive Haltung der Bundesregierung im Irak-Krieg 1991 sind vielschichtig. Inge Schwammel will bei den politischen Eliten des deutschen Staates Hemmungen beobachtet haben, unmittelbar nach der deutschen Einheit sich machtbewußt im Irak-Konflikt zu engagieren und somit gegebenenfalls Wasser auf die Mühlen derer zu spülen, die sich als Konsequenz der deutschen Einheit über ein allzu imperial auftretendes Deutschland Sorgen machten.<sup>485</sup> »Es war unübersehbar, daß die Bundesregierung peinlich darauf bedacht war, ihre gerade vor etwas mehr als drei Monaten erlangte volle Souveränität nicht auszuspielen, keine deutschen Muskeln zu zeigen und im Hintergrund zu bleiben.«<sup>486</sup>

---

<sup>484</sup> Über die Ursachen und Perspektiven des Golfkrieges siehe: Gert Krell / Bernd W. Kubbig (Hg.): Krieg und Frieden am Golf. Ursachen und Perspektiven, Frankfurt a.M. 1991. – Siehe auch Bassam Tibi / Anke Houben / Kai W. Dierke: Die Golfregion zwischen Krieg und Frieden. Vom Golf-Krieg zu einer Neuordnung des Nahen Ostens, Hannover 1992.

<sup>485</sup> Hinzu kamen skandalöse Nachrichten von deutschen Lieferungen von Waffen und Giftgas an den Irak, mit denen Saddam Hussein nunmehr Israel bedrohen konnte. Um so mehr geriet der deutsche Staat in die negativen Schlagzeilen bei seinen europäischen und transatlantischen Nachbarn.

<sup>486</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 201.



## *Überforderung der deutschen Außenpolitik direkt nach der nationalstaatlichen Einheit?*

Als eine weitere Begründung für die relative Passivität der Bundesregierung im Irak-Konflikt will Gregor Schöllgen eine Überforderung der deutschen Außenpolitik direkt nach der deutschen Einheit erkannt haben. »Unversehens und unvorbereitet befand sich die Bundesrepublik in einer neuen, ungewohnten Rolle, der Rolle einer europäischen Großmacht. Damit nicht genug, war sie auch sogleich gefordert, als solche zu agieren.«<sup>487</sup>

War Deutschland 1989/90 noch die politische Hauptbühne der Weltgeschichte (zuletzt auf dem KSZE-Gipfel im November 1990), so überschlugen sich Anfang 1991 die weltpolitischen Ereignisse an anderen Orten: Zeitgleich zum Irak-Krieg im Januar 1991 ereignete sich die schwere internationale Krise auf dem Balkan. Im Sommer 1991 begann der Bürgerkrieg im auseinanderfallenden Jugoslawien, wenige Monate später folgte ein Putschversuch in der UdSSR gegen die Reformbemühungen Gorbatschows, welcher zwar scheiterte, aber die Auflösung der Sowjetunion beschleunigte.

Dieses internationale Krisenszenario soll den deutschen Staat auf dem falschen Fuß getroffen haben, welcher noch im großen und ganzen mit sich selbst beschäftigt war und seine vermeintlich neue Rolle in der Welt noch nicht begriffen hatte. Dafür hat Schöllgen einigermaßen Verständnis, gebe es doch mehrere historische Gründe für die attestierte Machtvergessenheit des deutschen Staates. Nach 1945 sei von den alliierten Siegermächten viel daran gelegt worden, den Deutschen klarzumachen, daß die Zeiten aktiver Großmachtspolitik für Deutschland endgültig vorbei seien. Die Traditionslinie preußisch-deutscher Außenpolitik von Friedrich dem Großen über Bismarck zu Hitler sollte nach 1945 gekappt und niemals wieder aufgenommen werden. »Das deutsche Machtbewußtsein war entsprechend gründlich demontiert worden, zunächst von außen, durch die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, dann von innen, durch ein schlechtes Gewissen, das in seiner unreflektierten Radikalität die angemessene Bewältigung nationaler Vergangenheit eben keineswegs gefördert, sondern vielmehr gerade verhindert hatte.«<sup>488</sup> Schöllgen stimmt der These von Hans-Peter Schwarz zu, daß aus ungezügelter »Machtbesessenheit« der deutschen Herrschaftseliten eine notorische »Machtvergessenheit« geworden sei.<sup>489</sup> Die Annahme der Überforderung deutscher Außenpolitik will

---

<sup>487</sup> Gregor Schöllgen: Die Macht in der Mitte Europas, a.a.O., S. 169.

<sup>488</sup> Schöllgen, a.a.O., S. 173.

<sup>489</sup> Vgl. dazu Hans-Peter Schwarz: Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985. – Auch die ansonsten der deutschen Machtpolitik eher kritisch eingestellte Inge Schwammel vertritt die Ansicht, daß die vom deutschen Staat erwartete Rolle, als Großmacht in der Weltpolitik zu agieren, die Bundesregierung überforderte: »Diese Rolle war für alle Deutschen – die Bundesregierung und die Bevölkerung – ungewohnt: Sie waren darauf nur mäßig vorbereitet; zu sehr war man in den letzten Monaten mit dem

allerdings wenig einleuchten, schließlich haben die Deutschlandpolitiker gerade erst im deutschen Einigungsprozeß bewiesen, daß sie machtbewußt gegen die Einwände und zögerliches Verhalten der vier ehemaligen Siegermächte die Einheit durchsetzen konnten. Spätestens seit dem Historikerstreit im Jahre 1986 hatten sich konservative Kreise auf eine selbstbewußte Machtpolitik vorbereitet. Damals gaben Personen wie Michael Stürmer den Anstoß, in die Richtung einer selbstbewußten Machtpolitik zu denken und zu handeln. Stürmer hatte in der FAZ gefragt, wie die Deutschen »morgen ihr Land, den Westen, sich selbst sehen« werden.<sup>490</sup>

Dagegen will schon eher einleuchten, daß die Bundesregierung aus taktischen Gründen auf eine aktive Machtpolitik verzichtete, weil sie bereits im deutschen Einigungsprozeß einiges diplomatisches Porzellan zerschlagen hatte und damit bei den europäischen Nachbarn, insbesondere in Großbritannien auf tiefe Skepsis gestoßen war. Alten Ängsten, es könne zu einer Wiederaufnahme der preußisch-deutschen Außenpolitik und zu einem aggressiven deutschen Nationalismus kommen, der seine Großmachtansprüche gegen die Interessen der europäischen Nachbarn richtet, könnte die Bundesregierung vorzubeugen versucht haben. Immerhin hatte Deutschland in der britischen Presse kein gutes Image. Dort wurde während des deutschen Einigungsprozesses das Bild vom »häßlichen Deutschen« revitalisiert. Die britische Premier Margret Thatcher hatte zudem im März 1990 ein »Deutschland-Seminar« organisiert, auf dem sie sich und ihre Regierungsmannschaft von britischen und amerikanischen Historikern darüber unterrichten ließ, inwieweit ein vereintes Deutschland abermals zu einem Unsicherheitsfaktor für Europa werden könnte. Thatchers Initiative wurde wenige Monate später bekannt und erregte großes Aufsehen in der deutschen Öffentlichkeit.<sup>491</sup>

---

Prozeß der deutschen Einigung beschäftigt gewesen.« – Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 203.

<sup>490</sup> Michael Stürmer: »Geschichte in geschichtslosem Land«, in: »Historikerstreit«, a.a.O., S. 36-38, und: FAZ vom 25.4.1986. – Stürmer konstatierte in Deutschland in Bezug auf seine jüngste Geschichte (Drittes Reich) eine eklatante Erinnerungslosigkeit. Vor diesem Hintergrund sah er eine große Gefahr, ausgehend von der Rechten und der Linken, die in der allgemeinen Orientierungslosigkeit der Gegenwart die Geschichte für ihre Zwecke instrumentalisierten und dem Bedürfnis nach nationaler Identität ihre verzerrte Interpretation der Geschichte anböten. Durch diese Instrumentalisierungen habe die politische Kultur schweren Schaden genommen. Die »Suche nach der verlorenen Geschichte« erweise sich als »moralisch legitim und politisch notwendig«, weil die Bundesrepublik »weltpolitische und weltwirtschaftliche Verantwortung« zu tragen habe. Die Deutungsmuster der Linken (»progressive Erwürgung«) und Rechten (»technokratische Geringschätzung«), mit der Geschichte interpretiert würden, hätten eher fatale als verantwortungsgerechte Auswirkungen in Bezug auf die weltpolitische und weltwirtschaftliche Bedeutung der Bundesrepublik. »Denn es geht um die innere Kontinuität der deutschen Republik und ihre außenpolitische Berechenbarkeit.« – Stürmer, a.a.O. – Gerade die Tragweite dieser Bedeutung kam wenige Monate nach der deutschen Einheit vollends zur Geltung: der deutsche Staat sei nach Ansicht der herrschenden Eliten zu einem verantwortungsvollem Handeln in der Weltpolitik gezwungen und könne sich demzufolge nicht mehr hinter seiner Geschichte verstecken. Vor diesem Hintergrund fingen Konservative und Liberale an, ihren Orientierungsverlust durch Identitätssuche zu kompensieren – gemäß Stürmers Aussage, Orientierungsverlust und Identitätssuche seien eben Geschwister. Der politische Ertrag, den diese geistige Anstrengung verspreche, sei das »Versprechen der Normalität«. – Stürmer, a.a.O.

<sup>491</sup> Vgl. »Komplott gegen Europa«, in: *Der Spiegel*, Nr. 29/1990.

Die Bundesregierung könnte vor diesem Hintergrund zwar nicht eingeschüchtert, aber tatsächlich bemüht gewesen sein, keinen Anlaß aufkommen zu lassen, welcher die Skepsis vor dem vereinten Deutschland weiter genährt hätte. Aber dies scheint nur ein äußerst dürftiges Argument zu sein, welches kaum dafür spricht, warum die Bundesregierung zurückhaltend, gar eingeschüchtert in der Frage zum Irak reagiert haben soll. Wesentlich einleuchtender erscheint dagegen die Tatsache, daß der Bundesregierung die Ratifizierung des »Zwei-plus-vier-Vertrages« durch den Obersten Sowjet wichtiger war als eine militärische Beteiligung im Irak-Krieg, welche unter Umständen die Ratifizierung in Gefahr bringen, zumindest hätte verzögern können. Die Bundesregierung wollte sich nicht die Mißgunst der Sowjetunion einhandeln, um die deutsche Einheit nicht nachträglich zu gefährden, denn bis dato waren die alliierten Vorbehaltsrechte lediglich außer Kraft gesetzt worden und damit die vollständige Souveränität Deutschlands noch nicht wirklich wiederhergestellt. Auf deutschem Staatsgebiet waren zudem noch 350.000 Soldaten der Roten Armee stationiert, an deren Abzug die Bundesregierung in hohem Maße interessiert war.<sup>492</sup> Schwammel erwähnt Gerüchte, »wonach die Sowjetunion davor gewarnt habe, deutsche Truppen an den Golf zu entsenden, da es in diesem Fall zu einer Gefährdung der Ratifizierung des ›Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland‹ im Obersten Sowjet sowie zu Verzögerungen beim Abzug der Sowjettruppen aus Deutschland kommen könnte.«<sup>493</sup>

*Bilaterale Verstimmungen aufgrund der zögerlichen Haltung der Bundesregierung – Der deutsche Staat droht isoliert zu werden?*

Das ausschlaggebendste Argument für die zögerliche Haltung dürfte allerdings die ungeklärte Verfassungsrechtslage gewesen sein, welche hauptsächlich von einer starken linksliberalen Opposition im Inland, weniger jedoch von den ausländischen Regierungen problematisiert wurde. Der Druck, den ausländische Öffentlichkeiten in dieser Zeit auf die Bundesregierung ausübten, hätte aus Sicht des deutschen Staates es rechtfertigen können, die Verfassungslage in Deutschland grob zu mißachten, schließlich hätten die herrschenden Eliten auf diese Weise eine Normalisierung, d.h. einer Militarisierung der deutschen Außenpolitik mit schnellen Schritten verwirklichen können. Statt dessen entschieden sie sich für eine schrittweise Norma-

---

<sup>492</sup> Die Ratifizierung des »Zwei-plus-vier-Vertrages« durch den Obersten Sowjet erfolgte erst am 4. März 1991. Der Vertrag über den Abzug der sowjetischen Truppen wurde am 2. April 1991 ratifiziert.

<sup>493</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 202. – Siehe auch William R. Smyser: Deutschland gegen Amerika? Eine Bestandsaufnahme für die Zukunft, Freiburg 1992, S. 76.

lisierung mit langsamerem, salamitaktischem Tempo und nahmen eine drohende Isolation des deutschen Staates, zumindest bilaterale Verstimmungen mit den USA, Großbritannien und Frankreich in Kauf. »Nicht einmal vier Monate später zeigte sich mancher jener Nachbarn, denen der Bundespräsident mit gutem Grund den Dank des nunmehr vereinten Deutschland abgestattet hatte, irritiert, gelegentlich auch empört über die Deutschen. Der Grundtenor war eindeutig. Einer zunehmenden Zahl von Briten, Franzosen, Amerikanern und vielen anderen mehr galten die Deutschen weder als berechenbar noch als zuverlässig und eben deshalb schon gar nicht mehr als ›geachtete Partner‹. Das ›Vertrauen der Völker‹ in die Deutschen, so schien es, war geschwunden.«<sup>494</sup> Einzig mit der Sowjetunion blieben die staatlichen Beziehungen ohne Trübung.

Die noch ausgestandene Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrages durch die Sowjetunion brachte die Bundesregierung im Angesicht des heraufziehenden Irak-Krieges mithin in ernsthafte Schwierigkeiten. Die westlichen Verbündeten verlangten eine eindeutige Positionierung Deutschlands gegen den Irak und ferner eine größere Solidarität mit den alliierten UNO-Mächten,<sup>495</sup> während die deutsche Regierung auf die sowjetische Regierung Rücksicht nehmen mußte, um die Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrages nicht zu gefährden. So zumindest ist teilweise der Umstand zu erklären, warum die Bundesregierung schließlich sich »lediglich« einverstanden erklärte, logistische und finanzielle Unterstützung zu leisten. Die Bundesregierung übernahm mit 17 Milliarden DM einen Großteil der Kosten des Krieges. Für eine militärische Beteiligung stünde aber das Grundgesetz im Wege, das solche *out of area*-Einsätze nicht zulasse. In etwas abfälliger Weise wurde dieser Zusammenhang als »Scheckbuchdiplomatie« benannt.<sup>496</sup>

Gregor Schöllgen verweist auf den Umstand, daß allerdings der unterstützende Beitrag des deutschen Staates im Krieg gegen den Irak weitaus umfangreicher gewesen war. Wegen der unklaren oder besser: ungeklärten Rechtslage hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit von in Kampfeshandlungen verstrickten Truppen der Bundeswehr *out of area* sollte die nicht gerade gering ausgefallene militärische Unterstützung Deutschlands im Irak-Krieg nicht großartig publik gemacht werden. US-Amerikanische Stützpunkte auf deutschem Territorium dienten als Basis und logistischer Umschlagort für die Bombardements auf Bagdad. Deutsche Mie-

---

<sup>494</sup> Gregor Schöllgen: Die Macht in der Mitte Europas, a.a.O., S. 170.

<sup>495</sup> »Erwartet wurde zunächst eine umgehende, öffentliche Solidarisierung führender Repräsentanten aller politischen Parteien und insbesondere der Bundesregierung mit den Alliierten, z.B. in Form demonstrativer Besuche in London, Paris, Washington oder Rom.« – Schöllgen, a.a.O., S. 172. – Solche Besuche kamen erst nach Einstellung der Kampfeshandlungen am 28. Februar 1991 zustande. Der alliierte Angriff zur Befreiung des Kuwait sei legitim und notwendig gewesen, und man stehe »fest und unverbrüchlich« an der Seite der Alliierten, hieß es schließlich. – Vgl. FAZ vom 25. Februar 1991.

<sup>496</sup> Vgl. z.B. »Shaky Ground«, in: *International Herald Tribune* vom 23. April 1991 – oder: »Abmarsch in Richtung Sonderweg«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 20. Juni 1991.

nensuchboote befanden sich im Persischen Golf zur vorsorglichen Verhinderung eines Angriffs gegen die Türkei bereits vor dem später vereinbarten Waffenstillstand zwischen irakischen und alliierten Truppen. Ferner beteiligten sich 30 Piloten und Mechaniker der Heeresflieger mit CH53-Hubschraubern an der Aufdeckung des geheimen irakischen Rüstungspotentials. Seit Oktober 1991 flogen dann Bundeswehreinheiten fünf Jahre lang UN-Inspektoren zu ihren Einsätzen im Irak.<sup>497</sup>

### *(Bündnis)-Pflichten des souveränen Deutschlands versus ungeklärte Verfassungslage*

Schwammel schreibt zutreffend, daß die deutsche Sonderstellung, die aufgrund der eingeschränkten Souveränität seit der Gründung der Bundesrepublik 1949 mit Recht eingenommen und beansprucht worden war, im Zuge der deutschen Einheit beendet worden sei.<sup>498</sup> Deutschland sei nunmehr mit den gleichen Rechten ausgestattet, die nun einmal einem Staat aufgrund seiner Souveränität zukommen. Damit verbunden machten sich aber nicht nur im Inland Stimmen lautstark bemerkbar, die auch die Wahrnehmung derselben Pflichten einforderten. Das ist allerdings einigermaßen zweifelhaft, denn worin sollen außenpolitische Pflichten eines souveränen Staates bestehen? Außenpolitische Souveränität schließt eben auch die Möglichkeit mit ein, »Nein« sagen zu können. Kein Staat verpflichtet sich zu etwas, was nicht in seinem »nationalen Interesse« liegt. Zwar gehen souveräne Staaten auch Bündnisverpflichtungen vertraglich ein, die sie dann mehr aus moralischen Gründen auch einhalten müssen, aber gerade in Bezug auf die deutsche Vergangenheit: die historische Schuld, die Deutschland sich mit zwei Weltkriegen und Auschwitz aufgebürdet hat, verpflichtet aus weitaus schwerwiegenderen moralischen Gründen den deutschen Staat dazu, außenpolitische Zurückhaltung zu üben, wenn es um die Beteiligung an Kriegseinsätzen geht.

Aber die Bundesregierung durfte tatsächlich eher als kriegswillig angesehen werden, wie sich etwa an den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« (VPR), an denen zeitgleich gearbeitet wurde und die sich als eine grundlegende Weichenstellung zur Herstellung der Kriegsfähigkeit des deutschen Staates erweisen sollten, ablesen läßt. Nur konnte die Bundesregierung nicht, wie sie wollte. Zur historischen Schuld hatten die herrschenden Eliten ein instrumentelles Verhältnis; auf sie wurde verwiesen, wenn es nützlich erschien, aber ansonsten stand sie innenpolitisch der Normalisierung der deutschen Außenpolitik, d.h. ihrer Militarisierung eher

---

<sup>497</sup> Vgl. Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 210f.

<sup>498</sup> Vgl. Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 203.

im Wege. Die deutsche Bevölkerung mußte erst noch von ihrer angeblichen Notwendigkeit überzeugt werden.

Die US-Regierung verhielt sich gegenüber der Bundesregierung durchaus ambivalent. Einerseits war ihr das deutsche Geld willkommen, andererseits schien sie die deutsche Regierung für ihre spärliche Solidarität abzustrafen, indem sie die Bundesregierung über den Beginn der Kampfhandlungen gegen den Irak vorab nicht informierte.<sup>499</sup> Nicht zuletzt aufgrund der Befürchtung, von den USA in der Weltpolitik isoliert zu werden, sollte es das letzte Mal sein, daß die »Scheckbuchdiplomatie« zur Anwendung kam. Deutschland müsse »runter von der Zuschauertribüne der Weltpolitik, um seine Interessen vertreten und verteidigen« zu können, hieß es etwa bei Bundesaußenminister Klaus Kinkel zu dieser Zeit. Die *FAZ* kommentierte den Umstand folgendermaßen: »Die Wiedervereinigung hatte der Nation den Wortschatz staatlicher Symbolik zurückgegeben. Jetzt hätte sie zum ersten Mal in dieser Sprache reden müssen. Statt dessen blieben sie stumm und muß nun dafür zahlen.«<sup>500</sup>

Der *Zeit*-Verleger Gerd Bucerius hielt angesichts der drohenden Isolation des frisch vereinten Deutschlands im Zuge der Irak-Krise eine schnelle Grundgesetzänderung für unabänderlich: »wenn die Nation entschlossen ihre Pflicht tun« wolle, müsse die »Verfassung schnell geändert« werden; dies sei möglich, sei sie doch »oft genug schon einer neuen Lage angepaßt« worden.<sup>501</sup> 1991 versprach Hans-Dietrich Genscher vor der UNO-Versammlung in New York, daß die Deutschen ihre Verfassung ändern würden, um den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen hinsichtlich der Rechte und Pflichten, einschließlich der kollektiven Maßnahmen für Sicherheit gerecht werden zu können. Dies erfordere jedoch Zeit, da die Mehrheitsverhältnisse noch gegen eine Grundgesetzänderung sprachen. In der deutschen Öffentlichkeit formierte sich statt dessen ein lautstarker Protest gegen eine deutsche Beteiligung am Krieg gegen den Irak, der nach Schöllgen von einer Minderheit betrieben wurde, die es zeitweilig vermocht hatte, die »Außendarstellung der Republik« zu übernehmen und dem Ansehen des deutschen Staates zu schaden.<sup>502</sup> – Bei dieser »lautstarken Minderheit« handelte es sich aber um nichts Geringeres als um das linke und linksliberale Lager, welche reflexiv am Irak-Konflikt die sukzessive verblassenden Grundprinzipien der alten Bundesrepublik (»Nie wieder Krieg«, »Nie wieder Auschwitz«) diskutierten und dabei sich neu zu positionieren begannen.

---

<sup>499</sup> Vgl. Günther Latsch / Klaus Wiegrefe: »Einsatz im Machtspiel«, in: *Der Spiegel* 46/2001, S. 37.

<sup>500</sup> *FAZ* vom 18.02.1991.

<sup>501</sup> Gerd Bucerius: »Unsere Anmaßung«, in: *Die Zeit* vom 1. Februar 1991.

<sup>502</sup> Vgl. Gregor Schöllgen: Die Macht in der Mitte Europas, a.a.O., S. 171.

Drei Wochen nach Beginn der Kampfhandlungen gegen den Irak publizierte *Der Spiegel* einen Essay von Hans Magnus Enzensberger, der in der deutschen Öffentlichkeit und ganz besonders in linksliberalen Kreisen für einiges Aufsehen sorgte. Enzensberger bezeichnete darin den irakischen Diktator als »Hitlers Widergänger«.<sup>503</sup> Zwar habe man in der Nachkriegszeit aus guten Gründen auf die Singularität der deutschen Verbrechen im Hitlerfaschismus bestanden und jeden Vergleich zurückgewiesen, weil sie relativierend in Bezug auf die Schuld der Verbrechen wirkten. Vergleiche zählten aber zur notwendigen Voraussetzung, um historische Vorgänge überhaupt verstehen zu können. Wenn indessen »substantielle Ähnlichkeiten« vorliegen, sei ein Vergleich sogar geboten.

Enzensberger schickte sich an, solche »substantiellen Ähnlichkeiten« zwischen Hitler und Hussein zu sehen.<sup>504</sup> Letzter sei eine auf arabische Verhältnisse übersetzte Hitler-Gestalt, ein »genuiner Nachfolger« Hitlers gar. Der deutsche Diktator habe sich nämlich genauso wie Hussein von seinem Selbsterhaltungstrieb nicht leiten, oder besser: einschränken lassen. Genau diese Überlegenheit gegenüber dem Selbsterhaltungstrieb unterscheide die ganz gewöhnlichen »Monster«, die zur »Normalität der Staatenwelt« gehörten, »so wie wir sie kennen«, und die nach einem bestimmten Interessenkalkül vorgehen, das sie ihrerseits kalkulierbar mache. Der Feind Husseins sei dagegen wie schon bei Hitler nichts Geringeres als die gesamte Welt: »Die Entschlossenheit zur Aggression ist der primäre Antrieb; Objekte, Anlässe, Gründe werden gesucht, wo sie sich finden. Wer bei der Vernichtung zuerst an die Reihe kommt, ob Iraner oder Kurden, Saudis oder Palästinenser, Kuwaitis oder Israelis, hängt nur von den Gelegenheiten ab, die sich bieten. Auch dem eigenen Volk ist dabei keine Sonderstellung zugedacht; seine Vernichtung ist nur der letzte Akt der Mission, zu der sich Saddam berufen fühlt. Der Todeswunsch ist sein Motiv, sein Modus der Herrschaft ist der Untergang. (...) Er selbst wünscht sich nur das Privileg, als letzter zu sterben.«<sup>505</sup>

---

<sup>503</sup> Vgl. Hans Magnus Enzensberger: »Hitlers Widergänger«, in: *Der Spiegel* 6/1991.

<sup>504</sup> Jürgen Habermas fragt dagegen: »Das deutsche Bürgertum, das sich nach Versailles mit der Republik nicht anfreunden konnte, auf der einen Seite; das irakische Volk, nachdem es in einem acht Jahre währenden Krieg gegen den Iran ausgepowert worden ist, auf der anderen Seite, deutschnationale Vorurteile hier und schiitischer Fundamentalismus dort – wo ist da der gemeinsame historische Nenner für den Atavismus gedemütigter Völker, aus deren Todestrieb die Diktatoren geboren werden sollten? Vor dem anthropologisierenden Blick und auf der Flucht ins Subhistorische verschwinden alle handfesten Differenzen.« – Jürgen Habermas: *Der Golf-Krieg als Katalysator einer neuen deutschen Normalität?*, in ders.: *Vergangenheit als Zukunft*, a.a.O., S. 25.

<sup>505</sup> Hans Magnus Enzensberger: »Hitlers Widergänger«, in: *Der Spiegel* 6/1991.

Wenn gerade für die Person Adolf Hitlers eine solche geradezu anthropologisierende dämonische Attributierung unzulässig ist,<sup>506</sup> weil man mit ihr nur den Teufel an die Wand malt,<sup>507</sup> deutsche Geschichte einseitig personifiziert, die deutsche Bevölkerung abstrakt als Verführte von Schuld und Verantwortung freispricht und ansonsten keinerlei gesellschaftliche Zusammenhänge zu erklären vermag, nur zu einer einzigen zweiseitigen Aussage fähig ist: erstens, daß Hitler oder Hussein Psychopathen seien und zweitens, daß »solange Millionen von Menschen [Hitlers; MH] Wiederkehr leidenschaftlich herbeisehnen« es nur eine Frage der Zeit sei, bis dieser Wunsch in Erfüllung gehe – sei es unter unverbesserlichen Deutschen oder eben auf arabische Verhältnisse übersetzt im Irak, so ist eine solche Attributierung für die Person Saddam Husseins nicht zulässiger.<sup>508</sup>

Habermas wendet gegenüber Enzensbergers analytischen Fähigkeiten scheinbar verteidigend ein: »Nicht als Historiker oder politischen Analytiker, als Seismographen muß man Enzensberger ernstnehmen. Er hat die Nase im Wind. (...) Wenn er jetzt Argumente für die Kriegspartei zusammensucht, zeigt sich darin vielleicht ein Stimmungsumschwung.«<sup>509</sup> Wenn es auch den Anschein hat, Habermas lobte an dieser Stelle etwa Enzensbergers intellektuelle Qualitäten, so ist das Gegenteil der Fall: Enzensberger habe kein besonders gutes analytisches: weder historisches noch politisches Abstraktionsvermögen, besitze eher die mechanische (Anti-)Fähigkeit eines Seismographen, sei mithin ohne eigenen Willen bzw. ohne eigene Vernunft, der eben nicht anders könne, als seine Nadel den Stimmungen gemäß zum Schwingen zu bringen. Zwischen den Zeilen steht, daß Enzensberger weniger die Nase im Wind hat,

---

<sup>506</sup> »Außerdem haben wir aus der Geschichte der Hitler-Historiographie gelernt, daß eine Dämonisierung der großen Führerpersönlichkeiten den Blick auf die historischen Tatsachen verstellt.« – Jürgen Habermas: Der Golf-Krieg als Katalysator einer neuen deutschen Normalität?, in ders.: Vergangenheit als Zukunft, a.a.O., S. 25.

<sup>507</sup> »Was veranlaßte einen klugen Kopf wie Enzensberger, seine oft bewiesene Differenzierungskraft einer plumphen *Anthropologie der Zweiteilung der Menschheit* zu opfern: auf der einen Seite die *Feinde der Menschheit*, auf der anderen wohl, wie er nahelegt, die *Freunde der Menschheit*? (...) Es ist eine Götterdämmerungs-Atmosphäre, in die Enzensberger den Golfkrieg mit seinen brutalen Interessenkonstellationen taucht. Doch Vereinfachungen im Denken leisten einer unheilvollen Praxis Vorschub.« – Oskar Negt: Golfkrieg und Politik. Abstraktionsfähigkeit konkreter Gewalt / Ideologische Bilder mit hohem Gefühlswert / Gegen die Militär- und Kriegslogik, in: Oskar Negt / Alexander Kluge: Maßverhältnisse des Politischen, a.a.O., S. 178.

<sup>508</sup> Wie falsch im übrigen Enzensberger mit seiner Behauptung gelegen hat, Hussein sei von einem Todestrieb beseelt, der ihn im Gegensatz zu ganz gewöhnlichen »Monstern« unberechenbar mache, ist spätestens mit der Ergreifung Husseins durch amerikanische Soldaten Ende 2003 widerlegt worden. Hussein versteckte sich über mehrere Monate, nachdem die USA und ihre alliierten Truppen im Krieg gegen den Irak siegreich das Land besetzt hielten, zuletzt in einem Erdloch in der Nähe seines Heimatortes Tikrit. In diesem Versteck befanden sich neben einem Maschinengewehr auch einige Tausend Dollar – alles drei: Erdloch, Geld und Waffe waren unzweideutige Mittel, mit denen Hussein dem rationalen Interesse seines Selbsterhaltes diene. Er mußte schließlich ganz real um sein Leben fürchten, nachdem die USA auf Plakaten in Wild-West-Manier Hussein »dead or alive« suchten (wanted), ein hohes Kopfgeld für Hinweise zu seiner Ergreifung ausgesetzt und damit klargemacht hatten, daß sie Hussein nicht die Ehre eines Staatsmannes erweisen würden, wenn sie ihn gefaßt hätten.

<sup>509</sup> Jürgen Habermas: Der Golf-Krieg als Katalysator einer neuen deutschen Normalität?, in ders.: Vergangenheit als Zukunft, a.a.O., S. 25.



als er viel mehr seine politische Fahne in den Wind hänge, zumal er »Argumente für die Kriegspartei zusammensucht«.

Da Enzensberger zu den einflußreichsten Intellektuellen in der deutschen Öffentlichkeit zu zählen ist, wäre es allemal gerechtfertigt, in ihm nicht nur jemanden zu sehen, der mit seiner eigenen, wenig reflektierten Parteinahme für die Kriegsbefürworter zwar auch einen Stimmungsumschwung goütierte, aber vermutlich um so mehr zu diesem beitrug, ihn aufgrund seines publizistischen Einflusses zusätzlich beförderte. Enzensbergers essayistischer Stoßrichtung mag denn auch ein bewußtes Motiv zu Grunde gelegen haben, welches indirekt in der unheilvollen Drohung, mit welchem er seinen Essay schließt, sichtbar wird: »Woran Hitler und Saddam gescheitert sind, am Endsieg, das heißt, an der Endlösung – ihrem nächsten Widergänger könnte sie gelingen.«<sup>510</sup> – Mit anderen Worten: Die gegenwärtige und zukünftige politische Brisanz sei so ernst zu nehmen wie damals, als sich die Menschheit nur zögerlich zur Anti-Hitler-Koalition zusammentat, um Hitler militärisch Einhalt zu gebieten. Der in links-liberalen Kreisen, denen sich Enzensberger selbst zuzählte, weit verbreitete Pazifismus müsse also überwunden werden, damit die Welt durch die bösen Machenschaften der Widergänger Hitlers nicht zugrunde gerichtet werde.<sup>511</sup> – Habermas sah zutreffend im Golfkrieg 1991 den »Katalysator einer neuen deutschen Normalität«, Enzensberger aber war einer der wichtigsten Protagonisten, die diesen Katalysator zum Laufen brachten mit Hilfe einer moralisierenden Legitimationsrhetorik, aus der praktische Konsequenzen abgeleitet und gutgeheißen werden, die auch diejenigen der Kriegsparteien sind. Eines instrumentellen Rückgriffs vermag sich diese moralisierende Rhetorik nicht zu erwehren und will es auch gar nicht.

Das Muster der rhetorischen Legitimation militärischen Aufrüstens und des Führens von Kriegen hatte sich mit Beendigung des Kalten Krieges gewandelt. Noch im Kalten Krieg war es das *antikommunistische Muster*, die Beschwörung einer kommunistischen Bedrohung der vermeintlich freien Welt. Der »Kampf gegen die Ausbreitung des Kommunismus« erforderte militärische Aufrüstung und erhöhte Wachsamkeit des westlichen Verteidigungsbündnisses.

---

<sup>510</sup> Hans Magnus Enzensberger: »Hitlers Widergänger«, in: *Der Spiegel* 6/1991.

<sup>511</sup> So ähnlich argumentierte auch Wolf Biermann: »In den Nachrichten sehe ich die Bilder von Friedensdemonstrationen vor US-Air-Bases. Die meisten Losungen sind antiamerikanisch, als wären die USA der Aggressor. (...) Man kommt sich vor wie auf der falschen Beerdigung. (...) Die Friedensbewegung konnte die Aufrüstung des Irak durch deutsche Firmen nicht verhindern, schlimm genug. Aber jetzt möchte sie die Zerstörung der ABC-Fabriken und Raketen aufhalten, mit denen Saddam & Co. Israel vernichten wollen.« – Rolf Biermann in der *Zeit* vom 1.2.1991. – Gegen Biermann stellt Oskar Negt richtig: »Kriegsgrund dort war nicht das von Vernichtung bedrohte Israel, sondern die Besetzung und daraus abgeleitete Notwendigkeit der Befreiung Kuwaits. Wäre Israel der Grund für diesen Krieg gewesen, so hätte er viel früher geführt werden müssen, nämlich als sich Saddam mit Hilfe der Industrieländer aufrüstete und die gelieferten Mordgeräte an den Kurden und den Iranern vor den Augen der Weltöffentlichkeit erprobte.« – Oskar Negt: *Golfkrieg und Politik. Abstraktionsfähigkeit konkreter Gewalt / Ideologische Bilder mit hohem Gefühlswert / Gegen die Militär- und Kriegslogik*, in: Oskar Negt / Alexander Kluge: *Maßverhältnisse des Politischen*, a.a.O., S. 176.

Schon die Ära nach Stalin war im Westen nachhaltig davon bestimmt, daß man immer wieder Stalin mit Hitler gleichzusetzen versuchte – die *Totalitarismustheorie* lieferte die nötige Legitimationsideologie. Der US-Präsident George Bush (sen.) bezeichnete die Sowjetunion noch als das »Reich des Bösen«.

Nachdem das vermeintliche »Reich des Bösen« zusammengebrochen war und der kapitalistische Westen sich als Sieger des Kalten Krieges nicht nur in ökonomischer und militärischer, sondern eben auch in moralischer Hinsicht wähnte, hatte der Antikommunismus als Legitimationsrhetorik ausgedient. Die Metapher des *Bösen* blieb aber bestehen, George Bush wandte sie schon vor Enzensbergers Essay auf Saddam Hussein an und verglich diesen auch mit Hitler. Enzensberger war lediglich der erste, der in der deutschen Öffentlichkeit dieses *antifaschistische Muster* aufgriff. Insbesondere in der deutschen Öffentlichkeit sensibilisierte diese moralisierende Rhetorik das Bewußtsein für ein Dilemma, in das sich die Realpolitik hineinbewegte, wenn sie die beiden deutschen Grundüberzeugungen der Nachkriegszeit aufeinander bezog und damit neutralisierte: »Nie wieder Krieg!« und »Nie wieder Faschismus!« Das Dilemma tritt zu Tage, wenn faschistoide Verhältnisse entstehen, die eine Person wie Hitler an die Macht gelangen lassen und die zu einem mit Auschwitz Vergleichbaren imstande wären. Unter diesen Umständen müßte ein Krieg gerechtfertigt sein, um eine solche mit Hitler zu vergleichende Person zu stürzen oder das mit Auschwitz Ähnliche zu verhindern. Wie steht es dann aber mit dem kategorischen Nein zum Krieg? Während des Golfkrieges 1991 setzte sich erstmals die liberale Öffentlichkeit mit diesem Dilemma aufgrund Enzensbergers publizistischer Intervention auseinander.<sup>512</sup>

---

<sup>512</sup> Wurde Enzensbergers Rhetorik 1991 in seiner Tragweite von der liberalen Öffentlichkeit noch mehrheitlich durchschaut und zurückgewiesen, weil die Gleichsetzung von Hussein und Hitler bemerkenswert grotesk erschien, hatte sich 1998/99, als Verteidigungsminister Rudolf Scharping und Außenminister Joschka Fischer der gerade jüngst vereidigten rot-grünen Bundesregierung den jugoslawischen Staatschef Slobodan Milosevic mit Hitler gleichsetzten etc., die Akzeptanz gegenüber solchen Vergleichen in der Öffentlichkeit beträchtlich erhöht. 1991 bildete sich während des Golfkrieges das *antifaschistische Muster* der Legitimationsrhetorik lediglich heraus, während der Kosovo-Krise 1998/99 hatte es sich dagegen bis zur Perfektion entwickelt und diente der rot-grünen Bundesregierung dazu, die deutsche Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß deutsches Militär das erste Mal seit Ende des Zweiten Weltkrieges aktiv an Kampfhandlungen teilnehmen müsse. – Siehe das Kapitel in dieser Arbeit über die *Kontinuitäten preußisch-deutscher Außenpolitik (Geopolitik) auf dem Balkan im Gewand von Moral und Verantwortung*.

#### 4. Rolle und Aufgaben Deutschlands angesichts drängender Weltprobleme

##### *Änderung der Rahmenbedingungen der deutschen Außenpolitik: Ordnungsaufgaben angesichts der neuen Krisen nach der Auflösung der bipolaren Weltordnung*

Mit Beendigung des Kalten Krieges und im Zuge der Auflösung der bipolaren Weltordnung, aber vor allem auch im Kontext der qualitativen Umstrukturierung der NATO haben sich für das vereinigte Deutschland die Rahmenbedingungen seiner Außenpolitik maßgeblich verändert. In Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sind neue Nationalstaaten entstanden, zu denen politische und ökonomische Beziehungen einer neuen Qualität aufgenommen wurden. Gleichzeitig sind verbunden mit den ethnizierenden Auflösungsprozessen und dem aufgekomenen Nationalismus in Osteuropa nach dem Untergang der Sowjetunion neue Probleme entstanden, an deren Lösung der deutsche Staat massiv interessiert und dementsprechend auch beteiligt gewesen ist. Die Rede war auch von einer neuen ordnungspolitischen Aufgabe, die dem deutschen Staat für Europa nunmehr zukomme, nachdem die USA ihre Vorherrschaft über den Kontinent durch die deutsche Einheit 1989/90 sukzessive verloren hätten.<sup>513</sup>

Der deutsche Staat, einst eine sicherheitspolitische Bedrohung, soll sich nach Gregor Schöllgen zu einem Garanten des Friedens entwickelt haben: »War die deutsche Teilung nach 1945 eine der Ursachen des Kalten Krieges mit seinen gefährlichen Krisen und jahrzehntelangen Spannungen, so gilt das vereinte Deutschland, die Großmacht in der Mitte Europas, heute vielen als Garant für die politische und wirtschaftliche Stabilität des Kontinents. Die deutsche Außenpolitik muß sich auf diese neue Lage und die Risiken wie die Möglichkeiten, die sie in sich birgt, vor allem aber auch auf die Verantwortung, die sie mit sich bringt, einstellen.«<sup>514</sup> Es hieß nunmehr, Deutschland sei zu einer neuen Hegemonialmacht in Europa aufgestiegen und müsse diesen Anforderungen auch gerecht werden, schließlich gehe es um *außenpolitische Berechenbarkeit* der deutschen Republik.<sup>515</sup> Das heißt vor allem auch, man solle sich jetzt von der »Last der Vergangenheit« befreit haben. – Unweigerlich kommen die Äußerungen des damaligen *FAZ*-Leitartiklers und Kanzlerberaters Michael Stürmer aus dem Jahr 1986 zurück ins Gedächtnis. Stürmer war auf der »Suche nach der verlorenen Geschichte« gewesen, weil die BRD »weltpolitische und weltwirtschaftliche Verantwortung« zu tragen habe,

---

<sup>513</sup> Hans Ulrich Klose, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der SPD-Bundestagsfraktion, brachte es in einer NDR-Talkshow auf den Punkt: »Was die USA für die Welt sind, das ist Deutschland für Europa.«

<sup>514</sup> Gregor Schöllgen: *Die Macht in der Mitte Europas*, a.a.O., S. 177.

<sup>515</sup> Vgl. Christian Hacke: *Nationales Interesse als Handlungsmaxime für die Außenpolitik Deutschlands*, in: Karl Kaiser / Joachim Krause (Hg.): *Deutschlands neue Außenpolitik*, Bd. 3: *Interessen und Strategien*, 1996, S. 3-13.

aber von den Linken *progressiv erwürgt* und von den Rechten *technokratisch geringschätzt* werde, so daß die Zukunft Deutschlands im Begriff sei, verspielt zu werden.<sup>516</sup>

In der Tat ist nach der deutschen Einheit und der weitgehenden Zurückhaltung im Golfkrieg 1991 in gewisser Hinsicht der Druck auf die deutsche Regierung durch das westliche Ausland größer geworden. Man erwartete vom deutschen Staat die verstärkte Übernahme internationaler Verantwortung. Die Sorge vor neuen deutschen Sonderwegen und Großmachtallüren teilten konservative Historiker wie Gregor Schöllgen dabei nicht. Zwar könne er sie nicht völlig ausschließen; aber der Spielraum der »neue[n] deutsche[n] Großmacht« sei hinsichtlich zu befürchtender Großmachtallüren und aggressiver Alleingänge nicht wirklich zu erwarten; schließlich sei Deutschland »fest in die europäischen und atlantischen Gemeinschaften eingebunden und insofern in einigen Bereichen ohnehin nicht alleine entscheidungs- bzw. handlungsfähig«.<sup>517</sup> Was Schöllgen dabei allerdings unterschlägt, ist die zunehmende Möglichkeit der Bundesregierung, aufgrund ihrer dazu gewonnenen Machtchancen die europäischen und atlantischen Gemeinschaften dazu zu bewegen, die deutschen Interessen zu realisieren. Was schließlich nicht mehr als deutsche Alleingänge oder Sonderwege erscheint, weicht mitnichten vom deutschen Großmachtstreben ab.

Die Sorglosigkeit vieler Konservativer bezüglich eines zu befürchtenden Rückfalls in nationale Überheblichkeit, d.h. nationalistische und militaristische Machtpolitik begründet sich in der Annahme, man könne zwischen einem vermeintlich guten und einem pervertierten Nationalismus trennscharf unterscheiden. Während dieser als verwerflich gilt, weil er Deutschland ab 1933 in die Katastrophe geführt habe, soll jener für die Existenz auch eines deutschen Staates lebensnotwendig sein; jedenfalls könne man wie jeder westliche Nationalstaat auf einen »Normalnationalismus« nicht verzichten. Die Scheidelinie des Abgrundes zwischen gutem und pervertiertem Nationalismus wird dabei zwischen Otto von Bismarck und Adolf Hitler verortet. »Während noch Otto von Bismarck das nationale Interesse Deutschlands mit einer Staatsräson der klugen Einhegung der Macht umhüllte, geriet die Interessenpolitik seiner Nachfolger auf eine abschüssige Bahn und mündete 1933 in eine rassistische und menschenverachtende Politik ein.«<sup>518</sup> Dieser Ansicht haben sich in den Jahren nach der deutschen Einheit von 1989/90 angesichts der neuen weltpolitischen Bedrohungsszenarien auch zunehmend Liberale angeschlossen, die zuvor noch im Historikerstreit darauf gepocht hatten, daß

---

<sup>516</sup> Vgl. Michael Stürmer: »Geschichte in geschichtslosem Land«, *FAZ* vom 25.4.1986.

<sup>517</sup> Gregor Schöllgen: *Die Macht in der Mitte Europas*, a.a.O., S. 177. – Wie noch zu zeigen sein wird, waren deutsche Alleingänge dennoch möglich – etwa als die Bundesregierung Kroatien und Bosnien als unabhängige Staaten anerkannte und damit dem Bürgerkrieg im auseinanderfallenden Jugoslawien zusätzlichen Zündstoff gab.

<sup>518</sup> Christian Hacke: *Nationales Interesse als Handlungsmaxime für die Außenpolitik Deutschlands*, a.a.O., S. 3.

der deutsche Staat aufgrund seines eskalierten Nationalismus zwischen 1870 und 1945 und der in seinem Namen begangenen Verbrechen das Recht, nationale Interessen zu verfolgen – mit militärischen Mitteln gar – verspielt habe.

### *Neue US-Sicherheitsstrategie – Schleichende Transformation der NATO*

Kurz nach dem Fall der Berliner Mauer hatten der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow und der amerikanische Präsident George Bush im Dezember 1989 eine »Ära des Friedens und der Entwicklung« verkündet und den Kalten Krieg als für beendet erklärt. Im Rückblick haben sich diese Verlautbarungen an der Realität blamiert.<sup>519</sup> Die NATO war einmal als westliches Verteidigungsbündnis gegen die kommunistischen Expansionsbestrebungen des Sowjetimperiums gegründet worden. Mit der Auflösung des Warschauer Paktes hatte mithin die NATO als Geschöpf des Kalten Krieges ihre Existenzberechtigung verloren und hätte folgerichtig im Einvernehmen der alliierten Bündnisstaaten aufgelöst werden können. Statt dessen erarbeitete sich die NATO einen neuen Aufgabenbereich und legitimierte sich durch eine Ausweitung des Sicherheits-Begriffes, d.h. über die Schaffung neuer Feindbilder (Schurkenstaaten und internationaler Terrorismus).

Die neuen Aufgabenbereiche der NATO waren von den USA angeregt worden, die über eine komplett neue Sicherheitsstrategie für ihr Territorium nachgedacht hatten und diesbezüglich das atlantische Sicherheitsbündnis in die US-Strategie miteinbezogen. Der US-Präsident, Bill Clinton, erläuterte Mitte der neunziger Jahre (1994): »Unsere nationale Sicherheitsstrategie besteht darin, die Gemeinschaft der Marktdemokratien zu vergrößern und gleichzeitig eine Reihe von Bedrohungen gegen unsere Nationen, unsere Verbündeten und unsere Interessen abzuwehren.«<sup>520</sup> Die USA und ihre westlichen Verbündeten sollten sich demzufolge in den Dienst einer universellen *Markt-Freiheit* (Neoliberalismus als hegemoniale Ideologie der Globalisierung) stellen und sich massiv für Sicherheit und Frieden engagieren. Wie Clinton betont hatte, ging es dabei hauptsächlich um die Erweiterung der *Gemeinschaft der Marktdemokratien*, mithin um den freien Zugang zu ausländischen Märkten, Zugriff auf Rohstoffe

---

<sup>519</sup> Vier große und verheerende Kriege sind seitdem unter der militärischen Führung der USA und – mit Ausnahme in der Golfregion – auch mit deutscher Beteiligung geführt worden: gegen den Irak mit UNO-Mandat 1991; gegen Serbien ohne UNO-Mandat unter Schirmherrschaft der NATO 1999; gegen eine »Achse des Bösen« seit den Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001, nachdem auf unbestimmte Zeit der NATO-Bündnisfall ausgerufen wurde und von den USA ein »Feldzug gegen den Terrorismus« begonnen wurde, der sich 2002 zuerst gegen das Taliban-Regime in Afghanistan und 2003 abermals gegen das Regime von Saddam Hussein im Irak richtete.

<sup>520</sup> Zit. n. Wolf Biermann / Arno Klönne: *Globale Spiele*, Köln 2001, S. 152.

und Transportwege in Ländern, die noch wirtschaftlichen Protektionismus betrieben oder sich weigerten, diesen zugunsten einer neoliberalen Ideologie aufzugeben. Geographisch handelte es sich bei diesen gemeinten Ländern um die südliche Hemisphäre, um die Entwicklungs- und Schwellenländer, weshalb unter Kritikern davon die Rede war, daß nach dem politischen Ost-West-Konflikt nunmehr ein ökonomischer Nord-Süd-Konflikt folgen werde. Wenn in diesen südlichen Ländern neben ihrer wirtschaftlichen Entwicklungsschwäche zugleich auch in politischer Hinsicht ein demokratisches Defizit sowie eine Instabilität der staatlichen Institutionen auszumachen war, galten diese Länder nicht nur als *Schurkenstaaten*, sondern sie gerieten mehr oder weniger offen auch in das Visier eines potentiellen Angriffs.<sup>521</sup>

Zwecks dafür wurden die US-Streitkräfte »von einer Armee, die zwei Großkonflikte gleichzeitig führen könne, auf eine Streitkraft, die an vielen Punkten der Welt den jeweils sehr individuellen Herausforderungen gewachsen sei, die also jederzeit auf jede Herausforderung mit den nötigen Eingreiftruppen reagieren könnte«,<sup>522</sup> umgerüstet. Nicht mehr die territoriale Besetzung eines gegnerischen Landes machte die neue militärische Strategie aus, statt dessen sollte »mittels einer gründlichen Durchleuchtung des Gegners die Möglichkeit geschaffen werden, durch eine präzise Zerstörung der militärischen, industriellen und politischen Ressourcen den Gegner zu besiegen.«<sup>523</sup>

Die Umstrukturierungen der NATO begannen bereits auf dem NATO-Gipfel in Rom im November 1991, auf dem beschlossen wurde, die Streitkräfte in drei Kategorien zu gliedern: 1. *Rapid Reaction Forces* (Sofort- und Schnellreaktionskräfte), 2. *Main Defense Forces* (Hauptverteidigungskräfte) und 3. *Augmentation Forces* (Verstärkungskräfte). Ferner wurde auf demselben Gipfel eine neue Richtlinie verabschiedet. Darin heißt es: »Die zur Verfügung stehenden Streitkräfte müssen in einem begrenzten, aber militärisch bedeutenden Umfang Sofort- und Schnellreaktionsverbände der Land-, Luft- und Seestreitkräfte umfassen, die in der Lage sind, auf ein breites Spektrum von vielfach unvorhersehbaren Eventualfällen zu reagieren. Ihre Qualität, ihre Quantität und ihr Bereitschaftsgrad werden ausreichen, um von einem begrenzten Angriff abzuschrecken und erforderlichenfalls das Hoheitsgebiet der Verbündeten gegen Angriffe zu verteidigen, insbesondere wenn sie ohne lange Warnzeit eingeleitet wer-

---

<sup>521</sup> »Zum ersten Mal verbanden die USA ihre »nationale Sicherheitsstrategie« offen mit dem Umsturz von Gesellschaftssystemen, die nicht in den Entwurf der imperialistischen Globalisierung paßten.« – Conrad Schuhler: *Zwei Skorpione in der Flasche*, a.a.O., S. 50. – Was 1994 noch ein strategisches Planspiel war, welches durch den Golfkrieg 1991 Anregung gefunden hatte, wurde mit dem NATO-Krieg gegen Serbien 1998 konkret und geriet nach den Anschlägen vom 11. September 2001 richtig in Fahrt.

<sup>522</sup> Conrad Schuhler: *Zwei Skorpione in der Flasche*, a.a.O., S. 51.

<sup>523</sup> Ebd.

den.«<sup>524</sup> Das atlantische Verteidigungsbündnis wandelte sich demzufolge seit Anfang der neunziger Jahre schleichend zu einer qualitativ neuen Militärmacht.<sup>525</sup>

## 5. Militärpolitische Weichenstellungen – Festlegung »deutscher Interessen« und die qualitative Aufrüstung der Bundeswehr

### *Umsetzung der NATO-Beschlüsse in Deutschland*

Die Umsetzung der NATO-Beschlüsse Anfang der neunziger Jahre wurden in Deutschland umgehend vorbereitet. Die Bundesregierung folgte dem neuen Sicherheitskonzept der USA nicht nur als folgsamer NATO-Bündnispartner, sondern weil in den neuen Beschlüssen für Deutschland das Potential angelegt war, eine militär- und außenpolitische Normalisierung schnellstmöglich und mit dem Segen der transatlantischen wie europäischen Bündnispartner voranzutreiben.

Die deutschen Militärs begannen 1990/91 auch vor dem Hintergrund der weitgehend passiven Haltung des deutschen Staates während des Golfkrieges eine interne Debatte in ihrer Fachpresse über die vermeintliche Notwendigkeit des Umbaus der nationalen militärischen

---

<sup>524</sup> Siehe Streitkräfte Richtlinien der NATO von 1991, Abschnitt »Streitkräftedispositiv des Bündnisses«, Ziffer 47, in: *Bulletin* Nr. 128 vom 13. November 1991, S. 1033 ff.

<sup>525</sup> Die offizielle neue NATO-Doktrin wurde allerdings erst zum Ausklang des Jahrhunderts nachgereicht. Das Neue Strategische Konzept wurde aus Anlaß des 50. Jahrestages des Bündnisses auf dem NATO-Gipfel in Washington im April 1999 verabschiedet. Die neuen Sicherheitsrisiken werden darin vor allem in der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Bedrohung des Zugangs zu lebenswichtigen Ressourcen (Wasser, Öl, Gas) und in Terror- und Sabotageakten gesehen. In Art. 20 der neuen NATO-Doktrin heißt es: »Die Sicherheit des Bündnisses bleibt einem breiten Spektrum militärischer und nichtmilitärischer Risiken unterworfen, die aus vielen Richtungen kommen und oft schwer vorherzusagen sind. Zu diesen Risiken gehören Ungewißheit um den euroatlantischen Raum sowie die mögliche Entstehung regionaler Krisen an der Peripherie des Bündnisses, die sich rasch entwickeln können.« – Zit. n. Ralf Schröder: Die neue NATO. Globaler Interventionismus und innere Widersprüche, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999, S. 70-77; S. 70. – In Art. 24 wird noch einmal präzisiert, daß das Sicherheitsrisiko vor allem in der Gefahr der »Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen« bestehe, woraus sich das »Sicherheitsinteresse des Bündnisses« ableite. In Art. 11 wird versichert, daß die NATO »die friedliche Beilegung von Streitigkeiten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen« anstrebe. Angesichts der tatsächlichen Praxis im Balkankrieg 1999, Afghanistankrieg 2002 und Irakkrieg 2003 darf man diese Versicherung nachträglich als ein fadenscheiniges Lippenbekenntnis beurteilen. – »Anstreben« ist allerdings im juristischen Sinne auch kein wirklich verbindliches Wort, so daß Michael Jäger anmerkt, wenn die neue Doktrin verkündet, »sie wolle sich in der Regel an das UNO-Statut halten, in der Ausnahme wolle sie sich aber nicht daran halten, dann wird schamlos [Carl] Schmitts Satz illustriert, die Souveränität liege bei dem, der über den Ausnahmefall entscheide.« – Michael Jäger: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik, Münster 1999, S. 12. – Die Bundesregierung stimmte den Beschlüssen über das neue strategische Konzept der NATO auf der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs in Washington am 23. und 24. April 1999 zu, ohne zuvor den Bundestag darüber abstimmen zu lassen. Die PDS-Bundestagsfraktion klagte im Oktober 1999 beim Bundesverfassungsgericht, weil sie der Ansicht war, die Bundesregierung habe dadurch die Rechte des Deutschen Bundestages verletzt und damit gegen Art. 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes verstoßen. Das BVerfG war allerdings anderer Ansicht.

Streitkräfte, damit sie den neuen Anforderungen auf internationalem Terrain gewachsen seien. Ziel und Zweck der Debatte sollte sein, das deutsche Militär *bündnis-* im Sinne von kriegseinsatzfähig jenseits der vertraglich festgehaltenen Landesverteidigung oder des NATO-Hoheitsgebietes zu machen. Im besonderen ging es dabei um die Frage, mit welchen Mitteln die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von der globalen Verflechtung derart zu meistern sei, daß politische Instabilitäten in fernen Ländern nicht zu Ausfällen und Krisen der deutschen Nationalökonomie führen. Bei kollektiven Bemühungen der militärischen Krisenreaktion müsse den deutschen Interessen größerer Einfluß verschafft werden.<sup>526</sup> Möglichst wenige Unterschiede müsse deshalb das deutsche Militär zu anderen Streitkräften der NATO-Staaten aufweisen, war die einhellige Auffassung unter den deutschen Militärs.

In Bezug auf die drei Optionen, die sich für die Bundeswehr als neue Aufgabengebiete prinzipiell anboten: Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe, Bündnisverteidigung oder weltweites Engagement, war von Anbeginn die Priorität auf die letzte Option ausgerichtet worden. Der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann verfaßte neue Leitlinien für die zukünftige Rolle der Bundeswehr,<sup>527</sup> in denen er eine grundlegende Umrüstung der Armee von einer Territorialstreitkraft zu einer Interventionsarmee auch außerhalb von Europa einforderte. Der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg nahm Naumanns Leitlinien zur Grundlage für eine grundlegende Umwälzung der bisherigen militärpolitischen Strategie. Manifestiert wurde dies in den sogenannten *Verteidigungspolitischen Richtlinien* (VPR), die November 1992 vom Verteidigungsministerium veröffentlicht wurden.<sup>528</sup>

In den VPR war zum ersten Mal nicht mehr bloß die Rede von der *Verteidigung der Nation*, sondern die Bundeswehr habe *nationale Interessen* zu verfolgen, die sich nicht mehr auf die Verteidigung der Landesgrenzen reduzieren lassen, sondern weltweit definiert sind. Im wesentlichen bestehen diese »vitalen Sicherheitsinteressen Deutschlands« neben dem obligatorischen »Schutz Deutschlands und seiner Staatsbürger vor äußerer Gefahr« sowie der »Beendigung von Krisen und Konflikten, die Deutschlands Unversehrtheit und Stabilität beeinträchtigen« könnten, in der »Aufrechterhaltung des freien Welthandels« sowie in dem »ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen« im Rahmen einer Weltordnung, in der es vermeintlich gerecht zugehe.<sup>529</sup> Zur Wahrung der in den VPR formulierten nationalen Sicherheitsinteressen sollte das Mittel der militärischen Intervention legitim werden.

---

<sup>526</sup> Vgl. Lutz Unterseher: »Deutsche Militärpolitik – Unauffällige Festlegung für die Zukunft, a.a.O.

<sup>527</sup> Vgl. »Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtungen der Neugestaltung der Bundeswehr«, Bonn 1992.

<sup>528</sup> Vgl. »Verteidigungspolitische Richtlinien« (VPR), Bundesministerium der Verteidigung, Bonn 1992.

<sup>529</sup> Vgl. VPR, a.a.O., Nr. 1, 2 und 8.



»Trotz prinzipieller Übereinstimmung« der deutschen Interessen mit denen der europäischen und transatlantischen Partner und Verbündeten verfolge Deutschland auf der Grundlage der Werte des Grundgesetzes »seine legitimen nationalen Interessen«, die »nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der verbündeten und anderer Partner« übereinstimmen mögen. Die »nationale Interessenlage« – nicht die multilaterale – sei daher auch »Ausgangspunkt der Sicherheitspolitik eines souveränen Staates«; sie sei »Maßstab für die Beurteilung von Risiken und der Handlungserfordernisse zur Wahrnehmung der Chancen zukünftiger Entwicklung«, wie es recht unscheinbar in den VPR heißt.<sup>530</sup> Gemeint ist damit, daß der deutsche Staat sich im Zweifelsfalle vorbehalte, ohne gemeinsame Absprache mit seinen Partnern und Verbündeten – vor allem mit den USA, Frankreich und Großbritannien – und gegebenenfalls sogar gegen deren eigene oder gemeinsame Interessen auch mit militärischen Mitteln in der Welt vorzugehen, wenn es denn den eigenen nationalen Interessen willkommen erscheint.

Die wesentlichen »deutschen« Interessen werden neben der Landesverteidigung und dem Schutz deutscher Staatsbürger im In- und Ausland in der »Aufrechterhaltung des freien Welthandels« und im »ungehindertem Zugang zu Märkten und Rohstoffen« gesehen. Diese Interessen, die in den VPR als erweiterte Landesverteidigung ausgewiesen sind,<sup>531</sup> werden auch von jedem anderen kapitalistischen Staat für sich beansprucht. Sie stehen damit als allgemeine Interessen notwendig gegen die Interessen eines jeden einzelnen kapitalistischen Staates, da sie aufgrund der systemimmanenten Konkurrenz gegeneinander geltend gemacht werden müssen; der ungehinderte Zugang zu den ausländischen Märkten soll schließlich für das Kapital des eigenen Staates leichter sein als für die anderen.<sup>532</sup> Gerade vor diesem Hintergrund wurden die Umstrukturierungen der Bundeswehr: der Umbau der Streitkräfte von einer reinen Verteidigungs- zu einer Interventionsarmee als notwendige Anpassung an den Standard sämtlicher souveränen Nationalstaaten, d.h. eine *militärpolitische Normalisierung* mit Nachdruck vorangetrieben.

---

<sup>530</sup> Vgl. VPR, a.a.O., Nr. 7.

<sup>531</sup> Landesverteidigung dürfe als »Risikovorsorgung (...) nicht auf das eigene Territorium beschränkt bleiben«; sie bedeute in Zukunft auch »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen«. – VPR, a.a.O.

<sup>532</sup> »Die Jahre seit der Wende von 1989/90 haben die Vision oder den Alptraum, daß das Kapital kein Vaterland kenne und deshalb die kapitalistische Supranationale die Nationalstaaten und ihren Chauvinismus überwinden werde, gründlich blamiert. Was wir seither erleben, ist der Siegeszug des Standort-Kapitalismus, der allein auf seinen Staat baut – zur Sicherung des Erbauten wie für die Expansion. Der Staat, der auch ein Staatenbund sein kann, muß ihm freien Zugang zu den Rohstoffen der Welt schaffen und freien Zugriff auf billigste Arbeitskraft.« – Hermann L. Gremliza: Showdown in Partnership. Der Kalte Krieg zwischen Deutschland und den USA nach dem 11. September, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen, Hamburg 2002, S. 44f.

## *Qualitative Aufrüstung der Bundeswehr*

Der Prozeß der militärpolitischen Normalisierung fand aber keineswegs in Form einer *quantitativen Militarisierung* statt. Im Gegenteil: In dem »Zwei-Plus-Vier-Vertrag« über die deutsche Einigung war mit den ehemaligen alliierten Siegermächten vereinbart worden, daß die Stärke der deutschen Streitkräfte eine Obergrenze von 370.000 Soldaten nicht überschreiten dürfe. Man wollte damit einen wiedererstarkenden Militarismus in Deutschland, der zu einer Bedrohung für Europa werden könnte, verhindern. In den folgenden Jahren ist aus finanziellen Gründen die Zahl der deutschen Streitkräfte sogar unter 332.000 Soldaten zurückgegangen. Die Zahl der Streitkräfte ist allerdings kein wichtiger Indikator mehr für Militarismus, weil in der neuen Weltordnung nach Ende des Kalten Krieges militärische Einsätze immer weniger Soldaten, dafür aber technisch hochentwickelte Ausrüstung erfordern. Der Blick muß deshalb auf die qualitative Umstrukturierung der Bundeswehr als solche und auf ihr Waffenarsenal gerichtet werden. Tobias Pflüger spricht in diesem Zusammenhang von quantitativer Abrüstung und von *qualitativer Aufrüstung*.<sup>533</sup>

Weitaus schwerwiegender als die Rüstungsvorhaben der Bundesregierung ist in militärpolitischer Hinsicht jedoch die Tatsache, daß eine deutliche Tendenz zu einer deutschen Dominanz in den internationalen Verteidigungsstrukturen zu erkennen ist. Das deutsche Heer nimmt bereits eine Schlüsselrolle im europäischen, aber auch im atlantischen Bündnis ein. »Es ist Hauptträger und Gravitationszentrum multinationaler Strukturen und eigentliches Fundament für die multinationalen Korps. (...) Deutschland dominiert die internationalen oder europäischen Korps eindeutig. Die politische Implikation dieser Militärstrukturen ist klar: Ohne deutsche Mitsprache ist ein militärisches Agieren in Europa nicht möglich.«<sup>534</sup>

Ohne daß die rechtliche Unsicherheit von Bundeswehreinsätzen außerhalb des NATO-Gebietes in die eine oder andere Richtung geklärt worden wäre, wurden bereits im Frühjahr 1992 mehrere deutsche Großverbände dem sogenannten *Allied Rapid Reaction Corps* (ARRC) der NATO zugeordnet. Das ARRC ist eine Großformation, die auf militärische Eingreifzwecke spezialisiert ist; sie umfaßt Heeresverbände im Umfang von mehr als 140.000 Soldaten aus 14 NATO-Staaten. Das ARRC dient nicht nur zu Verteidigungszwecken des Bündnisgebietes, sondern vor allem für *out of area*-Missionen unter der Führung entweder der NATO, der UN oder der OSZE; es kam zum ersten Mal zum Einsatz im Rahmen der

---

<sup>533</sup> Vgl. Tobias Pflüger: Die neue Bundeswehr. Mit neuer Strategie, Struktur und Bewaffnung in den Krieg?, Köln 1997, S. 42f.

<sup>534</sup> Pflüger, a.a.O., S. 36f.

IFOR-Mission in Bosnien/Herzegowina im Dezember 1995.<sup>535</sup> Indem die deutschen Truppen dem ARRC zugewiesen wurden, hat der deutsche Staat damit begonnen, Fakten zu schaffen, die später ihre normative Kraft entfalten würden. Um jeden Preis sollte Deutschland gemäß der Staatsräson in militärpolitischer Hinsicht wieder souverän werden – auch gegen den Willen der Bevölkerung.

Kurz nach der Gründung des ARRC wurde das deutsch-französische Eurokorps gegründet, dem sich später Spanien und Belgien noch anschließen sollten. Auch hier beteiligte sich wie im ARRC die deutsche Bundeswehr mit schwergewpanzerten Formationen, die keinesfalls Verteidigungszwecken dienen konnten, sondern Angriffs- und Eroberungszügen. Mit dem Eurokorps ist man dazu übergegangen eine eigenständige EU-Streitmacht – zunächst noch eingebunden in das westeuropäische Verteidigungsbündnis (WEU) – aufzubauen. Die WEU hatte während des Kalten Krieges keine bedeutungsvolle Aufgabe gespielt, dominierend war die NATO, aber nach 1989/91 spielte die WEU zumindest als Mittel der europäischen Profilbildung in der Konkurrenz zwischen den USA und Europa eine wichtigere Rolle. Das deutsch-französische Eurokorps umfaßt ein Truppenkontingent von ca. 50.000 Soldaten und sollte den Kern einer zu schaffenden WEU-Armee bilden; dies wurde vom WEU-Rat unter deutscher Präsidentschaft im Juni 1992 beschlossen. Die USA meldeten ihren Mißmut darüber an, weil sie um ihren Einfluß in Europa bangten.<sup>536</sup>

Deutlich ist zu erkennen, daß der deutsche Staat ein Interesse daran hat, diese neuen europäischen Verteidigungsstrukturen nicht nur zu dominieren, sondern parallel eine deutsche Interventionsstreitmacht aufzubauen, die imstande ist, schnell und militärisch effektiv überall in der Welt zu intervenieren. Eigens für diese Zwecke wurde in der Bundeswehr ein »Führungszentrum« aufgebaut, das mit der Kommandostruktur der ehemaligen *Obersten Heeresleitung* (OHL) der Wehrmacht vergleichbar ist, damit das deutsche Militär unabhängig von der NATO, aber auch unabhängig von einer zukünftigen EU-Armee eingesetzt werden kann.<sup>537</sup> – Das alles freilich ist nichts wirklich Unverschämtes aus der Sicht eines souveränen Nationalstaats; jeder souveräne Staat behält sich diese Optionen vor, sie sind inhärenter, gleichsam substantieller Bestandteil der Souveränität an und für sich. Allein vor dem Hintergrund historischer Schuld, die sich in noch gar nicht allzu langer Vergangenheit mit Auschwitz und zwei angezettelten Weltkriegen zugetragen hat, muß man diese militärpolitischen Normalisierungsschritte jedoch als ungeheuerlich empfinden.

---

<sup>535</sup> Vgl. International Institute of Strategic Studies: *The Military Balance 1992-1993*, S. 29ff.

<sup>536</sup> Vgl. *FR* vom 21.5.1992 und vom 22.5.1992.

<sup>537</sup> Vgl. David Meinenreis / Frank Renken (Hg.): *Krieg und Globalisierung*, a.a.O., S. 69.

In den neuen Zuordnungen und militärischen Bündnissen (ARRC und Eurokorps) sollte die Bundeswehr Erfahrungen mit ihren zukünftigen Aufgaben sammeln, die ihr bisher verwehrt geblieben waren, und zugleich demonstrieren, daß sie imstande ist, in ihre neue Rolle hineinzuwachsen. Das angriffskriegerische Handwerkszeug hatte sie fast ein halbes Jahrhundert nach der militärischen Zerschlagung der Wehrmacht höchstwahrscheinlich etwas verlernt gehabt. Damit war der Umbau der Bundeswehr zu einer weltweiten Interventionsarmee voll im Gange. Der Plan sah vor, die deutsche Armee in zwei Bereiche zu teilen: in eine »Mobilmachungsarmee« und in eine sogenannte »schnelle Eingreiftruppe«. Während zur Mobilmachung knapp 300.000 Soldaten sowie eine gleiche Anzahl an Reservisten vorgesehen wurden, die für den Landeinsatz in Europa, d.h. zu unmittelbaren Verteidigungszwecken einsetzbar würden, sollte die »schnelle Eingreiftruppe« nicht mehr als 53.000 Berufssoldaten umfassen (Stand: 1998), die mit entsprechender Spezialausbildung und Ausrüstung als »Krisenreaktionskräfte« binnen 30 Tagen überall in der Welt eingesetzt werden könnten.<sup>538</sup>

Der deutsche Beitrag für die zukünftige EU-Armee sollte 18.000 Soldaten betragen. Zweidrittel davon sollte aus dem Kontingent des Heeres erfolgen und aus schnell verlegbaren Verbänden, Panzer-, Artillerie-, Fernmelder-, Sanitäter- sowie Versorgungseinheiten bestehen. Das restliche Drittel des deutschen Beitrages sollte aus Soldaten der Luftwaffe und Marine zusammenkommen.<sup>539</sup> – »All dies untermauert den Anspruch der Bundesrepublik, die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu prägen«, kommentierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.<sup>540</sup>

Die Ausrüstung der Krisenreaktionskräfte läßt dagegen darauf schließen, daß dem massiven Gegenschlag gegenüber der deeskalierenden Strategie der Stationierung von Truppenteilen, die vielleicht nicht von vornherein durch ihr schweres Kaliber Gegenwehr provozieren könnten, der Vorzug eingeräumt wurde; jedenfalls scheinen die Militärs der Vorbeugung und Sicherung von Gefahrensituationen keine besondere Bedeutung zuzumessen, weil die entsprechenden Truppenformationen in der Zusammenstellung der Krisenreaktionskräfte gegenüber den schweren Truppenformationen einen marginalen Anteil ausmachen. »Mit anderen Worten: Nicht nur vom Umfang, sondern auch von der Struktur her sind mit dem Krisenreaktionspotential der Bundeswehr politisch-symbolisch Signale gesetzt, die eine Militarisierung

---

<sup>538</sup> Vgl. Gero Koch: Krisenreaktionskräfte des Heeres, in: *Soldat und Technik (SuT)*, 7/1993, S. 404. – Vgl. auch Wiener Dokument: Bundesrepublik Deutschland, jährlicher Informationsaustausch über Verteidigungsplanung, Bonn 1998, S. 19.

<sup>539</sup> Vgl. Arno Neuber: Europäer an die Front. Der Aufbau einer EU-Armee kommt voran, obwohl Washington zähen Widerstand leistet, in: Jürgen Elsässer (Hg.): *Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen*, Hamburg 2002, S. 98f. – oder: *FAZ* vom 25.9.2000.

<sup>540</sup> *FAZ* vom 20.11.2000.

der internationalen Beziehungen begünstigen.«<sup>541</sup> Spätestens im Jahre 2000 sollte diese deutsche Interventionsarmee imstande sein, auch in extremen Witterungs- und Naturverhältnissen Kampfeinsätze optimal durchzuführen: im Dschungel, in der Wüste oder im Wasser. Auffallend hoch ist das Kontingent der Marine im Arsenal der deutschen Eingreiftruppe, das mit 40% gegenüber dem der Luftwaffe mit 25% und dem des Heeres mit nur 15% bei weitem dominiert.<sup>542</sup>

In der Zeitschrift *Wehrtechnik* erläuterte das Mitglied im Führungsstab der Marine, Dieter Stockfisch, warum der Marine im Rahmen einer Interventionsarmee eine derart hohe Bedeutung zukommt: Sieben Zehntel der Erde bestünden aus Wasser, die Meere seien die größte unzerstörbare Rollbahn in Frieden und Krieg. »See- und Seeluftstreitkräfte sind Kräfte der ersten Stunde. In der Regel können sie aus dem Stand heraus flexibel und weiträumig eingesetzt werden – und damit eine zunächst politische Aufgabe erfüllen, nämlich Flagge zeigen und Präsenz und Entschlossenheit demonstrieren.« Mit Seestreitkräften habe man »immer die Wahl zwischen einer Cocktailparty oder einer Bombardierung«. Die Marine stelle darüber hinaus die »Politikfähigkeit« der Nation sicher: »Deutschland zählt zu den größten Handelsnationen der Welt. Mehr als 50 Prozent unseres Imports und Exports werden über See abgewickelt. Unsere Rohstoffe werden überwiegend über See importiert. Die Zugehörigkeit zum Seebündnis der NATO und unsere Beteiligung an der Sicherung der Seeverbindung besitzen für unsere Handelsnation den Rang einer Überlebensfrage«, schreibt er.

Die Marine hat denn auch noch in der Regierungszeit von Helmut Kohl sieben neue Zerstörer und vier neue U-Boote bekommen in einem Gesamtwert von DM 7,7 Milliarden. Außerdem wurde der Bau eines neuen Großlandungsschiffes (»Mehrzweckschiff«) begonnen, das für lange Distanzen ausgestattet ist und eine Kapazität von 800 Soldaten inkl. Ausrüstung und schwerem Gerät umfaßt.<sup>543</sup> Für den Einsatz *out of area* besitzt die Bundeswehr aber noch keine entsprechenden Transportmöglichkeiten schwerer Ausrüstung. Das Lufttransportproblem ist vergleichsweise mit immensen Kosten verbunden. Wenngleich insgesamt immer wieder von leeren Staatskassen und einer immensen Staatsverschuldung die Rede ist, sehen Politiker sämtlicher Couleur (mit Ausnahme der PDS) keine Alternative gegenüber den als notwendig erachteten und beschlossenen Rüstungsprogrammen.<sup>544</sup> So verwundert es nicht, daß die rot-

---

<sup>541</sup> Vgl. Lutz Unterseher: »Deutsche Militärpolitik – Unauffällige Festlegung für die Zukunft, a.a.O.

<sup>542</sup> Vgl. David Meinenreis / Frank Renken (Hrsg.): Krieg und Globalisierung, a.a.O., S. 68.

<sup>543</sup> Ebd.

<sup>544</sup> Siehe Übersicht über die wesentlichen Großvorhaben (Tabelle 3) bei Tobias Pflüger: Die neue Bundeswehr, a.a.O., S. 42f. – »Nach Plänen der Bundesregierung sollen (...) fast 200 Milliarden DM für Rüstungsprojekte und andere Beschaffungsvorhaben ausgegeben werden!« – Tobias Pflüger, a.a.O., S. 88. – Eine solche Riesensumme an Geld kann nicht auf einmal vom Staat bereitgestellt werden. Schritt für Schritt müssen die Summen aus gestückelten Einsparungen aus anderen Haushaltsetats über Jahre hinweg zusammenkommen. Dies geschieht

grüne Bundesregierung 1998 die Rüstungsvorhaben der vorherigen Regierung übernahm und allenfalls wegen der schwierigen Haushaltslage des Bundes unter Finanzierungsvorbehalt stellte.<sup>545</sup>

Aufgrund der ins Stocken geratenen Bundeswehrreform rief Bundeskanzler Schröder die sogenannte *Zukunftskommission der Bundeswehr* ins Leben, deren Vorsitz der Altbundespräsident Richard von Weizsäcker übernahm. Von dieser Kommission ging zunächst das Signal einer öffentlichen und transparenten, mithin demokratischen Debatte über die Zukunft des Militärs im vereinten Deutschland aus. Aber eine öffentliche Debatte, die die Attribute *transparent* und *demokratisch* verdient hätte, ist nicht zustande gekommen. Getrübt war bereits schon der Beginn, weil kritischere Personen wie etwa die bündnisgrünen Kandidaten Otfried Nassauer und Peter Lock nicht zugelassen wurden. Die Kommission hatte also bei aller ihr zugestandenen *Unabhängigkeit* trotz allem ein der Staatsräson entsprechendes Ergebnis abzuliefern, das durch kritische Stimmen nicht gefährdet werden sollte. Aber selbst das, was die Kommission »unabhängig« erarbeitete, wurde vom Verteidigungsminister Scharping, aber auch weitgehend durch das gesamte Parlament mit stiefmütterlicher Ignoranz ausgehebelt.<sup>546</sup>

Die Ergebnisse der Kommission sind in einem regierungsamtlichen »Weißbuch« Ende 2000 veröffentlicht worden. Aus deren sogenannter »Risikoanalyse« geht hervor, daß Deutschland auf absehbare Zeit militärisch nicht mehr bedroht werde – auch die NATO sei ohne Gegner; die Möglichkeit eines NATO-Bündnisfalls sei nicht gegeben.<sup>547</sup> Im wesentlichen sei es deshalb vernünftig, das Truppenkontingent der Bundeswehr zu reduzieren. Der Bundeswehr müßten neue Aufgaben zugesprochen werden, die dem Bereich der Entwicklungszusammen-

---

nahezu unmerklich. Volker Rühle ließ noch 1996 verlautbaren, daß »alles, was militärisch notwendig ist«, auch von der Bundesregierung verwirklicht werde. – Vgl. *Stuttgarter Nachrichten* vom 22.5.1996. – Was militärisch notwendig ist, vermag dagegen die Öffentlichkeit schwer einzusehen. »Diese Aufrüstung geschieht in einer Zeit, in der im Bundestag ein von der Bundesregierung vorgelegtes sogenanntes ›Sparprogramm‹ verabschiedet wurde, bei dem viele Sozialleistungen (u.a. Sozialhilfe, Renten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Kündigungsschutz) getroffen wurden. Nicht betroffen vom Sparprogramm waren die wesentlichen Teile der geplanten Beschaffungen für die Bundeswehr!« – Tobias Pflüger, a.a.O., S. 83. – Keines der wesentlichen militärischen Vorhaben ist bisher zusammengestrichen worden.

<sup>545</sup> »Der Verteidigungshaushalt wurde bis 2006 auf einem exorbitant hohen Niveau von 46,2 Milliarden DM eingefroren. Mehr noch: Offene und versteckte Zuwendungen aus anderen Etats lassen die Militärausgaben des vergangenen Jahres auf insgesamt 59,6 Milliarden Mark steigen. (...) Laut Generalinspekteur Harald Kujat sollen in den kommenden Jahren rund 220 Milliarden Mark für die Beschaffung neuer Waffensysteme ausgegeben werden.« – Jürgen Grässlin: Bronze für Deutschland, in: *Zeitung zum Sonntag*, vom 24.6.2001. – Die Höhe der Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung wird in Europa nur noch von Großbritannien überboten; die Ausgaben der USA sind allerdings noch zehnmals höher. – Siehe dazu auch Michael Fischer: »New World Order statt Weltherrschaft – ›Globale Sicherheit‹ aus transatlantischer Perspektive«, in: *sopos 7/2002*, Internet: ><http://www.sopos.org/aufsaetze/3d1ca0fa61d41/1.phtml><.

<sup>546</sup> Vgl. Ulrich Albrecht: Nachdenken über Militär in Deutschland. Zwei Jahre Rot-Grün Eine friedenspolitische Zwischenbilanz. Dossier Nr.36: Halbzeit!, in: *Wissenschaft und Frieden (W&F)* 4/2000: »Frieden als Beruf«, Oktober 2000.

<sup>547</sup> Das freilich war das Ergebnis der Analyse vor dem 11. September 2001.

arbeit und der Menschenrechtspolitik entsprechen. Die deutschen Soldaten könnten in Konfliktbewältigungsstrategien geschult und als »Friedensfachkräfte« eingesetzt werden.

Die Bundeswehrreform wurde von Scharping auch nach den Ergebnissen der *Zukunftskommission* nur zögerlich vorangetrieben. Weder wurden drastische Einschnitte im Militärhaushalt gewagt, noch traute sich die Bundesregierung den Wehretat gemäß den Wünschen der Militärs drastisch aufzustocken. Militärexperten wie der Friedens- und Konfliktforscher der Studiengruppe für Alternative Sicherheit (SAS), Lutz Unterseher, sehen in den Konzepten zur Bundeswehrreform deshalb auch nur einen »Maßnahmenmix«, der die Lösung der Strukturprobleme des deutschen Militärs auf lange Zeit vertage.<sup>548</sup> Der Maßnahmenmix bestehe aus einer unauffälligen, geringen Erhöhung des Verteidigungsetats, einer leichten Absenkung der Bundeswehrpräsenz, ohne den Fortbestand der kostensparenden Wehrpflicht zu gefährden, spürbaren Einschnitten in der Mobilmachungsstärke, ohne den Status einer »großen Armee« zu riskieren, sowie einiger Rationalisierungsbemühungen – etwa der Reduzierung der Personalkosten, indem weniger Berufssoldaten und Zivilbedienstete eingestellt würden.

Die Bundeswehrreformer sind mit einem handfesten politischen und sozialen Problem konfrontiert. Drastische Erhöhungen der Militärausgaben sind nur umzusetzen, wenn auf der anderen Seite drastische Einschnitte im sozialen Bereich vorgenommen werden. Daß die Akzeptanz dafür in der Bevölkerung nicht sonderlich hoch ist, dürften auch die verantwortlichen Politiker und Militärs sehr gut wissen.<sup>549</sup> Dennoch beschloß Anfang Dezember 2001 der Bundestag schließlich die bislang größten Rüstungsinvestitionen in der Geschichte der Bundesrepublik: 73 neue Transportflugzeuge vom Typ A400M im Wert von €8,3 Milliarden wurden in Auftrag gegeben. Weil es dabei aber nicht ganz demokratisch zugeing, entwickelte sich daraus eine politische Affäre, die neben anderen Ungereimtheiten ein halbes Jahr später dem Verteidigungsminister der rot-grünen Bundesregierung, Rudolf Scharping, das Amt kostete.

---

<sup>548</sup> Vgl. Lutz Unterseher: »Deutsche Militärpolitik – Unauffällige Festlegung für die Zukunft«, a.a.O.

<sup>549</sup> Wie scheinbarweise Staatsgelder vom Sozialetat in den Rüstungsetat umgeschichtet werden, beschreibt unermüdlich Anne Rieger (IG Metall) für die Zweiwochenschrift *Ossietzky*. – Siehe u.a. Anne Rieger: Abrüstung statt Sozialabbau, in: *Ossietzky* 1/2004. – Den Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Normalisierung der deutschen und europäischen Außenpolitik stellt Gerhard Schröder auch selbst her: »Es gibt einen Zusammenhang zwischen Emanzipation im Äußeren und den Reformen zur Wiedererlangung der ökonomischen Kraft.« – Schröder, zit. n. *Der Spiegel*, 13/2003. – Zur Eröffnung der Hannover-Messe im April 2003 sagte Schröder: »Das, was ich mit der Agenda 2010 bezeichnet habe (...) hat mit dem Thema zu tun, das ich anfangs erörtert habe. Wenn Deutschland seine Rolle in Europa und damit Europa seine Rolle in der Welt in dem gekennzeichneten Maße spielen will und soll, (...) dann reicht es eben nicht aus, das nur zu wollen, sondern dann muß man das Land ökonomisch in Stand setzen, auch die Kraft zu haben und sie diesem Europa zur Verfügung zu stellen, um diese Rolle realisieren zu können.«

## 6. Überwindung verfassungsrechtlicher Bedenken für Kampfeinsätze – Das Ende der Scheckbuchdiplomatie

Die jeweiligen Bundesregierungen interpretierten bis in die 90er Jahre hinein die verfassungsrechtliche Legitimation von militärischen Einsätzen der Bundeswehr, wie sie in den entsprechenden Artikeln im Grundgesetz festgeschrieben stehen,<sup>550</sup> derart, daß die Rechtslage den Einsatz von deutschen Soldaten nur im Falle eines Angriffs auf die Bundesrepublik zulasse.<sup>551</sup> – Diese Interpretation wurde zu einer gültigen Richtlinie der deutschen Außenpolitik,<sup>552</sup> bis der deutsche Staat durch die Einheit 1989/90 souverän geworden ist. Von da an veränderte sich die Interessenlage schlagartig. Die Richtlinie der deutschen Außenpolitik wurde zunehmend in Frage gestellt; der offene Bruch kam schließlich mit dem Somalia-Einsatz der Bundeswehr im Frühjahr 1993, bzw. mit dem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts zu *out of area*-Einsätzen im Juni 1994. Die Abstinenz von Kampftruppen der Bundeswehr bei kriegerischen Einsätzen der Weltgemeinschaft kompensierte der deutsche Staat bis dato durch finanzielle Zuwendungen an die USA, NATO und UN, um nicht gänzlich ohne Einfluß bei der Mitgestaltung der jeweiligen Nachkriegsordnungen zu sein. Dieses Mittel der Einflußnahme war 1991 im Golfkrieg ausgereizt und damit die Scheckbuchdiplomatie faktisch zu ihrem Ende gekommen.

### *Überzeugungsrhetorik für das Verlassen der »Zuschauertribüne«*

Wenn schon die praktizierte Scheckbuchdiplomatie in der deutschen Öffentlichkeit alles andere als populär gewesen war, so stand die deutsche Bevölkerung noch viel mehr möglichen

---

<sup>550</sup> Artikel 26, Abs. 1, GG: »Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.« – §80 StGb: »Wer einen Angriffskrieg, an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.«

Artikel 87a, Abs. 1, GG: »Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.«

Artikel 115a, Abs. 1, GG: »Die Feststellung, daß das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht (Verteidigungsfall), trifft der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates. Die Feststellung erfolgt auf Antrag der Bundesregierung und bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, mindestens der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages.«

<sup>551</sup> Vgl. Günther Latsch / Klaus Wiegrefe: »Einsatz im Machtspiel«, in: *Der Spiegel* 46/2001, S. 37.

<sup>552</sup> Helmut Kohl ließ zu seinem Amtsantritt 1982 sogar den Bundessicherheitsrat eine Grundsatzentscheidung treffen: *out of area*-Einsätze sollten verfassungswidrig sein, es sei denn, die BRD werde angegriffen.



Kampfeinsätzen der Bundeswehr äußerst skeptisch gegenüber.<sup>553</sup> Die herrschenden Eliten aus Politik und Militär mußten, um ihr Ziel einer deutschen Interventionsarmee, welche auch umstandslos eingesetzt werden kann, realisieren zu können, die deutsche Öffentlichkeit zum Umdenken bewegen. Dazu bedienten sie sich zweier taktischer Vorgehensweisen: zum einen einer sklavenspracheartigen Sprachregelung bzw. Überzeugungsrhetorik, zum anderen einer salamitaktischen Praxis, die sich als Strategie die Gewißheit der normativen Kraft des Faktischen verinnerlicht hat, d.h. die Bundeswehr durch Kriseneinsätze vom Unbedenklichen in den Grauzonenbereich führte, aus dem schließlich die Notwendigkeit abgeleitet wurde, die Verfassungslage zu klären, um »Schaden von der Bundesrepublik Deutschland« durch Verlust ihres außenpolitischen Ansehens abzuwenden. Diesem normativen Druck, die Verfassungslage einer neu geschaffenen Verfassungswirklichkeit anzupassen, göutierte schließlich das Bundesverfassungsgericht und machte damit den Weg frei für zukünftige Kampfeinsätze der Bundeswehr *out of area*.

Die Überzeugungsrhetorik, derer sich Politiker und Militärs nach 1989/90 als offizielle Sprachregelung bedienten, glich den Kenntnissen der Nationalsozialisten in Bezug auf deren Kriegspropaganda auf erschreckende Weise. Der amtierende Generalinspekteur der Bundeswehr, Dieter Wellershoff, forderte im März 1991 die Besetzung, d.h. Instrumentalisierung von Begriffen wie Frieden, Freiheit, Sicherheit, Verantwortung, Solidarität, Humanität oder Menschenrechte sowie euphemistische Umschreibungen militärischer Praxis etwa durch *humanitäre Maßnahme*, oder *Friedens erzwingung*. Auf diese Weise sollte eine »kriegsarme Gesellschaft« von der Unabdingbarkeit militärischer Praxis als legitimes Mittel der Politik überzeugt und im gleichen Zuge eine antimilitaristische oder pazifistische Weltanschauung als verantwortungslos, weil unsolidarisch und gleichsam inhuman diskreditiert werden.<sup>554</sup> – Wellershoff befand sich, ob bewußt oder unbewußt in Übereinstimmung mit Hermann Göring.<sup>555</sup>

---

<sup>553</sup> Nach Bundeswehrangaben sprachen sich nahezu 80 Prozent der Deutschen 1990/91 gegen »militärische Verteidigung« aus. – Siehe *Information für die Truppe* (IfdT), 5/91, S. 68. – Das Umfrageinstitut Forsa ermittelte noch 1996, nachdem also die Verfassungslage für militärische Einsätze der Bundeswehr durch das Bundesverfassungsgericht längst geklärt worden war, in der Bevölkerung ein sehr distanzierendes Verhältnis zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Während 69 Prozent der Befragten dem militärischen Aufgabenbereich der »Landesverteidigung« positiv gegenüberstanden, stimmten lediglich 27 Prozent einer »verstärkten Ausrichtung auf Einsätze im Ausland« zu. – Siehe *Die Woche* vom 27.09.1996.

<sup>554</sup> Siehe *Information für die Truppe* (IfdT), 5/91, S. 2.

<sup>555</sup> Im Nürnberger Gefängnis plauderte Hermann Göring 1946 gegenüber dem amerikanischen Psychologen Gustave M. Gilbert aus dem Nähkästchen der Kriegspropaganda: »Natürlich«, sagte Göring, »das Volk will keinen Krieg. Warum sollte irgendein armer Landarbeiter im Krieg sein Leben aufs Spiel setzen wollen, wenn das Beste ist, was er dabei herausholen kann, daß er mit heilen Knochen zurückkommt. (...) Aber schließlich sind es die Führer eines Landes, die die Politik bestimmen, und es ist immer leicht, das Volk zum Mitmachen zu bringen, ob es sich nun um eine Demokratie, eine faschistische Diktatur, um ein Parlament oder eine kommunistische Diktatur handelt.« – Nürnberger Tagebuch, von Gustave M. Gilbert. Ehemaliger Gerichts-Psychologe beim Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Aus dem Amerikanischen übertragen von Margaret Carroux, Frankfurt a.M. 1962, S. 270. – Man brauche nicht viel mehr zu tun, als der Bevölkerung zu sagen, sie

Für die Militärs schien mithin wieder genau das Geltung zu bekommen, was Adolf Hitler im November 1938 – nur wenige Wochen nach der Konferenz von München und dem noch »gewaltfreien« Anschluß der sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich – in seiner Geheimrede vor Journalisten, Verlegern und anderen Funktionären des zu einem Propagandaapparat gleichgeschalteten Pressewesens resümierend offenbarte, und welches in geschmälerter Hinsicht auch für den deutschen Normalisierungsprozeß während der Nachkriegszeit programmatisch gelten könnte: »Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntlang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war. Es ist selbstverständlich, daß eine solche jahrzehntlang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat; denn es kann nur zu leicht dahin führen, daß sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, daß das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluß und dem Willen, einen Frieden unter allen Umständen zu bewahren. Das würde aber nicht nur zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Systems führen, sondern es würde vor allem auch dahin führen, daß die deutsche Nation (...) mit einem Geist erfüllt wird, der auf die Dauer als Defaitismus gerade die Erfolge des heutigen Regimes wegnehmen würde und wegnehmen müßte. Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete. Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit den Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu aber war es notwendig, nicht etwa nur die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann.«<sup>556</sup>

Die nach 1945 jahrzehntlang betriebene Friedenserziehung, die mit der *reeducation* begonnen hatte, schien jedenfalls nach Ansicht der militärischen und konservativen politischen Eliten seit 1989/90 ihre »bedenklichen Seiten« zu offenbaren: einen – wenn auch so nicht benannten – *Defaitismus* in der Bevölkerung, den der damalige Verteidigungsminister Gerhard

---

würde bedroht werden. Man müsse lediglich den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorwerfen und sie beschuldigen, daß sie das Land in Gefahr brächten. Die Methode funktioniere immer. – Wer sollte es besser wissen als die deutschen Nazis, wie man eine Bevölkerung emotional auf einen Krieg vorbereitet. Herrschaftswissen geht in Deutschland nicht verloren. Der Nationalsozialismus hat viele technische Erkenntnisse der Herrschaftsausübung ermöglicht, die jeder bestehenden Herrschaft, auch der demokratischen, von Nutzen sind.

<sup>556</sup> Adolf Hitler, zit. n. Joachim C. Fest: Hitler, Frankfurt a.M./Berlin 1995, S. 738ff. – Michael Jäger fragt polemisch, ob Hitlers Geheimrede »etwa noch zwischen 1990 und 2000 den Journalismus inspirierte«. – Michael Jäger: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik, Münster 1999, S. 114.

Stoltenberg aber mit Blick auf die pazifistischen Massenproteste gegen den Golfkrieg als einen »weit verbreiteten Friedensrigorismus« umschrieb. Gegen die Friedensbewegung äußerte auch Wellershoff auf einer Kommandeurstagung, zu der viele ranghohe Offiziere geladen waren: »Nicht die Überwindung von Angst, sondern das Ausleben von Angst ist zur Nationaltugend erhoben worden. (...) Es ist zu fragen, ob wir nicht den Gedanken an Krieg, Tod und Verwundung zu weit in den Hintergrund geschoben haben.« Führende Militärs erkannten mithin in dem populären und verfassungskonformen Friedensauftrag der Bundeswehr gleichsam ein nationales Sicherheitsrisiko: »Wir müssen kämpfen können und wollen, wenn wir kämpfen müssen.«<sup>557</sup> Und Verteidigungsminister Volker Rühle antwortete im Juli 1992 in einem *Spiegel*-Gespräch auf die skeptische Frage, ob die Deutschen auf militärische Kampfkationen der Bundeswehr vorbereitet seien: »Das ist ja meine These. Deswegen müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten.«<sup>558</sup>

Dies sind nur einige der zahlreichen politischen Statements, die angeführt werden könnten als Zeugnisse einer Überzeugungsrhetorik, die darauf abzielte, das *Ende der Scheckbuchdiplomatie* moralisch vorzubereiten: Deutschland müsse aktiv in der Weltpolitik mitmischen, um seine nationalen Interessen zu verteidigen, statt auf der »Zuschauertribüne« zu sitzen. Damit dies realisiert werden könne, müßten auch hohe individuelle Risiken bis zum Tod in Kauf genommen werden, denn die Welt sei seit 1989/90 nicht sicherer geworden.<sup>559</sup>

Die Bundesregierung war zu diesem Zeitpunkt schon seit zwei Jahren »Schritt für Schritt« vorgegangen. Seit August 1990 bis Ende 1992 waren kleinere Einheiten der Bundeswehr bereits dreizehnmal im Ausland eingesetzt worden. Die Bundesregierung konnte sich im August 1992 schon einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag für sogenannte Blauhelm-Einsätze der Bundeswehr versichern; lediglich für Kampfeinsätze gab es noch große Vorbehalte.

---

<sup>557</sup> Helge Hansen, Heeresinspekteur der Bundeswehr, zit. nach *Stuttgarter Zeitung* vom 09.09.1992.

<sup>558</sup> Interview mit Volker Rühle, in: *Der Spiegel*, 30/1992, S. 32-35.

<sup>559</sup> In dieses Horn blies etwa Hans-Ulrich Klose 1995: »So paradox es klingt: weil Ost und West sich nicht mehr mit wechselseitiger Vernichtung bedrohen, ist heute die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Konflikte eher größer (...). Anders als früher müssen sich heute auch deutsche Soldaten an den bitteren Gedanken des Waffeneinsatzes gewöhnen.« – Zit. n. *Die Woche* vom 8.9.1995.

*Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen seit dem Golfkrieg bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu out of area-Einsätzen*

Der Abgang von der »Zuschauertribüne« in die militarisierte Realpolitik erfolgte seit 1990 in einem salamitaktischen Tempo, als deren Meister sich der ab April 1992 amtierende Verteidigungsminister Volker Rühle erwies. Rühle forcierte eine Reihe von Bundeswehreinsätzen im militärischen Grauzonenbereich. Im Mai 1992 wurden 150 Sanitäter und Ärzte der Bundeswehr nach Kambodscha entsendet, um dort ein Krankenhaus für UNO-Soldaten aufzubauen. Die SPD-Opposition im Bundestag hatte kein Problem damit, auch wenn ihr damaliger Verteidigungsexperte Walter Kolbow die Ansicht vertrat, die Aktion überschreite den Rahmen humanitärer Hilfe und sei damit verfassungswidrig. Der Etappensieg für Rühle bestand darin, den *zivilen* Einsatz der Bundeswehr *out of area* allgemein etabliert zu haben.

Am 4. Juli 1992 begann sich die Bundeswehr an der Luftbrücke zur Versorgung der Bevölkerung des von Serben eingekesselten Sarajevo zu beteiligen. Die deutschen Transall-Maschinen standen unter UNO-Befehl, und deshalb hatte es wiederum keinen Dissens mit der SPD im Bundestag gegeben, obwohl es bei diesem Einsatz bereits eindeutig militärisch zugeht. – Das war ein weiterer Etappensieg für die schwarz-gelbe Bundesregierung und insbesondere für Volker Rühle. Zwei Wochen später wurden zwei Kriegsschiffe und drei Flugzeuge der Bundesmarine in die Adria verlegt, um das UN-Embargo gegen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens zu überwachen.<sup>560</sup> Erst jetzt rief die SPD das Bundesverfassungsgericht an, weil sie der Ansicht war, es handele sich um einen vom Grundgesetz nicht gedeckten *out of area*-Einsatz. Der Eilantrag wurde jedoch vom BVG abgewiesen. Als nächstes folgte die Beteiligung der Bundeswehr mit AWACS-Flugzeugen zur Überwachung der Flugverbotszonen für serbische Maschinen über Bosnien. SPD und diesmal auch die an der Regierung beteiligte FDP beantragten die sofortige Stoppung der deutschen Beteiligung beim BVG. Der Eilantrag wurde abermals abgewiesen.

Im Dezember 1992 beschloß die Bundesregierung, der UN ein Angebot der militärischen Unterstützung der Somalia-Mission (UNOSOM) zu unterbreiten. Das Engagement der Bundeswehr sollte »innerhalb befriedeter Regionen« Somalias stattfinden und sich auf »humanitäre Aufgaben« beschränken. Zu diesem Zweck beabsichtigte die Bundesregierung ein Nach-

---

<sup>560</sup> Dieser militärische Beitrag war seitens der westlichen Staaten gegenüber Deutschland eingefordert worden. Gleichwohl muß man davon ausgehen, daß sich die deutschen Eliten mit einer solchen Forderung bestimmt nicht schwer getan haben. Wenn das europäische und transatlantische Ausland einen militärischen Beitrag von Deutschland nicht gefordert hätten, hätte die deutsche Regierung aus ihrer Sicht es gewiß erfinden müssen. Wenn etwas gefordert wird, was sowieso auf die eigene Zustimmung stößt, dann läßt sich zusätzlich damit weiteres Geschäft machen und versuchen die anderen Partner massiv über den Tisch zu ziehen: Kinkel forderte als »Gegenleistung« für das deutsche Engagement einen ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat.

schub- und Transportbataillon von bis zu 1500 Bundeswehrsoldaten zur Verfügung zu stellen, welches von italienischen und nigerianischen Einheiten geschützt werden sollte, da die deutschen Einheiten selbst in keine eindeutigen Kampfhandlungen involviert werden dürften.<sup>561</sup> Der Einsatz wurde am 2. Juli 1993 vom Bundestag gebilligt. Die SPD reichte dagegen beim BVG eine Klage ein, nachdem eine einstweilige Anordnung abermals abgewiesen worden war. Rühle kommentierte die Klage selbstbewußt mit den Worten: »Wer verhungert, kann nicht aufs deutsche Verfassungsgericht warten.« Der Somalia-Einsatz der Bundeswehr endete am 28. Februar 1994 mit dem Abzug der gesamten UN-Truppen. Man mußte sich die Niederlage eingestehen, in der Region ein desaströses »Konfliktmanagement« betrieben zu haben. Schon Rühes Besuch des Bundeswehrstandortes in Belet Huen, wo er vor laufenden Fernsehkameras über einen spitzen Stein stolperte und zu Boden stürzte, offenbarte den Einblick in die PR-Maßnahmen des Verteidigungsministeriums, die aufgrund ungeschickter Pannen möglich wurden, daß es mit dem hervorgehobenen Charakter der Humanität nicht allzu glaubwürdig bestellt war.<sup>562</sup> Für Volker Rühle war die Mission dennoch ein »humanitärer« Erfolg.

#### *Debatte über Rechtmäßigkeit von out of area-Einsätzen – Urteil des BVG im Juni 1994*

Naumanns und Stoltenbergs Vorstoß, die 1991 die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) möglich machten, hatten die innenpolitische Debatte bezüglich der verfassungspolitischen Rechtmäßigkeit einer Neuorientierung der Bundeswehr in Bezug auf *out of area*-Einsätze ausgelöst. Neben logistischen oder materiellen Problemen hinsichtlich der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr in fernen Regionen galt es vor allem die unklare Rechtslage zu klären. Der Golfkrieg im Jahre 1991, an dem sich deutsche Truppenkontingente noch nicht beteiligen konnten, veranschaulichte das Problem sehr deutlich: Die meisten Politiker nahezu aller ernstzunehmenden Parteien gingen zunächst davon aus, daß *out of area*-Einsätze nicht ohne Grundgesetzänderung möglich seien. Das Grundgesetz zu ändern, stieß zwar allgemein auf Bereitschaft. Die konservativen außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU wie Karl Lamers und Jürgen Rüttgers wollten allerdings nicht wie viele aus der oppositionellen SPD *out of area*-Einsätze der Bundeswehr von UNO-Mandaten abhängig machen, schließlich sei das

---

<sup>561</sup> Siehe *Europa-Archiv* 48, 1993, D 112.

<sup>562</sup> »Bei einem Besuch Rühes im Lager von Belet Huen hielten Einheimische Schilder hoch, auf denen sie dem Minister in englischer Sprache für die Unterstützung im Kampf gegen den Hunger dankten. Als Journalisten nachforschten, warum einige die Tafeln falsch herum an ihre Stöcke genagelt hatten, stellte sich heraus, daß die Jubel-Somalis des Englischen gar nicht mächtig waren. Deutsche Soldaten hatten sie mit den Groß-Elementen versorgt und deren Anbringung nicht richtig überwacht: kleine Unsicherheiten auf dem Weg zur Weltsicherheitspolitik.« – Gunther Latsch / Klaus Wiegrefe: Einsatz im Machtspiel, in: *Der Spiegel* 46/2001.

wiederum eine Beschränkung der nationalstaatlichen Souveränität, die nach der deutschen Einheit nicht mehr hinnehmbar sei. Eine Mehrheit für eine spezifische Grundgesetzänderung war zu diesem Zeitpunkt also im Bundestag nicht denkbar – auch nicht, als Hans-Dietrich Genscher im September 1991 vor der UNO in New York verkündete, das vereinte Deutschland werde »alle Rechte und Pflichten der Charta der Vereinten Nationen, einschließlich der Maßnahmen der kollektiven Sicherheit, übernehmen« und dafür auch seine Verfassung ändern.

Im Januar 1993 stattete Butros Butros Ghali der Bundesregierung einen Besuch ab und mischte sich in die Bewußtseinsbildungsprozesse der deutschen Öffentlichkeit ein. Der UN-Generalsekretär sprach sich für die »volle Beteiligung Deutschlands« an sämtlichen militärischen Einsätzen der UN aus.<sup>563</sup> Eineinhalb Jahre später, am 12. Juni 1994 sprach das Bundesverfassungsgericht sein Urteil zu *out of area*-Einsätzen der Bundeswehr. Das Urteil war möglich geworden, weil die Bundestagsfraktion der SPD Klage wegen des Bosnien-Einsatzes der Bundeswehr (Beteiligung an AWACS-Flügen zur Überwachung der Flugverbotszonen) erhoben hatte. Anhand der zahlreichen Abweisungen der Eilanträge, die nach und nach wegen anderer Einsätze der Bundeswehr, z.B. in Somalia, von der Opposition beim BVerfG gestellt wurden, um die Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen in Krisenregionen *out of area* zu verhindern, konnte man schon ungefähr ablesen, zu welchem Urteil das Verfassungsgericht kommen würde. – Es hatte den Anschein, als praktizierten die herrschenden Eliten in Deutschland – die Richter des Bundesverfassungsgerichts mit inbegriffen – einen zum Realpragmatismus variierten hegelianischen Idealismus, der selbstherrlich exekutierte: *Was notwendig ist, muß wirklich werden – was wirklich geworden, ist notwendig.*

Mit einer knappen Abstimmung der neun Richter (5:4) entschied das Bundesverfassungsgericht, daß »die deutsche Beteiligung an friedenssichernden Operationen der Vereinten Nationen (...) durch Artikel 24 Abs. II GG verfassungsrechtlich legitimiert [sei]«<sup>564</sup>. Das Urteil

---

<sup>563</sup> Vgl. *Europa-Archiv* 48, 1993, Z 26.

<sup>564</sup> Bundesverfassungsgericht: Urteil vom 12.7.1994, 2 BvE 3/92. – Der Artikel 24, Abs. 2, GG lautet: »Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.« – Egon Bahr hatte 1993 noch die ursprüngliche allgemeine Auffassung auf den Punkt gebracht: »Eid und Verpflichtung, für alle verbindlich, Soldaten wie Beamte, Minister wie Kanzler und Präsident, sind auf das Grundgesetz bezogen, nicht auf UNO-Charta und NATO. Kaum ein größerer Schaden könnte dem deutschen Ansehen zugefügt werden, wenn unsere Nachbarn und Verbündeten den Eindruck gewinnen müßten, die deutsche Politik könne in einem Kurs der Beliebigkeit, der Nützlichkeit, der Bequemlichkeit abgleiten, mit der die Verfassung behandelt wird (...).« – Egon Bahr: »Die Verfassung steht über dem Bündnis«, in: Dieter S. Lutz (Hg.): *Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, »out of area«* – Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft, Reinbeck bei Hamburg 1993, S. 53-59; S. 58f. – Problematisch an dem Urteil des BVerfG ist der Umstand, daß nunmehr Bündnisverpflichtungen über der Verfassung stehen; eine Grundgesetzänderung ist nur mit 2/3-Mehrheit im Bundestag zu erwir-

reichte über den konkreten Einzelfall (AWACS-Flüge über Bosnien) hinaus. Das deutsche Grundgesetz autorisiere den deutschen Staat »nicht nur zum Eintritt in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit und zur Einwilligung in damit verbundene Beschränkungen seiner Hoheitsrechte«, auch die verfassungsrechtliche Grundlage »für die Übernahme der mit der Zugehörigkeit zu einem solchen System typischerweise verbundenen Aufgaben«<sup>565</sup> sei damit gegeben. Prinzipiell seien mithin Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes im Rahmen von friedenssichernden UNO-Missionen mit dem Grundgesetz vereinbar. Das Urteil betraf darüber hinaus auch die Frage nach der rechtlichen Grundlage im Falle eines NATO-Bündnisfalls sowie die weniger Beachtung gefundene Feststellung der Bundeswehr als Parlamentsheer.<sup>566</sup>

### *Die Bundeswehr als Parlamentsheer*

Über jeden Einsatz der Bundeswehr, so stellte das Bundesverfassungsgericht noch einmal fest, müsse der Bundestag entscheiden. Auch »im Falle eines Angriffes auf einen Bündnispartner« bedürfe es der »regelmäßig vorhergehenden parlamentarischen Entscheidung über den konkreten Einsatz nach Maßgabe der bestehenden Bündnisverpflichtung«.<sup>567</sup> Die Verfassungswirklichkeit weicht allerdings von der Verfassungsnorm ab: Die Tendenz geht dahin, den Parlamentsvorbehalt als schwer praktikabel zu betrachten und aus pragmatischen Gründen zu umgehen, d.h. Einsätze der Bundeswehr durch das Kabinett entscheiden zu lassen. Die Bundeswehr sei in Kriegszeiten, die durch unvorhersehbare Unwägbarkeiten gekennzeichnet sind und schnelles Handeln und effiziente Entscheidungshierarchien erforderlich machen, nicht handlungsfähig, wenn erst ein Votum des Bundestages, d.h. insbesondere langatmige Debatten abgewartet werden müßten. »Damit nicht der Bundestag zum Feldherrn wird, muß in dem Zustimmungsbeschluß die notwendige Flexibilität der Regierung erhalten bleiben.«<sup>568</sup> Einen nötigen Interpretationsspielraum, die Bundeswehr einerseits als Parlamentsheer, andererseits als Kabinettsheer anzusehen, sahen auch die Verfassungsrichter. Die parlamentarische Mitwirkung, so ihr Urteil, dürfe jedenfalls »die militärische Wehrfähigkeit und die Bündnis-

---

ken, aber die Aushebelung von Art. 87a, Abs. 1 ist mithin mit einfachen Mehrheiten und Beschlüssen zu erwirken, indem sich der Bund einem »System gegenseitiger kollektiver Sicherheit«, z.B. der NATO anschließt.

<sup>565</sup> Vgl. *Europa-Archiv* 49, 1994, D 430.

<sup>566</sup> Hinsichtlich der unterschiedlichen und gegensätzlichen Interpretationen in der Öffentlichkeit sowie zur Auslegung der entscheidenden Artikel des Grundgesetzes durch das Urteil des BVerfG siehe Stefan Brunner: *Deutsche Soldaten im Ausland. Fortsetzung der Außenpolitik mit militärischen Mitteln?*, München 1993, S. 29-69.

<sup>567</sup> Vgl. »Zustimmung auf Vorrat«, in: *Der Spiegel*, 46/2001.

<sup>568</sup> Torsten Steil, Staats- und Völkerrechtler, zit. n. *Der Spiegel*, 46/2001.

fähigkeit der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigen«<sup>569</sup>. »Niemand kann verlangen, daß der Bundestag über jeden konkreten Gefechtseinsatz und jede Begleitung eines Schiffskonvois entscheidet.« Die parlamentarische Zustimmung sei deshalb »immer eine Art Vorratsbeschluß«<sup>570</sup>.

Es wäre fast ein Freibrief, der nur noch dadurch eingeschränkt ist, daß er durch Zweck, zeitliche Frist, Ort oder Umfang des militärischen Einsatzes eingegrenzt wird.<sup>571</sup> Faktisch wäre die Rückkehr zu Kabinettskriegen und der damit verbundenen Geheimdiplomatie ein eklatantes Zeichen für Demokratieverlust. In der Militärfrage kristallisiert sich die Demokratiefrage der Berliner Republik heraus. »Das Parlament symbolisiert den Raum von Öffentlichkeit der Politik, während das Kabinett für das Arkanum (wörtlich: Geheimnis), die Nichtöffentlichkeit von Politik steht.«<sup>572</sup>

Kaum hatte das Bundesverfassungsgericht geurteilt, wurde auch schon in der Außenpolitik zu einer verschärften Gangart übergegangen. »Nachdem das Gericht solchermaßen den Weg gewiesen hatte, war es nunmehr an der Politik, ihn zu beschreiten.«<sup>573</sup> Am 12. Juli 1994 – am selben Tag der Verkündung des BVG-Urteils – legte das Bundesverteidigungsministerium die neuen »Konzeptionellen Leitlinien zur Weiterentwicklung der Bundeswehr« vor, in denen eine Aufgabenzuteilung der deutschen Krisenreaktionskräfte vorgenommen wird. In der Landesverteidigung sollen sie aufgrund ihrer besonderen Fähigkeit »zum sofortigen geschlossenen Einsatz« zur Abwehr potentieller Angreifer eingesetzt werden. Darüber hinaus sollen aber die deutschen KSK-Kontingente viel mehr der *Krisenbewältigung* und *Konfliktverhinderung* sowie der *Verteidigung* im Rahmen von NATO-, WEU- oder UN-Einsätzen dienen. Die Aufgaben umfassen das gesamte »Spektrum von humanitären Maßnahmen bis hin zu militärischen Einsätzen nach der Charta der Vereinten Nationen«<sup>574</sup>.

Im September 1994 erklärte Hans-Dietrich Genscher vor der 49. Generalversammlung der Vereinten Nationen, »daß Deutschland sich voll an UN-Friedensoperationen beteiligen kön-

---

<sup>569</sup> *Der Spiegel*, 46/2001.

<sup>570</sup> Hans Hugo Klein, Verfassungsrichter, zit. n. *Der Spiegel*, 46/2001.

<sup>571</sup> Der Bundeswehrauftrag im »Kampf gegen den Terror« trägt diesbezüglich den Charakter eines Blankoschecks, in dem temporär die Befugnisse des Parlaments hinsichtlich ihres Vorbehalts außer Kraft gesetzt sind. Der Einsatz in Afghanistan sollte zunächst für ein ganzes Jahr gelten, der Ort des Einsatzes der Bundeswehrtruppen im »Krieg gegen den Terror« erstreckte sich über die halbe Welt, und der Zweck des Einsatzes ist so allgemein ausgelegt (Beistand für die Weltmacht USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus), daß man hier summa summarum davon sprechen kann, das Parlament habe sich mit diesem Beschluß hinsichtlich seiner Kontrollbefugnisse temporär selbst entmündigt.

<sup>572</sup> Ulrich Albrecht: Zwei Jahre Rot-Grün – Eine friedenspolitische Zwischenbilanz. Nachdenken über Militär in Deutschland, in: *W&F* 4/2000: »Frieden als Beruf« – Dossier Nr. 36: Halbzeit!, Oktober 2000.

<sup>573</sup> Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 216.

<sup>574</sup> »Konzeptionelle Leitlinien zur Weiterentwicklung der Bundeswehr«, zit. n. Tobias Pflüger: Die neue Bundeswehr, a.a.O., S. 20.



ne«<sup>575</sup>. In einer Grundsatzrede des Bundespräsidenten vor der »Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik« verkündete Roman Herzog, der kurz zuvor noch Präsident des Bundesverfassungsgerichts gewesen war, das Ende der Trittbrettfahrerei sei erreicht, weil das Gewicht Deutschlands in der Welt gewachsen sei.<sup>576</sup> Im Dezember 1996 beschloß der Bundestag zur Beteiligung an der Friedensmission im Rahmen des SFOR-Kontingentes der NATO in Bosnien die Stationierung von mehr als 3000 deutschen Soldaten. Die Dauer des Bundeswehreinsatzes *out of area* sollte 1 ½ Jahre dauern. Im Juni 1998 wurde noch einmal eine Verlängerung der Mission mit großer Mehrheit – sogar mit einer Mehrheit der Grünen-Abgeordneten – im Bundestag beschlossen.

## 7. Kontinuitäten preußisch-deutscher Außenpolitik auf dem Balkan im Gewand von Moral und Verantwortung?

### *Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch Genscher*

Am 1. Juli 1991 sagte Helmut Kohl in einer Pressekonferenz, Deutschland könne den jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien das Recht, sich einen eigenen und souveränen Staat zu geben, nicht absprechen. Die geteilte deutsche Nation sei doch gerade aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker in einem Staat wieder zueinandergekommen. Dasselbe Selbstbestimmungsrecht müsse auch für Kroaten und Slowenen gelten, und es dürfe ihnen nicht verwehrt werden, sich von der Bundesrepublik Jugoslawien loszusagen. Mit anderen Worten: Die Bundesregierung könne und wolle nicht den beiden Teilrepubliken die Anerkennung als souveräne Staaten verweigern, falls diese sich für unabhängig erklären wollen.<sup>577</sup> Inwieweit die Bundesregierung aus rein moralischen Gründen mit Hilfe des Selbstbestimmungsrechts argumentierte, darf angezweifelt werden. Moralische Kategorien haben in der Außenpolitik seit je nur einen rhetorischen Ausdruck eingenommen, um darüber handfeste materielle Interessen, die dafür nicht zur Sprache kommen, zu legitimieren. Das Selbstbestimmungsrecht diene als rhetorisches Vehikel, um die traditionellen und gegenwärtigen Interessen des deutschen Staates an den Teilrepubliken Slowenien und Kroatien zu verschleiern.<sup>578</sup>

---

<sup>575</sup> *Archiv der Gegenwart*, 64, 1994, S. 39338.

<sup>576</sup> Vgl. *Bulletin*, Nr. 20, 15. März 1995, S. 162f.

<sup>577</sup> Vgl. *NZZ* vom 3. Juli 1991, S. 2.

<sup>578</sup> Darüber, wie konsistent die Argumentation mit dem Selbstbestimmungsrecht von denselben Politikern auch durchgehalten werden würde, wenn es den deutschen Staat selbst beträfe – etwa wenn, was freilich etwas unrea-

Am 27. November 1991 kündigte die Bundesregierung an, daß sie die Unabhängigkeitserklärungen der beiden Teilrepubliken frühzeitig anerkennen wolle. Die Entscheidung erfolgte gegen die zum Teil sehr massiven Einwände der wichtigsten europäischen Nachbarn sowie auch gegen den Rat der US-Regierung, die zuvor noch die Bundesregierung ermahnt hatte, sie solle ihre Außenpolitik in Einklang mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bringen. Die EU-Außenminister hatten verabredet, die neuen Republiken frühestens am 15. Januar 1992 anzuerkennen. Zuvor sollte noch der Bericht der Schiedskommission abgewartet werden, der Auskunft darüber geben sollte, inwieweit die Richtlinien über die Anerkennung neuer Staaten in Osteuropa und der Sowjetunion von den beiden Republiken auch eingehalten würden. Die deutsche Regierung wartete nicht bis zum 15. Januar 1992, sondern sprach die Anerkennung bereits am 23. Dezember 1991 aus.

Dieses selbstbewußte Vorpreschen im Alleingang war die erste Kostprobe der Umsetzung dessen, was die Bundesregierung unter der vom US-amerikanischen Präsidenten George Bush gewählten Formel »partner in leadership« verstand. Der Alleingang löste erhebliche Irritationen in der EG/EU aus. In dieser sehr heiklen Frage hatte der gerade einmal 14 Monate geeinte deutsche Staat sich angeschickt, eine von der europäischen Gemeinschaft abweichende Position zu beziehen und sein besonderes, nationales Interesse zum Interesse der Allgemeinheit dekretiert. »Mit ihrem Vorgehen nötigte die Bundesregierung ihre EG-Partner, Slowenien und Kroatien – und zwar unabhängig vom Ergebnis des Schiedskommissionsberichts – ebenfalls anzuerkennen, sollte der Vertrag zur Schaffung einer Europäischen Union, der eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vorsah und auf den man sich eben erst geeinigt hatte, nicht schon vor seiner Unterzeichnung zur Farce geraten.«<sup>579</sup>

Die Irritationen gegenüber der deutschen Außenpolitik waren auch auf ein widersprüchliches Verhalten der Bundesregierung im Vergleich zu ihrer Position im Golfkrieg zurückzuführen. Wenige Monate zuvor hatte sie noch im Golfkrieg arge Zurückhaltung geübt, die auf zum Teil massive Kritik der alliierten Bündnispartner gestoßen war, und nun machte sich die Bundesregierung in der Balkanfrage durch ein vorschnelles Agieren unbeliebt. Aufgrund dieses widersprüchlichen Verhaltens handelte sich die Bundesregierung den Vorwurf der Unberechenbarkeit ein – dies auch noch zu einem Zeitpunkt, als aufgrund der Unabhängigkeitsbestrebungen der Balten (seit Januar 1991) und der damit zusammenhängenden Kollabierung

---

listisch erscheint, die Deutschen im Bundesland Bayern einmal separatistische Bestrebungen an den Tag legten, kann man freilich nur spekulieren. Als gewiß dürfte jedoch gelten, daß eine solche Situation als Ausnahmezustand interpretiert wird und die Bundeswehr angehalten werden würde, im Inneren für die Wiederherstellung der Ordnung, d.h. der »inneren Einheit« zu sorgen. Der deutsche Staat würde mithin von jenem Recht Gebrauch machen, welches er dem Bundesstaat Jugoslawien absprach.

<sup>579</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 214.

des Sowjet-Imperiums (am 12. Juni 1991 wurde in der UdSSR ein reaktionärer Putschversuch unternommen, der freilich scheiterte, aber die Auflösung der Sowjetunion beschleunigte) in Ost-Europa ein »Machtvakuum« zu entstehen drohte. In der Folge sei die Erwartungshaltung an den deutschen Staat sehr groß gewesen. Gleichsam über Nacht seien bei den fernen und nahen Nachbarn des deutschen Staates die Sorge über die unabsehbaren Folgen der deutschen Einheit in den Hintergrund geraten und der vereinte deutsche Staat »zur fest einkalkulierten Normalität des politischen Lebens in Europa«<sup>580</sup> geworden – mit allen damit verbundenen Erwartungen hinsichtlich der Ausübung machtpolitischer Ordnungsaufgaben, was den deutschen Staat nicht nur irritierte, sondern auch schlicht überfordert haben soll. Für Gregor Schöllgen ist das widersprüchliche Handeln der Bundesregierung in den ersten Monaten nach der deutschen Einheit »Ausdruck einer tiefen Verunsicherung über die neue Lage und die ungewohnte Rolle.«<sup>581</sup> – Mit anderen Worten, man solle ein wenig Verständnis dafür übrig haben.

Diese Unsicherheit, die Schöllgen bemerkt haben möchte, soll dann – eher ungerechtfertigt – den Verdacht nahegelegt haben, Deutschland verfolge eine neue Taktik, um sein altes Ziel der kontinentalen Hegemonie wieder zu erreichen. Das sei freilich eine Übertreibung gewesen. Das Ausland habe mehr Großmachtallüren befürchtet, als tatsächlich vorhanden gewesen seien, denn Deutschland habe sich seit der Auflösung des Deutschen Reiches 1945 konsequent von allem Machtstreben verabschiedet.<sup>582</sup> Und Schöllgen fragt in einem fast vorwurfsvollen Ton, als sei die verbrecherische deutsche Vergangenheit schon Beweis genug, daß man heute sich gebessert habe: »Gab es nicht angesichts des Vernichtungswahns, dem die Deutschen während des Zweiten Weltkrieges verfallen und mit einer in der zivilisierten Welt beispiellosen Mordmaschinerie gefolgt waren, geradezu eine Verpflichtung, das Land von jeder Form der militärischen Machtausübung fernzuhalten?«<sup>583</sup> Die Verpflichtung, sich von jeder militärischen Machtausübung fernzuhalten, gelte damit auch heute noch und werde eingehalten. Entschuldigend schreibt Schöllgen weiter: »Konnte es da überraschen, daß die Republik, als sie im Jahre 1990 unerwartet in die Pflicht souveränen Agierens als europäische Großmacht genommen wurde, hilflos und verunsichert wirkte?«<sup>584</sup>

Widersprüchlich und hilflos erscheint das außenpolitische Verhalten der Bundesregierung aber keineswegs mehr, wenn man berücksichtigt, daß der deutsche Staat stärkere nationale

---

<sup>580</sup> Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 209.

<sup>581</sup> Schöllgen, a.a.O., S. 206.

<sup>582</sup> Vgl. Schöllgen, a.a.O., S. 207.

<sup>583</sup> Ebd.

<sup>584</sup> Schöllgen, a.a.O., S. 207f.

Interessen auf dem Balkan als am Golf für sich in Anspruch nahm. Das Auseinanderbrechen des Bundesstaates Jugoslawien lag im »deutschen Interesse«.

### *Deutsche Unterstützung des völkischen Separatismus auf dem Balkan*

Was viele Liberale offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen wollten, war die Tatsache, daß der deutsche Staat »völkischen Sezessionismus« auf dem Balkan nicht nur unterstützte, sondern regelrecht die jugoslawischen Teilrepubliken dazu ermutigte, nicht aus moralischen Motiven sondern aus nationalen Interessen. Der Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker war nur eine vorgeschobene rhetorische Verschleierung.

Der Soziologe Karl Otto Hondrich formulierte die Position vieler Liberaler, die sich gutgläubig gegenüber der deutschen aber mißtrauisch gegenüber der Außenpolitik der europäischen Nachbarn verhielten: Es erschien ihm beunruhigend, daß die Außenpolitik der europäischen Bündnispartner sich um machtpolitische, nationale Interessen neu sortieren sollte, statt sich an kollektiven, der Nation übergeordneten Prinzipien zu orientieren. Für die Bundesregierung sollte das auf keinen Fall zutreffen, denn sie habe sich über mehrere Generationen hinweg vom nationalen Ehrgeiz distanziert. Die deutsche Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung Sloweniens und Kroatiens diene nicht der Vergrößerung der Einflußsphäre des deutschen Staates, vielmehr sei sie auf der Basis eines kollektiven Wertprinzips: im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker erhoben worden. Selten sei Hondrich eine politische Entscheidung so glaubwürdig erschienen – ethische Prinzipien, nicht Interessen seien die Motive der Bundesregierung gewesen.<sup>585</sup>

»Mit welchen Gefühlen haben wir 1991/92 die Loslösung Sloweniens, Kroatiens, später Bosnien-Herzegowinas aus dem jugoslawischen Staat verfolgt? Unser Herz schlug für die neuen kleinen Staaten. In der Sensation der Separation ist es auf seiten des Neuen gegen das Alte, der Kleinen gegen die Großen, der Freiheit gegen die Zwänge, des Volkes gegen die Herren. Gegen zwei Herrschaften in einem, die kommunistische und die serbische, sahen wir die Slowenen, Kroaten, Muslime auferstehen; als Demos – gegen ›die da oben‹ – und zugleich als Ethnos – gegen – ›die anderen‹, Fremden – rührte sich das Volk, erhoben sich die Völker. Erhebende Gefühle, auch für uns, aus der Ferne gesehen.«<sup>586</sup>

Das war freilich all zu sehr aus der Ferne betrachtet; der Blick aus der Ferne schärft nicht immer die Sinne. Hondrichs antikommunistischer Affekt ließ ihn wie viele andere übersehen,

---

<sup>585</sup> Vgl. Karl Otto Hondrich: *Krieg der Gefühle*, in ders.: *Wieder Krieg*, Frankfurt a.M. 2002, S. 65-82; S. 73.

<sup>586</sup> Hondrich, a.a.O., S. 70.

daß die »Kleinen« nicht demokratisch, sondern protofaschistische Staaten waren – und anti-semitisch! Was am Ethnos erhebend gewesen sein soll, bleibt Hondrichs Geheimnis. – Der Demos hat sich nicht demokratisch aufgestellt, sondern gleichsam nationalistisch, völkisch und wurde von einer neuen Machtclique in die bekannten autoritären Herrschaftsstrukturen zurückgedrängt. Das hatte nicht viel mit Freiheit zu tun.

Hondrich formulierte aber auch das westliche Gefühl der Ambivalenz: »In einer Welt, in der wir mehr und mehr auf das Individuum setzen, das sich aus allen kollektiven, insbesondere völkischen Zwängen befreien soll, muß das Denken und Fühlen in Volkszusammenhängen irritieren. In dieser Ethnisierung sozialer Beziehungen befürchten wir einen historischen Rückfall, einen Rückschritt zum völkischen Nationalismus.«<sup>587</sup> Dennoch habe es gegolten, dem Aufbruch der kleinen Völker enthusiastisch Beifall zu zollen. Zu seiner großen Verwunderung teilten andere westliche Staaten die »deutsche Meinung« nicht; sie wollten den jugoslawischen Staat als Ganzes erhalten. »Der Universalismus der Menschen- und Selbstbestimmungsrechte, so stellten wir beleidigt fest, stand selbst bei den hochzivilisierten Staaten des Westens niedriger im Kurs als der Status quo, also der Partikularismus des zum einmal bestehenden Nationalstaatensystems!«<sup>588</sup> – Hondrich argumentierte mit einem sehr deutschen Begriff des ethnisch homogenen Volkes; er legte das Selbstbestimmungsrecht allzu ethnisch aus. Ein moderner Staat aber leitet seine politische Legitimation nicht mehr aus der ethnischen Zugehörigkeit seiner Bevölkerung ab, wie Bill Clinton deutschen Politiker entgegenhielt, die 1999 auch die Lostrennung des Kosovo von Serbien forderten.<sup>589</sup>

Der Strategie zur Unterstützung des Separatismus, die der deutsche Staat unterhalb der rhetorischen Verschleierung verfolgte, lag eine naheliegende entwicklungs-soziologische Annahme zu Grunde: »wo die soziale Kohäsion einer Gesellschaft über staatliche Ausgleichszahlungen nicht mehr zu gewährleisten ist, werden sich reichere Regionen von ärmeren trennen wollen, um so ihr Überleben zu sichern. Geschichtsmythen zur Legitimation des wohlstandschauvinistischen Sezessionismus sind dann schnell bei der Hand.«<sup>590</sup> Bezeichnend ist die Feststellung von Jürgen Elsässer, daß das Bluts- und Stammesdenken nicht mehr nur die Ideologie Erz-Reaktionärer, sondern auch der tragfähigen politischen Klasse geworden sei.

---

<sup>587</sup> Ebd.

<sup>588</sup> Hondrich, a.a.O., S. 72.

<sup>589</sup> Vgl. FAZ vom 17.4.1999.

<sup>590</sup> Jürgen Elsässer: Schafft zwei, drei, viele Kosovo. Der Aufstand der Stämme gegen die Nationen, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999, S. 114-129, S. 123.

Die deutsche Strategie zur Schürung des Separatismus wurde schrittweise umgesetzt. Klaus Thörner hat die Reihenfolge der Schritte rekonstruiert.<sup>591</sup> Danach soll bereits 1977 die bayrische Landesregierung (Franz Josef Strauß) die sogenannte Alpen-Adria-Gruppe initiiert haben, die eine »Abstimmung der Raumordnung der gemeinsamen Alpen-Adria-Region« mit Vertretern aus Bayern, Österreich, Ungarn, Italien sowie den jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien erzielte. Der Bundesnachrichtendienst (BND) begann nach 1979 mit der Anwerbung kroatischer Separatisten, die dem späteren Präsidenten Franjo Tudjman nahestanden. »Was die Art der Hilfe anbelangt, die Deutschland Kroatiens Geheimdienst angedeihen läßt, ist die Schulung der Kader die wichtigste Förderermaßnahme. (...) Die wichtigste geheimdienstliche Verbindung in Kroatien ist darauf aus, seine Dienste zu zersplittern und letztendlich zu zerstören.«<sup>592</sup>

Während eines Besuches des Bundesaußenministers in Albanien soll Hans-Dietrich Genscher schließlich dem albanischen Staat erhebliche finanzielle Unterstützung angeboten haben, falls sich dieser im Kosovo für eine Schwächung der serbischen Dominanz engagiere.<sup>593</sup> Die Personen, zu der der BND einen Kontakt aufgebaut hatte, waren Ibrahim Rugova, seit 1992 Präsident der Republik Kosovo sowie der 1993 zum albanischen Präsidenten gewählte Sali Berisha, ein Vertreter der groß-albanischen Position; seine Regierung wurde bis zu ihrem Niedergang 1997 finanziell von der Bundesregierung in einer Höhe von ca. einer Milliarde DM gefördert. »Kein anderes Land hat (...) von Bonn pro Kopf der Bevölkerung so viel Entwicklungshilfe erhalten«, kommentierte die *FAZ* diesen Umstand.<sup>594</sup>

Anfang der 80er Jahre ereignete sich parallel zur Weltwirtschaft auch eine dramatische Wirtschaftskrise in Jugoslawien. Das Kosovo war im Vergleich zum Rest Jugoslawiens die wirtschaftlich rückständigste Region und zugleich mit einer sehr hohen Arbeitslosigkeit konfrontiert. Das waren die Hauptursachen für die spätere Eskalation des nationalen Konflikts im Kosovo. Die *NZZ* empfahl 1987 die Wiederherstellung größtmöglicher Handlungsfähigkeit der jugoslawischen Zentralregierung und der Bundesorgane gegen die Partikularinteressen des Kosovos, aber auch gegen die Autonomiebestrebungen der reicheren Teilrepubliken Slowenien und Kroatien.<sup>595</sup> Letztere hatten einseitig ihre Zahlungen für den Bundesentwicklungsfond aufgekündigt (aus diesem Fond hatte das Kosovo größtenteils seine finanziellen

---

<sup>591</sup> Klaus Thörner: Serbien muß sterben. Konstanten deutscher Balkanpolitik, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999, S. 16-24.

<sup>592</sup> »Jane's Intelligence Review« (britische Militärfachzeitschrift), September 1994, zit n. Klaus Thörner: Serbien muß sterben. Konstanten deutscher Balkanpolitik, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns, a.a.O., S. 16-24; S. 21.

<sup>593</sup> Vgl. Klaus Thörner: Serbien muß sterben. Konstanten deutscher Balkanpolitik, a.a.O., S. 21.

<sup>594</sup> *FAZ* vom 9.2.1998.

<sup>595</sup> Vgl. *NZZ* vom 16. November 1987.

Hilfen bekommen). Mit der Weigerung der reichen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien in den Bundesentwicklungsfond einzuzahlen, wurde das Kosovo zu einem serbischen Problem, jedenfalls war es keine gesamtjugoslawische Angelegenheit mehr; das Kosovo gehörte zu Serbien.

Die von Serben dominierte jugoslawische Regierung hob 1989 als Gegenmaßnahme konsequenterweise den Autonomiestatus des Kosovo auf und ersetzte dort die bis dahin überwiegend albanischen Beamten in den öffentlichen Ämtern, insbesondere bei der Polizei, durch Serben. Außerdem wurde die offizielle Amtssprache, vom Albanischen ins Serbische gewechselt. »Neben einer wirtschaftlichen Steuerungsmaßnahme war dieser Schritt Belgrads auch eine Reaktion auf die Sezessionsbestrebungen in Zagreb und Ljubljana gewesen. Deren Absicht, den armen Süden nicht länger zu alimentieren, führte 1988 zum ersten Schritt der jugoslawischen Desintegration.«<sup>596</sup>

Was bereits hier als »ethnische Säuberungen« im Kosovo bezeichnet wurde, war aber zunächst nicht mehr als eine »Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten Serbiens im Bundesexekutivrat« und ein Auswechseln der lokalen Eliten in der Herrschaftshierarchie.<sup>597</sup> Die albanische Reaktion auf die Entmachtung der muslimischen Eliten im Kosovo war die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung. Es popularisierte sich die großalbanische Position für eine »Vereinigung aller von den Mitgliedern [der albanischen] Nation bewohnten Gebiete in einem Staatsgebilde«<sup>598</sup>. In einem Referendum, welches auf die Initiative des Albaner-Führers Rugova zurückging, wurde die Unabhängigkeit des Kosovo gefordert. Die serbischen und jugoslawischen Parlamentswahlen wurden im Kosovo mit dem Argument boykottiert, das Kosovo sei unabhängig. Rugova betrieb eine offensive Abspaltungspolitik und suchte dafür Unterstützung im westlichen Europa.

Milosevic versuchte gleichzeitig gegen die Stimmen der slowenischen und kroatischen Vertreter im Staatspräsidium eine Mehrheit für die Auflösung Jugoslawiens zu verhindern; er hatte die Stimmen der Vertreter aus Serbien, Montenegro und Mazedonien auf seiner Seite. Weil über die rechtlich-institutionelle Ebene die sich separierenden Teilrepubliken Slowenien und Kroatien sowie das seines Autonomiestatus verlustig gegangene Kosovo ihren Separatismus folglich rechtlich nicht legitimieren konnten, wählten sie den Weg der Radikalisierung. Der deutsche Staat ermutigte »die neuen, antisozialistischen Regierungen in Slowenien und Kroatien Anfang der neunziger Jahre, unter Bruch der jugoslawischen Verfassung einseitig

---

<sup>596</sup> Klaus Thörner: Serbien muß sterben. Konstanten deutscher Balkanpolitik, a.a.O., S. 22.

<sup>597</sup> Vgl. Karl Lorenz: Pulverfaß Kosovo. Warum der Titoismus am albanischen Nationalismus scheiterte, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999, S. 25-36; S. 35.

<sup>598</sup> Ebd.

ihre Unabhängigkeit zu erklären und dabei auch militärische Auseinandersetzungen in Kauf zu nehmen.«<sup>599</sup>

Ein militärischer Einsatz der jugoslawischen Bundesarmee gegen die vor Gewalt nicht zurückschreckenden Separatisten war demnach mit der jugoslawischen Verfassung zu vereinbaren gewesen. Ebenso wäre ein offizieller Protest gegen das deutsche Vorgehen auf diplomatischer Ebene plausibel gewesen, denn die deutsche Bundesregierung sperrte im Sommer 1991 die Kredite für den Gesamtstaat Jugoslawien und bot statt dessen gesonderte Hermes-Kredite den Teilstaaten Slowenien und Kroatien an. Die Hermes-Kredite waren Bestandteil eines Stabilitätspaktes für die jugoslawischen Teilstaaten mit dem Angebot von Aufbauhilfen im Falle der Lossagung vom Bundesstaat.<sup>600</sup> Das Konzept, das im Auswärtigen Amt entworfen wurde, hatte gewisse Ähnlichkeit mit seinem politisch-strategischen Vorbild des Marshall-Planes, welcher damals im Endeffekt zur Teilung Europas und Deutschlands geführt hatte, weil die kommunistischen Länder von der Hilfe ausgenommen wurden, es sei denn, sie hätten sich der freien Marktwirtschaft zugewandt. Die Bedingung der Bundesregierung für die Vergabe der Hermes-Kredite auch für den Bundesstaat Jugoslawiens war, daß Milosevic von seinem Amt als jugoslawischer Präsident zurücktreten müsse. – Das freilich war unrealistisch.

Deshalb waren die beiden Teilstaaten durch das Angebot der Hermes-Kredite seitens der Bundesregierung zu weiteren Schritten der Lossagung vom Bundesstaat ermutigt worden. Franjo Tudjman stellte am 18.11.1991 fest: »Ohne Hilfe der Deutschen hätten wir gar nicht bis jetzt standhalten können.«<sup>601</sup> Im Winter 1991 erfolgte schließlich die diplomatische Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch Deutschland. Während der Vermittler Lord Carington die Situation richtig einschätzte, daß eine Anerkennung faktisch die Zerstörung Jugoslawiens bedeutete, sprach Helmut Kohl auf dem CDU-Parteitag im Dezember 1991 von einem *großartigen Sieg für die deutsche Politik*.

### *Genschers Verantwortung*

Das außenpolitische Verhalten der Bundesregierung, namentlich des Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher, der sonst auf die Interessen und Befindlichkeiten der europäischen Nachbarn sensibel Rücksicht genommen und das Gebot der außenpolitischen Zurückhaltung ernstgenommen hatte, wofür man das geflügelte Wort des *Genscherismus* erfand, hat den in

---

<sup>599</sup> Klaus Thörner: Serbien muß sterben. Konstanten deutscher Balkanpolitik, a.a.O., S. 22f.

<sup>600</sup> Vgl. Michael Jäger: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik, Münster 1999, S. 47.

<sup>601</sup> Zit. n. Klaus Thörner: Serbien muß sterben. Konstanten deutscher Balkanpolitik, a.a.O., S. 23.



der Folgezeit aufgetretenen Bürgerkrieg im auseinanderbrechenden Jugoslawien zu einem gewichtigen Anteil mit zu verantworten.<sup>602</sup> Verantwortung tragen aber auch die restlichen Mitgliedstaaten der EU, die es zusammen nicht vermocht haben, die Bundesregierung energisch genug zurückzuhalten. Die Passivität und Unentschlossenheit der Europäischen Union hatte ebenso ihren Anteil an der Verschärfung des Balkan-Konfliktes. Denn so mußte zwangsläufig der Eindruck entstehen, daß die europäischen Staaten sich in einer so wichtigen Frage schnell genug nicht einig werden könnten, während der deutsche Staat die Situation zu nutzen wußte und Blankoschecks für alle diejenigen ausstellte, die sich vom jugoslawischen Bundesstaat lossagen wollten. Die Blankoschecks mußten schließlich von der EU gedeckt werden. Um so passiver die EU blieb, desto agiler konnte die deutsche Bundesregierung ihre nationalen Interessen verfolgen und sich preisen, handlungswillig zu sein. Der deutsche Alleingang war möglich, weil von einer »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« (GASP) noch lange nicht die Rede sein konnte. »Problematisch war, kurz gesagt, die Tatsache, daß das geeinte Deutschland in ein nur unzureichend geeintes (West-)Europa integriert war; deutsche Einigung und europäische Einigung hatten sich nicht parallel, synchron, entwickelt, wodurch das vorgesehene Korrelat zum deutschen Schwergewicht zu schwach ausgeprägt war. Eine echte Europäische Union, wie sie in Maastricht vereinbart wurde, wäre möglicherweise imstande gewesen, das widerspenstige Mitglied zu konformem Verhalten zu nötigen; eine solche Union existierte jedoch nicht, und ihre Entwicklung wird wahrscheinlich Jahrzehnte in Anspruch nehmen – falls sie überhaupt gelingt. Die Europäische Gemeinschaft war gleichsam paralysiert.«<sup>603</sup>

Der deutsche Alleingang in der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens war vor allem auch bedenklich, weil die Bundesregierung damit einen Bruch der KSZE-Verträge unternommen hatte. Der Leiter der Forschungsgruppe für Militärsoziologie, Alain Joxe, schreibt, die EU-Partner seien vor den deutschen Kriterien der ethnischen Selbstbestimmung sowie vor dem »Recht des Blutes« (ius sanguinis) zurückgewichen. »Indem das reiche Slowenien und das völkische Kroatien kooptiert wurden, legitimierte man notwendigerweise die Entfesselung der ethnischen Gewalttätigkeiten.«<sup>604</sup> Und auch der Korrespondent der *New York Times* David Binder, im Januar 1993 in den *ARD-Presseclub* eingeladen, spart nicht mit klaren Schuldzuweisungen: »Die separate Anerkennung von Kroatien und Slowenien durch die BRD war ein

---

<sup>602</sup> Zur Kritik an Genschers vorschneller Anerkennung siehe Heinz-Jürgen Axt: Hat Genscher Jugoslawien entzweit? Mythen und Fakten zur Außenpolitik des vereinten Deutschland, in: *Europa-Archiv* 12, 1993, S. 351ff., Fn. 3.

<sup>603</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 215.

<sup>604</sup> Alain Joxe, zit. n. Joscha Schmierer: Mein Name sei Europa. Einigung ohne Mythos und Utopie, Frankfurt a.M. 1996, S. 95.

Fehler, eine Kette von Fehlentscheidungen. Wenn schon Kriegsverbrecher anzeigen, dann würde ich Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher auch auf die Liste der Kriegsverbrecher stellen.«<sup>605</sup> Aber Michael Jäger weist auch darauf hin, daß das Interesse an einer Auflösung Jugoslawiens nicht nur spezifisch deutsch gewesen ist. Der EG-Vermittler Lord Carrington habe dieses Ziel bereits vor der deutschen Anerkennung von Slowenien und Kroatien offensiv verfolgt. Der damalige italienische Außenminister soll sogar der Republik Montenegro eine Milliardensumme angeboten haben, für den Fall der Lostrennung von Serbien.<sup>606</sup> »Von deutscher Eigenart war nur die ethnizistische Motivation und das einsame, gegen die Verbündeten rücksichtslose Vorgehen.«<sup>607</sup>

Eine besonders intensive Schelte bekam die Bundesregierung darüber hinaus für ihren heiklen außenpolitischen Alleingang nicht; vielmehr wurde die Paralyse der faktisch nicht existenten gemeinsamen EU-Außenpolitik als besondere Schmach gegenüber den USA bewertet, auf deren diplomatisches und militärisches Engagement man in letzter Instanz in den folgenden Jahren angewiesen gewesen sei, um auf dem europäischen Kontinent für Ordnung zu sorgen.<sup>608</sup>

Die Aufmerksamkeit verlegte sich also seit der Balkan-Krise von dem Problem deutscher Hegemonie auf die Frage der Selbstbehauptung Europas gegenüber den USA. Der Balkan-Konflikt war die Initialzündung für die Koordination einer »Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik« (GASP). Europäische Identität entsteht durch eine dreifache Abgrenzung: zunehmend gegen die Hegemonie der USA, gegen das »vergangene Europa«, welches auf dem Balkan wieder aufzublitzen begann,<sup>609</sup> und drittens gegen Deutschlands Vergangenheit, deren Wiederholung man allerdings zunehmend weniger zu befürchten schien. Daß die deutsche Regierung durch ihren Alleingang bewiesen hatte, ohne Rücksicht auf mögliche Verschärfungen der Konflikte ihre nationalen Interessen kaltblütig durchzusetzen, dürfte im Verborgenen dennoch für die Außenpolitik der europäischen Nachbarn eine gewichtige Rolle gespielt und dazu geführt haben, die politischen Integrationsprozesse in Europa auch aus diesem Grund maßgeblich zu beschleunigen.

---

<sup>605</sup> Zit. n. Günther Jakob: Mit Auschwitz lügen. Der bewaffnete und der unbewaffnete Humanismus, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 78-94; S. 91.

<sup>606</sup> Vgl. Dokumentationsfilm: »Der Bruderkrieg«, von P. Mitchell, ORF, Teil III: »Der Kampf um Titos Erbe«, ausgestrahlt im ZDF am 30.11.1995.

<sup>607</sup> Michael Jäger: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik, a.a.O., S. 45.

<sup>608</sup> Vgl. u.a. Franz H. U. Borkenhagen: Außenpolitische Interessen Deutschlands. Rolle und Aufgabe der Bundeswehr, Bonn/Berlin 1997, S. 128.

<sup>609</sup> Vgl. Fritz Klein: »Was heißt Europa? Lag Belgrad nicht immer in Europa?«, in: *Das Blättchen*, 3. Jg., Nr. 23, 13.11.2000. – Internet: ><http://www.linksnet.de/artikel.php?id=140><.

Michael Jäger jedenfalls spricht von einigen Gegenreaktionen auf den deutschen Alleingang; er schreibt, daß seitdem umfassend der deutschen Außenpolitik entgegengetreten worden sei.<sup>610</sup> So seien die Verträge von Maastricht, die das Ende der Deutschen Mark einleiteten, vorgezogen und bereits 1992 zum Abschluß gebracht worden. Helmut Kohls ursprünglicher Wille war es gewesen, eine Währungsunion erst nach dem Zusammenschluß Westeuropas zu einer politischen Union einzuleiten. Jedoch schienen die europäischen Nachbarregierungen, insbesondere Mitterand, auf ein Vorziehen der Währungsunion zu bestehen, weil die über die deutsche Währung vermittelte deutsche Wirtschaftsmacht auf diese Weise besser in Europa eingebunden wäre und die Währungspolitik der Deutschen Bank aufhörte, ein Mittel der politisch-nationalökonomischen Machtausübung zu sein.

Während sich die europäischen Staaten darauf verständigten, über eine gemeinsame Währung der deutschen Wirtschaftsmacht ihren längsten Stachel zu ziehen, habe die amerikanische Gegenstrategie zu den deutschen Großmachtallüren, die sich offensichtlich auch gegenüber dem größeren »Partner in Leadership« ignorant verhielten, darin bestanden, der UNO den Rücken zu kehren und statt dessen stärker auf die NATO zu setzen. Das transatlantische Militärbündnis bedeutete für die USA mittelfristig, ihre hegemoniale Position in Europa aufrechtzuerhalten, weil die USA innerhalb der NATO-Strukturen unanfechtbar dominierend waren, der deutsche Staat stand hinsichtlich der militärpolitischen Außenpolitik wie jeder andere Bündnisstaat auch indirekt unter dem Oberbefehl des Pentagons. Jäger sieht auch einen Zusammenhang darin, daß erst kurz nach dem Krieg in Jugoslawien die »Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik« der EU beschlossen werden konnte, als hätte die US-Regierung Druck ausgeübt, um den GASP-Prozeß zu verzögern. – Gewöhnlich werde das »Versagen« der europäischen Diplomatie und die evident gewordene Abhängigkeit von den USA als Ordnungsmacht auch auf dem europäischen Kontinent als Initialzündung für die Wiederaufnahme der Bemühungen angesehen, die europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu vereinheitlichen und zu institutionalisieren.<sup>611</sup>

Auf die Einbindungsaktivitäten der transatlantischen und europäischen Partner als Reaktion auf den deutschen Alleingang in der Anerkennungsfrage der neuen Balkan-Republiken reagierte die Bundesregierung wiederum mit einem neuen strategischen Konzept. Michael Jäger sieht das von Wolfgang Schäuble, Karl Lamers und Michael Glos verfaßte und 1994 der Öffentlichkeit vorgestellte »Kerneuropa-Papier« jedenfalls in direktem Zusammenhang und erkennt darin das Ende des Versuchs, an Bismarcks Tradition des *Friedensmaklers* anzuknüpfen, statt dessen offen den Führungsanspruch des deutschen Staates – wenn auch zusammen

---

<sup>610</sup> Vgl. Michael Jäger: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik, a.a.O., S. 44f.

<sup>611</sup> Vgl. Jäger, a.a.O., S. 45.

mit Frankreich – zu proklamieren und auf diesem Wege seinen Handlungsspielraum größtmöglich zu entgrenzen.<sup>612</sup>

Der Rücktritt des Außenministers Hans-Dietrich Genschers war bereits auf vermeintlich eigenen Wunsch zwei Jahre zuvor erfolgt. *Die Zeit* hatte den Abgang mit einer Karikatur kommentiert, auf der Genscher in Offiziersuniform das Schiff verließ: »Der Lotse geht von Bord« stand unter der Karikatur. Eine Anspielung auf Bismarck war nicht zu übersehen. Bismarck gilt einerseits als Architekt der deutschen Reichseinigung von 1871 und andererseits als der »ehrliche Makler«, der durch eine ausgetüftelte Bündnispolitik in Europa eine sicherheitspolitische Balance hergestellt habe. Die konservative Geschichtsschreibung versucht das Bild festzuschreiben, daß erst die Abweichung von der Politik Bismarcks durch seine Nachfolger von Leo von Caprivi (1890-1894) über Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1894-1900) und Bernhard von Bülow (1900-1909) zu Theobald von Bethmann Hollweg (1909-1917), nach dem jener 1890 durch Wilhelm II. entlassen worden war, den Weg in die Katastrophe des Ersten Weltkrieges geführt habe. Aber Bismarcks »Maklerfähigkeiten« waren keineswegs so »ehrlich« wie es den Anschein hatte. Bismarck versuchte nach den traditionellen Prinzipien der deutsch-preußischen Außenpolitik die Sicherheitsinteressen für das Reich zu verwirklichen. Die Strategie scheiterte am Balkan, wo die Interessen sämtlicher europäischer Großmächte (Großbritannien, Rußland, Frankreich, Deutsches Reich) aufeinanderprallten. Gerade in der Balkan-Frage nutzte Bismarck sein positives Image bei den anderen Mächten und involvierten Staaten, um die Interessen des Deutschen Reiches hinter vermeintlicher Uneigennützigkeit und politischer Neutralität zu verschleiern. Gleichwohl war die Strategie von Bismarck nicht kriegslüstern. Nach seinem Ermessen hatte das Deutsche Reich noch nicht genügend militärische Potenz aufgebaut, um einen Krieg zu gewinnen. – Wenn für einen Preußen ein Krieg nicht zu gewinnen war, setzte dieser auf die Strategie der Bündnispolitik, um Kriege zu vermeiden. Auf Betreiben Wilhelm II., der aber längst auf die Kriegsstrategie eines Tirpitz oder Treitschke gesetzt hatte, die beide einer jüngeren Generation von Kriegstreibern angehörten und auf Konfrontation und Ausdehnung des Reiches setzten, mußte Bismarck abdanken.<sup>613</sup>

Es ist unklar, inwieweit *Die Zeit* mit ihrer Karikatur eine vollständige Parallele zwischen dem Abdanken Bismarcks und dem Rücktritt Genschers in Betracht gezogen hat. Aber plausibel war dieser Vergleich allemal. Genscher, der sich als Architekt der deutschen Einheit und davor bereits während des Kalten Krieges als Entspannungspolitiker zwischen Ost und West

---

<sup>612</sup> Jäger, a.a.O., S. 45f.

<sup>613</sup> Vgl. Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961.

einen Namen gemacht hatte, gewann über das Image eines »ehrlichen Maklers« außenpolitisches Gewicht. Sein Vorpreschen in Bezug auf die diplomatische Anerkennung von Kroatien und Slowenien, hinterließ um so mehr einen schalen Beigeschmack, als sein Betreiben unter Verdacht geriet, die ethnisch-nationalistischen Bürgerkriegskonflikte damit angeheizt zu haben. Der Schein der Uneigennützigkeit des deutschen Staates war eindeutig dahin, während zugleich eine härtere deutsche Gangart im Machtpoker angesagt zu sein schien, mit der Genscher vielleicht nicht Schritt halten wollte oder konnte. Sein Nachfolger Kinkel trat jedenfalls für eine härtere Linie gegen Serbien ein. Auf der Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der WEU in Paris im Juni 1992, erklärte Kinkel erstmals, daß auch militärische Maßnahmen gegen Serbien und Montenegro in Erwägung gezogen werden müßten, wenn auf anderem Wege die beiden Restrepubliken Jugoslawiens nicht dazu bewegt werden könnten, die UN-Resolution 757 einzuhalten.<sup>614</sup> – Die USA haben sich auf diese deutsche Haltung eingelassen, und damit dem ganzen den nötigen Ernst verliehen.

Überhaupt schien die Clinton-Administration der Ansicht zu sein, auf die politische Macht des deutschen Staates nicht mehr verzichten zu können. Bill Clinton erneuerte während seines Deutschland-Besuches vom 10.-12. Juli 1994 das Angebot der Führungspartnerschaft und betonte, an einem starken Deutschland interessiert zu sein. Er unterstrich die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Freundschaft und forderte, daß Deutschland mehr Verantwortung sowie selbstbewußter zusammen mit den USA die Führung übernehme. Clintons Rede war explizit auf die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien gerichtet. Man konnte zwischen den Zeilen durchaus auch die Warnung vor deutschen Alleingängen herauslesen. Selbstbewußt sollte der deutsche Staat nur in enger Partnerschaft mit den USA auftreten, diese in der Außenpolitik – wie etwa in der Anerkennungsfrage von Kroatien und Slowenien geschehen – aber nicht vor vollendete Tatsachen stellen.

### *Tradition des deutschen Interesses am Balkan*

Hinter den durch den Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker moralisch aufgeladenen Motiven, nicht-moralische, sondern machtpolitische sowie politisch-ökonomische Interessen für die deutsche Anerkennung von Slowenien und Kroatien zu vermuten und dabei auch auf eine geopolitische Tradition der deutschen Interessen am Balkan hinzuweisen, war nicht die Angelegenheit der liberal-bürgerlichen Öffentlichkeit. Dabei hätte es genügend An-

---

<sup>614</sup> Im Jahre 1992 forderte im scharfen Ton Außenminister Kinkel: »Wir müssen Serbien in die Knie zwingen.« – Klaus Kinkel zit. n. Jürgen Elsässer: Kriegslügen. Vom Kosovokonflikt zum Milosevic-Prozeß, Berlin 2004.

knüpfungspunkte gegeben, auf eine längere geopolitische Tradition des deutschen Interesses am Balkan hinzuweisen. Einer dieser Anknüpfungspunkte war die »Mitteleuropa-Ideologie«, die bei der Linken unter Verdacht geriet, wiederbelebt worden zu sein. »Mitteleuropa« war als politisches Schlagwort während des Kalten Krieges nur noch im Jargon der Ewiggestrigen aufgetaucht und ansonsten allenfalls, dann aber nicht als geopolitischer, sondern als geographischer Begriff, in den täglichen Wettervorhersagen der ARD. Nun aber führten wieder auch salonfähige Konservative den Begriff im Munde. Geopolitisch bezieht sich die Ideologie des »Mitteleuropas« auf die ehemaligen Gebiete der Habsburger Monarchie, welche einmal zum »deutschen Kulturkreis« gehörten. Zu diesen Gebieten zählten auch Slowenien und Kroatien, aber nicht die südjugoslawischen Gebiete, die gemeinhin in abfälliger Weise dem »unzivilisierten Orient« zugeschrieben wurden.

Vor diesem Hintergrund erscheint das neuerliche Bemühen des deutschen Staates um die Zerschlagung Jugoslawiens, die seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts begonnen wurde und spätestens Anfang der 90er Jahre unter den günstigeren Vorzeichen des vereinten Deutschlands in eine äußerst aktive Phase übergang, sehr verdächtig an die Tradition der deutschen Geopolitik anzuknüpfen.<sup>615</sup>

Das politische Schlagwort »Balkanisierung«, welches auch in der *Brockhaus*-Enzyklopädie (Jg. 1973) zu finden ist und allgemein die Zerreißung eines Gebiets in Kleinstaaten meint, geisterte seit Mitte der 90er Jahre vermehrt durch die Gazetten. Diese allgemeine Begriffsdefinition stammt noch aus der Zeit des Imperialismus am Anfang des 20. Jahrhunderts, als schon einmal auf dem Balkan die nationalen Interessen der Weltmächte miteinander kollidierten und aus der Kollision ein vom Deutschen Reich angezettelter Weltkrieg resultierte. Nach den geopolitischen Analysen dieser Zeit galt der Balkan als eine geographische Region, in der die dort lebenden Völker zu einer soliden Staatenbildung nicht fähig wären. Die Argumentation lief darauf hinaus, aus der vermeintlichen Instabilität der Region ein eklatantes Sicherheitsrisiko auf dem europäischen Kontinent abzuleiten und aus diesem wiederum eine vermeintlich notwendige Unterwerfung der Region unter deutsche Herrschaft. Tatsächlich ging es aber um den Zugang zu Rohstoffen aus der fernerer Region des Nahen Ostens, wohin das deutsche Kapital wichtige Kontakte aufbaute und der Bau einer Eisenbahnstrecke (Bagdad-

---

<sup>615</sup> Zur Geschichte der deutschen Geopolitik auf dem Balkan siehe: Klaus Thörner: Serbien muß sterben. Konstanten deutscher Balkanpolitik, a.a.O., S. 16ff. – Zur Geopolitik siehe vor allem auch Karl Korsch: Eine geschichtliche Betrachtung der Geopolitik (1943), wiederabgedruckt in: *Berliner Debatte INITIAL*, 4/5, 1995, Sonderdruck. – Sowie Michael Buckmiller: Geopolitik: Eine Weltmachttheorie für »Jebildete«. Randglossen zu einer neuerwachten Diskussion mit Hinweisen auf eine Ideologiekritik von Karl Korsch aus dem Jahre 1943, in: *Berliner Debatte INITIAL*, 4/5, 1995, Sonderdruck.

Bahn) geplant war, um die reichhaltigen Rohstoffe in der Region auszubeuten.<sup>616</sup> Der Balkan war geographisch gesehen eine Verbindungsschnittstelle, eine Brücke zum Nahen Osten und damit von besonderer geostrategischer Wichtigkeit für die deutschen Pläne.

Aber Südosteuropa war nicht nur als Zugang zum Nahen Osten von Bedeutung. Bereits 1842 schrieb der deutsche Nationalökonom, Friedrich List: »Ganz Südosteuropa ist unser Hinterland.«<sup>617</sup> – Mit »Hinterland« waren die geographischen Regionen von der Donau bis zum Schwarzen Meer gemeint. »Südosteuropa war für die deutsche Kriegswirtschaft eine wichtige Quelle für Rohstoffe und Agrarprodukte. An einer Industrialisierung des Balkans war man dagegen keineswegs interessiert. Statt dessen strebte man danach, die während der zwanziger und dreißiger Jahre geschaffenen bescheidenen Ansätze einer eigenständigen südeuropäischen Industrie wieder zu beseitigen. Die nach 1989 in Jugoslawien durch Schuldenkrise, Zersplitterung des Staates und Krieg einsetzende Entindustrialisierung folgt ganz den alten deutschen Plänen.«<sup>618</sup>

Lists Ansichten wurden zur Grundauffassung der deutschen Außenpolitik im ausgehenden 19. Jahrhundert. Damit die auf dem Balkan lebenden Völker sich auch ohne weiteres gemäß der deutschen Geopolitik unterwerfen ließen, mußte aktiv verhindert werden, daß die Völker auf dem Balkan selbständige, größere und damit schlagkräftige, verteidigungsfähige Nationalstaaten ausbilden. Da nun einmal aber nachhaltige Hegemonie auf Anerkennung beruhte, und die Ausübung von direkter Gewalt zur Herstellung von Hegemonie bereits mittelfristig zu Aufständen und Kriegen und damit zum Verlust der Hegemonie führen konnte, mußte sich das Deutsche Reich um eine ethische Grundlage ihrer beabsichtigten Herstellung von Hegemonie bemühen, mithin ihre wahren Interessen verschleiern. Nach dem Ersten Weltkrieg, Anfang 1918, galt dem Deutschen Reich der sogenannte »Ethische Imperialismus« (oder auch »moralische Eroberungspolitik«) als entsprechende Legitimationsideologie für seine geopolitischen Ambitionen. Der später Reichskanzler gewordene Max von Baden formulierte die Ideologie in einer Denkschrift folgendermaßen: »Eine so ungeheure Kraft, wie wir sie in diesem Kriege entfaltet haben, muß sich vor der Welt ethisch begründen, will sie ertragen werden. Darum müssen wir allgemeine Menschenrechtsziele in unseren nationalen Willen aufnehmen. (...) Kolonisieren heißt Missionisieren.«<sup>619</sup>

In der Ideologie des »Ethischen Imperialismus« erhielt explizit die Bezugnahme auf das »Selbstbestimmungsrecht der Völker«, auf das sich auch Woodrow Wilson 1918 bei der Neu-

---

<sup>616</sup> Die Eisenbahnstrecke ist heute nicht mehr von zentraler Bedeutung, wohl aber die Strecke selbst für den Bau von Pipelines.

<sup>617</sup> Zit. n. Klaus Thörner: Serbien muß sterben. Konstanten deutscher Balkanpolitik, a.a.O., S. 16.

<sup>618</sup> Thörner, a.a.O., S. 20.

<sup>619</sup> Zit. n. Thörner, a.a.O., S. 19.

ordnung des europäischen Kontinents nach dem Ersten Weltkrieg berufen hatte, eine zentrale Bedeutung. Aber gerade Wilsons Strategie der Nationenbildung entsprach insbesondere im Osten, wo er im Interesse der kontinentalen Sicherheit eine Pufferzone zwischen dem Deutschen Reich und Rußland aus größeren, wehrhaften Staaten schaffen wollte und zu diesem Zweck auch mehrere Nationen zu Vielvölkerstaaten zusammenfaßte (Tschechoslowakei, Jugoslawien), nicht dem deutschen Interesse an leicht überwindbaren und niederzuwerfenden Staaten. Das Wilsonsche Konzept, welches dem deutschen Expansionsdrang starke Hürden entgegensetzte, sollte verhindern, daß das Deutsche Reich ohne weiteres die östlich von es liegenden Länder schlucken könnte. Das Deutsche Reich inszenierte sich unter Zuhilfenahme des »Selbstbestimmungsrechts der Völker« als Anwalt für die angeblich von Rußland unterdrückten Nationen in Ost- und Südosteuropa, um Wilsons politische Neuordnung in Ost- und Südosteuropa wieder zu zerschlagen.

20 Jahre nach der rhetorischen Erfindung des »Ethischen Imperialismus« gilt in der Phase des ›Dritten Reiches‹ für Heinrich Himmler in der deutschen Außenpolitik dasselbe Prinzip: »Bei der Behandlung der Fremdvölkischen im Osten müssen wir darauf sehen, so viel wie möglich einzelne Völkerschaften anzuerkennen. (...) Ich will damit sagen, daß wir nicht nur das größte Interesse daran haben, die Bevölkerung des Osten nicht zu einem, sondern im Gegenteil in möglichst viele Teile und Splitter zu zergliedern.«<sup>620</sup> Da sich auch Adolf Hitler auf das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« bezog und den Vielvölkerstaat auf dem Balkan als »Völkergefängnis« geißelte, um seine beabsichtigte Zerschlagung als Befreiung zu rechtfertigen, gingen die westlichen Regierungen, aber auch die Sowjetunion<sup>621</sup> in den 30er Jahren auf Distanz zu der Formel.<sup>622</sup> »Mit der Berufung auf Menschen- und Volksgruppenrechte einen souveränen Staat zu zerschlagen – diesen genialen Trick der Nazis, besonders erfolgreich angewandt in der Sudetenkrise und im Münchener Abkommen 1938, wurde in der UN-Charta ein Riegel vorgeschoben. Zwar findet sich in der Charta neben der Verteidigung der ›territori-

---

<sup>620</sup> Zit. n. Ebd.

<sup>621</sup> In der Sowjetunion bezog man sich ohnehin auf das von Lenin formulierte Recht der Völker auf Selbstbestimmung. – Auf dem Zweiten Sowjetkongreß im Oktober 1917 formulierte Lenin die Leitlinie, indem er das gewalttätige Festgehaltenwerden einer Nation in den Grenzen eines gegebenen anderen Staates als eine kriegerische Annexion, als Eroberung und Vergewaltigung bezeichnete. – Siehe Wladimir Iljitsch Lenin: Rede über den Frieden vom 26.10.1917, in: Lenin Werke, Bd. 26, S. 240. – Eine solche Definition war nicht nur dem Ersten Weltkrieg geschuldet, sondern lag vor allem im Machtkalkül der Kommunisten. Während ihrer revolutionären Machtergreifung in Osteuropa ließen die Kommunisten die nationale Frage nicht unbeantwortet und konnten mit ihrer Antwort die Massen geschickter mobilisieren als die bürgerlich-nationalen Bewegungen zur selben Zeit. – Während des Kalten Krieges erhielt Lenins Leitlinie in den sich entkolonialisierenden Ländern der Dritten Welt erneute Popularität. – Vgl. Marcus Hawel: Weltgesellschaft ohne Revolution?, in: Michael Jäger (Hg.): Globalisierung, Nation, Internationalismus. Orte des Widerstands – eine linke Debatte, Berlin 2002, S. 77-97.

<sup>622</sup> Vgl. Jürgen Elsässer: Schafft zwei, drei, viele Kosovo. Der Aufstand der Stämme gegen die Nationen, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 114-129; S. 121.



rialen Integrität der Staaten« auch das Prinzip des ›Selbstbestimmungsrechts der Völker‹. Doch die beiden Grundsätze sind keineswegs gleichgestellt. Gewaltanwendung wird von der UN-Charta zwar zur (Selbst-)Verteidigung der ›territorialen Integrität von Staaten‹ erlaubt, nicht aber zur Durchsetzung des ›Selbstbestimmungsrechts der Völker‹.<sup>623</sup>

Der westdeutsche Staat hielt nach 1945 aufgrund der Teilung seines in der Souveränität eingeschränkten Territoriums enthusiastisch an dem »Selbstbestimmungsrecht der Völker« fest; zwar gestand er immer wieder ein, die deutsche Einheit gewaltfrei erreichen zu wollen, aber darüber hinaus versuchte er auch erfolgreich, auf UN-Ebene das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« im Sinne eines Volksgruppenrechts (Schutz für »volkseigene« Minderheiten außerhalb des Geltungsbereichs des eigenen Staatsterritoriums) auszuweiten. Das zielte eindeutig auf die deutschen Minderheiten jenseits von Oder und Neiße.<sup>624</sup> – Mit diesem Engagement konnte der deutsche Staat über eine als »westlich« getarnte *völkische* Politik seine Interessen wahrnehmen.

Unterstellt man, daß der deutsche Staat nach 1989/90, abgeleitet aus einer wieder hergestellten geographischen Mittellage, ein vitales Interesse an einer ähnlich geopolitischen Strategie wie in der Zwischenkriegszeit entfaltet habe, so hat sich die politische Entwicklung in den der deutschen Einheit folgenden Jahren durchaus im Sinne Deutschlands entwickelt: Die Sowjetunion hat sich aufgelöst, die Tschechoslowakei hat sich in zwei kleinere Staaten gespalten, und Jugoslawien zerfiel in Kleinststaaten. Damit wären die »Staaten-Bollwerke« im Osten von Europa gegen Deutschland wieder verschwunden. Die osteuropäischen Volkswirtschaften befinden sich in direkter Abhängigkeit vom deutschen Kapital.

Als dann auch in Folge der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 (Awacs-Urteil) der Einsatz der Bundeswehr im auseinanderfallenden Jugoslawien, d.h. *out of area* des NATO-Bündnisgebietes, auf eine rechtliche Grundlage gestellt worden war, ließ sich der Eindruck nicht mehr vermeiden, der deutsche Staat strebe auch in militärischer Hinsicht wieder mehr Geltung und eine Großmachtrolle an. In der Bosnien/Herzegowina Krise 1993-95 flogen im Rahmen der IFOR/SFOR-Kontingente deutsche Piloten der Luftwaffe in den Awacs-Aufklärungsflugzeugen mit. Die Strategie bestand im symbolischen Flaggezeigen. Rhetorisch legitimiert wurden die Einsätze der Bundeswehr als »Humanitäre Intervention«. Die deutsche Öffentlichkeit sollte sukzessive an immer ernsthaftere Einsätze deutscher Truppen außerhalb des NATO-Gebietes gewöhnt werden. Fatal daran war, daß das Betätigungsfeld – vorsichtig formuliert – historisch vorbelastet war und die Be-

---

<sup>623</sup> Elsässer, a.a.O., S. 122.

<sup>624</sup> Vgl. Samuel Salzborn: Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung, Hannover 2001.

zeichnung »humanitärer Intervention« eine historische Vorgeschichte hatte, die bis in die Zeit des Imperialismus und der Vorphase des Ersten Weltkrieges zurückreicht.

*»Menschenrechtskampfeinsätze« der Bundeswehr out of area – Mehr Verantwortung wagen und Zuverlässigkeit zeigen*

*Humanitäre Einsätze* der Bundeswehr *out of area* hatte es auch schon seit den 60er Jahren gegeben. Bundeswehreinheiten wurden eingesetzt zur humanitären Katastrophenhilfe etwa nach Erdbeben in Marokko 1960, Iran 1968 oder während Dürrekatastrophen, z.B. 1973 und 1974 in Sudan, Äthiopien, Mali, Algerien, Tunesien, Niger, Tschad, Mauretanien, Senegal, Pakistan, Nigeria, Somalia usw.<sup>625</sup> Die humanitären Einsätze der Bundeswehr dienten der Imagepflege des deutschen Staates, der beanspruchte, nach 1945 nunmehr eine Friedensmacht zu sein. In Kampfhandlungen sollten und durften die eingesetzten Bundeswehreinheiten nicht verwickelt werden. Das Grundgesetz sprach diesbezüglich eine klare Sprache, jedenfalls nahmen alle Politiker quer durch sämtliche ernstzunehmenden Parteien bis in die 90er Jahre hinein das an.

Nachdem aber das Bundesverfassungsgericht klargestellt hatte, daß *out of area*-Einsätze der Bundeswehr, bei denen es sich ausdrücklich auch um Kampfhandlungen handele, vereinbar seien mit den entsprechenden Artikeln im Grundgesetz, solange es sich um keinen Angriffskrieg handele, bzw. die militärischen Interventionen unter UN-Mandat geführt würden und Deutschland seinen Bündnisverpflichtungen nachkomme, wurde mit besonderer Betonung am Begriff der »Humanitären Intervention« festgehalten, schließlich sollte der deutsche Staat nicht unter Verdacht geraten, er strebe eine Militarisierung seiner Außenpolitik an und gehe fortan eigene Wege.

Insbesondere die deutsche Bevölkerung war schwer davon zu überzeugen, daß der deutsche Staat nach der Einheit und der Auflösung der bipolaren Weltordnung mit neuen verantwortungsvollen Aufgaben konfrontiert sei und diese ordnungspolitische Rolle pflichtbewußt wahrzunehmen habe, mit anderen Worten: die Bundeswehr nunmehr weltweit zu friedenserhaltenden und -schaffenden Maßnahmen eingesetzt werden müsse. »Nie wieder Krieg!« war eine der Grundsäulen der Bundesrepublik Deutschland, welche tief im kollektiven Bewußtsein der Bevölkerung verankert war. Diesen Grundkonsens aufzukündigen, bedeutete für die staatlichen Institutionen, große Anstrengungen zu unternehmen, einen Kampf um das Be-

---

<sup>625</sup> Vgl. Internet: >[http://www.einsatz.bundeswehr.de/einsatz\\_abgeschl/010803\\_hum\\_einsaetze.php](http://www.einsatz.bundeswehr.de/einsatz_abgeschl/010803_hum_einsaetze.php)<.

wußtsein zu führen. Die Akzeptanz deutscher Kriegseinsätze war nur über eine Moralisierung der deutschen Außenpolitik zu erreichen, und in dieser Moralisierungsstrategie nahm die Formel von der »humanitären Intervention« einen zentralen Stellenwert ein; mit ihr wurden die angriffskriegerischen Absichten – z.B. gegen Serbien – verschleiert und der nach geltendem UN-Recht verbotene Eingriff in die nationalstaatliche Souveränität anderer Länder – z.B. Jugoslawien – legitimiert. In keiner gültigen Rechtsquelle ist aber von »humanitärer Intervention« die Rede. Auf welcher rechtlichen Grundlage bewegt sich mithin die »humanitäre Intervention«? Auf keiner objektiven Grundlage des Rechts. Die »humanitäre Intervention« legitimiert sich allein durch das Faustrecht, durch die Gewalt des Stärkeren, welcher das »Gute« auf seiner und das »Böse« auf feindlicher Seite wähnt und durch »moralische Gefühle«, die das medial aufbereitete Unrecht etwaiger Diktatoren in sogenannten »Schurkenstaaten« erzeugt, gegen das »Böse« mobilisiert.

Das *moralische Gefühl* bestimmte Kant als »Empfänglichkeit der bloßen Achtung für das moralische Gesetz in uns«<sup>626</sup>. Der von ihm sehr abstrakt gehaltene kategorische Imperativ kann zwar als objektiv, d.h. allgemeingültig genommen werden, aber aus ihm auf staatlicher und zwischenstaatlicher Ebene direkte Konsequenzen der Gewaltanwendung abzuleiten, wenn gegen das moralische Gesetz der Menschlichkeit verstoßen wird, ohne daß zwischen Gefühl, Moral und Tat dazwischengeschaltete objektivierende, im hegelschen Sinne *Sittlichkeit* vermittelnde Rechtsinstanzen wirksam wären, müßte man als nicht kontrollierbare, affektive und deshalb eskalierbare Selbstjustiz auch auf der Ebene von kriegerisch handelnden Staaten bezeichnen, weil seine Verantwortlichen, die den Militärapparat befehligen, mit dem Verstand nicht mehr weitergekommen sind und sich von moralischen Gefühlen leiten lassen, die den Verstand weiter ausschalten. Oder mit Kant gesagt: »Gefühl (...) hat jeder nur für sich, und kann es andern nicht zumuten, also auch nicht als einen Probestein der Echtheit einer Offenbarung anpreisen, denn es lehrt schlechterdings nichts, sondern enthält nur die Art, wie das Subjekt in Ansehung seiner Lust oder Unlust affiziert wird, worauf gar keine Erkenntnis gegründet werden kann.«<sup>627</sup> »Moralische Gefühle« aber wurden ganz besonders seit dem Ende der bipolaren Weltordnung allzu schnell zu einem »Probestein der Echtheit« allgemeiner, objektiver Wahrheit gemacht; es wurden aus ihnen *richtiges* Handeln abgeleitet, welches doch nur eine Ableitung aus dem Faustrecht des Stärkeren gewesen ist, das, wo es internationales Recht brach, es als Wiederherstellung des Menschenrechts mißdeutete.

---

<sup>626</sup> Immanuel Kant: Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft, in ders.: Werke VIII, Frankfurt 1997, S. 649-879, B 18.

<sup>627</sup> Kant, a.a.O., B 165f.

Was seitdem erlebt werden konnte, war eine Politik der moralisierenden Moral. Das bloße moralische Gewissen, das sich nur auf sich bezieht und aus sich heraus einen Standpunkt gewinnt, ist bei Hegel eigensinniger Eigendünkel, der in sich inkonsistent und stets auf dem Sprung ist, ins »Böse« umzuschlagen. Es macht nämlich täglich die Alltagserfahrung, daß es in dieser Welt nur mit einem unmoralischen Verhalten zu seinem eigenen Vorteil leben kann und ist derart bestürzt darüber, so daß es sich selbst enthemmt: demoralisiert. Dieses hin und her geworfene *unglückliche Bewußtsein* hat sich aufgrund seiner privatistischen Sicht auf die Welt in ein Dilemma hineinmanövriert. Das Dilemma erfüllt die Funktion des Kitts zwischen der Kluft der eigenen moralischen Gesinnung und der häßlichen Wirklichkeit. Aber keineswegs führt im Bereich der Außenpolitik, wo Staaten handlungsfähig bleiben müssen, die Erfahrung eines solchen Dilemmas in die Passivität oder Handlungsunfähigkeit, sondern diente in den darauffolgenden Jahren zur Rechtfertigung dessen, was das moralische Bewußtsein eigentlich nicht rechtfertigen kann: zum Abbau der eigenen moralischen Skrupel. Das Dilemma muß ausgehalten werden, und wer es aushält, ist angehalten, sich um 180 Grad zu drehen. Das Dilemma erfüllt die Funktion der rhetorischen Wendung hin zum bellizistischen Konvertiten, vom »Nie wieder Krieg!« zum »Wieder Krieg!«. Die Politik begann sich auf diesem Niveau des *gesunden Menschenverstandes* zu bewegen.<sup>628</sup>

Der Bundesverteidigungsminister Volker Rühle forderte 1991, deutsche Streitkräfte müßten helfen, internationales Recht, das durch despotische Regime in Frage gestellt werden würde, wiederherzustellen. Man müsse notfalls Kriege gegen »Schurkenstaaten« führen, die die Einhaltung der Menschenrechte nicht garantierten. Die rhetorische Verwendung der Phrase von der »humanitären Intervention« war aber nicht neu; sie wurde bereits vor 200 Jahren von den europäischen Großmächten erfolgreich genutzt, damals um dem untergehenden Osmanischen Reich seine christlichen Gebietsteile wegzunehmen. Zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges war es dieselbe Menschenrechtsrhetorik, die bei der Zerschlagung der Zweiten Internationale half und die deutsche Sozialdemokratie dazu bewog, den Kriegskrediten zuzustimmen, weil man die zivilisatorischen Errungenschaften gegen das despotisch-rückständige Zaren-Regime verteidigen müsse und in der Stunde der Gefahr, das *Vaterland* nicht im Stich lassen dürfe.

Ist es Anfang des letzten Jahrhunderts aber noch eine deutlichere Konfrontation zwischen Abend- und Morgenland gewesen, bzw. zwischen dem kulturellen Westen und Osten, die etwa in der Wendung von der »asiatischen Despotie« zum Ausdruck kam, so wendet sich die Moralisation nunmehr gegen Einzelpersonen, einzelne »Schurken« wie Hussein, Milosevic,

---

<sup>628</sup> Gegen eine Politik der Moral muß sich die Kritik richten. Aufklärung bedeutet hier, Zusammenhang zwischen der fragmentierten, gesellschaftlichen Totalität herzustellen, die Widersprüche aufzuzeigen und – mit Adorno gesprochen – zu verhindern, sich von den herrschenden Verhältnissen dumm machen zu lassen.

die hervorgehoben und zu Feinden der westlichen Zivilisation stilisiert werden. Ihnen wird ebenso gerne das Etikett eines »zweiten Adolf Hitlers« angehängt, um das »Böse« an ihnen plastischer zu vermitteln. Hitler steht als rhetorische Chiffre für den Zivilisationsbruch, der sonst mit Auschwitz benannt ist, und die antifaschistischen Widerstandswillen wecken soll. Dieses *antifaschistische Muster* wurde einige Zeit erfolgreich instrumentalisiert – vor allem in der Bosnien- und Kosovo-Krise. Der NATO-Krieg, der gegen Serbien dann stattfand, wurde mit Hilfe der Menschenrechtsrhetorik legitimiert: Rettung, Hilfe und Schutz für die entrechteten, schwachen und diskriminierten Minderheiten, so das vorgeschobene Motiv des neu erstarkten Militarismus.<sup>629</sup>

Noch bevor in den 90er Jahren die Phrase von der »humanitären Intervention« wieder in der Legitimationsrhetorik in Mode gekommen war, schrieb Gerhard Stuby resümierend, die Phrase hinterlasse einen schalen Geschmack. »Welche Intervention in der jüngsten Geschichte erfolgte nicht aus ›humanitären‹ Gründen?«<sup>630</sup> Hinsichtlich der dann wieder in Mode gekommenen Verschleierung geostrategischer Interessen durch Menschenrechtsrhetorik schrieb Michael Jäger ganz erbost: »Wer kann da noch das Gerede von ›Menschenrechten‹ ertragen, ohne schamrot zu werden? (...) Statt wenigstens von Menschenrechten zu schweigen, wo sie das elementare ökologische Menschenrecht nicht kennen und ja auch die sozialen Menschenrechte mißachten, setzen die Führer des Westens sie ein, um Enteignungs-Interessen damit zu bemänteln.«<sup>631</sup> Für die *FAZ* schien diese Bemäntelung mittlerweile aus ganz anderen Gründen unerträglich. Mit Blick auf den Krieg der NATO gegen Serbien schrieb sie in aller Deutlichkeit mit der Absicht, die geopolitischen Interessen frank und frei zu affirmieren: »Daß die NATO aus reiner Menschenliebe Milliarden verfeuert, muß man nicht glauben. Wer Hege-

---

<sup>629</sup> Wie heuchlerisch und vorgeschoben dieses Motiv ist, läßt sich erkennen, wenn man einen Vergleich der Länder und Regionen anstrengt, wo interveniert wird, mit denen, wo nicht interveniert wird, aber trotzdem Menschenrechte auf massive Weise verletzt werden. Zusätzlich empfiehlt es sich, einen Abgleich zu machen mit Vorkommen oder Nicht-Vorkommen von Rohstoffen, Handelsrouten etc. und entsprechender Wirtschaftsinteressen in den entsprechenden Regionen. Hinter den »Menschenrechtseinsätzen« stehen kalte Wirtschaftsinteressen. Im November 1995 besuchte etwa Helmut Kohl den chinesischen Staatschef Li Peng; das Interesse an Exportaufträgen für die deutsche Wirtschaft in Höhe von mehreren Milliarden D-Mark und an insgesamt guten wirtschaftlichen Beziehungen war so groß, daß er Soldaten der chinesischen Armee, die 1989 mit Panzern auf brutalste Weise auf dem »Platz des Himmlischen Friedens« jene *chinesische Lösung* umgesetzt hatten, die Ehre erwies. Und auch Gerhard Schröder hatte keine Probleme damit, im April 2002 den chinesischen Staatschef staatsmännisch zu empfangen – das Thema der Menschenrechtsverletzungen war nicht einmal als Feigenblatt auf die Tagesordnung gesetzt worden. Im Kapitalismus ist die Moral eine des Marktes, oder sie kann nicht Bestandteil der Politik sein.

<sup>630</sup> Gerhard Stuby: Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik. Zur Entwicklung der BRD im Rahmen der US-Globalstrategie, Heilbronn 1987, S. 173.

<sup>631</sup> Michael Jäger: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik, Münster 1999, S. 137f.

monie beansprucht, muß damit beginnen, sie zu demonstrieren – mit oder ohne Völkerrecht.«<sup>632</sup>

Wenn Staaten die Menschenrechte als Bedingung allen Handelns einklagen, ist das einigermaßen verlogen. Es werden die Menschenrechte angemahnt, aber der Mechanismus, der die Wiederkehr der unmittelbaren Barbarei und auch der zivilisierten aus dem Zentrum dieser Gesellschaft heraus stets möglich macht, dieser Mechanismus ist der Zweck und Motor für die Menschenrechte. Dem Wesen nach verbirgt sich hinter der Idee der Menschenrechte historisch die Moral der Ökonomie. Die »Kritik der politischen Ökonomie« von Marx zeigt auf, wie die Menschen nach der ökonomischen Rationalität des Äquivalententauschs sich gegenseitig als Personen anerkennen. Damit die Waren aufeinander bezogen werden können, müssen diese von den Warenbesitzern auf den Markt getragen werden. Es bedarf des gemeinsamen, gewaltfreien Willensaktes, die Waren aufeinander zu beziehen. Die Personen erkennen sich gegenseitig im Tausch als Personen, als Privateigentümer an. Die Form dessen ist der bürgerliche Vertrag, in dessen gemeinsamen Willensverhältnis sich das scheinbar gewaltlose: das ökonomische Verhältnis widerspiegelt. So setzte sich mit dem Wertgesetz unter der Prämisse des Privateigentums allgemein das Menschenrecht durch: die Welt der gegenseitigen Anerkennung von Herren und Knechten, in der sich die unmittelbaren Herr-Knechtschaftsverhältnisse in vermittelte transformierten. Dieses scheinbar gewaltfreie ökonomisch-rationale Verhältnis ist das versachlichte Resultat des vorangegangenen, gewalttätigen Kampfes um Anerkennung auf Leben und Tod. Diese Geschichte haben sämtliche westlichen Nationalstaaten durchgemacht. Man kann sagen, die Menschenrechte sind mit Blut und Feuer in die Annalen der Geschichtsbücher eingegangen.

Das kapitalistische Wertgesetz setzte sich maskiert unter dem Schleier der Menschenrechte durch und steht als letzter Grund auch heute noch hinter jeder bürgerlichen Apologie der Menschenrechte. Was in Europa als ethische Wertegemeinschaft bezeichnet wird, verdient daher eher als Mehrwertgemeinschaft bezeichnet zu werden. In der heutigen Zeit wird mit Gewalt das Menschenrecht dort zu erzwingen versucht, wo das Wertgesetz sich noch nicht vollständig hat durchsetzen können. Das Kapital benötigt Gewaltfreiheit auf der Oberfläche, die durch ein staatliches Gewaltmonopol gewährleistet wird, abstrakte Rechtsgleichheit, Vertragssicherheit, ökonomische Freiheit. – Das sind die basalen Knochen des Skeletts der Menschenrechte.<sup>633</sup>

---

<sup>632</sup> Zit. n. Rainer Trampert: Pipelines in der Postmoderne, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen, Hamburg 2002, S. 18.

<sup>633</sup> Das Menschenrecht sei hier keineswegs in Bausch und Bogen verdammt, sondern vielmehr einer Welt das Wort geredet, die das Menschenrecht zu deklarieren nicht nötig hat, weil es nirgends mißachtet wird.

Was aber im Kapitalismus »Frieden« heißt, ist nicht einmal die Abwesenheit von Krieg, sondern nichts anderes als der mehr oder minder versteckte, ökonomische Bürgerkrieg der Konkurrenz aller gegen alle. Dieser ökonomische Krieg ist die Normalform bürgerlicher Gewalt. Solcher Frieden ist schon nicht das wahre Eden der Menschenrechte, wie es der Schein von Gewaltlosigkeit in der Zirkulationssphäre glauben machen möchte. Natürlich ist ein solcher Zustand allemal einem vorzuziehen, wo es nur das Faustrecht des Stärkeren gibt, und der Mensch dem Menschen ein Wolf sein muß, um zu überleben. Der wahre Frieden, die wahre Gemeinschaft, in dem die Menschenrechte zu sich selbst gekommen sind, ist aber erst in einer Gesellschaft möglich, die sich vom kapitalistischen Wertgesetz befreit hat, so daß die Menschen nicht mehr als leere, dingliche Warenhüter gelten, sondern das gesellschaftliche Leben auf ihre individuellen Bedürfnisse und Begehren abgestimmt ist; wo jeder so sein kann, wie er ist, ohne dem Terror des Allgemeinen ausgesetzt zu sein; wo jeder ungezwungen anders sein darf, ohne Haß zu provozieren. In einer solchen Gemeinschaft wäre es auch nicht mehr notwendig, eine »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« zu proklamieren, denn die Menschenrechte wären verwirklicht.<sup>634</sup>

Je moralischer die Argumentation zur Rechtfertigung eines Krieges ausfällt, desto angewiesener ist die kriegführende Seite auf ein überzeugendes Feindbild, daß der Bevölkerung präsentiert wird. »Der moralische Krieg braucht seinen Sündenbock.«<sup>635</sup> Einseitige, gar tendenziöse Moralisierung kommt also einer bestimmten, d.h. partikularen Interessenpolitik zugute. Die Medien bieten hierbei geeignete Instrumentarien, ein stimmiges Feindbild zu konstruieren. Im Zeitalter der Medien sind »moralische Gefühle« sehr leicht im großen Maßstab zu instrumentalisieren, wobei darauf hinzuweisen ist, daß es sich nicht um einen reinen Manipulationsmechanismus handelt, sondern schon viel eher um einen »Zirkel von Manipulation und rückwirkendem Bedürfnis«, den Horkheimer und Adorno allgemein der *Kulturindustrie* zuschreiben.<sup>636</sup>

In diesem Zirkel liefern die Medien am notwendig fortlaufenden Band Bilder und Nachrichten des Schreckens,<sup>637</sup> wobei die Konstruktion des Feindbildes kaum zuvor in konspirativen

---

<sup>634</sup> In der deutschen Außenpolitik ging es allerdings weniger um individuelle Menschenrechte als vielmehr um die kollektiven Rechte von Minderheiten. Darin verhielten sich die deutschen Außenpolitiker ganz im Sinne der Tradition deutscher Außenpolitik und im Sinne eines typisch deutschen, aber archaischen Begriffs der Staatsangehörigkeit (*ius sanguinis*) – Siehe Walter von Goldendach / Hans-Rüdiger Minow: *Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas*, Berlin 1999, 3. Aufl.

<sup>635</sup> Karl Otto Hondrich: *Moral und Menschenrechte*, in ders.: *Wieder Krieg*, Frankfurt a.M. 2002, S. 111-129; S. 121.

<sup>636</sup> Vgl. Max Horkheimer / Theodor W. Adorno: *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt a.M. 1988, S. 129.

<sup>637</sup> »Die rein moralische Begründung des Krieges durch die Unmenschlichkeit und die Schuld des Gegners brähe in sich zusammen, wenn unser Bild von ihm als Verbrecher und Alleinschuldiger sich ändern würde. Seine Bestialisierung muß deshalb fortgesetzt werden. Der menschenrechtlich begründete Krieg fordert immer neue

Zirkeln des Journalismus zusammen mit den Herrschenden abgesprochen wurden, sondern die Einseitigkeit stellt sich vielmehr her durch die Überlieferung des traditionellen Feindbildes, in dem sich die Kontinuität der traditionellen außenpolitischen, besser: geopolitischen Interessen des Staates, quasi als *geistiges Aroma* widerspiegeln. Die Mehrheit der Journalisten, Politiker und Wissenschaftler wissen das nicht unbedingt, aber sie tun es als Konsequenz eines objektiven Verblendungszusammenhangs, mit *notwendig falschem Bewußtsein*.

Das traditionelle Feindbild der deutschen Eliten bezüglich der Völker auf dem Balkan war Serbien. Ganz im Sinne des *antifaschistischen Musters* war dann auch die Rede von »serbischen Vergewaltigungslagern«, in denen angeblich gezielte Vergewaltigungen muslimischer Frauen durch serbische Soldaten stattfänden. – Diese Anschuldigungen erwiesen sich im nachhinein als haltlos.<sup>638</sup> Das antifaschistische Muster ließ sich noch steigern: ins Gerede kam schließlich die »SS von Milosevic« und ein »serbischer Josef Mengele«, der angeblich Frauen Hundeföten einpflanzte, wie der CDU-Abgeordnete Stefan Schwarz behauptete.<sup>639</sup> Last not least wurde die Existenz eines »serbischen KZs« in Trnopolje behauptet; ein Photo, das durch die Presse geisterte und die Weltöffentlichkeit folgenreich erschütterte, auf dem ausgemergelte Männer hinter einem Stacheldraht standen, aber erwies sich als Fake.<sup>640</sup> Die britische IIN-

---

Bilder von Leid und Grausamkeit (...).« – Karl Otto Hondrich: Moral und Menschenrechte, in ders.: Wieder Krieg, Frankfurt a.M. 2002, S. 111-129; S. 120.

<sup>638</sup> Vgl. Horst Pankow: Meutenjournalismus. Von Orahovac nach Racak: Wie Kriege gemacht werden, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999, S. 63-69, S. 64f. – Vgl. auch Wolfgang Schneider (Hg.): Bei Andruck Mord. Die deutsche Propaganda und der Balkankrieg, Hamburg 1997, S. 149-159.

<sup>639</sup> Vgl. Volkhard Mosler: An Krieg wieder gewöhnen? Niemals! Die Rückkehr des deutschen Militarismus, Frankfurt a.M. 1999, S. 46.

<sup>640</sup> Als vorsätzliche PR-Kampagne erscheint auch die Vorgehensweise der Nachrichtenagentur »Ruder & Fin« die seit 1992 die Public Relations für die bosnischen und kroatischen Präsidenten Izetbegovic und Tudjmann organisiert haben. In einem Streitgespräch mit Andrei S. Markovits zitiert Jürgen Elsässer den Direktor der Nachrichtenagentur, James Harff, der Innenansichten offenbarte. Elsässer sagt: »James Harff (...) antwortete später auf die Frage nach seinem größten PR-Erfolg: »Daß es uns gelang, die jüdische Meinung auf unserer Seite zu haben. (...) Zehntausende von Juden kamen in den kroatischen Lagern (im Zweiten Weltkrieg, Anm. Elsässer) um, alle Gründe sprachen dafür, daß Intellektuelle und jüdische Organisationen den Kroaten und Bosniern gegenüber feindlich eingestellt sind. Die Herausforderung an uns war, dieses Verhalten ins Gegenteil zu wenden.« Dazu benutzte die Agentur Artikel über angebliche serbische KZ, mittels derer es ihr im Bosnienkrieg gelang, drei große jüdische Organisationen für Protestaktionen zu gewinnen. »Das war ein großartiger Coup. Als die jüdischen Organisationen in das Spiel auf Seiten der muslimischen Bosnier eingriffen, konnten wir sofort in der öffentlichen Meinung die Serben mit den Nazis gleichsetzen (...) Fast unmittelbar danach benutzten die Medien eine andere Sprache, mit sehr emotionsgeladenen Begriffen wie ethnische Säuberung, Konzentrationslager etc., Begriffe, die man mit Nazi-Deutschland und Auschwitz assoziiert. Niemand konnte sich mehr dagegen wenden, ohne des Revisionismus angeklagt zu werden. Wir hatten hundert Prozent Erfolg.« – Jürgen Elsässer / Andrei S. Markovits: Ein deutsches Coming-out? Streitgespräch: Die Linke, der Krieg und mögliche Verkürzungen in Goldhagens Holocaust-Analyse, in dies (Hg.): »Die Fratze der eigenen Geschichte« Von der Goldhagen-Debatte zum Jugoslawien-Krieg, Berlin 1999, S. 186-202; S. 190f. – Am Ende dieser perfiden Manipulation der Öffentlichkeit steht dann ein vollständig einseitig ausgebildetes Feindbild, das von der Bundesregierung aufgegriffen wird: »Es war und ist Milosevics Absicht, einen Teil seines Staatsvolkes zu vertreiben und auszurotten. Wer von dieser Analyse nicht ausgeht, ist für mich kein ernsthafter Gesprächspartner. Für mich steht fest: Das, was Milosevic betreibt, ist Völkermord. Und er bedient sich der gleichen Kategorien, derer Hitler sich bedient hat.« – Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ludger Vollmer, zit. n. konkret, H.5/1999, S. 16.



Reporterin Penny Marshall hatte am 5. August 1992 der Weltöffentlichkeit dieses Photo präsentiert. Einige Jahre später erbrachte der Journalist Thomas Deichmann den Nachweis, daß dieses Photo eine manipulierte Aufnahme war: die Männer standen nicht hinter, sondern vor dem Stacheldraht. Das IIN-Team hatte die Männer »für die Aufnahme so arrangiert (...) daß daraus ein Bild werden konnte, ›das die Welt in Alarmbereitschaft versetzte‹ (Marshall)«<sup>641</sup> – Das war für die Weltöffentlichkeit schließlich nicht mehr von Bedeutung, das Photo hatte bereits zur Legitimation eines Angriffskrieges der NATO gegen Serbien beigetragen.

Das Überprüfen fragwürdiger Quellen, Mißtrauen gegenüber Gerüchten und Gegenrecherchen gegenüber anzweifelbaren Zeugenaussagen, die zweifelsohne zum journalistischen Handwerkszeug gehören und für eine demokratische und freie Presse Mindeststandards darstellen, werden in Kriegszeiten verworfen.<sup>642</sup> Die Methode hat System: »Die deutsche Presse von ›FAZ‹ bis ›taz‹ begann in dieser Phase, das Bild von den friedfertigen, europäischen und marktwirtschaftlich orientierten Slowenen und Kroaten einerseits und den amoklaufenden, barbarischen, orientalischen und kommunistischen Serben andererseits unter die Leute zu bringen, und konnte dabei sicher sein, das alte deutsche Feindbild ›Serbien‹ nur abrufen zu müssen.«<sup>643</sup>

Während die deutsche Presse also fleißig ein serbisches Feindbild schürte, wurde weitgehend nicht zur Kenntnis genommen, daß die ersten Verfolgten des jugoslawischen Bürgerkrieges nicht Kroaten oder Bosnier waren, sondern Serben. Die Verfolgung von Kroaten und Bosnier begann erst, nachdem die kroatische Regierung die Serben in ihrem Land offiziell zur »ethnischen Minderheit« erklärt hatte und von Kroaten orthodoxe Kirchen und Synagogen in Brand gesteckt wurden. Straßennamen wurden in Kroatien offiziell nach ehemaligen Führern der faschistischen Ustascha, die Komplizen Hitlers gewesen waren, umbenannt, und in der Nationalflagge Kroatiens tauchte ein altes faschistisches Symbol auf. Es gab demnach für Serben allen Grund zur ernsthaften Besorgnis, daß die alten Gespenster des Faschismus wieder zum Leben erweckt werden könnten und der Spuk von neuem losgehen könnte. Um so markanter erscheint vor diesem Hintergrund die Gleichsetzung Milosevics mit Adolf Hitler. »Der wütende Antisemitismus auf dem Balkan findet sich nicht in Jugoslawien, nicht in Serbien, sondern viel eher in den Nachbarstaaten Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Tudjman, der kroatische Präsident, war es, der den letzten Wahlkampf gewonnen hat mit dem saloppen Ausspruch, er sei froh, weder mit einer Serbin noch mit einer Jüdin verheiratet zu sein. Und Izet-

---

<sup>641</sup> Siehe Deichmanns Bericht, in: Wolfgang Schneider (Hg.): Bei Andruck Mord, a.a.O., S. 248-260.

<sup>642</sup> Vgl. Horst Pankow: Meutenjournalismus. Von Orahovac nach Racak: Wie Kriege gemacht werden, a.a.O., S. 69.

<sup>643</sup> Klaus Thörner: Serbien muß sterben. Konstanten deutscher Balkanpolitik, a.a.O., S. 23. – Vgl. dazu auch Wolfgang Schneider (Hg.): Bei Andruck Mord. Die deutsche Propaganda und der Balkankrieg, Hamburg 1997.

begovic, der vom Westen als gemäßigt gelobte Moslem-Präsident von Bosnien-Herzegowina, hat in seiner islamischen Deklaration vertreten, Palästina brauche nunmehr einen Djihad, und Israel müßte aus Palästina verschwinden.«<sup>644</sup>

*Bosnien/Herzegowina: Das Massaker von Srebrenica – Bewußtseinswandel der Grünen und Sozialdemokraten*

Im Juli 1995 ereignete sich schließlich in der bosnischen Stadt Srebrenica, welche seit April 1992 von bosnisch-serbischen Soldaten eingekesselt und von der UN zur Schutzzone erklärt worden war, das in diesem Krieg schlimmste von bosnisch-serbischen Militärs begangene Kriegsverbrechen, welches nachhaltigen Einfluß auf die deutsche Außenpolitik, insbesondere auf die oppositionelle Haltung der Grünen und SPD ausüben sollte.

In und um Srebrenica herum lebten seit 1993 etwa 40.000 Einwohner muslimischen Glaubens, die sich als Bosnier begriffen und z.T. im Zuge des Bürgerkrieges nach dorthin geflohen waren. Am 11. Juli 1995 wurde die belagerte Stadt von bosnisch-serbischen Truppen unter dem Kommando von General Ratko Mladic überrannt und eingenommen. Die niederländischen UN-Schutztruppen (Blauhelme), die dort zum Schutze der Stadt stationiert waren und die Angehörigen der bosnischen Regierungsarmee entwaffnet hatten, leisteten auch keinen Widerstand, als auf die Besetzung schwere Massaker folgten, bei denen vermutlich ca. 8000 bosnische Muslime ermordet wurden.

Aufgrund der Massaker in Srebrenica entschlossen sich UNO und NATO Ende August 1995 zu Luftangriffen, um die Friedensverhandlungen von Dayton zu erzwingen. Das scheinbare Versagen der internationalen Gemeinschaft erscheint bei näherer Betrachtung als ein taktisches Vorgehen, bei dem massenhafte Vertreibung und Ermordung in Kauf genommen wurden, um eine neue ethnische Grenzziehung zu ermöglichen. Der Sonderberichterstatter Mazowiecki legte nach den Massakern in Srebrenica sein Mandat nieder und schrieb in einem Brief an den Vorsitzenden der UNO-Menschenrechtskommission, daß er sich nicht länger an der bloßen Vorspiegelung des Schutzes von Menschenrechten beteiligen wolle.<sup>645</sup>

Der Eindruck, daß die »europäische Sicherheitspolitik« bisher versagt; jedenfalls nicht stringent genug eingegriffen habe, und vor allem das »Massaker von Srebrenica« bewirkten in der

---

<sup>644</sup> Jürgen Elsässer auf der konkret-Podiumsveranstaltung vom 7. April 1999: Wollt ihr den totalen Friedenseinsatz?, abgedruckt in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 148-163.

<sup>645</sup> »Ungeschützte Schutzzone. Der Fall von Srebrenica«, nach einem Bericht von Yvonne Bangert, in: *pogrom* 185, Oktober/November 1995, Internet: ><http://www.gfbv.de/voelker/europa/srebren.htm><.

deutschen Politik – ganz besonders bei den oppositionellen Grünen einen mehrheitsfähigen Bewußtseinswandel, der zur Abkehr von ursprünglich pazifistischen Positionen führte. Mit dem Wandel der Grünen veränderte sich auch die Republik. In einem offenen Brief schrieb Joschka Fischer an die Bundestagsfraktion der Grünen und an die Parteimitglieder.<sup>646</sup> Die bisherige Politik der Vereinten Nationen sei gescheitert. Die Blauhelme waren mit den Mitteln, die ihnen zur Bewahrung des Friedens zur Verfügung standen, hoffnungslos überfordert und seien zwischen die Fronten geraten, mußten aber neutral bleiben, was faktisch eine Parteinahme für den Stärkeren oder Rabiateren bedeutete. Fischer stellt fest, daß der »Westen« in der Jugoslawienfrage bisher keine einheitliche Haltung eingenommen habe; statt dessen seien die westlichen Staaten in die nationalistischen und imperialistischen Denkkategorien von 1914 zurückgefallen. Der deutsche Staat sei seit 1991 daran interessiert, den Bundesstaat Jugoslawien, der nach dem Ersten Weltkrieg unter dem Schutz der Siegermächte mit serbischer Dominanz entstand, wieder zu zerschlagen. In dem die Bundesregierung sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker beziehe, welches sie während des deutschen Einigungsprozesses 1989/90 für Ost- und West-Deutschland in Anspruch genommen habe und nunmehr den Kroaten und Bosniern nicht verweigern könne, werden die deutschen Interessen moralisch-rhetorisch verschleiert. Dahinter verberge sich aber das Interesse, die Resouveränisierung einer eigenständigen deutschen Außenpolitik ohne Rücksicht auf Verluste voranzutreiben.

Europa sei nicht wiederzuerkennen. Die alten Gespenster des Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus seien wieder aufgestanden; der Spuk, den man nach 50 Jahren überwunden zu haben glaubte, gehe von neuem los. Völkische Politik, die mit Gewalt und Krieg neue Grenzen ziehe, sei im Begriff, sich zu reetablieren. Dieses barbarische Prinzip war in Europa seit Ende des Zweiten Weltkrieges geächtet gewesen. Es wäre fatal, wenn es nun wieder zur allgemeinen Geltung komme, weil es das europäische Projekt der Integration in Gefahr bringe. Aus diesem Grund dürften die Grünen nicht tatenlos zusehen. Aus guten Gründen seien zwar die Grünen, die »Partei der Gewaltfreiheit«, bisher gegen eine militärische Intervention gewesen, schon gar nicht mit deutscher Beteiligung, sondern lediglich für ein UN-Embargo und für humanitäre Hilfe im Rahmen des UN-Blauhelm-Einsatzes. Energisch habe sich die Partei bisher gegen den Versuch der Konservativen gewandt, Schritt für Schritt »Deutschland wieder zu einer militärisch gestützten, machtorientierten Außenpolitik zurückzuführen«.

---

<sup>646</sup> Siehe Joseph Fischer: Die Katastrophe in Bosnien und die Konsequenzen für unsere Partei Bündnis 90 / Die Grünen. Ein Brief an die Bundestagsfraktion und an die Partei (vom 30. Juli 1995), Internet: ><http://www.oeko-net.de/kommune/briefe/kom201.htm><. – Siehe auch die Entgegnungen der Grünen-Spitzenpolitiker, dokumentiert a.a.O.

Nun aber fragt Fischer: »Können Pazifisten, kann gerade eine Position der Gewaltfreiheit den Sieg der brutalen, nackten Gewalt in Bosnien einfach hinnehmen?« Was sei zu tun, wenn alle friedlichen Druckmittel versagten? Es sei zynisch, aber auch moralisch nicht durchhaltbar, ließe man den Bürgerkrieg unter Hinnahme von vielen unschuldigen Opfern einfach »ausbluten«. Zu dem sei eine solche ignorante Haltung sehr gefährlich für das gesamte Europa, das leicht aufgrund der Verstrickung in die Vergangenheit in einen solchen Krieg hineingezogen werden könnte. Die Niederlage der UN hätte zugleich fatale globale Auswirkungen, denn es bestehe die Gefahr, daß Bosnien international Schule machen könne. Fünf Jahrzehnte mühseliger Friedenspolitik würden einfach zunichte gemacht werden. Deshalb stelle sich wie damals im Zweiten Weltkrieg die Frage, wo die Nachgiebigkeit gegenüber barbarischer Gewalt aufhöre. Die Aggressionen der bosnischen Serben bezeichnet Fischer als neuen Faschismus, dem gleichsam die Menschheit sich genauso entgegenzustellen habe wie damals gegen die Nationalsozialisten. Wenn die bosnischen Muslime ein legitimes Notwehrrecht für sich in Anspruch nehmen, dann müsse »Notwehrhilfe« moralisch geboten sein. Aus diesem Grund plädiert Fischer für den militärischen Schutz der »UN-Schutzzonen« und fordert die Partei der Grünen zum Umdenken auf: »Können wir Prinzipien höher stellen als Menschenleben, und was wird aus unserem Prinzip der Gewaltfreiheit, wenn es sich vor der menschenverachtenden Gewalt beugt? Wie muß sich eine gewaltfreie Partei, die sich in ihrem Gründungsprogramm zum Notwehrrecht klar und eindeutig bekennt, in diesem Konflikt zwischen Notwehrrecht und Gewaltfreiheit verhalten?«

Joschka Fischer, der 1991 den Pazifismus noch gegen den Golfkrieg verteidigt und einige Zeit später noch Befürchtungen ausgesprochen hatte, die »Selbstbeschränkung deutscher Außenpolitik« werde schrittweise aufgehoben, der Bundestag werde an der »humanitären Nase« in den Krieg geführt,<sup>647</sup> übte demnach unter dem Eindruck der Berichte über serbische Massaker an bosnischen Muslimen, auf die Partei der Grünen massiven Druck aus. Seine implizite Forderung lief auf eine »Interventionspflicht bei Völkermord« als einen »unveräußerlichen Kern des Antifaschismus« hinaus.<sup>648</sup> Die deutsche Linke laufe massiv Gefahr, »ihre moralische Seele zu verlieren, wenn sie sich (...) vor diesem neuen Faschismus und seiner Politik

---

<sup>647</sup> Streitgespräch zwischen Fischer und Cohn-Bendit, *taz* vom 30.12.1994, in Auszügen abgedruckt als: Joschka Fischer: An der humanitären Nase in den Krieg geführt. Ein unfreiwilliges Vorwort, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 7.

<sup>648</sup> Siehe dazu: »Wohin führt die Forderung nach einer militärischen Interventionspflicht gegen Völkermord? Ein offener Brief an die Mitglieder von Bündnis 90 / Die Grünen, von Kerstin Müller, Claudia Roth, Jürgen Trittin und Ludger Vollmer, Internet: ><http://www.oeko-net.de/kommune/briefe/kom202.htm><.

der Gewalt wegduckt«<sup>649</sup>. Damit war die offene Wende der grünen Positionen zur Außenpolitik eingeleitet.

### *Vorgeschichte der bellizistischen Wende der Grünen*

»Die Zustimmung eines Linken zum Krieg, an dem die eigene Nation teilnimmt, ist stets mehr als die Zustimmung zum Krieg. Zwar muß etwas in ihm rumort und gebrodelt haben, was nun durchbricht, das Coming-out aber ist der Moment, in dem theoretisches Wissen, analytische Fähigkeit, genaues Beobachten liquidiert werden. Was eben noch verächtlich war, ist nun Errungenschaft. Die Anstrengung des analytischen Begreifens, also nicht des Entschuldigens, weicht der Dämonisierung des Feindes. Schlichte Tatsachen müssen ignoriert werden, wenn sie zu Differenzierungen führen, die der Krieg nicht verträgt, wie der Soldat keine Verunsicherung verträgt. Der bellizistische Linke nötigt sich selbst auf, vom Aufklärer zum Propagandamacher zu mutieren. Der Bezug zur Wahrheit, zu jeder Information wird instrumentell.«<sup>650</sup>

Die bellizistische, *oliv*-grüne Wende hat eine Vorgeschichte, die bis in das Jahr 1990 zurückreicht. Nachdem irakische Truppen in den Kuwait eingefallen waren, forderte das Mitglied der grünen Bundestagsfraktion, Udo Knapp, im August 1990 ein militärisches Engagement Deutschlands im Golfkrieg.<sup>651</sup> Im Juli 1992 kam schließlich von prominenterer Seite, von Daniel Cohn-Bendit, die Forderung, der Gewalt in Bosnien müsse mit militärischer Gewalt Einhalt geboten werden. In den darauffolgenden Monaten leistete die den Grünen nahestehende *tageszeitung* mit ihrem Bosnien-Korrespondenten Erich Rathfelder publizistische Rückendeckung für Cohn-Bendit.<sup>652</sup> In einem Beschluß des Länderrats der Grünen hieß es dann im Juni 1993, »der Einsatz von Zwang und Gewalt« dürfe angesichts des Krieges in Bosnien nicht »von vornherein völlig ausgeschlossen werden«. Nach zum Teil heftigen Protesten seitens der Parteibasis fand im Oktober 1993 in Bonn ein Sonderparteitag statt, auf dem Cohn-Bendit seine Forderung nach einer Militärintervention zugunsten der bosnischen Muslime wiederholte. Die Delegierten lehnten dies aber noch mit einer überwältigenden Mehrheit ab

---

<sup>649</sup> Siehe Joseph Fischer: Die Katastrophe in Bosnien und die Konsequenzen für unsere Partei Bündnis 90 / Die Grünen. Ein Brief an die Bundestagsfraktion und an die Partei (vom 30. Juli 1995), Internet: <http://www.oekonet.de/kommune/briefe/kom201.htm>.

<sup>650</sup> Thomas Ebermann: Hedonismus statt Kommunismus? Der linke Bellizismus und die Reize des Westens – eine Studie am Detail, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen, Hamburg 2002, S. 188.

<sup>651</sup> Vgl. Martin Jung: »Die Grünen ziehen in den Krieg. Eine Chronologie.«, in: *Sozialistische Zeitung (SoZ)* 11/1999.

<sup>652</sup> Vgl. ebd.

und stimmten zu 90 Prozent für einen u.a. von Ludger Volmer und Angelika Beer eingereichten Antrag, der Militärinterventionen kategorisch ablehnte.<sup>653</sup> Und noch im Dezember 1994 kritisierte Joschka Fischer in einem *taz*-Streitgespräch mit Cohn-Bendit die Forderung nach deutscher Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen in der Welt – wären sie auch noch so humanitär begründet – als einen illegitimen Versuch der Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik.<sup>654</sup> Fischer bezeichnete die humanitäre Rhetorik zutreffend als einen »Türöffner für Kriegseinsätze«: »Für die Zukunft sehe ich die erhebliche Gefahr, daß die Bundesregierung, Koalition und Generalität nach den Gesetzen der Salamtaktik Anlässe suchen oder Anlässe schaffen werden, um die Barrieren abzuräumen, die es gegenüber der Außenpolitik des vereinigten Deutschland noch gibt. Als Vehikel dienen dabei die Menschenrechts- und die Humanitätsfragen.«<sup>655</sup>

Die Mehrheitsverhältnisse in der Partei der Grünen waren aber bereits im Schwimmen. Zwar stimmten im Juni 1995 von der Bundestagsfraktion der Grünen 41 Abgeordnete gegen die Entsendung deutscher Soldaten und Tornados nach Bosnien zur Unterstützung der »Schnellen Eingreiftruppe«, aber immerhin stimmten bereits vier Abgeordnete auch dafür (Marieluise Beck, Helmut Lippelt, Gerd Poppe, Waltraud Schoppe). Die Grünen begannen fortan einen semantischen Eiertanz zwischen den beiden bundesrepublikanischen Dicta »Nie wieder Krieg!« und »Nie wieder Auschwitz!« und spielten diese beiden Grundsäulen des Selbstverständnisses der alten Bundesrepublik, wenn auch vielleicht unbeabsichtigt, gegeneinander aus. Das Dilemma, in welches sich die Realpolitik bei Beherrschung der beiden Dicta hineinmanövrierte, kommt in dem Schlagwort »Regierungsfähigkeit« zum Ausdruck. In Bezug auf die Außenpolitik meint »Regierungsfähigkeit« nichts anderes als die Bestimmung der Prinzipien einer unantastbaren *Staatsräson*, d.h. der vermeintlich bewährten Tradition<sup>656</sup> und dem

---

<sup>653</sup> Vgl. ebd.

<sup>654</sup> »Ich bin der festen Überzeugung, daß die Öffnung in Richtung der militärpolitischen Komponente die Rückkehr der Macht Deutschland – nicht der Macht Europa – auf der Bühne der Weltpolitik bedeuten wird.« – Streitgespräch zwischen Fischer und Cohn-Bendit, *taz* vom 30.12.1994, in Auszügen abgedruckt als: Joschka Fischer: An der humanitären Nase in den Krieg geführt, a.a.O., S. 7. – Die trennscharfe Gegenüberstellung von Deutschland und Europa ist freilich an der Realität vorbeigedacht. Deutschland kann nur im Gewand von Europa als Weltmacht zurückkehren, sowie Preußen es nur in Gestalt des Deutschen Reiches konnte. Daß sich Deutschland heute in Bezug auf Europa aber ähnlich verhält wie Preußen damals zum Deutschen Reich, ist kaum von der Hand zu weisen.

<sup>655</sup> Streitgespräch zwischen Fischer und Cohn-Bendit, *taz* vom 30.12.1994, in Auszügen abgedruckt als: Joschka Fischer: An der humanitären Nase in den Krieg geführt. Ein unfreiwilliges Vorwort, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 7.

<sup>656</sup> Den Wandel des neuen Außenministers in spe, dessen zweifelhafter Verdienst die maßgebliche Einleitung der Wende innerhalb der Grünen gewesen ist, erklärt Jäger durch die Konfrontation mit preußischen Prinzipien der Staatsräson, die er als »preußische Wand« bezeichnet, auf die Fischer mit seinem bisherigen »Einspruchsgeist« geprallt sei: »Wir können nachvollziehen, wie der Einspruchsgeist des früheren Streetfighters auf eine Wand stieß und von ihr beim Zurückwurf in eine neue Richtung gelenkt wurde. Die neue Richtung ist Schröders Richtung, die Wand ist eine preußische Wand.« – Michael Jäger: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik, Münster 1999, S. 61. – »Auch in der Menschenrechtsfrage, die Fischers spezielles Anliegen als Außenminister

*common sense* zu überlassen. Daniel Cohn-Bendit erklärte mit Orientierung auf die realistische Option einer Regierungsbeteiligung nach den Bundestagswahlen 1998, welchem Wandel die Grünen sich unterziehen müßten: »Eine Partei, die auf Bundesebene regierungsfähig werden will, muß in der Außenpolitik zu einer Linie finden, die von den Bündnispartnern der Bundesrepublik akzeptiert wird.«<sup>657</sup> Humanitäre Einsätze des Bündnismilitärs mit Beteiligung der Bundeswehr galten sukzessive als gebotene, verantwortungsvolle Politik, die praktische Konsequenzen aus den Lehren vor allem aus der deutschen Vergangenheit gezogen habe.

Im Oktober 1995 sprach Fischer auf dem Strategiekongreß der Grünen in Bonn/Bad Godesberg: »Falls die Partei die fundamentale Absage an militärische Gewalt ernst meint und für eine Abschaffung der Bundeswehr und den Austritt aus der NATO Planungen vorlegt, wird sie für eine Regierungsbeteiligung im Bund weder einen Partner noch eine Mehrheit finden. Alle wissen es, aber keiner und keine sagt es.«<sup>658</sup> Auch der Parteilinke Ludger Vollmer forderte nunmehr eine deutsche Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen internationaler Einheiten im Rahmen der OSZE. Zwar sprachen sich mehrheitlich auf dem folgenden Bremer Parteitag im Dezember 1995 die Delegierten gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr aus, aber eine schon recht bemerkenswert große Minderheit von 37% war bereits dafür, Kampfeinsätze als »letztes Mittel zur Verhinderung eines drohenden Völkermordes« zuzulassen. Mit lediglich 63% der Delegiertenstimmen wurde ein Antrag verabschiedet, der Militäreinsätze ausschließt. Die Medien, schreibt Michael Jäger, hätten nunmehr ihr übriges getan, die noch bellizistische Minderheitenposition bei den Grünen in Szene zu setzen und größer werden zu lassen: »nicht die Mehrheit, sondern die Minderheit habe [auf der Bundesdelegiertenkonferenz; MH] gesiegt, weil sie ›schon‹ so groß gewesen sei. Die Medien wußten nämlich ›schon‹, die Minderheit war die Mehrheit der Zukunft. Denn wer recht hat, dem gehört die Zukunft, und was recht ist, wer könnte es melden, wenn nicht die Medien? Durfte dann nicht die Zukunft einen Schatten auf die grüne Bundestagsfraktion vorauswerfen?«<sup>659</sup>

---

ist, ist er auf Herrschaftsgrenzen gestoßen. Menschenrechte sind vor- und überstaatliche Rechte, so daß es wünschenswert wäre, sie gegen jede Staatsautorität einklagen zu können. Geleitet von Habermas, tritt Fischer denn auch dafür ein, bei schweren Menschenrechtsverletzungen, soweit sie ganze Volksgruppen betreffen, das traditionelle völkerrechtliche Verbot, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, so nicht mehr anzuerkennen.« – Jäger, a.a.O., S. 64. – Ohne Frage korrespondiert der Moralismus Fischers nahtlos auch mit dem rhetorischen Verschleierungsgeist der neuen NATO-Doktrin. Man wird Fischer nicht der Lüge bezichtigen und ihn als kaltblütigen Imperialisten bezeichnen können, der seine chauvinistischen Absichten in das Gewand von Moral und Ethik hüllt, aber als naiven Gutmenschen allemal.

<sup>657</sup> Zit. n. Andreas Spannauer: Der lange Marsch. Wie die Partei ›Jäger 90/Die Olivgrünen‹ entstand, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 43-49; S. 47.

<sup>658</sup> Zit. n. Spannauer, a.a.O., S. 48.

<sup>659</sup> Michael Jäger: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik, a.a.O., S. 26.

Nur vier Tage später stimmten 22 grüne Abgeordnete im Bundestag für und ebenfalls 22 gegen den Bundeswehreinsatz in Bosnien. Das Abstimmungsverhalten der Grünen spiegelte demnach nicht den Willen der Parteibasis wider; gleichwohl herrschte bei dem Thema kein Fraktionszwang. »Hier ist illustriert, wie wenig hilfreich heute eine Parlamentarismuskritik ist, die beklagt, es würden Individuen vom Fraktionszwang gegängelt. Denn auf das Individuum und sein Gewissen beriefen sich nun die Medien und die grünen Bellizisten, etwa der gewissenstgepeinigter spätere Außenminister Joseph Fischer, der aber gar nicht daran dachte, aus der Fraktion auszutreten, das hätte ihn ja bedeutungslos gemacht. Nein, der Fraktionszwang selber war es dem sie ein anderes Gewissen geben wollten.«<sup>660</sup>

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz im März 1998 in Magdeburg wurde schließlich das Programm für die Bundestagswahl verabschiedet, in dem es gegen den Bellizismus sogar heißt: »*Bündnis 90/Die Grünen* tragen militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze nicht mit.« Programmatisch abgelehnt wurde demzufolge auch die »Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer internationalen Interventionsarmee durch den Aufbau von Krisenreaktionskräften und Offensivwaffen«. Die Krisenreaktionskräfte seien aufzulösen. Das Wahlprogramm galt jedoch nur bis zur Bundestagswahl. Nach dem rot-grünen Wahlsieg beschloß im Oktober 1998 noch der alte Bundestag die deutsche Beteiligung an den von der NATO geplanten Luftoperationen zur Abwendung einer »humanitären Katastrophe« im Kosovo-Konflikt. 29 Grüne stimmten mit Ja, neun mit Nein.

### *Der Angleichungskurs der Sozialdemokraten*

In Fragen des Krieges waren auch die Sozialdemokraten im Vorfeld der Regierungsübernahme unter den Vorsitzen von Björn Engholm und Rudolf Scharping auf einem bedeutungsvollen Angleichungskurs.<sup>661</sup> »Die Rolle der Parteiführer Engholm und Scharping hatte schon nur noch darin bestanden, daß sie Unterschiede zwischen den Urteilsbildungen ihres Blockes aus SPD und Grünen einerseits und der Urteilsbildung im Regierungsblock andererseits wahrnehmen und erzieherisch zu eliminieren suchten. Engholm führte es bei der Einschränkung des Asylrechts vor, Scharping war auf dem besten Weg, das Kunststück in der Übernahme der neuen NATO-Strategie zu wiederholen.«<sup>662</sup> Gleichwohl war die neue NATO-

---

<sup>660</sup> Ebd.

<sup>661</sup> Als ein Erklärungsansatz für die allgemeine Angleichung der Oppositionsparteien an den Regierungskurs siehe Michael Jägers Ausführungen zu einem »kybernetischen Parlamentarismus« als neuen Herrschaftszuschnitt, in ders., a.a.O., S. 24f.

<sup>662</sup> Jäger, a.a.O., S. 23.



Strategie bereits 1991 in die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) eingesickert und damit, obwohl vom Parlament niemals beschlossen, Bestandteil der deutschen Staatsräson geworden.

Dieser Angleichungskurs wurde allerdings von Oskar Lafontaine, der im November 1995 auf dem SPD-Parteitag Scharping überraschend den Vorsitz streitig machte, unterbrochen. »Scharping wie vor ihm Engholm hatten ihre Aufgabe darin gesehen, die Partei auf den neuen NATO-Kurs zu bringen: Out of area-Einsätze deutscher Soldaten, Einsatz auch deutscher Tornado-Flugzeuge über Bosnien. Vor dem Parteitag mußte Scharping freilich zusichern, er werde die Frage der Militäreinsätze nicht zur Sprache bringen, denn nur eine kleine Minderheit stand hinter ihm. Die Verabredung brechend, sagte er dann aber in seiner Eröffnungsrede, die SPD sei Militäreinsätzen aufgeschlossen.«<sup>663</sup> Wegen der Mißachtung der Verabredung fertigte Lafontaine einen Zusatzantrag an, nach dem die Parteitags-Delegierten gegen einen Einsatz von Tornado-Flugzeugen votieren mögen. Als Scharping von Lafontaines Absicht erfuhr, ging er vor die Presse und verkündete, daß er den Zusatzantrag bekämpfen werde. Damit bahnte sich auf dem Parteitag ein offener Konflikt an. In seiner Rede sagte Lafontaine als zentralen Satz, daß Deutschland eine Friedensmacht sei mit dem Ziel, daß alle Menschen Brüder würden. Die Begeisterung der Delegierten mag Lafontaine dazu bewogen haben, am nächsten Tag Scharping in der Kandidatur um den SPD-Vorsitz herauszufordern. Lafontaine gewann die Abstimmung und war neuer Vorsitzender der Sozialdemokraten. Es war nicht nur eine Abstimmung über zwei Personen; es war wesentlich eine Abstimmung über die Kursrichtung der zukünftigen sozialdemokratischen Außenpolitik – ein Kurswechsel, der dennoch wieder zu Scharping (diesmal als Verteidigungsminister) und dessen Einstellung zum Krieg zurückführte – »(...) es besteht ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Ablehnung von Tornado-Einsätzen durch die SPD, der Wahl Lafontaines zum Parteichef und der Abwahl seines Vorgängers Scharping, wie auch zwischen Lafontaines so errungenem Parteivorsitz und dem Wahlsieg, durch den die SPD drei Jahre später die Regierungsmacht erlangt. Und doch ergreift dann diese Regierung mit Scharping als Verteidigungsminister die erste sich bietende Gelegenheit, Tornados in einem Krieg mitfliegen und Bomben werfen zu lassen, out of area, unter Kommando einer NATO ohne UNO-Mandat.«<sup>664</sup> Wenige Wochen vor der Weichenstellung für den ersten deutschen Kriegseinsatz nach 1945 hatte Lafontaine seine Ämter als Parteichef und Finanzminister niedergelegt. Jäger schreibt, daß dieser die Weichenstellung zum Krieg noch miterlebt habe; vermutlich ist diese auch der entscheidende Grund für Lafontaines Rücktritt gewesen. »Was hatte sein Aufstand gegen Scharping genützt? (...) Es war

---

<sup>663</sup> Jäger, a.a.O., S. 17.

<sup>664</sup> Jäger, a.a.O., S. 18.

keineswegs gleichgültig, daß [die SPD] jemanden, der *gegen* die Einsätze war, zum Parteichef machte, denn ohne ihn, wäre sie nicht an den Hebel der Regierungsmacht *für* die Einsätze gelangt.«<sup>665</sup> Der Pazifismus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands galt wie schon 1914, als sie offiziell verlautbaren ließ, sie werde in der »Stunde der Gefahr« das eigene Vaterland nicht im Stich lassen, nur bis zum Kriegsbeginn.

### *Der rot-grüne Regierungswechsel (1998) und Kosovo-Einsatz (1999)*

Das neue Selbstverständnis der Grünen fand nach dem rot-grünen Regierungswechsel 1998 Eingang in das offizielle Selbstverständnis der deutschen Außenpolitik. Noch im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen hatte es zwar geheißen: »Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik.«<sup>666</sup> Friedenspolitik müsse sich weitgehend auch gegen vermeintliche Bündnisverpflichtungen und internationale Notwendigkeiten behaupten, jedenfalls dürften diese kein Alibi für realpolitische Argumente sein, daß Friedenspolitik im internationalen Rahmen nicht durchsetzbar sei. Aber die außenpolitischen Positionen der Grünen, wie sie noch Anfang der 90er Jahre als Oppositionsverständnis gegolten haben (Streichung der Rüstungsausgaben, Auflösung der Bundeswehr, Festschreibung des Verzichts auf Atomwaffen im Grundgesetz, totales Manöververbot, Abschaffung der Wehrpflicht),<sup>667</sup> waren weitestgehend passé. Nun wurde lediglich noch unter dem programmatischen Titel »Außenpolitischer Aufbruch ins 21. Jahrhundert« eine machtpolitische Selbstbeschränkung und internationale Einbindung, sowie zivile Formen des internationalen Interessenausgleichs und die globale Einhaltung der Menschenrechte gefordert. »Bündnis 90/Die Grünen wenden sich (...) gegen die Außenpolitik der konservativ-liberalen Regierung, in der Deutschland die traditionelle Rolle einer Großmacht in der internationalen Politik spielen soll.«<sup>668</sup> Die Grünen seien nicht bereit »militärische Friedenserziehung« oder Kampfeinsätze mitzutragen.<sup>669</sup> Die neue Bundesregierung war gerade im

---

<sup>665</sup> Ebd.

<sup>666</sup> Koalitionsvereinbarungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, 20.10.1998.

<sup>667</sup> »Die NATO betreibt mehr und mehr die Absicherung ökonomischer Interessen der EG und der USA, um deren »vitale« Ausbeutungsinteressen in Ländern der »Dritten Welt« durchzusetzen.« – Aus dem Wahlprogramm der Grünen, zit. n. Andreas Spannauer: Der lange Marsch. Wie die Partei »Jäger 90/Die Olivgrünen« entstand, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 44. – Die Grünen scheiterten 1990 an der Fünf-Prozent-Hürde und kamen nicht in den Bundestag; so viel Klarheit scheiterte an vermeintlich realpolitischen Gegebenheiten. Aus der Wahlniederlage zogen die Grünen unter dem Stichwort der *Regierungsfähigkeit* ihre Konsequenzen für den über zwei weitere Wahlperioden währenden Angleichungskurs.

<sup>668</sup> Wahlprogramm der Grünen 1998, zit. n. Andreas Spannauer, a.a.O., S. 43-49; S. 44.

<sup>669</sup> Die programmatische Ausrichtung der Grünen stand 1998 immer noch der von Fischer während der Bosnienkrise eingeleiteten Wende in den außenpolitischen Grundsatzfragen entgegen. Man fragt sich, wie es trotz dieser

Amt, da war jede einzelne dieser Aussagen nicht mehr aktuell. »Der erste Außenminister, der den sozialen Protestbewegungen entstammt, hat in den ersten Monaten seiner Amtszeit alle Maßnahmen zuverlässig durchgesetzt, die sein Vorgänger nicht mal mit der Kneifzange anfassen wollte.«<sup>670</sup>

Mit dem rot-grünen Regierungswechsel 1998 hatten sich viele einen grundlegenden Wandel in der Militär- und Außenpolitik erhofft, aber Schröders Wahlkampfeslogan, man werde nicht alles anders, aber vieles besser machen, bedeutete diesbezüglich die Beschwörung *außenpolitischer Kontinuität*<sup>671</sup>: Die rot-grüne Regierung setzte die *neopragmatische* Politik der Konservativen nahtlos und zum Teil sogar effektiver fort, weil nun eine am Pazifismus orientierte schlagkräftige Opposition im Parlament fehlte. Schon im Oktober 1998 beschloß der Bundestag aufgrund der Kosovo-Krise die Beteiligung der deutschen Luftwaffe an einem Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien. Ende Februar 1999 stimmten 556 Abgeordnete aller Fraktionen des Bundestages (außer der PDS) dem Antrag der rot-grünen Bundesregierung für die Entsendung der Bundeswehr (6000 Soldaten mit militärischer Ausrüstung und Kriegsges-  
rät, u.a. Leopard-II-Panzer) in den Kosovo zum Zwecke einer gewaltsamen Erzwingung des sogenannten »Rambouillet-Abkommens« zu.<sup>672</sup> Am 24. März 1999 begannen die Kampfhandlungen der NATO in Jugoslawien.

Der Kosovo-Einsatz der Bundeswehr war der erste Kampfeinsatz des deutschen Militärs seit dem Zweiten Weltkrieg. Auf sein Zustandekommen war seit 1989/90 systematisch hingearbeitet worden. Insofern kann von der rot-grünen Bundesregierung nicht ernsthaft behauptet werden, sie sei in diesen *hineingeschlittert*, da er nun einmal noch vom alten Bundestag unter schwarz-gelben Mehrheitsverhältnissen beschlossen worden sei. »Dieser Kriegseintritt kann nicht wie eine ›Panne‹ behandelt werden, selbst wenn wahr wäre, daß die Regierung in ihn ›hineingeschlittert‹ ist. Denn er stellt einen Verfassungsbruch dar, der die ganzen 90er Jahre über von CDU – wie SPD – und zuletzt auch grünen Politikern in kontinuierlicher und geradezu unermüdlicher Anstrengung vorbereitet worden ist.«<sup>673</sup>

Das *Handelsblatt* schrieb etwas verwundert: »Es ist eine Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet ein grüner Außenminister dabei hilft, die Deutschen reif für den *gerechten Krieg* zu

---

programmatischen Ausrichtung der Grünen zustande kam, daß Fischer Außenminister werden konnte. Dieser stellte dann auch umgehend klar, daß er keine parteiiche, d.h. »grüne« Außenpolitik machen werde, sondern eine überparteiiche, d.h. deutsche. – Vgl. Matthias Geis: Fischer, der Krieg und die Vision – Der deutsche Außenminister zeigt sich als treuer Partner der USA – um damit eine gewichtigere deutsche Rolle in der Welt einzufordern, in: *Die Zeit*, 40/2001.

<sup>670</sup> Andreas Spannauer: Der lange Marsch. Wie die Partei ›Jäger 90/Die Olivgrünen‹ entstand, a.a.O., S. 43.

<sup>671</sup> Um außenpolitische Kontinuität ging es bereits in dem Wahlslogan der SPD 1961; damals hieß es: »Wir wollen nicht alles verändern, aber vieles besser machen.« – zit. n. Gerhard Stuby: Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik, a.a.O., S. 17. – Damals bezog es sich hauptsächlich auf die Außenpolitik, 1998 unter anderem.

<sup>672</sup> Siehe Antrag der Bundesregierung, Drucksache 14/414, Balkan-Akte.

<sup>673</sup> Michael Jäger: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik, a.a.O., S. 11.

machen.«<sup>674</sup> Eine konservative Regierung hätte es gegen eine rot-grüne Opposition gewiß schwerer gehabt, einen solchen militärpolitischen Konsens in der Bundesrepublik herzustellen.<sup>675</sup> Aber an den Grünen ist ihr außenpolitischer Angleichungskurs nicht spurlos vorbeigegangen. Die Partei, die sich in der Tradition der Friedens- und Menschenrechtsbewegung verstand, stand vor einer heftigen Zerreißprobe und mußte den Zorn ihrer Basis zu spüren bekommen. Am 25. März 1999 spricht Angelika Beer vor dem Bundestag das Dilemma an, in dem sich die Parteifunktionäre befanden: »Ich will eine gewisse Hilflosigkeit gerade bei den Grünen, die aus der Friedens- und Menschenrechtsbewegung kommen, nicht verhehlen. Ich glaube aber, daß wir uns in Wahrnehmung der Verantwortung (...) bewußt vor die Alternative haben stellen lassen und darüber entschieden haben (...). Vor dieser Alternative haben wir uns klar positioniert. Ich hoffe, daß diejenigen, die uns oder mich persönlich, wie in den letzten Tagen geschehen, als Kriegstreiber bezeichnen, endlich die Antwort auf die Frage geben, was denn die Alternative zu dieser schwierigen Entscheidung gewesen wäre.«<sup>676</sup> Die Antwort gab der als Außenminister in der Regierungsverantwortung stehende Joseph Fischer in der *Bild*-Zeitung: »Für mich gibt es keine Zweifel. Wenn wir Milosevic nicht stoppen, würde das Morden im südlichen Balkan weitergehen. Montenegro, Mazedonien, dieser Mann hätte niemals beim Kosovo Schluß gemacht. Zuerst war es Slowenien, dann Kroatien und Bosnien. Seine blutige Strecke umfaßt 300.000 Tote.«<sup>677</sup>

Während des Bielfelder Parteitages im Mai 1999, auf dem sich die grünen Bundesdelegierten mit dem NATO-Luftkrieg gegen Jugoslawien beschäftigten und eine unbefristete Einstellung der Bombardements mit 57% der Stimmen ablehnten, hatte Fischer einen roten Farbbeutel an sein Ohr geschmissen bekommen. Die Luftangriffe der NATO auf Jugoslawien dauerten zu diesem Zeitpunkt bereits sieben Wochen, »und die Grünen glaubten, sie könnten noch über Krieg oder Frieden diskutieren«, sagte der Farbbeutelwerfer in einem Interview mit der *junge welt* anlässlich der Zeugenvernehmung Fischers. »Insofern war es wichtiger, ein Zeichen zu setzen, daß man von einem Fischer nichts mehr erwartet, daß man von den Grünen als fortschrittliche Kraft nichts mehr erwarten kann. Sie waren längst schon Modernisierer von Herr-

---

<sup>674</sup> Zit. n. David Meinenreis / Frank Renken (Hrsg.): Krieg und Globalisierung. Der Imperialismus: Vom Kolonialismus zu den Kriegen des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a.M. 2002, S. 65.

<sup>675</sup> Die Ironie beginnt allerdings bereits 1995 und wird als *Wende* manifest 1998: »Nicht 1998, sondern im Juni 1995, als der deutsche Bundestag den Kriegseintritt in Bosnien beschloß, entdeckten die Grünen den diskreten Charme der Regierungsverantwortung und richteten Theorie und Praxis von diesem Moment an darauf aus.« – Andreas Spannauer: Der lange Marsch. Wie die Partei ›Jäger 90/Die Olivgrünen‹ entstand, a.a.O., S. 49.

<sup>676</sup> Zit. n. Hermann L. Gremliza: Vorwort, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 9.

<sup>677</sup> Zit. n. *BILD*-Zeitung vom 4. Mai 1999.

schaft geworden. Außerdem ging es praktisch auch darum, den Krieg zu stoppen und den Kriegsparteitag zu verhindern.«<sup>678</sup>

Wurde Volker Rühle als Bundesverteidigungsminister von der damaligen rot-grünen Opposition noch dafür gescholten, daß er während des Somaliaeinsatzes eine *Menschenrechtsrhetorik* bemühte, um das deutsche Engagement zu rechtfertigen, und daß die Bundesregierung den Bundestag an der »humanitären Nase« in den Krieg führe, so wurde nunmehr dieselbe Rhetorik von Rot-Grün fortgesetzt. Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Scharping sprach im Zusammenhang des Kriegsausbruchs unverhohlen von einem Glücksfall für die Möglichkeit Deutschlands, sich als verantwortungsbewußter und souveräner Staat in der westlichen Staatengemeinschaft zurückzumelden. Der deutsche Staat würde in dem sich neu konstituierenden Europa eine herausragende Rolle spielen. Die Konflikte auf dem Balkan dienen hier als Anlaß, die neue Sicherheitsarchitektur in Europa und weltweit voranzutreiben. – Der außerdeutsche Ausnahmezustand des Krieges als Instrument für die Produktion von deutscher Normalität. In der Rhetorik der westlichen Staatengemeinschaft hörte sich das freilich etwas anders an. Ihr Thema ist nicht das der Verfügung über den Ausnahmezustand, welches nach Carl Schmitt Souveränität ausmache, sondern das der Menschenrechte. Sogenannte ethnische Säuberungen, Völkermorde sollten in der Welt nicht mehr ungestraft stattfinden dürfen. Dan Diner mutmaßte affirmativ in der *Zeit*, es könnte sich um einen neuen kategorischen Imperativ handeln: In die Souveränität aller Nationalstaaten einzugreifen, die zu ethnischen Säuberungen als Mittel der Politik zur Homogenisierung ihrer Bevölkerungen greifen.<sup>679</sup> Das sollte die Botschaft des Krieges sein, die weit über Jugoslawien hinausgehen soll, schon der Mahnung wegen, die vorauseilenden Gehorsam in der »barbarischen« Welt erzwingen soll, weil es sich die westlichen Industriestaaten finanziell und politisch auf Dauer gar nicht leisten könnten, überall dort militärisch zu intervenieren, wo Menschenrechte aufs massivste verletzt werden. – De facto wäre dies aber kein neuer moralisch-kategorischer Impera-

---

<sup>678</sup> Interview mit dem Farbbeutelwerfer »samira«, in: *junge welt*, vom 22.02.2000. – Auch wenn die Wahl seines Protestes die Grenze des Legitimen überschritt, da Fischer bei der Aktion angeblich ein Trommelfell geplatzt ist, aber der Farbbeutelwerfer nicht unbedingt das Ohr, sondern wohl allgemein *nur* die Person Fischer treffen wollte, treffen die Erklärungen des Farbbeutelwerfers den Sachverhalt mitten ins Schwarze: »An J. Fischers Händen klebt das Blut des Krieges, wie an den Händen der gesamten Partei. Es ist offensichtlich, daß die Menschen im Kosovo, Serbien und Montenegro als Manövriermasse zwischen Natoländern, UCK und serbischen Regime zerrieben werden. Die Grünen, die sich aus der 68er Protestgeneration an die Macht emporgearbeitet haben, setzen heute die Losung vom »Krieg als humanitärer Akt« durch. Sie überdecken damit die wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen, die die Natoländer an diesem Krieg haben. Und ich finde, es liegt in der Verantwortung eines jeden Menschen, alles dafür zu tun, daß dieser Krieg sofort beendet wird und ggf. auch die Kriegstreiber Fischer, Schröder und Scharping und wie sie alle heißen aktiv in ihrem Tun zu stoppen (...) Ich bereue nichts.« – Aus der Presseerklärung des Farbbeutelwerfers: »Der Farbbeutel, den ich geschmissen habe, sollte Joseph Fischer treffen«, Internet: >[http://www.archiv-kiel.de/war\\_mal/no\\_nato/texte/presse02.html](http://www.archiv-kiel.de/war_mal/no_nato/texte/presse02.html)<.

<sup>679</sup> Dan Diner: »Ein Schlüsselereignis – Die atlantische Gegenwartskultur setzt auf dem Balkan ein unübersehbares Signal«, in: *Die Zeit*, Nr. 24, 10.06.1999, S. 45f.

tiv, wie Diner meint, sondern die imperiale Erweiterung des Souveränitätsbegriffs nach Carl Schmitt: Souverän ist, wer nicht nur über den eigenen, sondern auch über den Ausnahmezustand der anderen verfügt.

Auch Jürgen Habermas saß diesem erweiterten Souveränitätsbegriff auf, als er sich im Jugoslawien-Krieg positionierte;<sup>680</sup> er brachte ebenfalls moralische Kategorien ins Gespräch.<sup>681</sup> Was die NATO praktiziere, müsse mit Hilfe der Kantischen Philosophie nach universellen Maßstäben beurteilt werden. Die NATO sei auf dem Weg zu einer »verrechtlichten kosmopolitischen Ordnung«. Damit entwickle sich das klassische Völkerrecht (Interventionsverbot) zu einem NATO-Völkerrecht (Menschenrechtspolitik auch ohne UN-Mandat)<sup>682</sup>, und seit dem Golfkrieg 1991 sei damit die Tendenz hin zu einem »Recht der Weltbürgergesellschaft« sichtbar: Eine neue »Assoziation von Weltbürgern« werde den Staatsbürger ggf. gegen den Willen, gegen die Willkür der eigenen Regierung schützen, und die Staatschefs werden zur Rechenschaft gezogen: Milosevic, Pinochet etc. müssen für ihre Untaten persönlich haften.<sup>683</sup> Die neue NATO mache es möglich. Habermas scheint nicht daran zu denken, daß starke Staaten (Supermächte) die NATO kontrollieren können – jedenfalls werden es die Weltbürger nicht sein, die hier Demokratie praktizieren.<sup>684</sup> War die UN bisher Spielball imperialistischer Interessen gewesen, so ist es die neue NATO noch um so mehr.<sup>685</sup> Wenn die UNO nunmehr von der NATO umgangen werde, sei daß ein »bloßer Vorgriff auf einen künftigen kosmopolitischen Zustand«. Habermas formuliert in seinen Worten das ideologische Programm des Neoliberalismus, welches die zentrifugalen Tendenzen des Spätkapitalismus nach der Auflösung der bipolaren Weltordnung nur noch mit Drohung, Gewalt und Krieg zusammenhält;

---

<sup>680</sup> Vgl. Jürgen Habermas, in: *Die Zeit* vom 29.04.1999.

<sup>681</sup> »Um sein Einverständnis zu Protokoll zu geben, verwandelt Habermas die Wirklichkeit der Bombardements in die Möglichkeit einer freien Gesellschaft. Denn mit den ›humanitären Luftschlägen‹ steht seiner Meinung nach ›die Transformation des Völkerrechts in ein Recht der Weltbürger auf der Agenda.« – Günther Jakob: Mit Auschwitz lügen. Der bewaffnete und der unbewaffnete Humanismus, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 78-94; S. 91.

<sup>682</sup> Wie die weitere Entwicklung nach dem 11. September 2001 zeigte, notfalls auch ohne Mandat der NATO: die USA im Alleingang und selbst-legitimiert als *preemptive strike*. – Spätestens hier wird deutlich, daß es sich nicht um ein neues Völkerrecht handelt, sondern um die schmucklose Rückkehr zum *Faustrecht*, zum Recht des Stärkeren.

<sup>683</sup> Habermas »will nicht auffallen, daß Pinochet seinen Beitrag längst geleistet hat und daß die, die ihn seinerzeit in den Sattel hoben, die sind, die ihn jetzt, da sie ihn nicht mehr brauchen, richten, weil sie – zum Beispiel – für den ›Fall Fidel Castro‹ eine Vorlage suchen.« – Günther Jakob: Mit Auschwitz lügen. Der bewaffnete und der unbewaffnete Humanismus, a.a.O., S. 91.

<sup>684</sup> Vgl. Jürgen Habermas: Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance?, in ders.: Der gespaltene Westen. Kleine Politische Schriften, Bd. X, Frankfurt a.M. 2004, S. 113-193.

<sup>685</sup> »In [der] ›postnationalen‹ neuen Weltordnung soll nun alle Politik Innenpolitik sein. Und das nur, so heißt es, damit man den Chefs der Schurkenstaaten, deren Treiben man nicht mehr länger zusehen mag, das Handwerk legen kann. Der westliche Universalismus mit seiner Ausrichtung auf abstrakte Menschenrechte wird heute eben nicht mehr, wie noch vor einigen Jahren, als Ethnozentrismus und verkleideter Imperialismus aufgefaßt, sondern als positiver Begriff der Zukunft der Menschheit. Seit der Westen gesiegt hat, ist die Welt tatsächlich im Begriff, sich unter seinen Maximen neu zu ordnen.« – Günther Jakob: Mit Auschwitz lügen. Der bewaffnete und der unbewaffnete Humanismus, a.a.O., S. 94.

diese Aufgabe soll vom NATO-Sicherheitsrat wahrgenommen werden. »Was für eine Konstruktion. Die von Nürnberg übernommenen juristischen Werkzeuge des ›Nie wieder!‹, mit denen sich die UNO zwischen 1945 und 1949 ausgestattet hatte, sind vierzig Jahre lang nicht benutzt worden, und Habermas nennt das im Vorbeigehen eine ›Stagnation‹. Welche einzigartige Gewaltkonstellation die Nürnberger Prozesse damals möglich machten, warum eine ähnliche Konstellation danach nie mehr zustande kam und wieso die Machtkonstellation von 1999 dem ›zivilgesellschaftlichen‹ Idealismus der ›Weltbürgergesellschaft‹ samt ›Weltregierung‹ Auftrieb geben soll, davon spricht Habermas nicht.«<sup>686</sup>

### *Rudolf Scharpings Verantwortung*

Milosevics angeblicher Plan der systematischen Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo durch die Serben – Rudolf Scharping ließ sich zwecks plastischer Beschreibung die Bezeichnung »Hufeisenplan« einfallen –, soll sich als frei erfunden erwiesen haben.<sup>687</sup> Die Verbreitung von halbweisen und einseitigen Schreckensnachrichten hatte System; sie sollte die deutsche Öffentlichkeit geschmeidig für den Kriegseinsatz der Bundeswehr machen. Vor dem Bundestag behauptete Scharping, daß serbische Soldaten mit abgeschnittenen Köpfen getöteter Albaner aus dem Kosovo Fußball spielten; er zeigte den Bundestagsabgeordneten Bilder, die die Existenz von serbischen Konzentrationslagern belegen sollten; die Bilder aber bewiesen gar nichts.<sup>688</sup> Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien war für das westliche Europa vor allem ein Medienereignis. Die Flut der medialen Bilder, die aus der Wirklichkeit als Collage zusammengestellt wurden, hat keinen Zusammenhang hergestellt. Sie blieben abstrakt: vom Gesamtzusammenhang isoliert. Deshalb haben sie keine Wahrheit über die Verhältnisse vor Ort vermittelt. Sie haben statt dessen etwas vermittelt, das dem moralischen Bewußtsein Stoff zur bloßen Entrüstung, aber keinen Anreiz zur darüber hinausgehenden Reflexion bot. Die moralische Entrüstung aber war gewollt. Darüber erfuhr der Kriegseinsatz der NATO seine

---

<sup>686</sup> Jakob, a.a.O., S. 92.

<sup>687</sup> Der Beweis für die Lüge soll in dem Film »Es begann mit einer Lüge« erbracht worden sein. – Siehe David Meienreis / Frank Renken (Hrsg.): Krieg und Globalisierung, a.a.O., S. 63.

<sup>688</sup> »Rudolf Scharping (...) profanisiert den Schrecken im Kosovo gerne mittels Fotos, deren Offenheit für Deutungen er durch seine erregte Kommentierung eingrenzen möchte. Dabei spielt er auf die ältere Bildtradition der KZ-Fotos an, die sich als Folie über die Aufnahmen aus dem Kosovo legen sollen. Er zeigt Bilder von Ermordeten, von denen man nicht weiß, wen sie zeigen und wie bzw. wann sie entstanden sind. Man soll dabei aber an die Toten von Auschwitz denken. Offenbar wählt er diese Form der kriegsagitorischen Vereindeutigung, weil sich die dabei entstehenden Verknüpfungen argumentativ nicht begründen lassen. Scharping reduziert so die Komplexität der Situation, denn das meiste, was es zum Krieg im Kosovo zu sagen gäbe, insbesondere zu den Kriegszielen der NATO, entzieht sich der bildlichen Darstellung.« – Günther Jakob: Mit Auschwitz lügen. Der bewaffnete und der unbewaffnete Humanismus, a.a.O., S. 81.

Anerkennung in der Bevölkerung. Denn »was kann schon moralischer sein als ›Nie wieder Auschwitz‹?, stellt Moshe Zuckermann fest. »Das ist ideologisch im übelsten Sinne des Wortes: die Rationalisierung eigener Mitschuld am Verbrechen durch ›moralische‹ Verklärung, die Vertugendung eigenen Versagens. Ob sich Auschwitz dafür eignet, werden sich Fischer und seine Kollegen früher oder später Rechenschaft ablegen müssen.«<sup>689</sup>

Was man in den ersten Monaten nach dem rot-grünen Regierungswechsel im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt erleben konnte, war die Fortsetzung einer *Politik der moralisierenden Moral*, die sich immer mehr in ein Dilemma hineinmanövrierte. Tatsächlich war in jenen Wochen das Wort *Dilemma* auch zu einem Modewort unter den gewandelten grünen Pazifisten geworden. Man befand sich in einem Dilemma, so wie man manchmal Migräne hat und deshalb nicht ansprechbar ist. »Ich bin natürlich zunehmend verzweifelt, antwortete Angelika Beer – militärpolitische Sprecherin der Grünen – in einem Interview vom 20. April 1999, »aber ich habe keine Zweifel. Ich weiß keinen anderen Weg.«<sup>690</sup> Zwischen der eigenen moralischen Gesinnung und der häßlichen Wirklichkeit klafft es auseinander. Das Ausleben des in Szene gesetzten Dilemmas erlaubt den Abbau der moralischen Skrupel, denn im Bereich der Außenpolitik, wo Staaten handlungsfähig bleiben müssen, darf sich Handlungsunfähigkeit nicht allzu lange erlaubt werden. Das in Szene gesetzte Dilemma diente in diesen Tagen als rhetorisches Vehikel zur Rechtfertigung dessen, was das moralische Bewußtsein eigentlich nicht rechtfertigen kann: den Abbau der moralischen Skrupel und die Metarmorphose zum bellizistischen Konvertiten.

Die dunkle Vergangenheit Deutschlands wurde positiv gewendet. Kein anderes Land als Deutschland stünde in der glaubwürdigen Verantwortung, gegen die »Fratzen der Vergangenheit« konsequent vorzugehen. Was einem Martin Walser und anderen nicht gelang, einen Schlußstrich unter Auschwitz zu setzen, schien nun der Politik zu gelingen: die Geschichte, wenn man sie schon nicht vergessen machen konnte, positiv zu wenden. Geschichte wurde annulliert, indem sie über Verschiebungen und Projektionen als überwunden angesehen wird. Gegenwärtig sollte diese dunkle Geschichte bei den »neuen Hitlern« der Anderen sein. Indem plötzlich Milosevic zu einem »kleinen Hitler« hochstilisiert wurde – wobei das Adjektiv so unbedeutend *klein* erscheinen soll, daß es manchmal sogar gleich weggelassen wurde und damit der vermeintlich kleine zu einem großen Hitler avancierte – wurde Auschwitz in einem ortlosen Raum angesiedelt. Die Verbrechen der Nazis an den Juden wurden nicht nur auf eine andere Bevölkerung projiziert und damit als *deutsche* Verbrechen ungeschehen gemacht, annulliert, sondern im gleichem Zuge derart verallgemeinert, daß zum einen die Naziverbrechen

---

<sup>689</sup> Moshe Zuckermann: »Die Vertugendung eigenen Versagens«, in: *Züricher Weltwoche* vom 29.04.1999.

<sup>690</sup> Angelika Beer, zit.n. *konkret*, Nr. 6, 1999, S. 12.



verharmlost und die gegenwärtigen Verbrechen eines Milosevic den Stempel eines neuen Zivilisationsbruches aufgedrückt bekamen.

Auf den Hinweis, daß sein Verteidigungsminister Beweise haben müsse, wenn er von Konzentrationslagern redete,<sup>691</sup> antwortete Gerhard Schröder in einem *Spiegel*-Gespräch bemerkenswert ausweichend: »Es kommt darauf an, was man dem Begriff unterlegt. Wir wissen, daß Menschen zusammengefaßt werden und unglaublicher Brutalität ausgesetzt sind. Das reicht, um zu handeln.«<sup>692</sup> Während Schröder der Gleichsetzung von serbischen Gefangenenlagern mit nationalsozialistischen Konzentrationslagern keinen Einhalt gebot, unternahm Fischer sogar die Gleichsetzung von Milosevic mit Hitler und Stalin: »Es war ein wirklicher Schock, daß Milosevic bereit war zu handeln wie Stalin und Hitler: einen Krieg gegen die Existenz eines ganzen Volkes zu führen.«<sup>693</sup> Offensichtlich handelte es sich bei dem jugoslawischen Bürgerkrieg, in der Phase Kosovo, nicht um einen ethnischen (rassistischen) Vernichtungskrieg (Völkermord) der Serben gegen die im Kosovo lebende albanische Minderheit. Noch im Januar 1999 gab das Auswärtige Amt die Auskunft, daß eine »explizit an die albanische Volkszugehörigkeit anknüpfende politische Verfolgung (...) auch im Kosovo nicht festzustellen« sei; das »Vorgehen der Sicherheitskräfte [sei] nicht gegen Kosovo-Albaner als ethnisch definierte Gruppe gerichtet, sondern gegen den militärischen Gegner und dessen tatsächliche oder vermutete Unterstützer«<sup>694</sup>.

Es kommt ganz gewiß darauf an, was man einem Begriff unterlegt. Begriffen wie *Deportation*, *Konzentrationslager*, *Endlösung*, *Auschwitz* usw., die entweder aus dem Vokabular der Nazis stammen oder deren barbarische und singuläre Verbrechen auf den Begriff zu bringen versuchen, können aber nicht auf Verhältnisse angewandt werden, die ihnen überhaupt nicht entsprechen und demzufolge auf der einen Seite zu einer verharmlosenden Relativierung und auf der anderen Seite zu einer Übertreibung führen. Auschwitz ist der Name nicht eines namenlosen Grauens irgendwo oder überall, sondern steht für den bis dato historisch einmaligen, industriellen Massenmord an den europäischen Juden, durchgeführt von deutschen Nazis mit einem Höchstmaß an instrumenteller Vernunft. Der industrielle Massenmord an den euro-

---

<sup>691</sup> »Bei Rudolf Scharping wird es wohl eine Mischung aus Demagogie, Dummheit und Unbewußtem sein, wenn er im Kosovo freihändig Konzentrationslager vermutet. Bei dem US-amerikanischen Professor Andrei S. Markovits, der zu ähnlichen Behauptungen neigt, darf man hingegen annehmen, daß ein bestimmtes politisches Temperament (sein politikberaterischer Diskurs des schnellen strategischen Einschätzens auf der Grundlage von »Hauptwidersprüchen«) sich hier mit wirklichem Erschrecken vermischt.« – Günther Jakob: Mit Auschwitz lügen. Der bewaffnete und der unbewaffnete Humanismus, a.a.O., S. 78.

<sup>692</sup> Gerhard Schröder im Gespräch, in: *Der Spiegel* 15/99.

<sup>693</sup> *Newsweek* vom 12.4.1999.

<sup>694</sup> Auskunft des Auswärtigen Amtes (AA) vom 12. Januar 1999 an das Verwaltungsgericht Trier, Az: 514-516.80/32 426, abgedruckt in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 145. – Siehe auch weitere Auskünfte des AA mit vergleichbaren Feststellungen zu späteren Zeitpunkten, a.a.O., S. 145ff.

päischen Juden durch Verwaltung war die zivilisierte Barbarei, die einen Einblick verschafft hat in die immanente Irrationalität der okzidentalen Rationalität, in die Dialektik der Aufklärung. Wann Mißhandlung, Schändung, Vertreibung, Mord und Pogrom die Dimension von Auschwitz erhalten ist keine quantitative, es ist eine qualitative Frage. Industrieller Massenmord durch Verwaltung bedeutet nicht das massenhafte Mißhandeln, Schänden, Vertreiben und Morden in einem Staat unter seiner Duldung oder mit seiner unausgesprochenen Legitimation. Das ist zwar bereits grausam genug, aber leider eine ganz gewöhnliche Erscheinungsform von Kriegen und Bürgerkriegen allgemein. Die Vorgeschichte des Verwaltungsmassenmords begann mit der sukzessiven Entrechtung der diskriminierten Minderheiten durch die Rechtsprechung des Staates selbst; sie setzte sich fort mit der Ermittlung der vermeintlichen Rassenminorität durch den willigen Verwaltungsapparat des Staates, mit dem rechtmäßig gemachten Raub des Eigentums der diskriminierten Minderheiten, mit der systematischen Verhaftung und Verschleppung durch Polizei oder paramilitärische Einheiten unterm Gewand der Legalität, und der Verwaltungsmassenmord kam zu sich selbst in der fabrikmäßig und bürokratisch organisierten Massenliquidation in Tötungslagern: Dort wurden die entmenschlichten Menschen als dingliche Exemplare mit Registriernummer sachlich kalt getötet, mit der gleichen Anteilnahmslosigkeit, wie man Waren bei Überproduktion entwertet: weitgehend ohne Emotionen, nicht einmal mit Haß.

Die Vertreibungen und Greuelthaten, die im Kosovo stattgefunden haben, grenzten weder an Verwaltungsmassenmord, noch sind sie es selbst gewesen. Was stattfand, ist deswegen aber keineswegs zu verharmlosen. Es waren einzelne, unsystematische, aber gehäufte Exzesse der Gewalt und des Hasses, durchgeführt von losgelassenen paramilitärischen und militärischen Banden unter staatlicher Duldung: Pogrome. Aber es gab keinen faschistischen Staat in Jugoslawien; es existieren keine Tötungslager. Auch von *Deportationen* konnte jedenfalls für Raul Hilberg keine Rede sein.<sup>695</sup> Aber auch in der *Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung* hieß es: »Was derzeit im Kosovo geschieht, ist eine ethnische Vertreibung. Terror gegen die Zivilbevölkerung wird systematisch als Mittel der Kriegführung eingesetzt. (...) Auschwitz war keine Vertreibung, Auschwitz war auch kein gewöhnliches Kriegsverbrechen. Auschwitz war die

---

<sup>695</sup> »»Deportation« bedeutet, daß sehr viele Menschen mit Zügen zu einem bestimmten Ziel gebracht werden und daß man dort mit den Menschen etwas Schlimmes macht. Werden Züge voller Menschen an die Grenze geschickt, dann ist das eine Vertreibung. In der Tragödie auf dem Balkan sehe ich nicht den Versuch, eine ganze Volksgruppe zu vernichten. Zweifellos will man die Kosovo-Albaner heraus haben. (...) Vor fünf Jahren hat sich die amerikanische Regierung geweigert, die Vernichtung der Tutsi als Genozid zu bezeichnen. Warum? Sie wollte da nicht eingreifen. Heute will Washington in Jugoslawien eingreifen. Jetzt benutzt der US-Präsident das Wort Genozid, ohne daß es Beweise dafür gibt.« – *Tagesspiegel* vom 23.4.1999.

industriell betriebene physische Vernichtung der europäischen Juden, von den Betreibern durchaus korrekt ›Endlösung‹ genannt.«<sup>696</sup>

In der deutschen Öffentlichkeit, die weitgehend die einzige der westlichen gewesen ist, in der der instrumentalisierende Vergleich mit dem Nationalsozialismus eine solch gravierende Rolle gespielt hat, ging es denn auch um den spezifisch deutschen Problemzusammenhang der Normalisierungsfrage, der die vergangenheitspolitische Auseinandersetzung vorgelagert war: Die Parolen »Nie wieder Auschwitz« und »Nie wieder Krieg« haben in der vergangenheitspolitischen Normalisierungsrhetorik ihren Begründungszusammenhang verloren. Übriggeblieben sind Phrasen, die gegeneinander ausgespielt und mit neuem Inhalt gefüllt werden konnten. »Plötzlich ist umstritten, was eine Vertreibung von einer Deportation unterscheidet und ab wann und mit welchen Mitteln den Anfängen zu wehren sei. Jedes Argument läßt sich plötzlich umdrehen: ›Nie wieder Krieg‹ kann ein Wegschauen bedeuten und ›Nie wieder Auschwitz‹ die Zerstörung eines Landes erfordern.«<sup>697</sup> Das Problem sind die Hypostasierungen solcher Dicta, genauer: die Isolierung aus dem Gesamtzusammenhang ihres historischen Kontextes. »Nie wieder Krieg« bezog sich auf den imperialistischen Krieg, auf Deutschlands zweimaligen Griff nach der Weltmacht mit kriegerischen Mitteln. »Nie wieder Auschwitz« war eine Fundamentalkritik nicht nur an der deutschen Geschichte, sondern auch an der (kapitalistischen) Moderne.<sup>698</sup>

Das, was Auschwitz ähnlich sein könnte, kann ohne Aufklärung und ihre Dialektik nicht auf den Begriff gebracht werden. Das Wort Auschwitz wird vom Alltagsbewußtsein als Synonym für allgemeinen Völkermord verwandt. Auschwitz als gewöhnlicher Genozid, wie ihn viele Territorialstaaten in ihrer Entstehungsgeschichte aufzuweisen hätten, relativiert. Die rotgrünen Protagonisten haben das getan, ohne zugleich bewußt die Dimension von Auschwitz selbst zu schmälern. Das implizierte, man müsse gegen Milosevic in genau derselben Härte und Konsequenz vorgehen, wie einmal gegen Hitler. Dem Nato-Krieg gegen Jugoslawien und im besonderen den deutschen Truppen wurde gemäß dieser Gleichsetzung die Weihe der antifaschistischen Allianz des Zweiten Weltkrieges zuteil. Die deutschen Tornados bombardierten

---

<sup>696</sup> *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung* vom 15.4.1999.

<sup>697</sup> Günther Jakob: Mit Auschwitz lügen. Der bewaffnete und der unbewaffnete Humanismus, a.a.O., S. 80.

<sup>698</sup> Der Faschismus war für Max Horkheimer die historische Antwort auf die Krise des Spätkapitalismus. Was durch den *gleichen und gerechten Tausch*, d.h. mit rein ökonomischen Mitteln nicht mehr zu ordnen war, wurde auf totalitäre Weise zu sichern versucht. 1939 schrieb Horkheimer: »Der Faschismus ist die Wahrheit der modernen Gesellschaft, die von der Theorie von Anfang an getroffen war. Er fixiert die extremen Unterschiede, die das Wertgesetz am Ende produzierte. Ihn zu erkennen, bedarf es keiner Revision der ökonomischen Theorie. Der gleiche und gerechte Tausch hat sich selbst ad absurdum geführt, und die totalitäre Ordnung ist dies Absurdum.« Die liberalen Länder verwandelten sich rascher in totalitäre Régime als Bücher Verleger fänden, und von dem Emigranten sei sicher nicht zu verlangen, daß er jenes Land kritisiere, welches ihm noch Asyl gewährte, dennoch: »Wer (...) vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.« – Max Horkheimer: Die Juden in Europa, GS, Bd. 4, Frankfurt a.M. 1988, S. 308-331; S. 308f.

zwar in Wirklichkeit serbische Einrichtungen, es gibt jedoch noch eine zweite Wahrheit, daß sie die deutsche Wehrmacht von 1941 in Gestalt der serbischen Armee bombardiert haben. Scharping nannte die serbischen Soldaten die SS von Milosevic.

Auschwitz ist bisher historisch einmalig geblieben. Gleichwohl ist eine begriffliche Definition dessen, was Völkermord sei, nicht unproblematisch nach *beiden* Seiten (der inflationären wie der strikten) hin. Auf dieses Problem machte schon Adorno aufmerksam: »Was die Nazis den Juden antaten,« heißt es in den *Minima Moralia* »war unsagbar: die Sprachen hatten kein Wort dafür, denn selbst Massenmord hätte gegenüber dem Planvollen, Systematischen und Totalen noch geklungen wie aus der guten alten Zeit des Degerlocher Hauptlehrers. Und doch mußte ein Ausdruck gefunden werden, wollte man nicht den Opfern, deren es ohnehin zu viele sind, als daß ihre Namen erinnert werden könnten, noch den Fluch des ›Nicht gedacht soll ihrer werden‹ antun. So hat man im Englischen den Begriff *genocide* geprägt. Aber durch die Kodifizierung, wie sie in der internationalen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt ist, hat man zugleich, um des Protestes willen, das Unsagbare kommensurabel gemacht. Durch die Erhebung zum Begriff ist die Möglichkeit gleichsam anerkannt: eine Institution, die man verbietet, ablehnt, diskutiert. Eines Tages mögen vorm Forum der United Nations Verhandlungen darüber stattfinden, ob irgendeine neuartige Untat unter die Definition des *genocide* fällt, ob die Nationen das Recht haben einzuschreiten, von dem sie ohnehin keinen Gebrauch machen wollen, und ob nicht angesichts unvorhergesehener Schwierigkeiten in der Anwendung auf die Praxis der ganze Begriff des *genocide* aus den Statuten zu entfernen sei. Kurz danach gibt es mittelgroße Schlagzeilen in der Zeitungssprache: Genocidmaßnahmen in Ostturkestan nahezu durchgeführt.«<sup>699</sup>

Von Auschwitz als von einer historischen Einmaligkeit zu sprechen, wäre ebenso problematisch wie seine Verallgemeinerung. Die kategorische Behauptung der Inkommensurabilität von Auschwitz, mit allem, was danach kommt, nimmt Auschwitz als einmaliges Ereignis, quasi als historischen Unfall, aus der Geschichte. »Die Einzigartigkeit des Holocaust kann dahingehend enthistorisiert werden«, schreibt Moshe Zuckermann in der *Züricher Weltwoche*, »daß man seine Singularität zur Abwehr jeden Vergleichs benutzt, mithin die Monstrosität aktueller Gewaltverbrechen relativierend entsorgt.«<sup>700</sup> Es scheint, als können aus Auschwitz ganz gegensätzliche praktische Konsequenzen gezogen werden.<sup>701</sup>

---

<sup>699</sup> Th. W. Adorno: *Minima Moralia*, GW, Bd. 4, Frankfurt a.M. 1951, Anhang, Aph. II.

<sup>700</sup> Moshe Zuckermann: »Die Vertugendung eigenen Versagens«, in: *Züricher Weltwoche*, 29.04.1999. – In diesem Sinne meinte es auch *Der Spiegel*, als er den Kulturstaatsminister Michael Naumann mit einer *umgekehrten Auschwitz-Keule* konfrontierte und fragte, inwieweit mit Auschwitz die »Meßlatte für Völkermord derart hoch gelegt [werde], daß nun Menschenschlächter aller Art bequem darunter hindurch spazieren können«. – Siehe *Der Spiegel*, 18/99. – Man kann zynisch fragen, wann der Westen je ein Problem mit menschenverachten-

Es kommt darauf an, Auschwitz aus der Geschichte heraus zu erklären. Dabei wird man feststellen, daß die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die Auschwitz gezeitigt haben, bis heute nicht aus der Welt geschaffen sind. Etwas Ähnliches könnte sich deshalb durchaus noch einmal wiederholen. Das schlimmste Verbrechen in der Menschheitsgeschichte sollte deshalb ansatzweise begriffen sein, wenn sich darauf bezogen wird, um damit einen Kriegseinsatz zu rechtfertigen. Das Begreifen von Auschwitz beginnt aber nicht mit der Empathie, aus der moralische Entrüstung resultiert. Statt dessen muß man nach einer Wendung von Walter Benjamin durch die *Eiswüste der Abstraktion* gehen, d.h. einen Teil jener bürgerlichen Kälte mobilisieren, von der Horkheimer und Adorno sagen, sie habe Auschwitz erst möglich gemacht. Das klingt bei beiden durchaus sibyllinisch, weshalb oftmals das Ganze allein als moralische Anklage an das Subjekt mißverstanden wird. Was indes mehr Beachtung finden sollte, ist die objektive Seite dieser bürgerlichen Kälte, zu deren Verständnis die marxsche Werttheorie der Schlüssel ist: die Gleichsetzung, das heißt Gleichgültigkeit von Mensch und Ding durch den Warentausch. In der Folge entstehe nicht nur das emanzipative Moment der Gleichheit unter den Menschen, sondern auch nichtige Gleichgültigkeit zu den Dingen, weshalb die Menschen im Kapitalismus – unabhängig davon wie »menschlich« sein Antlitz ist – dazu fähig werden, Menschen sachlich kalt, ohne Emotionen und Affekte, quasi fabrikmäßig zu töten, als würden sie überschüssige Waren entwerten. Das macht Auschwitz singulär zu allen Völkermorden, die bisher stattgefunden haben. Natürlich stimmt es auch, daß Auschwitz sich heute aufgrund kultureller, politischer und rechtlicher Barrieren nicht mehr so leicht wiederholen könnte. Aber die allgemeine Voraussetzung für Verdinglichung und Entmenschlichung ist immer noch gegeben. Und über die Verlässlichkeit jener Barrieren läßt sich schon auch einmal berechtigter Zweifel erheben. Adornos kategorischer Imperativ, alles dafür zu tun, daß Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts Ähnliches geschehe, steht nicht zufällig in einer Linie von Kant und Marx. In Adornos kategorischem Imperativ ist aufgehoben, daß der Mensch den Menschen nie allein als bloßes Mittel, sondern immer zugleich auch als Zweck behandeln solle, und daß dies nur in einer Welt geht, in der die objektiven Verhältnisse, die den Menschen zu einem geknechteten, verächtlichen Wesen machen, umgestürzt sind. Dann erst hätte

---

den Diktatoren gehabt hat, solange sie ihm dienlich waren? Das Verhältnis des Westens zu Pinochet in Chile oder Pol Pot und den Roten Khmern aus Kambodscha oder gegenüber Bin Laden und den Taliban in Afghanistan oder Saddam Hussein im Irak jeweils zu einem Zeitpunkt, als sie für den Westen in Konfrontation mit dem Osten von Nutzen waren, gibt hier einigen Aufschluß.

<sup>701</sup> »Kriegsgegner und Kriegsbefürworter berufen sich gleichermaßen auf die ›Lehre aus Auschwitz‹. Was der Imperativ, ›alles einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole‹, konkret bedeutet, scheint nun plötzlich unklar zu sein. Und dabei ist es keineswegs so, daß die Imperialisten als Holocaust-Relativierer auf der kriegführenden und die Auschwitz-Überlebenden sowie jüdische und nicht-jüdische Linke auf der ablehnenden Seite stehen würden. Vielmehr scheint jede Position mit jedem Sprechort kombinierbar zu sein.« – Günther Jakob: Mit Auschwitz lügen. Der bewaffnete und der unbewaffnete Humanismus, a.a.O., S. 79.

man alles dafür getan, damit Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts Ähnliches geschehe. Wer den Kapitalismus nicht kritisieren will, sollte mithin nicht leichtfertig von Auschwitz sprechen.

### *Der Aufbau der UCK zu einer militärischen Armee*

Will man der Eskalation des Konflikts im Kosovo auf den Grund gehen, muß man die Entwicklung der UCK von einer anfänglich unkoordinierten und nur mit leichten Waffen ausgestatteten, militärisch inkompetenten Terrorgruppe hin zu einer straff organisierten, im Umgang mit schweren Waffen geschulten militärischen Armee untersuchen; vor allem schon deshalb, weil diese Entwicklung nicht ohne deutsche Unterstützung möglich gewesen ist und einen entscheidenden Faktor für den Verlauf des Konfliktes bis hin zur NATO-Intervention und darüber hinaus darstellt. Die UCK erhielt Waffenlieferungen aus dem Westen, die über Albanien in den Kosovo geschleust wurden. Das britische Wochenblatt *The European* schrieb Ende September 1998 unter dem Titel »How Germany backed KLA<sup>702</sup>«: »(...) der deutsche zivile und militärische Geheimdienst ist in die Ausbildung und Bewaffnung der Rebellen verwickelt (...), um den deutschen Einfluß auf dem Balkan zu zementieren (...).« – Und weiter: »Die Entstehung der UCK im Jahr 1996 fiel mit der Ernennung von Hansjörg Geiger zum neuen BND-Chef zusammen. Einer seiner ersten operativen Beschlüsse war die Einrichtung einer der größten Regionalvertretungen des BND in Tirana (...). BND-Agenten arbeiten eng mit den Führern des Shik, des albanischen Geheimdienstes, zusammen (...). Die BND-Männer hatten die Aufgabe, Rekruten für die UCK-Kommandostruktur herauszusuchen.«<sup>703</sup> Als sich die UCK die entscheidenden militärischen Kompetenzen und Potenzen erworben hatte, nahm sie den Guerillakampf auf, in dem es zunehmend um mehr ging als um die Selbstbehauptung des Kosovo gegenüber Jugoslawien, nämlich darum, die Minderheiten aus dem Gebiet zu vertreiben.<sup>704</sup> Die ersten Anschläge der UCK ereigneten sich bereits Mitte Februar 1996; Zielobjekt waren bosnische Flüchtlingslager in Pristina, Mitrovica, Podujeva, Susa, Reka und Vucitra.<sup>705</sup> Der entscheidende Aufstieg der UCK zu einer militärischen Ar-

---

<sup>702</sup> KLA ist das Kürzel für *Kosovo Liberation Army* und ist das englische Synonym für UCK.

<sup>703</sup> Zit. n. Jürgen Elsässer: Brandstifter Deutschland. Von Dayton über Rambouillet bis zur Berliner Balkan-Konferenz, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 50-62; S. 53.

<sup>704</sup> Vgl. Karl Lorenz: Pulverfaß Kosovo. Warum der Titoismus am albanischen Nationalismus scheiterte, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns, a.a.O., S. 25-36; S. 36.

<sup>705</sup> Vgl. Thomas Becker: Enver Hodschas letztes Aufgebot. Die Geschichte der Volksbefreiungsarmee UCK – Kurzer Lehrgang, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns, a.a.O., S. 37-42; S. 40.

mee erfolgte im Frühjahr 1997 mit dem sogenannten *Pyramiden-Aufstand* in Albanien, wo ca. eine Million Gewehre aus dem Besitz der albanischen Armee gestohlen und zu einem Spottpreis (ein Gewehr für ca. 20 DM) auf dem Schwarzmarkt verkauft wurden. Auf diese Weise gelangten mindestens 100.000 Gewehre in die Hände der UCK.<sup>706</sup> Bis Ende 1997 soll die UCK ca. 50 serbische Polizisten, aber auch albanische »Kollaborateure« ermordet haben. Im Februar 1998 übte die UCK Anschläge in der Region Drenica aus, auf die nun zum ersten Mal eine brutale Reaktion des serbischen Innenministeriums folgten; während einer Polizeiaktion töteten serbische Einheiten 80 UCK-Kämpfer und deren Angehörige, die offenbar von den UCK-Kämpfern als Schutzschilde mißbraucht wurden. Auf das »Drenica-Massaker« reagierte die UCK ihrerseits wiederum mit einer Steigerung der Gewaltspirale, indem sie ihre militärischen Aktivitäten systematisch verstärkte; viele »Kosovo-Albaner« aus Westeuropa reisten ins Kosovo und griffen zu den Waffen.<sup>707</sup> Aus der UCK war längst eine »Befreiungs«-armee, und aus Terror war Bürgerkrieg<sup>708</sup> mit Vertreibungen auf beiden Seiten geworden. Dabei ist bemerkenswert das UCK-Soldaten mit deutschen Feldanzügen ausgestattet worden sein sollen, wie der Leiter des OSZE-Beobachterbüros an der Grenze zwischen Albanien und Kosovo Ende Juni 1998 wahrgenommen habe.<sup>709</sup>

Daß der deutsche Staat die Anheizung des Bürgerkrieges im Kosovo subkutan forciert hat, um die Abspaltung des Kosovo von Serbien zu erreichen, ist nicht zu bestreiten. Auf die Bestrebungen der Bundesregierung antwortet der amerikanische Präsident Bill Clinton, »daß ein moderner Staat seine Existenzberechtigung nicht allein aus der Volkszugehörigkeit seiner Bürger ableiten könne. Der Balkan dürfe nicht noch weiter in immer kleinere, rein ethnisch definierte unabhängige Staaten zersplittert werden.<sup>710</sup> Im Sommer 1998 zitiert die *FAZ* den Verteidigungsminister Volker Rühle, der sich fragt, »ob das Ziel der NATO, (...) Kosovo (...) die Unabhängigkeit vorzuenthalten, nicht schon von der Entwicklung überholt sei«<sup>711</sup>; die UCK hatte mittlerweile für neue Fakten gesorgt, und Rühle verlangte nunmehr eine militäri-

---

<sup>706</sup> Vgl. Becker, a.a.O., S. 41.

<sup>707</sup> Paradox mutet der Ethnisierungs-Umstand an, daß sie einmal als »Jugoslawen« aus Jugoslawien nach Westeuropa emigriert waren und nun als »Kosovo-Albaner« oder »Kosovaren« ins Kosovo zurückkehrten.

<sup>708</sup> »Erst wenn [der] Versuch einer gewaltsamen Befriedung mißlingt und die Regierung selbst zu einer unter mehreren kämpfenden Parteien herabsinkt, ist von »Bürgerkrieg« die Rede.« – Jürgen Habermas: Ein Interview über Krieg und Frieden, in ders.: *Der gesplittene Westen*, Frankfurt a.M. 2004, S. 85-110; S. 96.

<sup>709</sup> Vgl. Jürgen Elsässer: *Brandstifter Deutschland. Von Dayton über Rambouillet bis zur Berliner Balkan-Konferenz*, in: Jürgen Elsässer (Hg.): *Nie wieder Krieg ohne uns*, a.a.O., S. 50-62; S. 53f. – Bezüglich der weiteren Verstrickung des deutschen Staates in die ideelle und materielle Unterstützung siehe Jürgen Elsässer, a.a.O., S. 54ff.

<sup>710</sup> Vgl. *FAZ* vom 17. April 1999. – Clintons Erklärung muß den deutschen politischen Eliten wie eine Lehrstunde in Staatskunde westlichen Prinzips vorgekommen sein. Denn hinter dem deutschen Engagement auf dem Balkan (schon bei der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens durch Genscher im Alleingang) steht das völkische Staatsverständnis, das dem westlichen entgegengesetzt ist.

<sup>711</sup> Zit. n. Jürgen Elsässer: *Brandstifter Deutschland. Von Dayton über Rambouillet bis zur Berliner Balkan-Konferenz*, a.a.O., S. 55.

sche Intervention der NATO zugunsten der UCK. Der Sondervermittler Richard Holbrooke distanzierte sich aber Ende Juni 1998 öffentlich von der UCK, nachdem er eine Erkundungsreise durch die Region des Kosovo gemacht hatte. Anfang Juli ließ das State Department die Forderung nach einseitigem Abzug der serbischen Militär- und Polizeieinheiten aus dem Kosovo fallen. Die USA verlangten nunmehr einen beiderseitigen Waffenstillstand, während Rühle die Präsenz der serbischen Einheiten im Kosovo für eine militärische Intervention der NATO als Argument genutzt hatte. Mit anderen Worten: Die deutsche Bundesregierung hatte es nicht geschafft, ihre eigenen Interessen zu den allgemeinen Interessen der NATO zu machen. »Die von Holbrooke gegen Rühle durchgesetzte Deeskalation vergrößerte den Spielraum für Milosevic bei der Bekämpfung der UCK.«<sup>712</sup> – Die meisten »national befreiten Zonen« konnten von den Serben zurückerobert werden.

In der Presse setzte nun eine Welle der einseitigen Berichterstattung über serbische Greuelthaten ein, deren Wahrheitsgehalt in einigen wichtigen Fällen später widerlegt worden ist. Am 5. August 1998 titulierte die *taz*: »Massengräber jetzt auch im Kosovo entdeckt«. Diese Behauptung, die von dem sensationslustigen Reporter Erich Rathfelder in Umlauf gebracht wurde, erwies sich als nicht wahr.<sup>713</sup>

Ludger Vollmer schrieb Ende März 1999 rückblickend auf die Hintergründe für die Entscheidung zur militärischen Intervention der NATO im Kosovo, daß die UCK den ganzen Winter über den Waffenstillstand genausowenig eingehalten habe wie die serbische Ordnungsmacht. Jene habe allerdings diese mit »selektiven Morden (...) systematisch provoziert«. »Die Serben reagierten mit unvorstellbarer Brutalität. Ziel der UCK war es, Fernsehbilder zu provozieren, die vermittelt über die Empörung in der Bevölkerung der westlichen Welt die NATO zum Eingreifen auf kosovarischer Seite verleiten sollten. Im CNN-Krieg sollte die NATO zur Luftwaffe der UCK werden.«<sup>714</sup> Zu der *unvorstellbaren Brutalität*, mit der die serbischen Soldaten reagierten, soll das »Massaker von Racak« gehört haben, das sich am 16. Januar 1999 ereignet habe und bei dem 45 Zivilisten ermordet worden sein sollen. – »Nach jugoslawischen Angaben im Kampf getötete UCK-Anhänger, die posthum als Zivilisten drapiert wurden.«<sup>715</sup> Für die Weltöffentlichkeit handelte es sich ganz eindeutig um ein Massaker der Serben. Obwohl eine jugoslawisch-weißrussische Medizinerkommission die

---

<sup>712</sup> Elsässer, a.a.O., S. 56.

<sup>713</sup> Vgl. Horst Pankow: »Pendler der Todes. Erich Rathfelder, der das Massengrab von Orahovac entdeckte«, in: *Jungle World* vom 11. August 1998. – Siehe auch Ferdinand Muggenthaler: »Die Karriere einer Nachricht«, in: *Jungle World* vom 11. August 1998. – Vgl. dazu Horst Pankow: Meutenjournalismus. Von Orahovac nach Racak: Wie Kriege gemacht werden, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 65f.

<sup>714</sup> Ludger Vollmer: »Krieg in Jugoslawien – Hintergründe einer Entscheidung«, Papier vom 26.3.1999.

<sup>715</sup> Horst Pankow: Meutenjournalismus. Von Orahovac nach Racak: Wie Kriege gemacht werden, a.a.O., S. 68.



jugoslawische Version bestätigte, wurde an der »Massaker«-Version festgehalten. – Racak hielt damit als weiterer Kriegsgrund für die NATO-Bombardements her; jedenfalls müßten »deutliche Reaktionen« (Vollmer) des westlichen Bündnisses auf das vermeintliche Massaker folgen.<sup>716</sup> Für Vollmer standen für das westliche Bündnis zwei Optionen nebeneinander: Die USA wollten Jugoslawien sofort bombardieren und erwarteten eine Beteiligung anderer NATO-Staaten (auch Deutschlands) bei dieser reinen Bestrafungsaktion, die das den Kosovo nicht exkludierende Rechtssubjekt »Jugoslawien« oder »Serbien« in Frage stellte. Die zweite Option sei im Auswärtigen Amt entstanden: »Auf einer Friedenskonferenz sollte unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft erst ein Waffenstillstand erreicht, dann der endgültige Status des Kosovo als autonome Region innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien durchgesetzt und in einem dritten Schritt eine umfassende Balkankonferenz geplant werden. Es waren der grüne Außenminister Joschka Fischer und die Beamten des AA, die mit großem persönlichen Einsatz die anderen Außenminister dazu bewegten, statt einer schnellen Bombardierung den Verhandlungsprozeß von Rambouillet zu organisieren! Aus praktischen und diplomatischen Gründen wurde aber darauf verzichtet, diese Initiative als deutsche und grüne herauszustellen. (...) Das war grüne Friedenspolitik, die sich aus Effizienzgründen aber nicht öffentlich darstellte.«<sup>717</sup>

### *Der Vertrag von Rambouillet – Fischers Verantwortung*

Die von Vollmer als *grüne Friedenspolitik* ausgewiesene zweite Option konnte sich durchsetzen. Die Verhandlungen von Rambouillet fanden im Februar 1999 statt, scheiterten aber, weil sich die serbische Seite mit dem zu unterschreibenden Vertrag aus *allgemein* nachvollziehbaren Gründen nicht einverstanden erklären konnte. Möglich war die allgemeine Nachvollziehbarkeit der Gründe jedoch noch nicht zu dem Zeitpunkt, als nach dem Scheitern der Verhandlungen von Rambouillet etwa im Bundestag über eine militärische Erzwingung der Vertragsunterzeichnung, d.h. über die militärische Intervention der NATO mit deutscher Beteiligung entschieden wurde. Denn die Gründe der serbischen Seite, den Vertrag nicht zu unterzeichnen, befanden sich im sogenannten Annex B, welcher den Verhandlungspartnern, so

---

<sup>716</sup> »Was Vollmer voll spätpubertärem Stolz über diese Differenzen [im Bündnis bezüglich der Frage, wie die »deutlichen Reaktionen« auszusehen hätten; MH] preisgab, ist ein zeitgeschichtliches Dokument ersten Ranges – und könnte seinen Parteifreund Fischer dereinst vor ein Kriegsgericht bringen.« – Jürgen Elsässer: Brandstifter Deutschland. Von Dayton über Rambouillet bis zur Berliner Balkan-Konferenz, a.a.O., S. 57.

<sup>717</sup> Ludger Vollmer: »Krieg in Jugoslawien (...)«, a.a.O.

der serbische Delegationsleiter Präsident Milutinovic,<sup>718</sup> erst kurz vor der beabsichtigten Vertragsunterzeichnung vorgelegt wurde und den Abgeordneten des deutschen Bundestages überhaupt nicht bekannt gemacht wurde. Dies ist genau genommen ein handfester politischer Skandal, der die Praxis explizit *grüner* Außenpolitik in ein beinahe kriminelles Licht stellt,<sup>719</sup> jedenfalls das Bild des *ehrlichen Maklers*, das ja bekanntlich schon auf Bismarck nicht sonderlich zutraf, erneut dunkel, d.h. in der nicht rühmlichen Tradition deutscher Außenpolitik erscheinen läßt.<sup>720</sup> So gesehen war die erste Option, d.h. die US-Strategie der schnellen Bombardierung zwar auch schon aggressiv, aber die deutsche Option des Auswärtigen Amtes war noch viel perfider und keinesfalls friedlicher, sondern noch viel aggressiver, weil hier im Schein von Verhandlungspolitik in vermeintlich friedlicher Absicht nicht nur ein Krieg absichtlich nicht verhindert, sondern zusätzlich die Abspaltung des Kosovo und die Zerschlagung der Souveränität Rest-Jugoslawiens forciert wurde – im Namen deutscher Außenpolitik, die sich »aus Effizienzgründen (...) nicht öffentlich darstellte«, geschah dies nicht, sondern im Namen des westlichen Bündnisses, welches die deutsche Außenpolitik für diesen Winkelzug fatalerweise gewinnen konnte. Indem der Rambouillet-Vertrag zur Maxime der Intervention wurde, lastete auf der NATO ein Erfolgsdruck, der den deutschen Interessen zuarbeitete. – Das Scheitern von Rambouillet lag im Kalkül der deutschen politischen Elite, so daß schließlich die NATO den Vertragsinhalt mit Waffengewalt durchsetzen mußte.<sup>721</sup>

Erst zwei Wochen nach den Bombenangriffen der NATO wurde der explizite Inhalt des Annex B öffentlich bekannt. Während bereits der Vertragstext ohne Anhang bei einigen umstritten war, da von der serbischen Regierung verlangt wurde, die Kontrolle über das Kosovo an die NATO, d.h. an ausländisches Militär, welches im Sinne des Völkerrechtes durch die UNO

---

<sup>718</sup> Vgl. Jürgen Elsässer: Brandstifter Deutschland, a.a.O., S. 59.

<sup>719</sup> Bemerkenswert ist der Umstand, daß die Grünen sich vehement in Deutschland innenpolitisch für ein *ius soli* einsetzten und für eine entsprechende Reform des Staatsangehörigkeitsrechts gekämpft haben. In Jugoslawien aber, wo es ein noch viel fortschrittlicheres Staatsbürgerschaftsrecht als jenes, welches unter rot-grüner Regierung nach 1998 in Deutschland eingeführt wurde, nach den Prämissen des *ius soli* gegeben hat, votierten die Grünen für die Bombardierung Serbiens, d.h. für die Einführung des archaischen, völkischen *ius sanguinis*. Dieses Paradoxon ist nur dadurch zu erklären, daß die Grünen in diesem Fall nicht einer universalen Vernunft mit allgemeinen Prinzipien folgten, zu denen man sich, wenn man sich der Vernunft verpflichtet fühlt, nicht in Widerspruch begeben darf, sondern entweder von einer halbblinden, subjektiven Gefühlsmoral überwältigt wurden oder sehenden Auges deutsch-imperiale, geopolitische Interessen göütierten. – In beiden Fällen wäre es keine gute Auszeichnung für *grüne* Außenpolitik.

<sup>720</sup> »Menschenrechtsrhetorik und eben »ehrliches Maklertum« sind die Wegsteine auf dem erfolgreichen Weg der rot-grünen »Normalisierung«. – Boris Kanzleiter / Sherin Abu-Chouka: »Ehrliche Makler«. Fischer und Schröder in Bismarcks Fußstapfen«, in: *ak – analyse & kritik*, Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 457, Dezember 2001.

<sup>721</sup> Genau genommen, ist dies von deutscher Seite die Vorbereitung eines Angriffskrieges gewesen, welcher laut deutschem Grundgesetz eindeutig strafbar ist. Fischer und Vollmer wären diejenigen, die diesbezüglich an vorderster *Front* persönlich verantwortbar zu machen wären.

dazu nicht legitimiert war, abzugeben,<sup>722</sup> so war es bei vielen der Annex B um so mehr.<sup>723</sup> »Inzwischen wissen wir (...), daß der Rambouillet-Vertrag, der, als wir im Bundestag darüber diskutiert haben, den Abgeordneten nicht vorlag, Artikel enthält, wonach die NATO-Truppen nicht nur im Kosovo immun sein sollten, sondern sich in ganz Serbien, das heißt auch in Belgrad, in Novi Sad und in alle den anderen Städten Rest-Jugoslawiens frei bewegen können und keinerlei Gerichtsbarkeit dort unterliegen sollten etc. Das heißt, mit dem Rambouillet-Vertrag hätte die Bundesrepublik Jugoslawien einen Großteil ihrer Souveränität nicht nur über den Kosovo, sondern über das ganze Land aufgegeben.«<sup>724</sup> Christian Ströbele sagt, daß der Bundestag vermutlich anders entschieden, zumindest anders darüber diskutiert hätte, wenn ihm der Annex B bekannt gewesen wäre. Andere Möglichkeiten hätten sich als realistische Optionen eventuell aufgetan, die auch die Zustimmung von Milosevic hätten finden können, z.B. der Vorschlag einer multinationalen Friedenstruppe unter UNO-Kommando, welche im Kosovo für die Gewährleistung jugoslawischen Rechts hätte eintreten können, was bedeutet hätte, auch gegen Separatisten der UCK polizeilich vorzugehen. »Weil das aber nicht geschehen ist und weil man Milosevic nicht nur an den Verhandlungstisch bomben wollte, sondern die Unterschrift unter dieses Rambouillet-Abkommen herbeibomben wollte, ist der Krieg begonnen worden.«<sup>725</sup>

---

<sup>722</sup> »Von Jugoslawien, einem souveränen Staat, verlangt man die Übergabe der Kontrolle und Souveränität über eine Provinz mit etlichen nationalen Heiligtümern an ausländisches Militär. Analog dazu könnte man die Amerikaner auffordern, fremde Truppen in Alamo einmarschieren zu lassen, um die Stadt an Mexiko zurückzugeben, weil das ethnische Gleichgewicht sich verschoben hat.« – Henry Kissinger während der Rambouillet-Konferenz, zit. n. Jürgen Elsässer: Schafft zwei, drei, viele Kosovo. Der Aufstand der Stämme gegen die Nationen, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 122. – »Es ist zwar richtig, daß sich die Serben geweigert haben, das Rambouillet-Abkommen zu unterschreiben. Nur behaupte ich, daß man sehenden Auges in diese Situation von Seiten der NATO und der UCK hineingegangen ist, weil die Serben von Anfang an erklärt haben, schon vor Beginn der Verhandlungen: Wir können über vieles, über alles verhandeln, aber was überhaupt nicht in Betracht kommt, ist, daß NATO-Truppen im Kosovo unter NATO-Oberbefehl eingesetzt werden.« – Christian Ströbele auf der konkret-Podiumsveranstaltung vom 7. April 1999: Wollt ihr den totalen Friedenseinsatz?, abgedruckt in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 148-163.

<sup>723</sup> »Annex B< ist der Anhang zum Vertrag der Rambouillet-Konferenz, welcher der Öffentlichkeit bis dahin vorenthalten worden war; er wurde der serbischen Delegation zur Unterschrift untergejubelt und beinhaltete Forderungen, die beim besten Willen von keinem Chef eines souveränen Staates dieser Welt freiwillig hätten unterzeichnet werden können: es hätte »die Liquidierung ihrer politischen und militärischen Souveränität nicht nur im Kosovo, sondern im gesamten jugoslawischen Staatsgebiet bedeutet (...) – ein Besatzungsstatut, das für keinen Staatsmann irgendeines Landes dieser Welt annehmbar gewesen wäre.« – Jürgen Elsässer: Brandstifter Deutschland. Von Dayton über Rambouillet bis zur Berliner Balkan-Konferenz, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 50-62; S. 58. – Siehe auch genauen Wortlaut des Annex B, abgedruckt in: Elsässer (Hg.), a.a.O., S. 136ff; siehe insbesondere die Vertragspunkte 6, 7, 8, 22 und 25, in denen die Freizügigkeit und Immunität der NATO-Truppen im gesamten Bundesgebiet Jugoslawiens geregelt werden und die gleichsam die nationalstaatliche Souveränität des Bundesstaates Jugoslawien in diesen Fragen außer Kraft setzen.

<sup>724</sup> Christian Ströbele auf konkret-Podiumsveranstaltung vom 7. April 1999: Wollt ihr den totalen Friedenseinsatz?, abgedruckt in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 148-163.

<sup>725</sup> Ströbele, a.a.O., – »(...) der Fehler wird jeden Tag größer, weil das andere Ziel dieser Bombenangriffe, das man später nachgeschoben hat – die Verhinderung einer humanitären Katastrophe im Kosovo, was ja voraus-

Am 12. April 1999 fragte die *taz* unter dem Titel »Die Rambouillet-Lüge«, was Joschka Fischer gewußt habe. Fischer wiegelte ab: Der Annex B habe bei den Verhandlungen keine Rolle gespielt.<sup>726</sup> »Die Vorstellung, daß ich da was durchgefingert hätte, um die NATO in einen Krieg mit Milosevic zu bringen, finde ich übel«, sagte er dem *Hamburger Abendblatt*.<sup>727</sup>

Die Bombardierung Serbiens durch die NATO mit deutscher Beteiligung offenbarte nach Gregor Schöllgen die militärische Überlegenheit der USA gegenüber der EU. »Militäreinsätze hatten in wenigen Wochen erreicht, was mit Plänen, Sanktionen, Verhandlungen und Vermittlungsaktionen in Jahren nicht gelungen war – so lautete die bittere Lehre, die man aus dem vierjährigen Krieg im Herzen Europas ziehen mußte.«<sup>728</sup> Schöllgen unterschlägt die Tatsache, daß es im deutschen Interesse gelegen hat, Jugoslawien durch einen Krieg zu zerschlagen. Die Uneinigkeit der EU-Staaten lag im wesentlichen daran, daß die Bundesregierung aus dem außenpolitischen Kanon der anderen ausgeschert war und auf einigen Umwegen und dann mit Hilfe der USA einen neuen außenpolitischen Kurs etabliert hatte. Scheinheilig fährt Schöllgen fort, der deutschen Regierung erneut Überforderung zu attestieren: »Die neue Macht in der Mitte Europas war von diesen Vorgängen betroffen. Begreiflicherweise fiel es ihr zunächst schwer, sich in der neuen Lage einzurichten. In Deutschlands Haltung zum Balkankrieg zeigte sich, wie schwierig es war, der Last der Geschichte, den Erwartungen und Befürchtungen der Nachbarn und dem neuen Gewicht gleichermaßen Rechnung zu tragen.«<sup>729</sup>

---

setzt, daß die humanitäre Katastrophe zum Zeitpunkt des Beginns des Krieges noch nicht eingetreten war -, weil dieses Ziel inzwischen ebenfalls nicht mehr erreicht werden kann, da die humanitäre Katastrophe nun eingetreten ist und jeden Tag mit Fortsetzung der Bombardements größer wird.« – Ebd.

<sup>726</sup> »Fischer hat also auf paradoxe Weise recht: Der Annex B wurde tatsächlich nicht verhandelt. Milutinovic sollte ihn lediglich unterschreiben, ganz so als sei er Schuschnigg und Rambouillet der Obersalzberg.« – Jürgen Elsässer: Brandstifter Deutschland. Von Dayton über Rambouillet bis zur Berliner Balkan-Konferenz, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, a.a.O., S. 59. – Zur Erläuterung: Am 12. Februar 1938 trafen sich Adolf Hitler und der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg zu einer Besprechung auf dem Obersalzberg. Unter Druck unterzeichnete Schuschnigg das so genannte Berchtesgadener Abkommen. Mit diesem Abkommen vom 12. Februar 1938 erzwang Hitler von Schuschnigg die Ernennung Seyß-Inquarts zum Innenminister, die am 16. Februar 1938 erfolgte. Nach dem ebenfalls erzwungenen Rücktritt Schuschniggs wurde Seyß-Inquart am 11. März 1938 Bundeskanzler Österreichs. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen und dem Anschluß Österreichs setzte Hitler am 15. März 1938 Seyß-Inquart als Reichsstatthalter (im Rang eines SS-Obergruppenführers) ein und beauftragte ihn mit der Liquidation der österreichischen Zentralstellen.

<sup>727</sup> Zit. n. *Hamburger Abendblatt* vom 13. April 1999.

<sup>728</sup> Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 214.

<sup>729</sup> Ebd.

## 8. Der »Anti-Terror-Krieg« in Afghanistan: »Uneingeschränkte Solidarität« und die endgültige Enttabuisierung des Militärischen als Mittel deutscher Außenpolitik

*Der 11. September 2001 – »Angriff gegen die zivilisierte Welt«*

Nach den terroristischen Anschlägen auf das *World Trade Center* (New York) und das Pentagon (Washington) mit entführten und zu Raketen umfunktionierten Flugzeugen der zivilen Luftfahrt saß der Schock in der *westlichen* Welt zunächst sehr tief. Es sei eine neue Form von Krieg, sagte George W. Bush am *ground zero*<sup>730</sup> im Angesicht von Schutt und Asche, welche von dem stolzen Wahrzeichen der politischen wie ökonomischen Weltmacht USA übriggeblieben waren. Amerika befinde sich im Krieg. Eine offizielle Kriegserklärung gab es allerdings nicht. Die Terroranschläge kämen freilich einer Kriegserklärung gleich. Nur wisse man nicht eindeutig, wer der Angreifer sei. Unbestritten aber befinde sich »America under Attack«, und der Nachrichtensender CNN titelte seine »Kriegsberichterstattung« unter dem Motto: »America's new war«. Der Feind greife aus dem Dunkeln an, er sei unsichtbar und deshalb besonders heimtückisch. »Diejenigen, die gegen die USA Krieg führen, haben ihre eigene Zerstörung gewählt, wir werden sie ausräuchern.« Bushs Rhetorik war martialisch und apokalyptisch.<sup>731</sup> Von einem »Angriff auf die Zivilisation« war die Rede. Die »Freiheit«, die »freie Welt« werde beschossen. Die ersten Gesten und Rituale waren religiös: Gebete zu Gott, offizielle Schwüre und Eide auf die amerikanische Flagge. Die individuelle Betroffenheit mündete in kollektiver Trauer, die Trauer kanalisierte sich in Gott und Nation: in der gotterwählten Nation. Die kollektive Trauer wechselte in Wut und mündete in einem *Kreuzzug* ge-

---

<sup>730</sup> Als *ground zero* wird für »gewöhnlich« der Einschlagsort einer Atombombe bezeichnet, mit anderen Worten jenes Zentrum, wo die Atombombenexplosion die größte Verwüstung anrichtet. Daß der komplette Einsturz der twin towers des WTC nach dem terroristischen Anschlag vom 11. September 2001 mit *ground zero* in Verbindung gebracht wurde, zeigt, wie tief der Schock gesessen haben muß, vor allem auch weil die USA nicht irgendwo, sondern in ihrem *homeland*, das als unerreichbar galt, Opfer eines Anschlages geworden waren. So monströs auch der Grad der Verwüstung gewesen ist, er hatte dennoch nicht das Ausmaß der Zerstörung einer Atombombe wie etwa in Nagasaki oder Hiroshima; die Assoziation mit *ground zero* mutete deshalb etwas übertrieben an.

<sup>731</sup> Die Legitimationsrhetorik militärischen Aufrüstens und des Führens von Kriegen hat sich mit dem Anschlag auf das World Trade Center in New York und auf das Pentagon in Washington ein bisher letztes Mal verändert. Gleichwohl sind auch hier wie beim *antikommunistischen Muster* während des Kalten Krieges und beim *antifaschistischen Muster* nach Auflösung der bipolaren Weltordnung (»Wiedergänger Hitlers«, »Schurkenstaaten«) die Grundstrukturen dieselben geblieben: Hitler spielt zwar keine Rolle mehr, aber dafür weiterhin die Dämonisierung des »Bösen«, die nunmehr biblische Ausmaße angenommen hat. In diesem *exorzistischen Muster* taugte Bin Laden – schon in der Art, wie er sich selbst inszenierte – als das personifizierte »Böse«: als der »gefallene Engel«, der während des Kalten Krieges von den USA im Kampf gegen den sowjetischen Vormarsch in Afghanistan protegiert worden war und danach zum Erzfeind der USA avancierte, nachdem sich die Taliban in Afghanistan nicht mehr so willfährig gegenüber den Wirtschaftsinteressen der Supermacht in der Region zeigten. Aus »Schurken« wurden »Terroristen«, aus dem »Kampf gegen Schurkenstaaten« wurde ein Krieg gegen eine ganze »Achse des Bösen« und ein »Krieg gegen den Terror«.

gen einen noch unsichtbaren Feind.<sup>732</sup> »Der christliche Fundamentalist aus Texas hat einen heiligen Krieg gegen das Böse ausgerufen.«<sup>733</sup>

Noch bevor die politische Herkunft der Attentäter ausfindig gemacht werden konnte, stand die Reaktion der amerikanischen Militärmacht fest. Auf eine Kriegserklärung mußte Krieg folgen. Krieg freilich führt man in der modernen Welt gegen Staaten oder Organisationen, die von Staaten unterstützt werden, nicht aber gegen einzelne Terroristen. Und weil die Reaktion der amerikanischen Militärmacht schon fest stand, war die Suche nach dem Feind, die Konstruktion des Feindbildes davon beeinflußt – nicht umgekehrt. Der Krieg richte sich gegen die »Feinde der zivilisierten Welt«, gegen die »Schurkenstaaten«, die Terroristen billigen, Unterschlupf gewähren oder sogar unterstützen.

Als Hauptverdächtiger galt der muslimische Top-Terrorist Osama bin Laden.<sup>734</sup> Beweise für eine Verantwortlichkeit gab es allerdings zunächst nicht.<sup>735</sup> Der Verdacht reichte aus, obwohl die aus Pakistan stammende private afghanische Nachrichtenagentur AIP unter Berufung auf eine Erklärung, die ihr von Abdul Samad aus dem »politischen Büro« Bin Ladens zugefaxt wurde, zunächst berichtete, daß bin Laden sich kategorisch von der gemutmaßten Urhebererschaft der Terroranschläge distanziert habe: »ich sage kategorisch, daß ich es nicht getan habe. Wer auch immer es getan hat, hat es aus Eigeninteresse getan«. Der Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan, welches Bin Laden und dem Al Qaida-Netzwerk Schutz gewährte, war ausgemachte Sache. Der Feldzug gegen Afghanistan sollte aber nur der Anfang sein, nicht bloß ein Waffengang werde in der kommenden Zeit geschehen, sondern ein *lang andauernder Feldzug*, »wie wir ihn bisher noch nie erlebt haben«: »Unser Krieg gegen den Terror beginnt mit der Al-Qaida, aber er wird dort nicht enden«, sagte George W. Bush neun Tage nach den Anschlägen in einer Rede vor dem Kongreß, die an die amerikanische Bevölkerung und an die Weltöffentlichkeit gerichtet war, »er wird nicht zu Ende sein, ehe jede weltweit tätige Terrorgruppe aufgespürt, gestoppt und besiegt worden ist.«<sup>736</sup> Senat und Kongreß der USA ermächtigten den amerikanischen Präsidenten weitreichend, »alle notwendigen und angemessenen Mittel gegen diejenigen Nationen, Organisationen und Personen einzusetzen, die

---

<sup>732</sup> »Terrorismus ist nur eine verschämte Chiffre für Islamismus – denn Terrorismus ist keine Ideologie, hat kein Territorium, kein Anliegen, er ist nur Methode (derer sich auch mal die USA bedienen). Es steht kein Krieg der Kulturen an, wie Samuel P. Huntington nicht ohne Lust prognostizierte, sondern ein handfester Streit um Ressourcen und Einflußsphären. An die Stelle des Ost-West-Konflikts tritt der Kampf zwischen Nord und Süd.« – Oliver Fahrni: »Die Wurzeln des Terrors«, in: *Die Woche* vom 21.9.2001, S. 5.

<sup>733</sup> Johan Galtung in einem Fernsehinterview nach dem 11. September 2001. – Siehe auch Gespräch mit Johan Galtung, in: *Spiegel-Online* vom 19.9.2001, Internet: <http://www.spiegel.de/druckversion/0,1588,15/9/9,00.html>.

<sup>734</sup> Hinsichtlich der unterschlagenen Verstrickung der USA in den politischen und terroristischen Werdegang Bin Ladens siehe: Jean-Charles Brisard / Guillaume Dasquié: *Die verbotene Wahrheit. Die Verstrickung der USA mit Osama Bin Laden*, Zürich/München 2002.

<sup>735</sup> Siehe *Neues Deutschland* vom 26.9.2001, S. 3.

<sup>736</sup> George W. Bush, zit. n. *Die Zeit*, Nr. 39/2001.

nach seiner Einschätzung die Terroranschläge vom 11. September 2001 geplant, angeordnet, begangen und unterstützt haben oder die solchen Organisationen oder Personen Unterschlupf gewährt haben.« 40 Milliarden US-Dollar wurden hierfür bereitgestellt.

Allen Ländern voran, waren die Solidaritätsbekundungen der politisch Herrschenden in Deutschland am größten.<sup>737</sup> Die »Kriegserklärung gegen die zivilisierte Welt« (Schröder) müsse einen entschiedenen Kampf gegen den Terrorismus zur Folge haben: ein Zusammenstehen. »Heute sind wir alle Amerikaner«, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck am 12. September im Deutschen Bundestag. Bundeskanzler Schröder bot mehrfach deutsche Truppen im Kampf gegen den Terrorismus an, zunächst ohne eine konkrete Anfrage der US-Regierung, deren Antwort einige Zeit auf sich warten ließ.<sup>738</sup>

In Deutschland diene die Instrumentalisierung des internationalen Terrorismus dazu, den Prozeß der militärpolitischen Normalisierung zum Abschluß zu bringen. Bin Laden und das »Terrornetzwerk« Al Qaida – das hat Schröder von George W. Bush übernommen – fungieren als Chiffren für die nihilistische Bedrohung der »westlichen Wertegemeinschaft«, für »reinen Vernichtungswillen« und »ungezügelter Haß«. Der Name Bin Laden stehe, so Schröder, »für eine Struktur und für eine Kampfansage an Zivilisationen«, <sup>739</sup> so daß eine neue Form der Selbstverteidigung notwendig geworden sei, für die die Deutschen als gleichberechtigte Partner der USA selbstverständlich ihren Beitrag leisten müßten und wollten. Deutschland als *Global War Player*,<sup>740</sup> eingebunden in die Anti-Terror-Koalition. Die deutsche Außenpolitik ist damit endgültig militärpolitisch in die finale Phase der Normalisierung eingetreten, die sich seit den terroristischen Großanschlägen in einem rasanten Tempo vollzieht.<sup>741</sup> Die Ter-

---

<sup>737</sup> Hermann L. Gremliza machte diesbezüglich eine Doppelstrategie der deutschen Außenpolitik aus. »Die Amerikaner sollen glauben, die Deutschen hätten sich freiwillig gemeldet, Amerikas Feinde sollen glauben, die Deutschen seien von den USA gezwungen worden. (...) Die Parole deutscher Solidarität mit den Amerikanern nach dem 11. September lautet: so uneingeschränkt wie nötig, so eingeschränkt wie möglich.« – Hermann L. Gremliza: *Showdown in Partnership. Der Kalte Krieg zwischen Deutschland und den USA nach dem 11. September*, in: Jürgen Elsässer (Hg.): *Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen*, Hamburg 2002, S. 43.

<sup>738</sup> »(...) was sollen die USA in einer Region, wo sie Deutschlands Freunde, Rußland und Iran bekämpfen und deutsche Unternehmen rauswerfen wollen, mit deutschen Truppen? Schließlich müßten die USA doch Deutschland, ihrem größten Auslandsmarkt, eine militärische Beteiligung zugestehen: nach Kabul zum Aufräumen. Anders sieht es aus mit den deutschen Verbänden in Kuwait. Es könnte sein, daß die USA im Krieg gegen den Irak Deutschland oder Frankreich dabei haben wollen, damit sie sich nicht auf Kosten der USA im arabischen Raum beliebt machen.« – Rainer Trampert: *Pipelines in der Postmoderne*, in: Jürgen Elsässer (Hg.): *Deutschland führt Krieg*, a.a.O., S. 22.

<sup>739</sup> »Eine neue Form der Selbstverteidigung – Bundeskanzler Gerhard Schröder über die Bedrohung der westlichen Zivilisation und Deutschlands Rolle in der Welt. Ein *Zeit*-Gespräch von Gunter Hofmann und Michael Naumann (Gesprächsführung), *Die Zeit* 43/2001.

<sup>740</sup> Vgl. Marcus Hawel: »Global War Player. Deutschlands Normalisierung der Außenpolitik«, in: Rainer Butenschön / Eckart Spoo (Hg.): *Töten – Plündern – Herrschen. Wege zu neuen Kriegen*, Hamburg 2003, S. 44-54.

<sup>741</sup> »Ein halbes Jahrhundert später ist der heutige Amtsinhaber dabei, Adenauers Integrationswerk zu vollenden. Deutschland meldet sich endgültig auf der Weltbühne zurück – nicht als Furcht einflößender Aggressor, sondern als Teil der westlichen Anti-Terror-Allianz.« – Vgl. *Der Spiegel* 46/2001. – Die staatlichen Sekundärtugenden

roranschläge wirkten diesbezüglich wie ein Katalysator und gaben der Militarisierung der deutschen Außenpolitik einen prägnanten Schub.

Die rot-grüne Bundesregierung übte »uneingeschränkte Solidarität«<sup>742</sup> mit den USA, um beinahe im gleichen Atemzug eine stärkere Führungsrolle in der Weltpolitik einzufordern.<sup>743</sup> Wer mitschießt, darf auch mitreden.<sup>744</sup> Der Verteidigungsminister Rudolf Scharping sprach denn auch sehr klar von einer *Chance* für eine Gewichtverschiebung im Aufbau einer neuen Weltordnung, die sich aus der *Tragödie* vom 11. September erbe.<sup>745</sup> Gerhard Schröder stellte dagegen andere Motivationen in den Vordergrund; die Beistandsverpflichtung der Bundeswehr resultiere nicht nur aus dem ausgerufenen NATO-Bündnisfall (Art. 5)<sup>746</sup>, sondern vor allem aus der »Dankbarkeit«, die der deutsche Staat gegenüber Amerikas stabilisierendem Engagement für das Nachkriegsdeutschland insbesondere in der Berlin-Frage empfinde.<sup>747</sup>

---

*Pflicht* (Kontraktualismus), *Verlässlichkeit*, *Gemeinsames Handeln* (Multilateralismus) dienen hierbei als Vehikel der Normalisierung.

<sup>742</sup> Laut Umfrage des NFO-Infratests vom 6.-8.11.2001 befürworteten 71 Prozent der Befragten die von Schröder den USA zugesicherte »uneingeschränkte Solidarität« und die deutsche Beteiligung am Militäreinsatz in Afghanistan. – Vgl. *Der Spiegel* 46/2001, S. 22.

<sup>743</sup> Vgl. Matthias Geis: »Fischer, der Krieg und die Vision. Der deutsche Außenminister zeigt sich als treuer Partner der USA – um damit eine gewichtigere deutsche Rolle in der Welt einzufordern«, *Die Zeit* 40/2001.

<sup>744</sup> »Simple, stupide teutonische Vasallentreue zu den USA? Keineswegs, eher im Gegenteil. Schröder hat wie sein Außenminister, begriffen, daß Deutschland eine größere Rolle nur spielen kann, wenn es die neuen globalen Herrschaftsinstrumente – nämlich Eingreiftruppen – nicht nur vorzeigen, sondern auch einsetzen kann. Seit Jahrzehnten klagen die politischen Eliten hierzulande, der wirtschaftliche Riese Deutschland müsse endlich aus seiner politischen Zwergenrolle heraus. Seit der Wiedervereinigung, die Deutschlands zentrale Rolle in Europa noch einmal erheblich qualifizierte, verlangen die Deutschen von den Amerikanern immer heftiger ihre Hegemonie-Position zugunsten einer multilateralen globalen Politik aufzugeben.« – Conrad Schuhler: *Zwei Skorpionen in der Flasche. Das Verhältnis der beiden Supermächte USA und Deutschland im Rahmen der Globalisierung und des ›Krieges gegen den Terror‹*, in: Jürgen Elsässer (Hg.): *Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen*, Hamburg 2002, S. 61.

<sup>745</sup> »Die Herausforderungen sind nicht neu, jedenfalls nicht in der Substanz, nur in der Dringlichkeit. Insofern ist die Tragödie auch eine Chance.« – Scharping, zit. n. Rainer Trampert: *Pipelines in der Postmoderne*, in: Jürgen Elsässer (Hg.): *Deutschland führt Krieg*, a.a.O., S. 11. – »In der Region, von der wir im Zusammenhang mit dem Terror reden, rund um das kaspische Meer und den Golf, befinden sich 70 Prozent der Erdöl- und 40 Prozent der Erdgasvorkommen der Erde. Weltweite Stabilität hat auch mit Weltwirtschaft zu tun.« – Scharping, zit. n. Rainer Trampert: *Pipelines in der Postmoderne*, a.a.O., S. 11. – »Wenn Scharping sagt, die Kriege werden für die Weltwirtschaft gemacht, hofft er auf gleichberechtigte Nutzung und will die Kriegsbegründung langsam vom Kampf um die Menschenrechte emanzipieren.« – Trampert, a.a.O., S. 12.

<sup>746</sup> »Die Parteien vereinbarten, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbarten daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.« – Art. 5, NATO-Vertrag.

<sup>747</sup> Vgl. Gerhard Schröder: »Bekanntnis zur politischen und moralischen Solidarität«, Rede des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag vom 19. September 2001, *Die Zeit* 39/2001. – Gerhard Schröder: »Wir werden gemeinsam vorgehen«, *Die Zeit* 41/2001. – »Deutschland spürt schmerzlich, daß ein nicht kriegsfähiger Imperialismus nur ein halber ist. Die Lüge von der großen Solidarität mit Amerika entlarvte sich schon in den ersten Reden. Man erinnerte sich an die Rosinenbomber und warnte gleichzeitig wie Angela Merkel: ›Wenn wir nicht dabei sind, werden die Dinge ohne uns geregelt.« – Rainer Trampert: *Pipelines in der Postmoderne*, a.a.O., S. 21.



Hinter dieser Dankbarkeit kommen allerdings wenig verklausuliert auch die hauptsächlichen Gründe zum Vorschein: Schröder spricht von *nationalen Interessen*<sup>748</sup>. Seit der deutschen Einheit sei das Gewicht Deutschlands in der Weltpolitik gewachsen. Es gehe um nicht weniger als um die »Positionierung Deutschlands« in einer nach dem 11. September 2001 völlig veränderten Weltordnung.<sup>749</sup> Man wolle im Kampf gegen den Terrorismus nicht »Alliierte zweiter Klasse« sein;<sup>750</sup> aus diesem Grund sei die *Scheckbuch-Diplomatie* als Etappe deutscher Nachkriegspolitik nun endgültig vorbei, abgelöst durch ein weiterentwickeltes Selbstverständnis deutscher Außenpolitik: Krieg als probates Mittel der deutschen Politik.<sup>751</sup>

### *Erweiterung des Sicherheitsbegriffs – Finale Enttabuisierung des Militärischen?*

Auf einem Sonderparteitag erklärten die Grünen zwei Wochen nach den Anschlägen unter dem (Ein-)Druck der internationalen Terrorismusbekämpfung *offiziell* ihre Abkehr vom Pazifismus.<sup>752</sup> Bemerkenswert ist, daß militärische Vergeltungsschläge mit und ohne deutsche Beteiligung plötzlich so weitreichend anerkannt waren und überhaupt nicht mehr zur Disposition standen. Das Militärische war derart enttabuisiert worden, daß sich die Legitimationsrhetorik im wesentlichen *ironisch* verhalten konnte: Zu früheren Anlässen hatte es oft geheißen, zivile Aktionen reichten unter Umständen nicht aus, dem Gegner Einhalt zu gebieten; der Einsatz militärischer Mittel dürfte deshalb nicht tabuisiert werden. Nun hieß es, militärische

---

<sup>748</sup> »Es geht nicht um irgendeine außenpolitische Strategie; es geht um die Vertretung eigener Interessen.« – Schröder, zit. n. Hermann L. Gremliza: Showdown in Partnership. Der Kalte Krieg zwischen Deutschland und den USA nach dem 11. September, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Deutschland führt Krieg, a.a.O., S.43.

<sup>749</sup> Vgl. Bundestagsdebatte vom 11. Oktober 2001. – Schröder ist sich darüber im Klaren, daß sich Deutschland nur in Gestalt eines integrierten Europas *neu positionieren* kann. »Bei dem, was man Neupositionierung in einer sich veränderten weltpolitischen Landschaft nennt, würde Deutschland ohne Europa jedenfalls weniger wert sein als integriert in Europa. Das ist also nicht etwa die Stunde der Verlangsamung der europäischen Integration; sie ist eher mit Dynamik auszustatten.« – Gerhard Schröder, zit. n. *FTD-online* vom 8.1.2001.

<sup>750</sup> So ähnlich drückte es auch der Außenminister Fischer aus: »Wir sind eingebunden in Europa, und dieses Europa als ganzes hat globale Interessen (...) der 11. September hat zu einer Achsenverschiebung geführt, und wir Europäer müssen darauf achten, nicht an den Rand gedrängt zu werden. Wenn wir getrennt bleiben, werden wir unsere Rolle in der Welt und bei ihrer Gestaltung nicht wahrnehmen können.« – Fischer, zit. n. *SZ* vom 18.10.2001. – Die Befürchtung, »an den Rand gedrängt zu werden« oder »Alliierte zweiter Klasse« zu sein, war tonangebend lediglich bis ins Vorfeld des Irakkrieges 2003.

<sup>751</sup> Die Voraussetzung, Bündnispartner erster Klasse zu sein – wie etwa Großbritannien – besteht darin, daß das Militärische als Mittel der Außenpolitik nicht tabuisiert ist. – Wer mitschießt darf auch mitreden. »Das erste Ziel deutscher Politik ist es, die gewachsene Verantwortung Deutschlands weiter wachsen zu lassen, das heißt: seine Macht in der Welt zu mehren. Das verlangt, an allen Fronten dabei zu sein, wo Weltpolitik gemacht wird, auch an den militärischen, und den drängelnden Engländern oder Italienern nicht das Feld zu überlassen. Das zweite Ziel ist es, den gemeinsamen Krieg gegen Dritte zum Geländegewinn im Konkurrenzkampf mit den USA zu nutzen. Das verlangt, den Einsatz gering zu halten und den Eindruck so eindrucksvoll wie möglich, man tue sich schwer und handle nur unter Pressuren, damit der Haß, den die bombenden USA auf sich ziehen, nicht auch Deutschland trifft.« – Hermann L. Gremliza: Showdown in Partnership, a.a.O., S. 43.

<sup>752</sup> Die inoffizielle Abkehr vom Pazifismus erfolgte bereits in der Bosnien-Krise.

Aktionen gegen den internationalen Terrorismus reichten alleine nicht aus; die zivilen Mittel dürften nicht verdrängt werden.<sup>753</sup>

In einem *Zeit*-Gespräch benennt Gerhard Schröder den Zusammenhang für die nahezu vollständige Enttabuisierung des Militärischen.<sup>754</sup> Es gehe um eine »neue Form der Selbstverteidigung« als Antwort auf eine »neue Bedrohungslage«, die nach dem 11. September entstanden sei. Diese Form der Selbstverteidigung umfaßt politische, diplomatische und ökonomische sowie militärische Mittel;<sup>755</sup> auch im präventiven Sinne zumindest aus Sicht der US-Regierung, die mit der neuen Sicherheitsdoktrin des *preemptive strike* aufgewartet sind.<sup>756</sup> Die maßlose Ausweitung des Sicherheitsbegriffes soll den Angriffskrieg als Präventivmaßnahme legitimieren.

Von einer »Enttabuisierung des Militärischen« solle jedoch, so Schröder, in der Öffentlichkeit am besten nicht die Rede sein. Die Begrifflichkeit könnte bewußt oder unbewußt mißverstanden werden. »Es geht ja nicht darum, dem Militärischen einen unverdienten Raum zu geben, sondern diesen Aspekt in der Außenpolitik nicht zu tabuisieren, was lange gemacht wurde.«<sup>757</sup> – Wer so redet, kann den Verdacht nicht ausräumen, daß verhindert werden solle, den Sachverhalt nicht falsch sondern richtig zu verstehen. Auch habe Schröder lieber eine Gesellschaft, die so zivil sei, »daß eine Regierung Schwierigkeiten hat, eine militärische Maßnahme zu begründen, als eine, die Hurratriotismus macht.« – Authentischer wären solche Aussagen allemal, wenn zur Herstellung von kriegsbejahenden Mehrheiten im Bundestag auf die Verwendung von autoritären Mitteln verzichtet worden wäre. Die Ausübung von Zwang auf Parlamentarier (Fraktionsdisziplin), Androhung öffentlicher Bloßstellung oder einer Herabsetzung auf den Wahl-Listenplätzen, internes Mobbing, Drohung mit der Richtlinienkompetenz und schließlich die Vertrauensfrage sind zwar in der Berufspolitik weitgehend abgesichert durch die demokratischen Regeln, aber sie bleiben dennoch autoritäre Mittel, die dem demokratischen Ideal, daß die Parlamentarier nur ihrem Gewissen verpflichtet sein sollen, kraß widersprechen; jedenfalls sind sie kaum als zivile Mittel zu bezeichnen.

Schröder verband durch die Vertrauensfrage im Bundestag die militärische Beteiligung der Bundeswehr am Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan mit seinem eigenen politi-

---

<sup>753</sup> Vgl. z.B. *Neues Deutschland* vom 1. Oktober 2001.

<sup>754</sup> »Eine neue Form der Selbstverteidigung – Bundeskanzler Gerhard Schröder über die Bedrohung der westlichen Zivilisation und Deutschlands Rolle in der Welt«. Ein *Zeit*-Gespräch von Gunter Hofmann und Michael Naumann (Gesprächsführung), *Die Zeit*, 43/2001.

<sup>755</sup> »Militärische Interventionen darf man jedenfalls – streng abgewogen im Einzelfall – nicht tabuisieren.« – Ebd.

<sup>756</sup> Siehe The National Security Strategy of the United States of America, Internet: ><http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.html><. – Siehe auch Michael Byers: Der Irak und der Fall Caroline, in: *Le Monde diplomatique*, 9/2002, S. 9.

<sup>757</sup> »Eine neue Form der Selbstverteidigung – Bundeskanzler Gerhard Schröder über die Bedrohung der westlichen Zivilisation und Deutschlands Rolle in der Welt«, a.a.O.

schen Schicksal. Für die deutsche Beteiligung an dem breit angelegten Feldzug gegen den Terrorismus fand sich schließlich eine übergroße Mehrheit im Bundestag, die sich aus jenen zusammensetzte, die den Krieg befürworteten, und denen, die einen Rücktritt des Bundeskanzlers verhindern wollten. Das deutsche Parlament bewilligte im November 2001 den Einsatz von 3900 Bundeswehrsoldaten, die innerhalb eines Jahres ohne spezifischen Auftrag, d.h. vor allem nicht gebunden an einen bestimmten Ort im »Krieg gegen den Terror« und unter der Führung der US-Streitkräfte im Rahmen der »Operation Enduring Freedom« operieren dürfen.<sup>758</sup> Der Aktionsradius der Bundeswehr umfaßt die arabische Welt, Mittel- und Zentralasien sowie Nord-Ost-Afrika. Potentielle Angriffziele der von der US-Regierung ausgemachten »Achse des Bösen« sind Irak, Iran, Somalia, Nordkorea, Sudan und der Jemen sowie ca. 40 weitere Staaten, die angeblich Terroristen beherbergen, wie der US-Außenminister Cheney unmißverständlich zu verstehen gegeben hat. – »Ich habe mit Hilfe der Vertrauensfrage durchgesetzt, daß Deutschland teilnimmt, auch militärisch teilnimmt an einem Einsatz außerhalb Europas. Das ist eine Veränderung der Außen- und Sicherheitspolitik, die eine Zäsur bedeutet hat.«<sup>759</sup> – »Einmal mehr haben die Deutschen im Windschatten der ›transatlantischen Freundschaft‹ ihre ganz eigenen Ziele verfolgt: Erstmals können deutsche Soldaten nun in alle Welt entsendet werden, ohne daß Auschwitz als Legitimation erhalten müßte, die seit Jahren geforderte außenpolitische Normalität wurde im Bundestag beschlossen, ohne daß bislang auch nur ein Schuß abgefeuert wurde.«<sup>760</sup> Und deutsche Soldaten sind in alle Welt entsandt: 1.820 nach Afghanistan und Usbekistan, 3.350 ins Kosovo, 1.320 nach Bosnien-Herzegowina, 52 nach Mazedonien, elf nach Georgien, 710 ans Horn von Afrika, ins Mittelmeer, auf Stützpunkte in Bahrain, Djibuti, Kenia. »Für deutsche Einsätze der Bundeswehr im Ausland scheint es Tabus nicht mehr zu geben. Sie wird mehr und mehr zu einem Instrument weltumspannender Politik deutscher Regierungen«, schreibt *Der Spiegel*.<sup>761</sup>

---

<sup>758</sup> Der Bundestagsbeschluß zur militärischen Beteiligung am »Krieg gegen den Terror« kommt gleichsam einem Blankoscheck für das deutsche Militär gleich und bedeutet im gleichen Maße eine temporäre Selbstentmachtung des Parlaments bezüglich seiner Einflußnahme auf die militärischen Aktivitäten deutscher Soldaten. »Es handelt sich also um einen Vorratsbeschluß. Kampfeinsätze der Bundeswehr können somit jederzeit von der Bundesregierung um das Vielfache ausgeweitet werden, ohne daß der Bundestag damit befaßt wird oder zustimmen muß. Er ist ein Freibrief, eine Kriegsermächtigung für die Regierung.« – Claus Schreer: *isw-spezial*, Nr. 18, S. 15. – Im November 2003, 2004 und 2005 beschloß der Bundestag die Verlängerung des Mandates für »Enduring Freedom« jeweils um ein Jahr.

<sup>759</sup> Gerhard Schröder, zit. n. *Der Spiegel*, 38/2002, S. 38. – Die Zäsur stand für Karl Otto Hondrich unter moralisch verwerflichen Vorzeichen: »Das mächtigste Land der Welt überzieht das ohnmächtigste mit Krieg – als Vergeltung für eine Tat, an der vermutlich keiner seiner Bürger beteiligt war. Dieser Gedanke bringt nicht nur die elementaren moralischen Gefühle gegen sich auf. Er läßt sich auch mit unserer Vorstellung vom Krieg nicht vereinbaren.« – Karl Otto Hondrich: Sternstunde der Moral, in ders.: *Wieder Krieg*, Frankfurt a.M. 2002, S. 170-176; S. 171.

<sup>760</sup> Thomas von der Osten-Sacken: Deutsche Friedensfreunde. Von der Kritik des Imperialismus zur Kritik des Antimperialismus, in: Jürgen Elsässer (Hg.): *Deutschland führt Krieg*, a.a.O., S. 216.

<sup>761</sup> *Der Spiegel*, 25/2003.

## *Neue Verteidigungspolitische Richtlinien – Verteidigung Deutschlands auch am Hindukusch*

Die Zäsur in der deutschen Außenpolitik, von der Gerhard Schröder gesprochen hat, besitzt einen Doppelcharakter. Zum einen besteht sie in der vollständigen Enttabuisierung des Militärischen als Mittel der Außenpolitik,<sup>762</sup> zum anderen besteht sie in der Aufgabenausweitung der Bundeswehr, der eine Erweiterung des Sicherheits- oder Verteidigungsbegriffes zugrunde liegt. Bereits mit der Entscheidung im Bundestag, daß die Bundeswehr sich am NATO-Krieg gegen Serbien beteiligen solle, sei zum ersten Mal ins öffentliche Bewußtsein gerückt worden, daß die Bundeswehr weitaus mehr Aufgaben wahrzunehmen habe als die bloße Verteidigung der eigenen Landesgrenzen; sie habe Bündnisverpflichtungen zu erfüllen und darüber hinaus auch außerhalb der eigenen Landesgrenzen für Stabilität zu sorgen und damit »deutsche Interessen« zu realisieren.<sup>763</sup>

Denselben Sachverhalt drückte Verteidigungsminister Peter Struck Ende des Jahres 2002 mit plastischeren Worten geographisch aus: »Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.«<sup>764</sup> Struck kündigte an, die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) von 1992 neu fassen zu wollen. Die neu gewählte Parteivorsitzende der Grünen, Angelika Beer, kommentierte Strucks Absichten als einen »überfälligen Schritt«. »Jeder weiß, daß die Landesverteidigung auf absehbare Zeit keine Rolle mehr spielt.«<sup>765</sup> Auch die CDU/CSU stimmte der neuen, von Struck geplanten VPR ausdrücklich zu. In einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* sagte der für Sicherheits- und Verteidigungspolitik zuständige Wolfgang Schäuble: »Es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Denn wir brauchen eine realistische, aktualisierte Bedrohungsanalyse.«<sup>766</sup> Schäuble hatte zuvor im Bundestag am 14. November 2002 angesichts des globalen Terrorismus für eine Übernahme der US-

---

<sup>762</sup> »Noch vor zehn Jahren hätte niemand von uns erwartet, daß Deutschland sich anders als durch so etwas wie »sekundäre Hilfsleistung« – also Zur-Verfügung-Stellung von Infrastruktur oder Gewährung von Finanzmitteln – an internationalen Bemühungen zur Sicherung von Freiheit, Gerechtigkeit und Stabilität beteiligt. (...) Diese Etappe deutscher Nachkriegspolitik (...) ist unwiederbringlich vorbei. Gerade wir Deutschen (...) haben nun auch eine Verpflichtung, unserer neuen Verantwortung umfassend gerecht zu werden. Das schließt – und das sage ich unmißverständlich – auch die Beteiligung an militärischen Operationen zur Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten, zur Herstellung von Stabilität und Sicherheit ausdrücklich ein.« – Regierungserklärung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder, Oktober 2001.

<sup>763</sup> Vgl. »Eine neue Form der Selbstverteidigung – Bundeskanzler Gerhard Schröder über die Bedrohung der westlichen Zivilisation und Deutschlands Rolle in der Welt«, a.a.O.

<sup>764</sup> »Wenn solches Denken Schule macht, landet die Welt über kurz oder lang im Chaos. Mit demselben Recht könnten Pakistan, Indien, China oder jedes x-beliebige Land in ihre Militärdoktrinen festlegen, daß deren Verteidigung am Rhein stattfindet.« – Bundesausschuß des *Friedensratschlags*, Pressemitteilung vom 6. Dezember 2002, Internet: ><http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/presse/2002-12-06.html><.

<sup>765</sup> Angelika Beer, zit. n. *Frankfurter Rundschau* vom 7. Dezember 2002.

<sup>766</sup> Wolfgang Schäuble, zit. n. *Frankfurter Rundschau* vom 11. Dezember 2002.

amerikanischen Doktrin des *preemptive strike* plädiert: »Wie können wir angesichts der Bedrohungen durch Massenvernichtungswaffen, Terrorismus und Trägertechnologien in der Zukunft Sicherheit gewährleisten? Die alte Form der Abschreckung kann dies nicht mehr leisten. In Amerika wird über die neue Sicherheitsstrategie diskutiert. (...) Man kann diese Gefahren (...) nur vermeiden, indem man Anschläge und den Einsatz von Massenvernichtungswaffen verhindert. Mit Vergeltung, also einem Zweitschlag, schützen Sie unsere Bevölkerung nicht. Deswegen muß eine entsprechende Debatte (...) in Deutschland geführt werden.«<sup>767</sup>

Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien stellte Struck am 21. Mai 2003 in Berlin vor.<sup>768</sup> Eine global veränderte Sicherheitslage erforderte die Neuausrichtung deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik, vor allem auch weil Rolle und Verantwortung des deutschen Staates für europäische Sicherheit und den Weltfrieden weiter gewachsen seien. Herkömmliche Landesverteidigung habe an Bedeutung verloren, da Deutschland auf lange Sicht von befreundeten Nachbarstaaten umgeben sei, werde es auf dem europäischen Kontinent nicht bedroht. Dagegen sei eine Reaktion auf internationale Konflikte und auf global agierenden Terrorismus, der eine »asymmetrische Bedrohung« darstelle, geboten. Mit dieser Umorientierung der Sicherheitspolitik veränderten sich zwangsläufig die Aufgaben der Bundeswehr, deren zukünftige Einsätze im Einklang mit den Bündnispartnern (EU, NATO, UN und OSZE) nunmehr im Zeichen der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung stünden.

Nach Artikel 87a des Grundgesetzes stelle der deutsche Staat Streitkräfte zur Verteidigung auf. – Verteidigung meinte in erster Linie *Landesverteidigung* und in zweiter Hinsicht Verteidigung des Bündnisgebietes, sofern sich die Bundesrepublik Deutschland einem kollektiven Verteidigungsbündnis angeschlossen habe. Bis zum Awacs-Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahre 1994 galt allgemein, daß die Bundeswehr nicht *out of area* zu militärischen Zwecken, insbesondere für Kampffeshandlungen eingesetzt werden dürfe. Das Grundgesetz ist in diesen Fragen nicht geändert worden; wohl aber änderte sich das Rechtsverständnis und in

---

<sup>767</sup> Wolfgang Schäuble im Deutschen Bundestag, 15. Wahlperiode, 10. Sitzung, Berlin am 14. November 2002, Stenografischer Bericht 15/10, S. 536f. – Vgl. auch Dirk Eckert: »Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt«, *telepolis* vom 13.12.2002, ><http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/13778/1.html><. – Auch der Generalinspekteur der Bundeswehr Schneiderhahn plädierte für die Übernahme des *preemptive strike*. – Vgl. *FAZ* vom 23.1.2003. – Die *FAZ* kommentierte das Plädoyer Schneiderhahns, die neue US-Sicherheitsdoktrin zu übernehmen, als eine Revolutionierung des Verteidigungsbegriffes: »Es verändert nicht nur den möglichen Operationsraum der Bundeswehr, sondern auch das Verständnis, ja sogar die Definition dessen, was ›Verteidigung‹ im Sprachgebrauch der Bundeswehr seit dem Tag ihrer Gründung bedeutet hat.« – *FAZ* vom 23.1.2003.

<sup>768</sup> Siehe Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, >[http://www.bmvg.de/misc/pdf/sicherheit/vpr\\_broschuere.pdf](http://www.bmvg.de/misc/pdf/sicherheit/vpr_broschuere.pdf)<. – Die VPR sind ein Grundsatzdokument, das als verbindliche konzeptionelle Grundlage für die deutsche Verteidigungspolitik gilt; sie dienen als Rahmenvorgabe für weitere Konzeptionsdokumente, z.B. für den Bundeswehrplan, der vom Generalinspekteur der Bundeswehr erstellt wird. Daß die VPR »angesichts der Dynamik der sicherheitspolitischen Entwicklungen regelmäßig überprüft und weiterentwickelt werden« – siehe VPR-Broschüre, a.a.O., S. 6 – sollen, ist Ausdruck der Normalisierungspraxis gegenüber einer *dynamisierten Norm*.

der Folge die Rechtspraxis mit dem Urteil des Verfassungsgerichtes von 1994. Eine Beteiligung an oder gar eine Vorbereitung von Angriffskriegen ist jedoch weiterhin durch das Grundgesetz ausdrücklich verboten und unter Strafe gestellt, und die Rechtspraxis hatte sich in diesem Punkt bisher nicht geändert. Mit den neuen, von Struck erlassenen VPR wird dieses Problem dadurch hintergangen, indem der Verteidigungsbegriff soweit ausgeweitet wird, daß er nunmehr problemlos auch sein Gegenteil mit einschließt und dem eigentlichen Wortsinn nach nicht mehr *definiert*,<sup>769</sup> d.h. er ist grenzenlos: »Verteidigung heute umfaßt (...) mehr als die herkömmliche Verteidigung an den Landesgrenzen gegen einen konventionellen Angriff.«<sup>770</sup> Die Sicherheit werde auch an anderer Stelle dieser Erde verteidigt. »In der heutigen Welt gibt es keine nationalen Friedensoasen mehr. Verteidigung läßt sich geographisch nicht mehr begrenzen.«<sup>771</sup> Verteidigung gestalte sich demzufolge in erster Linie als Krisenbewältigung und Konfliktverhütung sowie als Unterstützung von Bündnispartnern in Krisengebieten, die in erster Linie außerhalb des Bündnisgebietes, d.h. *out of area* liegen.<sup>772</sup>

Das neue grundlegende Stichwort heißt *multinationale Sicherheitsvorsorge*<sup>773</sup>, worunter das Primat des gemeinsamen militärischen Vorgehens mit Verbündeten und Partnern im Rahmen von UN, NATO oder EU verstanden wird.<sup>774</sup> Zwar liegt die Betonung auch auf der NATO, in der sich der deutsche Staat »mit seinen Streitkräften mehr als jeder andere Bündnispartner« beteilige und dem demzufolge im Bündnis »eine herausragende Rolle und Verantwortung für den künftigen Kurs«<sup>775</sup> zukomme, womit nichts anderes als ein Führungsanspruch gemeint ist, der sich an die USA richtet und an das Konzept *partner in leadership* anknüpft. Dennoch wiegt das deutsche Engagement für die *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik*

---

<sup>769</sup> »Deshalb wurde eine Änderung oder Klarstellung des Begriffes der Verteidigung in Artikel 87a GG 1994 für nicht erforderlich gehalten. Sie ist es auch heute nicht. Die »enge« Auslegung des Begriffes der Verteidigung (keine Einsätze »out-of-area«) ist spätestens mit dem BVerfG-Urteil von 1994 politisch und verfassungsrechtlich überholt.« – VPR-Broschüre, a.a.O., S. 12. – Wie eine Farce liest sich dementsprechend Punkt 77 in den neuen VPR: »Die Aufgaben der Bundeswehr leiten sich ab aus dem ihr gegebenen verfassungsrechtlichen Auftrag und den Zielen deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik.« – Während das Grundgesetz klar und eindeutig den Verteidigungsbegriff definiert, nehmen sich die VPR das Recht heraus, die Definition der Verteidigung maßlos zu entgrenzen.

<sup>770</sup> Vgl. VPR, a.a.O., Nr. 5.

<sup>771</sup> VPR-Broschüre, a.a.O., S. 12.

<sup>772</sup> Vgl. VPR, a.a.O., Nr. 10.

<sup>773</sup> Vgl. VPR, a.a.O., Nr. 11.

<sup>774</sup> Dieser Punkt steht im scheinbaren Gegensatz zu den VPR von 1992, in denen hervorgehoben wurde, daß die deutsche Außenpolitik notfalls auch im Alleingang (unilateral) agiere, falls es zur Interessendivergenz mit den Verbündeten und Partnern kommen würde. In den neuen VPR heißt es jedoch auch: »Deutschland beteiligt sich aktiv an der Arbeit von VN und OSZE, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten, der Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts weltweit Geltung zu verschaffen (...).« – VPR, a.a.O., Nr. 40. – Der deutsche Staat behält sich mit anderen Worten vor, unilateral zu handeln, wenn es nach eigenem Ermessen hierfür einen Anlaß gibt. Während die VPR von 1992 diesen Punkt sehr deutlich und ehrlich in Zusammenhang mit »deutschen Interessen« (politische und ökonomische Macht) gestellt haben, werden diese in den neuen VPR durch Menschenrechtsrhetorik verschleiert.

<sup>775</sup> VPR, a.a.O., Nr. 48.

(ESVP) schwerer, deren Vertiefung als Bestandteil einer politischen Union Europas wichtigstes Ziel ist, und bei dem der deutsche Staat ebenfalls eine Schlüsselrolle für sich beansprucht.<sup>776</sup> Insbesondere im Kampf gegen den Terrorismus soll das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen aber die jeweilige Handlungsgrundlage bilden.<sup>777</sup> Die Kommunikation zwischen NATO und zukünftiger EU-Armee solle partnerschaftlich ausgebildet sein; die deutschen Streitkräfte, die sich in eine EU-Armee integrieren, sollen auch der NATO zur Verfügung stehen.<sup>778</sup>

Die sozialdemokratische Handschrift der neuen VPR wird wenigstens an der Stelle einmal deutlich, wenn dem Militärischen in der Deutschen Sicherheitspolitik nicht der Vorrang eingeräumt wird. Sie »ist umfassend angelegt und berücksichtigt politische, ökonomische, ökologische, gesellschaftliche und kulturelle Bedingungen und Entwicklungen. Sicherheit kann weder vorrangig noch allein durch militärische Maßnahmen gewährleistet werden.«<sup>779</sup> Präemptive Einsätze, wie es die neue Sicherheitsdoktrin der USA vorsehen, finden in den VPR keine Erwähnung und wurden von Struck in den vorangegangenen parlamentarischen Debatten kategorisch ausgeschlossen. Dagegen aber ist von *präventiver Sicherheitspolitik* die Rede; sie »umfaßt politische und diplomatische Initiativen sowie den Einsatz wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer, rechtsstaatlicher, humanitärer und sozialer Maßnahmen«<sup>780</sup> – die Bereitschaft, Freiheit, Menschenrechte, Stabilität und Sicherheit »notfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen oder wiederherzustellen« seien aber eine »unverzichtbare Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit eines umfassenden Ansatzes von Sicherheitspolitik«<sup>781</sup>, die allerdings auf der Grundlage des Völkerrechts stattfinden müsse. Die VPR aus dem Jahre 1992 waren eine Folgeleistung der Regierung Kohl auf die von den USA forcierte *Neue NATO*. Im Unterschied zur CDU/CSU die auch der neuen US-Sicherheitsdoktrin gerne Folge geleistet hätte, hat die rot-grüne Bundesregierung hier angesichts der belasteten deutschen Geschichte hinsichtlich des Präventivkriegsgedankens<sup>782</sup>, mit welchem die Schuld am Ersten Weltkrieg

---

<sup>776</sup> Vgl. VPR, a.a.O., Nr. 51.

<sup>777</sup> Mit anderen Worten: Agiert ein Bündnispartner oder das gesamte Bündnis ohne vorherige Legitimierung seitens der UNO, möchte der deutsche Staat seiner erklärten Absicht nach die Gefolgschaft verweigern. – So scheinbar geschehen etwa im Krieg der USA und anderer Partner gegen den Irak 2003. Freilich hat die Bundesregierung aus viel gravierenderen Gründen mit Kräften die USA daran zu hindern versucht, gegen den Irak Krieg zu führen und eine entsprechende, den Kriegseinsatz legitimierende UN-Resolution zu verhindern. – Dazu im nächsten Kapitel.

<sup>778</sup> Bei möglichen Interessendivergenzen zwischen den USA und der EU wird es freilich zu entscheidenden Probe aufs Exempel kommen. Der NATO ist in solchen zukünftigen Fällen keine weitere Zukunft beschieden, wenn erst einmal die EU-Armee vollständig und autark einsatzbereit ist.

<sup>779</sup> VPR, a.a.O., Nr. 36.

<sup>780</sup> Ebd.

<sup>781</sup> VPR, a.a.O., Nr. 37.

<sup>782</sup> Die Begründung zum *preemptive strike* klang, als habe sich der amerikanische Präsident den Präventivkriegsgedanken des Preußen Otto von Bismarck zueigen gemacht. Der hatte sich seinerzeit auf Friedrich den Großen

bereits im Vorfeld des Weltkrieges zu verschleiern und nachträglich zu rechtfertigen versucht wurde, eine Unzumutbarkeit für die Welt und insbesondere für die europäischen Nachbarn erkannt. Nicht deshalb, sondern hauptsächlich aus anderen, noch zu erörternden Gründen trat allerdings die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg 2003 in einen offenen Streit mit der US-Regierung und erfand die Wendung vom »deutschen Weg«.

## 9. Golfkrieg 2003: Die Ausübung normaler Souveränität kann auch bedeuten, Bündnissolidarität zu verweigern – Der »Deutsche Weg« zur Selbstbehauptung Europas

»Das Deutschland, für das ich arbeite, ist ein stolzes, ein solidarisches Land. Ein Land, das seine Leistung nicht mies machen läßt. (...) Unser Deutschland ist ein selbstbewußtes Land. Es ist stolz auf die eigene Tradition und offen für den Reichtum anderer Kulturen. (...) Unser Deutschland genießt Respekt und Ansehen in der Welt. Weil wir Partner und Vorbild sind. Weil wir das Europa bauen und weltweit Frieden und Menschenrechte sichern und schützen helfen. (...) Das ist unser deutscher Weg. Für die Vision kämpfe und arbeite ich.«  
Gerhard Schröder

Der zweite Golfkrieg im Jahre 1991 hatte damit geendet, daß Kuwait als souveräner Staat wiederhergestellt worden ist. Die alliierten Truppen waren auf dem irakischen Territorium bis kurz vor Bagdad vorgedrungen und hätten ohne weiteres den Diktator Saddam Hussein stürzen können. Statt dessen wurden die alliierten Truppen zurückgezogen. Der ehemalige Leiter des UN-Hilfsprogramms in Bagdad, Hans von Sponeck, ist der Ansicht, »daß man sich in Washington darüber klar wurde, daß ein geschwächter aber lebender, durch Wirtschaftssanktionen und Abrüstungsaufgaben der UNO in seiner Macht und seinem Aktionsradius begrenzter und kontrollierter Diktator Saddam Hussein eine viel bessere Rahmenbedingung war für die weitere politische und militärische Präsenz der USA in der Golfregion und für ihr Ziel, die dortigen Energieressourcen zu kontrollieren«<sup>783</sup>. Immerhin konnten die USA mit Hinweis auf die fortbestehende Gefährlichkeit des irakischen Diktators seit Beendigung des zweiten Golf-

---

berufen und erklärt, daß in Zeiten, in denen das Reich von außen mit Krieg bedroht werde, ein Angriff nicht ruhig abgewartet werden dürfe: »In solchen Lagen ist es die Pflicht der Regierung und die Nation hat das Recht, von der Regierung zu fordern, daß, wenn wirklich Krieg nicht vermieden werden kann, dann die Regierung denjenigen Zeitpunkt wählt, ihn zu führen, wo er das Land, für die Nation mit den geringsten Opfern, mit den geringsten Gefahren geführt werden kann.« – Otto von Bismarck, zit. n. Karl-Ernst Jeismann: Das Problem des Präventivkriegs im europäischen Staatensystem mit besonderem Blick auf die Bismarck-Zeit, Freiburg/München 1957, S. 86f. – Fiele auch dies noch unter das Programm der Normalisierung, müßte man langsam im deutschen Kontext nicht bloß von einem rechts-konservativen, sondern von einem rechtsradikalen Zusammenhang sprechen, dem die CDU/CSU, insbesondere Wolfgang Schäuble das Wort redete.

<sup>783</sup> Hans von Sponeck / Andreas Zumach: Irak – Chronik eines gewollten Krieges. Wie die Weltöffentlichkeit manipuliert und das Völkerrecht gebrochen wird, Köln 2003, S. 24.



krieges Waffen im Wert von über 100 Milliarden US-Dollar an die Nachbarstaaten des Irak (Israel, Saudi-Arabien, Arabische Emirate u.a.) verkaufen.

Jedoch wuchsen im Laufe der Jahre die Spannungen im Nachbarland Saudi-Arabien, wo die USA noch Militärbasen unterhalten, langfristig aber damit rechnen, diese dort abziehen zu müssen. Für diesen Fall benötigten die USA einen neuen militärischen Stützpunkt, von dem aus sie ihren Einfluß auf die Ölregion ausüben können. Da der Irak nach Saudi-Arabien das Land mit den zweitgrößten Erdöl-Vorkommen ist, mußte dort eine von Saddam Hussein unabhängige Perspektive geschaffen werden, denn mit dem irakischen Diktator wäre dort nach dem zweiten Golfkrieg eine US-Militärbasis nicht zu realisieren gewesen. Die US-Regierung hatte also ein handfestes Interesse daran, den irakischen Diktator zu beseitigen, d.h. einen Regimewechsel durch Krieg herbeizuführen.

Pläne zum Sturz von Saddam Hussein sollen, das behauptet Hans von Sponeck, schon sehr lange vor 2002 existiert haben; der Krieg soll von langer Hand vorbereitet worden sein. »Selten zuvor ist ein Krieg so intensiv gewollt und so langfristig und zielstrebig vorbereitet worden wie der dritte Golfkrieg. Selten wurde bereits in der Vorphase eines heißen Krieges das Völkerrecht so häufig und skrupellos gebrochen und wurde die Weltöffentlichkeit so intensiv – und leider weitgehend erfolgreich – manipuliert. Und selten wurde der Feind im Vorfeld eines Krieges so wirkungsvoll und nachhaltig dämonisiert wie Saddam Hussein, wurde die internationale Mitverantwortung für die Verbrechen des Feindes und für das Problem, das jetzt durch einen Krieg ›gelöst‹ werden soll, so tief verdrängt.«<sup>784</sup>

Nach dem zweiten Golfkrieg wurden im Irak von den USA zwei Flugverbotszonen eingerichtet. Die eine sollte im Norden die kurdische, die andere im Süden die schiitische Bevölkerung vor Husseins Gewaltregime schützen. Ein Wirtschaftsembargo, das von der UNO beschlossen wurde, sollte die militärischen Potenzen des Iraks erschöpfen, zudem wurde der irakischen Regierung ein Abrüstungsregime auferlegt, das durch UN-Waffeninspektoren kontrolliert werden sollte. Der 1998 vom UNO-Generalsekretär Kofi Annan für die humanitären UNO-Programme im Irak ernannte Koordinator Hans von Sponeck trat zwei Jahre später aus Protest gegen die Politik des UNO-Sicherheitsrates, insbesondere gegen die Politik der USA und Großbritanniens, wieder zurück und warf wie auch schon sein Vorgänger Denis Halliday dem UNO-Sicherheitsrat vor, er würde mit den gegen den Irak verhängten Sanktionen gegen das Völkerrecht verstoßen und Völkermord an der irakischen Bevölkerung begehen. Tatsächlich sind im Irak nach Angaben von Unicef seit Anfang 1991 allein über 500.000 Kleinkinder an

---

<sup>784</sup> Hans von Sponeck / Andreas Zumach, a.a.O., S. 11f. – Hinsichtlich der Dämonisierung Husseins, siehe Wolfram Wette: »Ein Hitler des Orients? NS-Vergleiche in der Kriegspropaganda von Demokratien«, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 54. Jg., 4/2003, S. 231-242.

den Folgen des Embargos, d.h. an mangelnder Ernährung, katastrophaler medizinischer Versorgung etc. gestorben. Etwa dieselbe Anzahl von Menschen im Alter von über fünf Jahren soll ebenfalls dem Embargo zum Opfer gefallen sein. – In zwölf Jahren starben über 1,5 Millionen Menschen, das sind mehr als sieben Prozent der irakischen Bevölkerung; in dieser Hinsicht von Völkermord zu sprechen, ist nicht abwegig.<sup>785</sup>

Der französische Staat, der sich seit der Einrichtung der Flugverbotszonen zunächst an der Überwachung dieser beteiligt hatte, zog sich frühzeitig zurück, weil die Überwachung zunehmend amerikanisch-britische Luftangriffe mit einschloß und damit den Charakter einer *militärischen Aggression* annahm.<sup>786</sup> Mit anderen Worten: Frankreich ging nicht erst im Laufe der Jahre 2002/03 und vor allem nicht erst nach der Bundesregierung auf Distanz zu den USA. »Die Resolution 688 des Sicherheitsrates liefert (...) für die Einrichtung der Flugverbotszonen keinerlei Grundlage. Auf dieses Defizit sowie auf den eindeutig völkerrechtswidrigen Charakter der amerikanisch-britischen Luftangriffe hätten die anderen Mitglieder des Sicherheitsrates sehr viel stärker hinweisen müssen, als das – von den Einsprüchen Rußlands und den gelegentlichen Bedenken Frankreichs einmal abgesehen – in den letzten zwölf Jahren geschehen ist. Auch Deutschland hat sich in den zwei Jahren seiner Ratsmitgliedschaft 1996/97 zu diesen hochrelevanten völkerrechtlichen Fragen völlig bedeckt gehalten.«<sup>787</sup>

Der ehemalige Leiter des UN-Hilfsprogramms in Bagdad, Hans von Sponeck, registrierte allein im Jahr 1999 an 132 Tagen Luftangriffe, bei denen insgesamt 144 irakische Zivilisten ums Leben kamen und 446 verwundet wurden. Es sollen dabei von den amerikanischen und britischen Kampfpiloten auch verbotene Splitterbomben eingesetzt worden sein.<sup>788</sup> Anfang 2002 und dann noch einmal seit Juli/August 2002 wurden die Bombenangriffe erheblich gesteigert, zudem sollen die Angriffe zunehmend auch gegen Ziele außerhalb der Flugverbotszonen, d.h. konkret auf die Zentralzone um Bagdad erfolgt sein. Wenn mithin zu diesem Zeitpunkt beinahe täglich Luftangriffe erfolgt sind, auch auf Bagdad, dann war bereits zu diesem Zeitpunkt der Krieg gegen den Irak – ohne Kriegserklärung – voll im Gange.

Nach dem 11. September 2001 wurde dann der Irak offiziell zur Zielscheibe des Anti-Terror-Krieges der USA. Direkt nach den Anschlägen gab George W. Bush seinen Planungsstäben die Anweisung, einen Krieg gegen den Irak vorzubereiten und diesen in unmittelbaren Zu-

---

<sup>785</sup> Auf die Frage des Moderators der NBC im US-Fernsehen, inwieweit der Tod von mehr als einer halben Million Kinder der Preis wäre, den »wir« zu zahlen hätten, antwortete die US-Außenministerin Madeleine Albright: »Wir meinen, das ist ein angemessener Preis.« – Madelaine Albright in der Fernsehsendung »60 Minutes«, NBC, Mai 1996, zit. n. von Sponeck / Zumach, a.a.O., S. 48, Fn 7.

<sup>786</sup> Vgl. Chronik eines gewollten Krieges, Andreas Zumach im Gespräch mit Hans von Sponeck, in: von Sponeck / Zumach, a.a.O., S. 86.

<sup>787</sup> Chronik eines gewollten Krieges, a.a.O., S. 87.

<sup>788</sup> Vgl. Chronik eines gewollten Krieges, a.a.O., S. 89f.

sammenhang mit Al Qaida zu stellen. US-Verteidigungsminister Rumsfeld gab die Direktive für die Geheimdienste bereits am 11. September 2001 vor: »Werten Sie danach, ob das Material gut genug ist, gleichzeitig den Schlag gegen Saddam Hussein zu führen. Nicht nur Osama Bin Laden. Kehren Sie alles nach oben, die damit zusammenhängen, und solche, die nicht.«<sup>789</sup> Der Irak sei eine Bedrohung für die USA, woraus diese gemäß Artikel 51 der UN-Charta ein Recht der Selbstverteidigung ableiteten. Der ehemalige Oberbefehlshaber der NATO in Europa, Wesley Clark, erklärte schließlich im Februar 2003, daß die Entscheidung, Krieg gegen den Irak zu führen, bereits unmittelbar nach dem 11. September 2001 von der US-Regierung gefällt worden war.<sup>790</sup>

Dem irakischen Regime wurde vorgeworfen, es besitze noch immer Massenvernichtungswaffen, d.h. habe diese vor den UN-Waffeninspektoren versteckt gehalten. Die US- und auch die britische Regierung verfolgten dabei die Strategie des sogenannten *Double Speak*, d.h. die »Aufstellung einer falschen Behauptung, von der man genau weiß, daß die Öffentlichkeit sie nicht überprüfen kann. Oder eine Aussage, die zwar ganz oder teilweise zutrifft, bei der man aber wichtige Informationen unterschlägt, ohne die die Aussage nicht zu werten ist.«<sup>791</sup> Im August 2002 erklärte der US-Vizepräsident Dick Cheney: »Es besteht kein Zweifel, daß Saddam Hussein heute Massenvernichtungswaffen besitzt; es besteht kein Zweifel, daß er sie hortet für den Einsatz gegen unsere Freunde, gegen unsere Verbündete und gegen uns.«<sup>792</sup> – Keine der angeblichen Beweise, die von den USA und Großbritannien der Weltöffentlichkeit dafür präsentiert wurden, hielten einer Überprüfung stand.<sup>793</sup>

---

<sup>789</sup> Zit. n. Claus Schreer: *isw-spezial*, Nr. 18, S. 7.

<sup>790</sup> Siehe Interview in der *Welt am Sonntag* vom 9.2.2003.

<sup>791</sup> Chronik eines gewollten Krieges, Andreas Zumach im Gespräch mit Hans von Sponeck, a.a.O., S. 63.

<sup>792</sup> Zit. n. Claus Schreer: *isw-spezial*, Nr. 18, S. 3.

<sup>793</sup> Siehe zu sämtlichen von der US-Regierung angegebenen Kriegsgründen die Äußerungen des ehemaligen UN-Waffeninspektors im Irak von 1991-1998, Scott Ritter. – Der Irak verfüge über *Massenvernichtungswaffen*. – Ritter: »Es gibt keine Beweise dafür, daß der Irak tatsächlich über die entsprechende Fähigkeit oder die benötigten Materialien verfügt. Vielmehr spricht einiges dafür, daß dem Irak die notwendigen Materialien nicht mehr zur Verfügung stehen.«

1.) Der Irak arbeite an einem *Atomwaffenprogramm*. – Ritter: »1998, in dem Jahr, als ich den Irak verließ und das UN-Waffeninspektionsprogramm beendet wurde, waren die Infrastruktur und die Anlagen zu 100 Prozent zerstört. (...) Um das Potential für Atomwaffen wiederzugewinnen, müßten die Iraker praktisch aus dem Nichts Anlagen zur Anreicherung von Nuklearmaterial und zur Waffenproduktion aufbauen, was Zigmilliarden Dollar kosten würde.«

2.) Der Irak besitze *chemische Kampfstoffe*. – Ritter: »Die Befürworter eines Krieges gegen den Irak sprechen von 20000 Sprengköpfen, die mit dem Nervengas Sarin und Tabun gefüllt sind und gegen die Amerikaner eingesetzt werden könnten. (...) Sarin und Tabun haben bei der Lagerung eine Lebensdauer von fünf Jahren. Selbst wenn der Irak es irgendwie geschafft hätte, diese ungeheuren Mengen an Kampfstoffen vor den Inspektoren geheim zu halten, enthielten ihre Depots heute nur noch eine unbrauchbare und harmlose Schmiere. (...) Wenn niemand hinschauen würde, könnte der Irak diese Programme wieder aufnehmen. Aber genau wie beim Atomwaffenprogramm hätte er bei Null anfangen müssen, da die gesamte Ausstattung, die Anlagen und die Forschungslabors zerstört waren. Die Iraker hätten sich die komplizierten Instrumente und die Technologie über Scheinfirmen beschaffen müssen. Das wäre nicht verborgen geblieben. Die Herstellung von chemischen Waffen setzt Abgase frei, die man längst aufgespürt hätte. Per Satellit und auf andere Weise haben wir das Land über-

Im September 2002 informierte George W. Bush die Weltöffentlichkeit, daß sich die USA vor der UNO-Generalversammlung um eine neue Resolution bemühen würden, in der eine ausdrückliche Ermächtigung zum Krieg gegen den Irak enthalten sein solle, falls dieser die Auflagen nicht erfülle.<sup>794</sup> Eine solche Resolution scheiterte an dem Widerstand der ständigen Ratsmitglieder Frankreich, Rußland und China.<sup>795</sup> Etwa zeitgleich verabschiedeten die USA die neue militärische Sicherheitsdoktrin, wonach ein *preemptive strike* als Akt der Selbstverteidigung gelte und mithin durch den Artikel 51 der UN-Charta legitimiert sei. Auf diese Weise wollte die US-Regierung die Rechtfertigungspflicht vor dem UN-Sicherheitsrat umgehen, denn im Zweifelsfalle müßten sie sich nicht mehr um eine neue Resolution bemühen. Der UN-Sicherheitsrat verständigte sich dennoch im November 2002 auf eine neue Resolution. In der Resolution 1441 wurde festgehalten, daß es einer weiteren Ermächtigung zum

---

wacht und nichts entdeckt. Wenn der Irak Waffen produzieren würde, hätten wir dafür einen definitiven Beweis. So einfach ist das.«

3.) Der Irak verfüge über *biologische Kampfstoffe*. – Ritter: »Der Irak war imstande, Anthrax in flüssiger Form zu produzieren. So viel steht fest. Auch unter idealen Lagerbedingungen beginnt flüssiges Anthrax innerhalb von drei Jahren zu keimen und wird damit unbrauchbar. Auch wenn uns also die Iraker angelogen und Anthrax zurückbehalten haben (...) der Irak besitzt heute keine biologischen Waffen mehr, weil sowohl das Anthrax als auch das Botulinumtoxin inzwischen unbrauchbar geworden ist.«

4.) Der Irak besitze *Trägersysteme für Langstreckenraketen*. – Ritter: »Ich höre immer wieder, der Irak besitze Mehrstufenraketen. Aber der Irak verfügt nicht über die Kapazitäten für Mehrstufenraketen. (...) Alles läuft darauf hinaus, daß der Irak nicht die Möglichkeit besitzt, um Langstreckenraketen herzustellen. Die Iraker sind nicht einmal in der Lage, Kurzstreckenraketen zu bauen.«

5.) Saddam Hussein könne eine *Verbindung zu Al-Qaida* nachgewiesen werden. – Ritter: »Dieser Verdacht ist nun wirklich lächerlich. Saddam ist ein säkularer Diktator. Er hat in den vergangenen dreißig Jahren den islamischen Fundamentalismus bekämpft und ihn zerschlagen. (...) Osama bin Laden seinerseits haßt Saddam Hussein schon lange. Er bezeichnet ihn als einen Abtrünnigen, der getötet werden müsse.«

6.) Der Irak solle *demokratisiert* werden. – Ritter: »Es ist lächerlich, wenn Donald Rumsfeld und andere über Demokratie im Irak sprechen. Das Demokratiemodell des Westens beruht auf der Herrschaft der Mehrheit. Aber im Irak sind 60 Prozent der Bevölkerung schiitische Moslems, also theoretisch mit dem Iran verbündet. Der Iran ist selbstredend eine Brutstätte des antiamerikanischen islamischen Fundamentalismus. (...) Wir wollen keine Demokratie im Irak, weil wir nicht wollen, daß die Schiiten an die Macht kommen.« – Sämtliche Zitate von Scott Ritter, siehe: William Rivers Pitt / Scott Ritter: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, Köln 2002, S. 41ff., 46ff., 65ff., 80f. – »Aus bürokratischen Gründen setzten wir auf das Thema Massenvernichtungswaffen, weil es der einzige Grund war, bei dem jeder zustimmen konnte.« – US-Vize-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz im Mai nach dem Irak-Krieg, zit. n. *Der Spiegel* 24/2003. – Der Irak wurde nicht angegriffen, weil er Massenvernichtungswaffen besaß oder das Terrornetzwerk Al Qaida unterstützte, sondern weil er in militärischer Hinsicht eine leichte Beute gewesen ist. Emanuel Todd spricht in diesem Zusammenhang von einem *theatralischen Militarismus*: »Das wahre Amerika ist so schwach, daß es nur mit militärischen Zwergen eine Konfrontation suchen kann.« – Emmanuel Todd: Weltmacht USA. Ein Nachruf, München 2003, S. 168. – Im Januar 2005, beinahe zwei Jahre nach Beginn des Irakkriegs haben die USA die erfolglose Suche nach Massenvernichtungswaffen stillschweigend eingestellt. – Siehe *Financial Times Deutschland* (online-Ausgabe) vom 12.1.2005.

<sup>794</sup> Siehe »Washington will Lizenz zum Losschlagen«, in: SZ vom 14./15.9.2002.

<sup>795</sup> Christian Hacke kritisierte diese Allianz gegen die USA als »Bruch diplomatischer Gepflogenheit, weil Deutschland Partner bevorzugte, die sich nicht aus moralischen Gründen, sondern aus nüchternen Eigeninteressen gegen die USA stellten«. – Christian Hacke: Die deutsche Außenpolitik im Irak-Krieg, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 4/2003, S. 215-221; S. 220. – Hackes Analyse der deutschen Außenpolitik im Irak-Krieg geht freilich von der krassen Fehleinschätzung aus, daß die US-Politik für Stabilität und Sicherheit in der Region des Nahen Ostens, in Europa und der Welt Sorge, »denn irakische Mittelstreckenraketen mit Massenvernichtungswaffen reichen bis Europa«. – Hacke, a.a.O., S. 217. – Der Irak hatte zu diesem Zeitpunkt längst weder Raketen mit einer Reichweite bis nach Israel, geschweige denn nach Europa, noch Massenvernichtungswaffen besessen – und dies hätte man früh genug, bereits im Vorfeld des Krieges zur Kenntnis nehmen können.

Krieg nicht bedürfe; allerdings wurde festgelegt, daß nur der Sicherheitsrat, nicht aber einzelne Ratsmitglieder (USA, Großbritannien) »schwerwiegende Verstöße« gegen die Auflagen der Resolution feststellen dürfen und aus denen ein Krieg legitimiert werden kann. Zudem liege ein »schwerwiegender Verstoß« nur dann vor, wenn sich herausstelle, daß der Irak weiterhin über Massenvernichtungswaffen verfügt oder mit der Herstellung oder Beschaffung beschäftigt ist und zugleich die UNO-Waffeninspektoren (im Rahmen von UNMOVIC) bei ihren Kontrollen behindere.<sup>796</sup>

Den Wortlaut der Resolution 1441 kommentierte die *New York Times* all zu freizügig und im Sinne der US-Administration: »Der Beschluß stellt es den USA frei, den Irak anzugreifen – auch ohne zweite Resolution, die den Einsatz von Gewalt ausdrücklich autorisiert.«<sup>797</sup> – Das war Dichtung statt Wahrheit. – In Ziffer 2 der Resolution 1441 hatte der UN-Sicherheitsrat lediglich beschlossen, dem Irak »eine letzte Chance einzuräumen, seinen Abrüstungsverpflichtungen nach den einschlägigen Resolutionen des Rates nachzukommen; und (...) ein verstärktes Inspektionsregime einzurichten, mit dem Ziel, den vollständigen und verifizierten Abschluß des (...) Abrüstungsprozesses herbeizuführen«<sup>798</sup>. Dem Irak wurde auferlegt, innerhalb einer Frist von 30 Tagen eine vollständige Auflistung seiner Waffenbestände und Beschaffungsprogramme hinsichtlich Massenvernichtungswaffen vorzulegen, dem auch Folge geleistet wurde. Die Regierungen der USA und Großbritanniens interpretierten den Wortlaut der Resolution als ausreichende Grundlage, einen Krieg gegen den Irak zu führen, falls nach ihrem eigenen Ermessen ein »schwerwiegender Verstoß« vorliege. Die US-Regierung soll auf die Bundesregierung und andere nicht ständigen Ratsmitglieder starken Druck ausgeübt haben, sich dieser Sichtweise anzuschließen,<sup>799</sup> was sie im Grunde auch tat.<sup>800</sup>

### *Der »deutsche Weg«*

Bis Ende 2002 hatte es zwischen den europäischen Staaten keine Abstimmung ihrer außenpolitischen Positionen zur Irakpolitik gegeben. Eine einheitliche EU-Außenpolitik hatte mithin

---

<sup>796</sup> Siehe UN-Resolution 1441, abgedruckt in: Hans von Sponeck / Andreas Zumach: Irak – Chronik eines gewollten Krieges, a.a.O., S. 146-153.

<sup>797</sup> *NYT* vom 9.11.2002.

<sup>798</sup> UNO-Resolution 1441, abgedruckt in: von Sponeck / Zumach, a.a.O., S. 146-153.

<sup>799</sup> Vgl. von Sponeck / Zumach, a.a.O., S. 22.

<sup>800</sup> »Die Bundesregierung hat die Resolution 1441 ebenfalls als zur Not ausreichende Grundlage bewertet, anstatt die Verabschiedung einer zweiten Resolution mit einer eindeutigen Ermächtigung zu militärischen Maßnahmen zur *Conditio sine qua non* zu machen. Dies markiert ein großes Versagen Deutschlands bei der Verteidigung der UNO-Charta.« – Chronik eines gewollten Krieges, Andreas Zumach im Gespräch mit Hans von Sponeck, in: von Sponeck / Zumach, a.a.O., S. 34.

zu dieser Frage bis dahin nicht existiert. In dieses Vakuum des Nicht-Verhaltens stießen die Initiativen der US-Regierung ungehindert vor und wurden lediglich von einzelnen Staaten wie Frankreich, welches zu den ständigen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat gehört und demzufolge ein Veto-Recht besitzt, zurückzudrängen versucht. Der US-Außenminister Collin Powell betonte dagegen im Januar 2003 noch einmal: »Wir haben immer klar gemacht, daß die USA auch ohne zweite Resolution handeln werden. Wenn die internationale Gemeinschaft nicht bereit dazu ist, den Irak zu entwaffnen, dann werden die USA mit gleichgesinnten Nationen diese Verpflichtung alleine tragen.«<sup>801</sup> – Die entsprechende »Ermächtigungsresolution zur Anwendung militärischer Gewalt gegen den Irak« wurde vom US-Senat und Repräsentantenhaus im US-amerikanischen Kongreß bereits am 10./11. Oktober 2002 beschlossen.<sup>802</sup>

Die Bundesregierung glich allmählich ihren außenpolitischen Kurs dem Frankreichs an und schloß sieben Wochen vor der Bundestagswahl, als die Umfragen für die SPD bei einem Tiefstand von nahezu 30 Prozent gewesen waren,<sup>803</sup> eine Beteiligung Deutschlands an einem Krieg kategorisch aus, selbst wenn es für einen Krieg gegen den Irak ein klares UN-Mandat geben sollte. Damit begann sich eine einheitliche Politik der EU, zunächst als Tandem Frankreich/Deutschland herauszubilden, die aus wahltaktischen Gründen von der Bundesregierung als »deutscher Weg« bezeichnet wurde.<sup>804</sup> Der *deutsche Weg* sollte die mittlerweile unpopulär gewordene Formel von der *uneingeschränkten Solidarität* wieder zurücknehmen, zumindest einschränken.

Mit dem *deutschen Weg* erfaßte Schröder den Kern des Normalitätsbegehrens: »Das Deutschland, für das ich arbeite, ist ein stolzes, ein solidarisches Land. Ein Land, das seine Leistung nicht mies machen läßt. (...) Unser Deutschland ist ein selbstbewußtes Land. Es ist stolz auf die eigene Tradition und offen für den Reichtum anderer Kulturen. (...) Unser Deutschland genießt Respekt und Ansehen in der Welt. Weil wir Partner und Vorbild sind. Weil wir das Europa bauen und weltweit Frieden und Menschenrechte sichern und schützen helfen. (...) Das ist unser deutscher Weg. Für die Vision kämpfe und arbeite ich.«<sup>805</sup>

---

<sup>801</sup> Zit. n. *SZ* vom 18./19.1.2003.

<sup>802</sup> Siehe Gesamtwortlaut dokumentiert in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 11/2002. – Darin: »Der Präsident ist ermächtigt, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten so einzusetzen, wie er es als notwendig und angemessen erachtet, um die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten gegen die fortgesetzte Bedrohung durch den Irak zu verteidigen und alle relevanten Irak-Resolutionen des UN-Sicherheitsrates durchzusetzen.«

<sup>803</sup> In sieben Wochen holte Schröder für die SPD einen Rückstand von zehn Prozentpunkten auf und gewann ganz knapp die Wahl gegen seinen Herausforderer Edmund Stoiber.

<sup>804</sup> Schröder verwendete die Wendung erstmals auf einer Wahlkampfveranstaltung in Goslar: »wir haben uns auf den Weg gemacht, unseren deutschen Weg.« – Zit. n. »Schröders deutscher Weg«, in: *Die Welt* vom 6.8.2002. – Vgl. Günter Bannas: »Sozial im Inneren, friedlich im Äußeren. Die SPD und ihr ›deutscher Weg‹«, in: *FAZ* vom 6.8.2002, S. 3. – Siehe auch Jürgen Elsässer: *Der deutsche Sonderweg. Historische Last und politische Herausforderung*, München 2003, S. 11ff.

<sup>805</sup> Gerhard Schröder: »Meine Vision von Deutschland«, in: *Bild* vom 8.8.2002. – Siehe auch Internet: <http://www.bundesregierung.de/Nachrichten/Namensbeitraege>.

Anläßlich des Kosovo-Krieges 1999 hatte Gerhard Schröder die deutsche Westbindung – damit war nicht nur eine Orientierung nach Westeuropa, sondern auch auf das *transatlantische Bündnis* gemeint – noch zur *Staatsräson* der Bundesrepublik erklärt. Die Wendung vom *deutschen Weg* erweckte nunmehr vorübergehend den Eindruck, daß sich die Bundesregierung von der Westbindung lösen und einen neuen *Sonderweg* einschlagen wolle.<sup>806</sup> In der Tat bestand die Westbindung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg aus zwei tragenden Pfeilern: der deutsch-französischen Aussöhnung sowie der deutsch-amerikanischen Freundschaft. Während diese nun abkühlte, festigte sich jene.<sup>807</sup> »Westlich« ging es im »deutschen Weg«

---

<sup>806</sup> »Nie wieder deutsche Sonderwege beschreiten«, forderte z.B. Hans-Ulrich Klose. – Vgl. »In der Abseitsfalle«, in: *FAZ* vom 14.2.2003. – Es handelt sich bei der Forderung, keine Sonderwege zu beschreiten, freilich um eine geschickte Umkehrung des kritischen Inhalts des Sonderwegstabus: Mit der Tabuisierung des Sonderwegs soll heute nicht mehr verhindert werden, daß der deutsche Staat seine Nachbarn überfällt, sondern daß der deutsche Staat etwas *Besonderes* aus den verschuldeten Weltkriegen und Auschwitz lernt. Eine *abgesonderte*, fortschrittliche Normalisierung, die aus dem *allgemeinen* Kanon ausschert und damit innerhalb der Staatenkonkurrenz unter Umständen zu einem Nachteil für den deutschen Staat reichen könnte, darf es nicht geben. – »Nach der Delegitimierung durch das ›Dritte Reich‹ hat das deutsche Bürgertum seine ideologische Machtbasis stets aus der politischen Anlehnung an die Westmächte bezogen. Gerichtet war dieses Bündnis sowohl gegen den Ostblock als auch gegen die innere Opposition. Rot-Grün ist darauf nicht so sehr angewiesen und bemüht sich nach Kräften, Deutschland als ›normale‹ Nation zu rehabilitieren, die auf dem politisch-kulturellen Niveau der westlichen Staaten angekommen sei.« – Gregor Kritidis: Prinzipientreuer Regierungspazifismus? Zur Position der Rot-Grünen Bundesregierung im gegenwärtigen Irak-Konflikt und dem historischen Rückstand der Unionsparteien, in: *sopos* 3/2003, ><http://sopos.org/aufsaeetze/3e68c00b6ad0c/1.phtml#o1><.

<sup>807</sup> »Die neueste weltpolitische Präventivkrieg-Doktrin der Bush-Administration bringt die Deutschen nun in eine schizophrene Lage: Daß ein Präventivkrieg verwerflich und das Völkerrecht der Maßstab aller weltpolitischen Dinge sei, war schließlich eine zentrale Lektion des amerikanischen re-education-Programms gewesen. Die Deutschen haben sie erfolgreich verinnerlicht und führen sich nun bei ihrer Kritik an der neuen amerikanischen Strategie als Sachwalter wahrer amerikanischer Prinzipien auf – was jenseits des Atlantiks alsusterschülerhafte Anmaßung aufstößt. Ausgerechnet das Bestreben Amerikas, die Demokratie notfalls auch mit militärischen Mitteln in der Welt zu verbreiten, erschreckt die Deutschen – obwohl doch gerade das deutsche Beispiel nach 1945 zeigt, daß ein solches Vorgehen zum Erfolg führen kann. Der deutsche Widerstand just in dieser Frage ruft in den großen westlichen Ländern unguete Erinnerung daran wach, daß sich das Wilhelminische Reich einst als Beschützer des kulturellen Eigensinns kleinerer Nationen gegen den ›Zivilisationsimperialismus‹ der Westmächte aufgespielt hatte.« – Richard Herzinger: »Die besseren Amerikaner sind wir«, in: *Die Zeit*, 41/2002. – Dem liegt freilich eine *invention of tradition* (Legendenbildung) zu Grunde: Zum einen muß man sehen, daß die USA genausowenig wie andere Staaten eine statische Identität sind. Es war ein *anderes* Amerika als das heutige, welches im Zweiten Weltkrieg sich der Anti-Hitler-Koalition anschloß. Zu den amerikanischen Prinzipien gehört es zum anderen nicht, notfalls mit militärischen Mitteln Demokratie in der Welt zu verbreiten. Auch der Kriegseintritt der USA im Zweiten Weltkrieg stand unter dem Vorzeichen, einen Diktator zu stürzen, was mit Verbreitung von Demokratie nicht gleich identisch ist. Zur jüngeren US-Geschichte nach 1945 gehört es dagegen, notfalls mit militärischen Mitteln nicht Demokratie, sondern Militärregime und Diktaturen zu verbreiten, wenn sie im Interesse der USA liegen. Im Irak steht nach dem Sturz Husseins zwar eine Demokratisierung des Landes an, aber dadurch würde der Irak unter schiitische und damit unter die Kontrolle Irans geraten. Man darf vermuten, daß dies noch im Kalkül der US-Regierung liegt, da der Iran schon als nächste Zielscheibe im Krieg gegen die »Achse des Bösen« im Gespräch ist. – »Von der Geschichte der Vereinigten Staaten zählen nur die dreieinhalb Jahre, in denen sie gegen die Nazis kämpften. Haben US-amerikanische Konzerne nicht an Hitlers Aufstieg mitgewirkt? Hat Washington nicht wider besseres Wissen die Bombardierung der Schienen nach Auschwitz verweigert? Wurde die Landung in der Normandie nicht absichtlich lange hinausgezögert, bis die Sowjetbevölkerung fast verblutet war? Wer hat nach 1945 den Nazimördern eine Rattenlinie nach Südamerika geöffnet, ihnen neue Betätigungsfelder erschlossen? Wer installierte den Faschismus in Griechenland und Chile, bombte Vietnam in die Steinzeit zurück? (...) Schließlich: Wer hat die Mudjahedin, eine Bande von Verrückten und Antisemiten, so hochgerüstet, daß sie zu einer Bedrohung nicht nur für Afghanistan, sondern auch weit darüber hinaus wurden?« – Jürgen Elsässer: »Insel im Ozean der Gewaltherrschaft«. Polemik zur Entdeckung Amerikas durch die neue und die neueste Linke, nebst einem Rückblick auf die Auseinandersetzung zwischen

allemaal noch zu,<sup>808</sup> zumal er eher ein *französischer Weg* gewesen ist, dem sich die Bundesregierung angeschlossen hat.

Dennoch löste die Wendung vom *deutschen Weg* weiteren Widerspruch aus. Der ehemalige Außenminister, Hans-Dietrich Genscher, war entsetzt über Schröders »Deuschtümelei«, die historisch »gegen den gemeinsamen europäischen Weg, mit dem wir das Vertrauen unserer Nachbarn erworben haben«, stehe.<sup>809</sup> Der amtierende Außenminister Fischer mochte die Wendung vom *deutschen Weg* nicht im Munde führen, wählte statt dessen eine weniger pathetische Wortwahl und sprach von »Kriegsabenteuern« sowie von »falscher Prioritätensetzung« der USA, der man nicht auf einem deutschen, sondern auf einem europäischen Wege entgentreten müsse.<sup>810</sup>

Das deutsche oder europäische Nein zu einem Krieg gegen den Irak war keinem prinzipientreuen Regierungspazifismus geschuldet, der sich etwa gegen eine Großmachtspolitik durchgesetzt haben könnte, sondern leitete sich gerade aus einem eigenen Großmachtkalkül ab. Die europäischen Staaten, allen voran Frankreich und Deutschland, hatten anders als die USA und Großbritannien nach 1991 gute wirtschaftliche Beziehungen zum Irak unter der Führung von Saddam Hussein gepflegt; ihre wirtschaftlichen Interessen standen dem Sturz des Hussein-Regimes mithin entgegen. »In den unter der Regierung Kohl verfaßten Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) von 1992 heißt es lapidar, die Außenpolitik müsse sich der ›Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu den strategischen Rohstoffen« widmen; dabei müßten sich die Interessen Deutschlands nicht in jedem Fall mit denen der Verbündeten decken. Dieser Fall ist nun aber eingetreten: Deutschland ist nicht nur einer der wichtigsten Handelspartner der arabischen Staaten, sondern wäre ebenso wie Frankreich nach einem erfolgreichen Golfkrieg der USA von einer wirksamen Kontrolle des Ölpreises weitgehend ausgeschlossen. Da die US-Regierung jedoch bisher offenbar nicht gewillt ist, die EU-Staaten an der Kontrolle des irakischen Öls zu beteiligen, muß den EU-Kernstaaten Frankreich und Deutschland daran gelegen sein, die USA an einem Alleingang zu hindern.«<sup>811</sup>

---

Horkheimer und Marcuse über die USA und den Vietnamkrieg, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen, Hamburg 2002, S. 243.

<sup>808</sup> »Zudem war der Westen nie ein statisches Gebilde, das sich vor allem durch den Gleichklang der Interessen ausgezeichnet hätte. Im Gegenteil, letztlich ist er ein ideelles Konstrukt, ein offenes System, das sich nicht zum ersten Mal in heftiger Bewegung befindet: Kräfteverhältnisse werden neu definiert, Interessenkonflikte neu ausartiert, Werteüberzeugungen neu überprüft.« – Richard Herzinger: »Die besseren Amerikaner sind wir«, in: *Die Zeit* 41/2002. – Siehe auch Heinrich August Winkler: »NATO am Scheideweg«, in: *Der Spiegel* 40/2002.

<sup>809</sup> Hans Dietrich Genscher zit. n. *Berliner Morgenpost* vom 11.8.2002.

<sup>810</sup> *Die Zeit* versuchte Schröder eine Brücke zu Fischer zu bauen. *Die Zeit*: »Noch einmal zurück zum umstrittenen ›deutschen Weg‹: Gerade wenn man in dieser heiklen Frage eine europäische Position anstrebt, muß die nationale Konnotation dieses Wortes doch kontraproduktiv sein?« *Schröder*: »Der ganze Versuch, daraus einen Sonderweg zu konstruieren (...) ist reine Wahlkampfaktik, weil ich mich eben nicht auf außenpolitische Fragen bezogen habe.« – *Die Zeit* vom 15.8.2002. – *Wessen* Taktik?

<sup>811</sup> Gregor Kritisidis: Prinzipientreuer Regierungspazifismus?, a.a.O.



Nachdem die USA im Alleingang mit Großbritannien und anderen Verbündeten gegen den Irak den Krieg am 20. März 2003 offiziell begonnen hatten, trafen sich die vier Regierungschefs aus Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg Ende April 2003, um als Reaktion auf die transatlantische Verstimmung den Aufbau einer europäischen Militärmacht mit neuen Impulsen voranzutreiben.<sup>812</sup> Es sei der Zeitpunkt gekommen, »eine neue Phase einzuleiten (...) zur Schaffung Europas, das auf verstärkten militärischen Fähigkeiten gründet«<sup>813</sup>. Knapp zwei Monate später wurde auf dem EU-Gipfel in Thessaloniki die Maßgabe als Vorlage für einen EU-Verfassungsentwurf beschlossen. – Alles in allem ist festzustellen, daß die Ablehnung des Irakkrieges seitens des »alten Europas« (Rumsfeld) keine pazifistische oder Antikriegsposition gewesen ist, sondern lediglich eine Ablehnung gegen den Alleingang und Alleinführungsanspruch der USA aufgrund rivalisierender Interessen als kapitalistische Kontrahenten.<sup>814</sup> Ein allzu offener Konfrontationskurs gegenüber den USA wurde allerdings vermieden. »Die deutsche Außen- und Militärpolitik ist deshalb schon seit geraumer Zeit ein Drahtseilakt zwischen Komplizenschaft und Konkurrenz. Einerseits wird die Gegenmachtbildung vorangetrieben – andererseits soll ein Bruch mit den USA vermieden werden, denn im NATO-Verband und im Fahrwasser des von den USA verkündeten ›globalen Krieges gegen den Terror‹ kommt auch der deutsche Imperialismus gut voran.«<sup>815</sup>

### *Deutsche Beteiligung am Irak-Krieg*

Der deutsche Staat beteiligte sich nicht direkt und aktiv militärisch am Krieg gegen den Irak, aber eine passive praktische Unterstützung des Irak-Krieges erfolgte dennoch. Die Bundesregierung hatte bereits nach den Bundestagswahlen im September 2002 ihren strikten außenpolitischen Kurs dahingehend relativiert. »Die Bundesregierung hat inzwischen sämtliche logi-

---

<sup>812</sup> Ein »Wehrhaftes Europa« wird laut Umfrage des NFO-Infratests vom 25.-27.3.2003 von 61 Prozent der Befragten zum Zeitpunkt der Konfrontation Europas mit den USA befürwortet und von 30 Prozent abgelehnt. – Siehe *Der Spiegel* 14/2003, S. 52.

<sup>813</sup> »Verstärkte militärische Fähigkeiten«, gemeinsame Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, vom 29.4.2003, abgedruckt in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 6/2003. – Siehe auch: »Mehr Europa«, in: *Der Spiegel* 14/2003.

<sup>814</sup> »Während führende Repräsentanten der US-Regierung die Haltung der Bundesregierung zum Irak-Krieg als Wahlkampfmanöver geißelten, wurden die Äußerungen des Bundeskanzlers hierzulande – weit über die Anhängerschaft von SPD und Grüne hinaus – für bare Münze genommen oder gar als Friedenspolitik interpretiert. Tatsächlich jedoch hat dieser ›deutsche Weg‹ weder etwas mit dem Einschwenken der Regierung auf Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung, noch hat er etwas mit Friedenspolitik zu tun.« – Claus Schreer: *isw-spezial*, Nr. 18, S. 19.

<sup>815</sup> Schreer, a.a.O., S. 20. – Auch dürfte der Umstand, daß eine EU-Armee immer noch nicht vollständig unabhängig von NATO-Strukturen einsatzbereit ist, die Einsicht beflügeln, auf die NATO und damit auf ein gutes Verhältnis zu den USA angewiesen zu sein.

stischen Wünsche der Bush-Administration zur Unterstützung eines Irak-Krieges und zur zumindest indirekten deutschen Beteiligung an einem Krieg erfüllt«, resümierte Hans von Sponeck den Sachverhalt.<sup>816</sup> Deutschland fungierte als zentrale logistische Drehscheibe für den Truppenaufmarsch im Irak (Truppen- und Kriegswaffentransporte).<sup>817</sup> Die Bundesregierung gewährte den US-Streitkräften Überflugs- und Nutzungsrechte auf deutschem Territorium. Darüber hinaus leisteten Bundeswehrsoldaten Unterstützungsleistungen in den AWACS-Aufklärungsflugzeugen an der türkischen Grenze zum Irak, die auch als Feuerleitsysteme für die Angriffe US-amerikanischer Kampfflugzeuge eingesetzt wurden. Deutsche Fuchs-Spürpanzer blieben in Kuwait stationiert, die Besatzung wurde sogar um weitere 100 Bundeswehrsoldaten verstärkt und sollte im Falle eines irakischen Angriffs mit Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden.<sup>818</sup> Die Bundesmarine leistete Geleitschutz für US-Kriegstransporte.<sup>819</sup> 3700 Bundeswehrsoldaten bewachten die US-amerikanischen Militäreinrichtungen auf deutschem Boden, wodurch die in Deutschland stationierten amerikanischen Soldaten in den Irak zum Kampfeinsatz verlegt werden konnten.<sup>820</sup>

Die Bundesregierung berief sich bei diesen Unterstützungsleistungen auf angebliche Bündnisverpflichtungen, die auf jeden Fall Deutschland einzuhalten habe. Bündnisverpflichtung gegenüber der NATO (Bündnisfall, Art. 5) sind aber lediglich Kannbestimmungen, nicht Sollbestimmungen, und auch aus dem UN-Recht hätte sich keine Verpflichtung ergeben, schon deshalb nicht, weil die UN den Krieg durch eine entsprechende Resolution nicht legitimiert hatte und demzufolge dieser völkerrechtswidrig gewesen war.<sup>821</sup> *In concreto* hat die

---

<sup>816</sup> Chronik eines gewollten Krieges, Andreas Zumach im Gespräch mit Hans von Sponeck, in: Hans von Sponeck / Andreas Zumach, a.a.O., S. 104.

<sup>817</sup> »Wohl wissend, daß die Vorbereitung und die Führung eines Angriffskrieges vom Grundgesetz (Artikel 26) verboten und ein Straftatbestand (§§ 80, 80a StGB) ist, wurde die Nutzung von Flughäfen und Militärstützpunkten erlaubt, wurden Überflugrechte für die US-amerikanischen und britischen Bombenflugzeuge erteilt.« – Claus Schreer: *isw-spezial*, Nr. 18, S. 8.

<sup>818</sup> »Trotz all dieser Zusagen und Erklärungen bleibt die Bundesregierung jedoch bei ihrer Behauptung, sie sei gegen einen Krieg und Deutschland werde sich an einem solchen nicht beteiligen.« – Chronik eines gewollten Krieges, Andreas Zumach im Gespräch mit Hans von Sponeck, a.a.O., S. 104.

<sup>819</sup> Die Bundesmarine befand sich ursprünglich im Seegebiet vor dem Horn von Afrika im Rahmen der vom Bundestag gebilligten Beteiligung am internationalen Verband des Anti-Terroreinsatzes »Enduring Freedom«. »Die Wasserstraße gehört zu den am dichtesten befahrenen der Welt. Durch sie läuft ein großer Teil des Nachschubes für den Aufmarsch gegen den Irak. (...) Die Kriegsschiffe des internationalen Verbandes im Seegebiet vor dem Horn von Afrika werden in den letzten Wochen immer mehr für solche Geleite eingesetzt. Die Grenzen zwischen dem Anti-Terroreinsatz und dem Aufmarsch gegen den Irak sind jedenfalls in der Vorbereitungsphase fließender geworden. Auch wenn das niemand an Bord der Fregatte einräumt, ist es doch jedem klar.« – »Dschibuti: Die Angst fährt mit«, Homepage ARD-Weltspiegel, Internet: ><http://www.ndrtv.de/weltspiegel/20030309/dschibuti.html><.

<sup>820</sup> Vgl. Claus Schreer: *isw-spezial*, Nr. 18, S. 11. – Last not least beschloß die Bundesregierung im September 2004 die Verlegung von Panzern in den Irak (ohne deutsche Besatzung).

<sup>821</sup> »Nachdem der Krieg gegen den Irak eine rein US-nationale Entscheidung war – nicht nur völkerrechtswidrig, sondern auch ein Verstoß gegen den NATO-Vertrag – gab es keinerlei Beistandsverpflichtungen, weder für die eigenen militärischen Unterstützungsleistungen, weder für die Duldung der Nutzung der militärischen Infrastruktur in Deutschland, noch für die Genehmigung von Militärtransporten und von Überflugrechten. Im Gegenteil:

Bundesregierung offenbar vorsätzlich zugleich gegen mehrere Rechtsartikel und Verträge verstoßen: gegen Artikel 2, Nr. 3 und Nr. 4 der UN-Charta<sup>822</sup>, gegen den 25. Artikel<sup>823</sup> des Grundgesetzes, sowie gegen weitere Artikel<sup>824</sup> der deutschen Verfassung, ferner gegen den »Zwei-plus-Vier-Vertrag«<sup>825</sup> und auch gegen den NATO-Vertrag<sup>826</sup>. Für Gerhard Schröder sind die Verweise auf die verfassungsrechtlichen und vertraglichen Bindungen lediglich »Spekulationen« und »Juristerei« gewesen; er machte dagegen deutlich, daß die Entschei-

---

Die Bundesregierung hätte all das untersagen und jede eigene Hilfeleistung verweigern müssen.« – Schreer, a.a.O., S. 14.

<sup>822</sup> Artikel 2, Nr. 3: »Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.«

Artikel 2, Nr. 4: »Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.« – Charta der Vereinten Nationen, Kapitel I. – Das in Artikel 51 der UN-Charta festgehaltene »Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen«, auf das sich die USA beriefen, traf nicht zu, da zum einen vom Irak kein bewaffneter Angriff ausging und zum anderen der UN-Sicherheitsrat keine militärischen Maßnahmen zur Beendigung eines Konfliktes gegen den Irak beschlossen hatte.

<sup>823</sup> Artikel 25, GG: »Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.« – »Nach der Aggressionsdefinition der Vereinten Nationen (Beschluß der UN-Generalversammlung vom 14.12.1974) handelt derjenige Staat völkerrechtswidrig, der auf seinem Hoheitsgebiet kriegsrelevante Aktionen für einen Angriff auf einen anderen Staat duldet. Artikel 25 des Grundgesetzes verbietet somit auch jede indirekte Beteiligung, etwa logistische oder finanzielle Unterstützung eines Aggressors gegen einen Drittstaat.« – Claus Schreer: *isw-spezial*, Nr. 18, S. 12.

<sup>824</sup> Artikel 26, Abs. 1, GG: »Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.« – §80 StGb: »Wer einen Angriffskrieg, an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.«

Artikel 87a, Abs. 1, GG: »Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.«

Artikel 115a, Abs. 1, GG: »Die Feststellung, daß das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht (Verteidigungsfall), trifft der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates. Die Feststellung erfolgt auf Antrag der Bundesregierung und bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, mindestens der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages.«

<sup>825</sup> Artikel 2, Zwei-plus-Vier-Vertrag: »Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird.«

<sup>826</sup> Artikel 1, Nordatlantikvertrag: »Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen, jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind.« – Art. 5 des NATO-Vertrages (Bündnisfall) hätte niemals ausgelöst werden dürfen, da nach Art. 51 der UN-Charta, an die sich der NATO-Vertrag gebunden hat, weder ein Angriff vorgelegen hat, noch ein Präventivkrieg legitimiert ist. – Art. 5, NATO-Vertrag: »Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.«

dung, gegen Völkerrecht, Grundgesetz und andere Verträge zu verstoßen, *strategisch* motiviert gewesen ist.<sup>827</sup>

Die Bundesregierung hätte, wenn sie die im Rahmen der Normalisierung wiedererlangte nationalstaatliche Souveränität vollständig ausgespielt hätte, sich konsequent aus allem heraushalten können. Denn Souveränität bedeutet auch, *Neinsagen* zu können.<sup>828</sup> – *Neinsagen* wollte die Bundesregierung aber nicht, denn es wird im »deutschen Interesse« gelegen haben, sich wenigstens indirekt am Krieg gegen den Irak zu beteiligen, wenn er schon nicht zu verhindern gewesen war, und sich mit der US-Administration nicht noch tiefer zu zerstreiten. Der Lohn der Mühe ließ sich im November 2003 in der *Süddeutschen Zeitung* ablesen, die titulierte: »Deutschland bleibt wichtigster US-Standort«. Die *SZ* paraphrasierte eine Meldung aus dem Weißen Haus: »Deutschland habe sich als zuverlässiger Bündnispartner erwiesen. Berlin habe keine Überflugrechte verweigert, die Standorte nicht reglementiert und die Kasernen zusätzlich bewacht.«<sup>829</sup> Im März 2004 beanspruchte Gerhard Schröder aus der Retrospektive bemerkenswerterweise dennoch das *Neinsagen* für seine Bundesregierung als Souveränitätsmerkmal, als er auf dem Sonderparteitag der SPD zur Wahl Münteferings zum neuen SPD-Vorsitzenden das vermeintliche Nicht-Engagement der Bundeswehr am Golf mit dem sonstigen militärischen Engagements des deutschen Staates im Ausland rechtfertigte: »Mit diesen Pflichten haben wir uns als souveränes Land das Recht erworben, Nein zu sagen, wenn wir vom Sinn nicht überzeugt sind.«<sup>830</sup>

### *Terrorgefahr für Europa?*

Mit der Terrorgefahr auch in Europa erhält der deutsche Normalisierungsprozeß, der bereits in eine finale Phase eingetreten war, noch einmal eine Wendung, die vielleicht die von allen beunruhigendste sein könnte. Nicht nur, daß die drohende Gefahr von Terroranschlägen die

---

<sup>827</sup> »Die gegenwärtige Lage läßt keinen Raum für Spekulationen. Nur so viel: Es geht hier nicht um Juristerei, sondern um eine politische Entscheidung. Ich habe immer erklärt, daß wir die Bewegungsfreiheit unserer Verbündeten nicht einschränken werden. Das bezieht sich auf die USA ebenso wie auf Großbritannien.« – Gerhard Schröder zit. n. *Stern*, 8/2003 vom 12.2.2003. – 54 Prozent der Deutschen halten laut Umfrage vom März 2003 dies für in Ordnung, 39 Prozent dagegen nicht. – Vgl. NFO-Infratest-Umfrage für den *Spiegel* vom 25.-27. März 2003, in: *Der Spiegel* 14/2003, S. 56.

<sup>828</sup> Egon Bahr hat auf diesen Umstand schon 1993 aufmerksam gemacht: »(...) die deutsche Politik ist nicht zu der Klarheit durchgedrungen, daß Souveränität auch im *Neinsagen* bestehen kann, wie das alle unsere europäischen Verbündeten von Dänemark bis Italien, von Amerika bis Frankreich, von Großbritannien bis Griechenland mit Selbstverständlichkeit getan haben und wohl auch weiter tun werden.« – Egon Bahr: »Die Verfassung steht über dem Bündnis«, in: Dieter S. Lutz (Hg.): *Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, »out of area«* – Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft, Reinbeck bei Hamburg 1993, S. 53-59; S. 56.

<sup>829</sup> *SZ* vom 27.11.2003.

<sup>830</sup> Zit. n. *SZ* vom 22.3.2004.

europäischen Regierungen dazu anhält, sich an militärischen und weniger an zivilen Konzepten im Kampf gegen den Terror zu beteiligen, sondern es droht im Angesicht eines Anschlages, der vom Ausmaß mit dem vom 11. September 2001 vergleichbar wäre, eine Übernahme der neuen US-Sicherheitsdoktrin des *preemptive strike*. Das angebliche Angebot von Al Qaida mit der EU eine »Feuerpause« zu vereinbaren, in der Absicht, einen größeren Keil zwischen Europa und die USA zu treiben, blieb von den europäischen Regierungen unbeantwortet. Ein Ultimatum verstrich. Seither muß mit schwerwiegenden terroristischen Attentaten auch in Europa gerechnet werden. Inwiefern solche Wasser auf die Mühlen jener wären, die die Übernahme der neuen US-Sicherheitsdoktrin als Prinzip auch in der europäischen oder deutschen Außenpolitik befürworten (z.B. Wolfgang Schäuble oder auch der Generalinspekteur der Bundeswehr Schneiderhahn), bleibt ungewiß, aber zumindest kann es als wahrscheinlich gelten. Ein Regierungswechsel im Weißen Haus durch die Demokraten (Kerry) hätte für ein positiveres Klima in der Weltpolitik, insbesondere im Verhältnis der USA zu Europa gesorgt. In Kreisen der Bundesregierung machten sich im Vorfeld der US-Wahlen Stimmen bemerkbar, die im Falle eines Wahlsieges der Demokraten ein aktives deutsches Engagement im Irak nicht mehr kategorisch ausschließen würden. – John Kerry konnte sich allerdings gegen den amtierenden US-Präsidenten George W. Bush, der vermutlich den »Krieg gegen den Terror« in unverminderter Härte fortsetzen wird, nicht durchsetzen.

Die bereits geführten und vermutlich noch bevorstehenden Kriege gegen das angeblich »allgegenwärtige Terrornetzwerk Al Qaida« können im Nahen Osten, am Kaspischen Meer und im Kaukasus einen Flächenbrand auslösen, den man vielleicht in ein paar Jahren als den Dritten Weltkrieg bezeichnen wird. Daß sich angesichts dessen ein relatives Unbehagen seitens der europäischen Regierungen jenseits ihrer offiziellen Solidaritätserklärungen breitgemacht hatte, kann nicht darüber hinwegtäuschen, wie sehr sich die sogenannte »westliche Wertegemeinschaft« im Stande der von ihr gefühlten Bedrohung innen- wie außenpolitisch militarisiert und von ihren »westlichen Werten« abweicht. Der deutsche Staat wäre für die Instabilität der neuen Weltordnung in dem Maße präpariert, wie es den herrschenden Eliten in Deutschland erforderlich erscheint. Die Normalisierung ist an ihrem programmatischen Ziel der Normalität angelangt. Diese jedoch hat im Kern mehr als zuvor eine *dynamisierte Norm* und längst den nationalstaatlichen Rahmen verlassen. In diesem Zusammenhang muß deshalb die europäische Integration als verlängertes Operationsfeld der deutschen Normalisierung betrachtet werden.

### Teil III:

## Die europäische Integration als verlängertes Operationsfeld deutscher Normalisierung

### 1. Der Aufstieg Deutschlands zu einer geostrategischen Mittelmacht

#### *Ökonomischer Riese – politischer Zwerg?*

Eine sehr effiziente politische Taktik des westdeutschen Staates habe bis zur deutschen Einheit nach Hans-Peter Schwarz darin bestanden, die Stärken der Bundesrepublik als Welthandelsmacht, zu der sie spätestens seit den 70er Jahren geworden sei, zu maskieren; wenn sie nicht sogar sich die »Tarnkappe des politischen Zwerges über die Ohren« gezogen habe.<sup>831</sup> Nach dem Vollzug der deutschen Einheit sei diese politische Taktik allerdings ziemlich schnell aufgegeben worden. Das Pendel schlug in die entgegengesetzte Richtung, meint auch Inge Schwammel. »Mit einem Male trat die Bundesrepublik Deutschland – in Wirklichkeit aber (...) war das keineswegs so überraschend – als Großmacht in Erscheinung.«<sup>832</sup>

Auch der konservative Historiker Gregor Schöllgen schreibt mit euphorischem Unterton, daß die »dramatischen Ereignisse« der beiden Jahre 1989 und 1990 die Bundesrepublik »gleichsam über Nacht wieder in die Rolle einer kontinentalen Großmacht mit weltpolitischem Gewicht« hineinkatapultiert haben.<sup>833</sup> Den Deutschen sei also nicht nur der nach den zwei gescheiterten Versuchen von 1871 und 1918 mittlerweile für unerreichbar gehaltene Nationalstaat beschert, sondern damit auch eine dritte »historische Chance« gegeben worden, das *weltpolitische Gewicht* als *Großmacht* vernünftig in die Waagschale zu werfen. Nur müsse den Deutschen ihre Rolle offensichtlich noch erklärt werden, da zum Zeitpunkt des Einigungsprozesses und einige Zeit danach »den wenigsten bewußt [war], was sie erlebten«. – Laut einer Umfrage im Jahre 1991 ist die Mehrheit der deutschen Bevölkerung der Ansicht, daß Deutschland keine Großmacht sei und auch keine werden solle. Mehr Verantwortung solle der deutsche Staat international nicht übernehmen.<sup>834</sup> – Eines der Hauptargumente derer,

---

<sup>831</sup> Siehe Hans-Peter Schwarz: Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985, S. 56.

<sup>832</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht. Die Instrumentalisierung der europäischen Integration 1974-1994, Frankfurt a.M. 1997, S. 32.

<sup>833</sup> Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1999, S. 201.

<sup>834</sup> Siehe »Today's Germans: Peaceable, Fearful – and Green«, *Financial Times* vom 4.1.1991 – »Germans Favor a Low Profile in World Affairs«, *Financial Times* vom 4.1.1991. – Wie es im Titel des Artikels der *Financial Times* anklingt (»Fearful«), so denken auch Hans-Peter Schwarz und andere konservative Ideologen wie Arnulf Baring oder Gregor Schöllgen, die den Deutschen ihre Ängstlichkeit oder »Machtvergessenheit« ins

die mit imperativem Unterton von der Weltmacht Deutschland sprechen, ist immer wieder die Geschichte dieses Landes, das von seiner Reichsgründung im Jahre 1871 bis zur Zerschlagung des NS-Regimes 1945 kontinuierlich eine Großmacht gewesen sei und diesen Status nach 1945 leider verloren habe.

Es muß den Konservativen vermutlich außerordentlich geschmeichelt haben, als der amerikanische Präsident George Bush am 31. Mai 1989 das Verhältnis der USA zu Deutschland in besonderem Maße aufwertete und eine Führungs-Partnerschaft mit der Supermacht anbot: »partner in leadership«.<sup>835</sup> Bush gestand der Bundesregierung an der Seite der USA ein gleichberechtigtes Mitgestaltungsrecht in der Weltpolitik zu; »das bedeutete, daß die Bundesrepublik von Bush aus der Reihe der verbündeten Staaten herausgehoben und praktisch auf eine Stufe mit den USA gestellt wurde, wenngleich die US-Administration in dieser Koalition die Rolle des Juniorpartners eindeutig der Bundesregierung zuteilte.«<sup>836</sup>

Diese Geste des amerikanischen Präsidenten war allerdings keine des reinen Wohlwollens. Der im Zuge der deutschen Einheit real zu verzeichnende Machtzuwachs der Bundesrepublik Deutschland läßt dieses Angebot des »partner in leadership« im Rahmen der Machtlogik konsequent erscheinen. Eine Führungsrolle hatte die Bundesrepublik aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke längst übernommen. »Die Erklärung Bushs stellte also lediglich eine nachträgliche Einverständniserklärung mit diesem politischen Verhalten dar, d.h. die Vereinigten Staaten nahmen zur Kenntnis, daß sie nunmehr ihre bisher ungeteilte Führungsrolle teilen mußten.«<sup>837</sup>

Vor dem Hintergrund der sich auflösenden Sowjetunion und der sich anlässlich des Putschversuchs im August 1991 zuspitzenden Verhältnisse, die den Separatismus der sich vom Sowjetimperium lösenden Teilrepubliken und damit den Zerfall der Sowjetunion beschleunigten, erschien der reale Machtzuwachs des gesamtdeutschen Staates als Ordnungsfaktor für Osteuropa noch gewichtiger, hinterließ doch der Zusammenbruch der Sowjetunion in den Teilrepubliken Chaos verursachenden ethnischen Nationalismus. Zusätzlich waren die Nachbarstaaten der UdSSR wirtschaftlich dermaßen geschwächt, daß sich eine geopolitische Diskussion über die Überlebensfähigkeit dieser neuen Staaten entfachte. Von Deutschland sei erwartet worden, daß es sein politisches und wirtschaftliches Gewicht in die Waagschale wer-

---

Stammbuch geschrieben haben mit der Absicht der Provokation und der Transformation der vermeintlichen Schwächen in die alten preußisch-deutschen Tugenden: Zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl, flink wie ein Wiesel sollen die Deutschen anscheinend wieder werden, statt wie ein gutmütiger Hund zum Jagen getragen werden zu müssen.

<sup>835</sup> Vgl. *Europa-Archiv* 12/1989, S. D 356ff., S. D 357.

<sup>836</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 168f.

<sup>837</sup> Schwammel, a.a.O., S. 169.

fe.<sup>838</sup> »Der Bedeutungsverlust, den die östliche Supermacht innerhalb kurzer Zeit erlitt, hatte eine gesteigerte Bedeutsamkeit Deutschlands zur Folge – besonders für die ost- und südosteuropäischen Reformstaaten. Die latent vorhandenen Befürchtungen vor einer deutschen Hegemonie erhielten neue Nahrung.«<sup>839</sup>

Andrei S. Markovits und Simon Reich schreiben in ihrer Studie über »Das deutsche Dilemma«, daß Deutschland allerdings zur Erleichterung seiner europäischen Nachbarn keine hegemonialen Ambitionen verfolge. Zudem verfüge es auch nicht über die Mittel, eine solche Hegemonie zu realisieren. Deutschland befinde sich in einem Zustand der Hegesie.<sup>840</sup> – Auch wenn diese Einschätzung vermutlich zu wohlwollend gegenüber den Ambitionen der sich formierenden Berliner Republik ausgefallen ist, lohnt es sich, die Argumentation der beiden Autoren eingehender zu betrachten.

Den Begriff der *Hegesie* haben die beiden Autoren von Nicos Kotzias übernommen. Als *Hegesie* bezeichnet dieser einen potentiell aufsteigenden Hegemon, dem aber für seine endgültige Realisierung entscheidende kulturelle und letztlich auch politische Macht-Potentiale fehlten.<sup>841</sup> – Die Bundesrepublik Deutschland werde wohl niemals zugleich über die politischen, kulturellen, militärischen und ökonomischen Macht-Ressourcen verfügen, um von dem Zustand der *Hegesie* zum tatsächlichen Hegemon zu gelangen, »die Insignien des Hegemonen zu erringen.«<sup>842</sup> Der größte Mangel an Macht-Ressourcen liege dabei im kulturellen Bereich. Deutschland fehle die notwendige Anerkennung der anderen europäischen Bevölkerungen. Macht aber beruht auf Anerkennung,<sup>843</sup> das heißt, sie kommt weniger kriegerisch auf Schlachtfeldern oder durch Androhung von Gewalt zustande, als vielmehr durch Schutz und Interessenausgleich, Partizipation an der Herrschaft, Dialog, Attraktivität von Austausch und Handel, Toleranz.<sup>844</sup>

Wenn ein Staat eine solche kulturelle-politisch-ökonomische Macht nicht ausreichend genug besitze, müsse ein hegemoniales oder nach Hegemonie strebendes Land auf das Mittel der

---

<sup>838</sup> Vgl. Gregor Schöllgen: Deutschlands neue Lage. Die USA, die Bundesrepublik Deutschland und die Zukunft des westlichen Bündnisses, in: Europa-Archiv 5, 1992, S. 125ff, S. 129.

<sup>839</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 206f.

<sup>840</sup> »Wir behaupten, daß Deutschland kein Hegemon ist, sondern eher eine zurückhaltende Hegesie.« – Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma. Die Berliner Republik zwischen Macht und Machtverzicht. Mit einem Vorwort von Joschka Fischer, Berlin 1998, S. 106. – Gleichwohl habe Deutschland die »strukturelle Macht eines regionalen Hegemons«. – Markovits / Reich, a.a.O., S. 249.

<sup>841</sup> Vgl. Nicos Kotzias: »Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der neuen Architektur Europas«, in: Caroline Thomas und Klaus-Peter Weiner (Hg.): Auf dem Weg zur Hegemonialmacht? Die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung, Köln 1993, S. 111-129.

<sup>842</sup> Vgl. Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S. 21 und S. 102.

<sup>843</sup> In Bezug auf das Verhältnis von Kultur und Anerkennung zur Begründung einer *kulturellen* Hegemonie – vgl. Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, 7. Bd., Hamburg 1991-96. – Siehe auch Guido Zamis (Hg.): Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, Leipzig 1986.

<sup>844</sup> Vgl. Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S. 299.



Gewalt zurückgreifen, wodurch man aber keine freiwillige Anerkennung erzeugt, mithin eine prekäre hegemoniale Herrschaft schafft, die mit hoher Wahrscheinlichkeit sehr schnell zusammenbrechen kann. »Da die Berliner Republik ihre Interessen nicht mit Waffengewalt durchsetzen wird, sind wir der Meinung, daß Deutschland eine Hegesie bleiben und sich nicht zur Hegemonialmacht entwickeln wird, und zwar weitgehend deshalb, weil die deutsche Kultur in den Schlüsselbereichen des öffentlichen und privaten Lebens in Europa nicht zum akzeptierten Standard werden kann.«<sup>845</sup>

Die Macht Deutschlands trete heute im Gegensatz zu der Zeit der beiden Weltkriege nicht mehr in Form von Panzern und Kanonen auf, sondern in nicht-zweckgerichteter Gestalt, und immerhin zunehmend in dem »Vermögen, Prioritäten setzen und die Handlungsalternativen seiner Nachbarn begrenzen zu können.«<sup>846</sup> »Strukturelle Macht« sei nach Susan Strange die Möglichkeit, entscheiden zu können, wie bestimmte Probleme, Interessendivergenzen oder Konflikte gelöst werden, indem der Rahmen vorgegeben werde, innerhalb dessen die Konfliktpartner konkrete Beziehungen miteinander eingehen.<sup>847</sup> Markovits und Reich gestehen dem deutschen Staat zumindest nach dieser Definition zu, die »strukturelle Macht eines regionalen Hegemons« zu besitzen.<sup>848</sup> Diese Form der strukturellen Macht wirke auf Konflikte entschärfend – sogar vorbeugend, weil niemand es wage, gegen diese deutsche Wirtschaftsmacht Einspruch zu erheben, schließlich profitierten die Nachbarstaaten wesentlich von der wirtschaftlichen Prosperität und von dem Handel mit deutschem Kapital. Wenn Deutschland niese, holten sich die anderen Staaten gleich eine Erkältung oder gar eine Lungenentzündung.<sup>849</sup>

### *Ökonomische Macht Deutschlands*

Deutschland ist die größte europäische Volkswirtschaft und damit die stärkste Wirtschaftsmacht in Europa; Markovits und Reich erkennen in ihr den »Dreh- und Angelpunkt, um den andere Ökonomien, des Ostens wie des Westens, kreisen.«<sup>850</sup> Das deutsche Kapital ist mit über 25% auch der größte europäische Exporteur von Waren und Dienstleistungen in andere

---

<sup>845</sup> Markovits / Reich, a.a.O., S. 300.

<sup>846</sup> Markovits / Reich, a.a.O., S. 19.

<sup>847</sup> Vgl. Susan Strange: *State and Markets*, London 1994, S. 24f.

<sup>848</sup> Vgl. Andrei S. Markovits / Simon Reich: *Das deutsche Dilemma*, a.a.O., S. 249.

<sup>849</sup> »Bisher von einer Ideologie der Kleinheit durchdrungen, muß Deutschland nunmehr einsehen, daß es nur zu niesen braucht, damit sich andere gleich einen Schnupfen, vielleicht sogar eine Lungenentzündung holen.« – Markovits / Reich, a.a.O., S. 20.

<sup>850</sup> Markovits / Reich, a.a.O., S. 248.

EU-Länder. Europa war für Deutschland vor seiner staatlichen Einheit wichtigste Handelsdomäne. Mit der Einheit 1989/90 verringerte sich die wirtschaftliche Dominanz des deutschen Kapitals in Europa jedoch ein wenig, büßte aber keineswegs seine herausragende Position gegenüber den anderen Ländern ein.<sup>851</sup> In dem Zeitraum zwischen 1980 und 1992 gingen über ¼ aller Exporte in die EU nach Deutschland.<sup>852</sup> Mit der tendenziellen Verlagerung seines Handels nach Osten verringert sich gleichzeitig die Abhängigkeit des deutschen Kapitals von den westeuropäischen Märkten. Parallel dazu nimmt die Abhängigkeit des westeuropäischen Kapitals in Bezug auf den deutschen Markt zu, »womit die Bundesrepublik als Lieferant von Investitionsgütern wiederum noch größeren Einfluß gewinnt.«<sup>853</sup>

Mit anderen Worten: Nach der deutschen Einheit bleibt zwar die EU für Deutschland eine Handelsdomäne, gleichwohl sinkt ihre Bedeutung für das deutsche Kapital, während die anderen EU-Staaten von diesem noch abhängiger geworden sind. – Die ökonomische Hegemonie des deutschen Staates in Europa wurde nicht eingedämmt, sondern konnte sich unter dem direkteren Zugriff auf die nationalen Ökonomien noch ausbauen. Mittlerweile ist das deutsche Kapital der Haupthandelspartner auch für Osteuropa (Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Polen, Bulgarien, Rumänien, Albanien, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Rest-Jugoslawien).<sup>854</sup> – Deutsche Firmen sind Spitzenreiter im Aufkauf ausländischen Kapitals in Osteuropa.

Für die osteuropäischen Staaten gilt Deutschland in verfassungspolitischer und ökonomischer Hinsicht geradezu als ein Vorbild, jedenfalls genoß die deutsche Nachkriegsordnung in Osteuropa großes Ansehen, so daß sich bei der Organisation der politischen und ökonomischen Gemeinwesen oftmals an deutschen Institutionen, etwa am Wahlsystem oder am Grundgesetz, orientiert wurde. Diese positiven Orientierungen der osteuropäischen Länder am »Modell Deutschland« hat dem deutschen Kapital neben seinen traditionellen Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern und neben der historischen Verflechtung der deutschen mit der osteuropäischen Kultur einen weiteren Vorteil verschafft, seine westeuropäischen Konkurrenten auszustechen; das deutsche Kapital hatte insgesamt in Bezug auf Osteuropa die günstigeren Ausgangsbedingungen und diese geschickt zu nutzen gewußt, obwohl gerade in Osteuropa bis 1945 von den Nationalsozialisten die schlimmsten Verbrechen begangen worden waren.<sup>855</sup> – Markovits und Reich zeigen aber in ihrer Studie, daß trotz der guten Beziehungen zu

---

<sup>851</sup> Vgl. Markovits / Reich, a.a.O., S. 258. – Vgl. auch »Will Germany Tow Europe into Trouble?«, *Economist* vom 31. August 1991, S. 53.

<sup>852</sup> Siehe Tabelle I, in: Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S. 259.

<sup>853</sup> Markovits / Reich, a.a.O., S. 258.

<sup>854</sup> Vgl. Markovits / Reich, a.a.O., S. 281.

<sup>855</sup> Markovits / Reich, a.a.O., S. 282.

Deutschland die Verbrechen Nazi-Deutschlands im kollektiven Gedächtnis der Osteuropäer noch eine gewichtige Rolle spielen.

Die Europäische Union hatte in den Jahren von 1990 bis 1995 im großen Umfang humanitäre Hilfen für die osteuropäischen Länder bereitgestellt. Den Löwenanteil (3,5 Milliarden US-Dollar) hatte zur eigenen Imageaufbesserung der deutsche Staat übernommen. Die deutschen Gesamtausgaben zur Unterstützung der Reformen in den GUS-Staaten, die über bilaterale und multilaterale Institutionen (EU, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, IWF) bereitgestellt wurden, beliefen sich in diesem Zeitraum auf insgesamt 100 Milliarden DM.<sup>856</sup> Ein Großteil der Gelder wurde als Kredite oder Exportgarantien deklariert.<sup>857</sup> Der deutsche Staat hat sich damit ein für sein ihm zugerechnetes Kapital freundliches Investitionsklima erkaufte und dafür gesorgt, daß die Vertragsregeln des kapitalistischen Handels eingehalten werden. »Es ist nicht zu bestreiten, daß nur die Deutschen, aus welchen Gründen auch immer, sich wahrhaft bemüht haben, die Völker Osteuropas bei ihren wirtschaftlichen Reformen zu unterstützen und damit ihre politische Ordnung zu stabilisieren.«<sup>858</sup>

Mit diesen finanziellen Hilfen hat sich der deutsche Staat in Osteuropa ein Anerkennungspotential in Bezug auf seinen hegemonialen Anspruch geschaffen, den er mit Anwendung von oder Drohung mit militärischer Gewalt niemals hätte zustande bringen können. Nicht das deutsche Waffenarsenal und die Bundeswehr, welche auch nach der im »Zwei-Plus-Vier-Vertrag« geregelten Verkleinerung ihrer Truppenstärke die größte Armee in EU-Europa geblieben ist, sind der Grund für die herausragende Machtposition des deutschen Staates, der sich anschickt, Hegemonie über das sich integrierende Europa auszuüben, sondern vielmehr die alles und jeden dominierende deutsche Wirtschaftskraft: »die Stärke der D-Mark als europäische Richtwährung, die Rolle der Bundesbank, die faktisch als Zentralbank für ganz Europa dient, Umfang und Eindringlichkeit der deutschen Exporte, das Volumen der deutschen Auslandsinvestitionen, die verschiedenen Formen von ›Subventionen‹ für andere, seien es Beiträge zum EU-Haushalt, Exportkredite, humanitäre Hilfe oder direkte Kredite.«<sup>859</sup>

Deutschlands wirtschaftliche Macht, die deutsche Finanzkraft beruhte bis zur europäischen Währungsreform im Grunde auf zwei Säulen: der relativen Stärke der nationalen Währung (DM) sowie der Politik der deutschen Zentralbank. Je mehr der us-amerikanische Einfluß seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts auf dem europäischen Kontinent verschwand, desto mehr erhielt die deutsche Währung in ökonomischer Hinsicht eine ordnungspolitische

---

<sup>856</sup> Vgl. Markovits / Reich, a.a.O., S. 292f.

<sup>857</sup> Vgl. »German Support for the Reform Process in the Former Soviet Union and Eastern Europe«, German Information Center, März 1995.

<sup>858</sup> Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S. 292f.

<sup>859</sup> Markovits / Reich, a.a.O., S. 293f.

Funktion.<sup>860</sup> Insbesondere in den osteuropäischen Ländern wurde die DM eine zuverlässige Ersatzwährung, die oftmals – etwa im ehemaligen Jugoslawien – sich anschickte, die dortige nationale Währung sogar ganz zu ersetzen.

Die deutsche Zentralbank ist bis zur europäischen Währungsunion die maßgebliche Institution in Europa hinsichtlich der Festlegung der Zinssätze gewesen. »Pessimisten glauben, daß die Bank diese Rolle ganz bewußt angestrebt hat – im schlimmsten Falle, ohne einen Gedanken an die Folgen für Deutschlands Nachbarn zu verschwenden, im besten Falle, weil sie ihren innerstaatlichen Aufgaben nachgekommen ist, für Preisstabilität und eine ausreichende Geldmenge zu sorgen.«<sup>861</sup> Die finanzpolitischen Vorgaben der deutschen Bundesbank waren aus der Perspektive des deutschen Staates Voraussetzungen für eine monetäre Stabilität und basierten auf den negativen Erfahrungen noch aus der Weimarer Republik und der Machtergreifung der Nationalsozialisten.<sup>862</sup> Demzufolge waren die Leitprinzipien der Bundesbank zur Stabilisierung der Wirtschaft eine Niedrighaltung der Inflation, eine langfristige Festlegung der Zinssätze und der Wechselkurse im EWS, sowie die Geringhaltung der Haushaltsdefizite – Leitprinzipien, die schließlich von der Bundesregierung auch in den sogenannten Maastrichter Konvergenzkriterien gegen den Einwand vieler westeuropäischer EU-Mitgliedstaaten durchgesetzt wurden.

In einem Gespräch mit der *Zeit* konstatiert Ralf Dahrendorf denn auch folgerichtig, daß die Deutschen auf eine »europäische Integration unter deutschen Bedingungen« drängten. »Sie drängen nicht auf eine europäische Integration, die die ganz andersartigen Bedingungen anderer Länder wirklich akzeptiert.«<sup>863</sup> Auf die rhetorische Frage des *Zeit*-Redakteurs, die auf den »Vorteil der Vernunft« anspielte, welcher doch auf der Seite der »deutschen Vorschläge« liegen könnte, antwortet Dahrendorf mit der Gewißheit, daß die »deutschen Vorschläge« mit einem bornierten Vernunftverständnis daherkommen: »Warum ist es vernünftiger, die Inflation auf ein Prozent oder auf Null zu drücken, als gelegentlich drei, vier oder fünf Prozent zu akzeptieren? Warum ist es vernünftiger, die eigene Währung unveränderlich an andere Währungen zu ketten, als durch eine gelegentliche Abwertung internationale Ungleichgewichte abzufangen? Es ist eine deutsche Vorstellung von Wirtschaft und von Ordnung, die sich

---

<sup>860</sup> »Daß die D-Mark als Bollwerk gegen die Inflation erheblich an Bedeutung gewonnen hat, zeigt ihr Anteil an den Weltwährungsreserven, der im Jahr 1975 8,8 Prozent betrug und bis 1989 auf 19,3 Prozent anstieg. Sie wurde zu dieser Zeit nur vom amerikanischen Dollar übertroffen (60,2 Prozent) und rangierte weit vor dem japanischen Yen (7,9 Prozent).« – Markovits / Reich, a.a.O., S. 263. – Vgl. auch Reinhard Rhode: »Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Euro-Hegemon?«, in: Bruno Schoch (Hg.): Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt a.M. 1992, S. 214.

<sup>861</sup> Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S. 263.

<sup>862</sup> Die Deutschen haben diesbezüglich nach Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte eine bis in die heutige Zeit reichende kollektive *Inflationsneurose* ausgebildet. – Vgl. Werner Weidenfeld / Karl-Rudolf Korte: Die Deutschen. Profil einer Nation, Stuttgart 1991.

<sup>863</sup> *Zeit*-Gespräch mit Ralf Dahrendorf, *Die Zeit* vom 3. Mai 1996.

durchsetzt und die in Deutschland natürlich für vernünftig gehalten wird. Anderswo hält man andere Dinge für vernünftig.«

Nachdem die deutschen Bedingungen (Maastrichter Konvergenzkriterien) von den EU-Partnern akzeptiert und im »Vertrag von Maastricht« im Februar 1992 festgehalten worden waren, erhöhte die Bundesbank die Zinssätze um 0,5% auf 8% und im folgenden Juni noch einmal um 0,75%. »Diese Erhöhungen lösten Konflikte aus, die schließlich in der Krise des Wechselkursmechanismus kulminierten. Die Währungen fluktuierten heftig; das britische Pfund, der portugiesische Escudo, die spanische Peseta und die italienische Lira wurden alleamt offiziell oder inoffiziell gegenüber der D-Mark abgewertet. Nach der Krise schlug die Bundesbank vor, den Prozeß der Europäischen Währungsunion in zwei Schritten zu vollziehen, nämlich eng mit Deutschland verflochtene Länder, deren Ökonomien als gesund beurteilt wurden, von jenen zu trennen, deren Währungen aufgrund ihrer unzureichenden wirtschaftlichen Leistung abgewertet worden waren. Außerdem pochte die Bundesbank erneut darauf, die künftige europäische Zentralbank in Frankfurt anzusiedeln.«<sup>864</sup>

Dieser finanzpolitische Schachzug der Bundesbank, in dem sich bereits der Gedanke eines währungspolitischen »Kerneuropas« ankündigte, festigte den hegemonialen Anspruch des deutschen Staates über die europäische Währungspolitik. Heftiger Streit war vorprogrammiert, weil sich zu bestätigen schien, daß der deutsche Staat vermittelt durch seine harte Währung eine nationalistische Politik praktiziere (»DM-Nationalismus«). Viele Stimmen fanden sich in Europa, die EU-Währungsreform möglichst zügig zu realisieren. Bereits Francois Mitterand hatte die Vorziehung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zur Bedingung für seine Zustimmung zur deutschen Einheit gemacht, weil er befürchtet hatte, die Deutschen könnten mit ihrer harten Währung den weiteren Verlauf der europäischen Integration regelrecht beherrschen.<sup>865</sup>

»Die Optimisten [der europäischen Integration; MH] betrachten die Wirtschafts- und Währungsunion als das geeignete Instrument, um die wirtschaftliche Dominanz der Deutschen einzudämmen, weil die deutsche Wirtschaft damit in das größere europäische Geflecht eingebettet wird.«<sup>866</sup> – Diese optimistische Sichtweise konnte allerdings der Realität nicht wirklich standhalten, weil der Einfluß des deutschen Staates sich fortan erweitert als europäischer Ein-

---

<sup>864</sup> Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S. 267.

<sup>865</sup> Da der deutsche Staat der größte Beitragszahler in der EU ist, bestand und besteht die Gefahr der Beherrschung des Integrationsprozesses durch die Deutschen auch unabhängig von der finanzpolitischen Macht ihrer Währung. Wer am meisten zahlt, hat auch den größten Einfluß in Bezug auf die strukturellen Vorgaben des EU-Haushaltes. – So oder so ähnlich lauteten in den Jahren nach der deutschen Einheit die begleitenden Kommentare von deutschen Politikern und Journalisten. – Hinsichtlich der Verteilung der Beitragshöhen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten für den EU-Haushalt siehe Tab. 6, in: Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S. 278f.

<sup>866</sup> Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S. 264.

fluß geltend machen konnte, d.h. der wirtschaftlich stärkste Staat in Europa befand sich mit der EU-Wirtschafts- und Währungsunion durch einen direkteren Zugriff auf die an Eigenständigkeit verlierenden europäischen Nationalökonomien in einer komfortableren Situation als zuvor.

»Durch die wirtschaftliche, politische und sicherheits- bzw. verteidigungspolitische Bedeutung der Bundesrepublik waren und sind die Partnerstaaten der EG/EU aufgrund ihrer engen Verflechtung mit der Bundesrepublik genötigt, jene Anliegen und Interessen mitzutragen, die der bundesdeutschen politischen Führung besonders wichtig sind. Denn ein Nichtunterstützen oder gar ›Gegensteuern‹ könnte in so einem Fall die bundesdeutsche Regierung u.U. dazu veranlassen, wirtschaftlichen, politischen oder sicherheits- bzw. verteidigungspolitischen Druck auf die Partnerstaaten auszuüben, was diese sowohl wirtschaftlich als auch politisch teuer zustehen kommen könnte.«<sup>867</sup> – Moshe Zuckermann bringt diesen Sachverhalt auf den Punkt: Kein Land auf dieser Welt kann es sich leisten, keine guten wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Deutschland zu haben. »Nicht nur der Zusammenbruch des sogenannten ›real existierenden Sozialismus‹ im Osten und die politische Vereinigung der beiden deutschen Staaten, sondern vor allem das damit einhergehende immense Erstarken Deutschlands in Europa, mithin in der Welt, hat seine Position als Wirtschaftsmacht im Weltmaßstab so sehr gefestigt, daß das durch Interessen geprägte ›Ansehen‹ des Landes sich der allerletzten Residuen von historisch mitgeschlepptem Image-Makel entledigen konnte. Objektiv gesehen, kann es sich Deutschland leisten, sein geschichtlich geprägtes Ansehen in der Welt mehr oder weniger zu ignorieren. Demgegenüber kann es sich – zumindest was den kapitalistischen Weltmarkt anbelangt – kein Land der (...) Welt leisten, keine guten Beziehungen zu Deutschland zu haben.«<sup>868</sup> – Man sollte meinen, daß diese Form der Macht eine ausreichende Gravität darstellt, in Bezug auf Deutschland wenn schon nicht von einer Weltmacht, so doch für Europa von einem Hegemon zu sprechen, der sich freilich nicht allzu arge Alleingänge herausnehmen kann, aber im europäischen Konzert die erste Geige spielt und oft genug auch die Rolle des Dirigenten wahrnimmt. »Aufgrund ihrer sicherheitspolitischen Bedeutung infolge der geographischen Lage zwischen West- und Ostblock, ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie ihrer besonderen bilateralen Beziehungen zu den USA, zu Frankreich und zur Sowjetunion erlangte die Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft/Union (...) eine derart starke Position, daß sie über weite Strecken Richtung, Art und Ausmaß der europäischen Integration bestimmte bzw. entscheidend mitbestimmte; mit der

---

<sup>867</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 14.

<sup>868</sup> Moshe Zuckermann: Gedenken und Kulturindustrie. Ein Essay zur neuen deutschen Normalität, Berlin/Bodenheim 1999, S. 30 f.

Bundesrepublik Deutschland ging alles, ohne sie aber gar nichts. Und für die Bundesregierungen war die Verfechtung der europäischen Integration das erklärte Ziel ihrer europapolitischen Bemühungen.«<sup>869</sup>

### *Wessen Hegemonie: Europäisches Deutschland oder deutsches Europa?*

Die Hegemonie Deutschlands in Europa wirft die Besorgnis erregende Frage auf, wie es um das Spannungsverhältnis zwischen Europa und Deutschland bestellt ist: Wie europäisch ist oder bleibt das vereinte Deutschland, oder ist zu befürchten, daß aus der europäischen Integration irgendwann ein deutsches Europa werden könnte?

Die ursprünglichen Motive, die nach dem Zweiten Weltkrieg den Impuls für die europäische Integration gaben, hatten zu einem Großteil mit dem zweimaligen Griff Deutschlands nach der Weltmacht in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu tun.<sup>870</sup> Durch eine immer enger werdende Einbindung und Verflechtung Deutschlands in *westliche* Bündnisstrukturen, sollte die Macht des deutschen Staates eingedämmt werden. Man erhoffte sich darüber, daß kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Staaten unmöglich werden würden.<sup>871</sup> Dieser Versuch ist allerdings, aus der Retrospektive betrachtet, nur teilweise erfolgreich verlaufen. Militärische Konflikte zwischen den europäischen Staaten sind zwar heute weitgehend undenkbar geworden; der deutsche Staat ist heute fest in die europäischen Staaten eingebunden und kaum zu verdächtigen, sich seine europäischen Nachbarn mit kriegerischer Gewalt unterwerfen zu wollen.<sup>872</sup> Aber die politische Macht des deutschen Staates konnte vor allem wegen der ungeheuren Wirtschaftsstärke des Landes nicht in dem beabsichtigten Maße eingedämmt werden.

Im Zuge der europäischen Integration erhält der deutsche Staat sogar seine geographische Mittellage zurück, die unter geopolitischen Gesichtspunkten von Konservativen angestrebt wurde, um aus dieser Konstellation zusätzlichen Machtgewinn, d.h. zusätzliches Sicherheitsinteresse und außenpolitische Konsequenzen abzuleiten. Der deutsche Staat spielt eine ihm wichtige Vermittlerrolle für die ost- und südosteuropäischen Staaten, die in die Europäische

---

<sup>869</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 13.

<sup>870</sup> Siehe Frank Niess: Die europäische Idee, Frankfurt a.M. 2001.

<sup>871</sup> »Plus jamais la guerre entre nous« (Jean Monnet)

<sup>872</sup> Wolfgang Michal geht irrigerweise genau davon aus. – Vgl. Wolfgang Michal: Deutschland und der nächste Krieg, Berlin 1995. – Die entscheidende Schwäche seines Buches ist, daß er von einer mechanischen Wiederholung der Geschichte ausgeht und demzufolge das gegenwärtige Deutschland in der Phase des Deutschen Reiches vor dem Ersten Weltkrieg angekommen sieht. Ein Krieg zwischen den europäischen Nationalstaaten ist aber mittlerweile sehr unrealistisch geworden. – Jedenfalls solange, wie die europäische Integration nicht scheitert.

Union aufgenommen werden möchten und für das deutsche Kapital eine attraktive Sonderbeziehung zu neuen Märkten und für den deutschen Staat sichere Außengrenzen der EU, die damit weiter nach Osten verlegt werden, verheißen.

Man kann deshalb ohne Zögern den Äußerungen deutscher Politiker sämtlicher parlamentarischer Parteien Wahrheit abgewinnen, die europäische Integration liege auch in Zukunft im deutschen Interesse. Je enger die europäischen Staaten zusammenrückten und neben den wirtschaftlichen Bündnisstrukturen auch eine politische Zusammenarbeit vereinbarten (EPZ), darüber hinaus auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) verabredeten, desto größer wurde auch der Einfluß des deutschen Staates auf seine europäischen Nachbarn, bzw. konnte er Europa für seine nationalen Interessen instrumentalisieren.<sup>873</sup>

Christian Hacke geht von der fälschlichen Annahme aus, der deutsche Staat habe seine nationalen Interessen aus historischen Gründen lange Zeit aus den Augen verloren, so daß die Handlungsmaxime der deutschen Außenpolitik eben nicht auf dem nationalen Interesse beruht habe.<sup>874</sup> Dem deutschen Staat ist es im Gegenteil über Jahre gelungen, lediglich den »Anschein zu erwecken, als wäre die Bundesrepublik kein Staat wie jeder andere, als würde sie keine nationalen Interessen verfolgen bzw. diese den europäischen unterordnen.«<sup>875</sup> Die Bundesregierung war jedoch stets aus nationalen Interessen an einer Erweiterung der europäischen Integration interessiert. Es erhöhten sich auf diesem Wege die Machtchancen, deutsche Interessen, die als europäische verschleiert wurden, zu verwirklichen.

Insbesondere die beiden anderen ehemaligen Haupt-Konkurrenten auf dem europäischen Kontinent: der britische und französische Staat hegten dennoch den Verdacht, Deutschland könne sich mit der im Zuge der Auflösung der bipolaren Weltordnung und zusätzlich verschärft durch die anstehende EU-Osterweiterung von deutschen Konservativen erhofften geographischen Mittellage klammheimlich von »West-Europa« entfernen und eine folgenreiche Annäherung an die Sowjetunion bzw. Rußland oder sogar eine enge Partnerschaft wagen, um gemeinsam den europäischen Kontinent zu beherrschen. Die französische bevorzugte aus diesem Grund Anfang der 90er Jahre im Gegensatz zur deutschen Regierung nicht die *Erweiterung* der EU, sondern ihre *Vertiefung*; andererseits war man sich in Paris auch darüber im Klaren, daß eine Vertiefung der europäischen Integration längst kein adäquates Mittel mehr darstellte, Deutschland in seinem Machtstreben einzuschränken; längst hatte man erkannt, wie

---

<sup>873</sup> Vgl. Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 14.

<sup>874</sup> Vgl. Christian Hacke: Nationales Interesse als Handlungsmaxime für die Außenpolitik Deutschlands, in: Karl Kaiser/ Joachim Krause (Hg.): Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 3, Interessen und Strategien, München 1996, S. 3-13.

<sup>875</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 15.



sehr eben auch aus der Vertiefung ein politischer und wirtschaftlicher Machtgewinn für Deutschland resultierte.<sup>876</sup>

Die Bundesrepublik Deutschland war schon während des Kalten Krieges bei seinen westeuropäischen Nachbarn in den Verdacht geraten, ihre euphorische Europapolitik und weitreichende Aufgeschlossenheit gegenüber vertiefenden und erweiternden Integrationsprojekten dienten dazu, sich eine dominierende Position innerhalb Europas zu verschaffen, bzw. auszubauen.<sup>877</sup> Inge Schwammel nennt diesen Zusammenhang eine »äußerst virtuose Instrumentalisierung der europäischen Integration«, durch die der deutsche Staat zu einer Großmacht aufgestiegen sei.<sup>878</sup> »Richtung und Art der Weiterentwicklung der Europäischen Union werden von Deutschland in weitaus stärkerem Ausmaß beeinflusst und mitbestimmt als von irgendeinem anderen Unionsstaat, so daß die Union immer besser von der Bundesregierung zur Verfolgung der nationalen Interessen instrumentalisiert werden kann und damit letztendlich auch der Absicherung der deutschen Großmachtstellung dient.«<sup>879</sup> Damit sind aus der Perspektive des deutschen Staates europäische Interessen identisch mit deutschen Interessen, was aber nicht bedeutet, daß deutsche Interessen mit europäischen tatsächlich übereinstimmen; deutsche Interessen werden lediglich als europäische maskiert, während der deutsche Staat daran arbeitet, europäische Interessen auf deutsch zu definieren. Die Deutschen verstecken ihre Macht, um möglichst keine oder wenig Gegenwehr zu erzeugen. In dem die Deutschen in den internationalen Organisationen als »tadellose Mannschaftsspieler« auftreten, versuchen sie »ihre Macht zu verbergen«.<sup>880</sup> Das funktioniert weitgehend ohne Provokation von Widerstand, weil die Instrumentalisierung der europäischen Integration für den Zweck des Aufstiegs des deutschen Staates zur europäischen Hegemonialmacht eben in europäischer, nicht in deutsch-nationaler Rhetorik daherkommt und dies, wenn man so will, die Funktion einer Art »Sklavensprache« einnimmt,<sup>881</sup> jedenfalls stellt es für die politischen Führungen des deutschen Staates die einzige Möglichkeit dar, die Machtchancen des Landes gegenüber den

---

<sup>876</sup> Vgl. Jean François-Poncet: Die europäische Herausforderung für Frankreich und Deutschland, in: *Europa Archiv* 11, 1991, S. 327ff, S. 330.

<sup>877</sup> Vgl. Wolfgang Ramonat: Die Debatte über die deutsche Frage, in: *Politische Studien*, 39. Jg., 1988, Heft 300, S. 381 ff., S. 394.

<sup>878</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 29.

<sup>879</sup> Schwammel, a.a.O., S. 44. – Vgl. auch Nicos Kotzias: Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der neuen Architektur Europas, a.a.O., S. 111ff., vor allem S. 118.

<sup>880</sup> Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S.101.

<sup>881</sup> »Nur als Glied der Europäischen Union ist Deutschland den künftigen Herausforderungen gewachsen. Wir Deutschen können selbstverständlich Patrioten sein wie alle anderen Völker auch, aber niemals dürfen wir einen übersteigerten Nationalismus Raum lassen. Wir dürfen nichts zulassen und nichts tun, was Deutschland in eine Isolation führen könnte. Mit einem anderen Wort: Die Europäische Union liegt in unserem patriotischen Interesse.« – Helmut Schmidt: Die Selbstbehauptung Europas, Stuttgart/München 2000, S. 116.

Nachbarn zu erweitern,<sup>882</sup> ohne das wegen zwei angezettelter Weltkriege nicht gänzlich zu vermeidende Mißtrauen gegen Deutschland in offene Feindschaft aufzuwiegeln.

Europa geriet zuweilen zu einer Ersatzidentifikation oder auch zu einem Ersatznationalismus für die Deutschen noch während des Kalten Krieges, als es in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend verfehlt gewesen war, sich positiv auf die deutsche Nation zu beziehen. Das jedenfalls schreiben Andrei S. Markovits und Simon Reich.<sup>883</sup> Aber dieser Befund galt mehr für die deutsche Bevölkerung und weniger für ihre Herrschaftseliten, die lernten, sich der europäischen Rhetorik als einer Chiffre für ihren im deutsch-nationalen Interesse liegenden Hegemonieanspruch zu bedienen. »Mit Hilfe der EU konnte die Bundesrepublik ihre Legitimation vorantreiben und einer der einflußreichsten Staaten Europas werden, und zwar in viel kürzerer Zeit, als das ohne diesen Rahmen möglich gewesen wäre.«<sup>884</sup> Nach der deutschen Einheit sei jedoch die deutsche Frage weitgehend gelöst und von der europäischen Frage abgelöst worden.<sup>885</sup> Markovits und Simon scheinen allerdings nicht zu erkennen, wie sehr die deutschen Eliten die europäische Frage zu einer erweiterten deutschen Frage gemacht haben. Nach der deutschen Einheit lag es darüber hinaus in der vorsätzlichen Logik der deutschen Normalisierungsstrategie, den europäischen Ersatznationalismus durch das, was dieser einmal ersetzt hatte: eskaliertes Deutschtum – in vermeintlich geläuterte Form als »Normal-Nationalismus«<sup>886</sup> – wieder zu etablieren. Die deutschen Herrschaftseliten sind also keine reinen Europäer, wie auch die nationalen Eliten anderer Staaten in Europa in erster Linie die nationalen Interessen ihres Landes vertreten und (noch) zweitrangige Europapolitiker sind. Was als uneigennützig, europäische Politik erscheint, ist lediglich Deckungsgleichheit mit nationalen Interessen. »Deutschland stellt (...) in Bezug auf die Definition und Verfolgung nationaler Anliegen keine Ausnahme dar und läßt, wie die anderen EG/EU-Partner auch, bei der Verfolgung von Integrationszielen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft/Union seine nationalen Interessen keineswegs außer acht, ordnet sie den EG/EU-Plänen nicht unter, son-

---

<sup>882</sup> »Natürlich müssen auch die Deutschen gelegentlich eine Niederlage einstecken (...). Aber wenn es darauf ankommt, ist ihre Position einflußreicher als die aller anderen Spieler des europäischen Teams. In den meisten wichtigen Angelegenheiten der europäischen Politik kann die Bundesrepublik mehr Gewicht in die Waagschale werfen als jedes übrige Land.« – Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma, a.a.O., S. 101.

<sup>883</sup> Neben dem Europa-Patriotismus war auch die deutsche Währung spätestens nach dem sogenannten »Wirtschaftswunder« für die Deutschen eine Art Ersatznationalismus (»DM-Nationalismus«). »Für die Deutschen entwickelte sich Europa zu einer Ersatzidentität, die an die Stelle des Nationalismus trat. Während es verpönt war, deutsch-nationalistische Gefühle zu äußern, wurde der Schritt zum engagierten Europäer begrüßt. Mehr als alle anderen großen europäischen Länder hat Deutschland eine Integrationsstrategie verfolgt. Dahinter standen sicherlich auch ökonomische und politische Interessen; Hauptmotiv dieser *largesse* war aber die tiefe Überzeugung, daß der Gefahr neuer schrecklicher Kriege nur durch die europäische Einigung begegnet werden konnte.« – Markovits / Reich, a.a.O., S. 77.

<sup>884</sup> Markovits / Reich, a.a.O., S. 93f.

<sup>885</sup> Vgl. Markovits / Reich, a.a.O., S. 139.

<sup>886</sup> Vgl. Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918. Zweiter Band. Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 597ff.

dern versucht, für nationale Anliegen die Unterstützung oder wenigstens Duldung oder das Wohlwollen der EG/EU-Partner zu erlangen.«<sup>887</sup>

Solange die nationalen Interessen mit den Zielen und Zwecken der Europäischen Union übereinstimmen, ist es eben nicht Uneigennützigkeit des Staates, sich zum Anwalt der europäischen Sache zu machen, sondern nationales Kalkül. »Die Regierung des betreffenden Mitgliedslandes kann daraus gleich mehrere Vorteile ziehen: Erstens ist es ihr möglich, ihr nationales Anliegen zu verfolgen, ohne mit Widerstand oder auch nur politischer Verstimmung seitens der Gemeinschaft/Union rechnen zu müssen; zweitens kann sogar die Unterstützung der Gemeinschaft/Union mobilisiert werden. Drittens erlaubt es die Komplementarität der nationalen mit den EG/EU-Interessen, die Ziele des eigenen Staates als europäische auszugeben, was die EG/EU-Partner zur bereits erwähnten Unterstützung veranlassen könnte bzw. sollte.«<sup>888</sup>

Die europäische Rhetorik der jeweiligen Bundesregierungen sollte also nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie imstande wären, ihren europäisch-multilateralen Kurs kurzerhand aufzugeben und durch einen deutsch-nationalen zu ersetzen, falls dies aufgrund sich ändernder Koordinaten im Weltgeschehen wieder im deutschen Interesse läge.<sup>889</sup> In diesem Mechanismus, der kaum verschieden ist zu dem der anderen Nationalstaaten auf dem europäischen Kontinent, kommt ein beträchtlicher Fortschritt des deutschen Normalisierungsprozesses zum Ausdruck, denn es galt schließlich einmal das Gebot, daß der deutsche Staat auf der politischen Ebene sein nationales Interesse aufgrund der schuldbeladenen Vergangenheit hinten anstellen müsse. Faktisch aber ringt er mit den anderen einflußreichen europäischen Nationalstaaten, mit Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und Polen um die ökonomische und politische Gestaltung der Europäischen Union.

---

<sup>887</sup> Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 22.

<sup>888</sup> Schwammel, a.a.O., S. 23.

<sup>889</sup> »Die Bundesregierung ist gewillt und fähig, nationale Anliegen zu verfolgen, auch wenn dies den Interessen der Europäischen Union zuwiderläuft oder mit der Nicht-Beachtung vertraglicher Verpflichtungen verbunden ist; Sanktionen oder sonstige unliebsame Konsequenzen müssen nicht befürchtet werden. Lediglich ist geboten, den Bogen nicht zu überspannen und sich nach Möglichkeit nicht nur die Gefolgschaft, sondern auch die Unterstützung eines weiteren EU-Mitglieds zu sichern oder die Partnerstaaten davon zu überzeugen, daß die Ziele der Bundesrepublik Deutschland auch jene der Union seien bzw. auch in deren Interesse verfolgt werden sollten.« – Schwammel, a.a.O., S. 43. – Dafür gibt es mittlerweile zahlreiche Beispiele: Alleingang in der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens, Überschreitung der Konvergenzkriterien (Blauer Brief), Bruch des Stabilitätspaktes von Deutschland und Frankreich im Winter 2003, etc..

## 2. Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union

### *Motive und Interessen der Erweiterung und Vertiefung*

Die europäische Integration, die von langer Hand seit Jahrzehnten geplant worden ist und nach dem Ende der Bipolarität schrittweise, wenn auch oft sehr zögerlich fortgesetzt wird, erhält ihren Antrieb in den europäischen Ländern durch hauptsächlich zwei Faktoren.<sup>890</sup> Zum einen wird, wenn auch in ganz unterschiedlicher Intensität, in der Integration Europas immer noch die Realisierung des »europäischen Traums« gesehen, der vor allem durch die beiden von Deutschland zu verantwortenden Weltkriege genährt wurde und heute mehrheitlich nüchternen Erwägungen Platz gemacht hat. Aber die Wahl von Beethovens Symphonie als europäische Hymne zeugt noch von diesem emphatischen Traum. Damit verbunden galt die Schaffung einer politischen Union Europas als zuverlässigste Sicherheitsgarantie vor Deutschland, das man schrittweise wirtschaftlich und militärisch in die westlichen Bündnisse integriert hat und damit einzudämmen versuchte. Eine politische Union Europas wäre in diesem Sinne die Vollendung jener Strategie der *Eindämmung durch Einbindung*, wenn auch inzwischen der deutsche Staat nicht nur als gleichberechtigter Partner in Europa agieren kann, sondern die anderen europäischen Staaten zu dominieren vermag und man konsequenterweise von einem deutsch dominierten Europa sprechen muß, welches das Risiko in sich trägt, zu einem deutschen Europa zu werden. Das ist gleichsam das Dilemma, in welchem sich die alte Eindämmungsstrategie befindet: Die Herstellung der politischen Union Europas ist eben auch ein ausdrücklicher Wunsch des deutschen Staates, welcher aus einer Vertiefung der europäischen Integration zusätzliche und vermutlich mehr Vorteile ziehen kann als die anderen europäischen Unions-Staaten insgesamt.<sup>891</sup>

Der zweite, immer wichtiger werdende Antrieb zur politischen Integration Europas ist das Konkurrenzverhältnis zu den USA, aus der die europäischen Eliten eine Notwendigkeit der Selbstbehauptung Europas gegenüber den USA ableiten. Dies ist objektiv durch politisch-ökonomische Zusammenhänge erfaßbar, wenn es auch subjektiv zusätzlich – etwa in Frankreich – durch einen weitgehenden traditionellen anti-amerikanischen Affekt genährt werden mag. Mit einem Anwachsen der EU um fast 100 Millionen Einwohner entsteht im Zuge der vorläufig letzten EU-Erweiterung nach Osten ein Binnenmarkt, indem ungefähr 500 Millio-

---

<sup>890</sup> Vgl. Helga Haftendorn: Führungsmacht Deutschland? – Ein Rückblick auf die Rolle der Deutschen in Europa, in: Werner Weidenfeld (Hg.): Was ändert die Einheit? Deutschlands Standort in Europa, Gütersloh 1993, S. 32ff., S. 38.

<sup>891</sup> Vgl. Gerhard Heimann: Die Auflösung der Blöcke und die Europäisierung Deutschlands, in: *Europa-Archiv* 5/1990, S. 167ff. – Siehe auch Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 208f.

nen Menschen leben.<sup>892</sup> Die damit verbundenen wirtschaftspolitischen Chancen erlauben es nunmehr, sich mit dem Wirtschaftsraum der USA zu messen, ja diesen sogar zu übertreffen und abzuhängen. Diese Zielrichtung wird denn auch offen ausgesprochen, wenn als weiteres Motiv neben der Schaffung eines »befriedeten« Europas »auch das politische und wirtschaftliche Gewicht Europas in der Welt« erhöht werden soll: »Die Osterweiterung ist also nicht nur ein Akt historischer Gerechtigkeit gegenüber den europäischen Staaten, die sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges auf der Schattenseite Europas wiederfanden, sondern sie liegt auch im ureigensten Interesse der bisherigen EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschlands.«<sup>893</sup>

Nachvollziehbar ist nach dieser Ansicht deshalb das von Deutschland konsequent verfolgte Interesse auch an einer EU-Osterweiterung, wodurch es als vermittelnder Koloß seinen politischen und militärischen Machtbereich weit über bisherige Grenzen hinaus nach Osten ausweitet. Wirtschaftliche Vorteile könnten sich zwar im Zuge der Osterweiterung für sämtliche Mitgliedstaaten der EU ergeben, aber eben vor allem für Deutschland, das als direkter Nachbar zu Polen und Tschechien von der Erschließung der neuen Märkte am meisten profitieren wird, weil es zudem bereits jetzt besondere Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern pflegt. »Deutschland gilt bei der EU-Osterweiterung als treibende Kraft. Bei einer geheimen Abstimmung über die Erweiterung wäre keine Mehrheit in der EU-15 erzielt worden. Aus der Erweiterung wird Deutschland insgesamt den größten Nutzen ziehen. (...) Viele EU-Mitglieder sehen die Osterweiterung in erster Linie als ein deutsches Problem an, d.h. die Bereitschaft zu Reformen ist nach wie vor sehr gering ausgeprägt.«<sup>894</sup>

In jedem europäischen Staat, welcher der Europäischen Union beitrifft, ändern sich grundlegend die nationalen Souveränitätsverhältnisse, d.h. sie geben Souveränitätsrechte an die europäischen Institutionen ab. Im Bereich der Wirtschaftsunion bedeutet dies z.B. weitgehenden Verzicht auf die herkömmliche Regelung des Verhältnisses der nationalen Volksökonomie zum Weltmarkt. Auf eine protektionistische Wirtschaftspolitik zur Verteidigung des »nationalen Standortes« gegenüber ausländischem Kapital muß etwa verzichtet werden. Auffallend ist dabei, daß die grundlegenden Beitrittskriterien, die auf dem Kopenhagener EU-Gipfel 1993

---

<sup>892</sup> Die EU ist in mehreren Schüben erweitert worden: Westerweiterung: 1973, Süderweiterung: 1981 und 1986, Norderweiterung: 1995, Osterweiterung: Mai 2004. – Damit gehören der EU 25 Mitgliedstaaten an. Die vorerst letzte Beitrittsrunde soll 2007 erfolgen und Rumänien und Bulgarien betreffen. Mit der Türkei wurden mittlerweile Beitrittsverhandlungen aufgenommen, ein Datum jedoch noch nicht festgelegt.

<sup>893</sup> Michael Gahler: Die Osterweiterung aus der Innensicht Deutschlands, in: Walter-Raymond-Stiftung der BDA (Hg.): Die Osterweiterung der EU und ihre Folgen für Deutschland, 39. Kolloquium, Berlin 2001, S. 43-55; S. 47.

<sup>894</sup> Juergen B. Donges: »Finanzierung und Transfers – Die Kosten der Erweiterung«, in: Walter-Raymond-Stiftung der BDA (Hg.): Die Osterweiterung der EU und ihre Folgen für Deutschland, 39. Kolloquium, Berlin 2001, S. 79-82; S. 80.

festgelegt wurden (institutionelle Stabilität, funktionsfähige Marktwirtschaft und die Bejahung der politischen Ziele der EU) in den Beitrittsländern marktradikalere Reformen erzwungen haben, als es sich die bisherigen Mitgliedsländer selbst zugestehen mochten.<sup>895</sup> »Durch den Beitritt sortieren sie sich als Teile eines Gemeinschaftsstandorts ein, unterwerfen die Beurteilung der Tauglichkeit ihrer heimischen Reichtumsquellen damit unwiderruflich und verbindlich den Maßstäben, die in der EU gelten (...). Und mit ihrer Eingliederung in das Finanzsystem der Gemeinschaft, durch das die Geschäfte übernational gefördert und ihre unterschiedlichen Wirkungen auf die verschiedenen Nationen betreut werden, wird nicht nur über ein Stück nationaler Haushaltsrechnung mitentschieden.«<sup>896</sup>

Immer wieder ließen gerade deutsche Politiker in ihren öffentlichen Reden und Stellungnahmen verlautbaren, daß die Vertiefung der EU-Integration, aber vor allem auch ihre Erweiterung nach Norden und Osten für sämtliche EU-Mitgliedstaaten von allseitigem Nutzen sei. Diese Verlautbarungen trafen seit Mitte der 90er Jahre zunehmend auf Skepsis in den anderen EU-Mitgliedsländern; von einer Krise des Integrationsprozesses war seitdem die Rede. Dabei macht sich in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten eine generelle Unzufriedenheit hinsichtlich des tatsächlichen Ertrags breit. Erwartet hatten die politischen und wirtschaftlichen Eliten in den einzelnen Ländern eine Verbesserung der Geschäftsgelegenheiten auf dem integrierten, nunmehr gemeinsamen, europäischen Markt, von dem sie hofften, daß er ein fulminantes Wirtschaftswachstum hervorrufen werde. Tatsächlich aber stagnierten die Geschäfte, man mußte zur Kenntnis nehmen, daß die Erweiterung der Geschäftsmöglichkeiten einen negativen Effekt auf die Chancen hatte, sich auf diesem gemeinsamen Markt gegen die erweiterte Konkurrenz geschäftlich durchzusetzen. Mit jeder Erweiterung der EU durch neu hinzukommende Staaten erhöht sich der Konkurrenzdruck für alle.

»Die Beitrittsfrage hat für alle Nationen die Frage aufgeworfen, wie sie in ihren jeweiligen Geschäftsrechnungen betroffen sind – und die unterschiedlichen Antworten haben zutage gefördert, wie einseitig sich inzwischen Nutzen und Schaden verteilen.«<sup>897</sup> Nur das wirklich große Kapital, mächtige und etablierte Konzerne scheinen zu profitieren – vor allem das deut-

---

<sup>895</sup> Vgl. Dorothea Bohle: »Erweiterung und Vertiefung der EU. Neoliberale Restrukturierung und transnationales Kapital«, in: *PROKLA* 128/2002, S. 353-376. – Die Beitrittskandidaten mußten die Auflagen erfüllen, noch bevor sie offiziell Mitglieder der EU geworden sind. Damit eröffnete sich für die EU-Länder – insbesondere für Deutschland – bereits im Vorfeld ein wirtschaftlich interessantes Operationsfeld, welches für die osteuropäischen Länder auch in das ökonomische und soziale Desaster einer »Lateinamerikanisierung« hätte führen können. – Vgl. Heiko Wegmann: »Der Süden im Osten? Osteuropas Peripherisierung und EU-Integration«, in: *Informationszentrum 3. welt (iz3w)*, Nr. 272/2003. Siehe auch Hannes Hofbauer: *Osterweiterung – Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration*, Wien 2003.

<sup>896</sup> »Die Erweiterung der EU. Eine neue Etappe im Kampf um ein deutsch dominiertes Europa«, in: *Gegenstandspunkt – Politische Vierteljahresschrift*, 2/94, S. 3-25; S. 5.

<sup>897</sup> »Die Erweiterung der EU. Eine neue Etappe im Kampf um ein deutsch dominiertes Europa«, a.a.O., S. 11.

sche Kapital ist der lachende Gewinner der EU-Integration und -Erweiterung.<sup>898</sup> Das rief »Europamüdigkeit« auf den Plan; der Integrationsprozeß geriet ins Stocken, weil Ernüchterung der anfänglichen Euphorie folgte: Die EU nutzt dem deutschen Staat wesentlich mehr als den anderen Mitgliedsländern. Der deutsche Staat tritt zugleich rüder auf, aber die anderen Staaten (mit Ausnahme vielleicht von Frankreich) sind der Macht des deutschen Staates weitgehend hilflos ausgeliefert.

»Es gibt kein großes Industrie- und Wirtschaftsland auf dieser Erde, das vergleichbar so wie Deutschland wirtschaftlich von einer einzigen Region, nämlich Europa abhängig ist.«, sagte der Bundesaußenminister Klaus Kinkel in seiner Erklärung der Bundesregierung vom 10. März 1994.<sup>899</sup> – Eben weil keinem anderen Land wie Deutschland so viel daran gelegen ist, die Erweiterung der EU voranzutreiben, muß der deutsche Staat sein ganzes politisches und wirtschaftliches Gewicht in die Waagschale werfen, um die anderen EU-Mitgliedsländer davon zu überzeugen, daß, was gut für Deutschland ist, eben auch von Vorteil für die EU sei. Je größer die Ermüdungserscheinungen des Europäismus in den anderen Mitgliedsstaaten wurden, desto rüdere Formen nahm die deutsche Verhandlungsdiplomatie an. Immer öfter erschien »das deutsche Interesse an der Erweiterung wie ein Zwang (...), dem sich zu widersetzen eine vitale Schädigung dieses Landes darstellt.«<sup>900</sup>

Die Erweiterung erscheint mithin als das »spezielle deutsche Konkurrenzinteresse«. Die deutschen Eliten vertrauen darauf, daß auf dem erweiterten europäischen Markt derjenige sich am besten durchzusetzen vermag, der »über genügend Kapital und Kredit verfügt, um sich tendenziell aller Geschäftsgelegenheiten zu bedienen; kurz: daß es eine Frage der Kapitalproduktivität, der Kapitalgröße und des Nationalkredits, also der erreichten ökonomischen Wucht der Nation ist.«<sup>901</sup> Die Sonderstellung des deutschen Staates innerhalb der Europäischen Union ist mithin für das deutsche Kapital von einem entscheidenden Vorteil, weil der deutsche Nationalkredit nun einmal bis zur Währungsunion als Hauptgeschäftsmittel, bzw. die DM als Reservewährung und insbesondere als führender Euro-Kredit fungierten. »Das macht Deutschland – jedenfalls nach Auffassung und Anspruch seiner politischen Verwalter – quasi automatisch zum umfassenden Nutznießer der Erweiterung. Sie bauen darauf, daß ihr Staat mit der größten Nationalökonomie und dem gefragtesten Geld auf jeden Fall gewinnt, wenn

---

<sup>898</sup> Vgl. »Die Erweiterung der EU. Eine neue Etappe im Kampf um ein deutsch dominiertes Europa«, a.a.O., S. 10f.

<sup>899</sup> Klaus Kinkel: Erklärung der Bundesregierung vom 10. März 1994.

<sup>900</sup> »Die Erweiterung der EU. Eine neue Etappe im Kampf um ein deutsch dominiertes Europa«, a.a.O., S. 12.

<sup>901</sup> Ebd., S. 12f.

Staaten sich dem Konkurrenzvergleich zu Bedingungen öffnen, unter denen Deutschland zur führenden europäischen Wirtschaftsnation aufgestiegen ist.«<sup>902</sup>

Die Außenpolitik des deutschen Staates geriet auch wegen seiner Interessen an der EU-Osterweiterung unter den Verdacht, die bisherige Westorientierung aufzuheben, indem er durch die Erweiterung auf Staaten des ehemaligen Ostblocks eine komplette Umorientierung der EU anstrebe und damit sich seines traditionellen geostrategischen Einflßbereiches bemächtigt. Die Eingliederung von Teilen des ehemaligen Machtbereiches der Sowjetunion in die Europäische Union vollzog sich jedoch nicht ohne Widerstand Rußlands. Daß die Bundesregierung diesen Konflikt nicht scheute, zeugt von einem gewachsenen Selbstbewußtsein und damit verbundenen Anspruchsdenken. Die osteuropäischen Länder sind ökonomisch schon längst von Deutschland abhängig geworden – eine Eingliederung dieser Länder in die EU hat jedoch für Deutschland den entscheidenden Vorteil der Entlastung deutscher Kassen, weil in Zukunft das wirtschaftliche Wachstum in Osteuropa nicht mehr mit deutschen, sondern mit europäischen Krediten subventioniert werden wird und dennoch der Ertrag hauptsächlich der deutschen Wirtschaft zugute kommt. »Mit Hilfe der EU will Deutschland seinen Zugewinn an Einfluß und Raum im Osten mit anderen Mitteln als den Mitteln der Wiedervereinigung fortsetzen. Eine ganze als Vorfeld Deutschlands definierte Staatenregion soll mit Geldern, Einfluß und Institutionen der EU verläßlich eingerichtet und damit Deutschlands Sonderstellung gegenüber diesen Ländern gefestigt werden.«<sup>903</sup>

Die angestrebte Umorientierung der EU hat für den deutschen Staat den Zweck, seine mitteleuropäische Lage unter sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten wiederherzustellen. Der Bundesaußenminister Klaus Kinkel formulierte dies in seiner Erklärung der Bundesregierung von 1994 auch sehr deutlich: »Das vereinte Deutschland wird nicht das östliche Grenzland der Europäischen Union bleiben; es rückt auch politisch wieder in die Mitte Europas. (...) Richtig ist, daß die Beitritte die Gemeinschaft innerlich stärker ausbalancieren. Es ist offensichtlich – das haben wir in Brüssel bei den Verhandlungen gesagt; ich sage es auch hier –, daß dies für Deutschland in seiner Mittellage einen nicht unerheblichen Gewinn darstellt.«<sup>904</sup>

Diese angestrebte Mittellage ist ein rein spezifisch deutsches Interesse, das sich in dieser Form in keinem anderen Mitgliedsland der EU finden läßt. Im Gegenteil: Was deutsche Politiker als ausgewogenes Europa bezeichnen, ruft bei den europäischen Nachbarn nur Skepsis und neues Mißtrauen hervor. Denn in den »deutschen Interessen« kommt sehr deutlich die

---

<sup>902</sup> Ebd., S. 13.

<sup>903</sup> Ebd., S. 16.

<sup>904</sup> Klaus Kinkel: Erklärung der Bundesregierung vom 10. März 1994.



Rolle zum Vorschein, die der deutsche Staat für sich beansprucht: die Rolle einer Führungsmacht, »die sich des Staatenbündnisses als ihres souverän handhabbaren Mittels bedient: Deutschland bildet mit seinem ökonomischen Sondergewicht einen Kernblock leistungsfähiger Staaten und schert ein Umfeld abhängiger Nationen um sich; es schmiedet die jeweils passenden Koalitionen und legt mit deren Hilfe verbindlich fest, welche nationalen Anliegen der beteiligten Länder anerkannt, weil blockdienlich sind; es organisiert darüber seinen bevorzugten Zugriff auf europäische Reichtumsquellen; und es gibt schließlich die politische Richtung vor, damit sich Europa als Aufsichtsmacht betätigt – so etwa sieht das Programm aus, das Deutschland mit ›neuer Mitte‹ meint.«<sup>905</sup>

Keine günstigere Gelegenheit für eine grundlegende Revision der Europäischen Union hat sich für den deutschen Staat durch die Erweiterungsfrage ergeben. Die Entscheidung für Erweiterung statt Vertiefung der Union eröffnete die Möglichkeit, die drohenden Verstrickungen in der Vertiefungsfrage zu umgehen, bzw. die Vertiefung im »deutschen Interesse« umzusetzen. Eine Einigung in den strittigen Fragen der Vertiefung wäre nach Ansicht des deutschen Außenministers (Kinkel) mühselig und ggf. zu langwierig gewesen – bevor man schließlich auf solider Geschäftsgrundlage eine Erweiterung hätte anstreben können. – Die Bundesregierung entschied sich mithin, einen rabiateren, weil schnelleren Weg einzuschlagen: Der deutsche Staat »nimmt die Beitrittsanträge als Gelegenheit, um mit der Erweiterung zugleich die Änderung der gesamten inneren Verhältnisse zu betreiben und damit die anstehende Auseinandersetzung um den mit Maastricht projektierten Wirtschaftsblock ein Stück vorzuentcheiden und gleich noch ein paar weitergehende politische Zukunftsperspektiven dazu.«<sup>906</sup>

Kinkels Verhandlungsweise zeugte von der Arroganz der deutschen Macht und rief Entrüstung bei den europäischen Nachbarstaaten auf den Plan, wodurch die Diplomatie stellen- und zeitweise aus den Fugen zu geraten drohte. Kinkel übte auf seine Partner Druck aus, indem er im Falle eines Scheiterns der Beitrittsverhandlungen androhte, Deutschland werde eine ernsthafte Krise für Europa auslösen.<sup>907</sup> – Darin bestanden Drohung und Erpressung. »Einigung

---

<sup>905</sup> »Die Erweiterung der EU. Eine neue Etappe im Kampf um ein deutsch dominiertes Europa«, a.a.O., S. 20.

<sup>906</sup> Ebd., S. 21.

<sup>907</sup> »Niemand soll sich täuschen: Ein Scheitern der Beitrittsverhandlungen würde eine ernste Krise für Europa auslösen.« – Klaus Kinkel: Erklärung der Bundesregierung vom 10. März 1994. – Drohung und Erpressung setzten sich fort, etwa im »Kerneuropa-Papier« von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers, wenn es dort heißt, Deutschland könne versucht sein, seine Sicherheitsinteressen (die ungelöste Mittellage-Problematik) selbständig zu lösen, falls die EU-Integration scheitern sollte. – Vgl. Wolfgang Schäuble: »Überlegungen zur europäischen Politik: Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 1. September 1994«, abgedruckt in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Oktober 1994, S. 1271-1280. – Auch Helmut Kohl sprach eine Drohung in den sehr krassen Worten aus, daß das Gelingen der EU-Integration für die Deutschen eine Frage von Krieg und Frieden in Europa sei. – Helmut Kohl zit. n. Goldendach / Minow: Von Krieg zu Krieg, a.a.O., S. 157. – Und auch Gerhard Schröder äußerte sich als Bundeskanzler der neuen Bundesregierung mit leicht drohendem Unter-

wurde (...) nicht dadurch erzielt, daß im Interesse des ›europäischen Fortschritts‹ Bedenken ausgeräumt und die verschiedenen Erwartungen einigermaßen zufriedengestellt worden wären, sondern umgekehrt: Der deutsche Chefunterhändler [Kinkel; MH] hat die widerspenstigen Mitglieder zur Annahme der unter seiner Regie ausgehandelten Kompromisse mehr erpreßt als bewogen (...). Er weiß offenbar nur zu gut, daß dieser Fortschritt Europas keine Sache mehr ist, die die Interessen jedes beteiligten Landes einbegreift, und pocht auf die Abhängigkeit anderer vom deutschen Interesse.«<sup>908</sup>

Wegen des rüden diplomatischen Umgangs des deutschen Staates mit den EU-Partnern, aber vor allem weil darin sich ein *exklusiver* deutscher Führungsanspruch zeigte, kühlte das sonst recht verbunden gewesene partnerschaftliche Verhältnis zu Frankreich merklich ab. Die Rede war von deutsch-französischen Spannungen, weil sich die französische Regierung durch die deutschen Ansprüche in ihrer *gemeinsamen* Führung mit Deutschland (»deutsch-französische Achse«) geprellt sah. In der *Le Monde* wurde der Auslöser dieser Spannungen folgendermaßen wiedergegeben: »Botschafter Scheer erklärte mit ungewöhnlicher Offenheit, daß etwas nicht in Ordnung ist mit den zweiseitigen Beziehungen und daß kein wirklicher Dialog zwischen Bonn und Paris existieren könne, ohne Aufklärung über die auswärtige Politik des wiedervereinigten Deutschland, z.B. wenn Bonn im Zusammenhang mit der Erweiterung der europäischen Union mit Gewalt den Beitritt der Nordstaaten und Österreichs vorantreibt, von einer Umkehrung der Kräfteverhältnisse zwischen den Süd- und Nordländern redet und sich wie ein Scharnier im Zentrum des Kontinents aufführt. (...) Klaus Kinkel hat gedroht, Spanien ›casser la colonne vertebrale‹ (!) (›Rückgrat brechen‹), falls es keinen Kompromiß akzeptiere – eine Ausdrucksweise, die vor der Wiedervereinigung unvorstellbar gewesen ist.«<sup>909</sup>

Die *FAZ* legte in ihrem Bericht über den Auslöser einen anderen Schwerpunkt: »Wir brauchen deutsche Klarheit, dann können wir Deutschland verstehen und mit Deutschland zusammengehen.« Es müsse klar sein, daß sich an Deutschlands Einordnung in Westeuropa nichts ändere. ›Wir brauchen diese Bestätigung.« Das müsse auch außer Zweifel stehen, wenn Deutschland seine Beziehungen zu Rußland neu bestimmen wolle. Franzosen fragten nach der Bedeutung deutscher Darstellungen, die Erweiterung der Europäischen Union verschiebe die Gewichte. ›Nicht nur für Franzosen ist es schwierig, die neue Stellung Deutschlands zu akzeptieren.« (...) Franzosen in Bonn sagten: ›Die Zusammenarbeit Frankreichs mit Deutsch-

---

ton, freilich etwas sybillinischer, daß das integrierte Europa die Antwort auf Faschismus, Diktatur und Krieg sei – Vgl. »Nichts wächst von alleine«, Interview mit Gerhard Schröder, *Der Spiegel* 49/2000. – Im Umkehrschluß bedeutet Schröders Aussage, wenn die Integration mißlingt, kehre man in Europa zu der nationalen Konstellation zurück, die schon einmal in ihrer ungelösten Problematik zu Krieg, Faschismus und wieder Krieg geführt habe.

<sup>908</sup> »Die Erweiterung der EU. Eine neue Etappe im Kampf um ein deutsch dominiertes Europa«, a.a.O., S. 21.

<sup>909</sup> *Le Monde* vom 19. März 1994.

land bildet die Grundlage aller Fortschritte in Europa: wir bauen zusammen das Europa des nächsten Jahrhunderts; nur Frankreich und Deutschland können das tun.< (...) Da ein europäischer Bundesstaat nicht geschaffen werden könne, bleibe zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft nur der inoffizielle Weg, zunächst mit sechs oder sieben Mitgliedsländern und einem aus Frankreich und Deutschland bestehenden Kern die Wirtschafts- und Währungsunion zu verwirklichen: »Dort schlägt dann das Herz Europas.«<sup>910</sup>

Dieser »inoffizielle Weg« den der französische Botschafter in Form der Schaffung einer Quasi-Union in der Union, bestehend aus sechs bis sieben integrationswilligeren Mitgliedsländern und einem »Kern« aus Frankreich und Deutschland, wo das »Herz Europas« schlage, konkretisierte, deutete auf den französischen Anspruch, dem deutschen Staat in keinem Fall die alleinige Führung innerhalb der Europäischen Union zukommen lassen zu wollen. »Das spezifische französische Konzept eines deutsch-französischen Kerneuropas, um das sich alle anderen herumgruppieren, versteht sich als Alternative zu den deutschen Europa-Vorstellungen, nämlich als Beschränkung eines drohenden deutschen Multilateralismus, durch den Frankreich seine Position einer zweiten Vormacht bestritten sieht. Diese Auseinandersetzung rührt also endgültig an die Kernfrage Europas: die Konkurrenz zwischen Frankreich und Deutschland.«<sup>911</sup>

Der deutsche, *exklusive* Führungsanspruch in Form der Umorientierung der EU stieß also auf heftigen Widerstand Frankreichs, aber zugleich auch auf resignative Ohnmacht der anderen Mitgliedsstaaten, welche mit Voranschreiten der Integration die damit verbundene, permanent wachsende Macht zu spüren bekamen. »Entweder sie beugen sich den deutschen Anträgen, so daß sich seine immer ausgreifenderen Ansprüche in EU-Verhältnisse verwandeln, in deren Rahmen dann die anderen zumindest der Idee nach von diesem Blockfortschritt mit profitieren können; oder Deutschland nutzt seine erreichte Machtposition, um neben und statt seinen bisherigen EU-Bindungen lauter Sonderbeziehungen zu stiften, so daß alle anderen auf jeden Fall an Einfluß auf Deutschland und die gesamteuropäischen Verhältnisse verlieren.«<sup>912</sup>

Der deutsche Staat galt unter den europäischen Staaten bis 1989/90 als ein »ökonomischer Riese«, der zugleich wegen seiner von den Siegermächten auferlegten Selbstbeschränkungen ein »politischer Zwerg« gewesen war. Mittlerweile ist Deutschland mit Hilfe der Europäischen Union größtenteils »normalisiert«, d.h. politisch wie ökonomisch ein Riese geworden. Die Furcht vor einer deutschen Vorherrschaft ist dadurch sehr real, verbindet sich damit schließlich ein hohes Risiko für Europa, falls in Deutschland einmal eine Generation an die

---

<sup>910</sup> FAZ vom 16. März 1994.

<sup>911</sup> »Die Erweiterung der EU. Eine neue Etappe im Kampf um ein deutsch dominiertes Europa«, a.a.O., S. 22.

<sup>912</sup> Ebd., S. 23.

»Schaltstellen der staatlichen Macht« gelangen sollte, die weitaus hemmungsloser die dazu-gewonnenen Machtchancen des deutschen Staates im kapitalistischen und imperialistischen Konkurrenzkampf einsetzt, weil sie sich an *historische Schuld* nicht mehr gebunden fühlt und Helmut Kohls »Gnade der späten Geburt« als *Recht auf Normalität* für sich beansprucht.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung ruderte jedenfalls unter dem Druck der französischen Regierung, bzw. unter dem Eindruck der »deutsch-französischen Spannungen« in ihren öffentlich gemachten Ansprüchen zurück und goütierte den französischen Vorschlag eines »Kerneuropas«, welches von den außenpolitischen Strategen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble und Karl Lamers, federführend ausgearbeitet wurde. Der Gedanke eines Kerns aus Deutschland und Frankreich bestätigte französische Ansprüche auf eine deutsch-französische Führung innerhalb Europas. Lamers und Schäuble wichen insofern von der Praxis Kinkels ab. Das Kerneuropapapier stellte aber für den Rest Europas, welcher zu diesem Kern nicht oder noch nicht gehören sollte, einen Affront dar. Außerdem könnte man warnend gegenüber der französischen Regierung anbringen, daß Papier schon allzu oft seine Geduldigkeit bewiesen hat.

### *Deutsche und französische Führungsansprüche – Spielarten eines »Kerneuropas«*

1994 präsentierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion namentlich durch Wolfgang Schäuble, Karl Lamers und Michael Glos der Öffentlichkeit das von ihnen verfaßte Strategiepapier zu einem sogenannten Kerneuropa, in welchem ein klarer Führungsanspruch des deutschen Staats zusammen mit Frankreich formuliert wird.<sup>913</sup> Noch ein Jahr zuvor hatte die CDU/CSU in der Person Edmund Stoibers für ein lockeres Bündnis der EU-Staaten plädiert, weil in diesem Deutschland eine optimale Handlungsfreiheit nach Westen und Osten wahrnehmen und damit seine geostrategisch wichtige Mittellage ausbauen und absichern könne. Die Autoren des Kerneuropa-Papiers schlugen eine andere Richtung ein: Weil es nicht wieder vorkommen dürfe, daß Deutschland zwischen West- und Osteuropa zerrieben werde, was ein spezifisches Problem dieses Landes aufgrund seiner geographischen »Mittellage« sei, müsse der Unterschied zwischen West- und Osteuropa als solcher liquidiert werden, um zwischen »Mittellage« und den »Flügeln« nicht mehr unterscheiden zu können. Weil es dem deutschen Staat in der Vergangenheit zweimal nicht gelungen sei, den europäischen Kontinent aus eigener Kraft zu

---

<sup>913</sup> Vgl. Wolfgang Schäuble: »Überlegungen zur europäischen Politik: Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 1. September 1994«, a.a.O., S. 1271-1280. – Siehe auch Hans-Peter Schwarz: *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin 1994.

beherrschen, sei es im Interesse der deutschen Sicherheitsbedürfnisse nötig, statt einer lockeren europäischen Bindung eine stark integrierte EU zu erwirken.

Das Strategiepapier ist in drei Abschnitte gegliedert und beginnt mit einer Lageanalyse. Der europäische Einigungsprozeß sei an einen »kritischen Punkt seiner Entwicklung« angelangt, dessen Ursache von den Autoren u.a. in einer »Überdehnung der Institutionen« gesehen wird. Das Institutionengefüge war einmal für sechs Mitgliedstaaten ausgerichtet gewesen, inzwischen seien es aber bereits doppelt so viele; mit der der EU-Osterweiterung werde mit voraussichtlich 25 Mitgliedstaaten die Grenze der Funktionsfähigkeit überschritten. Im Zuge dieser Entwicklung nehmen aufgrund des unterschiedlich ausgeprägten gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklungsniveaus der einzelnen Länder die Divergenzen gegenüber den Gemeinsamkeiten in den nationalen Interessen zu, wodurch es immer schwieriger werde, eine gemeinsame europäische Wirtschafts-, Sozial- oder Außenpolitik zu vereinbaren. Hinzukomme ein »tiefer, wirtschaftsstruktureller Wandel« mit der Auswirkung einer massenhaften Arbeitslosigkeit, welche die Stabilität der Gesellschaften bedrohe. Die Autoren erkennen in diesem strukturellen Wandel den Teilaspekt einer »umfassenden Zivilisationskrise der westlichen Gesellschaften«. Wohin diese Krise führen werde, sei schon in Ansätzen zu erkennen: zu einer »tiefen Verängstigung« bei den Menschen in Europa. Mit den kollektiven Ängsten komme es zur Zunahme eines »regressiven Nationalismus«, d.h. zur »Abschirmung in einem Zurück zum Nationalen und zum Nationalstaat«. – Wenn es nicht gelänge, Lösungen für die Ursachen in der Entwicklungskrise des europäischen Einigungsprozesses zu finden, werde die Union sich »entgegen der im Maastrichter Vertrag beschworenen Zielsetzung eines immer engeren Zusammenwachsens unaufhaltsam zu einer lockeren, im wesentlichen auf einige wirtschaftliche Aspekte beschränkten Formation mit verschiedenen Untergruppierungen entwickeln«. <sup>914</sup>

In einem zweiten Abschnitt gehen die Autoren unter der Überschrift »Deutschlands Interessen« auf die wiederhergestellte Mittellage Deutschlands im integrierten Europa ein. Die Europäische Union verhindere die in der Vergangenheit mehrfach zu einem für Europa und die Welt akuten sicherheitspolitischen Risiko gewordene traditionelle geopolitische Mittellage des deutschen Staates, welche einmal die Prinzipien der preußisch-deutschen Außenpolitik bestimmt hatte und zu zwei Weltkriegen geführt habe. Mit der europäischen Integration erlange Deutschland zum ersten Mal eine »stabile außenpolitische Balance« und sei damit für seine Nachbarn kein Sicherheitsrisiko mehr. Deshalb habe Deutschland »aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Größe und seiner Geschichte ein besonderes Interesse, ein Aus-

---

<sup>914</sup> Schäuble, a.a.O.

einanderdriften Europas zu verhindern, durch das es in seine alte Mittellage zurückversetzt würde«. <sup>915</sup> Das integrierte Europa impliziere eine »grundlegende Änderung des europäischen Staatensystems«, so daß in diesem die Hegemonie eines Staates »weder möglich noch erstrebenswert« erscheine. Der deutsche Staat sei zwar den anderen EU-Mitgliedstaaten wirtschaftlich überlegen, aber von dieser Überlegenheit, die keine Dominanz sei, profitierten sämtliche EU-Staaten gleichermaßen.

Wenn aber der europäische Integrationsprozeß aufgrund der ungelösten Krisenentwicklung nicht nur ins Stocken gerät, sondern auch scheitere, sähen sich die Länder des Kontinents in das »instabile Vorkriegssystem« zurückfallen; der deutsche Staat erhalte damit zwangsläufig seine »alte Mittellage« zurück und würde zu einem erneuten Sicherheitsrisiko für Europa werden. Die Autoren sprechen schließlich eine kaum zu übersehende Drohung mit einem deutschen Alleingang aus, falls es nicht zu einer »Eingliederung der mittelosteuropäischen Nachbarn« in die EU und zu einer umfassenden Partnerschaft mit Rußland kommen werde, welches beide unmittelbare nationale Interessen Deutschlands seien: »Ohne eine (...) Weiterentwicklung der (west-)europäischen Integration könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europas alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen.« <sup>916</sup> – Eine umfassende Ahnung konkretisiert sich, was Helmut Kohl damit gemeint haben könnte, als er das Gelingen der europäischen Integration für die Deutschen als eine Frage von Krieg und Frieden bezeichnete. <sup>917</sup> – Die Drohung ist eingebettet in scheinbar versöhnlich stimmende Rhetorik: Mit der Osterweiterung erhalte Deutschland die »Chance, zur ruhigen Mitte Europas zu werden«; dieses »deutsche Interesse« an sicherheitspolitischer Stabilität sei gleichsam mit dem Interesse Europas nicht bloß vermittelbar, sondern *grundsätzlich* identisch.

Im dritten und längsten Abschnitt behandeln die Autoren in einer imperativen Tonart Lösungsvorschläge, wie die Krise im Integrationsprozeß überwunden werden »muß«. Die Ansätze verstehen die Autoren als »Kombination verschiedener Maßnahmen«, die sich wechselseitig bedingten. Zum einen gehe es um die »institutionelle Weiterentwicklung der Union«, worunter sie das »Modell eines föderativen Staatsaufbaus« und die konsequente Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips verstehen; ferner die »weitere Festigung des Kerns«, aber auch die »Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen«, welche gleichsam den »Kern des festen Kerns« bildeten und damit ein Führungszentrum innerhalb des integrierten

---

<sup>915</sup> Ebd.

<sup>916</sup> Ebd.

<sup>917</sup> »Der Bau des Hauses Europa ist die Frage von Krieg und Frieden für die Deutschen im 21. Jahrhundert (...). Das Exportland Deutschland braucht Europa mehr als jedes andere Land in Europa.« – Helmut Kohl, 1995, zit. n. Goldendach / Minow: Von Krieg zu Krieg, a.a.O., S. 157.

Europas beanspruchen.<sup>918</sup> In Europa dürfe es »keine wesentlichen außen- und europapolitischen Aktionen ohne vorangehende deutsch-französische Abstimmung geben«. Denn zum anderen gehe es um die »Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit« der Europäischen Union sowie um die »Erweiterung nach Osten«. Der Einigungsprozeß müsse durch ein »verfassungsähnliche[s] Dokument« abgesichert werden.

Das »Kerneuropa-Papier« sorgte für einigen Wirbel und Widerstand in den einzelnen EU-Staaten, aber auch in Deutschland.<sup>919</sup> Neben dem EU-Gründungsmitglied Italien, welches nach den Vorstellungen von Schäuble und Lamers offensichtlich nicht zum Kern dazugehören sollte, beschwerten sich die kleineren EU-Mitgliedsstaaten, die befürchteten, ganz oder auf lange Sicht abgesondert zu werden. Der stärkste Widerstand ging aber vor allem von Großbritannien aus. Das »Kerneuropa-Papier« sorgte bei der britischen Regierung für Bestätigung ihrer Annahme, daß der deutsche Staat seinen Führungsanspruch in Europa ausbaue und sich die französische Regierung in ihrer allzu großen Annäherung an den deutschen Staat von diesem über den Tisch ziehen lasse. Die Reservierung gegenüber der europäischen Integration war in Großbritannien deshalb so groß, weil man einen deutschen Hegemon verhindern wollte. Gerade die Premierministerin Thatcher glaubte, die deutsche Hegemonie dadurch am besten stören zu können, indem Großbritannien einer politischen Union Europas fernbleibe und statt dessen ein engeres Verhältnis zu den USA suchen sollte. Erst nach 1990 hat sich denn auch Großbritannien der EU angeschlossen, vermutlich eher mit dem Ziel, eine politische Union zu verhindern, jedenfalls zu verzögern.<sup>920</sup> Der europäischen Währungsunion ist Großbritannien wiederum ferngeblieben, wodurch laut Emanuel Todd der entscheidende Sprung Europas nach vorne zumindest hinausgezögert werde.<sup>921</sup> Großbritannien müsse sich entscheiden, ob es zu Europa gehören wolle. Die Entscheidung könnte allerdings den USA wirtschaftlich das Genick brechen, schreibt Todd. Für Europa bedeute die Integration des wichtigsten Finanzplatzes der Alten Welt (London) das Initial der endgültigen Unabhängigkeit von den

---

<sup>918</sup> »Der feste Kern hat die Aufgabe, den zentrifugalen Kräften in der immer größer werdenden Union ein starkes Zentrum entgegenzustellen und damit die Auseinanderentwicklung zwischen einer eher protektionismus-anfälligen Süd-West-Gruppe unter einer gewissen Anführung durch Frankreich und einer stärker dem freien Welthandel verpflichteten Nord-Ost-Gruppe unter einer gewissen Anführung durch Deutschland zu verhindern.« – Wolfgang Schäuble: »Überlegungen zur europäischen Politik: Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 1. September 1994«, a.a.O. – Der Kern dürfe freilich nicht abgeschlossen, sondern müsse »für jedes Mitglied offen sein, das willens und in der Lage ist, seinen Anforderungen zu entsprechen.« – Die Hauptkritik an dem »Kerneuropa-Papier« (etwa von Joschka Fischer) richtete sich gegen diese als *exklusiv* empfundene Auffassung eines »Kerns«, welcher sich als europäisches Führungszentrum entpuppe, sich zwar für »offen« für andere Mitglieder halte, aber die »Anforderungen« selbst bestimme, die zu erfüllen die anderen Staaten vermutlich nicht in der Lage sein werden.

<sup>919</sup> Siehe Karl Lamers: Variable Geometrie und fester Kern. Zur Debatte über das Europa-Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/1994, S. 1464-1470.

<sup>920</sup> Vgl. Michael Jäger: Probleme und Perspektiven der Berliner Republik, Münster 1999, S. 83.

<sup>921</sup> Vgl. Emmanuel Todd: Weltmacht USA. Ein Nachruf, München 2003, S. 237f.

USA. – Vermutlich ist das einer der Gründe, warum Großbritannien zögert, sich der Euro-Zone anzuschließen. Wenn ein sogenanntes eurasisches Gleichgewicht (mit GB) auf der Weltbühne in Erscheinung trete, müßten die USA anfangen, ihr gigantisches Handelsbilanzdefizit auszugleichen, was nur ginge, wenn der Lebensstandard der amerikanischen Bevölkerung drastisch, d.h. etwa um 15-20 Prozent gesenkt werden würde.<sup>922</sup>

Die britische Regierung hat aber nicht Angst vor ihrer eigenen Courage, weil sie mit den USA eng verbunden, sondern weil Europa längst um einen politisch und ökonomisch mächtigen Doppelkern zentriert ist. Versetzt die britische Regierung mit ihrem Beitritt zur Euro-Zone den USA einen entscheidenden Schlag, stärken sie nicht nur Europa und verursachen ein Kräfteungleichgewicht in der Welt, sondern verhelfen auch noch dem deutschen Staat als lachenden Dritten zu größerer Hegemonie. »Europa ist eine Ansammlung von Staaten mit den beiden Partnern Deutschland und Frankreich im Mittelpunkt, aber seine wahre Macht hängt von der Beteiligung Großbritanniens ab.«<sup>923</sup>

Wegen der zum Teil heftigen Reaktionen auf das Kerneuropa-Papier sah sich Helmut Kohl zu einer Distanzierung gegenüber dem Strategiepapier veranlaßt. Das Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sei mit dem Kanzleramt nicht abgestimmt gewesen.<sup>924</sup> – Vermutlich ist es nicht weit hergeholt, davon auszugehen, daß das Strategiepapier sehr wohl mit dem Bundeskanzler abgestimmt gewesen war, zumal auch Wolfgang Schäuble, der zu diesem Zeitpunkt noch als Kohl treu ergeben galt, daran mitgeschrieben hatte. Aus taktischen Gründen mag das Papier nicht durch den Bundeskanzler vorgestellt worden sein, sondern aus der zweiten Reihe, damit der Bundeskanzler sich notfalls davon distanzieren kann, falls es bei den europäischen Nachbarn nicht auf Zustimmung, sondern auf allzu heftige Ablehnung stoßen sollte. Ferner ist davon auszugehen, daß aufgrund der vorherigen deutsch-französischen Spannungen das Kerneuropa-Papier als eine diplomatisch vermittelnde Reaktion zu verstehen ist und dafür, um sich aus Sicht der Bundesregierung nicht zu klein zu machen, die »zweite Reihe« – jedenfalls nicht der Bundeskanzler oder Außenminister – vorgeschickt wurde.

Nachdem die Debatte über die politische Integration Europas ins Stocken geraten war, nahm der Bundesaußenminister der inzwischen rot-grünen Bundesregierung, Joschka Fischer, den Faden wieder auf. In seiner am 12. Mai 2000 an der Humboldt-Universität in Berlin gehaltenen Rede, die in der europäischen Öffentlichkeit viel Beachtung gefundenen hat, erinnerte Fischer gleich zu Beginn an die ursprüngliche Vision einer »Europäischen Föderation«, wie sie von Jean Monnet und Robert Schumann fast genau 50 Jahre zuvor: am Ende des Zweiten

---

<sup>922</sup> Vgl. Todd, a.a.O., S. 249.

<sup>923</sup> Todd, a.a.O., S. 245.

<sup>924</sup> Vgl. Inge Schwammel: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, a.a.O., S. 224.



Weltkrieges einmal als Friedensbekenntnis formuliert worden war. Die europäische Integration sollte die Lösung eines in der Geschichte Europas stets prekär ausgefallenen Gleichgewichts der Mächte Großbritannien, Frankreich, Rußland und Deutschland sein, welches allzu oft und in verheerenden Ausmaßen zu Hegemonialkriegen geführt habe, die in den beiden von Deutschland angezettelten Weltkriegen kulminierten. »Der Kern des Europagedankens nach 1945 war und ist deshalb die Absage an das Prinzip der balance of power, des europäischen Gleichgewichtssystems und des Hegemonialstrebens einzelner Staaten, wie es nach dem Westfälischen Frieden von 1648 entstanden war, durch eine enge Verflechtung ihrer vitalen Interessen und die Übertragung nationalstaatlicher Souveränitätsrechte an supranationale europäische Institutionen.«<sup>925</sup>

Vom Scheitern oder Gelingen der europäischen Integration hatte bereits Helmut Kohl Krieg und Frieden in Europa abhängig gemacht, Fischer sprach lediglich von der überragenden Bedeutung für zukünftige Generationen, ließ aber keinen Zweifel daran, daß er in Europa mehr sehe als bloß eine »bürokratische Veranstaltung einer seelen- und gesichtslosen Eurokratie in Brüssel«, welche er im schlimmsten Falle als Gefahrenpotential einstufen müßte; jedenfalls hätten die Menschen im Falle eines Scheiterns der europäischen Integration »einen fatal hohen Preis zu entrichten«. Fischers Plädoyer für eine europäische Föderation mochte er nicht als Position der Bundesregierung verstanden wissen, die diesbezüglich keine einheitliche Position besäße, er zog sich vielmehr auf seinen Status als einfacher Parlamentarier und als »überzeugter Europäer« zurück, was seiner Rede mehr Emphase und dadurch eine höhere Ausdruckskraft verlieh.<sup>926</sup>

Unmittelbar einsichtig waren Fischers Argumente in Bezug auf die Notwendigkeit, sich über den Handlungsbedarf klar zu werden, der sich aus der anstehenden Ost- und Südosterweiterung der EU in Bezug auf eine strukturelle Reform des politischen Gebäudes Europas ergebe, wolle man nicht, daß die EU aufgrund der faktischen Verdoppelung ihrer Mitgliederzahl handlungsunfähig werde und an Substanz verlöre. – In Fischers Gedanken steckte für Europa auch der gemeinsame Führungsanspruch von Deutschland und Frankreich, auf die es »ganz entscheidend« ankomme, damit der letzte Bauabschnitt der europäischen Integration, die notwendige politische Integration gelinge.

In Maastricht haben sich die EU-Mitgliedstaaten darauf verständigt, einen Kernbereich der »wesentlichen Souveränitäten des modernen Nationalstaats«: die Währung in die ausschließ-

---

<sup>925</sup> Joschka Fischer: »Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration«, Rede am 12. Mai 2000 in der Humboldt-Universität in Berlin. – Zu finden in: Joschka Fischer: Vom Staatenbund zur Föderation, Frankfurt a.M. 2000.

<sup>926</sup> Diese Vorgehensweise hatte bereits Helmut Kohl im deutsch-deutschen Einigungsprozeß vorgemacht, als dieser als »Privatmann« auf einer Reisemaschine das »Zehn-Punkte-Programm« getippt haben will.

liche Verantwortung einer europäischen Institution zu übertragen. Die Einführung des Euro sei nicht nur die »Krönung der wirtschaftlichen Integration«, sondern auch ein »zutiefst politischer Akt« gewesen, weil der Euro die »Macht des Souveräns«, durch den die europäische Währung garantiert werde, symbolisiere. Gleichwohl sei das politische Institutionengefüge des »europäischen Souveräns« noch nicht fertig ausgebildet, woraus sich eben der Handlungsbedarf zur politischen Integration ableite. »Aus der Vergemeinschaft von Wirtschaft und Währung gegenüber den noch fehlenden politischen und demokratischen Strukturen ist ein Spannungsfeld entstanden, das in der EU zu inneren Krisen führen kann, wenn wir nicht die Defizite im Bereich der politischen Integration produktiv aufheben und so den Prozeß der Integration vollenden.«<sup>927</sup> Fischer sieht diese »Finalität der europäischen Integration« im Übergang von dem bisherigen Staatenbund hin zu einer »vollen Parlamentarisierung in einer Europäischen Föderation« – in nichts anderem habe schließlich auch schon die Vision von Robert Schuman vor 50 Jahren bestanden. Mit anderen Worten: Der europäische Souverän: die europäische Bevölkerung benötige ein europäisches Parlament und *eine* Regierung, »die tatsächlich die gesetzgebende und die exekutive Gewalt innerhalb der Föderation ausüben«<sup>928</sup>. Selbstverständlich erfordere diese Europäische Föderation eine politische Verfassung.

Fischer griff mit seinen Ideen Positionen von Jürgen Habermas auf, der sich in seinen politischen Schriften auf den Gedanken eingelassen hat, ob Europa eine Verfassung brauche, bzw. ob es möglich sei, von einer *europäischen Nation* zu sprechen und wie ein solcher kollektive Identitätsrahmen hergestellt werden könnte. Habermas kam darin überein, daß eine europäische Verfassung einen wichtigen Integrationsschub leisten könne, die verschiedenen Öffentlichkeiten in Europa zu einer *europäischen Öffentlichkeit* zu verbinden.<sup>929</sup> In gewisser Hinsicht widersprechen Fischer und Habermas auf ihre je eigene Art einer von Helmuth Plessner gemachten Behauptung: »Die europäische Nation kann die deutsche nicht ersetzen, die europäische Staatenpolitik sich nicht im weltweiten wiederholen.«<sup>930</sup> – Tatsächlich scheinen die gegenwärtigen Prozesse dieser freilich von Plessner nicht weiter begründeten Behauptung ihre Falschheit zu bescheinigen. Zumindest scheint es so, als könnte sich durchaus auf höherer Integrationseinheit der Staatenbildungsprozeß in gewisser Hinsicht wiederholen – vor allem, wenn man den Föderalismus des deutschen Staates zum Maßstab nimmt. Die zu schaffende europäische Nation solle nämlich nach Fischers Vorstellungen keineswegs die vorhan-

---

<sup>927</sup> Joschka Fischer: »Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration«, Rede am 12. Mai 2000 in der Humboldt-Universität in Berlin.

<sup>928</sup> Ebd.

<sup>929</sup> Vgl. Jürgen Habermas: Braucht Europa eine Verfassung?, in ders.: Zeit der Übergänge. Kleine Politische Schriften IX, Frankfurt a.M. 2001, S. 104-129.

<sup>930</sup> Helmuth Plessner: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes (1959), Frankfurt a. Main 1998, S. 26.

denen, geschichtlich gewachsenen nationalen Traditionen und Institutionen ersetzen. »Nur wenn die europäische Integration die Nationalstaaten in eine solche Föderation mitnimmt, wenn deren Institutionen nicht entwertet oder gar verschwinden werden, wird ein solches Projekt trotz aller gewaltigen Schwierigkeiten machbar sein.«<sup>931</sup> Zwischen Europa und den Nationalstaaten solle eine Souveränitätsteilung stattfinden, wie sie in etwa auch zwischen dem deutschen Staat und seinen Bundesländern existiere. »Ein europäisches Parlament muß (...) immer ein Doppeltes repräsentieren: ein Europa der Nationalstaaten und ein Europa der Bürger.«<sup>932</sup> – Über zwei Kammern solle das europäische Parlament verfügen, etwa nach dem Vorbild von Bundesrat und Bundestag. Gleichwohl soll die Rolle der weiterhin bestehenden Nationalstaaten auf europäischer Ebene eine größere und wichtigere Rolle spielen als die Bundesländer in Deutschland.

Offen ließ Fischer in seiner Rede, wie sich der Europäische Rat weiterentwickeln solle, ließ aber keinen Zweifel an der Notwendigkeit der Fortentwicklung. Zwei Optionen böten sich an: Aus dem Europäischen Rat könne entweder eine europäische Regierung entstehen, die sich aus den nationalen Regierungen zusammensetze und die damit die Autorität der bisherigen Kommissionsstruktur ablöse, oder aber den bisherigen Kommissionen könnte ein Präsident mit weitgehenden exekutiven Befugnissen, der direkt von der europäischen Bevölkerung gewählt werden würde, vorgesetzt werden. Im Ergebnis sei das eine »schlanke und zugleich handlungsfähige Europäische Föderation, voll souverän und doch auf selbstbewußten Nationalstaaten als Glieder dieser Föderation beruhend.«<sup>933</sup>

In seiner »persönlichen Zukunftsvision« eines politischen Europas griff Fischer auch das 1994 von Lamers und Schäuble vorgestellte CDU/CSU-Konzept eines »Kerneuropas« auf, welches genauso wie die Vorstellung eines »Vertrages im Vertrag« von Jacques Delors nach Mitteln suchte, den möglicherweise bald stagnierenden Integrationsprozeß vor dem Scheitern zu bewahren. Der entscheidende Fehler des »Kerneuropa«-Konzeptes, abgesehen davon daß das Gründungsmitglied Italien nicht zum »Kern« gezählt wurde, sei seine Exklusivität. Das dahinterliegende Motiv, sich im Einigungsprozeß nicht von den Zögerlichen aufhalten zu lassen, sei aber legitim und richtig. »Wenn angesichts der unabwiesbaren Herausforderungen der Osterweiterung die Alternativen für die EU tatsächlich Erosion oder Integration heißt und wenn das Verharren in einem Staatenverbund Stillstand mit all seinen negativen Folgen bedeuten würde, dann wird, getrieben durch den Druck der Verhältnisse und der von ihnen aus-

---

<sup>931</sup> Joschka Fischer: »Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration«, a.a.O.

<sup>932</sup> Ebd.

<sup>933</sup> Ebd.

gelösten Krisen, die EU innerhalb der nächsten Dekade irgendwann vor der Alternative stehen: Springt eine Mehrheit der Mitgliedstaaten in die volle Integration und einigt sich auf einen europäischen Verfassungsvertrag zur Gründung einer Europäischen Föderation? Oder, wenn dies nicht geschieht, wird eine kleinere Gruppe von Mitgliedstaaten als Avantgarde diesen Weg vorausgehen (...)»?<sup>934</sup> Fischer nannte diese Avantgarde in Abgrenzung zum »Kerneuropa« ein »Gravitationszentrum«, welches aber auch mehr sei als ein »Vertrag im Vertrag«. Das Gravitationszentrum werde von den Staaten gebildet, »die aus tiefer europäischer Überzeugung heraus bereit und in der Lage sind, mit der politischen Integration voranzuschreiten«. <sup>935</sup> Unmißverständlich wies Fischer schließlich wiederum auf den deutsch-französischen Führungsanspruch hin; ohne die Zusammenarbeit beider Staaten, die in jedem Fall zum Gravitationszentrum gehörten, »wird auch künftig kein europäisches Projekt gelingen«.

In zwei bis drei Stufen konnte sich Fischer den weiteren Weg vorstellen. Als erstes müßte die Zusammenarbeit derer, die im Sinne einer Föderation enger zusammenrücken wollten, ausgebaut werden. Engere Zusammenarbeit böte sich etwa auf den Gebieten der Wirtschaft (wirtschaftspolitische Union), Verbrechensbekämpfung, Asyl- und Einwandererpolitik aber vor allem bei der Außen- und Sicherheitspolitik an. Die Bildung eines Gravitationszentrums könnte einen Zwischenschritt ausmachen. »Eine solche Staatengruppe würde einen neuen europäischen Grundvertrag schließen, den Nukleus einer Verfassung der Föderation. Und auf Basis dieses Grundvertrages würde sie sich eigene Institutionen geben, eine Regierung, die innerhalb der EU in möglichst vielen Fragen (...) mit einer Stimme sprechen sollte, ein starkes Parlament, einen direkt gewählten Präsidenten.«<sup>936</sup> Dieses als Avantgarde verstandene Gravitationszentrum, welches bereits juristisch und politisch seine endgültige Form erhalten habe, solle dann die »Lokomotive für die Vollendung der politischen Integration« sein, d.h. die bisher draußen gebliebenen EU-Staaten dazu einladen, hineinzukommen – nach den bereits festgesteckten Bedingungen. Das Gravitationszentrum müsse Heranführungsmöglichkeiten anbieten, dürfe nicht exklusiv, sondern müsse offen, d.h. integrativ sein. Dieser letzte Schritt, mit welchem die europäische Peripherie ins Zentrum geholt werden würde, sei schließlich die Vollendung der Integration in einer Europäischen Föderation.

Die Reaktionen auf Fischers persönliche Vision einer europäischen Föderation sind ganz unterschiedlich gewesen, wenn sich auch resümierend feststellen läßt, daß Fischers Rede ein weitgehend positives Echo erbracht hat, obwohl die vertretenen Positionen gar nicht so weit von denen des Kerneuropa-Papiers entfernt, allenfalls geschmeidiger formuliert waren. Der

---

<sup>934</sup> Ebd.

<sup>935</sup> Ebd.

<sup>936</sup> Ebd.

französische Präsident, Jacques Chirac, freute sich öffentlich über die in der Rede interessanten Gedankenanstöße, auch wenn er manchem aus französischer Sicht nicht zustimmen könne. Die französische Präferenz liege auf einer gouvernementalen Ausrichtung der europäischen Strukturen, wie schließlich auch der zentralistische französische Staat auf diese Weise geschichtlich gewachsen ist. Auch die englische Regierung habe ein Problem mit dem typisch deutsch anmutenden Föderalismusbegriff,<sup>937</sup> verberge sich doch darin die gescheiterte nationalstaatliche Einigung Deutschlands 1848/49. Der französische Innenminister Jean-Pierre Chevènement bezeichnete diesen Zusammenhang in seiner Reaktion auf Fischers Rede sinngemäß als »Deutschlands Flucht vor sich selbst in die europäische Einigung«. Deutschland habe sich »noch nicht von der Entgleisung erholt, die der Nationalsozialismus in seiner Geschichte dargestellt hat«, es »träumt noch immer vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation«. In einem Streitgespräch, das von den Zeitungen *Le monde* und *Die Zeit* organisiert wurde,<sup>938</sup> trafen schließlich Fischer und Chevènement aufeinander.

Der Vergleich Europas mit dem Heiligen Römischen Reich sei von Chevènement bloß eine Überspitzung gewesen, anhand derer er aber etwas verdeutlichen wollte: Deutschland neige zur Flucht ins Postnationale, weil es die Nation aufgrund seiner Vergangenheit verfluche. Fischers Vision von einer Föderation von selbstbewußten Nationalstaaten erinnere ihn an das Heilige Römische Reich, das kein wirkliches Zentrum besessen habe. Die Nation habe aber für den *Souveränisten* Chevènement einen hohen Stellenwert,<sup>939</sup> denn sie sei der stabilste Rahmen, »ein gewisses Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit« und demokratische Gestaltungsmöglichkeit der Bürger zu gewährleisten. Europa jedenfalls besitze dafür noch keine einheitliche Öffentlichkeit, die unentbehrliche Voraussetzung für die Schaffung eines *europäischen Volkes* sei.<sup>940</sup> »Ich stelle aber fest, daß es heute nicht ein europäisches Volk gibt. Die

---

<sup>937</sup> Widerstände gegen den Begriff der Föderation sind der unterschiedlichen Geschichte politischer Kultur geschuldet. – Chevènement: »Europa ist keine Föderation und keine Konföderation. Es ist ein Ding, für das die Juristen keinen Namen haben. Es ähnelt nicht einmal dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation.« – Fischer: »Wir haben alles versucht, um ein neutrales deutsches Wort zu finden anstatt ›Föderation‹. Wenn man es übersetzt, kommt am Ende immer wieder *fédération* oder *federation* heraus. So daß wir am Ende aufgegeben und gesagt haben, daß dies das Wort ist.« – Streitgespräch Joschka Fischer contra Jean-Pierre Chevènement, in: *Die Zeit* 26/2000. – In dem »Maastricht-Urteil« aus dem Jahre 1993 unternahm das Bundesverfassungsgericht eine eigene Definition der EU. Der Unions-Vertrag begründet einen »Verbund demokratischer Staaten«, »keinen sich auf ein europäisches Staatsvolk stützenden Staat«. Wenn der europäische Staatenverbund »hoheitliche Aufgaben« wahrnimmt oder »hoheitliche Befugnisse« ausübt, »sind es zuvörderst die Staatsvölker der Mitgliedstaaten, die dies über die nationalen Parlamente demokratisch zu legitimieren haben«. – Zum Streit um den Föderalismus-Begriff siehe Frank Niess: »Das ›F-Wort‹«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, September 2000, S. 1105-1115.

<sup>938</sup> Siehe *Die Zeit* 26/2000.

<sup>939</sup> »Ich bin davon überzeugt, daß alle Macht vom Volke ausgeht. Das Volk ist der Souverän.« – Jean-Pierre Chevènement, in: *Die Zeit* 26/2000.

<sup>940</sup> »Eine funktionierende Demokratie braucht einen Ort, an dem sie öffentliche Debatten führen kann. Wenn es diesen Ort nicht gibt, dann haben wir auch nur die Illusion eines Parlaments. Einen Schleier, hinter dem sich die Macht der Oligarchen verbirgt. Europa funktioniert heute zu sehr in Netzwerken. Die Kontrolle durch die Bürger

europäische Staatsangehörigkeit ist (...) ein Witz. Dazu brauchen wir erst eine europäische Öffentlichkeit, einen gemeinsamen Raum, in dem über europäische Fragen debattiert wird.«<sup>941</sup> – Fischer hielt dagegen, daß eine europäische Öffentlichkeit auch demokratisch legitimiert sein muß, was wiederum die Existenz von entsprechenden Institutionen voraussetze.<sup>942</sup>

Chevènement machte schließlich eine Differenz zwischen den Positionen Fischers und Jürgen Habermas auf, die Fischer aber nicht wahrhaben mochte. Habermas habe mit seinem *Verfassungspatriotismus* einen völlig abgehobenen Nationalbegriff, der aus der Geschichte und vom empirischen Staat gelöst sei, konkretisierte Chevènement, während Fischer erkannt habe, daß die empirische Nation »ein unentbehrlicher Rahmen der demokratischen Auseinandersetzung« sei. Innerhalb dieser nationalen Öffentlichkeit müsse Europa diskutiert werden, diese Öffentlichkeiten müßten zusammengehen zu einer *europäischen Öffentlichkeit*. Dort gelte es, europäische Visionen in Einklang zu bringen, um dann erst die nötigen europäischen Institutionen zu schaffen, die sich aus den Debatten gleichsam von selbst ergeben würden. »Man kann nicht Institutionen schaffen, bevor man darüber geredet hat. Die Debatte muß vor den Institutionen kommen.« – Fischer war anderer Ansicht. Als »Dialektiker« hielt er diese idealistische Nachgeordnetheit für unmöglich, jedenfalls nicht für sinnvoll.

Eine Revolution gegen Brüssel schlug Fischer vor. Chevènement war einverstanden, aber als den eigentlichen Gegner sah er nicht das bürokratische Ungetüm Brüssel, sondern eine »wilde Globalisierung«, vor der der souveräne Nationalstaat einmal Schutz gewährte, zu welchem das Europa von Brüssel (noch) nicht und der heutige Nationalstaat nicht (mehr) imstande sei, weil er weitreichende Kompetenzbereiche an Brüssel abgegeben habe. Die »wilde Globalisierung« verbindet Chevènement mit den USA,<sup>943</sup> deren Einfluß er gerne aus Europa zurückgedrängt sähe. »Wir Europäer müssen lernen, die Vereinigten Staaten als Partner zu begreifen und nicht als Beschützer. Sonst besteht die Gefahr, daß wir eine schlecht durchdachte europäische Föderation schaffen, in der die Vereinigten Staaten der eigentliche Förderator sind.« –

---

funktioniert nicht. Nicht in Europa, sondern innerhalb der Nationen werden die Debatten lebhaft und aufrichtig geführt. Grundsätzliche demokratische Entscheidungen von Gesellschaften werden heute im Rahmen der Nation getroffen. Auf europäischer Ebene müssen wir erst noch den Raum schaffen, in dem wir uns gemeinsam auf die Grundrichtungen einigen können. Das ist unsere Aufgabe.« – Jean-Pierre Chevènement, a.a.O.

<sup>941</sup> Streitgespräch Joschka Fischer contra Jean-Pierre Chevènement, a.a.O.

<sup>942</sup> Man sieht an diesem Streit ganz deutlich die Differenz im Begriff der Öffentlichkeit. Im französischen Verständnis ist diese mehr ein nicht-staatliches Gebilde, welches sich aus den freien Impulsen der Bürger als Citoyens zusammensetzt, während aus deutscher Sicht damit eine mehr korporative, quasi staatliche Institution verbunden wird – administrativ, weil in der Geschichte der deutsche Staat nicht das Ergebnis einer Bürgerrevolution, sondern einer Reform von oben gewesen ist. Nicht zuletzt deswegen wird in Deutschland die Gesamtheit der Medien auch als »Vierte Gewalt« bezeichnet.

<sup>943</sup> »Was aus Amerika auf uns zukommt und was unsere geopolitischen Vorhaben sein können. Diese politische Debatte muß erst intensiv geführt werden.« – Jean-Pierre Chevènement, in: *Die Zeit* 26/2000.

Oder Europa ein »amerikanischer Vorort«.<sup>944</sup> Chevènement sah demnach die Hauptaufgabe der europäischen Integration in der Selbstbehauptung Europas gegen die USA, d.h. gegen die »wilde Globalisierung«. Fischer argumentierte dagegen aus der spezifischen Sicht Deutschlands, welches wie auch Europa durch die USA von den Nationalsozialisten befreit wurde. Dennoch möchte auch Fischer ein starkes Europa den USA als Partner zur Seite stellen, weil er der Meinung ist, »daß die Amerikaner einen starken Partner brauchen – in ihrem eigenen Interesse«. Ein schwaches Europa wäre jedenfalls die größte Gefahr für den Transatlantismus: »Ich bin der festen Überzeugung, daß es einen engen Zusammenhang zwischen einem starken, vollendeten, politisch handlungsfähigen Europa und der Zukunft der transatlantischen Partnerschaft gibt, die dann freilich definiert werden wird.«

Chevènement hatte sich ungehobelt und Fischer diplomatisch ausgedrückt – im wesentlichen schienen sie aber in diesem Punkt einer Ansicht zu sein. Während Fischer jedoch das Gewicht auf notwendige strukturelle Reformen legte, konzentrierte sich Chevènement freilich auf Machtpolitik: »Wir brauchen ein soziales oder geopolitisches Projekt. Zum Beispiel: Rußland an das europäische Schicksal ankoppeln. (...) Wenn Rußland nicht stabil ist, wird Europa immer von Instabilität bedroht sein.« – Ein handlungsfähiges Europa wäre auch in Fischers Sinne, allein es benötigte dazu eine noch zu schaffende Institution der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

### *Die Krise der Integration und die Debatte um eine Europäische Verfassung*

Joschka Fischer hatte mit seiner Rede an der Humboldt-Universität zu Berlin den Versuch unternommen, die ins Stocken geratene Europa-Debatte wieder in Bewegung zu bringen. Eingeschlafen war die Debatte aufgrund einer strukturellen Erweiterungs- und Vertiefungskrise der europäischen Integration,<sup>945</sup> deren wesentliches Merkmal Jürgen Habermas als das Mißverhältnis zwischen dem Schwergewicht der ökonomischen Integration und dem Fliegengewicht der politischen Vertiefung der EU kennzeichnet, woraus sich zusätzlich ein eklatantes demokratisches Defizit der Brüsseler EU-Institutionen ableitet.<sup>946</sup> Fischers zentrale Frage richtete sich auf das Problem, wie zwischen einem *Europa der Staaten* und einem *Europa der*

---

<sup>944</sup> Die Krux besteht gerade darin, daß die USA ebenso der »eigentliche Förderator« wären, wenn es darum geht, diese im Zuge und vermöge der europäischen Integration aus Europa herauszudrängen.

<sup>945</sup> Siehe Georg Vobruba: »Die Erweiterungskrise der Europäischen Union«, in: *Leviathan*, 28. Jg., 2000, S. 477-496.

<sup>946</sup> Vgl. Jürgen Habermas: Braucht Europa eine Verfassung?, in ders.: *Zeit der Übergänge*, Frankfurt a.M. 2001, S. 104-129; S. 114. – Habermas' Vortrag ist als eine Antwort auf von Fischer eingeleitete Europa-Debatte zu verstehen. Eine gekürzte Version seines Vortrages erschien in der *Zeit* vom 28. Juni 2001.

*Bürger* vermittelt werden könne. Auf diese Fragestellung reagierten der französische Staatspräsident Jacques Chirac, EU-Kommissionspräsident Romano Prodi, Bundespräsident Johannes Rau, Bundeskanzler Gerhard Schröder und der französische Premierminister Lionel Jospin mit jeweils eigenen Debattenbeiträgen.

Von Interesse sollen an dieser Stelle nur die »deutschen Vorstellungen« von Fischer, Rau und Schröder sein.<sup>947</sup> Fischer plädierte für ein europäisches Parlament mit zwei Kammern, dessen erste mit Abgeordneten besetzt werden soll, die gleichzeitig Mitglieder der nationalen Parlamente sind, und dessen zweite Kammer nach dem Senatsmodell aus direkt gewählten Senatoren aus den Mitgliedstaaten bestehen soll oder aus einer Staatenkammer gemäß des Bundesratsmodells. Der europäische Rat müsse nach Fischers Vorstellung zu einer europäischen Regierung weiterentwickelt werden und aus Vertretern der nationalen Regierungen bestehen; oder aber die bestehende Kommission werde beibehalten, dann aber sollte der Kommissionspräsident mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet und direkt gewählt werden. – Rau stimmte dem Ausbau des EU-Parlaments und des Europäischen Rats zu einem Zweikammer-Parlament zu, wobei der EU-Rat nach dem Modell des Bundesrats eine Staatenkammer und das EU-Parlament eine Bürgerkammer mit erweiterten Rechten und Befugnissen sein sollten. Beide Kammern könnten den Kommissionspräsidenten wählen. – Schröder wiederum plädierte wie Rau für die Umwandlung des EU-Rats zur Staatenkammer. Das EU-Parlament solle ferner die volle Budget-Hoheit bekommen, aber im Gegenzuge sollten bestimmte Aufgabenfelder, z.B. die Agrar- und Strukturpolitik, die von den nationalen Regierungen sachgerechter gelöst werden könnten, wieder zurückverlagert werden.

Die Reaktionen auf die konkreten »Europa-Visionen«, insbesondere auf die von Schröder, waren beachtlich. *Der Spiegel* kommentierte: »In Europa muß sich fortan jeder Staatsmann an des Kanzlers Thesen messen lassen.«<sup>948</sup> Das Straßburger Parlament applaudierte Schröder quer durch alle Parteien, wären sie doch die hauptsächlichen Nutznießer seiner Reformvorstellungen geworden. Der französischen Regierung, etwa dem Europaminister Pierre Mascovici, waren dagegen die europäischen »Visionen« allesamt zu deutsch. – Als nüchternes Resümee hält Habermas fest: »Es besteht Konsens darüber, daß die historisch gewachsenen Nationalstaaten eine wesentlich stärkere Stellung behalten müssen, als die konstitutiven Bestandteile eines Bundesstaates normalerweise haben.«<sup>949</sup> Einig war man sich auch darin, daß das

---

<sup>947</sup> Vgl. *Der Spiegel* 19/2001, S. 23.

<sup>948</sup> *Der Spiegel* 19/2001, S. 22. – Da jedoch sowohl in Deutschland wie auch in Frankreich wichtige Wahlen anstanden, konnte davon ausgegangen werden, daß keine schnelle Einigung oder Konkretisierung der europäischen Konzepte zu realisieren wären.

<sup>949</sup> Jürgen Habermas: Braucht Europa eine Verfassung?, a.a.O., S. 126. – Habermas schlägt vor, die EU möge sich am Schweizer Modell orientieren. Im Art. 3 der Schweizer Bundesverfassung heißt es: »Die Kantone sind



Ungetüm Brüsseler Bürokratie abgebaut werden müsse. Darüber hinaus war es jedoch zunächst weder durch die Debatte noch auf der nachfolgenden EU-Konferenz in Nizza im Dezember 2000 möglich, die Reformkrise der EU zu lösen.

Für die Krise der europäischen Integration machte Habermas ein Nachlassen älterer Motivationen verantwortlich. »Die stärkste, bis in die Generation von Helmut Kohl mächtigste Antriebskraft war der Wunsch, der Geschichte der blutigen Kriege in Europa ein Ende zu setzen. Ein weiteres, übrigens auch von Adenauer geteiltes Motiv war eine Einbindung Deutschlands, die das historisch begründete Mißtrauen gegenüber der politisch ungefestigten, aber wirtschaftlich bald wieder erstarkten Nation in der Mitte Europas besänftigen sollte.«<sup>950</sup> Beide Motive sind mittlerweile am Verblässen, zumal nach Helmut Kohl eine durch *spätere Geburt* begnadete Generation, die 68er, die Bundesregierung stellt und im Inland wie im Ausland wohlwollend von einem im Westen fest verankerten Deutschland gesprochen wird, das seit 1945 auf eine mittlerweile über 50-jährige demokratische Tradition zurückblicken könne und deshalb sich als ein zuverlässiger Partner und westlicher Verbündeter erwiesen habe.

Ein drittes Motiv, das seit der Kohle- und Stahlgemeinschaft von 1951 sowie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom von 1958 anfangs mindestens genauso eindringlichen Ausschlag für die EU-Integration gegeben hatte, scheint sich gegenüber dem Verblässen der ersten beiden Motivationen zu behaupten: das ökonomische Interesse, welches aus der Zusammenlegung der nationalen Märkte einen europäischen Binnenmarkt gemacht hat. Mit der Währungsunion (Einführung des Euro) ist dieser Prozeß der finanzpolitischen Integration abgeschlossen worden.<sup>951</sup> Seitdem empfindet sich die EU als Wirtschaftsmacht konkurrenzfähig zu den USA. Um gegen diese Konkurrenz aber adäquat bestehen zu können, benötige es nicht nur einer Wirtschafts-EU, sondern weiterer Integrationsschritte in politischer (EPZ) und militärischer Hinsicht (ESVP/GASP). Ganz offen wird dies freilich nicht ausgesprochen; verklausuliert ist lediglich von einem *Gesellschaftsmodell* die Rede, das gegen die (amerikanische) *Globalisierung* verteidigt werden müsse: »Bis vor kurzem konzentrierten sich die Anstrengungen der Union auf die Schaffung der Währungs- und Wirtschaftsunion (...). Heute bedarf es aber einer weiter reichenden Perspektive, andernfalls wird Europa zu einem bloßen

---

souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung eingeschränkt ist; sie üben alle Rechte aus, die nicht dem Bund übertragen sind.« – Vgl. Habermas, a.a.O., S. 126, Fn. 27. – Genau dieses Modell hat letztendlich in dem vom EU-Konvent im Juli 2003 vorgeschlagenen »Vertrag über eine Verfassung für Europa« (Entwurf) Berücksichtigung gefunden: »Nach dem Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung wird die Union innerhalb der Grenzen der Zuständigkeiten tätig, die die Mitgliedstaaten ihr in der Verfassung zur Verwirklichung der darin niedergelegten Ziele zugewiesen haben. Alle der Union nicht in der Verfassung zugewiesenen Zuständigkeiten verbleiben bei den Mitgliedstaaten.« – Siehe Art. 9, Abs. 2 des Verfassungsentwurfs.

<sup>950</sup> Habermas, a.a.O., S. 106.

<sup>951</sup> Vgl. Habermas, a.a.O., S. 107.

Markt verkommen und in der Globalisierung aufgeweicht. Denn Europa ist viel mehr als ein Markt. Es steht für ein Gesellschaftsmodell, das geschichtlich gewachsen ist (...).<sup>952</sup>

Dieses historisch gewachsene *europäische* Gesellschaftsmodell stehe allerdings, so Habermas, auf wackligen Füßen, würde es zusehends allein aus ökonomischen Motiven vorangetrieben. »Als politisches Gemeinwesen kann sich Europa im Bewußtsein seiner Bürger nicht allein in Gestalt des Euro fortsetzen. Der intergouvernementalen Vereinbarung von Maastricht fehlt jene Kraft zur symbolischen Verdichtung, die nur ein politischer Gründungsakt haben kann.«<sup>953</sup> Ökonomische Effizienz sei nur ein Legitimationskriterium unter vielen und nicht einmal das wichtigste.<sup>954</sup> Neue Verfassungen seien in der Vergangenheit stets die adäquaten Reaktionen auf Krisensituationen gewesen.<sup>955</sup>

Die Krise, mit der es die EU zu tun hatte, war allerdings von einer besonderen Qualität, weil die (Un-)Möglichkeit, auf diese Krise mit einer Verfassung zu antworten und damit die Krise zu lösen, das eigentliche Krisenmoment darstellt. Die Krise ist nämlich eine »Vertiefungskrise«, berührt den Integrationsprozeß im entscheidenden Schritt: Die Nationalstaaten haben Schwierigkeiten, ihre Souveränitätsrechte freiwillig an die EU abzugeben. – Insbesondere in den osteuropäischen Ländern, vor allem in Polen, ist das ganz deutlich zu erkennen und gleichermaßen verständlich, denn diese haben ihre nationalstaatlichen Souveränitätsrechte erst im Zuge der Auflösung der bipolaren Welt zurückerlangt. Was die Zurückerlangung von nationalstaatlicher Souveränität anbelangt, trifft dies zwar auch auf den gesamtdeutschen Staat zu, dessen Souveränitäten in beiden deutschen Teilstaaten bis 1989 eingeschränkt gewesen waren und erst mit der deutschen Einheit in einer vollen, gesamtdeutschen Souveränität mündeten.

---

<sup>952</sup> Lionel Jospin: »Europa schaffen, ohne Frankreich abzuschaffen, ist mein Kredo«, *FR* vom 5. Juni 2001. – Siehe z.B. auch Egon Bahr: »Die Identität Europas, die in dem Begriff ›Mensch und Markt‹ zusammengefaßt werden könnte, ist eben nicht deckungsgleich mit dem Selbstverständnis Amerikas.« – Egon Bahr: *Deutsche Interessen – Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik*, München 1998. – Gleichwohl ist das »Mutterland des Neoliberalismus« (Chicago-School) zugleich auch das »Mutterland des Protektionismus« – Siehe Edelbert Richter: »Mutterland des Protektionismus«, in: *Ossietzky* 1/2004, ><http://sopos.org/aufsaeetze/4006da9f0b5e7/1.phtml><.

<sup>953</sup> Jürgen Habermas: *Braucht Europa eine Verfassung?*, a.a.O., S. 105.

<sup>954</sup> Dagegen schreibt Ulrich K. Preuß: »Ökonomische Effizienz ist, wie zuletzt die Geschichte der Währungsunion gelehrt hat, bis auf den heutigen Tag der entscheidende Integrationshebel gewesen; sollte der versagen, so würde mit Gewißheit der Einigungsprozeß zum Stillstand kommen und darüber hinaus wahrscheinlich selbst der erreichte *aquis communautaire* gefährdet. Auch wenn die Gemeinschaft ihren Charakter als Zweckverband bereits weit hinter sich gelassen hat, wird doch der Grad der Integration in hohem Maße von ihrer Fähigkeit abhängen, die in Art. 2 EVG niedergelegten, überwiegend wirtschaftlich definierten Ziele der Gemeinschaft zu erreichen. Gerade weil die Gemeinschaft ein freiwilliger Zusammenschluß von Staaten und den ihnen politisch organisierten Völkern ist, steht ihre Legitimität unter einem viel höheren Leistungs- und Erwartungsdruck als diese Staaten selbst. Insofern steht also die Legitimation durch Effizienz durchaus gleichberechtigt neben der durch Zustimmung – es handelt sich um zwei verschiedene Säulen eines europäischen Konsenses.« – Ulrich K. Preuß: »Auf der Suche nach Europas Verfassung. Europa hat noch keine Verfassung«, in: *Transit. Europäische Revue*, 17/1999, S. 154-174; S. 166.

<sup>955</sup> Vgl. Jürgen Habermas: *Braucht Europa eine Verfassung?*, a.a.O., S. 108.

Für Habermas befand sich dieses Deutschland in einer intern und extern akzeptierten *postnationalen Konstellation*, die nach seinen Vorstellungen zum europäischen Maßstab hätte werden können. – Das aber hätte bedeutet, aus dem »gefallenen Engel«, der dann mehrere Jahrzehnte gefesselt wurde, um keine weiteren Bössigkeiten zu begehen, einen avantgardistischen Adler zu machen, der allen europäischen Staaten voran fliegt und die Richtung der Integration angibt. Für den deutschen Normalisierungsprozeß hätte dies eine komplette Umkehrung der politischen Vorzeichen bedeutet: nicht der deutsche Staat hätte einen Drang verspürt, sich zu normalisieren, sondern wäre als *Normalisierer* seiner europäischen Nachbarn aufgetreten, hätte den Drang zur Anpassung an diese weitergegeben. Die *postnationale Konstellation* als Maßstab einer neuen *Normalität*, nach dem sich Frankreich, Großbritannien, Spanien, Italien und all die anderen zu normalisieren hätten. – Daß dieses freilich anmaßend erscheinende Konzept nicht aufgegangen ist, versteht sich von selbst – so sehr man es sich aus einer nationalkritischen Einstellung heraus auch gewünscht haben mag.<sup>956</sup>

Anmaßend wäre es deshalb gewesen, weil eine postnationale Konstellation als *europäische Identität*<sup>957</sup> von Habermas aus dem »nationalistische[n] Exzeß« moralisch abgeleitet wird, der zu jenem »moralischen Abgrund« (Auschwitz) geführt hat, welcher doch allein von Deutschen zu verantworten ist. »Die Erinnerung an den moralischen Abgrund, in den uns der nationalistische Exzeß geführt hat, verleiht unserem heutigen Engagement den Stellenwert einer Errungenschaft. Dieser historische Hintergrund könnte den Übergang zu einer postnationalen Demokratie ebnen, die auf der gegenseitigen Anerkennung der Differenzen zwischen stolzen Nationalkulturen beruht.«<sup>958</sup> Den Bevölkerungen der EU-Mitgliedstaaten würde damit eine *Identität* aufgenötigt werden, der die kollektive und auch die individuelle historische Erinnerung als allgemeines Postulat im Wege steht.

Bei Habermas ist eine Tendenz zur Europäisierung von Auschwitz erkennbar. – Das wäre einerseits richtig, solange es auf den Umstand zielt, daß Auschwitz auch ein Phänomen der (kapitalistischen) Moderne ist.<sup>959</sup> – Aber es ist vor allem ein deutsches Phänomen – nicht im anthropologischen, sondern im spezifisch historischen Sinne.<sup>960</sup> Ein aus der notwendigen Erinnerung von Auschwitz abgeleiteter Abwehrreflex der Opfer gegen die Täter, durch den Entzweiung einer mehr schlecht als recht zu konstruierenden *europäischen Identität* stets drohte, jedenfalls zu einer nur prekären Identität führen würde und die *Wunde Auschwitz* verschämt

---

<sup>956</sup> Niemals wieder darf beansprucht werden, daß am deutschen Wesen die Welt genese.

<sup>957</sup> Zur Debatte über die Schaffung einer »europäischen Identität« siehe: Reinhold Viehhoff / Rien T. Segers (Hg.): Kultur, Identität, Europa, Frankfurt a.M. 1999.

<sup>958</sup> Jürgen Habermas: Braucht Europa eine Verfassung?, a.a.O., S. 124.

<sup>959</sup> Vgl. Max Horkheimer / Th. W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente (1944), Frankfurt a.M. 1969.

<sup>960</sup> Siehe Helmuth Plessner: Die verspätete Nation, a.a.O.

zur Schau trüge, wäre mehr als verständlich. – Zumindest solange, wie Nation und Kapitalismus als die beiden abstrakten Verhältnisgrößen, die Auschwitz möglich gemacht haben, weiterhin Bezugsgrößen der Moderne bleiben und damit die Voraussetzungen, die einmal zu Auschwitz geführt haben und eine Wiederholung mithin nicht unwahrscheinlicher machen, nicht aus der Welt geschaffen sind.

Auf einen anderen (konservativen) Weg zur Schaffung einer stabilen kollektiven Identität wies bereits Ernest Renan hin: Damit kollektive Identitäten nicht so leicht entzweibar sind, dürfe es nicht möglich werden, das Staatsvolk in Täter und Opfer eines bereits vergangenen Konfliktes zu differenzieren. Renan benannte das *Vergessen* dafür als die wichtigste Voraussetzung. Das Vergessen der Bartholomäusnacht für jeden Franzosen sei z.B. Voraussetzung dafür gewesen, daß die kollektive Identität der französischen Staatsbürgerschaft nicht an dem vergangenen Religionskrieg zerbröselt und die alte Wunde wieder zu klaffen beginnt.<sup>961</sup> – Wäre das auf Auschwitz übertragbar? Auschwitz als noch andauernde Integrationshürde? Zielt *vergangenheitspolitische Normalisierung* auf das Vergessen oder besser: auf das Gleichgültigwerden von Auschwitz?<sup>962</sup> – Meinungsforschungsinstitute, die zu dem Thema periodische Umfragen organisieren, attestieren zum einen zunehmende Vergeßlichkeit, zum anderen zunehmende Gleichgültigkeit, aber vor allem einen stärker werdenden Abwehrreflex gegen die kollektive Inhaftnahme in Bezug auf historische Schuld. Als *normal* sollte dies nicht in Anspruch genommen werden dürfen.<sup>963</sup>

Habermas will zu Recht Auschwitz nicht der Vergessenheit oder Gleichgültigkeit preisgeben. Er verlangt eine *gebrochene Identität*, die auf die Erfahrungen von Auschwitz reflektiert hat und daraus postnationale Konsequenzen ableitet; – er verlangt es aber nicht nur für die deutsche Öffentlichkeit, sondern für ganz Europa. Wenn sich Habermas aber nur auf eine der beiden wesentlichen Relevanzgrößen (Nationalismus und politische Ökonomie) bezieht, die zum

---

<sup>961</sup> Vgl. Ernest Renan: Was ist eine Nation? Vortrag in der Sorbonne vom 11. März 1882, aus dem Französischen von Henning Ritter, veröffentlicht in: Michael Jeismann / Henning Ritter: Grenzfälle – Über neuen und alten Nationalismus, Leipzig 1993.

<sup>962</sup> Schon für den nationalen Rahmen plädierte der Historiker (!) Christian Meier 1996 für das Vergessen von Verbrechen des Dritten Reiches zur Bewahrung der nationalen Identität und stimmte auch der Annahme Hermann Lübbes zu, wonach die Entstehung und Festigung von demokratischen Strukturen in der jungen Bundesrepublik auf das Vergessen angewiesen sei. – Vgl. Christian Meier: Erinnern – Verdrängen – Vergessen, in: *Merkur* H. 9/10/1996, S. 945. – Vgl. Hermann Lübbe: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 236, 1983, S. 579-599. – Joachim Perels weist auf die »nahezu konträre Argumentation« von Christian Meier zehn Jahre zuvor im Historikerstreit hin. – Vgl. Joachim Perels: Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitlerregime, Hannover 2004, S. 34, Fn. 74.

<sup>963</sup> »Ein Vergessen zentraler Verbrechen des Dritten Reiches (...) hat mit der Herstellung eines wirklichen Friedens, aber auch mit Rache nichts zu tun. Denn der Friede wird gerade dadurch zerstört, daß die Erinnerung an die Opfer ganz im Sinne der Täter ausgelöscht wird. Dabei ist die Erinnerung an die Gepeinigten das Einzige, das die Nachgeborenen von den Getöteten bewahren können.« – Perels, a.a.O., S. 34f. – Siehe auch Joachim Perels: Wider die »Normalisierung« des Nationalsozialismus. Interventionen gegen die Verdrängung, Hannover 1996.

»moralischen Abgrund« geführt haben, ist es nicht einsichtig, warum Länder wie Frankreich und England, die auf eine weniger abgrundtiefe Geschichte ihrer Nationalstaaten zurückblicken können und zuweilen aus sich heraus gesellschaftspolitische Prozesse hervorgebracht haben, die für ganz Europa und darüber hinaus zu einem zivilisatorischen Fortschritt für die Menschheit geworden sind, sich der postnationalen Konstellation zuwenden sollten. – Die *Europäisierung von Auschwitz* überzeugt erst dann, wenn zur postnationalen eine *postkapitalistische Konstellation* hinzukäme, d.h. auch antikapitalistische Konsequenzen allgemein aus Auschwitz gezogen würden.<sup>964</sup>

Die EU-Mitgliedstaaten befinden sich nicht wirklich auf dem Weg in eine postnationale Konstellation. Das integrierte Europa ist kein Staat, Bundesstaat, auch kein Staatenbund. Was ist das EU-Europa aber dann?<sup>965</sup> Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat als Antwort auf die Klage eines deutschen Staatsbürgers gegen den Maastrichter-Vertrag die EU als einen Staatenverbund definiert,<sup>966</sup> damit aber nur unzureichend erklärt, was im rechtspolitischen Sinne die Identität Europas ausmache. Freilich wäre es auch nicht die Aufgabe des BVerfGE gewesen, eine solche verbindliche Begriffsbestimmung vorzunehmen. Unumstritten benötigt die Europäische Union eine politische Identität, um den Integrationsprozeß abschließen zu können. Claus Offe charakterisiert das Verhältnis, welches in der EU die souveränen Nationalstaaten zueinander eingegangen sind, als einen *friedlichen Naturzustand*.<sup>967</sup> Gemäß der Naturrechts-Philosophie wäre dies ein Widerspruch *in re*, weil der Naturzustand alles andere als friedlich ist. Allenfalls könnte damit ein Zustand des Waffenstillstandes oder der friedlichen Koexistenz gemeint sein, der jedenfalls keinen dauerhaften Frieden untereinander gewährleisten kann. Der *Naturzustand* ist der *bellum omnium contra omnes*,<sup>968</sup> von dem Hegel in Bezug auf das Innenleben eines Staates schreibt, man könne nichts über ihn aussagen als bloß, daß man so schnell wie möglich aus ihm heraustreten müsse.<sup>969</sup> Hegel mochte jedoch anders als Kant, der über den *ewigen Frieden* philosophierte und damit den Völkerbund, bzw. auch die Euro-

---

<sup>964</sup> Damit wäre freilich ausgesagt, daß Auschwitz nicht nur vom deutschen, sondern prinzipiell von jedem anderen in der Moderne fortgeschrittenen Staat auf der Welt hätte begangen werden können. Die deutschen Nationalsozialisten sind keine *natürlichen*, allenfalls *naturwüchsige* Ungeheuer gewesen; die historische Konstellation eines *verspäteten* und dann gescheiterten Nationalstaatsbildungsprozesses im Zusammenhang der kapitalistischen Industrialisierung hatte Deutschland in eine *moderne Barbarei* geführt.

<sup>965</sup> Hinsichtlich der in Frage kommenden föderalen Optionen, die Europa zur Verfügung stehen, siehe Douglas V. Verney: »Modelle für ein föderales Europa«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2001, S. 565-573.

<sup>966</sup> Siehe BVerfGE-Urteil zu Maastricht Im Jahre 1993.

<sup>967</sup> Claus Offe: »Kann es eine europäische Gesellschaft geben?«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, April 2001, S. 423-435.

<sup>968</sup> Vgl. Thomas Hobbes: *Leviathan* oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates, hrsg. v. Iring Fetscher, Frankfurt a.M. 1984, S. 251.

<sup>969</sup> Vgl. G.W.F. Hegel: Über die wissenschaftlichen Behandlungsarten des Naturrechts, seine Stelle in der praktischen Philosophie und sein Verhältnis zu den positiven Rechtswissenschaften (1802/03), in: *Jenaer Schriften*, Werke Bd. 2, Frankfurt a.M. 1970, S. 447.

päische Union antizipierte,<sup>970</sup> einen *Rechtszustand* zwischen den Staaten nicht für möglich, jedenfalls nicht für vernünftig halten, galt ihm der bürgerliche Staat als die Wirklichkeit der *sittlichen Idee*, über der kein anderes Vertragsverhältnis existieren könne, ohne den absoluten Charakter der Sittlichkeit zu relativieren.<sup>971</sup> Ein Staat könne nicht daran interessiert sein, freiwillig seine Souveränität durch Bindung an höhere Integrationsebenen einzuschränken. Zwischen den souveränen Staaten herrsche auf ewig der Naturzustand, welcher nach innen gleichsam eine belebende Wirkung auf die nationale Einheit der Bürger habe.<sup>972</sup>

Offe leitet dagegen ab, daß die EU-Mitgliedstaaten aus dem *friedlichen Naturzustand* nur durch eine Staatenbildung auf europäischer Ebene heraustreten können. Die Staatenbildung dürfte sich allerdings nicht nach dem Muster des Nationalstaates bewegen. Gleichwohl benötigte die EU die Funktion einer »Organisationsmacht«, d.h. exekutive, legislative und judikative Gewalten, demokratisch verfaßt und von einem europäischen Volk mit der Ausübung eines Gewaltmonopols beauftragt.<sup>973</sup> Die Frage ist nur, inwieweit es gelingen kann, eine europäische Gesellschaft nach Art eines rechtsphilosophischen *Gesellschaftsvertrages* zu konstituieren, der die Mitgliedstaaten vom friedlichen *Naturzustand* in den durch ein allgemeines Gewaltmonopol garantierten *Rechtszustand* der Europäischen Union überführt?

Noch verfügt die EU nicht über eine sogenannte »Kompetenz-Kompetenz«, weil sie nach Art. 5 des EU-Vertrages keine eigenständige Hoheitsgewalt besitzt. Die souveränen Mitgliedstaaten sind die Vertragsunterzeichner. Die EU kann nicht autonom ihre Aufgaben, Ziele oder Befugnisse festlegen – so gesehen ist sie noch kein politisches Subjekt, das auch nicht auf demokratischem Wege kontrolliert werden könnte. »Heute gilt noch, daß der Europäische Bürgerstatus um so indirekter, d.h. um so stärker durch die Mitgliedstaaten vermittelt ist, je aktiver die in Frage stehende Herrschaftsfunktion ist; umgekehrt ist der Unionsbürger um so gemeinschaftsunmittelbarer, je schwächer die Herrschaftsfunktion ist, die dadurch eröffnet wird. Anders ausgedrückt: Rat, Gerichtshof und Kommission sind mächtige Akteure, mit denen die Unionsbürger nur mittels ihrer originären Staatsangehörigkeit verbunden sind; das Europäische Parlament wählen sie noch am ehesten als Unionsbürger, allerdings ist es auch

---

<sup>970</sup> Vgl. Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden, in: Werke in 6 Bänden, hrsg. v. W. Weischedel, Bd. VI.

<sup>971</sup> Vgl. G.W.F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts, Werke, Bd. 7, Frankfurt a.M. 1970, §330, Zusatz.

<sup>972</sup> Vgl. Hegel, a.a.O., §324. – »Nach dem Traktat vom ewigen Frieden können die Hegelschen Lobreden auf den Krieg nicht mehr hinter der Naivetät mangelnder geschichtlicher Erfahrung sich verschanzen.« – Th. W. Adorno: Negative Dialektik, Frankfurt a.M. 1975, S. 333.

<sup>973</sup> Claus Offe: »Kann es eine europäische Gesellschaft geben?«, a.a.O.

das schwächste der Gemeinschaftsorgane. Doch dürfte sich das mit seinem zu erwartenden Machtzuwachs in absehbarer Zeit ändern.«<sup>974</sup>

So gesehen schalten und walten die nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten auf EU-Ebene über Kommissionen und Ministerrat und bestimmen bürokratisch den Kurs des zukünftigen politisch integrierten Europas ohne direkte Mitsprache der europäischen Bevölkerung. Für Jürgen Habermas entspricht dieser *Legitimationspegel* einer »auf internationalen Verträgen beruhenden intergouvernementalen Herrschaft«, welche für eine Zeitlang adäquat gewesen war, solange bis die Einheit eines europäischen Marktes hergestellt worden war. Darüber hinaus erweise sich heute die *intergouvernementale Herrschaftsformation* der EU als ein deutliches Demokratiedefizit, welches in den Bevölkerungen der EU-Mitgliedstaaten wachsenden Unmut erzeuge.<sup>975</sup>

Soll dem EU-Bürger das demokratische Prinzip nicht vorenthalten werden, muß die *europäische Gewalt* vom *Volke* ausgehen; so verlangt es der moderne Konstitutionalismus, nach dem das Volk stets *Staatsvolk* ist. Die supranationale Souveränität liegt beim *europäischen Volk*. Eine europäische Verfassung, die nicht vorgegeben sondern *aufgegeben* sei und gestiftet werden müßte, so Ulrich K. Preuß, würde das Problem lösen können.<sup>976</sup> Preuß weist zugleich darauf hin, daß eine Verfassung mehr ist als ein Organisationsstatut, in welchem schon verbindliche Regeln über Organe, Ziele, Aufgaben, Kompetenzen etc. der EU festgehalten sind. Eine Verfassung sei mehr als die Regelung von Verfahrensprinzipien; sie hätte die konstitutionelle Gewaltenteilung wie auch die Zuweisung der Souveränität zu regeln. Dadurch werde der Untertan zum Bürger.<sup>977</sup>

Ein ernstes Problem sehen Euroskeptiker hingegen wiederum darin, daß es auf europäischer Ebene kein staatlich organisiertes Gesamtvolk gibt. Aus dem Ist-Zustand wird dann abgeleitet, daß jenes Demokratiedefizit der EU nicht zu lösen sei,<sup>978</sup> bzw. ein Wechsel der Legitimationsgrundlage von internationalen Verträgen hin zu einer EU-Verfassung aus Ermangelung

---

<sup>974</sup> Ulrich K. Preuß: »Auf der Suche nach Europas Verfassung. Europa hat noch keine Verfassung«, a.a.O., S. 160.

<sup>975</sup> Vgl. Jürgen Habermas: Braucht Europa eine Verfassung?, a.a.O., S. 115.

<sup>976</sup> Vgl. Ulrich K. Preuß: »Auf der Suche nach Europas Verfassung. Europa hat noch keine Verfassung«, a.a.O., S. 154.

<sup>977</sup> Dieser politischen Notwendigkeit waren auch Joschka Fischer und Jean-Pierre Chevènement in ihrem Streitgespräch auf der Spur, als Fischer einer Revolution gegen Brüssel das Wort redete: »Dann müßten wir uns doch einig sein, daß wir das heutige Ancien Régime – die Art, wie die EU heute verfaßt ist – überwinden müssen. Denn in diesem Punkt bin ich geradezu ein französischer Revolutionär: Ich möchte jede Form von Anciens Régimes überwinden. *Aux barricades!*« – Streitgespräch Joschka Fischer contra Jean-Pierre Chevènement, in: *Die Zeit* 26/200. – Während Fischer jedoch seine Rede als ein Plädoyer für die zügige Entstehung einer europäischen Verfassung versteht, die letztlich von den Nationalstaaten vorgegeben wird, sieht Chevènement die Notwendigkeit, daß zuerst eine *europäische Öffentlichkeit* sich herausbilde, welche einen Diskurs über eine Verfassung beginnt, aus dem sich dann erst die europäischen Institutionen ableiten. – Ebd.

<sup>978</sup> Vgl. Dieter Grimm: »Der Mangel an europäischer Demokratie«, in: *Der Spiegel* 43/1992, S. 57-59.

eines europäischen Volkes nicht möglich sei.<sup>979</sup> Der Verfassungsbegriff sei im Kontext staatlicher Herrschaftsformationen entstanden, aber die EU sei kein Staat,<sup>980</sup> weshalb die Übertragung einer Verfassung auf Europa von vielen ausgeschlossen wird.<sup>981</sup> »Was zu fehlen scheint, ist das erforderliche Subjekt eines verfassungsgebenden Prozesses, also jener Kollektivsingular des ›Volkes‹, das sich selbst als eine Nation von Staatsbürgern konstituieren könnte.«<sup>982</sup>

Diese »no-demos-thesis« geht freilich von einem Nationen-Verständnis aus, das – so sollte man vermuten – exklusiv in Deutschland verfochten wird. Denn im französischen Verständnis ist seit der Großen Revolution von 1789 ein ganz anderer Typus auch für das restliche Europa vorherrschend geworden: das *ius soli* geht nicht wie das archaische *ius sanguinis* von einer Vorstellung ethnisch homogener Volkszugehörigkeit aus, sondern von plural verfaßten Gemeinschaften, die Identität erhalten durch den Erwerb allgemeiner Staatsbürgerrechte – nicht durch gemeinsame Sprache oder Kultur, welche im deutschen Kontext als vermeintlich gleiches Blut verbrämt wurden. »In diesem Kontext von Staatsbürger- und Volksnation spiegelt sich (...) die große Errungenschaft des demokratischen Nationalstaats, der ja mit dem Status der Staatsbürgerschaft eine völlig neue, nämlich abstrakte, durchs Recht vermittelte Solidarität erst hervorgebracht hat.«<sup>983</sup> Diese historische Errungenschaft ist im Kontext neuer, durch Medien vermittelter Kommunikationsverhältnisse entstanden, die nach Habermas ebenso zur Herstellung eines »europäischen Volkes« angewandt werden müßten.<sup>984</sup> – Gemeinsame Sprache und Kultur seien lediglich begünstigend für den Prozeß gewesen, aber nicht maßgeblich.

Vernachlässigt wird mithin in jenen nominalistischen Schlußfolgerungen, daß es kein europäisches Volk geben könne, die dialektische Dynamik des Verfassungsprozesses (»Wandel-Verfassung«)<sup>985</sup> im Verhältnis zur Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in der eine Identität als EU-Bürger kollektiv im Bewußtsein sich herausbildet. »Aus [der] Entstehungsgeschichte der europäischen Nationalstaaten läßt sich lernen, daß die neuen Formen der nationalen Identität einen künstlichen Charakter haben, der sich nur unter bestimmten historischen Voraussetzungen während einer längeren, über das ganze 19. Jahrhundert sich erstreckenden

---

<sup>979</sup> Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde: »Welchen Weg geht Europa?« (C.F.v. Siemens Stiftung), München 1997.

<sup>980</sup> Vgl. Ulrich K. Preuß: »Auf der Suche nach Europas Verfassung. Europa hat noch keine Verfassung«, a.a.O., S. 156f.

<sup>981</sup> Siehe Dieter Grimm: »Entstehungs- und Wirkungsbedingungen des modernen Konstitutionalismus«, in ders., Die Zukunft der Verfassung, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1994, S. 31ff. – Während Grimm zu der Schlußfolgerung gelangt, daß Europa keine Verfassung haben könne, eben weil es kein Staat sei, kommt W. Hertel zu einem anderen Ergebnis. – Vgl. Wolfram Hertel: Supranationalität als Verfassungsprinzip. Normativität und Legitimation als Elemente des Europäischen Verfassungsrechts, Berlin 1999, S. 46ff.

<sup>982</sup> Jürgen Habermas: Braucht Europa eine Verfassung?, a.a.O., S. 117.

<sup>983</sup> Ebd.

<sup>984</sup> Vgl. Habermas, a.a.O., S. 117f.

<sup>985</sup> Ernst-Wolfgang Böckenförde: Welchen Weg geht Europa?, München 1997, S. 15ff.



Prozesses herausgebildet hat.«<sup>986</sup> Wenn das zutrifft, gebe es allerdings keinen Grund, an der Möglichkeit der Formierung einer *staatsbürgerlichen Solidarität* jenseits der Grenzen des Nationalstaats zu zweifeln.<sup>987</sup>

Der Gründungsakt eines (europäischen) Gesellschaftsvertrages wie aus dem rechtsphilosophischen Lehrbuch (etwa von Hobbes oder Rousseau), gegen den u.a. Ernst Bloch zu Recht polemisierte,<sup>988</sup> weil man sich eine solche Gründung viel zu formal-bewußt, d.h. rituell vorstellte,<sup>989</sup> könnte auf die EU bezogen nicht nur realistischer erscheinen, sondern auch formal-bewußt gelingen, weil die historischen Erfahrungen im Bereich der Nationalstaatsgeschichte präsent sind. – Die Hypostase des formal-bewußten, rituellen Gründungsaktes eines Gesellschafts- und (Supra-)Staatsvertrages für Europa wäre bis dato historisch einmalig und mutete geradezu märchenhaft an. Aber warum sollte es nicht gelingen? – Die Europäer sind drauf und dran zu beweisen, daß zivilisatorisch höhere Integrationseinheiten nicht allein durch Krieg und Gewalt herzustellen sind, sondern auch durch schlichte und halbwegs friedlich bleibende instrumentelle Vernunft, die den europäischen Integrationsprozeß wesentlich anleitet, jedenfalls die aus der desaströsen Geschichte (zwei Weltkriege und Auschwitz) abgeleiteten moralischen Impulse zur Integration deutlich überlagern. – Kein Nationalstaat, kein Staatenbund, nicht die USA und schon gar nicht die Sowjetunion sind einmal aus friedlicher Vernunft heraus entstanden. Mit der EU könnte ein *novum* gelingen.<sup>990</sup>

---

<sup>986</sup> Jürgen Habermas: Braucht Europa eine Verfassung?, a.a.O., S. 118.

<sup>987</sup> Theoretische Unterstützung für die These vom *künstlichen Charakter* kollektiver Identitäten gibt es allemal, z.B. von Benedict Anderson (»imagined community«) oder Eric Hobsbawm (»invention of tradition«), Detlev Claussen (Nation als »reale Fiktion«) oder Ernest Renan (Nation als »tägliches Plebiszit«). – Problem ist allerdings, daß alle genannten Autoren – mit Ausnahme von Ernest Renan – völlig zu Recht den *ideologischen*, d.h. auch nicht ungefährlichen Charakter *kollektiver Identitäten* betonen.

<sup>988</sup> »Lauter Einzelne, lauter Private sollen hier zusammengekommen sein, um mittels des Vertrages, eines ziemlich späten Rechtsmittels der Gemeinschaft, eben diese Gemeinschaft zu gründen. Hierbei ging es zu wie auf dem Rütli oder später in einem nordamerikanischen General-Store, wenn der Major oder Sheriff der neuen Siedlung durch Mehrheit gewählt wurde.« – Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt a.M. 1961, S. 216.

<sup>989</sup> Vgl. Marcus Hawel: Vom Untertan zur Ware Arbeitskraft. Zur Disziplinierung der bürgerlichen Gesellschaft in den Theorien von Hobbes, Hegel und Marx, (unveröffentlichte) Magisterarbeit (Mai 1999) am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität Hannover.

<sup>990</sup> Diese optimistisch anmutende Annahme ist wahr freilich nur solange, wie man sich zu dem Sachverhalt oberflächlich verhält. Faschismus, Auschwitz und die beiden Weltkriege sind die treibenden moralischen Impulse gewesen für die europäische Vision, die bis heute anhalten. Als europäische Visionen sind allerdings auch die Versuche der Vergangenheit, Europa gewaltsam zu einigen, zu bezeichnen. Wenn nach den *nationalistischen Exzessen* in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine nunmehr bloß instrumentelle Vernunft die Integration anleitet und immer weniger die moralischen Impulse, die sich aus dem kategorischen Imperativ ergeben, den uns Hitler aufgezwungen habe (Adorno), dann sind dennoch jene instrumentellen Schlußfolgerungen jenem *geopolitischen* Machtungleichgewicht geschuldet, die Deutschland zweimal dazu veranlaßt haben, einen Weltkrieg anzuzetteln. Auch wenn heute die europäischen Staaten keinen Krieg mehr gegeneinander führen, um unter ihrer jeweiligen Herrschaft ein integriertes Europa zu gründen, bewegt sich Deutschland in die Richtung, über das integrierte Europa Hegemonie auszuüben. – Die Hegemonie kommt zwar nicht mit kriegerischen aber mit machtpolitischen und politisch-ökonomischen Mitteln zustande, was man als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mittel bezeichnen könnte. – Deutschland schickt sich an, im dritten Anlauf erfolgreich nach der Weltmacht zu greifen und dabei nachträglich die von ihm angezettelten beiden Weltkriege zu gewinnen. Kriege spie-

Man muß dem politischen Willensgebungsprozeß Spontaneität zugestehen, die die Pseudo-Gesetzmäßigkeiten der Geschichte durchkreuzt: eine nichtstaatliche Verfassung wäre keine *contradicto in adjecto*, weil Verfassungen bisher geschichtlich an Staaten orientiert waren. Was als ein rechtsphilosophisches Problem erscheint, erweist sich in der Praxis als problemlos, die Herausforderung besteht für Habermas nicht darin, etwas Neues zu erfinden, sondern die historischen Errungenschaften des europäischen Nationalstaates in einem neuen Gefäß jenseits der nationalen Grenzen aufzuheben. Lediglich die Bezugsgröße, die dabei entsteht, sei neu.<sup>991</sup>

»Verfassungen sind Instrumente der kollektiven *Selbstorganisation* und -regierung, sie erzeugen die Fähigkeit einer Menge, sich im Medium des Rechts in eine handlungs- und willensfähige Gesamtheit zu verwandeln.«<sup>992</sup> Die EU besitzt einen singulären Charakter (»neuer Herrschaftstypus«) – »jenseits von nationaler Staatlichkeit und internationaler Organisation«<sup>993</sup>. Ihr Integrationsprozeß folgt einer offenen Logik in dem Sinne, daß ihr keine geschichtliche Vorgabe vorliegt. Wobei Beliebigkeit der konstitutionellen Gestaltung gleichermaßen durch das bindende Prinzip der Komplementarität zu den Verfassungen der Mitgliedstaaten ausgeschlossen ist, womit nichts anderes gemeint ist als die *dialektische Aufhebung* der nationalstaatlichen Verfassungen in einer EU-Verfassung.<sup>994</sup>

---

len für die Herausbildung einer europäischen Identität ferner nach wie vor eine wichtige Rolle. Es sind allerdings *outgesourcte* Kriege (Balkan, Afghanistan, Naher Osten), und die aggressive Abgrenzung oder Konfrontation mit den USA, welche Anschläge für den europäischen Integrationsprozeß mit katalysatorischer Funktion darstellen, erfüllen einen ähnlichen Zweck.

<sup>991</sup> Vgl. Jürgen Habermas: Braucht Europa eine Verfassung?, a.a.O., S. 105.

<sup>992</sup> Ulrich K. Preuß: »Auf der Suche nach Europas Verfassung. Europa hat noch keine Verfassung«, a.a.O., S. 163.

<sup>993</sup> Ebd.

<sup>994</sup> Man könnte daraus schlußfolgern, daß z.B. eine europäische Verfassung ohne Parlamentsvorbehalt für Militäreinsätze mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist, solange in diesem ein Parlamentsvorbehalt für militärische Einsätze der Bundeswehr festgeschrieben steht, und daß der deutsche Staat schon vorher den Parlamentsvorbehalt aus der deutschen Verfassung streichen bzw. durch ein *Entsendegesetz* ersetzen müßte. – Das Prinzip der Komplementarität gilt allerdings nur sehr abstrakt. Jutta Limbach wies als Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes darauf hin, daß das 1992 ins Grundgesetz aufgenommene Staatsziel der europäischen Integration zwar nachhaltig die Gewährleistung von rechtstaatlichen Grundsätzen durch die EU, aber eben nur einen »dem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz« (Art. 23. Abs. 1 GG) voraussetze. »Ein ›im wesentlichen vergleichbarer Grundrechtsschutz‹ muß nicht mit dem durch das nationale Verfassungsgericht gewährleisteten identisch sein.« – Jutta Limbach: Die Kooperation der Gerichte in der zukünftigen europäischen Grundrechtsarchitektur – Ein Beitrag zur Neubestimmung des Verhältnisses von Bundesverfassungsgericht, Europäischem Gerichtshof und Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte, ><http://www.politik-international.de/archive/BVG%20und%20EuGH.pdf><. – Mit anderen Worten: »Der Grundrechtsschutz auf europäischer Ebene darf hinter dem nationalen deutschen Grundrechtsschutz zurückbleiben. Denn in Anbetracht der Vielzahl der Mitgliedsstaaten wird man von der Europäischen Union und ihrem Gerichtshof nicht verlangen können, daß sie den Anforderungen aller nationalen Verfassungen genügen.« – Jutta Limbach, a.a.O. – Vergleichbarkeit könne sich daher nur allgemein und abstrakt auf die Grundfreiheiten (Meinungs- und Presse-, Versammlungs- und Berufsfreiheit, Eigentumsgarantie und Gleichheitsprinzip) beziehen, deren Einzelaspekte wiederum durchaus von den besonderen Auslegungen der nationalen Verfassungen abweichen dürften. Vergleichbarkeit bezieht sich demzufolge nicht etwa auf den Parlamentsvorbehalt für militärische Einsätze. – Für den deutschen Normalisierungsprozeß erschließt sich aus diesem Umstand die Möglichkeit der Entsorgung einiger

Für die Schaffung eines *Typs staatsbürgerlicher Solidarität* innerhalb der Europäischen Union, d.h. jenes europäischen Volkes im *Kollektivsingular* benennt Habermas allerdings einige empirische Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen. Dazu gehöre »a) die Notwendigkeit einer europäischen Bürgergesellschaft; b) die Konfrontation einer europaweiten politischen Öffentlichkeit; und c) die Schaffung einer politischen Kultur, die von allen EU-Bürgern geteilt werden kann.«<sup>995</sup> Für Habermas ist klar, daß eine europäische Verfassung nicht erst am Ende eines solchen Prozesses der Schaffung der Voraussetzungen liegen müßte, sondern im dialektischen Prozeß der Gleichzeitigkeit ergeben sich zwischen einer demokratischen Verfassung und europäischer Öffentlichkeit eine gegenseitig konstituierende Wechselwirkung, in der die Verfassung einen »katalysatorischen Effekt« ausüben könnte. »Europa muß sozusagen die Logik jenes Kreisprozesses, worin sich der demokratische Staat und die Nation gegenseitig hervorgebracht haben, noch einmal reflexiv auf sich selbst anwenden.«<sup>996</sup>

Institutionen der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung existierten derweilen jedoch in einem nationalstaatlichen Rahmen, der als vergrößerte Projektion für eine *europäische* Öffentlichkeit nicht in Frage komme. Diese könne nur dadurch entstehen, daß intakt gebliebene nationale Kommunikationskreisläufe sich gegenseitig füreinander öffnen.<sup>997</sup>

### *Der EU-Verfassungsprozeß*

Seit Abschluß des EU-Gipfels in Nizza im Dezember 2000 nahm der EU-Konvent unter dem Vorsitz von Valéry Giscard d'Estaing den Entwurf einer Verfassung für Europa in Angriff. Der verfassungsgebende Konvent stand unter besonderem Erfolgsdruck, weil der in Nizza ausgehandelte EU-Vertrag allgemein eher als mäßig bewertet wurde und ferner auch deshalb, weil gleichsam als Drohgebärde von deutscher und französischer Regierung offen mit dem Gedanken an ein »Europa der zwei Geschwindigkeiten« (Kerneuropa) gespielt wurde, welches quasi als alternativer Notplan in Aussicht gestellt wurde, falls der Versuch, die gesamte Europäische Union unter dem Dach eines fortschreitenden Verfassungsprozesses, in welchem die Belange der nationalstaatlichen Souveränität in ausreichendem Maße an die EU-Institutionen delegiert werden, scheitern sollte.

---

Verfassungspositionen, um deren Erhalt und Ausbau einmal jahrzehntelang Linke und Liberale ihrer Fortschrittlichkeit wegen gekämpft haben.

<sup>995</sup> Jürgen Habermas: Braucht Europa eine Verfassung?, a.a.O., S. 118.

<sup>996</sup> Ebd.

<sup>997</sup> Vgl. Habermas, a.a.O., S. 120.

Gepflegtes Mißtrauen der mittelgroßen und neuen EU-Mitgliedstaaten stand dagegen den Großen gegenüber und überschattete den verfassungsgebenden Prozeß bis zum Schluß. Die kleineren EU-Länder hatten die Befürchtung d'Estaing würde nur auf die Interessen der großen Mitgliedstaaten – hauptsächlich Frankreichs und Deutschlands – achten, schließlich war d'Estaing auf Druck der französischen und deutschen Regierung zum Präsident des Konvents bestimmt worden. Sein Verhandlungsstil galt als autokratisch, listenreich und zuweilen als unverschämt.<sup>998</sup>

Im Juni 2003 billigte dennoch mit großer Mehrheit der EU-Konvent den unter zähen Verhandlungen zustande gekommenen Verfassungsentwurf.<sup>999</sup> Kurios mutete die Tatsache an, daß sich in dem Vertragsentwurf linke und rechte Europaabgeordnete wiederfinden konnten, wenn auch niemand den Verfassungsvertrag als wirklich großen Wurf lobte, sondern alle den Charakter eines »mühevoll ausgehandelten Kompromiss[es]« hervorhoben.<sup>1000</sup> Gleichzeitig wurde befürchtet, daß die EU-Regierungschefs die Verfassung wiederum kassieren, bzw. Neuverhandlungen fordern könnten, weil die »nationalen Interessen« ihrer zu repräsentierenden Staaten durch den Verfassungsentwurf nicht ausreichend Berücksichtigung fänden. – Ablehnung jedoch war von der Seite der deutschen Regierung nicht zu erwarten; ihre Interessen hatten in zufriedenem Maße Berücksichtigung gefunden.<sup>1001</sup>

Die Hauptkonflikte während der mühevollen Verhandlungen bestanden zum einen im Interessenausgleich zwischen den großen und kleinen EU-Mitgliedsstaaten, weil sich die Anzahl der kleinen Mitglieder im Zuge der Osterweiterung (von zehn auf 19) erhöhte und damit ihr politischer Einfluß in den EU-Institutionen ungebührlich größer werden würde. Um ihren machtpolitischen Einfluß zu erhalten, bzw. sogar zu erweitern, hatten deshalb Deutschland und Frankreich eine demokratische Reform der Mehrheitsabstimmungen im Ministerrat zu Lasten des nationalen Vetos gefordert. Dem wurde im Verfassungsentwurf Rechnung getragen. Einigung erzielten die Mitglieder des Konvents durch die gleichzeitige Aufwertung der EU-Regierungen im EU-Rat und Ministerrat sowie des EU-Parlamentes und der Kommissionen. Der Ratspräsident sollte nunmehr nicht wie bisher alle sechs Monate reihum wechseln,

---

<sup>998</sup> »Ungeniert setzte er auf eine Allianz mit den nationalen und europäischen Parlamentariern, um seine bisherigen Lieblingsverbündeten – die Vertreter der großen Staaten – in ihrem Widerstand gegen den Schlußkompromiß auszumanövrieren. Und so kam zum Schluß ein Text zusammen, der die großen Staaten befriedigte und den Einwänden ihrer Gegner Rechnung trug.« – *FTD-online* vom 16.6.2003.

<sup>999</sup> Siehe Europäischer Konvent: Vertrag über eine Verfassung für Europa (Entwurf vom 10. Juli 2003), ><http://european-convention.eu.int/docs/Treaty/cv00850.de03.pdf><.

<sup>1000</sup> Vgl. *FTD-online* vom 16.6.2003.

<sup>1001</sup> »Dieser Konvent hat demonstriert: Es gibt nicht ein altes und ein neues Europa. Es gibt ein Europa der Bürger, der Staaten, der Gerechtigkeit, der Demokratie: unser Europa.« – Fischer zit. nach ebd. – Die *FTD* erkannte in Fischers euphorischer Äußerung gleichzeitig einen Seitenhieb gegen konservative »Europa-Spalter in Washington« und: »Bei allen Schwächen – der Text zeugt von einem Grundverständnis unter den Europäern, das viele nach dem erbitterten Streit um die Irak-Politik nicht mehr für möglich gehalten hätten.« – Ebd.

sondern von den Ratsmitgliedern für zweieinhalb Jahre, bzw. für max. fünf Jahre (zweite Amtszeit) hauptamtlich gewählt werden. Die Zahl der stimmberechtigten Kommissare sollte unter der Maßgabe eines gleichberechtigten Rotierens auf 15 begrenzt werden.

Um Gesetzesvorlagen im EU-Rat häufiger beschlußfähig zu machen, sollte in Zukunft der EU-Rat in den meisten Fällen – vor allem in der Innen- und Justizpolitik – mit einer einfachen qualifizierten Mehrheit entscheiden können. Im Ministerrat sollte das Prinzip der doppelten Mehrheit eingeführt werden, d.h. damit eine Sache als beschlossen gilt, müßten zum einen mindestens 13 der zukünftigen 25 Mitgliedstaaten für einen Vorschlag stimmen, und zum anderen müßten die Stimmen mindestens 60% der EU-Bevölkerung repräsentieren. Ein »fairer Ausgleich zwischen den Interessen der großen und kleinen Länder« ist damit keineswegs gelungen, wie die *Financial Times Deutschland* dennoch behauptete.<sup>1002</sup>

Dem EU-Parlament soll ferner ein größeres Mitspracherecht bei dem Erlaß von Gesetzen eingeräumt werden. Waren es bisher 44 Politikfelder, sollten es in Zukunft bis zu 70 Felder sein, auf denen das EU-Parlament zusammen mit den nationalen Regierungen Rechtsakte beschließen könne.<sup>1003</sup> Vorgesehen war auch, daß der Kommissionspräsident vom EU-Parlament gewählt wird, wobei das Vorschlagsrecht bei den Staats- und Regierungschefs liegen soll. Mit dieser Neuerung sollte das Amt politisiert, d.h. einer stärkeren demokratischen Legitimation zugeführt werden. Im Verfassungsentwurf wurde in Bezug auf die Durchführung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik festgehalten, daß die Europäische Union das Ziel »einer immer stärkeren Konvergenz des Handelns der Mitgliedstaaten« verfolge (Art. 39 Abs. 1). Dies betrifft vor allem auch die Koordination einer gemeinsamen europäischen Verteidigung (Art. 40 Abs. 2). Das neu zu schaffende Amt des EU-Außenministers soll zwar mit weitreichenden koordinierenden Aufgaben ausgestattet werden, jedoch ist es vor allem der deutschen Regierung nicht gelungen, das Veto-Recht der Staats- und Regierungschefs im Bereich der GASP und ESVP zugunsten einer qualifizierten Mehrheitsentscheidung aufzuheben. Auch weiterhin sollen in der Außen- und Sicherheitspolitik

---

<sup>1002</sup> Ebd. – Ein Interessenausgleich fände allenfalls zwischen den nationalen Regierungen statt, nicht aber zwischen den nationalen Bevölkerungen. Zu besonderen Politikthemen werden schließlich die nationalen Bevölkerungen vorher nicht befragt, wenn Entscheidungen auf EU-Ebene gefällt werden müssen. Auf die Stimmen der Bevölkerungen kommt es mithin nicht wirklich an; sie wählen zwar ihre Regierungen, geben nach der Wahl aber für die Dauer einer Wahlperiode ihre Volkssouveränität an die nationale Regierung ab. Insofern ist es Heuchelei, wenn das Stimmengewicht eines Staates in Relation zu seiner Bevölkerungszahl stehen soll, zumal vermutlich selbst noch die von der ausgemachten Mehrheit abweichenden Voten der nationalen Stimme zugeschlagen würden, und es dabei keine große Rolle spielt, ob für Gesamteuropa die in einzelnen Staaten in der Minderheit befindlichen Voten der Bürger in der gesamten europäischen Bevölkerung eine Mehrheit ausmachen würden. Auf diese Weise wird das Zustandekommen von gestalterischen Mehrheiten über nationale Grenzen hinweg und fernab nationaler Motive erschwert, weil Mehr- und Minderheiten stets national dekliniert werden.

<sup>1003</sup> Die Kompetenz bezieht sich allerdings nicht auf die wirklich wichtigen Bereiche der GASP und ESVP oder auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik, deren Entscheidungskompetenz weiterhin bei den nationalen Regierungen bleiben soll.

einstimmige Voten für beschlußfähige Entscheidungen nötig sein (Art. 40 Abs. 4). – Die atlantisch orientierte britische Regierung hatte sich durchgesetzt und damit den Macht- bzw. Eigenständigkeitszuwachs der EU im militärischen Bereich (autarke EU-Armee) beschränkt. »Kommt es zu keinem Konsens, sind [dem EU-Außenminister] die Hände gebunden. Die Außenpolitik bekäme zwar eine Stimme, nur müßte diese schweigen.«<sup>1004</sup>

Nahezu unscheinbar liegt im Verfassungsentwurf ein Passus verborgen, der die Interessen der Militärs und der Rüstungsindustrie bedient. In Artikel 40 Abs. 3 heißt es: »Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors beizutragen und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen, sich an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich Fähigkeiten und Rüstung zu beteiligen sowie den Ministerrat bei der Beurteilung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten zu unterstützen.« – Etwas überspitzt, aber dennoch zutreffend, könnte man schlußfolgern, daß durch diesen Passus im Verfassungsentwurf die Entscheidung eines Mitgliedstaates, seinen militärischen Sektor abzurüsten verfassungswidrig wäre und Aufrüstung gleichsam zu einer gesetzlichen Verpflichtung würde, die von jedem – auch der Rüstungsindustrie – vor Gericht einklagbar wäre.

Aus deutscher Perspektive ist auch bemerkenswert, daß dem EU-Parlament laut Verfassungsentwurf kein Vorbehalt in Bezug auf militärische Einsätze der zukünftigen EU-Armee zugestanden wird. Man darf davon ausgehen, daß der im deutschen Grundgesetz verbriefte Parlamentsvorbehalt damit weitgehend obsolet und geschleift werden wird, damit nicht Deutschland in militärischen Angelegenheiten für die Europäischen Union zum Bremsklotz

---

<sup>1004</sup> *FTD-online* vom 16.6.2003. – Für Kriegsgegner, Pazifisten und Antiimperialisten wäre diese im Vertragsentwurf zustande gekommene Regelung garantierter Selbstblockade in militärischen Entscheidungen ein kleiner Trost, falls es dabei bliebe. Auf diese Weise hätte sich die EU zwar eine mehr oder weniger autarke EU-Armee organisiert, könnte aber nur unter äußerst schwierigen Voraussetzungen beschließen, daß diese auch zum Einsatz kommt. Man darf allerdings sicher sein, daß in baldiger Zukunft diese potentielle strukturelle Handlungsunfähigkeit aufgehoben wird. – Auch wenn die EU-Armee handlungsunfähig bliebe, träfe die Selbstblockade nicht auf die nationalen Armeen der Mitgliedstaaten zu. Zwar werden in Zukunft viele dieser nationalen Armeen nicht mehr und wenn, dann nur in sehr eingeschränktem Maße separat einsatzfähig sein, weil im Zuge der gemeinsamen Rüstungskoordination die meisten Mitgliedstaaten sich auf einen bestimmten militärischen Bereich konzentrieren werden. Allein mit einem Sanitätsregiment und einer Fernmeldeeinheit läßt sich eben kein Krieg führen. Diese strukturelle Abhängigkeit der nationalen Teil-Armeen vom Ganzen der EU-Armee, welche sich aus den zusammenaddierten nationalen Teilen ergibt, trifft allerdings weniger auf die großen Mitgliedstaaten der EU zu, die darauf bedacht sein werden, möglichst lange eine separierbare, eigenständig einsatzfähige nationale Interventionsarmee parallel zum Aufbau einer EU-Armee bestehen zu lassen.

wird, d.h. die Einsatzbereitschaft der EU-Armee prinzipiell in Frage stellt.<sup>1005</sup> Um dies zu verhindern, diskutieren breite Teile der politischen Klasse in Deutschland über ein *Endsendegesetz*, welches faktisch den Parlamentsvorbehalt ersetzen könnte und womit ein weiterer Normalisierungsschritt geleistet wäre, wenn man den europäischen Maßstab zur Grundlage nimmt.

Im Ganzen stellt der Verfassungsentwurf einen mehr schlecht als rechten Kompromiß zwischen liberalen, linken und konservativen Gruppierungen im EU-Konvent dar. So, wenn auch aus dem entgegengesetzten Blickwinkel, sieht es auch der Kommentator der *Financial Times Deutschland*: »Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents ist ein Kompromiß, der an zentralen Punkten, etwa der Abschaffung des Veto-Rechts, nicht weit genug geht. Damit fällt der Text hinter die Erwartungen zurück und dokumentiert – wie schon die verhaltene Reaktion der Öffentlichkeit auf die Osterweiterung –, daß das Projekt Europa zwar nicht an Integrations-, aber an Strahlkraft verloren hat.«<sup>1006</sup> Von der Euphorie, mit der in der Nachkriegszeit bis in die 60er Jahre hinein die Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten vorangetrieben wurde, sei nichts übriggeblieben.<sup>1007</sup>

Wenn der vorgelegte Verfassungsentwurf Rechtsgültigkeit erhält, wird die Europäische Union eine eigene *Rechtspersönlichkeit*,<sup>1008</sup> jenes *Rechtssubjekt im Kollektivsingular*, dessen bisherige Absence Habermas und andere für das grundlegende demokratische Defizit der Union gehalten haben. Eine europäische Identität als Subjekt-Objekt-Kategorie würde die Union damit allerdings noch lange nicht erhalten. Die Verfassung soll spätestens 2006 in Kraft treten, vorausgesetzt der Entwurf wird von sämtlichen nationalen Parlamenten der 25 Mitglied-

---

<sup>1005</sup> Der deutsche Parlamentsvorbehalt wurde ohnedies vorsorglich bereits stetig ausgehebelt. Für den Kampfeinsatz deutscher Soldaten gegen das Taliban-Regime in Afghanistan, welches nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ins Visier der USA geraten war, stellten der deutsche Bundestag einen quasi temporären Blankoscheck für den Einsatz der Bundeswehr aus, die ermächtigt wurde, ihre die USA unterstützenden Einsätze im Kampf gegen den Terror innerhalb eines festgesetzten Zeitraumes nicht mehr durch den Bundestag legitimieren zu müssen. – Über die Einsätze des KSK wurde dagegen im Parlament überhaupt nicht entschieden, weil sie angeblich notwendig geheimzuhalten sind.

<sup>1006</sup> *FTD-online* vom 16.6.2003. – Allerdings wird das Demokratiedefizit der EU nicht endgültig dadurch behoben, daß ein Mehrheitsprinzip (nach Bevölkerungszahl) eingeführt wird. Die europäischen Bevölkerungen auf nationaler Ebene haben keinen großen Einfluß auf die EU-Politik ihrer Regierungen. Deshalb erhalten die nationalen Regierungen, die die bevölkerungsstärksten Länder repräsentieren, auf EU-Ebene einen unangemessen großen Einfluß, der keineswegs demokratisch legitimiert wäre (*Diktatur der Staatsräson*). Deshalb ist das Prinzip »Eine Stimme für jedes Land« noch gerechter und regelt wenigstens einen halbwegs harmonischen Interessenausgleich zwischen den Staaten. Demokratisch zugehen würde es dagegen erst ab dem Zeitpunkt, da sich das bürgerliche Prinzip der Demokratie weiterentwickelte und die außenpolitische *Diktatur der Staatsräson*, die undemokratisch das *nationale Interesse* bestimmt und gegen die Bevölkerung absichert, ersatzlos gestrichen, bzw. durch ein plebiszitäres Verfahren ersetzt würde.

<sup>1007</sup> Als konservative Zeitung mag man dies nicht sonderlich bedauern dürfen, weil zwischen der verblassenden Europaeuphorie und erfolgreich voranschreitender Normalisierung des deutschen Staates ein vermittelter Zusammenhang besteht. Ein Konservativer, der sich die Euphorie der 50er und 60er Jahre zurückwünscht, wird dies nicht ohne die gegen Deutschland gerichteten Motive der EU-Integration bekommen können, welche für die Normalisierung eine deutliche Behinderung darstellten.

<sup>1008</sup> Siehe Art. 6 des Verfassungsentwurfs.

staaten zuvor ratifiziert. Noch vor dem Ratifizierungsmarathon mußte die Regierungskonferenz den Verfassungsentwurf annehmen, weil die EU schließlich noch keine »Kompetenz-Kompetenz« innehat.

Den Entwurf für eine Europäische Verfassung übergab Giscard d'Estaing am 20. Juni 2003 den Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen im griechischen Thessaloniki. Der Verfassungsentwurf wurde von den Staats- und Regierungschefs sowie den Außenministern auf einer Regierungskonferenz, die im Oktober 2003 in Rom begann, unter der italienischen EU-Präsidentschaft (Berlusconi) behandelt. Im Dezember 2003 sollte die Verfassung auf einem Gipfel in Brüssel endgültig beschlossen werden. Aber auf der Sitzung des Europäischen Rates gelang es nicht, in den zentralen Fragen, insbesondere zu den künftigen Abstimmungsmodalitäten im Rat, eine Einigung zu erzielen. Die polnische und spanische Regierung, denen auf Basis des EU-Vertrages von Nizza mit dem Gewicht von jeweils 27 Stimmen im EU-Rat nahezu so viel Einfluß zugestanden wurde wie den vier großen EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien (jeweils 29 Stimmen), wollten auf ihren gemessen an der Einwohnerzahl ihrer Länder überproportional ausgefallenen Einfluß nicht verzichten, verneinten deswegen zunächst die Einführung des doppelten Mehrheitsprinzips und bremsten damit gleich die gesamte EU-Verfassung aus.<sup>1009</sup>

Giscard d'Estaing prophezeite, die Verfassung werde »50 Jahre halten«.<sup>1010</sup> – Zunächst konnte sie nicht einmal beschlossen, geschweige denn rechtskräftig werden. Auf dem Europäischen Rat in Brüssel im März 2004 nahmen die Staats- und Regierungschefs einen neuen Anlauf der Vermittlung zwischen den einzelnen Interessen der nationalen Regierungen auf der Grundlage des Konventsentwurfs.<sup>1011</sup> Dabei konnten sich die Staats- und Regierungschefs unter irischer Präsidentschaft bezüglich der strittigen Punkte innerhalb des Verfassungsent-

---

<sup>1009</sup> Die polnische Regierung wurde für ihre Blockade in der deutschen Öffentlichkeit stark kritisiert. Laut einer Umfrage der TNS-Infratest sprachen sich Anfang Januar 2004 43% der Deutschen dafür aus, Polen die EU-Zuschüsse zu kürzen. – Siehe: »Ab in die Schmollecke«, in: *Der Spiegel* 3/2004, S. 88-90. – Auf der Berlin-Tagung »Deutschland, Europa und der Westen« der Friedrich-Ebert-Stiftung im Januar 2004 kommentierte dagegen Richard von Weizsäcker die Haltung der polnischen Regierung mit Verständnis zeigenden Worten: »Die Vereinigung Europas war zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Völkerstaaten und Nationen die Bereitschaft auf nationale Souveränitäten partiell zu verzichten. Das ist doch das eigentlich bedeutungsvolle, historische und, wenn man so will, auch friedenspolitische Zustandbringen auf dem europäischen Weg. Und damit haben diese sogenannten Alten schon einmal einen großen Lernprozeß hinter sich gebracht. Wieso sollen wir nun ausgerechnet von den Polen erwarten, daß das erste, was sie mit großer Begeisterung betreiben, kaum daß sie nach einer so leidvollen Geschichte endlich wirklich die volle Souveränität errungen haben, nun schon wieder auf Souveränitäten verzichten? Sie werden es schon tun. Aber daß sie sich (...) psychologisch und historisch gemessen an dem bisherigen Ablauf der polnischen Geschichte (...) etwas behutsam auf dem Weg vorwärts bewegen, Souveränitätsbestandteile der endlich souverän gewordenen Nation Polens wieder preiszugeben, das finde ich doch ziemlich verständlich.« – Richard von Weizsäcker auf der Berlin-Tagung: »Deutschland, Europa und der Westen« der Friedrich-Ebert-Stiftung im Januar 2004, (zit. n. gesprochenem Wort, das ich, MH, wohlwollend den Gepflogenheiten der Schriftsprache angepaßt habe).

<sup>1010</sup> Zit. n. *FTD-online* vom 16.6.2003.

<sup>1011</sup> Siehe den endgültigen Vertragstext in der deutschen Fassung. – Europäische Union: Vertrag über eine Verfassung für Europa, Luxemburg 2005.



wurfs einigen. Im Juni 2004 wurde der Vertrag von den Regierungschefs der EU-Länder gebilligt, und im November in Rom unterzeichnet. Damit die EU-Verfassung in Kraft treten kann, muß diese jedoch von sämtlichen nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedsländer ratifiziert werden.<sup>1012</sup>

### 3. Militärunion – Die Entstehung einer autarken europäischen Militärmacht

#### *Die sukzessive Auflösung der transatlantischen Westbindung?*

Wie in den vorangegangenen Abschnitten bereits aufgezeigt, versucht der deutsche Staat mit Hilfe der europäischen Integration eine neue Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Die von Konrad Adenauer in den 50er Jahren in die Wege geleitete Westbindung spielte dabei noch unter der Bundeskanzlerschaft Helmut Kohls als »atlantische Orientierung« eine wesentliche Rolle in Form einer staatsrationalen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik, die nach der deutschen Einheit im Zuge der Berliner Republik zuerst von Konservativen zunehmend in Frage gestellt wurde. »Kohls atlantische Orientierung gehört zum kollektiven Gedächtnis einer bestimmten Generation, zu einem Gedächtnis, das in der politischen Klasse der Bonner Republik nicht anders beschaffen sein konnte, in der Berliner Republik aber nur eine der möglichen Optionen darstellt.«<sup>1013</sup>

Brigitte Seebacher-Brandt gehörte zu dem Kreis derer, die als erste im Zuge der deutschen Einheit die vermeintlich fehlende nationale Identität der Deutschen beklagten und dafür die jahrzehntelange Tradition der Westbindung, d.h. die »Verwestlichung des Landes« verantwortlich machten.<sup>1014</sup> Als außenpolitische Konsequenz wollten diese konservativen Kritiker der Westbindung unter anderem die Emanzipation des deutschen Staates von der NATO durchsetzen sowie die Schaffung eines verteidigungspolitischen Surrogates (ESVP), die auf eine von Deutschland dominierte Europäische Union – selbständig und unabhängig von den USA – hinauslaufen sollte. Die Forderung nach bündnispolitischer Neutralität, die im Zuge der deutschen Einheit von einigen gefordert wurde, war gleichsam eine völlig illusionäre Op-

---

<sup>1012</sup> Bisher (Stand: 10. März 2005) ist die EU-Verfassung von den Parlamenten der Länder Litauen, Ungarn und Slowenien ratifiziert worden. In vielen Ländern, etwa in Deutschland, gilt die noch ausstehende Ratifizierung als reine Formsache. In Frankreich, Portugal, Polen, Tschechien, Dänemark, Irland wird über die EU-Verfassung allein durch ein Referendum entschieden. Insbesondere in Frankreich und Polen könnte es zu einer Ablehnung kommen.

<sup>1013</sup> Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma. Die Berliner Republik zwischen Macht und Machtverzicht. Mit einem Vorwort von Joschka Fischer, Berlin 1998, S. 327.

<sup>1014</sup> Vgl. Brigitte Seebacher-Brandt: »Die Linke und die Einheit – Unwägbarkeiten der deutschen Geschichte«, in: FAZ vom 21.11.1989, S. 33.

tion. Denn niemals hätten die europäischen und transatlantischen Mächte ohne entsprechende Sicherheitsgarantien (Bündnisverpflichtungen) es zugelassen, daß beide deutsche Staaten sich vereinigen und damit ein neuer Riese auf dem Kontinent entsteht, der, wenn er denn willig wäre, alle überrennen könnte, jedenfalls zu einem verteidigungspolitischen Sicherheitsrisiko werden würde. Darüber hinaus hätte die Bundesrepublik vor allem auch nicht die Zustimmung der beiden Supermächte, den USA sowie der Sowjetunion, zur deutschen Einheit erlangen können, hätten diese doch befürchten müssen, ihre seit dem Zweiten Weltkrieg erlangte Vorherrschaft auf dem geteilten europäischen Kontinent zu verlieren. »Solange deutsche Wiedervereinigungsvorstellungen im Sinne eines neutralen, einen eigenen Entwicklungsweg gehenden Deutschlands auf der Basis der Abmachungen der Anti-Hitler-Koalition begriffen werden konnten, wurden sie von den USA massiv zurückgedrängt. Denn sie hätten eine Aufhebung sowohl der sowjetischen als auch der amerikanischen militärischen Präsenz in Mitteleuropa impliziert.«<sup>1015</sup>

Zwar ist auch so im Zuge der osteuropäischen Transformation, in deren Kontext die ostdeutsche Demokratiebewegung und der Staatsbankrott der DDR zu sehen sind, die sowjetische Hegemonie in Osteuropa beendet worden, aber die amerikanische Hegemonie in Westeuropa überdauerte den deutschen Einigungsprozeß noch einige Zeit und wird erst durch die Infragestellung der NATO seitens der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die in verteidigungspolitischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht eine »Selbstbehauptung Europas« gegenüber den USA forcieren, sukzessive zurückgedrängt. Die USA hatten von Beginn an in der NATO eine entscheidende Einflußmöglichkeit auf Westeuropa gesehen,<sup>1016</sup> indem sie atomaren Schutz gegen die Sowjetunion anboten und im Gegenzug zwar auch Mitwirkung der europäischen Staaten zuließen, aber vorwiegend Unterordnung dieser erwarteten. Auch, wenn die USA durch die NATO nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Hegemonie in Westeuropa sicherten, profitierten bis zur deutschen Einheit ebenfalls die westeuropäischen Länder beträchtlich von der Existenz der NATO – hinsichtlich ihres doppelten Sicherheitsinteresses: Schutz vor den

---

<sup>1015</sup> Gerhard Stuby: Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik. Zur Entwicklung der BRD im Rahmen der US-Globalstrategie, Heilbronn 1987, S. 201. – »Erst als sich ein anderer Begriff von Wiedervereinigung herausgebildet hatte, nämlich Ausdehnung nicht nur der freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf die ›befreiten‹ Gebiete, sondern Ausdehnung der NATO unter amerikanischer Hegemonie im Idealfall bis zur Curzon-Linie, fanden derartige Vorstellungen Anklang in den USA und wurden sogar Bestandteil des Deutschland-Vertrages von 1952: ›Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichner-Staaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt, und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.« – Stuby, a.a.O., S. 201f. – Zu große Ansprüche der Bundesrepublik auf Gebiete des ehemaligen Deutschen Reiches in seinen Grenzen von 1937 wäre darüber hinaus natürlich ebenso von den westlichen Alliierten verhindert worden. – Ihnen ging es nicht um die Wiederherstellung des Reichsgebietes, sondern um die Befreiung der unter sowjetischer Kontrolle befindlichen Satellitenstaaten, also auch der DDR. – Vgl. Stuby, a.a.O., S. 202.

<sup>1016</sup> Vgl. Stuby, a.a.O., S. 201.

vermeintlichen Expansionsbestrebungen der Sowjetunion einerseits und Sicherheit vor einem vielleicht wiederholbaren aggressiven deutschen Nationalismus, den die Europäer zweimal bereits zu spüren bekommen hatten, andererseits (»doppelte Eindämmung«).

Die NATO-Osterweiterung wurde zunächst als ein explizit deutsches Interesse verstanden, jedenfalls solange, wie die NATO als verbindliche und in militärpolitischer Hinsicht den europäischen Kontinent dominierende und unhintergehbare transatlantische Bündnisstruktur existierte, d.h. nicht durch eigene, autonome europäische Sicherheitsstrukturen ersetzt werden konnte. Ein deutscher Machtzuwachs kommt dadurch zustande, daß zwangsläufig durch eine Osterweiterung insgesamt das Gewicht der Kontinentaleuropäer innerhalb der NATO zunimmt, der Einfluß der USA in der NATO und damit in Europa abnimmt. Die Bundeswehr war denn auch bis Mitte der 90er Jahre die Hauptfürsprecherin der NATO-Osterweiterung. Konsequenterweise wurde in der Fachpresse der Bundeswehr diese in geostrategischen Begriffen diskutiert. Hierbei kam allerdings neben der Selbstbehauptung Europas gegenüber den USA noch ein anderes gewichtiges und traditionelles Interesse zum Ausdruck: die Orientierung nach Osten in Konkurrenz zu dem Riesenreich Rußland, welches für militärische Sicherheitsstrategen, z.B. Hans Joachim Veen, einen großen und risikoreichen Unsicherheitsfaktor darstellt. »Wenn die NATO sich weiterhin nur als Instrument westlicher Sicherheit versteht, anstatt ihre Rolle bis zur Grenze Rußlands auszuweiten, könnte sie auf längere Sicht zu einer Restgröße im weltpolitischen Kräftespiel schrumpfen, Reminiszenz an das ehemalige ›Westeuropa‹.«<sup>1017</sup> Dem deutschen Staat werden Ordnungsaufgaben zugeschrieben, die ihn wenigstens innerkontinental zum »Osteuropa-Polizisten« stilisieren. »Militärisch wird [Deutschland] zum herausgehobenem Hüter des Friedens in Mitteleuropa: Dies jedenfalls legt aus der Sicht der deutschen Militärpolitiker die geostrategische Lage ihres Landes und dessen herausragendes konventionelles Potential nahe. Deutschland mit einer starken und präsenten Bundeswehr erscheint ihnen als Säule der Stabilität für ganz Europa und in besonderem Maße als strategisches Gegengewicht im Hinblick auf ein Rußland, welches im Augenblick zwar durch innere Schwierigkeiten neutralisiert, das langfristig aber als potentielle Quelle neuer Sicherheitsrisiken dargestellt wird.«<sup>1018</sup>

Im Frühjahr 1993 begann der Bundesverteidigungsminister, Volker Rühe, eine offensive Kampagne für die Osterweiterung der NATO, ohne dabei den Konsens mit dem Bundesaußenminister Klaus Kinkel zu suchen. Vor allem aber war es ein Konfrontationskurs zu den

---

<sup>1017</sup> Hans Joachim Veen: »NATO – Quo vadis«, *Soldat und Technik (SuT)*, 12/1991, S. 809.

<sup>1018</sup> Lutz Unterseher: *Deutsche Militärpolitik – Unauffällige Festlegungen für die Zukunft*, a.a.O. – Vgl. dazu Klaus Naumann: *Standortbestimmung, Informationen zur Sicherheitspolitik*, 35. Kommandeurtagung der Bundeswehr, November 1995.

USA, denen Rühes Vorstoß nicht sonderlich behagten.<sup>1019</sup> Die US-Regierung war sich im Klaren darüber, daß eine NATO-Osterweiterung den europäischen Stimmen in der NATO und damit dem deutschen Staat mehr und den USA weniger Einfluß beschere, weshalb die US-Regierung eine Rüge gegen die Bundesregierung sowie gegen die Bundeswehrführung aussprach und diesen gegenüber solange die kalte Schulter zeigte, bis deutlich wurde, daß eine Osterweiterung der NATO aufgrund des Betreibens der deutschen Regierung nicht ohne beträchtliches Muskelspiel zu verhindern wäre. Die US-Regierung machte sich, wenn sie den deutschen Staat schon nicht daran hindern konnte, zur Avantgarde der NATO-Osterweiterung, obwohl sie zu dem Ergebnis gekommen war, daß eine solche nicht im unmittelbaren Interesse der USA liegen könne und ihren eigenen Plänen, aus der NATO eine Interventionsarmee zu machen, zuwiderlief. Schlimmer jedoch wäre aus amerikanischer Sicht eine von Deutschland gegen den Willen der USA durchgesetzte NATO-Osterweiterung, weil damit die Rollenverteilung in der »partnership in leadership« zwischen »Großem Bruder« und »Juniorpartner« vertauscht worden wäre. Die Clinton-Administration vollzog schließlich einen Schwenk: Mit einem Male galt Rühle als ein visionärer Vordenker. Das Rollenverhältnis der beiden Staaten geriet scheinbar wieder ins Lot, wenn sich damit auch gleichzeitig das Verhältnis des deutschen Staates zu den europäischen NATO-Staaten trübte.<sup>1020</sup>

Auf Betreiben der USA wurde festgelegt, daß die erste Osterweiterung der NATO für das Jahr 1997 anvisiert werde. Für eine Aufnahme in die NATO kamen die ehemaligen Länder des Warschauer Paktes Tschechien, Polen und Ungarn in Betracht. – Daß die Aufnahme dieser Länder auf ernsthaften Widerstand Rußlands stoßen würde, war kein Geheimnis. Für den deutschen Staat ergab sich aber mit der NATO-Osterweiterung eine komfortable, geographische Einbettung im militärischen Sicherheitsbündnis. Aufgrund der Verschiebung der NATO-Außengrenze von Ostdeutschland nach Polen, Ungarn und Tschechien wurde für Deutschland eine territoriale »Mittellage« hergestellt, aufgrund derer Deutschland nur noch von befreundeten Staaten umgeben war und eine kriegerische Bedrohung aus Europa nicht mehr zu befürchten hatte. Aus diesem Grund lag der NATO-Osterweiterung eine eigenständige deutsche Ostpolitik zugrunde.

Der deutsche Staat betreibt auch in umfassenderem Sinn eine aktive Ostpolitik, der sich nach Gregor Schöllgen ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland (erst recht nach der Vereini-

---

<sup>1019</sup> Rühes Vorstoß darf auch als eine Reaktion der Bundesregierung auf das zeitgleiche Bestreben der USA bewertet werden, den Aufgabenbereich der NATO sicherheitspolitisch zu erweitern und diese damit zu einem Instrument der geopolitischen US-Interessen zu machen.

<sup>1020</sup> Vgl. Jutta Koch: Die NATO: zwischen Ambitionen, Attentismus und Aktionismus, in: Europäische Friedensordnung: Konturen einer Sicherheitsarchitektur, (Koordination: Wilfried Graf, Lutz Unterseher), Münster 1998, S. 52f.

gung) nicht entziehen könne. Aufgrund seiner geographischen Lage, der Nähe zu den osteuropäischen Staaten und seiner Größe wie Wirtschaftspotenz sei Deutschland regelrecht dazu gezwungen, an einer aktiven Ostpolitik interessiert zu sein und ordnungspolitische Aufgaben wahrzunehmen. Dafür sprächen auch die lange Tradition vermeintlich guter kultureller, wirtschaftlicher und politischer Beziehungen, aber ebenso auch die Entgleisungen der Beziehungen während des Ersten und Zweiten Weltkrieges, welche als Erblast an dem Nachfolgestaat des Deutschen Reiches hängen. »Diese Vergangenheit prägt die gemeinsame Zukunft. Das trifft auf die Beziehungen der Bundesrepublik zur Tschechoslowakei und zu den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ebenso zu wie in besonderem Maße auf diejenigen zum östlichen Nachbarn Polen, die in Zukunft von ähnlich herausragender Bedeutung sein dürften wie die zum westlichen Nachbarn Frankreich.«<sup>1021</sup>

Wenn auch eine stärkere Aktivierung der Ostpolitik eine Relativierung der seit der Adenauer-Ära stabil verlaufenden Westbindung des deutschen Staates bedeutete, so dürfe dies aber keineswegs implizieren, daß der deutsche Staat nunmehr das Ziel von Alleingängen bevorzuge. »Zu vermeiden (...) sind auch in Zukunft jene deutschen Alleingänge in der Ostpolitik, die sich für die Großmacht Bundesrepublik anbieten mögen.«<sup>1022</sup> Die Relativierung der Westbindung bedeutet in diesem Kontext, daß der »Westen«, der während des Kalten Krieges sehr eindringlich als eine transatlantische Angelegenheit angesehen wurde, nunmehr durch Europa eingeschränkt wird. Die USA sollen zunehmend aus dem europäischen Kontext herausgedrängt werden; das politische Europa will sich vor allem militär- und sicherheitspolitisch gegenüber den USA behaupten und beansprucht zunehmend den Begriff des »Westens« für sich, d.h. der Begriff wird als Synonym für eine transatlantische Partnerschaft aufgegeben und durch ein integriertes »Europa« ersetzt, in welchem dem deutschen Staat qua Selbstzuweisung und aufgrund seiner »mitteleuropäischen« Positionierung eine vermittelnde Rolle zwischen dem westlichen und östlichen Europa, welche einmal voneinander durch den »Eisernen Vorhang« getrennt waren, zukomme. Nicht zuletzt, weil der »Eiserne Vorhang« durch das geteilte Deutschland hindurchging, komme dem Fall der Berliner Mauer auch die Bedeutung des Falls des »Eisernen Vorhangs« zu, bzw. umgekehrt der Einheit Deutschlands das Symbol für die Einheit Europas.

---

<sup>1021</sup> Gregor Schöllgen: Die Macht in der Mitte Europas, a.a.O., S. 182.

<sup>1022</sup> Ebd.

## *Ablösung US-amerikanischer Hegemonie und die Selbstbehauptung Europas*

Der deutsche Staat hatte in seiner Geschichte zweimal in zutiefst imperialistischer Manier und unter strikter Beherzigung der sogenannten Prinzipien preußisch-deutscher Außenpolitik, die bis zu Friedrich den Großen zurückgehen, den Versuch unternommen, die aus seiner Sicht sich aus der »Mittellage« Deutschlands ergebene, stetig offene Sicherheitsfrage auf dem europäischen Kontinent militärisch und schließlich kriegerisch zu lösen. Der Erste Weltkrieg endete für den deutschen Staat mit der »Bauchlandung in Versailles«. »Die Sprengung der Versailler Fesseln durch Ausnutzung der bestehenden Rivalitäten zwischen England, Frankreich und den USA hatte dem deutschen Imperialismus einen zweiten Versuch gestattet. Die Antwort war Potsdam. Sie enthielt das Angebot der Wiedererlangung nationaler Souveränität. Allerdings nur, wenn auf Hegemonie aus dem europäischen Zentrum heraus in der skizzierten Kontinuität ein für allemal verzichtet würde.«<sup>1023</sup> Nach 1945 mußte sich, so Stuby, die Bundesrepublik mit der von den Siegermächten vorgegebenen sicherheitspolitischen Konstellation in Europa arrangieren. Eine Revision der »gefesselten Souveränität« des deutschen Staates sei der Möglichkeit nach nur zu verfolgen gewesen durch die Anerkennung der US-amerikanischen Hegemonie in Westeuropa.<sup>1024</sup> Konrad Adenauer hatte sich dementsprechend für die Westbindung entschieden.<sup>1025</sup>

Wenn sich der deutsche Staat nach 1945 mit der Hegemonie der USA in Westeuropa arrangieren mußte, so ist damit aber gleichzeitig auch zutreffend, daß jene Hegemonie der USA während der gesamten Zeitspanne bis zur deutschen Einheit 1989/90 nicht nur einen sowjetischen Expansionsdrang, so gut es ging, gezähmt, sondern auch einen allzu offensiven Einfluß des deutschen Staates auf die politischen Gestaltungen in Westeuropa verhindert hat.<sup>1026</sup>

Nach der deutschen Einheit hatte das Prinzip der doppelten Eindämmung Deutschlands und des »kommunistischen Expansionsdranges« seine Schuldigkeit getan; es war nunmehr zu einer stumpfen Waffe geworden, wenn sie sich nicht sogar gegen die Akteure wendete, d.h. sich die Vorzeichen vertauscht haben. Die Sowjetunion löste sich auf, wodurch die »kommunistische Bedrohung« aus dem Osten wegfiel, und der deutsche Staat kontrollierte innerhalb der europäischen Gemeinschaft die anderen Mitgliedstaaten mehr, als diese den deutschen Staat einzudämmen imstande waren. Schon die deutsche Einheit konnten die Regierungen der europäischen Staaten, die – etwa in Großbritannien und Frankreich – großes Mißtrauen gegen-

---

<sup>1023</sup> Gerhard Stuby: Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik, a.a.O., S. 215.

<sup>1024</sup> Vgl. Stuby, a.a.O., S. 216.

<sup>1025</sup> Vgl. Ludolf Herbst: Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag, 2. durchgesehene Auflage 1996.

<sup>1026</sup> Vgl. Gerhard Stuby: Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik, a.a.O., S. 216.

über der deutschen Einheit hegten, nicht verhindern. Mit der deutschen Einheit begann für die USA auf dem europäischen Kontinent die »Hegemonie-Krise«. Anzeichen einer Abkehr vom Multilateralismus und der westlichen, atlantischen Orientierung der deutschen Außenpolitik ergaben sich dann auch deutlich in der deutschen Außenpolitik gegenüber dem Bundesstaat Jugoslawien und der im Alleingang praktizierten diplomatischen Anerkennung Bosnien-Herzegowinas und Kroatiens als eigenständige, souveräne Nationalstaaten. Von einer einheitlichen europäischen Außenpolitik konnte in diesem Zusammenhang noch nicht gesprochen werden; vor allem der deutsche Staat war aus dem gesamten »westlichen«, auch westeuropäischen Kanon ausgebrochen und zwang die anderen Staaten nach seiner Pfeife zu tanzen.<sup>1027</sup>

Gleichzeitig galten die gescheiterten diplomatischen Versuche der westeuropäischen Staaten, den Bürgerkrieg im auseinanderfallenden Jugoslawien friedlich zu lösen, als weiterer Impuls für die Schaffung einer einheitlichen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (ESVP), deren Vorläufer: die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Sommer 1954 an der Französischen Nationalversammlung gescheitert war. Daß man bei der militärischen Intervention der NATO gegen Serbien, zu der man sich schließlich entschlossen hatte, in sehr deutlicher Form auf das militärische Potential der USA angewiesen war, sollte die EU dazu veranlassen, nicht nur in ökonomischer sondern auch in militärpolitischer Hinsicht mit den USA zu konkurrieren und den Aufbau eigener, von der NATO und den USA unabhängiger Verteidigungsstrukturen stärker voranzutreiben. Dieses Motiv läßt sich am besten durch die formelhafte Wendung von der »Selbstbehauptung Europas« bezeichnen, welche von Politikern sämtlicher wichtiger Parteien in Deutschland eine Zeitlang im Munde geführt wurde. Bereits 1987 äußerte sich der außenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Bundestag, Karl Lamers, in diese Richtung, um in der Konsequenz eine deutsch-französische Eingreiftruppe zu fordern, die er als Grundstein für eine eigenständige europäische Armee verstand: »Der Selbstbehauptungswille Europas ist durch alle Schattierungen meiner Fraktion das treibende Element. Es geht um die Zukunftssicherung im umfassenden Sinne, keineswegs nur um militärische Sicherheit. Dazu gehört auch die Wettbewerbsfähigkeit Europas im wirtschaftlichen und technologischen Bereich. Und dazu gehört, eine Rolle in der Welt zu spielen, die unserem Selbstwertgefühl entspricht.«<sup>1028</sup> Der »Selbstbehauptungswille Europas«, wie Lamers ihm als

---

<sup>1027</sup> Wolfgang Michal interpretiert solche Anzeichen deutscher Alleingänge als Menetekel, die deutsche Geschichte von 1870-1913 wiederhole sich. – Vgl. Wolfgang Michal: Deutschland und der nächste Krieg, Berlin 1995, S. 81.

<sup>1028</sup> Zit. n. Ralf Schröder: Die neue NATO. Globaler Interventionismus und innere Widersprüche, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999, S. 70-77; S. 73.

deutscher Außenpolitiker das Wort redete, war bereits drei Jahre vor der deutschen Einheit ein verklausulierter Selbstbehauptungswille des deutschen Staates gewesen, der sich auf der konservativen Seite, die immerhin seit 1982 die Bundesregierung stellte, mittlerweile schon stark genug wähnte, die jahrzehntelange Hegemonie der USA in Westeuropa mit eigenem Führungsanspruch in Frage zu stellen.

1998 schreibt der SPD-Außenpolitiker Egon Bahr eine »Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik«, deren Titel bereits nahelegt, daß es mehr um Deutschland und um die deutschen Interessen innerhalb Europas als um Europa selbst ging. Bahr war der Ansicht, »Europa« stehe vor der Entscheidung, eine Weltmacht werden zu wollen. Diese Entscheidung sei von existentieller Bedeutung in Hinblick auf die Frage, inwieweit in Abgrenzung zu den kulturellen Werten Ostasiens und dem »weitgehend auf rechenbare Effizienz gerichteten Strebens Amerikas« Europa in der Lage sei, seine eigenen Werte, die Bahr mit Wettbewerb und sozialer Verpflichtung identifizierte, im Zeitalter der Globalisierung zu bewahren. Nur als Weltmacht sei Europa dazu imstande. Als »globaler Mitspieler« trete Europa vor allem in Konkurrenz zu Amerika (USA). »Die Identität Europas, die in dem Begriff ›Mensch und Markt‹ zusammengefaßt werden könnte, ist eben nicht deckungsgleich mit dem Selbstverständnis Amerikas.«<sup>1029</sup>

Der Alt-Bundeskanzler und *Zeit*-Herausgeber, Helmut Schmidt, widmete der »Selbstbehauptung Europas« gleich ein ganzes Buch. Die Herstellung einer umfassenden Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nach außen betrachtet er als die dringlichste Aufgabe, um zu verhindern, daß die EU zu einer bloßen Freihandelszone verkomme und damit die wichtigen weltpolitischen Entscheidungen über die Köpfe der Europäer hinweg getroffen würden. »Nun geht es um die Selbstbehauptung der Nationen Europas. Nur eine handlungsfähige Europäische Union kann angesichts der weltweit drohenden Gefahren des 21. Jahrhunderts ein angemessenes Maß an Selbstbestimmung der europäischen Nationen auch gegenüber den Weltmächten aufrechterhalten.«<sup>1030</sup> Deshalb brauche Europa Führung, derer sich der deutsche Staat aber nur im europäischen Kanon, das wäre mindestens die »deutsch-französische Achse«, annehmen dürfe, weil alles andere nur stärkstes Mißtrauen und klare Ablehnung hervorrufen würde. Keinen Zweifel läßt Schmidt jedoch daran, daß die Selbstbehauptung Europas nicht nur angesichts sich neu herausbildender Weltmächte (China, Indien, Brasilien), sondern auch der alten (Rußland, aber vor allem die USA) von eindringlicher Notwendigkeit sei, sieht er doch die Gefahr der Instrumentalisierung des Nordatlantischen Bündnisses für globale US-amerikanische Politik. »Die Wahrscheinlichkeit einer Vielzahl von Krisen und Konflikten

---

<sup>1029</sup> Egon Bahr: *Deutsche Interessen – Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik*, München 1998.

<sup>1030</sup> Helmut Schmidt: *Die Selbstbehauptung Europas*, Stuttgart/München 2000, S. 17.



einerseits, der Wille der amerikanischen Supermacht andererseits, mit Hilfe ihrer Bündnissysteme in Europa, Asien und Amerika und ihrer allgemeinen Dominanz weltweit ihre Interessen und ihre Ideologien durchzusetzen, haben die EU-Staaten zu der Absicht einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik geführt. Unter den Staatslenkern in Europa wächst nämlich die Einsicht, daß sowohl die NATO als auch die EU als Ganze zu Instrumenten der Weltpolitik der USA umfunktioniert werden könnten.«<sup>1031</sup> Die USA verfolgten mit Hilfe der NATO die weltweite Durchsetzung von rein kapitalistischen Werten. Mit geradezu nietzscheanischem Duktus fordert Schmidt, der »Wille zur Selbstbehauptung der Europäer« müsse sich gegen den *missionarischen Eifer* der USA durchsetzen.<sup>1032</sup> »Die USA sind im Begriff, ihre für die europäischen NATO-Partner einst höchst wohltuende Schutzfunktion gegenüber einer damals aggressiv gerüsteten Sowjetunion umzuwandeln in einen weniger wohltuenden Hegemonialanspruch für Konfliktfälle gegenüber einstweilen unbestimmten zukünftigen Gegnern.«<sup>1033</sup>

Dem deutschen Staat standen mit Blick auf Europa und in Bezug auf die Konkurrenz zu den USA nach 1989/90 zwei geostrategische Optionen zur Verfügung. Einerseits bot sich die Fortsetzung oder Vertiefung der ursprünglichen Westorientierung als »Partner in Leadership«, d.h. die hegemonial ausgerichtete Zusammenarbeit mit den USA an, soweit Interessenkonvergenz bestünde. Andererseits konnte der deutsche Staat sich stärker in den europäischen Kanon einfügen, oberflächlich damit seine Partnerschaft zu den USA in einen europäisch koordinierten Konfrontationskurs umschwenken und unterhalb dieser Ebene seine Interessenorientierung zugleich stärker nach Osten, d.h. nach Osteuropa, einschließlich Rußland ausrichten. Die letzte Option stellte langfristig die geostrategische Variante dar, welche den deutschen Staat innerhalb Europas aus eigenem Antrieb heraus eine komfortable hegemoniale Machtposition verschafft, während die erste Option eine hegemoniale Stellung als »Juniorpartner« mit unsicherer Zukunft bedeutete, weil sie von dem Fortbestand der US-Hegemonie abhängig ist. Soweit es in der diplomatischen Umgangsform möglich und noch nicht erkenn-

---

<sup>1031</sup> Vgl. Schmidt, a.a.O., S. 185.

<sup>1032</sup> Vgl. Schmidt, a.a.O., S. 188. – Der »Wille zur Selbstbehauptung« ist ein verkappter *Wille zur Macht*, der auch gegenüber einer strategischen Partnerschaft mit Rußland nicht zurückschreckt. – Diese allerdings wäre kaum zu haben, ohne den Preis ihrer nicht vorhersehbaren, aber mit Sicherheit fatalen Konsequenzen bezahlen zu müssen. Die USA würden eine solche Partnerschaft zwischen Rußland und der EU als Affront bewerten, gerade weil in Rußland ein enormer Modernisierungsbedarf besteht, von dem in den wirtschaftlichen Beziehungen aufgrund ihrer geographischen Nähe ohnehin schon die EU mehr profitiert als die USA. – »Wenn also eine neue Blockkonfrontation droht, dann zwischen der EU und den USA. Und dabei könnte die EU bestrebt sein, Rußland mit seinem immer noch großen Atomwaffenpotential in den europäischen Block einzubeziehen, um den USA auf dieser Ebene die Stirn zu bieten. Das sind die neuen Konfliktlinien des 21. Jahrhunderts.« – Ulrich Cremer: »Militärische Emanzipationsversuche der EU«, in Ulrich Cremer / Dieter S. Lutz (Hg.): Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung, Hamburg 2000, S. 21-35; S. 35.

<sup>1033</sup> Vgl. Helmut Schmidt: Die Selbstbehauptung Europas, a.a.O., S. 70.

bar gewesen ist, welche Option sich als die praktikablere erweist, versuchten die jeweiligen Bundesregierungen bisher beide Optionen in moderater Form zugleich umzusetzen. Spannungen mit den USA waren dabei genausowenig auszuschließen wie auch mit Frankreich,<sup>1034</sup> welches für Deutschland in Bezug auf Europa der wichtigste Konkurrent und deshalb Führungspartner ist. Michael Jäger schreibt denn auch mit Blick auf die preußische Tradition der deutschen Außenpolitik und in Bezug auf das Verhältnis des deutschen Staates zu den USA: »Nach 1990 scheinen die Regierungen zu schwanken, welche preußische Rolle sie spielen sollen, die des Gehorsams oder die des Befehls, aber immer ist klar, daß sie Amerika gehorchen, wenn sie gehorchen, und daß sie wie preußische Kanzler befehlen, wenn sie befehlen.«<sup>1035</sup>

Um als Weltmacht mit den USA konkurrieren zu können, muß Europa aber militärisch aufrüsten, denn ohne eigenes militärisches Potential hätte Europa nicht das Gewicht einer Weltmacht, die ordnungspolitisch in das Weltgeschehen einzugreifen beansprucht.<sup>1036</sup> Helmut Schmidt hat für einen Sozialdemokraten extrem deutliche Worte gefunden, während bei dem sozialdemokratischen Vordenker Egon Bahr dieselbe Aussage dermaßen verklausuliert war, daß Arno Neuber ihn der sozialdemokratischen Lyrik bezichtigt. »Aber der Traum vom militärischen Riesen Europa ist keine Alternative zum amerikanischen Traum von der einzigen Weltmacht. Er ist eine Kampfansage an die USA – und an die ›Dritte Welt‹.«<sup>1037</sup>

### *Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP und GASP)*

Zwei von drei als wichtig erachteten Säulen für die Selbstbehauptung Europas werden mit der ökonomischen und politischen Integration Europas geschaffen. Parallel zur Entstehung einer politischen Union Europas rückt daher die Anstrengung der Mitgliedsstaaten zur Her-

---

<sup>1034</sup> Siehe Tilman Mayer: Konfliktlinien in der Atlantischen Allianz, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage 29-30/1999 zur Wochenzeitung: *Das Parlament*, 22-29. – Siehe auch Josef Joffe: Amerika und Deutschland, in: Karl Kaiser / Joachim Krause (Hg.): *Deutschlands neue Außenpolitik*, Bd. 3: Interessen und Strategien, München 1996. – Joffes These ist, daß West-Deutschland eine besondere Affinität zu den USA habe, weil die Deutschen von den Amerikanern erfolgreich liberalen Rechtsstaat, offene Gesellschaft, dezentrale Machtverteilung und freie Wirtschaft angenommen haben. – Vgl. Joffe, a.a.O., S. 118. – Damit sei Deutschland amerikanischer geworden als etwa England oder Frankreich. – Michael Jäger wendet gegen diese These ein, daß Deutschland auch eine preußische Traditionslinie beibehalten habe, die den deutschen Staat im Grunde immer noch im Ansatz anti-westlich erscheinen lasse. – Vgl. Michael Jäger: *Probleme und Perspektiven der Berliner Republik*, Münster 1999, Fn. 16, S. 174.

<sup>1035</sup> Jäger, a.a.O., S. 80.

<sup>1036</sup> »Eine gemeinsame europäische Armee, so wie sie hier entstehen könnte, ist eine Armee zur Abwehr von US-Hegemonieansprüchen.« – *Financial Times Deutschland* vom 21.3.2003.

<sup>1037</sup> Arno Neuber: Europäer an die Front. Der Aufbau einer EU-Armee kommt voran, obwohl Washington zähen Widerstand leistet, in: Jürgen Elsässer (Hg.): *Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen*, Hamburg 2002, S. 90.

stellung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), bzw. einer europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (ESVP) als dritte Säule ins Zentrum der europäischen Anstrengungen. Die Selbstbehauptung Europas wird nunmehr vor allem unter sicherheits- und verteidigungspolitischen Gesichtspunkten diskutiert. Man will mit den USA um die militärischen Ordnungsaufgaben in der Welt konkurrieren und deswegen militärische Verteidigungs- und Sicherungssysteme aufbauen, die von den bisherigen NATO-Strukturen unabhängig sind, diese langfristig unter Umständen sogar ersetzen können. Eine solche *militärische Selbstbehauptung* hätte auf längere Sicht gesehen belebende Rückwirkungen auf die Ökonomie. Die EU macht sich damit nämlich zu einer imperialistischen Militärmacht, die wie die USA in Regionen militärisch intervenieren kann, wo sie sich davon einen verbesserten Zugang zu Rohstoffen, bzw. allgemein zu Märkten verspricht. Haben im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine solche Praxis die europäischen Nationalstaaten auch gegeneinander betrieben, können sie sich heute nur zusammen als EU gegen die USA durchsetzen.

Die Außenpolitik der europäischen Staaten war, weil ihnen bisher in der Weltpolitik die militärische Potenz gefehlt hatte, weitgehend an der multilateralen Diplomatie, d.h. am Verhandlungsprinzip orientiert gewesen. Dieses Prinzip erwies sich aus Sicht der Militärs und Außenpolitiker als unzureichend, zumal die einzelnen europäischen Nationalstaaten kein einheitliches Interesse verfolgten, sondern in ihren Interessen gemäß der gegenseitigen Staatenkonkurrenz durchaus ganz gegensätzlich waren. Dementsprechend werden an die drei großen und traditionellen europäischen Mächte Erwartungen gerichtet, den europäischen Integrationsprozeß voranzutreiben. Eine Vereinheitlichung der Außenpolitiken der einzelnen europäischen Staaten zu einer *Europäischen Außenpolitik* erweist sich allerdings als äußerst schwierig. Die Vereinheitlichung scheint nur über die nationale Konkurrenz und in Abgrenzung zu den USA zustande zu kommen, wobei auch hier divergierende Interessen etwa zwischen Großbritannien und Frankreich die Vereinheitlichung behindern. Während die französische Regierung sehr entschieden das Modell autonomer, d.h. von der NATO separater europäischer Militärstrukturen bevorzugt, setzten sich die Briten sehr lange für eine europäische Militärkomponente innerhalb der NATO ein, die lediglich nach Rücksprache, d.h. mit dem Einverständnis der USA für die militärische Durchsetzung von europäischen Interessen separiert und eingesetzt werden dürfe. In der Position der britischen Regierung kam bisher die Skepsis gegenüber einem integrierten Europa zum Ausdruck, die sie mehr Sympathien für eine transatlantische Achse hegen ließ. Somit reduzierten sich die Erwartungen auf Frankreich und Deutschland. – Der deutsche Staat mußte jedoch nach 1989/90 erst einmal »normalisiert« werden, bevor er als gravierender Faktor einflußreiche europäische Außenpolitik betreiben konnte. Die Bundesregierung versucht aber ihre »eigene Position maximal zu stärken, indem man es

gierung versucht aber ihre »eigene Position maximal zu stärken, indem man es vermeidet, sich zu früh »zwischen Paris und Washington entscheiden« zu müssen. Noch fehl[t]en Deutschland wesentliche Insignien und Mittel einer nicht nur ökonomischen Großmacht.«<sup>1038</sup>

Gegen eine gemeinsame europäische Außenpolitik haben die USA nichts einzuwenden, im Gegenteil: Die US-Regierung würde es begrüßen, hätte sie es in Verhandlungen mit Europa nicht mit etlichen Außenministern der jeweiligen Staaten zu tun, sondern mit einem einzigen von allen Ländern der EU legitimierten Vertreter in außenpolitischen Fragen. Gegen eine von der NATO und damit von dem Einfluß der USA unabhängige europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik haben die USA allerdings einiges einzuwenden und versuchen, solange es geht, den Abstimmungs- und Entstehungsprozeß zu behindern und damit hinauszuzögern, weil sie um den vollständigen Verlust ihres hegemonialen Einflusses auf dem europäischen Kontinent fürchten. Ewig verhindern wird sich eine eigenständige »Militärmacht Europa« durch die USA jedoch nicht, weil die Entscheidungen diesbezüglich ausschließlich in den Kompetenzbereich der zu schaffenden europäischen Souveränität, d.h. in den der noch souveränen europäischen Nationalstaaten fallen. Da die europäische Integration in die entscheidende *finale* Phase übergegangen ist, d.h. die europäischen Mitgliedsstaaten grundlegende Bereiche ihrer nationalstaatlichen Souveränität an geschaffene europäische Instanzen abgeben, bedeutet die Einigung und Schaffung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik letztendlich eine notwendige Souveränisierung der EU in einem entscheidenden, dem militärischen Bereich, in dem sie bisher als nicht oder kaum handlungsfähig angesehen wurde.

Bei der Schaffung einer europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik griff man auf die vorhandenen politischen und militärischen Strukturen der WEU zurück, die aus der Retrospektive gleichsam als Vorläuferin der ESVP angesehen werden darf. Die WEU wurde 1954 unter NATO-Aufsicht von Frankreich, Großbritannien und den Beneluxstaaten zur weiteren Absicherung gegen ein befürchtetes Wiedererstarken Deutschlands gegründet. Bereits ein Jahr später wurden gemäß des allumspannenden Prinzips *Eindämmung durch Einbindung* (Westbindung) die ehemals faschistischen Staaten Deutschland und Italien in die WEU aufgenommen. Während des Kalten Krieges hat die WEU aber keine besondere Bedeutung angenommen. 30 Jahre war die WEU wegen mangelnden Bedarfs gleichsam eingefroren, d.h. von der NATO überlagert worden. Dennoch zeigte sich seit Mitte der 80er Jahre, wie bedeutsam diese geschaffene und im Prinzip eigenständige europäische Verteidigungsstruktur für Westeuropa war, als im Kontext der Abrüstungsaktivitäten seitens der USA und der Sowjet-

---

<sup>1038</sup> Neuber, a.a.O., S. 91.

union die Bundesrepublik zusammen mit Frankreich auf die Strukturen der WEU zurückgriff mit dem Zweck, einen »unabhängigen westeuropäischen NATO-Pfeiler« zu schaffen. Dies geschah unter dem Vorwand, daß die Abrüstung in Europa bedeutet, das Abschreckungsprinzip des Kalten Krieges werde aufgegeben, wodurch im Endeffekt konventionelle Kriege wieder wahrscheinlicher werden könnten, und deshalb müßten die Westeuropäer in Zukunft für ihre eigene Sicherheit selbst garantieren können. Dies war der Beginn der europäischen Selbstbehauptungsbestrebungen. Europäische Rüstungsprojekte, die in einem nationalen Rahmen nicht mehr finanzierbar waren, sollten gemeinschaftlich finanziert und genutzt werden.<sup>1039</sup>

Im Jahr 1988, in dem der WEU Spanien und Portugal beitraten, wurde ein deutsch-französischer Verteidigungsrat eingerichtet, der eben auch hier einen klaren Führungsanspruch der »deutsch-französischen Achse« erkennen ließ. Im Bundestag protestierte zwar damals noch geschlossen die Bundestagsfraktion der Grünen, aber die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten verhielt sich zustimmend gegenüber einem deutsch-französisch dominierten militärischen Europa; der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Horst Ehmke, erklärte allgemein zustimmend, daß die politische Handlungsfähigkeit Europas nur durch eine deutsch-französische Schrittmacherrolle hergestellt werden könne. Schon zu diesem Zeitpunkt war mit *politischer Handlungsfähigkeit* diejenige gemeint, die sich gegen den Einfluß der USA richtete. – Die britische Regierung, welche sich zwischen den USA und Europa hin- und hergerissen fühlte, ging seitdem auf Distanz. Mit der »deutsch-französischen Achse« zeichnete sich ein Herausdrängen der USA aus Europa ab, welches nicht im Interesse Großbritanniens sei, das die amerikanische Präsenz auf dem europäischen Kontinent als Sicherheitsgarantie vor allem vor Deutschland befürwortete.<sup>1040</sup> Die französische Regierung betreibe ein waghalsiges Spiel, wenn sie dem deutschen Staat eine partnerschaftliche Führung über Europa ermögliche, in der letztendlich Frankreich die nichtigere Rolle spielen müßte.

Im März 1990 machte der Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher im Zuge der Auflösung der bipolaren Welt den Vorschlag, die ehemals verfeindeten Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt in einem »neuen System kollektiver Sicherheit« zusammenzuführen. Was auf den ersten Blick wie eine umfassende Initiative zur langfristigen Sicherung des Friedens aussah, hätte faktisch das abrupte Ende der US-Hegemonie in der NATO und damit über Europa bedeutet. Der deutsche Staat hätte davon wiederum übergebührend profitiert, weswe-

---

<sup>1039</sup> Vgl. Ralf Schröder: Die neue NATO. Globaler Interventionismus und innere Widersprüche, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999, S. 70-77; S. 72.

<sup>1040</sup> Vgl. Schröder, a.a.O., S. 73.

gen es nicht verwunderlich war, daß die USA und auch Großbritannien am vehementesten dagegen waren.

Weil dieser Vorschlag von Genscher also nicht zu realisieren war, ergriffen Helmut Kohl und François Mitterrand gemeinsam die Initiative und schlugen am 14. Oktober 1991 im Rahmen der WEU die Einführung einer deutsch-französischen Brigade vor, die den »Kern für ein europäisches Korps« ausmachen sollte.<sup>1041</sup> Seitens der USA, Großbritanniens, aber auch der italienischen wie der belgischen Regierung brachte das den Vorwurf ein, der deutsche und französische Staat würden damit ihren gemeinsamen Führungsanspruch in Form eines Zweibundes (Tandem) begründen und hätten eine Idee wiederaufgegriffen, die bereits schon Charles de Gaulle und Konrad Adenauer ins Auge gefaßt hatten.<sup>1042</sup> Die Initiative wurde von den europäischen Nachbarn aber auch deshalb mit Skepsis gesehen, weil sie die »Gefahr einer Erosion des NATO-Bündnisses und damit einer langfristig wirksamen, überproportionalen Stärkung der Bundesrepublik auf Kosten einzelner ihrer europäischen Partner« sahen.<sup>1043</sup>

Mutmaßliches Motiv zumindest Frankreichs wird gewesen sein, Europa zu Lasten des atlantischen Bündnisses (NATO), unter französischer Führung, zu stärken. Eine deutsch-französische Brigade sollte deshalb den Grundstein für ein wirkliches Eurokorps legen: für eine zunächst in den Rahmen der WEU eingebundene, später dann komplett europäische Armee. Am 21.1.1993 erfolgte die Unterzeichnung des entsprechenden Abkommens, in dem das zu schaffende Eurokorps an die NATO-Allianz gebunden wurde. Dieses Abkommen sollte ein taktisches Signal sein, um allen Befürchtungen der europäischen und transatlantischen Nachbarn entgegenzuwirken, aber langfristig war bereits hier beabsichtigt, eine europäische Armee ins Leben zu rufen, die einmal unabhängig von den NATO-Strukturen bzw. von den USA, welche die NATO dominieren, operieren könne. Nur vorläufig sollte also das Eurokorps keine militärische Unabhängigkeit besitzen, d.h. an die NATO-Strukturen gekoppelt bleiben.<sup>1044</sup>

Die Existenz der NATO bedeutete für Deutschland und Frankreich nämlich ein Hindernis für das Anstreben einer partnerschaftlich geteilten Hegemonie in Europa. Aus diesem Grund suchte die Bundesregierung eben nach Alternativen und war bestrebt, die NATO der Bedeutungslosigkeit zu überantworten. Bereits auf der NATO-Tagung im Jahre 1992 formulierte der Bundesverteidigungsminister Volker Rühle die deutsch-französische Position zur NATO in dieser Form: »Die NATO ist ein Bündnis für eine Area. Dabei bleibt es. Für Einsätze au-

---

<sup>1041</sup> Vgl. *Europa-Archiv*, 46, 1991, D 574.

<sup>1042</sup> Vgl. Gregor Schöllgen: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, a.a.O., S. 193.

<sup>1043</sup> Gregor Schöllgen: *Die Macht in der Mitte Europas*, a.a.O., S. 180f.

<sup>1044</sup> Vgl. Gregor Schöllgen: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, a.a.O., S. 193.

Berhalb ist etwas anderes nötig. Hätten wir eine handlungsfähige Westeuropäische Union mit einer europäischen Eingreiftruppe unter deutscher Beteiligung, die abschrecken und auch eingreifen könnte, dann wäre das die richtige Antwort.«<sup>1045</sup>

Seitdem erfolgten die Schritte einer Militarisierung der europäischen Außenpolitik im beschleunigten Tempo.<sup>1046</sup> In Maastricht wurde 1992 für die EU die Möglichkeit geschaffen, das westeuropäische Militärbündnis (WEU) mit Kriseneinsätzen zu beauftragen.<sup>1047</sup> Proteste seitens der USA wurden weitgehend ignoriert. Noch im Herbst desselben Jahres kam es zum ersten Einsatz des Eurokorps vor der jugoslawischen Küste zur Kontrolle der Adria im Rahmen des Konfliktes auf dem Balkan. – Überhaupt läßt sich erkennen, daß die Schaffung einer europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik immer dann in Fahrt geriet, wenn durch äußerliche Bedrohungen die Regierungen sich genötigt sahen, von ihren nationalen Partikularinteressen weitgehend abzusehen. Die Krise auf dem Balkan kann hier wie schon der Golfkrieg von 1991 als Initialzündung gelten.

Im Grunde gilt noch immer, was Hegel über den Krieg geschrieben hat, den er als notwendigen Konflikt zwischen Staaten im Naturzustand verteidigte, weil über ihnen kein schlichtender *Prätor* vorhanden sei: Solche militärischen Konflikte wären *glückliche Kriege*, wenn sie nach innen die Staatsmacht stärkten und Unruhen verhinderten, weil die Einzelnen durch die äußerliche Bedrohung einen Patriotismus entwickelten, der das gesellschaftliche Ganze besser zusammenhalte. – »Wenn (...) eine Anzahl von Staaten sich zu einer Familie macht, so muß sich dieser Verein als Individualität einen Gegensatz kreieren und einen Feind erzeugen. Aus Kriegen gehen die Völker nicht allein gestärkt hervor, sondern Nationen, die in sich unverträglich sind, gewinnen durch Kriege nach außen Ruhe im Innern.«<sup>1048</sup> Der Moralsoziologe Karl Otto Hondrich schreibt denn auch, daß der Krieg im ehemaligen Jugoslawien die Konturen dieser gemeinsamen europäischen Identität sichtbar werden ließ. Der Krieg »zeigt, was Europa ist, indem er verdeutlicht, für *welche* Werte es steht, *wer* diese Werte teilt, also dazu-

---

<sup>1045</sup> Zit. n. Ralf Schröder: Die neue NATO. Globaler Interventionismus und innere Widersprüche, a.a.O., S. 74.

<sup>1046</sup> Vgl. Arno Neuber: Europäer an die Front, a.a.O., S. 91ff. – Siehe auch Volker Böge: »Schritt für Schritt und immer schneller – Die Militarisierung der europäischen Integration«, in: *Wissenschaft & Frieden*, 3/2000, S. 6.

<sup>1047</sup> »1992 sprengte die WEU handstreichartig per Ministerbeschluß und vorbei an den nationalen Parlamenten ihren strikt defensiven Vertragszweck. Aus dem Verteidigungsbündnis wurde eine Interventionsallianz, zumindest auf dem Papier. Inzwischen hat sich die Europäische Union die sogenannten Petersberg-Aufgaben zu eigen gemacht. Indem sie nun die entsprechenden militärischen Kapazitäten bereitstellt, schickt sie sich an, die umdefinierte Rolle der WEU auch auszufüllen.« – Reinhard Mutz: »Europa unter falscher Flagge«, in Ulrich Cremer / Dieter S. Lutz (Hg.): Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung, Hamburg 2000, S. 16-20; S. 17. – Die »Petersberg-Aufgaben« wurden im Juni 1992 als Aufgabenerweiterung zunächst der nationalen Streitkräfte der WEU-Staaten beschlossen. Sie umfassen neben Rettungseinsätzen und friedenserhaltenden Maßnahmen unter UN-Aufsicht (»Blauhelm-Missionen«) auch »Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung« sowie »Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens«. – Siehe *Bulletin* der Bundesregierung, Nr. 68 vom 23.06.1992.

<sup>1048</sup> Siehe G.W.F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts, Werke Bd. 7., §324, Zusatz.

gehört, *ob und wie* es sich durchsetzt und *was* es von sich selbst weiß oder verdrängt.«<sup>1049</sup> Gerade der Bürgerkrieg im auseinanderfallenden Jugoslawien führte den EU-Staaten in aller Deutlichkeit vor Augen, daß sie ohne die USA nicht in der Lage waren, ihre eigenen »Sicherheitsinteressen« gemeinschaftlich zu regeln.<sup>1050</sup> Die Supermacht USA erwies sich als einzige effiziente Ordnungsmacht für Europa. – Dies vor allem deshalb, weil sich die EU bisher nicht als unabhängige Militärmacht behaupten konnte. Damit hatten die USA ihren Einfluß in Europa zeitweilig wieder gefestigt, nachdem dieser mit der deutschen Einheit Anfang der 90er Jahre zunehmend verloren gegangen war.

Im Frühjahr 1996 beschlossen die EU-Außenminister vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs im auseinanderfallenden Jugoslawien, die sogenannte Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (EVSI) in der NATO weiter auszubauen. Im April desselben Jahres gaben auf der NATO-Frühjahrestagung in Berlin die USA dem Drängen des deutsch-französischen Vorhabens nach und akzeptierten den Wunsch der WEU, militärische Aktionen eigenständig durchführen zu wollen und dabei NATO-Bestände nutzen zu können.<sup>1051</sup> Das Nachgeben der USA war allerdings an die Bedingung geknüpft, daß dem NATO-Rat ein Veto-Recht eingeräumt werde, wenn es um den Gebrauch der NATO-Ressourcen gehe. Mit anderen Worten: Grünes Licht für eigenständige militärische Aktionen der WEU wollten die USA davon abhängig machen, daß damit nicht die Interessen der Supermacht im Widerspruch stünden. – Weil es aber genau um diese Konkurrenz zwischen den USA und Europa geht, wenn von der EU eine eigenständige Verteidigungsidentität entwickelt wird, sind die europäischen Staaten, angeführt von Frankreich und Deutschland, daran interessiert, eine Streitmacht aufzubauen, die langfristig von NATO-Ressourcen nicht mehr abhängig ist.

Im Juni 1997 wurde deshalb auf dem EU-Gipfel in Amsterdam eine gemeinsame Verteidigungspolitik festgelegt, die zu einer Stärkung der europäischen Identität, d.h. zu einer Vereinheitlichung und einheitlichen Ausrichtung der militärischen Verteidigung führen soll.<sup>1052</sup> Als gemeinsame Aufgaben wurden humanitäre Einsätze, friedenserhaltende Maßnahmen, Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung und sogenannte »friedensschaffende« Maßnahmen festgelegt.<sup>1053</sup> Auf der WEU-Tagung in Erfurt wurde im selben Jahr sogar eine europäische Rüstungsagentur beschlossen, deren Aufgabe in der Koordination einer arbeitsteiligen Beschaffung von militärischen Geräten bestehen soll, so daß nicht jedes EU-Mitglied nach dem

---

<sup>1049</sup> Karl Otto Hondrich: Einigung im Krieg, in ders.: Wieder Krieg, Frankfurt a.M. 2002, S. 130-158; S. 131.

<sup>1050</sup> Vgl. Michael Fischer: »New World Order statt Weltherrschaft – »Globale Sicherheit« aus transatlantischer Perspektive«, in: sopus 7/2002, Internet: ><http://www.sopus.org/aufsaeetze/3d1ca0fa61d41/1.phtml><.

<sup>1051</sup> Vgl. Ralf Schröder: Die neue NATO. Globaler Interventionismus und innere Widersprüche, a.a.O., S. 74f.

<sup>1052</sup> Vgl. Vertrag von Amsterdam, Art. 1.

<sup>1053</sup> Vgl. Vertrag von Amsterdam, Titel V, Art. J.7.



Prinzip der nationalstaatlichen Souveränität sein nationales Militär hochrüstet und parallel Doppelungen entstehen, die nur unnötig kostspielig aber kaum effizient sind.<sup>1054</sup> Die Koordination soll dagegen den einzelnen Staaten ein Rüstungsprogramm auferlegen, mit welchem die nationalen Militärausstattungen einander verzahnt und damit Teile eines Ganzen werden: einer europäischen Streitmacht, die in ihren Teilen nicht mehr, aber als Ganzes um so schlagkräftiger einsetzbar ist. Da es darum geht, eine Streitmacht zu schaffen, die von der NATO unabhängig operieren kann, müssen auch Investitionen getätigt werden, die das Militärbudget einzelner Staaten überfordern würde. In gemeinsamer Planung, können dagegen auch größere Investitionen wie die Beschaffung eines eigenen Satelliten-Navigations-Systems (»Galileo«)<sup>1055</sup> getätigt werden. Die *FAZ* kommentierte die Ergebnisse der WEU-Tagung in Erfurt folgendermaßen: »Daß das europäische Gewicht in der Allianz künftig größer werden soll, war bislang schon ein Bestandteil der eurodiplomatischen Sprachregelung. Wenn denn die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität tatsächlich Gestalt annimmt, wie zu hoffen ist, und sich nicht nur in eleganten Institutionen erschöpft, sondern in militärischen Fähigkeiten ausdrückt, dann wird sich das vorteilhaft auswirken.«<sup>1056</sup>

Der 4. Dezember 1998 ist schließlich ein folgenschweres Datum für die Fortentwicklung der europäischen Verteidigungsidentität gewesen: Auf dem an diesem Tag stattgefundenen Treffen der Regierungschefs Frankreichs und Großbritanniens in St. Malo konnte Jacques Chirac den britischen Premier Tony Blair dazu bewegen, die bis dato immer wieder bekräftigte britische Ablehnung einer von der NATO unabhängigen europäischen Streitmacht aufzugeben. Im Einvernehmen forderten die beiden Regierungschefs, die EU müsse »über eine autonome Handlungsfähigkeit verfügen, die sich auf glaubwürdige militärische Kräfte stützt, mit der Möglichkeit, sie einzusetzen, und mit der Bereitschaft, dies zu tun, um auf internationale Kri-

---

<sup>1054</sup> Große Nationalstaaten wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland werden freilich daran interessiert sein, solche Parallelstrukturen möglichst lange aufrechtzuerhalten, um sich damit militärpolitische Souveränität als Nationalstaat zu erhalten. Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee gemäß den Verteidigungspolitischen Richtlinien, wie sie von den Bundesverteidigungsministern Volker Rühle 1992 und Peter Struck 2003 erlassen wurden, zeugen von dieser Denkweise.

<sup>1055</sup> Bisher waren die Europäer auf das amerikanische Satelliten-Navigations-System (»GPS«) angewiesen. – Es dient neben ziviler Zwecke hauptsächlich zur modernsten Kriegführung. Mit dieser Technik können angeblich »punktgenau« lasergesteuerte Raketen ins Ziel treffen und Truppenbewegungen des Feindes aus dem Weltall sehr genau beobachtet werden; es dient auch einer verbesserten Kommunikation zwischen den eigenen Truppenteilen, so daß – so heißt es – die »kollateralen Schäden« (zivile Opfer) im Krieg verringert werden können, aber auch die Gefallenen auf der eigenen Seite. – Inwieweit eben durch diese modernste Waffentechnik der Krieg tatsächlich »humaner« wird, kann nicht wirklich bestätigt werden, denn wie sich im dritten Golfkrieg (2003) gezeigt hat, trafen dennoch US-Raketen Häuser von Privatfamilien oder andere »zivile Objekte«. – »Galileo« gilt dennoch als strategische Schlüsselinvestition, denn erst mit einem eigenen Satelliten-Navigations-System wäre auch eine europäische Streitmacht wirklich in der Lage, von der NATO und den USA unabhängig Kriege zu führen.

<sup>1056</sup> *FAZ* zur WEU-Tagung 1997 in Erfurt.

sen zu reagieren«.<sup>1057</sup> Erst mit diesem britisch-französischen Gipfel, auf dem die britische Regierung ihre bisherige Ablehnung einer eigenständigen europäischen Streitmacht in Zustimmung wandelte, kann von einer wirklichen Wiederbelebung der ESVP gesprochen werden, nachdem der erste Versuch (EVG) im Sommer 1954 durch die Verweigerung der französischen Nationalversammlung gescheitert war. Das Umschwenken Großbritanniens fand vor dem Hintergrund des NATO-Krieges gegen Serbien statt, in dem sich die europäischen Staaten in sicherheitspolitischer Hinsicht von den USA abhängig erwiesen. Der Krieg gegen Serbien gilt denn auch als »Vater der EU-Militarisierung«.<sup>1058</sup>

Im ersten Halbjahr 1999 kam Deutschland turnusgemäß die Präsidentschaft sowohl der EU wie auch der WEU zu. Der Doppelvorsitz sollte dazu genutzt werden, die Europäisierung der Außen- und Sicherheitspolitik maßgeblich voranzutreiben. Auf der Tagung der »Western European Armaments Group« (WEAG), zu der neben den zehn WEU-Mitgliedstaaten auch die Türkei, Norwegen und Dänemark gehören, wurde im Januar 1999 abermals über die Entwicklung einer europäischen Rüstungsagentur und Neuordnung der europäischen Rüstungsindustrie diskutiert. Einen Monat später, im Februar 1999 fand die jährliche Konferenz für Sicherheitspolitik (München) statt, auf der der Bundesaußenminister Joschka Fischer einerseits für den Fortbestand des atlantischen Bündnisses plädierte, andererseits aber forderte, daß die EU »die Fähigkeit auch für ein eigenes Krisenmanagement entwickeln [müsse], wann immer aus europäischer Sicht ein Handlungsbedarf besteht.«<sup>1059</sup>

Im Mai 1999 trafen sich dann die Regierungschefs und Außenminister der WEU zu ihrer Ministerratstagung und bilanzierten den bisher erreichten Stand ihres militärischen Einsatzpotentials. Dabei stellten sie fest, daß die europäische Armee in spe noch über verschiedene Defizite verfügt: zum einen im Bereich der militärischen Beobachtung (Aufklärungssatellit), zum anderen in Bezug auf den schnellen und effektiven Transport von Truppen und Waffen in ferne Regionen, aber auch hinsichtlich der Kommunikation und Koordination zwischen verschiedenen Truppenverbänden sowie in der Organisation militärischer Führung. Das Resümee fiel entsprechend nüchtern aus: man bleibe weiterhin bei längeren und größeren militärischen Einsätzen auf das Kontingent der NATO angewiesen.

Anfang Juni 1999 verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs der WEU, auf den defizitären Gebieten verstärkte Rüstungsanstrengungen zu unternehmen. Bis Ende 2000 sollte die WEU in die Europäische Union eingegliedert werden und damit die EU imstande sein, eigenständige Militäreinsätze durchzuführen. Die EU soll ein Militärbündnis werden, welches

---

<sup>1057</sup> Siehe »Frankreich-Info«, Nr. 93, Französische Botschaft in Bonn, 8.12.1998.

<sup>1058</sup> Siehe Böge, a.a.O., S. 6.

<sup>1059</sup> Pressereferat des Auswärtigen Amtes, Bonn, 6.2.1999.

über eigene Krisenreaktionskräfte verfügt. Dafür war bereits im November 1993 von Deutschland und Frankreich das Eurokorps geschaffen worden, dem nach und nach andere EU-Staaten beitraten und welches Ende 1995 schließlich mit 55.000 Soldaten aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und Spanien einsatzbereit war. Dieses Eurokorps sollte nun in die EU überführt werden und die Basis für eine gemeinsame europäische Verteidigungsidentität ausmachen. In der Kölner »Erklärung zur Stärkung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« heißt es: »Wir, die Mitglieder des Europäischen Rates, wollen entschlossen dafür eintreten, daß die Europäische Union ihre Rolle auf der internationalen Bühne uneingeschränkt wahrnimmt. Hierzu beabsichtigen wir, der Europäischen Union die notwendigen Fähigkeiten und Mittel in die Hand zu geben, damit sie ihrer Verantwortung im Zusammenhang mit einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gerecht werden kann.«<sup>1060</sup>

Die Zielsetzung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsidentität wurde von den USA als eine Provokation aufgenommen. Entschiedener Widerstand seitens der US-Regierung war die Folge. Der US-Außenminister Strobe Talbott äußerte auf der Konferenz zur Zukunft der NATO in London im Oktober 1999, daß die Vereinigten Staaten zwar für die ESVI seien, allerdings möchten sie »keine ESVI, die erst innerhalb der NATO entsteht, dann aber der NATO entwächst und sich schließlich der NATO entfremdet, denn das würde zu einer ESVI führen, die anfänglich ein Duplikat der NATO wäre, aber mit der Zeit mit der NATO konkurrieren könnte.«<sup>1061</sup> Mit anderen Worten: Die USA würden einem europäischen Verteidigungsbündnis nicht im Wege stehen, wenn dieses klar eingebunden und Bestandteil der NATO ist und bleibt und damit die Europäer mehr Verantwortung innerhalb der NATO, d.h. unter der Vorherrschaft der USA übernehmen. Unter *vermehrter Verantwortungsübernahme* verstehen die USA vor allem die vermehrte Übernahme finanzieller Lasten. Die US-Administrationen »verteidigen die US-dominierten NATO-Strukturen gegen die Doppelung von Kommandoeinrichtungen und widersetzen sich der Bildung eines »european caucus«, eines europäischen Gremiums, in dem die Euro-Fraktion in der NATO ihre Interessen abstimmt, bevor sie im NATO-Rat mit den USA verhandelt.«<sup>1062</sup>

Von den wachsenden Differenzen zwischen den USA und der EU unberührt, legten sich die Regierungschefs und Außenminister der EU-Mitgliedstaaten im Dezember 1999 auf dem Gip-

---

<sup>1060</sup> ESVP: Schlüsselprojekt der europäischen Einigung, S. 2, Internet: ><http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu-politik/gasp/ESVP.html><.

<sup>1061</sup> Strobe Talbott: »America's Stake in a strong Europe«, Rede des US-Außenministers am Royal Institute of International Affairs in London, Homepage der US-Botschaft, (deutsche Übersetzung: ><http://www.dgap.org/IP/ip0003/talbott071099.htm><).

<sup>1062</sup> Arno Neuber: Europäer an die Front. Der Aufbau einer EU-Armee kommt voran, obwohl Washington zähen Widerstand leistet, a.a.O., S. 94.

fel in Helsinki konkret fest auf die Einrichtung einer EU-Interventionstruppe: »Bis zum Jahr 2003 sollen rund 50.000 bis 60.000 Soldaten, ausgerüstet mit hoch modernem Material, innerhalb von sechzig Tagen mobilisiert werden können, um bei Konflikten selbst in peripheren Gebieten auf diesem Globus rasch nach dem Rechten sehen zu können.«<sup>1063</sup> Die Einsatzdauer für die Interventionstruppe soll für mindestens ein Jahr konzipiert sein. – Bei einer Truppenstärke von 50.000 bis 60.000 Soldaten (inklusive Transportmittel und Logistik) erfordert dies die Bereitstellung einer ebenso großen Reservearmee, die nach sechs Monaten die eingesetzten Truppen ablösen kann. Mit anderen Worten: das Kontingent umfaßt insgesamt 120.000 Soldaten. Die Realisierung eines solchen Vorhabens erfordert neben der Bereitstellung immenser Finanzmittel auch die entsprechende Logistik. Zu diesem Zweck wurden drei Gremien beschlossen, die den Ausbau der Militärunion manifestieren und zusätzlichen Konfliktstoff mit den USA bedeuten, weil hier parallele und von der NATO unabhängige Strukturen geschaffen werden.<sup>1064</sup>

Ein ständiger Ausschuß für politische und Sicherheitsfragen (APS) soll mit der Aufgabe betraut werden, die mit der politischen Kontrolle und der strategischen Leitung von zukünftigen Militärinterventionen der EU umrissen sind. Ein Militärausschuß (MA) soll die Befugnis zur Entscheidung für militärische Interventionen haben. Dieses Gremium ist zusammengesetzt aus den Stabschefs der Mitgliedstaaten und wird anstelle des EU-Parlamentes, welchem allenfalls die Anhörung und ein Rückholgebot, nicht aber ein Parlamentsvorbehalt zugestanden wird, über Krieg und Frieden entscheiden. Ein Militärstab (MS) soll unterstützend und strategisch beratend dem Militärausschuß zur Seite gestellt werden. In diesem dritten Gremium, welches gleichsam als ein »think tank« für militärisches Fachwissen gelten kann, sollen militärische Lageanalysen gemacht werden, die der EU als »Frühwarnsystem« dienen.

Als (vorübergehende) Kompromißformel hinsichtlich des Verhältnisses zwischen EU und NATO wurde auf dem EU-Gipfel in Helsinki im Abschlußdokument schriftlich festgehalten: »Der Europäische Rat unterstreicht seine Entschlossenheit, die Union in die Lage zu versetzen, autonom Beschlüsse zu fassen und in den Fällen, in denen die NATO als Ganzes nicht einbezogen ist, als Reaktion auf internationale Krisen EU-geführte militärische Operationen einzuleiten und durchzuführen.«<sup>1065</sup> Die US-amerikanische Toleranzgrenze war dennoch er-

---

<sup>1063</sup> *Handelsblatt* vom 10./11.12.1999.

<sup>1064</sup> Vgl. Georg Polikeit: »Groß-Europa« wird weiter ausgebaut«, in: *ZU* vom 24.12.1999.

<sup>1065</sup> Dokumentation der *FR* vom 24.7.2000. – Siehe auch Europäischer Rat (Helsinki), 10. und 11. Dezember 1999, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, II. Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Internet: >[http://europa.eu.int/council/off/conclu/dec99/dec99\\_de.htm](http://europa.eu.int/council/off/conclu/dec99/dec99_de.htm)<. – Darin: »Die NATO bleibt das Fundament der kollektiven Verteidigung ihrer Mitglieder und wird weiterhin eine wichtige Rolle bei der Krisenbewältigung haben.« – Fast schon komisch mutet diese trickreiche Geringschätzung der NATO an, wenn sie nur noch eine »wichtige Rolle«, aber nicht mehr die wichtigste spielen soll.

reicht. Auf der NATO-Außenministertagung in Brüssel, nur wenige Tage nach dem EU-Gipfel in Helsinki mußten sich die Außenminister auf Drängen der USA zu dieser Formulierung verpflichten: »Wir erkennen die Entschlossenheit der Europäischen Union an, die Kapazität für autonome Aktionen zu besitzen, so daß sie Entscheidungen treffen und militärische Maßnahmen billigen kann, sofern die Allianz als Ganzes [mithin auch die USA; MH] nicht engagiert ist. Wir nehmen zur Kenntnis, daß dieser Prozeß unnötige Duplizierung vermeiden wird und nicht die Schaffung einer europäischen Armee impliziert.«<sup>1066</sup> In einem Zeitungsinterview stellte der US-Verteidigungsminister Cohen in bisher nicht dagewesener Deutlichkeit klar, daß eine separate, autonome europäische Militärorganisation das transatlantische Bündnis sprengen werde, was die USA nicht hinnehmen würden: »Nur eine der NATO klar untergeordnete europäische Komponente findet die Zustimmung der USA.«<sup>1067</sup> Auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Frühjahr 2000 präziserte Cohen mit drohendem Unterton noch einmal in aller Deutlichkeit, was die USA von der EU erwarteten: »Ich würde gerne kurz auf die ESVI eingehen, denn dafür engagieren sich die Europäer stark, und offen gesagt stehen auch wir in den Vereinigten Staaten dem positiv gegenüber und wollen die ESVI unterstützen, wenn sie genau das tut, was Generalsekretär Robertson vorhin sagte – nämlich drei Dinge beachtet: Unteilbarkeit – es darf keine Trennung der Verbindung zwischen NATO und ESVI geben. Verbesserungen – Fähigkeiten, die wir heute nicht haben, müssen aufgebaut werden. Einbindung – alle NATO-Länder, die nicht Teil der EU sind, müssen Zugang zum Planungs- und Vorbereitungssteil haben, sonst wird es Widerstände gegen die umfassende Zusammenarbeit zwischen NATO und ESVI geben. Dies sind die entscheidenden Bestandteile, und wenn sie beachtet werden, wird es keine Probleme geben.«<sup>1068</sup>

Seit April 2000 sammelte die EU-Interventionstruppe, bzw. das Eurokorps konkrete praktische Erfahrungen, indem es offiziell und mit Zustimmung der USA die Führung der KFOR-Soldaten im Kosovo übernahm. Im Juni 2000 tagte der Europäische Rat im portugiesischen Feira. Inhaltlich beschäftigten sich die Teilnehmer mit dem Problem der Beteiligung sogenannter »Drittländer« an EU-Militäraktionen. Als »Drittländer« sind dabei vor allem NATO-Länder gemeint, die nicht oder noch nicht der EU angehörten (Türkei, Polen, Tschechien und Norwegen). Der neuralgische Punkt des Problems befand sich in der vermeintlichen Loyalität mancher dieser Staaten gegenüber den USA, die etwa über die Türkei versuchten auf die verteidigungspolitischen Autonomiebestrebungen der EU Einfluß auszuüben mit dem Zweck der

---

<sup>1066</sup> Kommuniqué Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Außenminister, Brüssel 15.12.1999, NATO-Homepage: ><http://www.nato.int><. – NATO first!

<sup>1067</sup> Interview mit US-Verteidigungsminister Cohen, in: *Soldat und Technik (SuT)*, 3/2000.

<sup>1068</sup> Cohen zit. n. *Europäische Sicherheit*, Nr. 3/2000.

Blockade.<sup>1069</sup> – Die türkische Regierung forderte z.B. eine volle Mitbestimmung bei militärischen Beschlüssen der EU, gilt aber vor allem als enger Verbündeter der USA.

Für den Aufbau ziviler Fähigkeiten sind ebenfalls Planziele aufgestellt worden. Es wurde festgelegt, daß die EU bis 2003 in der Lage sein soll, bis zu 5000 Polizisten, davon 1000 innerhalb von 30 Tagen, für eigene oder von internationalen Organisationen (vor allem UN und OSZE) geplante Einsätze bereitzustellen. Ein weiterer zentraler Punkt des Abschlußgipfels der damaligen portugiesischen Präsidentschaft war die Ausarbeitung einer engeren Zusammenarbeit zwischen NATO und EU. Nach den »Schlußfolgerungen des Vorsitzes« von Feira sollte sich diese Ausarbeitung zunächst auf vier Bereiche konzentrieren: Erstens auf den Bereich der Sicherheit, zweitens auf das Erfordernis zur Festlegung von Fähigkeitszielen, drittens auf die Gewährleistung des Zugangs der EU zu Mitteln und Fähigkeiten der NATO und viertens auf das Erfordernis der Festlegung von Dauervereinbarungen.<sup>1070</sup> Der Vertrag von Nizza markiert den vorläufigen Höhepunkt der Aufbauphase der neuen ESVP-Strukturen. Der Europäische Rat hat auf dem EU-Gipfel im Dezember 2000 für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik äußerst relevante Beschlüsse gefaßt.<sup>1071</sup>

Die Staats- und Regierungschefs billigten die neuen Militärinstitutionen, den ständigen Ausschuß für politische und Sicherheitsfragen (APS), Militärausschuß (MA) und den Militärstab (MS). Das APS hat nach Titel V Art. 25 des EU-Vertrags die Aufgabe, die internationale Lage zu verfolgen, Stellungnahmen zur Festlegung von Maßnahmen im Bereich der ESVP an den Rat zu übergeben und die Durchführung dieser Entscheidungen zu überwachen. Im Falle einer Krise fällt dem sicherheitspolitischen Ausschuß eine Sonderrolle zu; es soll die politische Kontrolle und strategische Leitung sämtlicher militärischer Aktionen übernehmen. Der Militärausschuß, welcher sich aus den Generalstabschefs der EU-Mitgliedstaaten zusammensetzt, berät das APS in allen militärischen Angelegenheiten, gibt ihm gegenüber praktische Empfehlungen ab und nimmt die Leitung aller militärischen Aktivitäten im Rahmen der ESVP wahr. Der Militärstab ist mit den drei operativen Hauptfunktionen der Frühwarnung, der Lagebeurteilung und der strategischen Planung beauftragt. Er wird auf Weisung des Militärausschusses tätig.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis von Nizza stellt die Abänderung des Art. 17 im Titel V des EU-Vertrags dar. Darin werden alle operativen Bezüge der EU auf die WEU gestrichen. Da

---

<sup>1069</sup> Vgl. Arno Neuber: *Europäer an die Front*, a.a.O., S. 96.

<sup>1070</sup> Vgl. Europäischer Rat (Santa Maria da Feira), 19. und 20. Juni 2000, *Schlußfolgerungen des Vorsitzes, C. Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik*, Internet: >[http://www.europarl.eu.int/summits/fei1\\_de.htm](http://www.europarl.eu.int/summits/fei1_de.htm)<.

<sup>1071</sup> Vgl. Rudolf G. Adam: *Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union nach dem Vertrag von Nizza*, in: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hg.): *Europäische Außenpolitik, GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedstaaten*, Baden-Baden 2002, S. 137.

sich die verteidigungspolitischen Kompetenzen nun in der EU konzentrieren, verliert die WEU ihre Position als »traditionelle[s] Forum für eine rein europäische sicherheitspolitische Zusammenarbeit«. <sup>1072</sup> Der damaligen Aufwertung, die die WEU durch die Zuweisung ihrer Rolle als eines integralen Bestandteils des verteidigungspolitischen Armes der EU im Amsterdamer Vertrag erfuhr, folgt faktisch ihre Auflösung. Schon im November 2000 war bei dem WEU-Ministertreffen in Marseille die Übertragung der Petersberger-Aufgaben (humanitäre Hilfe, friedenserhaltende Maßnahmen sowie Kampfeinsätze) und einer Reihe weiterer Funktionen der WEU an die EU bestätigt worden. Die WEU tauchte seither nur noch als Bezugsrahmen für eine engere bilaterale Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten auf; sie wurde nunmehr durch den Verlust ihrer operativen Funktionen auf eine vertragliche Hülle reduziert, <sup>1073</sup> welche jedoch durch die fortbestehende Gültigkeit des Art. V im WEU-Vertrag nicht ohne weiteres aufgelöst werden kann. Die darin verankerte Verpflichtung zur kollektiven transatlantischen Verteidigung wird allerdings auch nicht in den EU-Vertrag übernommen. Sie bleibt Teil des Vertrags der WEU, die nach den Lippenbekenntnissen der europäischen Vertragspartner als europäischer Pfeiler der NATO unumstritten bleiben soll. <sup>1074</sup> Faktisch aber wäre die neue Militärmacht EU an keine kollektiven Bündnisverpflichtungen etwa zur NATO gebunden, während man sich auf die WEU als leere Hülle nicht mehr zu beziehen bräuchte. Weil die USA eben diesen schleichenden und listenreichen Autonomieprozeß durchschaut und diplomatischen Druck ausgeübt hatten, wurden in Nizza auch Regelungen zur Zusammenarbeit der EU mit der NATO beschlossen. Ein Programm von Konsultations- und Mitwirkungsrechten zur hinreichenden Einbeziehung in die konzeptionelle Willensbildung für EU-Beitrittskandidaten und europäische NATO-Mitglieder, die nicht der EU angehören (Drittstaaten) wurde festgelegt. <sup>1075</sup> Diese Zugeständnisse sind mit Blick auf die kapazitätsmäßige Abhängigkeit von den militärischen Fähigkeiten der NATO wohl noch für eine längere Zeit logisch konsequent.

Auf dem ebenfalls im Dezember 2000 stattgefundenen NATO-Außenministertreffen sollte es um die vertragliche Vereinbarung der konkreten EU-Beschlüsse hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen EU und NATO gehen. Aber die türkische Regierung blockierte den Entscheidungsfindungsprozeß innerhalb des transatlantischen Verteidigungsbündnisses, so daß es zu-

---

<sup>1072</sup> George Robertson: Die NATO und die EU: Partner oder Rivalen?, in: Werner Hoyer / Gerd Kaldrack (Hg.): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) – Der Weg zu integrierten Streitkräften?. Baden-Baden 2002, S. 183.

<sup>1073</sup> Vgl. Franco Algeri: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Werner Weidenfeld (Hg.): Europa-Handbuch, Gütersloh 2002, S. 590.

<sup>1074</sup> Vgl. Klaus Stinnertz: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), S. 2, Internet: ><http://www.europa-reden.de/info/esvp.htm><.

<sup>1075</sup> Vgl. Rudolf G. Adam: Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union nach dem Vertrag von Nizza, a.a.O., S. 139.

nächst zu keiner Einigung kommen konnte hinsichtlich der Frage, inwieweit die EU bei militärischen Interventionen auf die Planungskapazitäten der NATO zurückgreifen könne. Die EU-Außenminister planten ein Abkommen mit der NATO, um solche Rückgriffe möglich zu machen. – Über diesen Weg nahm das NATO-Mitglied Türkei Einfluß auf den Autonomieprozeß der EU. »Die Türkei verlangte, im Falle einer EU-Militärintervention nicht nur konsultiert zu werden, sondern forderte die direkte Mitwirkung an allen Entscheidungen.«<sup>1076</sup> Die Türkei forderte dieses volle Mitspracherecht mit der Begründung, aller Wahrscheinlichkeit nach werde es sich bei zukünftigen EU-Militärinterventionen um strategische Regionen handeln, die in der unmittelbaren Nachbarschaft der Türkei liegen werden und damit die Interessen der Türkei berührten, etwa weil es aufgrund von Kriegen zu regionalen Wirtschaftskrisen, Flüchtlingsströmen und regionalen Hegemonieverlust komme oder weil es eben um die Kontrolle von Rohstoffen gehe. Die EU-Staaten zeigten sich schließlich auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen kompromißbereit und räumten der Türkei ein Mitspracherecht, d.h. ein Vetorecht auch für EU-autonome Einsätze ein. Die *Frankfurter Rundschau* kommentierte in ungewohnt machtbewußter Art: »(...) der Türkei in die Hand zugeben, wo die zukünftige EU-Eingreiftruppe aktiv werden darf, ist ein schwerer Fall politischer Blödheit (...). Die nationalen Sicherheitsinteressen Ankaras vorseilend respektieren, das schlägt der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Beine weg.«<sup>1077</sup>

Im April 2001 veranlaßte die EU den Aufbau des eigenen Satelliten-Navigationssystems (»Galileo«), um sich von der Abhängigkeit vom US-amerikanischen GPS (Global Positioning Systems) freizumachen. Die Einsatzbereitschaft von »Galileo« wurde auf das Jahr 2008 festgelegt; inwieweit dieser straffe Zeitplan eingehalten wird, ist allerdings fraglich, da die Finanzierung von »Galileo« alles andere als gesichert erscheint. Ende November 2001 bilanzierten die EU-europäischen Außen- und Verteidigungsminister, daß inzwischen Zweidrittel der Anforderungen an eine autonome EU-Eingreiftruppe erfüllt seien.<sup>1078</sup> Das Lufttransportproblem (Militär-Airbus A400M) soll bis 2007 gelöst worden sein; die Defizite in der Luftbetankung und Aufklärung bis 2012. Trotz dieser aus Sicht der Akteure eher ernüchternden Zwischenbilanz, erklärte im Dezember 2001 der Vorsitz des Europäischen Rats in Laeken, die EU sei nunmehr in der Lage, eigene militärische Operationen durchzuführen.<sup>1079</sup> Diese etwas voreilig erscheinende Nachricht mag dem Umstand geschuldet gewesen sein, daß wenige Wochen zuvor, am 11. September 2001 zwei von Selbstmordattentätern entführte Passagierflugzeuge

---

<sup>1076</sup> Arno Neuber: *Europäer an die Front*, a.a.O., S. 99.

<sup>1077</sup> *FR* vom 12.01.2002.

<sup>1078</sup> Vgl. Arno Neuber: *Europäer an die Front*, a.a.O., S. 102.

<sup>1079</sup> Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates in Laeken, Anlage II, Internet: ><http://www.bundesregierung.de/artikel,-65427/Schlussfolgerungen-des-Vorsitz.htm><.



in das World Trade Center in New York und ein weiteres Flugzeug in das Pentagon-Gebäude in Washington gelenkt wurden und kurze Zeit später der NATO-Bündnisfall (Art. 5) ausgerufen wurde. Seither befindet sich die NATO unter der Führung der USA im »Krieg gegen den Terrorismus«. Die EU wird sich also unter Zugzwang befinden haben, ihre »Europäische Verteidigungs- und Sicherheitsidentität« zügig zu realisieren, um nicht von den neuen Verhältnissen überrannt zu werden.

Die Anschläge vom 11. September 2001 haben allerdings vorerst dem Kalkül der EU den USA als Weltmacht den Rang abzulaufen, einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die USA konnten ihre Rolle als Hegemon in der Welt behaupten, indem sie die neue Sicherheitsbedrohung durch den Terrorismus als Anlaß benutzten, massiv aufzurüsten und Kriege zu führen.<sup>1080</sup> Der Deutsche Außenminister Joschka Fischer benannte den Umstand in sehr klaren Worten. »Der 11. September hat zu einer Achsenverschiebung geführt, und wir Europäer müssen darauf achten, nicht an den Rand gedrängt zu werden. Wenn wir getrennt bleiben, werden wir unsere Rolle in der Welt und bei ihrer Gestaltung nicht wahrnehmen können.«<sup>1081</sup>

Bereits seit dem Wechsel der US-Administration von Bill Clinton zu George W. Bush im Jahre 2000 fand sich auch bei Jürgen Habermas eine apologetische Bezugnahme auf eine zu schaffende europäische Identität *durch* Abgrenzung zu den USA, welche mit Bush eine »betont nationale Orientierung« vorgenommen habe. Dies stelle eine Chance für die EU dar, »ihre gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Hinblick auf die Konflikte im Nahen Osten und auf dem Balkan wie auch im Verhältnis zu Rußland und China stärker zu profilieren. Die offener zu Tage tretenden Differenzen in der Umwelt-, Rüstungs- und der Rechtspolitik tragen zur lautlosen Festigung einer europäischen Identität bei.«<sup>1082</sup> Hierzu gehöre auch, daß »die Europäische Union, gestützt auf eigene Streitkräfte, in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme spricht, um in der NATO und im UN-Sicherheitsrat eigene Vorstellungen besser zur Geltung zu bringen.«<sup>1083</sup>

Nachdem sich nach den Anschlägen vom 11. September 2001 der »Krieg gegen den Terror« gegen das Taliban-Regime in Afghanistan gerichtet hatte und 2003 die USA um Verbündete für einen Krieg zum Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein warben, aber vor allem die deutsche und französische Regierung einen Krieg gegen den Irak zu verhindern suchten und der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld die EU in ein kriegsunwilli-

---

<sup>1080</sup> Vgl. Conrad Schuhler: Zwei Skorpione in der Flasche. Das Verhältnis der beiden Supermächte USA und Deutschland im Rahmen der Globalisierung und des »Krieges gegen den Terror«, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen, Hamburg 2002, S. 61.

<sup>1081</sup> SZ vom 18.10.2001.

<sup>1082</sup> Jürgen Habermas: Braucht Europa eine Verfassung?, in ders.: Zeit der Übergänge, Frankfurt a.M. 2001, S. 104-129; S. 125.

<sup>1083</sup> Habermas, a.a.O., S. 106.

ges »altes« und ein kriegswilliges »neues« Europa teilte, plädierte Habermas für ein strategisches »Kerneuropa«, welches sich aus der »Koalition der Unwilligen«, mithin aus dem »alten Europa« zusammensetze.<sup>1084</sup> Jener Teil Europas, den Rumsfeld als »alt« bezeichnete, ist der »Kern« und Motor der EU, der die bisher erreichten Integrationsschritte – nach Habermas – gegen mögliche Regressionen am besten sichert, wenn er seine avantgardistische Integrationsbereitschaft notfalls auch gegen die im Rahmen der »Koalition der Willigen« näher an die USA gerückten osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten rigoros durchsetze.

Der auf den ersten Blick bei Habermas als konservativ erscheinende Rekurs auf den »Kerneuropa«-Gedanken ist auf den zweiten Blick zwar weiterhin eine konservative Position, aber in Bezug auf Habermas gar nicht so spektakulär, da er ein »Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten« schon früher vertreten hat: »Besser als ein Zerbrechen oder Zerbröseln ist allemal ein Europa der zwei oder drei Geschwindigkeiten.«<sup>1085</sup> – Neu daran ist allerdings, daß er argumentativ für das Voranschreiten der europäischen Integration gleichsam die Konfrontation mit den USA instrumentalisiert. Damit befördert er indirekt den Abschluß des deutschen Normalisierungsprozesses in Europa, weil mit der Apologie der diplomatischen Konfrontation zwischen der EU und den USA endgültig ein neuer Motivationsherd an die Stelle des alten und aus deutscher Perspektive lästigen Motivationsherdes – der Eindämmung Deutschlands durch europäische Westbindung – rückt. Das wiederum mag man Habermas als bewußtes Kalkül nicht unterstellen können, weil er mehrfach geschrieben hat, daß der deutsche Staat Normalität nur dann für sich beanspruchen könne, wenn er durch eine *Dialektik der Normalisierung* hindurchgegangen sei, also eine adäquate Aufarbeitung der Vergangenheit geleistet und daraus auf Dauer *postnationale* Konsequenzen gezogen habe, bzw. sich ernsthaft die *westlichen* Werte hinsichtlich Republik-, Staatsvolk- und Freiheitsverständnis zueigen gemacht habe, die in der Zukunft erst als *deutsche* Traditionen erscheinen können.<sup>1086</sup> Allerdings wird man Habermas vorwerfen können, daß sein Hinweis, die Konfrontation mit den

---

<sup>1084</sup> »Wenn Europa nicht auseinander fallen soll, müssen diese Länder jetzt von dem in Nizza beschlossenen Mechanismen der ›verstärkten Zusammenarbeit‹ Gebrauch machen, um in einem ›Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten‹ mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang zu machen. (...) Im Rahmen der künftigen europäischen Verfassung darf und kann es keinen Separatismus geben. Vorangehen heißt nicht ausschließen. Das avantgardistische Kerneuropa darf sich nicht zu einem Kleineuropa verfestigen; es muß – wie so oft – die Lokomotive sein.« – Jürgen Habermas / Jacques Derrida: Der 15. Februar oder: Was die Europäer verbindet, in: *FAZ* vom 31.5.2003, S. 33f. – An dem gemeinsamen Aufruf, der in verschiedenen namhaften europäischen Zeitungen veröffentlicht wurde, beteiligten sich auch Umberto Eco, Adolf Muschg, Richard Rorty, Fernando Savater und Gianni Vattimo. – Siehe auch das Interview mit Jürgen Habermas: Gegenmacht Europa? Nachfragen, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Juli 2003, S. 801-806.

<sup>1085</sup> Jürgen Habermas: Braucht Europa eine Verfassung?, a.a.O., S. 125. – »Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, das sich vorübergehend nach Kern und Peripherie gliedert, könnte auch die mit der Osterweiterung verbundenen Probleme mildern.« – Habermas, a.a.O., S. 127.

<sup>1086</sup> Jürgen Habermas: Grenzen des Neohistorismus, in: ders.: *Die nachholende Revolution*, Frankfurt/Main 1990, S. 149-156; S. 155.

USA vermöge die Herausbildung einer europäischen Identität hilfreich beschleunigen, ein riskantes Spiel mit dem Feuer ist.

Das integrierte Europa sucht ein eigenständiges Militärbündnis anzustreben, weil Europa und die USA nicht nur Partner sind, sondern auch Konkurrenten. Nachdem sich die bipolare Welt aufgelöst hat, sind beide sogar wieder vermehrt Konkurrenten, denn durch den Wegfall der äußerlichen »kommunistischen Bedrohung« sind die zusammenhaltenden Mechanismen schwächer, die auseinandertreibenden Konkurrenzmechanismen stärker geworden. Die USA und Europa besitzen noch eine ähnliche ökonomische Stärke, aber in absehbarer Zeit wird Europa die USA darin überholen. Militärisch sind die USA dagegen Europa weit überlegen. Der US-Etat für Rüstungsausgaben von nahezu 400 Milliarden US-Dollar ist beinahe dreimal so hoch wie derjenige aller anderen NATO-Staaten zusammen, die summa summarum lediglich auf annähernd 140 Milliarden US-Dollar kommen. Deutschland allein bringt lediglich 21 Milliarden US-Dollar (5% des US-amerikanischen Niveaus) zustande. Die Anhebung des US-Wehretats im Jahr 2002 um weitere 48 Milliarden US-Dollar übersteigt den gesamten deutschen Kriegsetat um das Doppelte. Die drei großen Nationalstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien erreichen mit ihren Wehretats zusammengerechnet lediglich 20% des US-Niveaus.<sup>1087</sup>

Die USA erreichen bald 50% der weltweiten Militärausgaben und stellen dadurch sicher, daß ihnen auf sehr lange Zeit die bestausgerüstete, modernste und schlagkräftigste Militärstreitmacht der Welt gehören. Das Wettrüsten zwischen den USA und Europa hat längst begonnen. Das integrierte Europa wird dabei noch auf sehr lange Sicht den USA hinterhereifern ohne wirkliche Aussicht, ihnen militärisch den Rang abzulaufen. Es muß währenddessen eine zweigleisige Strategie fahren, um seine geostrategischen Interessen in der Welt einerseits in Zusammenarbeit mit den USA und andererseits gegen die USA durchzusetzen. Die militärische Intervention obliegt dabei der Führung der US-Streitkräfte, während den europäischen Staaten die Verantwortung des »nation building« zukommt. Diese »Aufgabenteilung« sichert auch den europäischen Staaten ihren Anteil an »Kriegsbeuten«.

Sie profitieren dabei in vielen Regionen der Welt, wo die USA in ihrer Geschichte auch mit korrupten oder rabiaten Mitteln, d.h. als Aggressor engagiert gewesen sind (etwa in der Golfregion), von einem weit verbreiteten Anti-Amerikanismus, der den Aufbau guter bilateraler und wirtschaftlicher Beziehungen mit diesen Ländern erleichtert. So ist zum Beispiel die europäische Position zum Nahost-Konflikt davon beeinflusst, daß man nicht wie die USA die Sympathien der arabischen Länder verspielen möchte. – Immerhin besitzen diese im Gegen-

---

<sup>1087</sup> Vgl. Rainer Trampert: Pipelines in der Postmoderne, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen, Hamburg 2002, S. 22f.

satz zu Israel die Verfügungsgewalt über die für Industriestaaten lebensnotwendigen Rohstoffvorkommen. Während die USA im Nahen Osten mehr oder weniger entschieden als Schutzmacht für Israel eintreten und sich ihren Zugang zu den Rohstoffquellen in den arabischen Ländern mit militärischer Gewalt verschaffen, nehmen die europäischen Staaten offiziell eine Äquidistanz zu Israel und Palästina ein, versuchen zwischen den auseinanderdivergierenden Interessen zu vermitteln und hegen eben auch offen Sympathien für die »palästinensische Frage«.

Ein riskantes Spiel mit dem Feuer ist die bewußte Konfrontation der EU mit den USA deshalb, weil der Fortbestand einer transatlantischen Partnerschaft, der »westlichen Wertegemeinschaft«, kein Naturgesetz darstellt und ihr Auseinanderbrechen nur eine Frage der Gewichte ist, die zur Beschwerung auf sie gelegt werden. Ein kriegerischer Konflikt zwischen der EU und den USA wäre irgendwann nicht mehr kategorisch auszuschließen. Es wäre kein regional begrenzter Krieg, sondern ein Weltkrieg, der dadurch wahrscheinlich wird. Spätestens in diesem Augenblick wäre die Maskerade der Normalisierung an das Ende ihrer radikal dynamisierten Norm gelangt, und die Fratze eines ebenso modernen wie mörderischen Imperialismus käme evident wieder zum Vorschein.<sup>1088</sup> Oder mit Adorno formuliert: »Die Ideologie ist [dann wieder; MH] keine Hülle mehr, sondern das drohende Antlitz der Welt. Nicht nur kraft ihrer Verflechtung mit Propaganda, sondern der eigenen Gestalt nach geht sie in Terror über.«<sup>1089</sup>

---

<sup>1088</sup> Auch wenn das gegenwärtig noch als sehr unwahrscheinlich gelten darf, gänzlich auszuschließen ist es keineswegs.

<sup>1089</sup> Th.W. Adorno: Beitrag zur Ideologienlehre (1954), in: Soziologische Schriften I, Frankfurt a.M. 1979, S. 477.

## Schlußbetrachtungen:

### Ist Deutschland eine Friedensmacht?

»Äußere Souveränität wird dadurch dokumentiert, daß auf sie verzichtet wird, und zwar möglichst nicht – im eigentlichen Sinne des Wortes – *negativ* durch Verweigerung, sondern *positiv* durch Mitwirken am Bau einer vernünftigen Welt.«

Stefan Brunner

#### 1. Normalität als selbstbewußte Sinnggebung

Emanzipierte Verhältnisse sind solche, die einen autonomen Sinn haben. Sinn kommt den Verhältnissen nicht *a priori* zu, sondern es ist in den Dingen genau so viel Sinn, wie von den Menschen selbstbewußt in sie hineingelegt wird. Ansonsten ist auch sehr viel Unsinn in den Dingen: Unausgegrenztes, Unerledigtes, Noch-Nichtsein. Sinn, der »Ernst des Sinns«<sup>1090</sup> sind für Oskar Negt und Alexander Kluge ein Synonym für Souveränität. – Es ist die Geschichtlichkeit der Verhältnisse, aus denen sich der Sinnzusammenhang als eine »zusammenhängende Bewegung«<sup>1091</sup> ergibt. Normalisierung könnte in diesem Sinne auch als eine selbstbewußte *Sinnggebung* verstanden werden: die Dinge zu dem werden zu lassen, was sie unter dem Gesichtspunkt des geschichtlichen Fortschritts bedeuten *sollen*. Die Logik solcher emphatischen Normalisierung, die der vorherrschenden entgegengesetzt wäre, leitete sich zwar auch aus Kausalitäts- und Kontinuitätslinien der bisherigen Geschichte ab, aber inklusive ihrer Brüche und ihres Nicht-Identischen. Der rote Faden: die Identität des Geschichtsverlaufs besteht eben aus der »Summe seiner Schwankungen«<sup>1092</sup>.

Die Produktion von Normalität ist immer eine Bewegung nach vorne, die Anleihen aus der Vergangenheit nimmt – entweder in restaurativer oder in negativer Weise: in Form von bestimmter Negation. Letzteres rückt den Normalitätsdiskurs in die Nähe utopischen Denkens. Man kann zu normalen Verhältnissen nicht *zurückkehren*, wie viele Konservative nach 1945 die Ansicht vertraten. Selbst eine reaktionäre Normalisierung kann Vergangenes nur als Restauration wiederbeleben. Man kann zu normalen Verhältnissen – was auch immer darunter

---

<sup>1090</sup> Vgl. Oskar Negt / Alexander Kluge: Geschichte und Eigensinn, Bd. 2: Deutschland als Produktionsöffentlichkeit, Frankfurt a.M. 1993, S. 484.

<sup>1091</sup> Vgl. Negt / Kluge, a.a.O., S. 461.

<sup>1092</sup> Vgl. Negt / Kluge, a.a.O., S. 459.

verstanden wird – nicht *zurück*- sondern nur *hingelangen*. Dieses wäre eine *aufhebende* Arbeit.<sup>1093</sup>

Getragen wird der Normalisierungsprozeß durch *Realpolitik*. Realpolitik orientiert sich nicht bewußt an Idealen, sondern am Realen. »Diese Politik hat sich in vieler Hinsicht als unbrauchbar herausgestellt. *Sie produziert keine Dauer und schon deshalb kein Gemeinwesen*. Dort, wo sich Gemeinwesen andeutet, wo die Menschen anfangen, sich selber nach ihren Lebensinteressen zu organisieren, ist diese Realpolitik nämlich damit beschäftigt, in solche Prozesse zu intervenieren, sie abzubrechen, was heißt: bessere Möglichkeiten der Organisation des Gemeinwesens zu verhindern. Realpolitik hat gegenüber Interessen, die am Gemeinwesen orientiert waren und sich selber als politisch verstanden, stets den abwertenden Gesichtspunkt des bloß Utopischen geltend gemacht und so zur Mystifizierung der *Realitätsmacht des Gegebenen* beigetragen.«<sup>1094</sup>

Realpolitik ist abstrakt, d.h. mehrfach vom Gesamtzusammenhang isoliert; sie verliert das Ganze sowohl strukturell als auch örtlich und zeitlich aus dem Blick. Das Ganze degeneriert in der realpolitischen Logik zur Summe seiner Teile, jedes für sich wird gleichsam als ein

---

<sup>1093</sup> Die der aufhebenden Arbeit entgegengesetzte Motivation und »Tätigkeit« konservativer oder gar reaktionärer Couleur könnte dem zugeordnet werden, was Hegel über die »kraftlose Schönheit« und ihrem Verhältnis zum Toten und im Gegensatz zum Werdenden, noch nicht Seienden schreibt.

Das Tote oder das noch nicht Lebendige ist auf einer abstrakten Ebene zwar ein und dasselbe – es ist unwirklich. Es ist nicht mehr oder noch nicht: Nicht-Seiendes; Gewesenes oder Mögliches, Werdendes oder Verunmöglichtes, vielleicht auch Unmögliches. Das, was Hegel aber als die *kraftlose Schönheit* von der aufhebenden Arbeit unterscheidet, ist ein stiller Genuß der Unmittelbarkeit. – Die kraftlose Schönheit findet nicht heraus, was möglich oder unmöglich ist. Sie vermag auch nicht festzuhalten, was wirklich ist und zu erschaffen droht. Der Tod des Wirklichen tritt unverhofft und plötzlich ein; er versetzt die kraftlose Schönheit in Angst und Schrecken, aber passiv muß sie das Absterben erleiden. Sie kann weder erinnern noch erneuern; dazu fehlt ihr die Kraft, und apathisch duldet sie den Schmerz als Weltschmerz oder unglückliches Bewußtsein.

Die aufhebende Vernunft weiß: Das Absterben der Dinge ist bloß ihr Formwandel. Aber der Wandel ist kein generelles Sterben. Oder anders gesagt: Jedes Absterben ist zugleich auch Erneuerung. Hierfür steht der Begriff der *Aufhebung*. Endgültige Identität, so Hegel, habe man erst im Sarg. – Dort wird nichts mehr aufgehoben.

Wenn die Dinge sich wandeln, gerät der Mensch in Bedrängnis. Als bedrängte Kreatur muß er sich bewegen; er muß das Leben ertragen, will er nicht an dem Absterben dessen, an das er sich angepaßt hat, mit zugrunde gehen. Der Mensch muß sich also mit den Dingen selbst auch aufheben. Der Primat der Selbsterhaltung erfordert eine unausgesetzte Anpassung an den Formwandel der Dinge. Oder es ergeht dem Menschen wie der kraftlosen Schönheit, die hierzu nicht imstande ist und jämmerlich zugrunde geht. Nur das Selbstbewußtsein kann die Kraft aufbringen, an dem vernünftigen Unwirklichen festzuhalten und zugleich das Leben zu ertragen, in diesem sich zu erhalten. Das Selbstbewußtsein ist – hegelisch gesprochen – den Kampf auf Leben und Tod mit einem anderen Selbstbewußtsein eingegangen und überhaupt daran erst geworden. Es weiß um seine Identität Bescheid. Bereit sich stets neu einzufinden, aber niemals das je bloß Vorhandene stillschweigend zu dulden, wagt das Selbstbewußtsein das Leben und ist bereit zu Abschied und Neubeginn, zum Schlendern und Wandern durchs Neue und Fremde, wenn der Augenblick es erfordert. »Der Tod, wenn wir jene Unwirklichkeit so nennen wollen, ist das Furchtbarste, und das Tote festzuhalten, das, was die größte Kraft erfordert. Die kraftlose Schönheit haßt den Verstand, weil er ihr dies zumutet, was sie nicht vermag. Aber nicht das Leben, das sich vor dem Tode scheut und von aller Verwüstung rein bewahrt, sondern das ihn erträgt und in ihm sich erhält, ist das Leben des Geistes.« – G.W.F. Hegel: *Phänomenologie des Geistes*. Vorrede, Frankfurt a.M. 1993, S. 36.

<sup>1094</sup> Oskar Negt / Alexander Kluge: *Maßverhältnisse des Politischen*, a.a.O., S. 17.

eigenständiges System behandelt, als gäbe es kein zusammenhängendes Ganzes.<sup>1095</sup> Die zeitlichen Dimensionen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft werden eindimensionalisiert: zur Gegenwart eingeebnet. Realpolitik macht keine utopischen Zukunftspläne, bedenkt nicht *historische Schranken* von geschichtlich Gewachsenem, verhält sich ahistorisch und agiert nur spontan im Handgemenge des *hic et nunc* auf dem Niveau des gesunden Menschenverstandes. Damit scheitert Realpolitik, weil sie nur kurzsichtige Konzepte besitzt und genauso von der geschichtlichen Schubkraft überfordert ist wie vom utopisch Erforderlichen.

Die Umkehr der (deutschen) Geschichte, hinter der die Schubkraft von mehreren hundert Jahren die Richtung grob mitbestimmt, wäre ein *utopisches* und *sinnvolles* Projekt. Wenn von Identität die Rede ist, »so geht es für deutsche Verhältnisse um das Bedürfnis, d.h. den Mangel an Identität«<sup>1096</sup>. Der kategorische Imperativ, wie ihn Adorno formuliert hat, besagt aber in seiner letzten Konsequenz, daß nicht nur ein *anderes* Deutschland, sondern auch eine *andere* Welt: eine Welt *ohne* Nationalstaaten, d.h. auch ohne Deutschland entstehen müsse. So verstandene Normalisierung wäre uneingeschränkt zu begrüßen. Sie wäre weniger eine Umkehr als vielmehr eine Kehrung, eine *eigensinnige*<sup>1097</sup> Rebellion gegen die Staatenwelt. Wenn von Normalität in diesem Sinne die Rede ist, so geht es im deutschen (und europäischen) Kontext um das Bedürfnis, d.h. den Mangel an Normalität – einer Normalität aber, in der der *wirkliche Ausnahmezustand* nach einem Gedanken von Walter Benjamin zur Regel geworden ist.<sup>1098</sup>

Vom *wirklichen Ausnahmezustand* kann jedoch keine Rede sein. Nach der Auflösung der bipolaren Weltordnung setzt sich nach außen ein neuer Souveränitätsbegriff durch, der eine Erweiterung des Schmittschen Diktums ist: Souverän ist, wer nicht nur über den eigenen, sondern auch über den Ausnahmezustand der anderen verfügt.<sup>1099</sup> In der deutschen Außenpo-

---

<sup>1095</sup> Die öffentliche Erinnerungspraxis, Gedenkkultur ist z.B. von Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Außenpolitik isoliert.

<sup>1096</sup> Oskar Negt / Alexander Kluge: Geschichte und Eigensinn, Bd. 2, a.a.O., S. 459.

<sup>1097</sup> Eigensinn ist nach Negt und Kluge die Rohstoffquelle der Rebellion. »Eigensinn ist keine ›natürliche‹ Eigenschaft, sondern entsteht aus bitterer Not; er ist der auf einen Punkt zusammengezogene Protest gegen Enteignung, Resultat der Enteignung der eigenen Sinne, die zur Außenwelt führen.« – Oskar Negt / Alexander Kluge, a.a.O., S. 768. – Der nationale und staatliche Rahmen enteignet die Sinne im Augenblick der Überschreitung seiner Grenzen, wirft sie auf sich zurück, macht sie *deutsch, europäisch*, aber nicht *menschlich*.

<sup>1098</sup> »Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, daß der ›Ausnahmezustand‹, in dem wir leben, die Regel ist. Wir müssen zu einem Begriff der Geschichte kommen, der dem entspricht. Dann wird uns als unsere Aufgabe die Herbeiführung des wirklichen Ausnahmezustands vor Augen stehen; und dadurch wird unsere Position im Kampf gegen den Faschismus sich verbessern. Dessen Chance besteht nicht zuletzt darin, daß die Gegner ihm im Namen des Fortschritts als einer historischen Norm begegnen. – Das Staunen darüber, daß die Dinge, die wir erleben, im zwanzigsten [und auch im einundzwanzigsten; MH] Jahrhundert ›noch‹ möglich sind, ist kein philosophisches. Es steht nicht am Anfang einer Erkenntnis, es sei denn der, daß die Vorstellung von Geschichte, aus der es stammt, nicht zu halten ist.« – Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte, in ders.: GS, Bd. I.2, Frankfurt a.M. 1974, S. 691-704; These VIII.

<sup>1099</sup> Gleichwohl ist diese praktische Erweiterung kein historisches Novum und schon bei Carl Schmitt angelegt. In die Souveränität anderer Staaten einzugreifen, gehörte zur Praxis des Imperialismus. Joachim Perels schreibt,

litik war nach 1989/90 im Kontext der sich entwickelnden neuen Weltordnung die Tendenz zu beobachten, den fremden Ausnahmezustand (ökonomische Krise, Bürgerkrieg, Krieg) zum Zwecke der eigenen Normalisierung zu instrumentalisieren. In Deutschland galt, daß der Ausnahmezustand außerhalb des eigenen Territoriums und *out of area* außenpolitische Souveränität, konkret: das (allgemein durchs Völkerrecht eingeschränkte) *ius ad bellum* herstellt. Zwischen Krieg, Souveränität und Vergangenheitspolitik existierte insofern ein für Deutschland spezifischer Produktionszusammenhang, der auf Normalisierung und Normalität zielte.<sup>1100</sup> Inwieweit der Prozeß der außenpolitischen Normalisierung mit dem Irakkrieg (2003), in dem der deutsche Staat Souveränität dadurch demonstrierte, indem er sich weitgehend gegen den Krieg stellte, abgeschlossen ist, bleibt abzuwarten.

Trifft aber die Annahme zu, daß zwischen Normalisierung und Krieg ein instrumentelles Verhältnis bis zu jetzt bestand, dann wird es schwer, der Aussage zu folgen, der deutsche Staat sei als Konsequenz aus zwei verschuldeten Weltkriegen und Auschwitz eine Friedensmacht geworden. Der Anspruch auf außenpolitische Normalität als Bestandteil der deutschen Staatsräson wurde vordergründig umgesetzt, indem der Staat den außenpolitischen und militärischen Konflikt suchte, um sich im Zuge der Intervention zu normalisieren, d.h. Normalität zu demonstrieren, statt den Konflikt wirklich aus humanistischen Motiven lösen zu helfen.

---

daß der ›Maßnahmenstaat‹ (Ernst Fraenkel) nicht nur die innenpolitische Ordnung im Dritten Reich bestimmte; er wurde auch zum Organisationsprinzip der NS-Außenpolitik. Carl Schmitt hatte hierfür die theoretisch-legitimatorische Vorarbeit geleistet. »Dem Universalismus setzt Schmitt das Prinzip des sogenannten Großraums entgegen, innerhalb dessen die rechtlich gesicherte Souveränität der Staaten zugunsten der Dominanz der Großmächte beiseite geschoben wird. Wie innenpolitisch das Konzept der politischen Durchbrechung der Rechtsordnung regiert, so erscheint der deutsche Staat nach außen als totaler, über die Großraumsphäre absolut verfügbarer Machtapparat.« – »Die Absicherung einer imperialistischen Sphäre, die die Souveränität anderer Staaten aufhebt, die durch die bisherige Völkerrechtslehre ausgeschlossen ist, wird zum Kern der neuen nationalsozialistischen Völkerrechtsdoktrin« – Joachim Perels: *Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime*, Hannover 2004, S. 55, S. 56. – Vgl. auch Carl Schmitt: *Der Reichsbegriff im Völkerrecht* (1939), in ders.: *Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles. 1923-1939*, Berlin 1994, S. 347.

<sup>1100</sup> »In seiner absoluten Gestalt ist der Ausnahmefall dann eingetreten, wenn erst die Situation geschaffen werden muß, in der Rechtssätze gelten können. Jede generelle Norm verlangt eine normale Geltung der Lebensverhältnisse, auf welche sie tatbestandsmäßig Anwendung finden soll und die sie ihrer normativen Regelung unterwirft. Die Norm braucht ein homogenes Medium. Diese faktische Normalität ist nicht bloß eine ›äußere Voraussetzung‹, die der Jurist ignorieren kann; sie gehört vielmehr zu ihrer immanenten Geltung. Es gibt keine Norm, die auf ein Chaos anwendbar wäre. Die Ordnung muß hergestellt sein, damit die Rechtsordnung einen Sinn hat. Es muß eine normale Situation geschaffen werden, und souverän ist derjenige, der definitiv darüber entscheidet, ob dieser normale Zustand wirklich herrscht.« – Carl Schmitt: *Politische Theologie, a.a.O.*, S. 19f. – »Das Funktionieren [staatlicher Normen; MH] wird einseitig als staatliche ›Ordnungs‹-Leistung begriffen, so etwas wie zivilgesellschaftliche Spontaneität wird gar nicht erst ins Auge gefaßt. Deshalb schlägt sich die staatlich gesicherte ›Normalität‹ umstandslos (auch) in juristischen ›Normen‹ nieder – so wie diese juristische ›Normativität‹ umgekehrt zur ›normalen Ordnung‹ beiträgt. (...) Für Schmitt ist es eben letztlich die staatliche Souveränität, die ›Normalität‹ (als störungsfreies Funktionieren) allererst ›schafft‹ (wie Gott die Welt: Schmitt statuiert explizit diese Analogie) (...).« »Der normalismustheoretisch interessante Aspekt bei Carl Schmitt liegt also darin, daß er sowohl ›Normalität‹ wie ›Normativität‹ von der Normalitätsgrenze aus denkt. Bei ihm begründet die Normalitätsgrenze (der ›Ausnahmefall‹) theoretisch erst die Normalität.« – Jürgen Link: *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*, 2. Aufl., Wiesbaden 1999 (1. Aufl.: 1997), S. 287f.



## 2. Gibt es eine emanzipative Alternative zur vorherrschenden Normalität?

Karl Otto Hondrich fragt, ob »unsere gepflegte Friedfertigkeit« bis Ende der 90er Jahre nur ein moralischer Luxus, jedenfalls keine manifeste zivilisatorische Errungenschaft gewesen war, den sich die Bundesregierungen leisten konnten, weil der deutsche Staat in all den Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkrieges aufgrund der Anwesenheit von Schutzmächten, »die uns ein paar Jahrzehnte lang die Verantwortung abgenommen hatten, uns gegen Gewalt von außen und innen selbst zu wehren.«<sup>1101</sup> Eine zufriedenstellende Antwort auf die Frage, wie aus dem »Nie wieder«, »das doch ein halbes Jahrhundert lang intuitiv und argumentativ das moralische Leben in Deutschland prägte, so plötzlich wieder Beteiligung am Krieg heranwachsen« konnte, hat Hondrich aber nicht, er beschreibt lediglich die Stationen vom Golfkrieg über die Kriege auf dem Balkan zum »Anti-Terror-Krieg« in Afghanistan,<sup>1102</sup> um daran aufzuzeigen, wie vermeintliche »Friedensrhetorik« in Kriegerhetorik umgeschlagen ist.<sup>1103</sup> Durch die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 wird in Deutschland die Bewältigung der Vergangenheit erleichtert. »In Deutschland entweicht, angesichts der neuen Bedrohung, aus alten Konflikten hörbar die Luft. Damit nicht genug, schlägt das Großverbrechen von New York in das Unterholz kollektiver Gefühle wie ein Befreiungsschlag ein: entlastend vom umstrittenen, lähmend-verdrängten, regelmäßig angemahnten, grollend beklagten Bewußtsein eigener deutscher Schuld.«<sup>1104</sup> Das »deutsche Schuldbewußtsein«, wie es sich in 50 Jahren entwickelt habe, werde nach dem 11. September 2001 eine andere Rolle spielen. »Seit dem Tag ist Deutschland, nunmehr weniger mit sich selbst beschäftigt, mächtiger geworden.«<sup>1105</sup> In diesem Sinne dient der »Krieg gegen den Terror« als finaler Katalysator der Normalisierung des deutschen Staates. Schuld aber wird nicht durch Sühne, insbesondere nicht durch Schuld anderer erledigt.

Aus der Vergangenheit allein, so Hondrich, erkläre sich jedoch nicht die Gegenwart, sondern vielmehr aus der »Spannung zwischen Zukunft und Herkunft«<sup>1106</sup>. Ende der 50er Jahre bemerkte Helmuth Plessner, daß Erneuerung nicht gelingen kann, wenn sich dagegen verschlossen wird, die Vergangenheit zu begreifen und aufzuarbeiten. »Welchen Weg die Nation zu

<sup>1101</sup> Karl Otto Hondrich: Krieg der Gefühle, in ders.: Wieder Krieg, Frankfurt a.M. 2002, S. 65-82; S. 68.

<sup>1102</sup> Vgl. Karl Otto Hondrich: Die Zukunft des Krieges, in ders.: Wieder Krieg, a.a.O., S. 7-31; S. 8.

<sup>1103</sup> »Generationen wollten wir beibringen, die Welt und ihren eigenen Handlungsraum darin nur als friedlich zu begreifen: als Friedenskorpas, Friedensforschung, Friedensmärsche, Friedensstiftung, Friedensmissionen, Friedenstruppen ... Nun schlägt die Friedensrhetorik in Kriegerhetorik um.« – Karl Otto Hondrich: Sternstunde der Moral, in ders.: Wieder Krieg, a.a.O., S. 170-176; S. 170.

<sup>1104</sup> Karl Otto Hondrich: Unschuld und Sühne, in ders.: Wieder Krieg, a.a.O., S. 177-192; S. 189.

<sup>1105</sup> Hondrich, a.a.O., S. 189.

<sup>1106</sup> Karl Otto Hondrich: Die Zukunft des Krieges, a.a.O., S. 9.

gehen hat, wird ihr durch die objektiven Möglichkeiten zur Wahl gestellt. Aber daß sie ihn nicht gehen kann, wenn sie mit sich selbst zuvor nicht ins Reine gekommen und über sich selber nicht klar geworden ist, diese einfache Regel menschlicher Sauberkeit sollte auch in einer Zeit der Ausweglosigkeit und Hoffnungslosigkeit niemals vergessen werden.«<sup>1107</sup> Schon in den frühen Jahren der Bundesrepublik war der Ruf nach »Schlußstrich« und »Normalität« zu vernehmen, zu einem Zeitpunkt also, als von einer Aufarbeitung der Vergangenheit, aus der weitreichende Konsequenzen für die Gestaltung und Organisation des deutschen Staates, insbesondere seiner Außenpolitik zu ziehen wären, nicht die Rede sein konnte.

Mitte der 90er Jahre, als sich die Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee zum 50. Mal jährte, konnte man den Eindruck gewinnen, daß in der Öffentlichkeit eine umfassende Aufarbeitung der deutschen Barbarei weitgehend im positiven Sinne stattfindet. Aber der Umgang mit der Schuld war auch eine Demonstration des gewachsenen Abstandes zum Vergangenen; das Schuldeingeständnis konnte deshalb so unbefangen erscheinen und hatte den Charakter eines abschließenden Rituals, ging über in eine mit dem Duktus der Selbstverständlichkeit gehaltene Normalitätsdebatte, in der stolz auf die mittlerweile 50-jährige Tradition rechtstaatlicher Demokratie und militärpolitischer Zurückhaltung hingewiesen wurde.

Im Jahre 2005, zum 60. Gedenktag der Befreiung von Auschwitz, ist diese Tendenz längst manifest geworden. »Kurz gesagt, lautet der Konsens heute so: Auschwitz war ein singuläres, ein deutsches Verbrechen; Deutschland wurde befreit; die Jüngeren müssen die Verantwortung für den Holocaust übernehmen; Freiheit liegt für uns nicht im Verdrängen, sondern in der Erinnerung; und man kann nicht aus dem Schatten treten, den man selber wirft. Richard von Weizsäcker und Jürgen Habermas, der Präsident und der Philosoph, haben gegen Ernst Nolte und Martin Walser, den Historiker und den Dichter, obsiegt. Das Thema Auschwitz ist seither in Deutschland weitgehend außer Streit gestellt, die Sache scheint befriedet und geklärt.«<sup>1108</sup> Schuld werde sich umfassend eingestanden und erschüttere nicht mehr bis in die Grundfesten. »Das Nie-Wieder ist und bleibt die ungeschriebene zweite Präambel unseres Grundgesetzes, eine fundamentale, aber in den meisten Bereichen mittlerweile ungenaue Orientierung.«<sup>1109</sup> Die richtige Interpretation der Vergangenheit habe sich durchgesetzt, meint Ulrich. – Aber aus Einsehen oder aus der Einsicht, daß mit Einsehen sich am besten leben, d.h. wirtschaften läßt? Es bestehe die Gefahr nicht mehr darin, daß Auschwitz verdrängt wer-

---

<sup>1107</sup> Helmuth Plessner: *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes* (1959), Frankfurt a. Main 1998, S. 29.

<sup>1108</sup> Bernd Ulrich: Nie wieder. Immer wieder, in: *Die Zeit* vom 27.1.2005.

<sup>1109</sup> Ebd.

de, »sondern daß man hinschaut, ohne Schmerz zu empfinden, ohne sich in seinem Deutschtsein und seinem Menschsein wirklich verunsichern zu lassen.«<sup>1110</sup>

Der Biowissenschaftler Jens Reich vergleicht die »routinierte öffentliche Aufarbeitung von Geschichtsterminen« in der Gegenwart mit dem öffentlich praktizierten verdinglichten Antifaschismus in der DDR: »Der Antifaschismus der DDR hatte auch diesen stereotypen Charakter, aber von der eingebildeten Siegerseite her, während in der Bundesrepublik der Betroffenheitsgestus gepflegt wird.«<sup>1111</sup> In weiten Teilen verdinglicht ist mittlerweile auch die Gedenkkultur im vereinten Deutschland. Die Erinnerungspraxis ist als Bestandteil der Kultur – wie Kultur insgesamt – verklausuliert, d.h. von sämtlichen Bereichen der staatlichen Politik (Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Außenpolitik) isoliert, in diesem Sinne abstrakt und im Feuilleton mehr oder weniger eingesperrt. Solche Isolationshaft verfolgt einen systemischen Zweck, denn die Gedenkkultur und Erinnerungspraxis kann um so lebhafter und unbefangener nur *erscheinen* und radikale Einsichten und Wahrheiten zu Tage fördern, je weniger zu befürchten ist, daß aus diesen Wahrheiten und Einsichten ernsthafte praktische Konsequenzen für Wirtschaft, Soziales oder Außenpolitik, mit anderen Worten: für die Organisation des Staats- und Gesellschaftsgebildes folgen müßten, die der mühselig erworbenen, in weiten Teilen erschlichenen Normalität widersprechen und am Ende sogar systemüberwindend wären.

Die Annäherung an »westliche Werte« darf dagegen mit »Erneuerung« nicht verwechselt werden. Die westlichen Werte sind allein kein Garant für Frieden und Freiheit, denn sie sind in hohem Maße ambivalent; gerade in der (westlichen) Moderne ist auch das Potential aufgehoben, welches in die Katastrophe führte. Die nationalsozialistische Barbarei war nicht das abstrakte Gegenteil zur westlichen Zivilisation, sondern deren Schattenseite. In diesem Sinne war die Katastrophe kein »Rückfall in die Barbarei«, sondern in ihrer ideologischen Revolte gegen die Moderne sehr modern. Darauf aufmerksam zu machen, war die Intention von Horkheimers und Adornos philosophischen Fragmenten der »Dialektik der Aufklärung« gewesen.

Dieselben modernen Prinzipien sind es auch heute, die Staaten zu Kriegen veranlassen. Die Frage, die sich deshalb stellt, ist die nach einer emanzipativen Alternative zur vorherrschenden Normalität im Rahmen kapitalistischer Staatlichkeit, aus dem nicht ohne weiteres auszuweichen ist, der jedenfalls vermutlich langfristig noch der maßgebliche Rahmen bleiben wird. Zum souveränen kapitalistisch verfaßten Nationalstaat gehören allerdings Streitkräfte, die für den Staat zur Demonstration und Ausübung (nationaler) Souveränität unerlässlich erscheinen und als Instrument der Machtdemonstration und Machtentfaltung, zur Realisierung nationaler

---

<sup>1110</sup> Ebd.

<sup>1111</sup> Jens Reich zit. n. *Die Zeit* vom 27.1.2005, S. 6.

kapitalistischer Interessen, jedenfalls nicht unbedingt und in den meisten Fällen ganz und gar nicht zur Ausübung von Gerechtigkeit dienen. Gegen offenen und maskierten Militarismus steht in Deutschland zwar eine mehrheitlich pazifistisch motivierte Bevölkerung, die, so schreibt Stefan Brunner, dem Staat »die Gefolgschaft für alle Arten des militärischen Interventionismus, mag er noch so verlockend in eine aufwendige menschenrechtliche Verpackung gesteckt sein«, verweigere. Die als »humanitärer Kosmopolitismus« maskierte Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik werde bei einem »politisch mündigen und nüchtern gewordenen demokratischen Souverän« keinen Erfolg haben.<sup>1112</sup> Ähnlich sehen es auch Andrei S. Markovits und Simon Reich, die das »kollektive Gedächtnis«, das bei der Konzeption der Außenpolitik eines Landes eine wesentliche Rolle spiele, als die größte Hürde für die Normalisierung der deutschen Außenpolitik betrachten: »Das größte ›Hindernis für deutsche Ambitionen‹ sind die vorherrschenden Überzeugungen seiner Bürger und die Politik des kollektiven Gedächtnisses. Das kollektive Gedächtnis verknüpft Geschichte mit Ideologie, es definiert den Bereich, in dem die Außenpolitik operiert, und in Deutschland sind Erinnerungen wach, die der Ausübung deutscher Macht enge Grenzen setzen.«<sup>1113</sup>

Das kollektive Gedächtnis ist jedoch nicht der wesentliche bestimmende Faktor für die Gestaltung der Außenpolitik – es ist ein weicher Faktor, während die aus den kapitallogisch-systematischen Anforderungen eines kapitalistischen Staates abgeleitete Staatsräson ein harter Faktor ist. Gleichwohl besitzt jener weiche Faktor des kollektiven Gedächtnisses in Deutschland aufgrund der katastrophal verlaufenen Vergangenheit ein ernstzunehmendes Gewicht, das jahrzehntelang mitbestimmend gewesen war, aber auch nur weil es die starke Vertretung seitens der alliierten Besatzungsmächte erfahren hatte. Die staatliche Souveränität Deutschlands war eingeschränkt, und damit hatte das kollektive Gedächtnis einen besonderen Einfluß auf die Ausrichtung der deutschen Außenpolitik. – Dies galt aber bereits schon immer weniger für die 80er Jahre, als der deutsche Staat zu einer Wirtschaftsmacht aufgestiegen war und sich die »ökonomische Rationalität« mehr und mehr durchsetzen konnte. Die Grundlagen der deutschen Außenpolitik waren aus der Sicht der deutschen Eliten jedoch noch nicht rational genug. Rationalität stand hier einer moralischen Vernunft gegenüber, wie sie sich im kollektiven Gedächtnis verfestigt hatte und damit sich als Hürde für eine militariserte Normalisierung erwies. Konservative hofften auf größeren Einfluß des Neorealismus<sup>1114</sup> und Neolibera-

---

<sup>1112</sup> Vgl. Stefan Brunner: Deutsche Soldaten im Ausland. Fortsetzung der Außenpolitik mit militärischen Mitteln?, München 1993, S. 192.

<sup>1113</sup> Andrei S. Markovits / Simon Reich: Das deutsche Dilemma. Die Berliner Republik zwischen Macht und Machtverzicht. Mit einem Vorwort von Joschka Fischer, Berlin 1998, S. 18.

<sup>1114</sup> Der »politische Realismus« findet sein ideologisches Fundament in der »Realistischen Schule«. Vertreter in den USA waren z.B. Z. Brzezinski und H.A. Kissinger. Mitte der 50er Jahre fand in den USA eine Strategiedis-

lismus auf die programmatische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik. Das ideologische Fundament der deutschen Außenpolitik seit 1945 war allerdings nicht einfach auswechselbar. Es mußte Stein für Stein abgetragen werden: an- und abgekratzt in mühevoller und mühseliger Kleinarbeit, und die abgetragenen Segmente mußten mosaikartig durch neue ersetzt werden: in salamtaktischem Tempo, damit es dem öffentlichen Zensus des kollektiven Gedächtnisses entging und nicht Alarm schlug. Darin versteckte sich Sinn und Zweck der vergangenheitspolitischen Normalisierung: das kollektive Gedächtnis für den postmodernen Zeitgeist des alltagspolitischen Pragmatismus neoliberalen Einschlags geschmeidig zu machen.<sup>1115</sup> Ziel der Neoliberalen und Neorealisten, deren Einfluß auf die deutsche Außenpolitik nach 1945 seit 1989/90 nie hätte größer gewesen sein können, ist es, die Interessen des deutschen Staates nüchtern zu maximieren und ihnen damit größeren Einfluß zu verschaffen.

Zwischen Vergangenheitspolitik und Außenpolitik besteht ein kausaler Zusammenhang.<sup>1116</sup> Will man eine andere Außenpolitik als Alternative zur vorherrschenden Normalität, muß man auch bei der Aufarbeitung der deutschen und europäischen Vergangenheit ansetzen.<sup>1117</sup> Es ist

---

kussion statt zu der Frage, welche Möglichkeiten und Perspektiven zur Anpassung des Imperialismus an die veränderten Existenzbedingungen (Kalter Krieg, Systemantagonismus) gegeben sind. Die Schlagworte waren »Politik der Stärke« und »flexibles Reagieren« und hatten beide eine explizit antikommunistische Stoßrichtung. Theoretische Anleihen wurden u.a. bei Machiavelli, Hobbes und Hume unternommen, die in den amerikanischen Pragmatismus/Utilitarismus integriert wurden. – Vgl. Art. »Politische Wissenschaften«, in: Marxistisch-Leninistisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. v. Georg Klaus und Manfred Buhr, Reinbeck bei Hamburg 1977. – Der Neorealismus greift die strategischen Grundannahmen auf, muß sich allerdings wiederum mit den veränderten Existenzbedingungen nach Ende der Bipolarität arrangieren. Eric Hobsbawm bezeichnet die neue strategische Konstellation als moralischen Imperialismus, als »Imperialismus der Menschenrechte« – Vgl. »Macht ohne Recht. Der Historiker Eric J. Hobsbawm über die Zukunft des Westens und Amerikas Hegemonie«, in: *Die Zeit*, Nr. 29 vom 10. Juli 2003.

<sup>1115</sup> Markovits und Reich verwenden den Begriff des »kollektiven Gedächtnisses« in Abgrenzung zum »historischen Gedächtnis« – Vgl. Andrei S. Markovits / Simon Reich: *Das deutsche Dilemma*, a.a.O., S. 37-45. – Diese Unterscheidung beruht auf Maurice Halbwachs: *Das kollektive Gedächtnis*, Stuttgart 1967. – Das kollektive Gedächtnis ist partikular, zeitgebunden, beruht auf Erfahrung, Gefühl (Trauma), ist gekennzeichnet von einer Lebendigkeit der Vergangenheit und einer permanenten inhaltlichen Neubestimmung der Vergangenheit (durchaus auch im psychologischen Sinne als Deckerinnerung: Erinnerung an die Erinnerung, beeinflusst von Impulsen der Ich-Abwehrmechanismen, Abwehr von Schuld: Verdrängung etc.). Das »kollektive Gedächtnis« spielt eine Schlüsselrolle im öffentlichen Diskurs zur Legitimierung politischer Strukturen, Instrumentalisierung (Geschichtspolitik): »Das kollektive Gedächtnis ist der selektive Zugriff auf Geschehenes, ausgeführt mit der Absicht, bestehende Machtverhältnisse zu legitimieren.« – Markovits / Reich, a.a.O., S. 39. – Das »historische Gedächtnis« ist dagegen universal, beruht auf Erkenntnis, Wissen und der Vergangenheit, wie sie von der Wissenschaft mit dem Anspruch auf interesseloser Wahrheit auf Basis von Dokumenten und historischen Quellen rekonstruiert wird.

<sup>1116</sup> »Die Darstellung von Geschichte kann (...) auch einen Beitrag leisten zu der Aufgabe der Gegenwart, die Identität der Deutschen neu zu bestimmen und eine angemessene Rolle für Deutschland in Europa und der Welt zu finden.« – Gerhard A. Ritter: *Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte*, München 1998, S. 9. – »Um seine Identität, so argumentieren [die Verfechter der souveränen Normalität; MH], vor allem aber sein Verhältnis zur Macht zu normalisieren, müsse Deutschland sein Verhältnis zur Vergangenheit normalisieren.« – Andrei S. Markovits / Simon Reich: *Das deutsche Dilemma*, a.a.O., S. 329.

<sup>1117</sup> »Auschwitz bleibt unfaßlich und übt zweifellos stärksten Einfluß auf das heutige Verhalten der Deutschen aus – und auf die Einstellung der anderen zu ihnen. Es ist bei weitem die stabilste und grauenvollste Komponente des kollektiven Gedächtnisses.« – »Die Rückkehr zur Normalität senkt die Schamgrenze im Umgang mit der Vergangenheit. Normalität (...) heißt, die Deutschen von der erdrückenden Bürde der nationalsozialistischen Vergangenheit zu befreien und die positiven Ereignisse der deutschen Geschichte in den Vordergrund zu stellen

alles andere als suspekt, sondern moralisch und politisch geboten, die Erinnerung und Aufarbeitung der Katastrophe wachzuhalten, damit aus ihr Lehren und praktische Konsequenzen gezogen werden können. Jan Ross scheint anderer Ansicht zu sein: »Es wäre (...) suspekt, die Erinnerung an den Holocaust vor allem deshalb wachzuhalten, damit daraus Lehren gezogen werden, wie gute und edle auch immer. Die Ermordeten haben einen Anspruch darauf, daß ihrer und ihres Schicksals um ihrer selbst willen gedacht wird, nicht zu Zwecken der Nachwelt.«<sup>1118</sup> Dem ist zu widersprechen. Die Ermordeten und die Überlebenden sowie auch die Nachgeborenen haben einen Anspruch darauf, daß Auschwitz oder ähnliches sich nicht wiederholt. Erinnerung und Aufarbeitung sind identisch; Aufarbeitung ist aber nicht bloße Erinnerung, sondern zum einen der Versuch, das Unbegreifliche zu begreifen, und zum anderen aus dem Begriffenen praktische Konsequenzen folgen zu lassen, die verhindern, daß sich Auschwitz oder Ähnliches wiederholt. Mit anderen Worten: die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die in die Katastrophe geführt haben, müssen überwunden werden. Solange dies nicht geschieht und statt dessen sich »nur« moralisch erinnert wird, bleibt Auschwitz mehr als bloß lebendig: eine offene Wunde.

Auch Bernd Ulrich ist zu widersprechen, wenn er für die Beschäftigung mit Auschwitz eine »Regel« konstatiert: Wenn die Beschäftigung mit Auschwitz »nicht zutiefst verstört, immer wieder, zumindest immer mal wieder, dann ist etwas daran falsch«.<sup>1119</sup> Ganz sicher gibt es in der Wissenschaft (und nicht nur dort) das abwehrende Phänomen der Rationalisierung, aber nicht jede nüchterne Betrachtung zu Auschwitz ist eine Rationalisierung. Jeden emphatischen Wissenschaftler dürfte die Beschäftigung mit Auschwitz auch verstören, nur ist das nicht gerade für die Öffentlichkeit geeignet. Soll (wissenschaftlich) das Unbegreifliche versuchsweise begriffen werden, darf man sich nicht nur verstören lassen. »Daß dieses [Hinschauen, Zuwenden; MH] unerträglich werden kann, soll nicht bestritten werden; da schaut man in der Tat nicht so ›gerne‹ hin. Aber kein Weg, der sich adäquater Erinnerung an Auschwitz rühmt, führt daran vorbei.«<sup>1120</sup> Will man dagegen darauf beharren, daß die Beschäftigung mit Auschwitz

---

(...).« – »Von der Erinnerung an Auschwitz befreit, wird ein neues, nicht länger durch institutionelle und kulturelle Beschränkungen an angemessener Machtausübung gehindert Deutschland entstehen.« – Markovits / Reich, a.a.O., S. 63; S. 96; S. 330.

<sup>1118</sup> Jan Ross: »Wie weit weg liegt Auschwitz?«, in: *Die Zeit* vom 27.1.2005, S. 6.

<sup>1119</sup> Bernd Ulrich: »Nie wieder. Immer wieder«, in: *Die Zeit* vom 27.1.2005.

<sup>1120</sup> Moshe Zuckermann: Gedenken und Kulturindustrie. Ein Essay zur neuen deutschen Normalität, Berlin/Bodenheim bei Mainz 1999, S. 14. – Darf man sich im Angesicht der Monstrosität gegen diese kaltmachen, um im Gegenzuge das Unfaßbare zu begreifen? – Darf man Auschwitz begreifen wollen? – Man darf nicht nur, man muß es auch! Es ist die Aufgabe der Nachgeborenen, deren Gnade ansonsten schnell zu einer neuen Schuld verkommen kann. Man muß – mit Walter Benjamin gesprochen – durch die »Eiswüste der Abstraktion« gehen, d.h. einen Teil der bürgerlichen Kälte mobilisieren, von der Horkheimer und Adorno sagen, sie habe Auschwitz erst möglich gemacht. Der Begriff zielt aufs Allgemeine – läßt sich Auschwitz aber verallgemeinern? – Das steht dem Befund der Singularität entgegen, gleichwohl ist das Wesen von Auschwitz als Latenz/Tendenz in jeder modernen Form von Gewalt enthalten.

verstören müsse, ansonsten sei sie falsch, nötigt man die Beschäftigung mit Auschwitz, das Gedenken, Erinnern und die Aufarbeitung in einen Kreislauf, der der Katastrophe mythische Züge verleiht, so daß die Katastrophe nur unbegriffen und nur verstört zur Kenntnis genommen werden kann, man aber keine wirklichen praktischen Konsequenzen, etwa für die Außenpolitik, zu folgern imstande ist. Geforderte Verstörtheit genauso wie verdinglichter Umgang mit der Vergangenheit im öffentlichen Raum des Erinnerns und Gedenkens sind Praktiken der Abwiegung und des Vergessens. Hat am Ende diese Praxis Methode, um zu verhindern, daß allzu radikale Konsequenzen gezogen werden müßten?

Für den Bereich der Außenpolitik ist es z.B. ein grundlegender Unterschied, ob sich der Frage von Krieg und Frieden nur unter moralischen-emotionalen oder auch unter politisch-moralischen Vorzeichen genähert wird. Diesen Unterschied hat Stefan Brunner im Sinn: »Die moralische Frage, ob Krieg an sich abzulehnen ist oder ob er unter gewissen Umständen gerecht sein kann, ist falsch gestellt; hierzu kann es weder eine befriedigende noch eine intelligente Antwort geben. Die zutreffende Frage muß lauten, wie mit Gewalt umzugehen ist und wie bei einer Balance zwischen technischen und menschlich-psychologischen Mitteln Sicherheit möglichst effizient aufrechterhalten werden kann. Diese Frage ist freilich während einer vorwiegend moralisch geprägten ›Friedensdiskussion‹ in Deutschland noch überhaupt nicht gestellt worden.«<sup>1121</sup> Der Einsatz von militärischen Mitteln kann aus Vernunftgründen nicht kategorisch für jede denkbare Situation ausgeschlossen werden. Eine »Friedensmacht« ist nicht derjenige Staat, der seine militärischen Zwangs- und Gewaltmittel vollständig liquidiert, denn es gibt Situationen, in denen es nicht nur zur Selbstverteidigung, sondern zur Verteidigung der gesamten Menschheit vernünftig ist, zur Gewalt zu greifen. Sicher ist aber nur eines: Kriegen kann ihre Legitimität nur dann einwandfrei zugesprochen werden, wenn ihnen keine kapitalistischen oder imperialen Interessen zu Grunde liegen. Aber auch, wenn den Alliierten im Zweiten Weltkrieg solche Interessen nicht fremd waren, war es richtig, daß sie gegen das Deutsche Reich und damit auch gegen Auschwitz Krieg geführt haben. Die militärische Intervention Vietnams gegen das massenmörderische Regime der Roten Khmer in Kambodscha 1979 war richtig und zugleich imperialistischen Motiven unverdächtig. In Ruanda hätte man 1994 militärisch intervenieren müssen, um einen Völkermord zu verhindern.

Wenn man allerdings wie Außenminister Joseph Fischer eine Interventionspflicht bei Völkermord fordert, bedarf es einer genauen und allgemein verbindlichen Definition dessen, was Völkermord überhaupt bedeutet. Und es bedarf einer unabhängigen Instanz, die darüber

---

<sup>1121</sup> Stefan Brunner: Deutsche Soldaten im Ausland, a.a.O., S. 195f.

wacht, daß der Begriff des Völkermordes nicht zum Spielball partikularer Interessen wird.<sup>1122</sup> Ansonsten schrumpft der Begriff des Völkermordes zu einem Etikett, das immer dann einer Situation zugewiesen wird, wenn mit einer militärischen Intervention gleichzeitig auch imperiale Interessen realisiert werden können, und das immer dann im Gebrauch vermieden wird, wenn imperiale Interessen nicht vorhanden sind.<sup>1123</sup> Da eine solche unabhängige Instanz nicht existiert, es vermutlich auch nicht geben kann, ist der ganze Gedanke einer »Interventionspflicht bei Völkermord« nicht nur hinfällig, sondern geradezu gefährlich.

Moral und Gewalt sind, so Karl Otto Hondrich, keine Gegensätze. »Mit der Steigerung moralischer Argumente steigern sich Rechtfertigungen und Potentiale der Destruktion.«<sup>1124</sup> Kriege moralisch zu beurteilen, ist deshalb keine Lösung; es führt in Parteilichkeit, Chaos und wieder Krieg.<sup>1125</sup> Die richtige Frage ist dagegen die nach dem verantwortlichen Umgang mit Gewalt-

---

<sup>1122</sup> Wie schwierig das ist, zeigt sich schon in der Frage der Motive für den NATO-Krieg gegen Serbien, wenn selbst ein Moralsoziologe wie Hondrich der irrigen Annahme verfällt, es gehe nicht um Interessen, sondern nur um Moral, der Krieg sei der erste moralische Krieg in Reinform: »[Es] braucht der Krieg gegen Serbien Moral – mehr Moral als alle anderen Kriege, die der Westen in den letzten Jahrzehnten geführt hat. In ihnen ging es um Öl, strategische Positionen, die Eindämmung des Kommunismus oder die Unverletzlichkeit staatlicher Grenzen. Jetzt aber kämpft die Allianz weder für eigene Interessen noch für das Völkerrecht – eher dagegen. Als einzige Begründung für den Kriegszug gegen die Serben bleibt ihr die moralische, humanitäre. Der Kosovo-Krieg ist der erste moralische Krieg in Reinkultur.« – Karl Otto Hondrich: Gegen Windmühlenflügel, in ders.: Wieder Krieg, a.a.O., S. 100. – Siehe auch Kapitel 7, Teil II in der vorliegenden Arbeit.

<sup>1123</sup> Schon Adorno macht darauf aufmerksam, daß der Begriff des Völkermordes nicht dazu taugt, nur dem Unsäglichen vorbehalten zu bleiben; er läßt sich auch in Anschlag bringen, wenn der Tatbestand nur zur Hälfte: »nahezu« erfüllt ist: »Was die Nazis den Juden antaten, war unsagbar: die Sprachen hatten kein Wort dafür, denn selbst Massenmord hätte gegenüber dem Planvollen, Systematischen und Totalen noch geklungen wie aus der guten alten Zeit des Degerlocher Hauptlehrers. Und doch mußte ein Ausdruck gefunden werden, wollte man nicht den Opfern, deren es ohnehin zu viele sind, als daß ihre Namen erinnert werden könnten, noch den Fluch des »Nicht gedacht soll ihrer werden« antun. So hat man im Englischen den Begriff *genocide* geprägt. Aber durch die Kodifizierung, wie sie in der internationalen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt ist, hat man zugleich, um des Protestes willen, das Unsagbare kommensurabel gemacht. Durch die Erhebung zum Begriff ist die Möglichkeit gleichsam anerkannt: eine Institution, die man verbietet, ablehnt, diskutiert. Eines Tages mögen vorm Forum der United Nations Verhandlungen darüber stattfinden, ob irgendeine neuartige Untat unter die Definition des *genocide* fällt, ob die Nationen das Recht haben einzuschreiten, von dem sie ohnehin keinen Gebrauch machen wollen, und ob nicht angesichts unvorhergesehener Schwierigkeiten in der Anwendung auf die Praxis der ganze Begriff des *genocide* aus den Statuten zu entfernen sei. Kurz danach gibt es mittelgroße Schlagzeilen in der Zeitungssprache: *Genocidmaßnahmen in Ostturkestan nahezu durchgeführt.*« – Th.W. Adorno: *Minima Moralia*, GW Bd. 4, Anhang, Aph. II.

<sup>1124</sup> Karl Otto Hondrich: Gegen Windmühlenflügel, a.a.O., S. 101. – »In dem Maße, in dem wir als Weltbürger Verantwortung übernehmen, werden die guten moralischen Gründe, in den Krieg zu ziehen, nicht weniger, sondern mehr.« – Karl Otto Hondrich: Die Zukunft des Krieges, in ders.: Wieder Krieg, a.a.O., S. 25. – Das ist die »Eigendynamik einer Moral mit universalistischem Anspruch«. Diese Moral ist aber viel mehr »westlich« – aus dem Geist des Christentums und der Aufklärung entsprungen, sie ist das Gegenprogramm zur wahrhaft universalistischen Moral, die von allen Kulturen verstanden und geteilt wird: dem *quid pro quo* (»Wie du mir, so ich dir!«). – Das westliche Gegenprogramm hat zwar universalistischen Anspruch, ist aber nicht universal, was man daran sehen kann, daß in ihrem Namen Kriege geführt werden, daß sie auf Gegenwehr und Konfrontation stößt. – Hinsichtlich des Problems der Infragestellung einer universell begründeten Moral siehe Gerhard Schweppenhäuser: *Metaphysik, Menschenrechte und die Utopie des moralischen Fortschritts*. Richard Rortys Abrechnung mit der universalistischen Moralphilosophie, in: Tatjana Freytag / Marcus Hawel (Hg.): *Arbeit und Utopie*. Oskar Negt zum 70. Geburtstag, Frankfurt a.M. 2004, S. 137-160.

<sup>1125</sup> Die Moralisierung der Politik (Politik der Moral) läßt das Freund-Feind-Denken wieder in Mode kommen. »Das Denken im Schema von Freund und Feind ist schon wegen der Undifferenziertheit seiner einzigen Differenzierung das am leichtesten zu vermittelnde Bild des Politischen. Es appelliert an die primitiven Instinkte des Menschen. (...) Gesinnung, der Einsatz für offene und ggf. schonungslose Darstellung der Probleme und Inter-



potentialen (den eigenen und den fremden), um Kriege einzugrenzen oder gar zu verhindern. Wenn Streitkräfte auf Angriffspotentiale verzichten, kommt mehr Sicherheit in die Staatenwelt, ebenso auch in die innerstaatliche Welt.

Deutschland und Europa wären erst dann Friedensmächte, wenn die Streitkräfte mit maximal ausreichendem Umfang in Form von Verteidigungsstreitkräften ausschließlich zur Landes- und Bündnisverteidigung (ihrem strikten Wortsinn nach) ausgerüstet und eingesetzt werden würden. Die Mitwirkung an UNO-Einsätzen im Sinne der UN-Charta und KSZE, nicht aber an UNO-ermächtigten Einsätzen mit Kampfauftrag, scheint geboten, muß aber mit einer maximalen Ausweitung der Entwicklungshilfen, der maximalen Abrüstung und dem radikalen Stopp von Rüstung und -exporten einhergehen. Für militärische Einsätze der Europäischen Union bedürfte es wenigstens einer demokratischen Kontrolle durch das EU-Parlament, d.h. eines Parlamentsvorbehaltes wie er für Deutschland im Grundgesetz verankert ist, seit einiger Zeit aber stetig ausgehöhlt und schon bald durch ein Entsendegesetz faktisch ersetzt wird. Schließlich müßte gelten, daß äußere Souveränität dadurch ausgeübt wird, indem auf sie verzichtet wird, wie Stefan Brunner schreibt, »*positiv* durch Mitwirken am Bau einer vernünftigen Welt.«<sup>1126</sup> So verstandene Souveränität wäre das direkte Gegenteil des erweiterten Diktums von Carl Schmitt, wonach Souverän ist, wer nicht nur über den eigenen, sondern auch über den fremden Ausnahmezustand verfügt.

Europa wäre dann eine Friedensmacht, wenn es von der Umsetzung einer europäischen Militärstaatlichkeit abläßt und auf die »Weltintegration Europas« setzt. »Die Frage lautet daher im Grunde, ob Europa so fortfahren soll wie bisher, nur in größerem Maßstab, oder ob sich auch für die Europäer der Gedanke der Integration, der zur Institutionalisierung Europas geführt hat, als Leitlinie für ihre Weltpolitik erweist.«<sup>1127</sup> Anders gesagt: Eine angemessene Inanspruchnahme von Normalisierung würde u.a. darin bestehen, daß die Integration der Welt am Beispiel Europas fortgeführt wird. – Jedenfalls nicht darin, einer von Deutschland dominierten EU die Attribute einer imperialistischen Großmacht zu verschaffen, die sich im globalen Kräftespiel mit China, Rußland und den USA mißt.

---

sen im öffentlichen Diskurs, ist die Quelle der Unterscheidung zwischen Freund und Feind. Mit der Gesinnung immunisiert sich das politische System gegen die rationale Überprüfung seiner Entscheidungen, denn das Politische reduziert sich auf Glaubensfragen und Bekenntnisse.« – Stefan Brunner: Deutsche Soldaten im Ausland, a.a.O., S. 22.

<sup>1126</sup> Brunner, a.a.O., S. 226.

<sup>1127</sup> Brunner, a.a.O., S. 223.

## Literatur- und Quellenverzeichnis

»2.17 Uhr war alles vorbei«, Petra Bläss im Gespräch, in: *Freitag* 17, vom 17. März 2000

»Abmarsch in Richtung Sonderweg«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 20. Juni 1991

Adam, Rudolf G.: Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union nach dem Vertrag von Nizza, in: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hg.): Europäische Außenpolitik, GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedstaaten, Baden-Baden 2002

Adorno, Theodor W.: *Minima Moralia*, GW, Bd. 4, Frankfurt a.M. 1951

– : Meinung Wahn Gesellschaft, in ders.: *Eingriffe. Neun kritische Modelle*, Frankfurt a.M. 1963, S. 147-172

– : Fortschritt, in ders.: *Stichworte. Kritische Modelle 2*, Frankfurt a.M. 1969, S. 29-50

– : Erziehung nach Auschwitz, in ders.: *Erziehung zur Mündigkeit*, Frankfurt a.M. 1971

– : *Negative Dialektik*, Frankfurt a.M. 1975

– : Beitrag zur Ideologienlehre (1954), in: *Soziologische Schriften I*, Frankfurt a.M. 1979

Albrecht, Ulrich: Nachdenken über Militär in Deutschland. Zwei Jahre Rot-Grün Eine friedenspolitische Zwischenbilanz. Dossier Nr.36: Halbzeit!, in: *Wissenschaft und Frieden (W&F)* 4/2000: »Frieden als Beruf«, Oktober 2000

Algieri, Franco: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Werner Weidenfeld (Hg.): *Europa-Handbuch*, Gütersloh 2002

Alter, Peter: *Der Imperialismus. Grundlagen – Probleme – Theorien*, Stuttgart 1988

Anderson, Benedict: *Die Erfindung der Nation: Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt a.M./New York 1996

Apel, Karl Otto: Zurück zur Normalität? – Oder könnten wir aus der nationalen Katastrophe etwas Besonderes gelernt haben? Das Problem des (welt-)geschichtlichen Übergangs zur postkonventionellen Moral aus spezifisch deutscher Sicht, in ders.: *Diskurs und Verantwortung. Das Problem des Übergangs zur postkonventionellen Moral*, Frankfurt a. M. 1990, S. 370-474

Archiv der Gegenwart (AdG), Deutschland 1949 bis 1999, Berlin 2002

Arendt, Hannah: *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, 9. Aufl., München 1995, 1. Aufl. 1964

Arndt, Hans-Joachim: Über die Belastbarkeit der Deutschen, in: *Criticón*, Ausgabe Juli-Oktober 1980

Bacon, Francis: *Novum organum*, in: *The Works of Francis Bacon*, London 1857

Badstübner, Rolf: *Restauration in Westdeutschland 1945-1949*, Berlin (Ost) 1965

Bahr, Egon: »Die Verfassung steht über dem Bündnis«, in: Dieter S. Lutz (Hg.): *Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, »out of area« – Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft*, Reinbeck bei Hamburg 1993, S. 53-59

– : *Deutsche Interessen – Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik*, München 1998

Bannas, Günter: »Manchem fällt der Abschied vom Sozialismus schwer – Der Perspektiv-Kongreß der Grünen im Zeichen des Wandels in der DDR«, *FAZ* vom 20.11.1989

– : »Sozial im Inneren, friedlich im Äußeren. Die SPD und ihr ›deutscher Weg‹«, in: *FAZ* vom 6.8.2002, S. 3

- Baring, Arnulf: »Wir leben noch immer, leben seit 1990 wieder im Deutschland Bismarcks.« – Vortrag vor der Hans-Martin-Schleyer-Stiftung, Bd. 36, Stuttgart 1992
- : Es lebe die Republik, es lebe Deutschland! Stationen demokratischer Erneuerung 1949-1999, Stuttgart 1999
- Becker, Thomas: Enver Hodschas letztes Aufgebot. Die Geschichte der Volksbefreiungsarmee UCK – Kurzer Lehrgang, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999, S. 37-42
- Beneke, Friedrich Eduard: Grundlinien des natürlichen Systems der praktischen Philosophie, Bd. 1: Allgemeine Sittenlehre, 1837
- Benjamin, Walter: Zur Kritik der Gewalt, in ders.: GS, Bd. II.1, Frankfurt a.M. 1977, S. 179-203
- : Über den Begriff der Geschichte, in ders.: GS, Bd. I.2, Frankfurt a.M. 1974, S. 691-704
- Bergeron, Louis / Furet, François / Koselleck, Reinhart (Hg.): Das Zeitalter der europäischen Revolution 1780-1848, Fischer Weltgeschichte Bd. 26, Frankfurt 1969
- Biefang, Andreas: Der gesamtdeutsche Ausschuß. Sitzungsprotokolle des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen des Deutschen Bundestages 1949-1953, Düsseldorf 1998
- Biermann, Wolf / Klönne, Arno: Globale Spiele, Köln 2001
- Bloch, Ernst: Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt a.M. 1961
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang: »Welchen Weg geht Europa?« (C.F.v. Siemens Stiftung), München 1997
- Böge, Volker: »Schritt für Schritt und immer schneller – Die Militarisierung der europäischen Integration«, in: *Wissenschaft & Frieden*, 3/2000
- Börne, Ludwig: »Die Kunst, in drei Tagen ein Originalschriftsteller zu werden«, in ders.: Menzel der Franzosenfresser und andere Schriften. Herausgegeben und eingeleitet von Walter Hinderer, Frankfurt a.M. 1969, S. 54-56
- Bohle, Dorothea: »Erweiterung und Vertiefung der EU. Neoliberale Restrukturierung und transnationales Kapital«, in: *PROKLA* 128/2002, S. 353-376
- Borkenhagen, Franz H. U.: Außenpolitische Interessen Deutschlands. Rolle und Aufgabe der Bundeswehr, Bonn/Berlin 1997
- Brand, Christoph-Matthias: Souveränität für Deutschland. Grundlagen, Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Zwei-plus-Vier-Vertrages vom 12. September 1990, Köln 1993
- Brand, Ulrich u.a.: Global Governance, Münster 2000
- Brandt, Peter / Ammon, Herbert: Die Linke und die nationale Frage, Reinbeck 1981
- Brecht, Bertolt: Fragen eines lesenden Arbeiters, in ders.: Kalendergeschichten, Hamburg 1953
- Brisard, Jean-Charles / Dasquié, Guilloz: Die verbotene Wahrheit. Die Verstrickung der USA mit Osama Bin Laden, Zürich/München 2002
- Brückner, Peter: Versuch, uns und anderen die Bundesrepublik zu erklären, Berlin 1979
- : Das Abseits als sicherer Ort. Kindheit und Jugend zwischen 1933 und 1945, Berlin 1980
- Brumlik, Micha: Die Linke an der Macht, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 12, 1998.
- Brunner, Stefan: Deutsche Soldaten im Ausland. Fortsetzung der Außenpolitik mit militärischen Mitteln?, München 1993

Bucerius, Gerd: »Unsere Anmaßung«, in: *Die Zeit* vom 1. Februar 1991

Buckmiller, Michael: Geopolitik: Eine Weltmachttheorie für »Jebildete«. Randglossen zu einer neuerwachten Diskussion mit Hinweisen auf eine Ideologiekritik von Karl Korsch aus dem Jahre 1943, in: *Berliner Debatte INITIAL*, 4/5, 1995, Sonderdruck

Butenschön, Rainer / Spoo, Eckart (Hg.): Töten – Plündern – Herrschen. Wege zu neuen Kriegen, Hamburg 2003

Byers, Michael: Der Irak und der Fall Caroline, in: *Le Monde diplomatique*, 9/2002, S. 9

Canguilhem, Georges: Das Normale und das Pathologische. (Aus dem Französischen von Monika Noll und Rolf Schubert), München 1974

Chapman, Philip C.: The New Conservatism. Cultural Criticism vs. Political Philosophy, in: *Political Science Quarterly* 75, 1960, p. 17-34; übersetzt und abgedruckt in: *Konservatismus*, hg. v. Hans Gerd Schumann, Köln 1974, S. 355-369

Chossudovsky, Michel: Global Brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg, Frankfurt a.M. 2002

Cicero, Marcus Tullius: Gespräche in Tusculum, Berlin 2003

– : Acad. rel., Bd. II

Claussen, Detlev: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus, (überarb. Neuausgabe) Frankfurt a.M. 1994

Commission on Global Governance: Nachbarn in einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik (Stiftung Entwicklung und Frieden), Bonn 1995

Comte, Auguste: System de politique positive, 1-4, Bd. 1, Paris 1851-54

Cremer, Ulrich: »Militärische Emanzipationsversuche der EU«, in Ulrich Cremer / Dieter S. Lutz (Hg.): *Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung*, Hamburg 2000, S. 21-35

Cremer, Ulrich / Lutz, Dieter S. (Hg.): *Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung*, Hamburg 2000

Crome, Erhard: Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat. Die Nation zwischen Europäischer Union und Regionen, Berlin 2001

Dahmer, Helmut: Pseudonatur und Kritik. Freud, Marx und die Gegenwart, Frankfurt a.M. 1994

»Das Einmaleins der Marktwirtschaft«, in: *Die Zeit* vom 1.12.1989, S. 30

»Der Bruderkrieg«, Dokumentationsfilm von P. Mitchell, ORF, Teil III: »Der Kampf um Titos Erbe«, ausgestrahlt im ZDF am 30.11.1995

»Der Farbbeutel, den ich geschmissen habe, sollte Joseph Fischer treffen«, Internet: >[http://www.archiv-kiel.de/war\\_mal/no\\_nato/texte/presse02.html](http://www.archiv-kiel.de/war_mal/no_nato/texte/presse02.html)<

»Deutschland ist eine Nation westlichen Typs geworden«, Interview mit dem Koordinator für eine deutsch-französische Zusammenarbeit, Rudolf von Thadden, *Frankfurter Rundschau* vom 10. Juni 2000

»Die Erweiterung der EU. Eine neue Etappe im Kampf um ein deutsch dominiertes Europa«, in: *Gegenstandspunkt – Politische Vierteljahresschrift*, 2/94, S. 3-25

»Die Sonderwege sind zu Ende«, Gespräch mit dem Berliner Historiker Heinrich August Winkler, in: *Der Spiegel* 40/2000

Dierkes, Meinolf: »Zukunftsforschung gilt bis heute als akademisch wenig reputierlich«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 23.12.1996, S. 14.

Diner, Dan: »Ein Schlüsselereignis – Die atlantische Gegenwartskultur setzt auf dem Balkan ein unübersehbares Signal«, in: *Die Zeit*, vom 10.06.1999, S. 45f.

Dirks, Walter: Der restaurative Charakter der Epoche, in: *Frankfurter Hefte* 5, (1950), S. 942-954, wieder abgedruckt in: *Konservatismus*, hg. v. Hans Gerd Schumann, Köln 1974, S. 262-275

Dönhoff, Marion Gräfin: »Am Ende aller Geschichte? – Die Niederlage des Marxismus bedeutet nicht den Triumph des Kapitalismus«, in: *Die Zeit* vom 22.9.1989

Doering-Manteuffel, Anselm: *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999

Donges, Juergen B.: »Finanzierung und Transfers – Die Kosten der Erweiterung«, in: Walter-Raymond-Stiftung der BDA (Hg.): *Die Osterweiterung der EU und ihre Folgen für Deutschland*, 39. Kolloquium, Berlin 2001, S. 79-82

»Dschibuti: Die Angst fährt mit«, Homepage ARD-Weltspiegel, Internet: ><http://www.ndrtv.de/weltspiegel/20030309/dschibuti.html><

Dulles, John F.: *Krieg oder Frieden*, Wien/Stuttgart 1950

Durkheim, Emile: *Die Regeln der soziologischen Methode* (1895), Frankfurt a.M. 1991

– : *Regeln der soziologischen Methode* (frz. zuerst 1895), Frankfurt a.M. 1991

Ebeling, Hans: *Rüstung und Selbsterhaltung*, Paderborn 1983

– : *Martin Heidegger und Ideologie*, Reinbeck 1991

Ebermann, Thomas: *Hedonismus statt Kommunismus? Der linke Bellizismus und die Reize des Westens – eine Studie am Detail*, in: Jürgen Elsässer (Hg.): *Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen*, Hamburg 2002

Eckert, Dirk: »Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt«, *telepolis* vom 13.12.2002, Internet: ><http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/13778/1.html><

»Eine neue Form der Selbstverteidigung – Bundeskanzler Gerhard Schröder über die Bedrohung der westlichen Zivilisation und Deutschlands Rolle in der Welt. Ein *Zeit*-Gespräch von Gunter Hofmann und Michael Naumann (Gesprächsführung), *Die Zeit* 43/2001

Elsässer, Jürgen (Hg.): *Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer*, Hamburg 1999

– (Hg.): *Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen*, Hamburg 2002

– : *Der deutsche Sonderweg. Historische Last und politische Herausforderung*, München 2003

– : *Kriegslügen. Vom Kosovokonflikt zum Milosevic-Prozeß*, Berlin 2004

Elsässer, Jürgen / Markovits, Andrei S.: *Ein deutsches Coming-out? Streitgespräch: Die Linke, der Krieg und mögliche Verkürzungen in Goldhagens Holocaust-Analyse*, in dies (Hg.): »Die Fratze der eigenen Geschichte« *Von der Goldhagen-Debatte zum Jugoslawien-Krieg*, Berlin 1999, S. 186-202

Engels, Friedrich: *Das Begräbnis von Karl Marx*, in: MEW Bd. 19, Berlin 1978

Enzensberger, Hans Magnus: »Traktat vom Trampeln«, in: *Der Spiegel* vom 14. Juni 1976

– : »Hitlers Widergänger«, in: *Der Spiegel* 6/1991

ESVP: *Schlüsselprojekt der europäischen Einigung*, Internet: ><http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu-politik/gasp/ESVP.html><

Europäischer Konvent: Vertrag über eine Verfassung für Europa (Entwurf vom 10. Juli 2003), ><http://european-convention.eu.int/docs/Treaty/cv00850.de03.pdf><

– (Helsinki): Schlußfolgerungen des Vorsitzes, II. Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik vom 10. und 11. Dezember 1999, Internet: >[http://europa.eu.int/council/off/conclu/dec99/dec99\\_de.htm](http://europa.eu.int/council/off/conclu/dec99/dec99_de.htm)<

– (Santa Maria da Feira): Schlußfolgerungen des Vorsitzes, C. Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik vom 19. und 20. Juni 2000, Internet: >[http://www.europarl.eu.int/summits/fei1\\_de.htm](http://www.europarl.eu.int/summits/fei1_de.htm)<

– (Laeken): Schlußfolgerungen des Vorsitzes, Internet: ><http://www.bundesregierung.de/artikel,-65427/Schlussfolgerungen-des-Vorsitz.htm><

Europäische Union: Vertrag über eine Verfassung für Europa, Luxemburg 2005

Fahrni, Oliver: »Die Wurzeln des Terrors«, in: *Die Woche* vom 21.9.2001, S. 5

Fest, Joachim C.: Hitler, Frankfurt a.M./Berlin 1995

Fetscher, Iring: Die Suche nach der nationalen Identität, in: Jürgen Habermas: Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«, Bd. 1: Nation und Republik, Frankfurt a.M. 1979, S. 115-131

– : Bewahren zur Sicherung der Zukunft. Eine Aufgabe für die Linke, in: Konservatismus in der Strukturkrise, hrsg. v. Thomas Kreuder und Hanno Loewy, Frankfurt a.M. 1987, S. 205-220

Fichte, Johann Gottlieb: Beitrag zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution, Hamburg 1793 (1794)

Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914 /18, Düsseldorf 1961

– : Juli 1914: Wir sind nicht hineingeschlittert. Das Staatsgeheimnis um die Riezler-Tagebücher, Hamburg 1983

Fischer, Joseph: Die Katastrophe in Bosnien und die Konsequenzen für unsere Partei Bündnis 90 / Die Grünen. Ein Brief an die Bundestagsfraktion und an die Partei (vom 30. Juli 1995), Internet: ><http://www.oeko-net.de/kommune/briefe/kom201.htm><.

– : An der humanitären Nase in den Krieg geführt. Ein unfreiwilliges Vorwort, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999

– : Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration. Rede am 12. Mai 2000 in der Humboldt-Universität zu Berlin

Fischer, Michael: »New World Order statt Weltherrschaft – »Globale Sicherheit« aus transatlantischer Perspektive«, in: *sopos* 7/2002, Internet: ><http://www.sopos.org/aufsaeetze/3d1ca0fa61d41/1.phtml><

Foucault, Michel: Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft, Frankfurt a.M. 1973

– : Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a.M. 1976

François-Poncet, Jean: Die europäische Herausforderung für Frankreich und Deutschland, in: *Europa Archiv* 11, 1991, S. 327ff

Franke, Berthold: Die Kleinbürger. Begriff, Ideologie, Politik, Frankfurt a.M./NewYork 1988

Frankenberg, G. / Krämer-Badoni, Th. / Menschel, S. / Rödel, U.: Politische Tendenzwende, in: M. Tohidipur (Hg.): Der bürgerliche Rechtsstaat, 2. Bd., Frankfurt a.M. 1978

»Frankreich-Info«, Nr. 93, Französische Botschaft in Bonn, 8.12.1998

- Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und der NS-Vergangenheit, München 1996
- Freud, Sigmund: Die Freudsche psychoanalytische Methode (1904), Studienausgabe, Erg.-Bd. 1975
- Freytag, Tatjana / Hawel, Marcus (Hg.): Arbeit und Utopie. Oskar Negt zum 70. Geburtstag, Frankfurt a.M. 2004
- Frohn, Axel: Adenauer und die deutschen Ostgebiete in den fünfziger Jahren, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 44, 1996, S. 485-525
- Fürst, Dietrich: Regional Governance zwischen Wohlfahrtsstaat und neo-liberaler Marktwirtschaft, in: Ines Katenhusen / Wolfram Lamping (Hg.): Demokratien in Europa. Der Einfluß der europäischen Integration auf Institutionenwandel und neue Konturen des demokratischen Verfassungsstaates, Opladen 2003, S. 251-267
- Gahler, Michael: Die Osterweiterung aus der Innensicht Deutschlands, in: Walter-Raymond-Stiftung der BDA (Hg.): Die Osterweiterung der EU und ihre Folgen für Deutschland, 39. Kolloquium, Berlin 2001, S. 43-55
- Gassert, Phillip: Ex Occidente Lux? Der Westen als nationaler Mythos der Berliner Republik, in: *vorgänge* Heft 2/2001, S. 15-22
- Geis, Matthias: »Fischer, der Krieg und die Vision – Der deutsche Außenminister zeigt sich als treuer Partner der USA – um damit eine gewichtigere deutsche Rolle in der Welt einzufordern«, in: *Die Zeit*, 40/2001
- Geiss, Imanuel: Die Habermas-Kontroverse. Ein deutscher Streit, Berlin 1988
- »German Support for the Reform Process in the Former Soviet Union and Eastern Europe«, German Information Center, März 1995
- Gimbel, John: The Origins of the Marshall Plan, Stanford 1976
- Glötz, Peter: Die falsche Normalisierung. Die unmerkliche Verwandlung der Deutschen 1989 bis 1994, Frankfurt a.M. 1994
- Goethe, J.W.: Faust, 1. Teil, in: Werke Bd. 3, Frankfurt a.M. 1970
- Goldendach, Walter von / Minow, Hans-Rüdiger: Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas, Berlin 1999, 3. Aufl.
- Görres, Joseph: Der allgemeine Frieden, ein Ideal von 1798, in: Ausgewählte Werke, hrsg. v. Wolfgang Frühwald, Bd. 1, Freiburg u.a. 1978
- Gorbatschow, Michail: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1989
- : Glasnost. Das neue Denken, Berlin 1989
- Grässlin, Jürgen: Bronze für Deutschland, in: *Zeitung zum Sonntag*, vom 24.6.2001
- Gramsci, Antonio: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, 7. Bd., Hamburg 1991-96
- Grebing, Helga: Positionen des Konservatismus in der Bundesrepublik, Konservatismus – Eine deutsche Bilanz, München 1971, wieder abgedruckt in: Konservatismus, hg. v. Hans Gerd Schumann, Köln 1974, S. 290-314
- Grefe, Christiane / Greffrath, Matthias / Schumann, Harald: attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?, Berlin 2002
- Gremliza, Hermann L.: Showdown in Partnership. Der Kalte Krieg zwischen Deutschland und den USA nach dem 11. September, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen, Hamburg 2002
- Grimm, Dieter: »Der Mangel an europäischer Demokratie«, in: *Der Spiegel* 43/1992, S. 57-59

– : Die Zukunft der Verfassung, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1994

Habermas, Jürgen (Hg.): Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹, Bd. 1: Nation und Republik, Frankfurt a.M. 1979

– : Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt a.M. 1985

– : Eine Art Schadensabwicklung, Frankfurt a.M. 1987

– : Die nachholende Revolution, Frankfurt a.M. 1990

– : Vergangenheit als Zukunft. Das alte Deutschland im neuen Europa? Ein Gespräch mit Michael Haller, München 1993 (Zürich 1991)

– : »Die Festung Europa und das neue Deutschland«, in: *Die Zeit* 22/1993

– : Die Normalität einer Berliner Republik, Frankfurt a.M. 1995

– : Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt a.M. 1998

– : Zeit der Übergänge. Kleine Politische Schriften IX, Frankfurt a.M. 2001

– : Gegenmacht Europa? Nachfragen (Interview), in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Juli 2003, S. 801-806

– : Der gespaltene Westen. Kleine Politische Schriften, Bd. X, Frankfurt a.M. 2004

Habermas, Jürgen / Derrida, Jacques: Der 15. Februar oder: Was die Europäer verbindet, in: *FAZ* vom 31.5.2003, S. 33f

Hacke, Christian: Nationales Interesse als Handlungsmaxime für die Außenpolitik Deutschlands, in: Karl Kaiser / Joachim Krause (Hg.): Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 3: Interessen und Strategien, 1996, S. 3-13

– : Die deutsche Außenpolitik im Irak-Krieg, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 4/2003, S. 215-221

Haftendorn, Helga: Führungsmacht Deutschland? – Ein Rückblick auf die Rolle der Deutschen in Europa, in: Werner Weidenfeld (Hg.): Was ändert die Einheit? Deutschlands Standort in Europa, Gütersloh 1993

Halbwachs, Maurice: Das kollektive Gedächtnis, Stuttgart 1967

Haller, Carl Ludwig von: Restauration der Staatswissenschaft oder Theorie des natürlichgeselligen Zustands, der Chimäre des künstlichbürgerlichen entgegengesetzt, Bd. 1-6, Winterthur 1816-1834

Hardt, Michael / Negri, Antonio: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a.M. 2002

Hawel, Marcus: Vom Untertan zur Ware Arbeitskraft. Zur Disziplinierung der bürgerlichen Gesellschaft in den Theorien von Hobbes, Hegel und Marx, (unveröffentlichte) Magisterarbeit (Mai 1999) am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität Hannover

– : »Die normalisierte Nation? Zur Geschichtsbewältigung in der Berliner Republik«, in: *vorgänge* 155, 40. Jg., 2001, Heft 3, S. 331-337

– : Warum sollen Linke sich an dieser Nation erfreuen?, in: *Freitag*, 17/2002

– : Weltgesellschaft ohne Revolution?, in: Michael Jäger (Hg.): Globalisierung, Nation, Internationalismus. Orte des Widerstands – eine linke Debatte, Berlin 2002, S. 77-97

– : »Global War Player. Deutschlands Normalisierung der Außenpolitik«, in: Rainer Butenschön/Eckart Spoo (Hg.): Töten – Plündern – Herrschen. Wege zu neuen Kriegen, Hamburg 2003, S. 44-54



- : »Ein Begriff muß bei dem Worte sein. Theorie und Praxis in den Sozialwissenschaften«, in: *Zeitschrift für kritische Theorie*, 10. Jg., Nr. 18/19 (2004), S. 73-79
- Hegel, G.W.F.: Vorlesungen über die Philosophie der Religion, Bd. II, Werke Bd. 17, Frankfurt a.M. 1969
- : Phänomenologie des Geistes. Frankfurt a.M. 1986
- : Grundlinien der Philosophie des Rechts, Werke, Bd. 7, Frankfurt a.M. 1970
- : Vorlesungen über Speculative Philosophie, in: Schriften und Entwürfe 1799-1808, GW Bd. 5, hrsg.v. Manfred Baum u. Kurt Rainer Meist, Hamburg 1998
- : Über die wissenschaftlichen Behandlungsarten des Naturrechts, seine Stelle in der praktischen Philosophie und sein Verhältnis zu den positiven Rechtswissenschaften (1802/03), in: Jenaer Schriften, Werke Bd. 2, Frankfurt a.M. 1970
- Heimann, Gerhard: Die Auflösung der Blöcke und die Europäisierung Deutschlands, in: *Europa-Archiv* 5/1990
- Heine, Heinrich: Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland, in ders.: Werke in drei Bänden, Bd. 3: Schriften zu Literatur und Politik, München, S. 395-520
- : Nachtgedanken, in ders.: Werke Bd. 1, Köln 1995, S. 295-297
- Heintel, Peter: Hegel. Der letzte universelle Philosoph, Göttingen 1970
- Herbert, Ulrich: »Vom Reich zur ›postklassischen Nation‹ – Heinrich August Winklers ›Deutsche Geschichte‹, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 25./26. November 2000
- Herbst, Ludolf: Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag, 2. durchgesehene Aufl., 1996.
- Hertel, Wolfram: Supranationalität als Verfassungsprinzip. Normativität und Legitimation als Elemente des Europäischen Verfassungsrechts, Berlin 1999
- Herzinger, Richard: »Die besseren Amerikaner sind wir«, in: *Die Zeit*, 41/2002
- Heym, Stefan: »Ist die DDR noch zu retten? – Aus dem real existierenden muß ein wirklicher Sozialismus werden«, in: *Die Zeit* vom 13.10.1989, S. 5
- »Historikerstreit«, Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987
- Historisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. v. Joachim Ritter u. Karlfried Gründer, Bd. 6: Mo-O, Basel 1984
- Hobbes, Thomas: Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates, hrsg. v. Iring Fetscher, Frankfurt a.M. 1984
- Hobson, John A.: Der Imperialismus (1902), Köln, Berlin 1970
- Hofbauer, Hannes: Osterweiterung – Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration, Wien 2003
- Hofmann, Gunter: »Lauter Versuche, auf der Höhe der Zeit zu bleiben«, in: *Die Zeit* 12/90
- Hondrich, Karl Otto: Wieder Krieg, Frankfurt a.M. 2002
- Horkheimer, Max: Bemerkungen zur philosophischen Anthropologie (1935), In: Gesammelte Schriften (GS), Bd. 3, Frankfurt 1988
- : Die Juden in Europa, GS, Bd. 4, Frankfurt a.M. 1988, S. 308-331
- Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt a.M. 1988

- Huntington, Samuel P.: *The Clash of Civilization and the Remaking of World order*, New York 1996
- International Institute of Strategic Studies: *The Military Balance 1992-1993*
- Jäger, Michael: *Probleme und Perspektiven der Berliner Republik*, Münster 1999
- : Blöcke, in: Wolfgang Fritz Haug (Hg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 2, Hamburg 1995, S. 261-267
- (Hg.): *Globalisierung, Nation, Internationalismus. Orte des Widerstands – eine linke Debatte*, Berlin 2002
- Jaeger, H. E. H.: *La norme d'après la doctrine des humanistes et des auteurs du droit naturel*, in: *La norma en el Derecho Canonico. Actas del III congr. intern des Derecho Canonico*, I, Pamplona 1979
- Jahrreiß, Hermann: *Die Souveränität der Staaten. Ein Wort – mehrere Begriffe – viele Mißverständnisse*, in: Hanns Hermann (Hg.): *Die Entstehung des modernen souveränen Staates*, Köln/Berlin (West) 1967
- Jakob, Günther: *Mit Auschwitz lügen. Der bewaffnete und der unbewaffnete Humanismus*, in: Jürgen Elsässer (Hg.): *Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer*, Hamburg 1999, S. 78-94
- Jaspers, Karl: *Freiheit und Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik*, (Neuausgabe) München 1990
- Jeismann, Karl-Ernst: *Das Problem des Präventivkriegs im europäischen Staatensystem mit besonderem Blick auf die Bismarck-Zeit*, Freiburg/München 1957
- Jessen, Jens: »Der Liberalismus hat gesiegt ... aber seine Toleranz verloren. Die Mitte ist das Maß, der Streit wird zum Spektakel«, in: *Die Zeit*, vom 21. März 2002
- Jetzt oder nie – Demokratie! Leipziger Herbst '89. Zeugnisse, Gespräche, Dokumente. Mit einem Vorwort von Rolf Henrich, hrsg. v. Reinhard Bohse, Grit Hartmann, Ulla Heise u.a., Leipzig 1989
- Joffe, Josef: *Amerika und Deutschland*, in: Karl Kaiser / Joachim Krause (Hg.): *Deutschlands neue Außenpolitik*, Bd. 3: *Interessen und Strategien*, München 1996
- : »Deutsch und stolz: worauf? Auf die Demokratie, die europäische Bindung und die Abkehr von der alten Arroganz«, in: *Die Zeit* vom 22. März 2001
- Jospin, Lionel: »Europa schaffen, ohne Frankreich abzuschaffen, ist mein Kredo«, *Frankfurter Rundschau* vom 5. Juni 2001
- Jouvenel, Bertrand de: *Über die Staatsgewalt. Die Naturgeschichte ihres Wachstums*, Freiburg 1972
- Jung, Martin: »Die Grünen ziehen in den Krieg. Eine Chronologie.«, in: *Sozialistische Zeitung (SoZ)* 11/1999
- Kaiser, Karl / Krause, Joachim (Hg.): *Deutschlands neue Außenpolitik*, Bd. 3: *Interessen und Strategien*, 1996
- Kant, Immanuel: *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft*, in: *ders.: Werke VIII*, Frankfurt 1997, S. 649-879
- : *Zum ewigen Frieden*, in: *Werke in 6 Bänden*, hrsg. v. W. Weischedel, Bd. VI
- Kanzleiter, Boris / Abu-Chouka, Sherin: »Ehrliche Makler«. *Fischer und Schröder in Bismarcks Fußstapfen*«, in: *ak – analyse & kritik*, Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 457, Dezember 2001
- Katenhusen, Ines / Lamping, Wolfram (Hg.): *Demokratien in Europa. Der Einfluß der europäischen Integration auf Institutionenwandel und neue Konturen des demokratischen Verfassungsstaates*, Opladen 2003
- Keckermann, B.: *Opera omnia*, I, Genf 1614
- »Kein '89 ohne '68«, Interview mit Werner Schulz, in: *Der Spiegel*, 12/2001

Kissinger, Henry A.: *The Necessity for Choice*, New York 1960

Klein, Fritz: »Was heißt Europa? Lag Belgrad nicht immer in Europa?«, in: *Das Blättchen*, 3. Jg., Nr. 23, 13.11.2000. – Internet: ><http://www.linksnet.de/artikel.php?id=140><.

Klönne, Arno: *Zurück zur Nation? Kontroversen zu deutschen Fragen*, Köln 1984

– : *Empire und Empirie. Zum Diskurs über US-amerikanische Globalpolitik*, in: Rainer Butenschön / Eckart Spoo (Hg.): *Töten – Plündern – Herrschen. Wege zu neuen Kriegen*, Hamburg 2003, S. 126-130

Koch, Gero: *Krisenreaktionskräfte des Heeres*, in: *Soldat und Technik (SuT)*, 7/1993

Koch, Jutta: *Die NATO: zwischen Ambitionen, Attentismus und Aktionismus*, in: *Europäische Friedensordnung: Konturen einer Sicherheitsarchitektur*, (Koordination: Wilfried Graf, Lutz Unterseher), Münster 1998

König, René: *Émile Durkheim zur Diskussion. Jenseits von Dogmatismus und Skepsis*, München 1978

Kogon, Eugen: »Die Aussichten der Restauration. Über die gesellschaftlichen Grundlagen der Zeit«, in: *Frankfurter Hefte*, Nr. 7, Jg. 1952, S. 165-177, wiederabgedruckt in: *Konservativismus*, a.a.O., S. 276-289

*Kommuniqué Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Außenminister*, Brüssel 15.12.1999, NATO-Homepage: ><http://www.nato.int><

»Komplott gegen Europa«, in: *Der Spiegel*, Nr. 29/1990

Korsch, Karl: *Eine geschichtliche Betrachtung der Geopolitik* (1943), wiederabgedruckt in: *Berliner Debatte INITIAL*, 4/5, 1995, Sonderdruck

Kotzias, Nicos: »Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der neuen Architektur Europas«, in: Caroline Thomas und Klaus-Peter Weiner (Hg.): *Auf dem Weg zur Hegemonialmacht? Die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung*, Köln 1993, S. 111-129

Krell, Gert / Kubbig, Bernd W. (Hg.): *Krieg und Frieden am Golf. Ursachen und Perspektiven*, Frankfurt a.M. 1991

Kreuder, Thomas / Loewy (Hg.), Hanno: *Konservativismus in der Strukturkrise*, Frankfurt a.M. 1987

Kritidis, Gregor: *Prinzipientreuer Regierungspazifismus? Zur Position der Rot-Grünen Bundesregierung im gegenwärtigen Irak-Konflikt und dem historischen Rückstand der Unionsparteien*, in: *sopos* 3/2003, Internet: <http://sopos.org/aufsaeetze/3e68c00b6ad0c/1.phtml#o1>.

Krug, W.T.: *Allgemeines Handwörterbuch des philosophischen Wissens*, Bd. III, 1833

Kühnl Reinhard: *Ein Kampf um das Geschichtsbild: Voraussetzungen – Verlauf – Bilanz*, In: Ders. (Hg.): *Streit ums Geschichtsbild. Die »Historiker-Debatte«*. Dokumentation, Darstellung und Kritik, Köln 1987

Lamers, Karl: *Variable Geometrie und fester Kern. Zur Debatte über das Europa-Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/1994, S. 1464-1470

Latsch, Günther / Wiegrefe, Klaus: »Einsatz im Machtspiel«, in: *Der Spiegel* 46/2001

Lehmann, Hans Georg: *Der Oder-Neiße-Konflikt*, München 1979

*Le Monde diplomatique* (Hg.): *Atlas der Globalisierung*, Berlin 2003

Lenin, Wladimir Iljitsch: *Rede über den Frieden vom 26.10.1917*, in: *Lenin Werke*, Bd. 26

Limbach, Jutta: *Die Kooperation der Gerichte in der zukünftigen europäischen Grundrechtsarchitektur – Ein Beitrag zur Neubestimmung des Verhältnisses von Bundesverfassungsgericht, Europäischem Gerichtshof und Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte*, Internet: ><http://www.politik-international.de/archive/BVG%20und%20EuGH.pdf><

- Link, Jürgen: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, 2. Aufl., Wiesbaden 1999 (1. Aufl.: 1997)
- Lorenz, Karl: Pulverfaß Kosovo. Warum der Titoismus am albanischen Nationalismus scheiterte, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999, S. 25-36
- Ludwig, Michael: Polen und die deutsche Frage, Bonn 1991
- Lübbe, Hermann: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 236, 1983, S. 579-599
- Lutz, Dieter S. (Hg.): Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, »out of area« – Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft, Reinbek bei Hamburg 1993
- »Macht ohne Recht. Der Historiker Eric J. Hobsbawm über die Zukunft des Westens und Amerikas Hegemonie«, in: *Die Zeit*, Nr. 29 vom 10. Juli 2003
- Marcuse, Herbert: Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie, 8. Aufl., Frankfurt a.M. 1990
- Markovits, Andrei S. / Reich, Simon: Das deutsche Dilemma. Die Berliner Republik zwischen Macht und Machtverzicht. Mit einem Vorwort von Joschka Fischer, Berlin 1998
- Markovits, Andrei S. / Gorski, Philip S.: Grün schlägt Rot. Die deutsche Linke nach 1945, Hamburg 1997
- Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: MEW Bd. 23, Berlin 1969
- : Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1974
- : Marx an Ruge, in: Briefe aus den »Deutsch-Französischen Jahrbüchern« (1844), in: MEW Bd. 1, Berlin 1972
- : Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral, in: MEW, Bd. 4, Berlin 1959
- Marx, Karl / Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin 1959
- Marxistisch-Leninistisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. v. Georg Klaus und Manfred Buhr, Reinbeck bei Hamburg 1977, Art. Norm, S. 877-879
- Mayer, Tilman: Konfliktlinien in der Atlantischen Allianz, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage 29-30/1999 zur Wochenzeitung: *Das Parlament*, 22-29
- Mearsheimer, John J.: »Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War«, in: Sean Lynn-Jones (Hg.): *The Cold War and After: Prospects for Peace*, Cambridge 1991
- »Mehr Europa«, in: *Der Spiegel* 14/2003
- Meinenreis, David / Renken, Frank (Hg.): Krieg und Globalisierung. Der Imperialismus: Vom Kolonialismus zu den Kriegen des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a.M. 2002
- Meier, Christian: »Wir sind ja keine normale Nation«, in: *Die Zeit* 39/1990
- : Erinnern – Verdrängen – Vergessen, in: *Merkur* H. 9/10/1996, S. 945
- Meister, Roland: Studie zur Souveränität, Berlin (Ost) 1981
- Michal, Wolfgang: Deutschland und der nächste Krieg, Berlin 1995
- Mommsen, Wolfgang J.: »Wir sind wieder wer.« Wandlungen im politischen Selbstverständnis der Deutschen, in: Jürgen Habermas (Hg.): *Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹*, Bd. 1: Nation und Republik, Frankfurt a.M. 1979, S. 185-209

- : 1848. Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830-1849, Frankfurt a.M. 1998
- Mosler, Volkhard: An Krieg wieder gewöhnen? Niemals! Die Rückkehr des deutschen Militarismus, Frankfurt a.M. 1999
- Mühlen, Patrik von zur / Müller, B./ Schmitz, K.: Vertriebenenverbände und deutsch-polnische Beziehungen nach 1945, in: Carl Christoph Schweitzer / Herbert Feger (Hg.): Das deutsch-polnische Konfliktverhältnis seit dem Zweiten Weltkrieg. Multidisziplinäre Studien über konfliktfördernde und konfliktmindernde Faktoren in den internationalen Beziehungen, Boppard 1975, S. 96-185
- Muggenthaler, Ferdinand: »Die Karriere einer Nachricht«, in: *Jungle World* vom 11. August 1998
- Mutz, Reinhard: »Europa unter falscher Flagge«, in Ulrich Cremer / Dieter S. Lutz (Hg.): Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung, Hamburg 2000, S. 16-20
- Naumann, Klaus: Standortbestimmung, Informationen zur Sicherheitspolitik, 35. Kommandeurtagung der Bundeswehr, November 1995
- Negt, Oskar: Die Konstituierung der Soziologie zur Ordnungswissenschaft. Strukturbeziehungen zwischen den Gesellschaftslehren Comtes und Hegels, Frankfurt/Köln 1974
- : Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung, Frankfurt a.M. 1971
- : Die Misere der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, in: Ders.: Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral, Frankfurt a.M. 1976, S. 17-46
- : »Die Demontage der Bürgerinitiativen«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 17.3.1990
- : Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, Göttingen 1995
- : »Ironie der Geschichte oder: Der Kaiser ist nackt. Über alte und neue Kleider, den Kapitalismus, die Globalisierung und die Notwendigkeit der Solidarität«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 04.06.1998, S. 7
- (Hg.): Ein unvollendetes Projekt. Fünfzehn Positionen zu Rot-Grün, Göttingen 2002
- : Wozu noch Gewerkschaften? Eine Streitschrift, Göttingen 2004
- Negt, Oskar / Kluge, Alexander: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt a.M. 1972
- : Maßverhältnisse des Politischen. 15 Vorschläge zum Unterscheidungsvermögen, Frankfurt a.M. 1992
- : Geschichte und Eigensinn, Bd. 2: Deutschland als Produktionsöffentlichkeit, Frankfurt a.M. 1993
- Neuber, Arno: Europäer an die Front. Der Aufbau einer EU-Armee kommt voran, obwohl Washington zähen Widerstand leistet, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen, Hamburg 2002
- »Nichts wächst von alleine«, Interview mit Gerhard Schröder, *Der Spiegel* 49/2000
- Niess, Frank: »Das ›F-Wort‹«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, September 2000, S. 1105-1115
- : Die europäische Idee, Frankfurt a.M. 2001
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866-1918. Zweiter Band. Machtstaat vor der Demokratie, München 1992
- Nolte, Ernst: Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, *Frankfurter Rundschau* vom 6. Juni 1986

Nürnberger Tagebuch, von Gustave M. Gilbert. Ehemaliger Gerichts-Psychologe beim Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Aus dem Amerikanischen übertragen von Margaret Carroux, Frankfurt a.M. 1962

Offe, Claus: »Kann es eine europäische Gesellschaft geben?«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, April 2001, S. 423-435

»Ohnmacht, die sich als Bescheidwissen verkleidet. Gespräch mit Detlev Claussen und Lothar Baier über die gesellschaftliche Bedeutung der »öffentlichen Debatten«, in: *Perspektiven*, Nr. 33, Mai 1998

Osten-Sacken, Thomas von der: Deutsche Friedensfreunde. Von der Kritik des Imperialismus zur Kritik des Antiimperialismus, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen, Hamburg 2002

Pankow, Horst: »Pendler der Todes. Erich Rathfelder, der das Massengrab von Orahovac entdeckte«, in: *Jungle World* vom 11. August 1998

– : Meutenjournalismus. Von Orahovac nach Racak: Wie Kriege gemacht werden, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999, S. 63-69

Perels, Joachim: Wider die »Normalisierung« des Nationalsozialismus. Interventionen gegen die Verdrängung, Hannover 1996

– : Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime, Hannover 2004

Pflüger, Tobias: Die neue Bundeswehr. Mit neuer Strategie, Struktur und Bewaffnung in den Krieg?, Köln 1997

Pitt, William Rivers / Ritter, Scott: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt, Köln 2002

Plessner, Helmuth: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, 6. Aufl., Frankfurt a.M. 1998

Plinius, Secundus d. Ä.: Nat. hist., Bd. 3

Preuß, Ulrich K.: »Auf der Suche nach Europas Verfassung. Europa hat noch keine Verfassung«, in: *Transit. Europäische Revue*, 17/1999, S. 154-174

Ramonat, Wolfgang: Die Debatte über die deutsche Frage, in: *Politische Studien*, 39. Jg., 1988, Heft 300

Renan Ernest: Was ist eine Nation? Vortrag in der Sorbonne vom 11. März 1882, aus dem Französischen von Henning Ritter, veröffentlicht in: Michael Jeismann / Henning Ritter: Grenzfälle – Über neuen und alten Nationalismus, Leipzig 1993

Resse-Schäfer, Walter: Karl Otto Apel zur Einführung, mit einem Nachwort von Jürgen Habermas, Hamburg 1990

Rhode, Reinhard: »Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Euro-Hegemon?«, in: Bruno Schoch (Hg.): Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt a.M. 1992

Richter, Edelbert: »Mutterland des Protektionismus«, in: *Ossietzky* 1/2004, ><http://sopos.org/aufsaeetze/4006da9f0b5e7/1.phtml><

Richter, Hans Werner: »Deutschland ist ein ...«, in: *Der Ruf* vom 15.11.1946

Rieger, Anne: Abrüstung statt Sozialabbau, in: *Ossietzky* 1/2004

Riezler, Kurt: Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Prolegomena zu einer Theorie der Politik und zu anderen Theorien, München 1913

Ritter, Gerhard A.: Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 1998

Robertson, George: Die NATO und die EU: Partner oder Rivalen?, in: Werner Hoyer / Gerd Kaldrack (Hg.): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) – Der Weg zu integrierten Streitkräften?. Baden-Baden 2002,

Ross, Jan: »Wie weit weg liegt Auschwitz?«, in: *Die Zeit* vom 27.1.2005

Rüdenklau, Wolfgang: Störenfried. ddr-opposition 1986-1989, mit Texten aus den »Umweltblättern«, Berlin 1992

Rupp, Hans-Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren, Köln 1980

Saint-Hilaire, Geoffroy: I. Histoire générale et particuliere des anomalies de l'organisation chez l'homme et les animaux, 3 Bde, Paris, Baillière, 1832-1837

Salzborn, Samuel: Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung, Hannover 2001

Schäfers, Bernhard (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie, 4. Aufl., Opladen 1995, Art. »Norm, Soziale«, S. 228-231

Schäuble, Wolfgang: »Überlegungen zur europäischen Politik: Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 1. September 1994«, abgedruckt in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Oktober 1994, S. 1271-1280

Schelsky, Helmut: Die Arbeit tun die anderen, Opladen 1975

Schildt, Axel: Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1999

»Schlußbemerkung Erich Honeckers auf der Tagung des Thomas-Müntzer-Komitees«, in: *Neues Deutschland* vom 20.1.1989

Schmidt, Helmut: Brüderlichkeit – auch im eigenen Interesse – Der Exodus aus der DDR und die Lage Polens wie Ungarns verlangen nach Tatkraft, in: *Die Zeit* vom 15.9.1989

– : Die Selbstbehauptung Europas, Stuttgart/München 2000

Schmierer, Joscha: Mein Name sei Europa. Einigung ohne Mythos und Utopie, Frankfurt a.M. 1996

Schmitt, Carl: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, 2. Aufl., München, Leipzig 1934 (1. Aufl. 1922)

– : Der Reichsbegriff im Völkerrecht (1939), in: ders.: Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles. 1923-1939, Berlin 1994

Schmücker, Reinhold / Hering, Rainer: »Identität und Nation. Über eine vermeintliche Zukunftsfrage der Deutschen«, in: Nation, Nationalstaat, Nationalismus, *Rechtsphilosophische Hefte*, Bd. 3, Frankfurt a.M., Berlin, New York, Paris, Wien 1994

Schneider, Wolfgang (Hg.): Bei Andruck Mord. Die deutsche Propaganda und der Balkankrieg, Hamburg 1997

Schöllgen, Gregor: Das Zeitalter des Imperialismus, München 1986

– : Die Macht in der Mitte Europas. Stationen deutscher Außenpolitik von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart, München 1992

– : Deutschlands neue Lage. Die USA, die Bundesrepublik Deutschland und die Zukunft des westlichen Bündnisses, in: *Europa-Archiv* 5, 1992, S. 125ff

– : Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1999

Schröder, Gerhard: »Bekenntnis zur politischen und moralischen Solidarität«, Rede des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag vom 19. September 2001, in: *Die Zeit* 39/2001.

– : »Wir werden gemeinsam vorgehen«, in: *Die Zeit* 41/2001

– : »Meine Vision von Deutschland«, in: *Bild* vom 8.8.2002

Schröder, Ralf: Die neue NATO. Globaler Interventionismus und innere Widersprüche, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999, S. 70-77

Schürer-Wagner, Sabine: »Am Sozialismus wird festgehalten – Eine sorgfältige Nachlese in Gorbatschows Erfolgsbüchern kann sich lohnen«, in: *Die Zeit* vom 1.12.1989

Schuhler, Conrad: Zwei Skorpione in der Flasche. Das Verhältnis der beiden Supermächte USA und Deutschland im Rahmen der Globalisierung und des »Krieges gegen den Terror«, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen, Hamburg 2002

Schumann, Hans Gerd (Hg.): Konservativismus, Köln 1974

Schwammel, Inge: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht. Die Instrumentalisierung der europäischen Integration 1974-1994, Frankfurt a.M. 1997

Schwarz, Hans-Peter: Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985

– : Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994

Schweppenhäuser, Gerhard: Metaphysik, Menschenrechte und die Utopie des moralischen Fortschritts. Richard Rortys Abrechnung mit der universalistischen Moralphilosophie, in: Tatjana Freytag / Marcus Hawel (Hg.): Arbeit und Utopie. Oskar Negt zum 70. Geburtstag, Frankfurt a.M. 2004, S. 137-160

Seebacher-Brandt, Brigitte: »Die Linke und die Einheit – Unwägbarkeiten der deutschen Geschichte«, in: *FAZ* vom 21.11.1989, S. 33

Seifert, Hans: Die deutsche Frage 1848/49, Stuttgart 1968

Seifert, Jürgen: Verfassungspatriotismus im Licht der Hegelschen Verfassungstheorie, in: ders.: Politik zwischen Destruktion und Gestaltung. Studie zur Veränderung von Politik, Hannover 1997

– : Kampf um Verfassungspositionen, Frankfurt a.M. 1974.

»Selbstbestimmung ist und bleibt Herzstück unserer Deutschlandpolitik – Bundeskanzler Kohl zur Lage der Nation«, in: *FAZ* vom 9.11.1989, S. 10

»Shaky Ground«, in: *International Herald Tribune* vom 23. April 1991

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dokumentation zum KSZE-Prozeß 1990/91, hg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1991

Sigwart, Chr.: Logik, Bd. 2, 5.Aufl. Tübingen 1924

Smyser, William R.: Deutschland gegen Amerika? Eine Bestandsaufnahme für die Zukunft, Freiburg 1992

Sommer, Theo: Lange Schatten von Schuld und Scham – Vor fünfzig Jahren entfesselte Hitler den Zweiten Weltkrieg, in: *Die Zeit* vom 1.9.1989

– : Kleine Schritte oder große Luftsprünge? – Deutschlandpolitik zwischen Torschlußpanik und Anschluß euphorie – Das Ziel muß bleiben: Wandel ohne Explosion, in: *Die Zeit* vom 22.9.1989

– : »O Freiheit! kehrest Du zurück?« – Vom Aufbruch in der DDR zum Durchbruch der Mauer – Wie weiter in Deutschland?, in: *Die Zeit* vom 17.11.1989



Sontheimer, Kurt: Die verunsicherte Republik, München 1979

Spannbauer, Andreas: Der lange Marsch. Wie die Partei ›Jäger 90/Die Olivgrünen‹ entstand, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999, S. 43-49

Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, München 1923 (1. Aufl. 1918)

Sponeck, Hans von / Zumach, Andreas: Irak – Chronik eines gewollten Krieges. Wie die Weltöffentlichkeit manipuliert und das Völkerrecht gebrochen wird, Köln 2003

Sternberger, Dolf: Der Begriff des Vaterlandes, in ders.: Staatsfreundschaft, Schriften, Bd. IX, Frankfurt a.M. 1980

– : Verfassungspatriotismus, Schriften, Bd. X, Frankfurt a.M. 1990

Stinnertz, Klaus: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), S. 2, Internet: ><http://www.europa-reden.de/info/esvp.htm><

Stöver, Bernd: Die Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 2002

Strange, Susan: State and Markets, London 1994

Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989

Streitgespräch Joschka Fischer contra Jean Pierre Chevènement, *Die Zeit*, Nr. 26/2000

Strelzow, J.: Warum das annähernde militärische Gleichgewicht gewahrt werden muß, in: *horizont*, 27/1982

Stuby, Gerhard: Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik. Zur Entwicklung der BRD im Rahmen der US-Globalstrategie, Heilbronn 1987

Stürmer, Michael: Geschichte in geschichtslosem Land, in: »Historikerstreit«, Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 36-38

Talbott, Strobe: »America´s Stake in a strong Europe«, Rede des US-Außenministers am Royal Institute of International Affairs in London, Homepage der US-Botschaft, (deutsche Übersetzung: ><http://www.dgap.org/IP/ip0003/talbott071099.htm><

The National Security Strategy of the United States of America, Internet: ><http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.html><

Thörner, Klaus: Serbien muß sterben. Konstanten deutscher Balkanpolitik, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999, S. 16-24

Tibi, Bassam / Houben, Anke / Dierke, Kai W.: Die Golfregion zwischen Krieg und Frieden. Vom Golf-Krieg zu einer Neuordnung des Nahen Ostens, Hannover 1992

Tönnies, Ferdinand: Soziologische Studien und Kritiken, Bd. 2, Jahr: 1926

Todd, Emmanuel: Weltmacht USA. Ein Nachruf, München 2003

»Today´s Germans: Peaceable, Fearful – and Green«, *Financial Times* vom 4.1.1991

Trampert, Rainer: Pipelines in der Postmoderne, in: Jürgen Elsässer (Hg.): Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen, Hamburg 2002

Trésor de la langue française est informatise, hrsg. v. Centre National De La Recherche Scientifique (CNRS), 1986

Ulrich, Bernd: Nie wieder. Immer wieder, in: *Die Zeit* vom 27.1.2005

»Ungeschützte Schutzzone. Der Fall von Srebrenica«, nach einem Bericht von Yvonne Bangert, in: *pogrom* 185, Oktober/November 1995, Internet: ><http://www.gfbv.de/voelker/europa/srebren.htm><.

Unterseher, Lutz: »Deutsche Militärpolitik – Unauffällige Festlegung für die Zukunft«, in: *ZOOM*, Zeitschrift für Politik und Kultur 5/98

Veen, Hans Joachim: »NATO – Quo vadis«, *Soldat und Technik (SuT)*, 12/1991

– : »Einheit, Einheit über alles. Das Gerede vom nötigen Zusammenwachsen Ost- und Westdeutschlands führt in die Irre«, in: *Die Zeit* 24/2001

Venohr, Wolfgang (Hg.): *Die deutsche Einheit kommt bestimmt*, Bergisch Gladbach 1982

Verney, Douglas V.: »Modelle für ein föderales Europa«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2001, S. 565-573

»Verstärkte militärische Fähigkeiten«, gemeinsame Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, vom 29.4.2003, abgedruckt in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 6/2003

Verteidigungspolitische Richtlinien« (VPR), Bundesministerium der Verteidigung, Bonn 1992

Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Internet: >[http://www.bmvg.de/misc/pdf/sicherheit/vpr\\_broschuere.pdf](http://www.bmvg.de/misc/pdf/sicherheit/vpr_broschuere.pdf)<

Viehhoff, Reinhold / Segers, Rien T. (Hg.): *Kultur, Identität, Europa*, Frankfurt a.M. 1999

Vobruba, Georg: »Die Erweiterungskrise der Europäischen Union«, in: *Leviathan*, 28. Jg., 2000, S. 477-496

Vollmer, Ludger: »Krieg in Jugoslawien – Hintergründe einer Entscheidung«, Papier vom 26.3.1999

Walser, Martin: Händedruck mit Gespenstern, in: Habermas: Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹, Bd. 1: Nation und Republik, Frankfurt a.M. 1979, S. 39-50

– : Die Banalität des Guten, in: *FAZ* vom 12.12.1998, S. 15

Walter-Raymond-Stiftung der BDA (Hg.): *Die Osterweiterung der EU und ihre Folgen für Deutschland*, 39. Kolloquium, Berlin 2001

Weber, Max: »Der Sinn der ›Wertfreiheit‹ der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften« (1917), in: ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen 1988

Wegmann, Heiko: »Der Süden im Osten? Osteuropas Peripherisierung und EU-Integration«, in: *Informationszentrum 3. welt (iz3w)*, Nr. 272/2003

Wellershoff, Dieter: Deutschland – ein Schwebezustand, in: Jürgen Habermas: Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹, Bd. 1: Nation und Republik, Frankfurt a.M. 1979, S. 77-114

Weidenfeld, Werner (Hg.): *Was ändert die Einheit? Deutschlands Standort in Europa*, Gütersloh 1993

– : *Europa-Handbuch*, Gütersloh 2002

Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf: *Die Deutschen. Profil einer Nation*, Stuttgart 1991

Weingartner, Thomas: *Die Außenpolitik der Sowjetunion seit 1945. Eine Einführung*, Düsseldorf 1973

Weinstein, Adelbert: Verwirrung in der Allianz. Die NATO und der Atom, in: *FAZ* vom 20.4.1982, S. 12

Wette, Wolfram: »Ein Hitler des Orients? NS-Vergleiche in der Kriegspropaganda von Demokratien«, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 54. Jg., 4/2003, S. 231-242

Wiener Dokument: Bundesrepublik Deutschland, jährlicher Informationsaustausch über Verteidigungsplanung, Bonn 1998

»Will Germany Tow Europe into Trouble?«, *Economist* vom 31. August 1991, S. 53

Winkler, Heinrich August: »Für den Westen – ohne Vorbehalt«, in: *Die Zeit* 47/1993

– : »Abschied von der Abweichung – Deutschland am Ende seiner Sonderwege«, in: *Die Zeit* 1/2000

– : Der lange Weg nach Westen. Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. – Bd. 2: Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung, München 2000

– : »NATO am Scheideweg«, in: *Der Spiegel* 40/2002

Wissel, Jens: Ein neuer Machtblock. Zu Imperialismus, Global Governance und Empire, in: Rainer Butenschön / Eckart Spoo (Hg.): Töten – Plündern – Herrschen. Wege zu neuen Kriegen, Hamburg 2003, S. 131-137

»Wohin führt die Forderung nach einer militärischen Interventionspflicht gegen Völkermord? Ein offener Brief an die Mitglieder von Bündnis 90 / Die Grünen, von Kerstin Müller, Claudia Roth, Jürgen Trittin und Ludger Vollmer, Internet: ><http://www.oeko-net.de/kommune/briefe/kom202.htm><

Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999

Zamis, Guido (Hg.): Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, Leipzig 1986

Zuckermann, Moshe: Das Trauma des »Königsmordes«. Französische Revolution und deutsche Geschichtsschreibung im Vormärz, Frankfurt a.M. 1989

– : Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands, Göttingen 1998

– : Zuckermann, Moshe: »Die Vertugendung eigenen Versagens«, in: *Züricher Weltwoche* vom 29.04.1999

– : Gedenken und Kulturindustrie. Ein Essay zur neuen deutschen Normalität, Berlin/Bodenheim bei Mainz 1999

## **Danksagung:**

Für den anregenden und kritischen Austausch, für Widerspruch und Zuspruch, aber vor allem für den Widerspruchsgeist, für scharfen Blick und skeptischen Einwand, fürs Zuspitzen, Innervieren, Auffangen, Zusprechen, für Rausch und noch vieles mehr danke ich – neben meinen Eltern – den vielen guten Freunden und Förderern, die ich hier nicht alle namentlich erwähnen kann. Es ist mir aber ein ganz besonderes Bedürfnis, an dieser Stelle ein Wort des Dankes gegenüber Annika Hoffmeister hervorzuheben sowie gegenüber Tatjana Freytag, Gregor Kritidis, Sven Oliveira Cavalcanti, Oliver Heins, Utz Anhalt, Heiko Vollmann und last not least der Hans Böckler Stiftung.

## **Angaben zum Autor:**

Marcus Hawel

Jahrgang 1973, geboren in Alfeld/Leine,  
Staatsangehörigkeit: deutsch

WS 1993/94 – WS 1999/2000	Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Deutschen Literaturwissenschaft (Magisterstudiengang) an der Universität Hannover.
November 1999	Hochschulabschluß Magister Artium (M.A.). Magisterarbeit über Thomas Hobbes, G.W.F. Hegel und Karl Marx (»Vom Untertan zur Ware Arbeitskraft«).
2002 – 2005	Arbeit an der Dissertation »Die normalisierte Nation. Zum Verhältnis von Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik«. Promotionsstipendiat der Hans Böckler Stiftung
7. Dezember 2005	Disputation Dr. phil.

**Kontakt: [marcus.hawel@gmx.de](mailto:marcus.hawel@gmx.de)**